C 21/34 D



Der „Frauenkalender 77" S. 35

Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 96 10. Jan. 1977

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 1,-

Initiativausschuß für ein Russel-Tribunal gebildet!

Wie zwischen den bisher an der Initiative für ein Russell-Tribunal über die BRD beteiligten westdeutschen Gruppen vereinbart, hat sich ein Ausschuß gebildet, der sich für das Zustandekommen des Tribunals einsetzen will.

Die etwa 30 Anwesenden beschlossen, diesen Kreis für weitere Interessierte offenzuhalten und zu einem Arbeitskongreß aller Gruppen und Komitees, die gegen die Repression in der BRD arbeiten, einzuladen, sobald ein offizieller Aufruf der Russell-Foundation vorliegt. Als Termin für diesen Kongreß wurde der 5./6. März ins Auge gefaßt. Der jetzt gebildete Ausschuß wird dort Rechenschaft über seine Aktivitäten ablegen. Der Kongreß soll entscheiden, ob dieser Initiativausschuß zu einem nationalen Unterstützungskomitee für das Russell-Tribunal umgebildet wird, und welche Ergänzungen seiner Besetzung gegebenenfalls vorgenommen werden sollen.

Der Ausschuß einigte sich auf einen Aufruf an die Russell-Foundation, den wir im folgenden abdrucken. Eine Auseinandersetzung gab es darüber, ob man aus taktischen Gründen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse lieber unerwähnt lassen sollte, was von einigen wenigen vorgeschlagen, von der Mehrheit jedoch abgelehnt wurde. Dabei handelt es sich um einen bereits mehrfach diskutierten Punkt, den die GIM (gegen alle anderen Gruppen) immer wieder in die Diskussionen um das Tribunal eingebracht hatte.

Der Aufruf im Wortlaut:

„Ein Initiativausschuß, dem Personen aus den unterschiedlichen Bereichen des politischen, kulturellen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Lebens angehören, hat sich am 8.1.77 in Frankfurt konstituiert.

Er befaßte sich mit Formen politischer Unterdrückung in der BRD und dem Modellcharakter, den diese für andere Länder anzunehmen beginnt.

Diskutiert wurden Berufsverbote und die strafrechtliche Verfolgung politischer Meinungsäußerung, Zensur und Disziplinierung in den Medien, in kulturellen, kirchlichen und anderen Institutionen, die Einschränkung von Rechten der Angeklagten und ihrer Verteidiger, die Verschärfung von Haftbedingungen, der besorgniserregende Ausbau des Polizeiapparates und der Geheimdienste sowie paramilitärische Einsätze gegen Bürgerinitiativen, die verschärfte Anwendung ausländerrechtlicher Bestimmungen, Berufsverbote gegen Frauen, die legal abgetrieben haben, die Aufstellung „Schwarzer Listen" in den Betrieben und die Bespitzelung Belegschaftsangehöriger auch durch private Detekteien, der zunehmende Druck auf die Gewerkschaften, u.a. durch die Anwendung eines ‚Verbändegesetzes', und die Praktizierung eines Radikalenerlasses in den Gewerkschaften selbst.

Der Initiativausschuß bittet die Bertrand-Russell-Stiftung im Hinblick auf ihre politische und moralische Autorität, diese Entwicklung zu untersuchen und empfiehlt hierzu, ein unabhängiges Tribunal einzuberufen.

Frankfurt, 8.1.1977"

Schafft zwei, drei, viele ‚Brokdorf'!



NAHOST

Veranstaltungen

Der Kommunistische Bund organisiert in der Zeit vom 17. bis 28. Januar eine Veranstaltungsreihe unter den Losungen „Gegen Imperialismus und Reaktion im arabischen Raum! Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes!". Auf diesen Veranstaltungen, zu denen wir größtmögliche Bündnisse mit antiimperialistischen Organisationen und Komitees anstreben, werden unter anderem Vertreter der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) und der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU) sprechen. Hoch die internationale Solidarität!

17.1. Westberlin
18.1. Frankfurt
19.1. Darmstadt
20.1. Göttingen
21.1. Köln
22.1. Bochum
24.1. Bielefeld
25.1. Münster
26.1. Bremen
27.1. Kiel
28.1. Hamburg

Bürgerkrieg in China?

„Aufstand in China" („Bild", 31 12. 1976), „Bürgerkrieg mit Steinen und Äxten" („Bild", 3.1.1977), „Widerstand gegen Chinas neue Führung – Noch Unruhen in mehreren Provinzen" („SZ", 31.12.76), „Peking setzte eine Division ein" („FR", 5.1.77), „Regierung in Peking nicht voll Herr der Lage" („FR", 4.1.77) – so lauteten in den letzten Wochen Schlagzeilen der bürgerlichen Presse. In den Artikeln heißt es dann z.B.: „In Hangtschau und Wuhan gingen Anhänger der Mao-Witwe Tschiang Tsching mit Äxten, Speeren und Steinkeulen gegen revolutionäre Truppen vor. Die Miliz stellte sich auf ihre Seite". Von „Tausenden von Todesopfern" ist die Rede („Bild", 3.1.77), von Banküberfällen, Sprengung von Fabriken, Geiselnahme, Vergewaltigung („FAZ", 31.12.76).

Als Quellen der Schreckensmeldungen angegeben sind beispielsweise „Ein jetzt in Ausländerkreisen zirkulierendes Dokument des Zentralkomitees der KP", „Ausländische Besucher" („SZ", 31.12.76), „Angaben aus zuverlässigen Kreisen in Peking", „dem Vernehmen nach", „aus zuverlässiger Quelle verlautete" („FAZ", 31.12.76) sowie westliche Korrespondenten. Etwas seriösere Berichte beziehen sich nebenbei auch auf die Berichte chinesischer Provinzsender.

Letztere haben in der Tat in den vergangenen Wochen seit dem Putsch der Hua-Gruppe relativ detailliert über Demonstrationen, Streiks und gewaltsame Auseinandersetzungen in verschiedenen Provinzen berichtet – allerdings durchweg Ereignisse, die bereits im S o m m e r, v o r dem Rechtsputsch, stattgefunden hatten, und die jetzt nachträglich der „Vierer-Bande" angelastet werden! Die bürgerlichen Journalisten stellen diese Meldungen nun teilweise als aktuelle Geschehnisse oder kürzliche Ereignisse hin und vermischen sie bis zur Unkenntlichkeit mit erfundenen Details oder möglicherweise tatsächlich in der VR China kursierenden Gerüchten.

In diesem Artikel sollen die tatsächlich vorliegenden offiziellen Berichte über Demonstrationen, Streiks etc. in den letzten Monaten analysiert werden.

Diese Berichte zeigen zum einen, daß es im vergangenen Sommer (vor allem anscheinend in den Monaten Juli/August) in einer Reihe von Provinzen scharfe Kämpfe zwischen Anhängern der „Linken" und den Rechten im Partei- und Staatsapparat gegeben hat. Betroffen waren vor allem – soweit aus den vorliegenden Meldungen ersichtlich – die Provinzen Hupei und Honan, Schansi, Kiangsi und Yünnan. Teilweise führten die Kämpfe bis zur örtlichen „Machtübernahme" durch die „Linken" bzw. zu einer Situation der Doppelherrschaft, mit parallelen Macht- und Organisationsstrukturen der „Linken".

Aus den aktuellen Berichten geht außerdem hervor, daß in einigen Teilen des Landes die „Linken" noch Widerstand leisten, illegale Wandzeitungen kleben und Flugblätter verbreiten, ihre konspirativen Organisationsformen aufrechterhalten etc. Insgesamt scheint es der Hua-Gruppe bisher auch kaum gelungen zu sein, Vertreter der „Linken" zu „Selbstkritik" und Denunziantentum gegen die „Verbrechen der Viererbande und ihrer Handvoll treuer Gefolgsleute" zu zwingen. Es muß aber auch, soweit es die vorliegenden Berichte angeht, eingeschätzt werden, daß bisher der Widerstand insgesamt schwach und defensiv ist und bei weitem nicht das Ausmaß hat, das ihm die bürgerliche Presse andichtet.

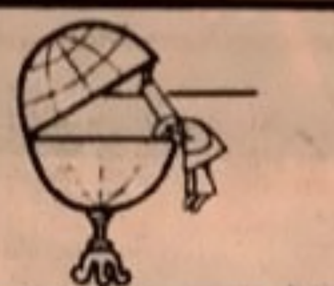
Die folgende Übersicht über die wesentlichen bisher bekannt gewordenen Kämpfe v o r dem Rechtsputsch stützt sich auf chinesische Rundfunksender und Zeitungen, speziell der Provinzen. Die Zusammenstellung haben wir selbst vorgenommen nach den englischen Veröffentlichungen in „Summary of World Broadcasts" (SWB), die von der BBC herausgegeben werden und als zuverlässig gelten können. (SWB publiziert aus verschiedensten Ländern täglich die Texte von Rundfunksendungen bzw. Zusammenfassungen).

Die Kämpfe vor dem Rechtsputsch

Die Polemik der Hua-Gruppe arbeitet mit Begriffen wie *„Die Vierer-Bande war äußerst isoliert"*, *„Sehr wenige Personen"* (Anhänger der Linken), *„Eine Handvoll Leute"* (ebenso) u.ä., um den Volksmassen ihre Macht zu demonstrieren und den Widerstand einzuschüchtern. Andererseits zeigen die Meldungen aus manchen Provinzen, daß die „Linken" s o isoliert und wenig denn doch wohl nicht gewesen sein können, und daß es ihnen zumindest zeitweise gelang, M a s s e n zu Demonstrationen, Streiks, Besetzung von Parteibüros u.a. *„aufzustacheln"*.

Fortsetzung Seite 39

aus dem Inhalt



Blick in die Welt

Libanon:

Neues „Ermächtigungsgesetz", Totale Pressezensur, Mord und Terror gegen Linke

Unter dem Deckmantel der mit dem Segen der Arabischen Liga in „Friedenstruppen" umgetauften syrischen Invasionsarmee versucht die syrische Regierung, ihr reaktionäres Regime auf den Libanon auszudehnen.



Die syrischen Invasoren mit weiß bepinselten Helmen zur „Friedenstruppe" erhoben.

Mitte Dezember begannen die syrischen Truppen mit ihrer Aktion gegen die libanesische Presse. Sie schlossen zunächst die Beiruter Redaktionsbüros von drei pro-irakischen Zeitungen und einer Wochenzeitschrift („Frankfurter Rundschau", „FR", 17.12.76). Diese Zeitungen hatten über das Bombenattentat auf den Flughafen Bagdad im Irak berichtet, bei dem drei Menschen ums Leben kamen und zehn schwer verletzt wurden. Die Zeitbombe war anscheinend auf der letzten Station einer Passagiermaschine der „Egypt Air" in Damaskus vor ihrer Landung im Irak an Bord unter das Handgepäck geschmuggelt worden und explodierte in der Bagdader Zollabfertigung. Für das Attentat hatten die irakischen Behörden nach einer Untersuchung Syrien verantwortlich gemacht (Inf. nach „Radio Bagdad", 15.12.76, nach „Monitor-Dienst", „MD", 16.12.76).

Kurz darauf holten die syrischen Besatzer zum Schlag gegen die gesamte Beiruter Presse aus, mit Ausnahme der Zeitungen, die Syrien gehörten und der Faschisten, versteht sich. Unter anderem wurden Redaktionen und Setzereien der pro-libyschen Zeitung „As Safir, der Zeitung der libanesischen KP, „Al Nida", und sogar der unabhängig liberalen und bei westlichen Korrespondenten als „Le Monde des Libanon" angesehenen Tageszeitung „An Nahar" einschließlich ihrer französisch-sprachigen Schwester „L' Orient-le jour" besetzt. Damit gibt es keine legale libanesische Presse mehr, die Kritik an Syrien äußert („FR", 20.12. u. 21.12.76). Ein syrischer Sprecher bezeichnete die Schließungen als *„für die Sicherheit der syrischen Friedensstreitmacht notwendig"* und fügte zynisch hinzu, die Syrer könnten *„nach allen Opfern, die sie zur Beendigung des Blutvergießens in Libanon gebracht haben, keine Kritik an ihrer Rolle bei der Durchsetzung des Waffenstillstandes dulden"* (zit. n. „Süddeutsche Zeitung", „SZ", 20.12.76).

Wenige Tage später wurde im libanesischen Parlament ein „Ermächtigungsgesetz" durchgepeitscht, das faktisch der Ausrufung des von Syrien gewünschten Notstandes gleichkommt („SZ", 21.12.76). Schon die Begleitumstände der Parlamentssitzung sprechen für sich: Die Abgeordneten wurden von syrischen Soldaten begleitet angeschleppt, und das gesamte Parlamentsgebäude war innen und außen von syrischen Soldaten besetzt. Die Abgeordneten stimmten für ein Gesetz, das der von Sarkis neu bestimmten Regierung unter Selim al-Hoss das Regieren per Dekreten „auf den Gebieten öffentliche Ordnung, Medien und Wirtschaft" („FR", 27.12.76) ohne parlamentarische Zustimmung ermöglicht und damit für ihre eigene Entmachtung! Die Regierung selbst kann bestehende Gesetze abschaffen oder ändern („Frankfurter Allgemeine Zeitung", „FAZ", 24.12.76). Dies spricht Bände über den zukünftigen innenpolitischen Kurs der libanesischen Regierung, wenn sie sogar die Kontrolle durch das mehrheitlich sowieso schon äußerst reaktionäre Parlament befürchtet und bedeutet faktisch die Abschaffung sämtlicher demokratischen Freiheiten im Libanon!

Die erste Maßnahme nach dem neuen „Ermächtigungsgesetz" war dann auch die Einführung einer totalen Pressezensur. Ghassan Tueini, der Verleger und Herausgeber von „An Nahar", „L'orient-le jour" und mehreren weiteren Zeitungen und Zeitschriften in Beirut, gab anschliessend die Schließung seiner Zeitungen und Druckerei bekannt: *„Die freie Presse im Libanon ist tot"* (zit. n. „Frankfurter Rundschau", 3.1.77)

und Druckerei bekannt: *„Die freie Presse im Libanon ist tot"* (zit. n. „Frankfurter Rundschau", 3.1.77)

und ging ins französische Exil. Dabei muß man bedenken, daß Tueini keineswegs ein Linker ist, als griechisch-orthodoxer Christ in zwei früheren libanesischen Regierungen Ministerposten einnahm und mit seinen Zeitungen stark Sarkis unterstützte, wenn auch nicht ohne Kritik an Syrien („Frankfurter Rundschau", 3.1.).

Selbst Stockklausner, der weit rechts stehende Nahost-Korrespondent der „Frankfurter Rundschau", kam nicht umhin, dies in einem kritschen Bericht über das syrische Vorgehen zu veröffentlichen. Wenige Tage zuvor hieß es noch in einem Artikel dieses Palästinenserhassers: *„Man muß den Syrern jedoch zugute halten, daß sie ein mildes Regime führen. Ursprüngliche Befürchtungen, daß sie nach Belieben herrschen würden, haben sich bisher als völlig unbegründet erwiesen"* („Frankfurter Rundschau", 20.12.76). Als dies veröffentlicht wurde, erschien schon *„keine Linkszeitung mehr in Beirut"*, wie die „Frankfurter Rundschau" selbst im Nachrichtenteil berichtete!

Der Gleichschaltung der libanesischen Presse war anfangs die Gleichschaltung des libanesischen Rundfunks und Fernsehens vorausgegangen. Am 17.11.76 berichtete „Radio Beirut" (nach „Monitor Dienst", 19.11.) von einer Zusammenkunft zwischen dem Direktor der staatlichen libanesischen Nachrichtenagentur und dem amtierenden Direktor des libanesischen Fernsehens, bei der eine „vollständige Koordination mit dem Informationsministerium" vereinbart wurde. Das libanesische Fernsehen wurde verpflichtet, ausschließlich durch das libanesische Informationsministerium zensierte Nachrichten der libanesischen Nachrichtenagentur zu veröffentlichen. Auch über Rundfunkmeldungen übernahm die libanesische Nachrichtenagentur die Kontrolle (alles ebenda). Ab Anfang Dezember wurde der vorher in einen profaschistischen und einen fortschrittlichen Sender aufgespaltene libanesische Rundfunk wieder zusammengelegt („Neue Zürcher Zeitung", 14.12.76).

Die syrische Reaktion und ihre libanesischen Verbündeten versuchen den Widerstand nicht nur mundtot zu machen. Gegen die Kräfte der libanesischen und palästinensischen Linken, die die syrische Invasion am heftigsten bekämpft haben und auch weiterhin den Widerstand organisieren, kommt Mordterror zum Einsatz. In der Nacht vom 24. auf den 25. Dezember wurden in Beirut Abdel Wahab at-Tayeb, Mitglied des ZK das PFLP, die die palästinensische „Ablehnungsfont" führt und dessen Frau Chaldijeh Chaled, eine Schwester Leila Chaleds, in der Wohnung Leila Chaleds brutal ermordet. Mitte Dezember wurde Raymond Eddé beim zweiten Mordanschlag innerhalb von 4 Wochen durch Schußwunden verletzt („Süddeutsche Zeitung", 12.11.76 und „Neue Zürcher Zeitung", 14.12.76). Eddé war als „gemäßigt geltender christlicher Politker" („Neue Zürcher Zeitung", 14.12.) ehemaliger Kandidat der libanesischen Linken gegen den von Syrien unterstützten Sarkis und protestierte u.a. gegen das „Ermächtigungsgesetz", indem er sich weigerte, im von Syrern belagerten Parlament zu erscheinen. Für den Mordanschlag machte er Syrien verantortlich („Le Monde", 14.12.76).

Die Syrer versuchen, ihre riesige Verhaftungswelle unter den palästinensischen Kämpfern und der libanesischen Linken geheim zu halten, die mit dem Einzug der „Friedenstruppen" in die Hochburgen der Linken (Westbeirut, Tripoli, Sidon und Tyros) einherging, und die bürgerliche Presse im Westen hat dies nur zu gerne stillschweigend mitgemacht, um die Solidarität mit den libanesichen und palästinensischen Massen zu verhindern. Nach palästinensischen Berichten wurden allein bis Anfang De-

und palästinensischen Massen zu verhindern. Nach palästinensischen Berichten wurden allein bis Anfang De-

zember 4000 Kämpfer im Libanon verhaftet und nach Syrien verschleppt („Afrique Asie", 13.12.76), und diese Zahlen sind sicher nicht übertrieben, wenn man bedenkt, daß nach einem offiziellen syrischen Kommunique allein aus Anlaß des Al-Ahda-Festes 71 libanesische und 381 palästinensische Kämpfer in Damaskus freigelassen wurden. Wie der durch syrische Soldaten in Libanon verhaftete und inzwischen freigelassene Krankenpfleger Andreas Lutz berichtete, quellen die syrischen Gefängnisse vor politischen Gefangenen über („Frankfurter Rundschau", 11.12.76). Nach chilenischem Muster ist Syrien dazu übergegangen, kasernen und Privathäuser als Folterzentren einzurichten. Mithäftlinge zeigten Lutz die Narben ihrer Folterungen und berichteten:

- Zerschlagene und völlig deformierte Füße
- Tiefe Brandwunden von Zigaretten, einem war das Ohrläppchen durchgebrannt
- Verbrennungen an Ohren, Nase und Zunge durch Elektro-Schocks
- ausgeschlagene Zähne, zerquetschte und verbrannte Penisse
- zertretene Nieren, so daß ein Häftling nur blutigen Urin pinkelte

(Angaben nach „Frankfurter Rundschau", 11.12.76).

Die in Syrien ständig verkündeten Meldungen über Freilassungen politischer Häftlinge sind unter diesen Umständen so zu interpretieren: Zunächst wurde völlig willkürlich verhaftet und dann durch Folter unter den Gefangenen gesiebt. Die entschiedensten Kämpfer bleiben in Haft und stehen weiter unter Folter, von den übrigen werden welche entlassen, da man Platz für neu Verhaftete braucht! Dieses „Rotationssystem" ist von allen reaktionären Regimes praktiziert worden, wenn sie die politsche Macht erobert hatten.

Trotz dieser enormen Repression gegenüber der Linken ist die Lage nicht hoffnungslos.

Immerhin v e r s u c h t Syrien nur, die Kontrolle über den fortschrittlichen Libanon so wie im eigenen Lande auszuüben, und gelingen kann das u.a. solange nicht, wie die Syrer v o r den Lagern Halt machen müssen. Daher versuchen sie ja schließlich ständig, durch ihre wieder aufgetauchten Saika-Agenten in den Lagern zu provozieren, um Vorwände für neue Kontrollen, Verhaftungsaktionen usw. zu haben. Aber auch in Syrien wächst der Widerstand!

Nahost- Kommission

Hungerstreik gegen Haftschikanen

Am 23.12.76 traten 14 politische Gefangene aus Lübeck und Hamburg in einen unbefristeten Hungerstreik. In Lübeck beteiligten sich Annerose Reiche, Brigitte Asdonk, Ilse Stachowiak, Irmgard Möller, Christa Eckes und in Hamburg Inga und Rainer Hochstein, Margit Schiller, Werner Hoppe, Helmut Pohl, Wolfgang Beer, Bernd Geburtig, Helmut Lülff und Ekkehard Blenck an dem Hungerstreik. Roland Augustin in Hannover und der Gefangene Peter Schönwiese aus Lübeck schlossen sich dem Hungerstreik an.

Der Hungerstreik richtete sich gegen die strenge Isolationshaft, der die fünf Frauen in der Lübecker Haftanstalt ausgesetzt waren. Die Frauen wurden in einem Sondertrakt, der zusammen mit dem dazugehörigen Hof total vom übrigen Gefängniskomplex abgeschlossen ist, 24 Stunden am Tag von allen Mitgefangenen isoliert.

Hauptforderung des Hungerstreiks war neben der Aufhebung der Isolation der fünf Frauen, die Verlegung von Lübeck in eine andere, von den Gefangenen akzeptierte, Strafanstalt.

Da diese Forderung inzwischen erfüllt ist, wurde der Hungerstreik am 6.1.77 abgebrochen. Irmgard Möller wurde am 3.1. nach Stammheim verlegt, die anderen vier Frauen kamen erst in das Zentralkrankenhaus nach Hamburg und nach Abbruch des Hungerstreiks in das Untersuchungsgefängnis in der Holstenglacis.

Wichtig an diesem Hungerstreik war, daß sich erstmals ein sogenannter „unpolitischer" Gefangener angeschlossen hatte. Der Gefangene Peter Schönwiese, der aufgrund seiner Aktivitäten für die Verbesserung der Lage der Gefangenen von Hamburg-Fuhlsbüttel nach Lübeck verlegt worden war, hatte sich aus Solidarität mit den in Isolationshaft gehaltenen Frauen der Protestaktion angeschlossen. Gleichzeitig verfaßte er eine Bittschrift an den Petitionsausschuß des Landtags von Schleswig-Holstein, in dem er die miserablen Haftbedingungen in Lübeck anprangerte. In Lübeck herrschen noch „wahre" Zuchthauszustände: Die Gefangenen werden die ganze Woche über in ihren Zellen eingesperrt, haben nur einen kurzen Umschluß am Sonntagnachmittag, müssen teilweise in Zellen, die nur schlecht zu lüften sind, mit chemischen Stoffen arbeiten, dürfen nur einmal die Woche zwischen 5.30 Uhr und 8.00 Uhr morgens duschen, bekommen fortschrittliche Zeitschriften und Bücher nicht ausgehändigt usw. usf. von Gefangenenvertretung, was in anderen Knästen üblich ist, ist in Lübeck natürlich auch nicht die Rede.

Trotz des in Lübeck herrschenden repressiven Klimas (z.B. müssen die Gefangenen beim Strafrapport „Haltung" annehmen und dürfen nur reden, wenn sie gefragt werden) haben die Petition von Peter Schönwiese in einer Abteilung 57 (!) Gefangene unterschrieben – in andere Abteilungen durfte er nicht hinein.

IKAH Hamburg

Verratene Verräter

Indiens revisionistische „KP" vom Verbot bedroht!

Nach jahrelanger engster Zusammenarbeit mit dem diktatorischen Gandhi-Regime sind jetzt die indischen Revisionisten selbst Zielscheibe umfangreicher Hetzpropaganda und Repressionsmaßnahmen. Indira Gandhi persönlich leitete diese Kampagne ein, die im offiziellen Sprachgebrauch als „Kulturrevolution" geführt wird, und in deren Verlauf die KPI als *„korrupt"*, mit *„bourgeoisem Lebensstil"* („Hamburger Abendblatt", 28.12.76) und schließlich als *„die reaktionärste Partei des Landes"* („Neue Zürcher Zeitung", 28.12.76) hingestellt wurde, und die daher verboten gehöre.

Gleichzeitig wurden erste Maßnahmen in Richtung auf ein Verbot der KPI getroffen. Die „prokommunistische " Wochenzeitung „Mainstream" wurde zum ersten Mal einer Vorzensur unterworfen. („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 21. 12.76). Im Unionsstaat Uttar Pradesh wurden 30 KPI' ler verhaftet („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 3.1.77) – die „Frankfurter Rundschau" vom 3.1.77 berichtete von sogar 150 Verhafteten, darunter auch Mitglieder „prokommunistischer Organisationen" – und in den Bundesstaaten Bihar und Westbengalen gab es ebenfalls Verhaftungsaktionen.

Im Bundesstaat Kerala soll die Koalition zwischen KPI und Indira Gandhis Kongreßpartei aufgekündigt werden („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 3.1.77). Das bislang prominenteste Opfer dieser Kampagne ist die Regierungschefin im Bundesstaat Orissa, Nandini Satpathi, eine langjährige Gandhi Freundin , die maßgeblich zur Zusammenarbeit mit den Revisionisten beigetragen hatte und die jetzt von ihrer eigenen Partei abgesetzt wurde („Welt", 23.12.76).

Mit diesen ersten Verbotsmaßnahmen zieht die Gandhi-Regierung einen Schlußstrich unter eine langjährige , seit 1961 andauernde Zusammenarbeit mit den Revisionisten, die sich seit der Verhängung des Ausnahmezustandes im Juli 1975 und der damit verbundenen Ausschaltung der bürgerlichen und sozialistischen Opposition als treueste Verbündete der Gandhi-Regierung gezeigt haben.

Der Fußtritt der Gandhi-Diktatur für die Revisionisten ist die Quittung für ihre Anbiederung an die herrschende Kongreß-Partei und die Unterordnung unter die Interessen der indischen Großbourgeoisie.

Die Revisionisten haben insbesondere die diktatorischen Maßnahmen des Ausnahmezustandes als *„weitere Stärkung der Demokratie"* („Horizont", 34/75) und als *„beispiellose Veränderung der politischen Lage in Indien, die große Möglichkeiten für demokratische Veränderungen im sozialökonomischen Leben des Landes bietet"* („Horizont", 38/75) gefeiert. Von ihnen wurde propagiert: *„Der politische und der Klasseninhalt des demokratischen Systems (!) müssen vertieft werden, um letzteres in den Dienst der Werktätigen zu stellen"* („Probleme des Friedens und des Sozialismus", 10/75).

Die indischen Revisionisten steigerten sich im Erfinden derartiger, reaktionärer Theorien in dem Maße, wie die Gandhi-Diktatur ihr Programm im Dienste des Großkapitals mit immer schärferen Ausnahmegesetzen gewaltsam durchzusetzen begann.

Um ihre eigene Verlumptheit und völlige Anpassung an die Klasseninteressen der Bourgeoisie zu legitimieren, erfanden die Revisionisten die *„antiimperialistischen, demokratischen Schichten der Bourgeoisie"*, die es in einer „Einheitsfront" mit anderen Volkskräften zusammenzuschließen gelte. *„Es wird möglich, im Interesse des gemeinsamen Kampfes diese Schichten der Bourgeoisie zu radikaleren sozialökonomischen Positionen zu bewegen. Im Verlauf dieses Prozesses ... lassen sich schrittweise (!) Veränderungen in der Staatsmacht (!) in Richtung auf eine nationaldemokratische Entwicklung erreichen"* („Probleme ... " 10/75).

Um sich für ein derartiges (Wunsch)Bündnis mit den Herrschenden anzudienen, haben die Revisionisten den von ihnen beherrschten Gewerkschaftsverband AITUC darauf festgelegt, auf die Durchführung von Streiks für die Dauer des Ausnahmezustandes zu verzichten („Extra-Dienst", 8.8.75)! Darüberhinaus leitete AITUC eine Vielzahl von Unterstützungsaktionen für das Gandhi-Regime ein (nach „Horizont", 44/75). Der Generalsekretär der KPI, Rao, rief sogar dazu auf, *„Volkskomitees auf allen Ebenen"* zu bilden, um das *„demokratische Massenprogramm"* der Gandhi-Diktatur *„effektiv zu erfüllen"* (Zitate aus „Neues Deutschland", 21.7.75).

Für diese Verräterrolle bekommen sie jetzt offenbar noch einen kräftigen Tritt.

Merke: Die Bourgeoisie liebt zwar den Verrat, aber nicht den Verräter!

Asien-Kommission

Schafft zwei, drei, viele ‚Brokdorf'!

Seit den beiden großen Demonstrationen in Brokdorf an der Unterelbe (im Oktober und November des letzten Jahres) und den dabei vom Staatsapparat provozierten gewaltsamen Konfrontationen (mit weit über tausend Verletzten!) hat die Bewegung der Atomkraftwerks-(AKW)-Gegner einen enormen Aufschwung genommen; in und zwischen den bürgerlichen Parteien hält der Streit darum an, wie das Atomprogramm der Bundesregierung am besten (d.h. am schnellsten und ohne großen Staub aufzuwirbeln) durchgesetzt werden kann; die in Rundfunk, Fernsehen und Presse geführte Debatte um Sinn und Unsinn von AKWs hat seit den Brokdorfer Ereignissen wie keine andere Frage von dieser Bedeutung und Brisanz „die Öffentlichkeit" erregt.

Ein erster Teilerfolg der Proteste ist ein Gerichtsurteil, das die Bauarbeiten in Brokdorf zunächst einmal aussetzt, da an dem von Stoltenberg & Co. behaupteten „öffentlichen Interesse", s o f o r t mit den Bauarbeiten zu beginnen, „Zweifel" bestünden, die erst noch „ausgeräumt" werden müßten. Außerdem bestünden Zweifel, ob tatsächlich – wie behauptet – eine „Energieversorgungslücke" eintritt, falls das AKW Brokdorf nicht gebaut wird. Das Urteil bedeutet in einer Hinsicht ein gewisses Nachgeben gegenüber den massiven Protesten. zumindest ein scheinbares Nachgeben. Zugleich soll damit aber auch versucht werden, die Anti-AKW-Bewegung zu desorientieren und zu spalten und der Protestbewegung erst einmal die Spitze abzubrechen.

Demgegenüber müssen wir daran festhalten, trotz Baustopp-Urteil den Kampf weiterzuführen – für die Entfernung aller Baugeräte etc. vom Platz, für die Beseitigung aller Absperrungen am Bauplatz, für die sofortige Einstellung aller polizeilichen und hilfspolizeilichen „Sicherungsmaßnahmen" in Brokdorf und Umgebung, für den endgültigen Abbruch der Bauarbeiten!

In den nächsten Wochen stehen nun eine Reihe von gerichtlichen und parlamentarischen Erörterungen an, aus deren Anlaß die Bürgerinitiativen gegen AKWs zu Kundgebungen und Demonstrationen aufgerufen haben. Am 15. Januar organisiert die „Niederrheinische Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke" in Wesel eine Demonstration gegen den Bau eines AKW in Bislich Vahnum (drei Tage später tritt in Düsseldorf der Landtag zusammen, um u.a. den Landesentwicklungsplan VI, der auch die Standortfrage von 27 neuen Kraftwerken regelt, zu verabschieden); am 15./16. Januar wird auf Einladung der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) in Wilster ein Wochenendseminar stattfinden, wo AKW-Gegner aus dem gesamten Bundesgebiet zusammenkommen sollen, um das Vorgehen bei der nächsten Großkundgebung in Brokdorf zu diskutieren; am 22. Januar werden die BIs in Hamburg eine Massendemonstration durchführen, um ihre Bereitschaft zu bekunden, auch nach dem gerichtlichen „Baustopp" für das AKW-Brokdorf für die vollständige Verwirklichung ihrer Forderungen zu kämpfen und für die Großkundgebung in Brokdorf zu werben; am 27. Januar soll in Freiburg das Hauptsacheverfahren über das AKW-Wyhl eröffnet und mit einem „endgültigen" Urteil Anfang Februar abgeschlossen werden – in den Bürgerinitiativen dieser Region wird aus diesem Anlaß z.Zt. bereits darüber diskutiert, was zu tun ist, falls das Gericht den Bau der Atomanlage freigeben sollte; Anfang Februar schließlich steht dann die gerichtliche Entscheidung darüber an, ob der „Baustopp" für das AKW in Brokdorf aufgehoben oder bestätigt werden soll – die Bürgerinitiativen aus dem gesamten norddeutschen Raum haben unabhängig vom Ausgang dieses Verfahrens zu einer Großkundgebung (am 19. Februar) am Brokdorfer Baugelände aufgerufen.

Der KB unterstützt diese Aktivitäten nach Kräften – und wird insbesondere mit seinen Gruppen im norddeutschen Raum zur Brokdorfer Großkundgebung breit mobilisieren.

Besetzung des Bauplatzes?

Von den „ML"ern und einigen „Spontis" wird die „Besetzung" des Bauplatzes in Brokdorf und dessen systematische Zerstörung (Zerstörung der Maschinen, Abriß der Befestigung etc.) als ohne weiteres realisierbares Ziel angegeben. Sie denken sich die Sache so, daß ganz einfach die Absperrungen am Bauplatz „in breiter Formation" durchbrochen werden und sich die Bullen dann auf einem „Fluchtweg", den man ihnen fairerweise lassen will („um ein Durchdrehen einzelner Beamter zu vermeiden") davonschleichen werden und den Demonstranten den Platz überlassen werden.

Es ist offensichtlich, daß diese Leute einen ganz und gar falschen Begriff vom bürgerlichen Staatsapparat haben und daß sie sowohl die Mittel der Bourgeoisie als auch deren menschenverachtende Brutalität entscheidend unterschätzen. Unterstützt wird dies mit Märchen, die unglaublich weit verbreitet werden, daß zwei Hundertschaften der Polizei schon beim letzten Mal den Einsatz verweigert hätten u.ä., als ob also die „Zersetzung" des bürgerlichen Staatsapparats schon ungeheuer weit fortgeschritten wäre. Alles das ist höchst unernsthaft – könnten wir bereits mit 30.000 Demonstranten – von denen zudem die meisten sich passiv verhielten und zum aktiven („gewaltsamen") Vorgehen auch nicht bereit gewesen wären, den gesamten Staatsapparat der BRD in die Knie zwingen, so stünde wahrhaftig die Revolution schon vor der Tür. Es ist aber leider nicht an dem.

Bisher ist Brokdorf für die Polizei-Führung im wesentlichen nichts anderes als ein großes Übungs-Objekt, wobei es ihr ja völlig gleichgültig ist, ob sich dabei auch ein paar von „ihren Leuten" die Knochen brechen oder sonst etwas abbekommen. Die Polizei-Führung hat weder auch nur annähernd ihre bundesweiten Möglichkeiten voll ausgeschöpft (die Heranziehung von Hundertschaften aus mehreren Bundesländern diente mehr der Einübung, als daß sie Ausdruck fehlender Reserven und einer Erschöpfung der Mittel wäre), noch ist sie bis an die Grenzen ihrer technischen Möglichkeiten gegangen (Schußwaffengebrauch), was sich für sie bisher aus p o l i t i s c h e n Gründen verbot. Im übrigen sollte die Erfahrung von Ländern mit weitaus entwickelteren Klassenkämpfen (wie z.B. Italien oder Frankreich) lehren, daß die Schwelle der „Zersetzbarkeit" des bürgerlichen Staatsapparats doch erheblich höher liegt, als mancher „ML"-er es sich träumen läßt. Wenn Mao davon spricht, daß der Imperialismus ein „Papiertiger" sei, so ist diesen Leuten offenbar nur das „Papier" im Gedächtnis geblieben.

Der Vorteil, den der Polizei-Apparat gewinnt, wenn er seine Kräfte langfristig auf den Schutz e i n e s Objekts konzentrieren kann und an und um dieses Objekt seine Strukturen auf- und ausbauen kann, dieser Vorteil kann von uns nur wettgemacht werden, indem wir den Polizei-Apparat zu einer Verzettelung und ständigen Verschiebung seiner Kräfte zwingen, indem wir ihn also zum einen zwingen, ständig an einer Reihe von Orten eine gewisse „Bereitschaft" aufrechtzuerhalten, und zum anderen, an wechselnden Plätzen seine Kräfte b e s o n d e r s zu konzentrieren, um konkrete und massenhafte „Bedrohungen" abzuwehren. Indem wir also „zwei, drei, viele ‚Brokdorf' schaffen", d.h. der bundesweiten Atom-Strategie des BRD-Imperialismus mit einer angemessenen bundesweiten Strategie antworten, AKW-Bauplätze, AKWs, Atommüll-Deponien, Behörden usw. abwechselnd zum Ziel militanter Aktionen machen.

Außerdem würde eine s o l c h e Orientierung auch der irrationalen Fixierung auf den Bauplatz Brokdorf entgegenwirken, die längerfristig nur zu einem Austrocknen der Aktionen (nach der vierten oder fünften vergeblichen „Bauplatzbesetzung") führen würde.

Was bedeutet das für den 19. Februar?

Am 19. Februar wollen zweifellos, noch stärker als beim letzten Mal, mehrere tausend „ML"-er und „Spontis" aus dem gesamten Bundesgebiet am Brokdorfer Bauplatz in Aktion treten, um den Platz zu „besetzen", und zwar unabhängig von der endgültigen Entscheidung der Bürgerinitiativen. Auf der anderen Seite wird der Polizeiapparat noch stärker und besser vorbereitet, mit neuen taktischen Konzepten, eine massive Konfrontation vorbereiten.

Wie verhalten w i r uns? In den Bürgerinitiativen und in der Anti-AKW-Bewegung treten wir dafür ein, zusätzlich zu einer Kundgebung am 19.2. in Brokdorf auch unseren Willen klarzumachen, den Bauplatz zu besetzen, um deutlich zu machen, daß es in Brokdorf keine Ruhe für den Polizei-Apparat nach dem „Baustopp"-Urteil geben darf. Andererseits sind wir entschieden dagegen, sich in irrationaler Weise am Bauzaun „festzubeißen". Wir haben unseren Zweck erreicht, wenn der Polizei-Apparat gezwungen war, dort seine Kräfte massiv zu konzentrieren (mit dem entsprechenden Aufwand an Kosten und Personal und mit den zusätzlichen politischen Konsequenzen); diesen Einsatz sollte man der Bourgeoisie auch nicht ersparen; darüber hinaus kann aber für die Anti-AKW-Bewegung dort kaum noch etwas zu holen sein. Daher sollte zu einem angemessenen Zeitpunkt der geschlossene Abzug organisiert werden. Sollten die Bürgerinitiativen beschließen, am 19. Februar n u r eine Kundgebung durchzuführen und auf den Versuch einer Bauplatzbesetzung zu verzichten, so würden wir uns diesem Beschluß unterordnen.

Nachrichten vom Widerstand



Demonstration am 19.12.1976 in Kaiseraugst.
Dabei auch Plakate: „Solidarität mit Brokdorf"!

Kaiseraugst, Schweiz: Etwa 1000 Demonstranten protestierten am Neujahrstag auf dem vorgesehenen Bauplatz für das KKW-Kaiseraugst gegen die Absicht von Regierung und der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG, den Bau des KKW durchzusetzen. Bereits am 19.12. hatten ebenfalls etwa 1000 Demonstranten protestiert. Zuletzt im Frühjahr 1975 war das Gelände von den KKW-Gegnern besetzt worden. In der Folgezeit versuchten Regierung und Kapitalisten mit allen möglichen parlamentarischen Tricks und Schlichen den Widerstand zu brechen. In der Zwischenzeit wurden aber weitere Vorbereitungen für den Bau getroffen: Ein „Informationspavillon" wurde erstellt, eine Hochspannungsleitung ans Gelände rangeführt, für die Polizei wurden Autobahnausfahrten, die direkt auf den Bauplatz führen, errichtet.

Dazu wurde unmißverständlich erklärt: *„Nachdem sich die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG im rechtmäßigen Besitz von Standort- und Baubewilligung sowie der Kühlwasserkonzession befindet, wird sie nun noch die Erteilung der nuklearen Baubewilligung abwarten und die Fortführung der Arbeiten darauf abstimmen"* („NZZ", 30.12.).

Dazu schreibt die „Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst", die führend am Kampf beteiligt ist: *„Das heißt, daß für uns ein Abwarten nicht in Frage kommt, daß wir uns jetzt und heute auf eine Wiederbesetzung vorbereiten. Die Verhandlungen sind gescheitert"* (nach: „focus", Januar 1977).

Bereits Anfang Dezember hatte die Bevölkerung im Wabrig-Gebiet (Aargau) in der Nähe von Kaiseraugst in einer „Konsultativ"abstimmung (also ohne verbindliche Einspruchsmöglichkeiten) eindeutig Sondierungsbohrungen für eine „Atommüll" Deponie abgelehnt. 1.327 stimmten mit Nein, nur 12 (!) mit Ja! Auf fünf Versammlungen wurde auch die Bereitschaft betont, wenn trotzdem mit den Bohrungen begonnen werde, das Gelände zu besetzen!

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Kein KKW an der Eckerforder Bucht!

„Die Ausarbeitungen einer westdeutschen Technikergruppe bedeuten, daß Kernkraftwerke auch ‚Off Shore' placiert werden können. Diese sind an der Südspitze von Sylt, vor Amrum und in der Eckernförder Bucht geplant" berichtete am 17. Juni 1976 die deutsch-dänische „Schleswiger Zeitung". („Off-Shore" heißt, daß KKWs wie etwa Bohrinseln in das Wasser gebaut werden.)

Die Bürgerinitiative „Kein KKW an der Eckernförder Bucht!" berichtete von einer Studie „Kernkraftwerke im deutschen Off-shore-Bereich" der Dormier-System-Meerestechnik: *„ ... und auch hier findet sich der Standort Eckernförder Bucht wieder"*. Im Kieler Institut für Meereskunde wird bereits heiß an *„Biologisch-ozeanographischen Untersuchungen zur Standortplanung von Großkraftwerken an der Schleswig-Holsteinischen Ostseeküste"* gearbeitet. So heißt es in einem Gutachten des Instituts-Biologen Dr. Möller im Auftrag der „Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt" (GKSS), das den Bau von KKWs an der Küste natürlich befürwortet, weil man ja *„vermehrtes Fischauftreten für Kleinfischerei und Sportangelei nutzbar machen"* könne. Sollte das nicht der Fall sein, hätten die Fische ja immer noch *„die Möglichkeit, beim Auftreten ungünstiger Umweltfaktoren (!) ihren Standort schnell zu wechseln"* heißt es u.a im Gutachten. Lüge hin – Lüge her; eines wird jedenfalls daran klar: Der Bau eines KKW an/in der Eckernförder Bucht ist so gut wie sicher. In Surendorf an der Eckernförder Bucht wird bereits ein überdimensionales Straßennetz ausgebaut.

Währenddessen spekuliert die Landesregierung darauf, daß diese und weitere Informationen nicht an die Öffentlichkeit geraten; sie hüllt sich beharrlich in Schweigen oder läßt demagogisch anklingen: *„Die Landesregierung wird aufgrund eingehender Vorarbeiten (!) etwaige weitere Standorte von Kernkraftwerken prüfen. Dabei sind der Schutz der natürlichen Landschaft im Küstengebiet und der Fremdenverkehrs- und Erholungslandschaft von maßgeblicher Bedeutung"* („Kieler Nachrichten", 25.6.76). Brokdorf hat allerdings einmal mehr gezeigt, daß diese Sprüche lediglich hohles Geschwätz sind. Die Gutachten des Kieler Instituts für Meereskunde und der Dornier-Meerestechnik zeigen auch: Die Vorbereitungen von KKWs in der Ostsee und Nordsee laufen bereits auf Hochtouren.

Kein KKW an der Eckernförder Bucht und anderswo!

KB/Gruppe Kiel
(u.a. nach Informationen von „Hochaktiv", Zeitung der Bürgerinitiative „Kein KKW an der E'förder Bucht")

Elmshorn ohne Katastrophenpläne

Für Elmshorn sind keine Katastrophenpläne bekannt, die sich auf eventuelle Atom- und andere Unfälle im bereits arbeitenden KKW Brunsbüttel beziehen. Das, obwohl nach einem Urteil des Verwaltungsgericht in Schleswig Elmshorn im Gefahrenbereich der Brunsbütteler Anlage liegt (von Stade ganz zu schweigen!). Gespräche darüber haben nicht einmal mit dem Land und dem Kreis stattgefunden.

Zum geplanten KKW Brokdorf äußerte CDU-Bürgermeister Semprich: *„... daß der Stadt erst die Verpflichtung zum Katastrophenschutz für die Bevölkerung aufgegeben sei, wenn Brokdorf einen Gefahrenpunkt darstelle. Im übrigen liege die Flutgefahr viel näher als die Atomgefahr und davon rede niemand"* („Elmshorner Nachrichten" vom 11.12.76). Wir wollen keinen Katastrophenplan für Brokdorf, sondern gar kein KKW. Aber daß bei dieser Angelegenheit bekannt wurde, daß nicht einmal Gespräche in Sachen KKW-Brunsbüttel liefen, zeigt, daß diese Herren über die Gefahren einiges zu verschweigen haben und die objektiven Sicherheitsinteressen der Bevölkerung als Lappalien ansehen.

KB/Gruppe Steinburg/Pinneberg

Strahlenkrebs im „sichersten AKW der Welt!"

Hanford, USA. Die Untersuchungsergebnisse zweier englischer Wissenschaftler rücken die Propaganda der Atomindustrie ins richtige Licht. In der als „strahlensicher" geltenden US-Reaktoranlage Hanford sind 1,2 Prozent aller Todesfälle (entspricht etwa 30 Arbeitern) auf Krebserkrankungen durch Verseuchung durch Atomstrahlen zurückzuführen. Unter 3.883 Hanford-Arbeitern, im Zeitraum von 1944 bis 1972. Ca. 2.300 von ihnen waren dem weltweit akzeptierten Strahlenmaß von fünf „rad" pro Jahr ausgesetzt. 478 von ihnen starben an Krebs, davon sind 30 Todesfälle durch Verseuchung entstanden. Die beiden Wissenschaftler Stewart und Kneale sind durch ihre Entdeckung bekannt geworden, daß Röntgenuntersuchungen bei Schwangeren Strahlenschäden für das Embryo zufolge haben können („Elmshorner Nachrichten", 10.12.76).

KB/Gruppe Pinneberg/Steinburg

Atomverseuchte Fische

England. Nuklearer Abfall aus dem Kernkraftwerk und Aufbereitungslabor Windscale verseucht die Irische See und gefährdet damit die Fischfänge. Ein Sprecher der Atomenergiebehörde sagte dazu: *„Es stimmt, daß Plutonium (!) bei manchen Fischen gefunden wurde, aber die Mengen sind unschädlich"* („Morgenpost", 7.12.76).

Dagegen ist bekannt, daß selbst mikroskopisch kleine Mengen Plutonium vom Körper nicht abgebaut werden können und stark krebserregend sind.

Gefährdung der Existenzgrundlage von Fischern und der Gesundheit Tausender auf der einen – Bagatellisierung von Unglücken auf der anderen Seite, das ist die besondere Qualität der Atomindustrie.

KB/Gruppe Pinneberg/Steinburg

15. Januar: Protestdemonstration in Wesel!

Demonstration am 15.1.1977
in Wesel
Beginn: 10.45 Uhr
auf dem Rathausplatz

Zu einer Protestdemonstration gegen das Kernkraftwerk Bislich-Wahnum in der Nähe von Wesel und weitere geplante Kernkraftwerke am Niederrhein ruft die „Niederrheinische Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke" (NBA) auf.

Bereits im April und Juni 1976 wurden an den Düsseldorfer Landtag Anfragen gestellt, um eine Klärung über die geplanten KKW-Standorte zu erreichen. Nachdem diese Anfragen monatelang ignoriert wurden, sah sich die Kreisverwaltung Kleve veranlaßt, „offizielle Einwendungen gegen den Bau eines KKW in Bislich-Wahnum" zu erheben („Rhein.Post", 5.11.76). Und der Stadtdirektor von Wesel haute auf den Putz: „ ... ein verbaler Protest genügt da nicht mehr!"

Proteste gab es auch in Rheinberg, wo in Rheinberg-Borth und Orsoy-Rheinberg zwei KKWs geplant sind. SPD-Mitglieder forderten einen außerordentlichen Unterbezirksparteitag noch im Dezember 1976, um ein „zweites Brokdorf" zu vermeiden. Doch sie blitzten bei ihren eigenen Parteiführern ab, die satzungswidrig die Einberufung des Parteitags ablehnten und stattdessen auf die Landtagsberatungen am 18. Januar in Düsseldorf vertrösteten.

Betroffen von der niederrheinischen KKW-Planung sind auch die Städte Kleve-Salmorth, Spellen/Voerde und Kalkar, wo bereits ein besonders gefährlicher „Schneller Brüter" der Rheinisch-Westfälischen Elektricitätswerke (RWE) in Bau ist. Auf einer Strecke von 60 Kilometern am Rhein sind hier sechs KKWs geplant. Die NBA befürchtet außerdem, daß in Xanten eine Aufbereitungsanlage und im Saltzbergwerk Solvay bei Rheinberg eine „Atommüll"deponie geplant ist.

Der KB unterstützt die Protestdemonstration der Bürgerinitiativen und ruft alle Initiativen, Freunde und

„Atommüll"deponie geplant ist.

Der KB unterstützt die Protestdemonstration der Bürgerinitiativen und ruft alle Initiativen, Freunde und

Genossen in Nordrhein-Westfalen dazu auf, sich an der Demonstration zu beteiligen:

Kein KKW am Niederrhein
und auch nicht anderswo!

Protest: 18. Januar Landtagsberatungen über Landesentwicklungsplan VI!

Am 18. Januar wird im Düsseldorfer Landtag über die Vergabe von 27 Kraftwerkstandorten, darunter 13 für KKWs, beraten, die dann im „Landesentwicklungsplan VI" verabschiedet werden sollen. Auch hiergegen muß auf der Weseler Demonstration am 15. Januar protestiert werden!

Zunehmenden Protesten gegen Kernkraftwerke in NRW versuchte die Landesregierung mit ihrer Beschwichtigungstaktik zu begegnen:

- Sozialminister Farthmann schlug „Volksentscheid" vor, wurde aber von seinem Boß Kühn zurückgepfiffen,
- jetzt verkündete die Landesregierung, es würden in der nächsten Zeit „nur" zwei weitere Kernkraftwerke gebaut,
- Innenminister Hirsch empfing am 6.12.76 Mitglieder der „Landesaktion gegen die Umweltzerstörung NRW" und versuchte sie mit dem Hinweis auf Entsendung Sachverständiger ihrer Wahl für Hearings zu ködern. An diesen Hearings sollen auch Vertreter von Bahn, Post, der Wehrbereichsverwaltung (!) und der Energieunternehmen „gleichberechtigt" teilnehmen („Rhein.Post", 7.12. und 24.11.).

Andererseits machen die führenden Politiker auch keinen Hehl daraus, daß sie entschlossen sind, das Atomenergieprogramm in die Tat umzusetzen:

- Kühn: „*Es muß und wird Kernkraftwerke in Nordrhein-Westfalen geben*" („Westdeutsche Allgemeine Zeitung", 25.11.76).
- „ ... *viele Bürgerinitiativen seien überflüssig, wenn die Einwohner intensiver aufgeklärt werden*", so die CDU („WAZ", 25.11.76).
- Der Ausbau der Kernenergie zur Sicherung der Energieversorgung in den nächsten Jahren sei „unverzichtbar", so bekräftigten die Wirtschaftsminister und -senatoren auf ihrer Konferenz am 2.12.76 („WAZ", 3.12.).

Die Weseler Demonstration am 15. Januar muß auch zum Ausdruck bringen, daß dieses Verwirrspiel nicht mitgespielt wird!

Nach Berichten von Genossen aus Köln und Bochum

Anti-KKW-Silvester in Dänemark

Auf erfreulich großes Interesse stieß ein Anti-KKW-Abend im Dänischen Ferienort Trans, der von einigen Genossinnen und Genossen initiiert wurde. Über 100 Menschen (ca. 50% aller erwachsenen westdeutschen Urlauber) diskutierten über die Gefährlichkeit von KKW's und die nächsten Schritte im Kampf dagegen. Neben dem Problem der radioaktiven Verseuchung wurden die Ziele der Imperialisten angesprochen, die sie besonders auf militärischem Gebiet mit dem Bau der KKW's verfolgen, weil diese ja ganz „legal" den Stoff zur Atombombenherrstellung liefern.

Da mehrere Bürgerinitiativen gegen KKWs und Atommülldeponien vertreten waren, spielte der Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen Städten eine große Rolle.

Besonderen Anklang fand eine Aktion der Bürgerinitiative Hannover, die in Strahlenschutzanzügen in der Innenstadt falschen „Atomalarm" gaben. So war es kein Wunder, daß in der darauffolgenden Silvesternacht zum bekannten Anti-KKW-Kanon: „Wehrt Euch ... " im ganzen Dorf gesungen und getanzt wurde.

KB'ler aus Lüneburg und Göttingen

Internationales Atommüllager in Australien?

Maralinga, Australien. Nach den Enthüllungen eines ehemaligen Luftwaffensoldaten und zwei weiterer Zeugen soll England in der ehemaligen Atombombenteststation Maralinga in Südaustralien 41 Kilogramm Plutonium vergraben haben, „Abfall" des englischen Atomkraftwerks Calder Hall.

Schon vorher wurden dort 800 Tonnen atomarer Müll vergraben – bei den Atombombenversuchen radioaktiv verseuchte Instrumente und Bauteile und möglicherweise auch ein unbenutzter atomarer Zünder.

Das über tausende von Jahren hoch-giftige Plutonium lagert unbewacht nur vier Meter unter der Erde

Bauteile und möglicherweise auch ein unbenutzter atomarer Zünder.

Das über tausende von Jahren hoch-giftige Plutonium lagert unbewacht nur vier Meter unter der Erde

und stellt eine große Gefahr für die in der Nähe lebenden Aborigines (Ureinwohner Australiens) dar.

Im Gegensatz zur Lagerung des atomaren Mülls aus den Atombombenversuchen, bestreitet die autralische Regierung, von der Lagerung des Plutoniums zu wissen und hat eine Untersuchungskommission eingesetzt.

Dabei ist ein Einverständnis der australischen Regierung zu vermuten, weil, wie ebenfalls enthüllt wurde, England und Australien noch 1960/61 entgegen internationalen Erklärungen gemeinsam nukleare Vorrichtungen gezündet haben (Angaben nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 30.12.76).

Die Gewissenlosigkeit, mit der die Imperialisten bisher an die Ablagerung des atomaren Mülls gegangen sind (s.a. AK 95 „Kinder spielten im Atommüll"), läßt für die Zukunft das Schlimmste befürchten und wirft verstärkt die Frage nach dem Verbleib des bisher angefallenen Atommülls auf.

KKW-Komission

Aktionstag in Lüneburg

Die Initiativen der „Lüneburger BI gegen Kernenergie" zum Aktionstag am 18.12. wurden ein voller Erfolg: neben der üblichen großen Stellwand mit den aktuellsten Meldungen standen im Fußgängerzentrum als Flugblattverteiler kostümierte Weihnachtsengel, die unter den Perücken geschnallte Bundeswehr-Gasmasken trugen. Ein total verkrüppelter Weihnachtsbaum zur Veranschaulichung der Atomenergiegefahren, Extraplakate mit Aufschriften wie: „*Machen Sie Urlaub in der Heide, ‚STRAHLEND' kehren sie zurück*" und Anti-KKW-Lieder erregten das breite Interesse der Bevölkerung – mehr als je zuvor kam es zu Diskussionen. Dazu wurden mit Bauchläden Unterschriften gesammelt und Broschüren und Aufkleber verkauft – zeitweilig mußte vor den Unterschriftenlisten Schlange gestanden werden. Tausende von Flugblättern, die über das geplante Zwischenlager in Geesthacht informierten, wurden verteilt.

Veranstaltung in Essen

Am 18.12.1976 fand in Essen die erste KB-Veranstaltung statt, auf der die Erfahrungen aus Brokdorf aufgearbeitet wurden. In mehreren Referaten wurde auf die enorme Gefährlichkeit der Kernenergietechnik hingewiesen, die Lüge von der Arbeitsplatzbeschaffung (am Beispiel Reynolds/Hamburg) entlarvt sowie intensiv auf die Atombewaffnungspläne der BRD-Imperialisten eingegangen. Die ca. 70 Anwesenden sahen dann mit Begeisterung einen Video-Film zu den Ereignissen in Brokdorf, der nicht nur den Polizeiterror sehr plastisch wiedergab, sondern auch die üblen Verdrehungen von Leuten wie Stoltenberg etc. im Fernsehen durch direkte Gegenüberstellung mit dem Vorgehen in Brokdorf hervorragend entlarvte. Auf der sich anschließenden Diskussion stand die Weiterentwicklung des relativ schwach entwickelten Anti-KKW-Kampfes in Nordrhein-Westfalen im Vordergrund. Vertreter verschiedener Initiativen berichteten über ihre Aktivitäten und über die Möglichkeit, im selbstverwalteten Jugendzentrum KOMIC in Gelsenkirchen am Treffen von Atomgegnern teilzunehmen.

Veranstaltung in Dortmund

Am 18.12.1976 wurde in Dortmund eine Informationsveranstaltung gegen Kernkraftwerke durchgeführt. Vorbereitet wurde die Veranstaltung von der KB-Gruppe Bochum und KB-Sympathisanten aus Dortmund. Mobilisiert wurde vor allen Dingen an der Fachhochschule, in der Frauenaktion Dortmund und der Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke in Dortmund. Es erschienen ca. 65 interessierte Menschen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Film von der Platzbesetzung in Brokdorf am 30.10.1976. Desweiteren wurden Referate über die von den KKWs ausgehenden Gefahren und die politische Bedeutung der KKWs für den BRD-Imperialismus gehalten.

Abgerundet wurde die Veranstaltung durch einen Augenzeugenbericht von der Demonstration in Brokdorf am 13.11.1976 und einer anschließenden Diskussion. Hier wurde die Veranstaltung als der Beginn einer weiteren Arbeit in Dortmund gewertet. Das hat um so mehr Bedeutung, als in Hamm-Uentrop (ca. 30 km von Dortmund entfernt) ein KKW kurz vor der Genehmigung steht und in Waltrop (ca. 15 km vor Dortmund) das größte Energiezentrum der Welt mit zwei Atom- und vier Kohlekraftwerken sich in der Planung befindet.

Es wurde beschlossen, die Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke in Dortmund zu unterstützen und Anfang 1977 in Dortmund eine weitere Veranstaltung durchzuführen.

Kassel: „Leichenzug" strafbar?

Zur Eröffnung der Veranstaltungsreihe „Umdenken – umschwenken" fanden sich am 17.11.1976 etwa 30 Mitglieder der „Bürgerinitiative gegen das Atomkraftwerk Borken" (ca. 30 km von Kassel entfernt) vor der Kasseler Stadthalle ein. Als Leichen verkleidet, in weiße Bettücher vermummt und mit geschminkten Gesichtern, wollten sie auf die Verseuchung der Umwelt und die möglicherweise tödliche Gefahr durch Kernkraftwerke aufmerksam machen. Noch während der Veranstaltung stellte Regierungspräsident Burkhard Vilmar heraus: „*Niemand kann sich der Frage ‚umdenken – umschwenken' entziehen. Wer dafür eintritt, braucht nicht mit Polizei zu rechnen*" („HNA", 19.12.76).

Es kam anders! Bei der Staatsanwaltschaft in Kassel wurde inzwischen ein „*Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes und Vergehens gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet*" („HNA", 18.12.76). Strafrechtlich verfolgt werden sollen die KKW-Gegner, weil sie ihren Protest nicht vorher beim Ordnungsamt angemeldet haben. Ein Kripo-Beamter: „*Plötzlich waren weiße Tücher und Maskerade da, das konnte doch gar nicht spontan sein*" („HNA", 18.12.76). In Wirklichkeit geht es nicht um Anmelden oder Nichtanmelden. Absicht der Staatsanwaltschaft ist die Kriminalisierung des Protestes.

Einige Leserbriefe in der „HNA" und vor allem eine für Anfang Januar geplante Neuauflage des „Leichenzuges" durch die Bürgerinitiative zeigen, daß sich die KKW-Gegner nicht so einfach einschüchtern lassen. Indessen wird das nicht der letzte Versuch gewesen sein, die Anti-KKW-Bewegung durch Kriminalisierung zu spalten.

Kein KKW bei Borken!

In der Großgemeinde Borken (ca. 15.000 Einwohner), 30 km südwestlich von Kassel ist der Bau eines AKW's geplant.

Die Preussen-Elektra (PREAG) ist Betreiber dieses Projekts. Zur Zeit hat die PREAG in Borken ein Braunkohlekraftwerk und den dazugehörigen Tagebau in Betrieb. Ein großer Teil der erwerbstätigen Bevölkerung, nämlich 1.200, sind dort bei der PREAG beschäftigt. So gelten die umliegenden Gemeinden auch als „PREAG-Gemeinden".

Das geplante AKW, ein Druckwasserreaktor, soll in erster Baustufe 1.300 MW Leistung erbringen. Eine weitere Baustufe mit ebenfalls 1.300 MW ist geplant. Eine dritte Baustufe mit 1.000 MW ist unsicher, da laut Aussage der PREAG nicht genügend Wasser zur Kühlung vorhanden ist. In dem AKW werden voraussichtlich nur ca. 200 Beschäftigte sein.

Das Gelände des geplanten AKW's liegt an der Schwalm, einem kleinen Fluß, der zusammen mit zwei (eventuell drei) Rückhalteseen, die vormals Tagebaugruben waren, die Kühlung des AKW's übernehmen soll. Pro Block sind zwei Kühltürme von 160 m Höhe nötig, die wegen des geringen Wasserreservoirs Tag und Nacht in Betrieb sein müssen, was eine erhebliche Lärmbelästigung der Bevölkerung nach sich zieht. Die nächste Siedlung – Gombeth – liegt ca. 500 m vom AKW-Zaun entfernt. Der Lärm klingt wie starker Dauerregen. Man hat festgestellt, daß bei großen Kühltürmen, wie bei Borken geplant, am Zaun 95 dezibel (= Maßeinheit für Lärmpegel; entspricht etwa der Lautstärke eines vorbeifahrenden Zuges) Lärm zu messen wären. Es ist anzunehmen, daß je nach Windrichtung gerade nachts eine starke Beeinträchtigung des Schlafes zu erwarten ist.

Die Waberne Senke, das Gebiet, in dem das AKW gebaut werden soll, hat einen sehr guten Ackerboden, und zwar 85ziger Bodenwertzahl. Die Landwirte bauen dort vor allem Kohl, Zuckerrüben und Getreide an. Da sie durch den Landverlust beim Braunkohletagebau schon stark beeinträchtigt sind, wird vielen durch den Bau des AKW die Existenzgrundlage entzogen, da sie dann nicht mehr genug Ackerland besitzen. Das Problem der Ertragsminderung durch Nebel und radioaktive Schadstoffe wird den Bauern ebenfalls große Verluste zufügen.

Zur Verhinderung des AKW-Baus bei Borken haben sich im nordhessischen Raum mehrere Bürgerinitiativen gebildet, die vor kurzem eine Kundgebung in Borken durchführten, an der über 300 Menschen teilnahmen.

KB/Gruppe Kassel

2.000 demonstrierten in Bremen

Etwa 2.000 Teilnehmer folgten am 18.12. einem Demonstrationsaufruf der „Bremer Bürgerinitiative gegen Atomenergieanlagen". Der Protestaufruf richtete sich gegen den Baubeginn in Brokdorf, die geplanten Wiederaufbereitungsanlagen und das Atomenergieprogramm.

Der KB hatte die Demonstration mit einem Aufruf unterstützt. Der KBW ließ es sich nicht nehmen, im eigenen Block mit knapp über 100 Teilnehmern und unter seinen Exklusiv-Parolen („Vorwärts...") zu demonstrieren, am Schwanz des Zuges. Eine eigene Abschlußkundgebung hielt er vor etwa 100 Teilnehmern ab. Die KPD/ML hatte sich ausdrücklich von der Demonstration als „schädlich" distanziert, sie schüre „friedliche Illusionen" (warum, wurde nicht begründet), man müsse dort kämpfen, wo die Konfrontation verlaufe und das sei am Bauplatz in Brokdorf.



Arbeitsgerichtsprozeß Pommerenke gegen TÜV:

Erfolg vor Gericht

Der Technische Überwachungsverein (TÜV) ist vor dem Arbeitsgericht am 4.1.77 nach Strich und Faden abgebürstet worden. Er mußte sich vor Gericht sagen lassen, daß alle drei fristlosen Kündigungen, die er gegen seinen Kerntechnik-Ingenieur Jens Pommerenke im Zusammenhang mit dessen Teilnahme an der Demonstration in Brokdorf am 30.10.76 ausgesprochen hatte, rechtsunwirksam sind. Pommerenke hat Anspruch auf sofortige Weiterbeschäftigung!

Alle Vorwürfe, die der TÜV gegen Pommerenke erhoben hatte (so z.B. Bruch seines Dienstvertrages, Störung des Betriebsfriedens, Herausgabe von Dienstgeheimnissen etc.) müssen zurückgenommen werden. Die Begründung des Gerichts gipfelte in der Feststellung, Pommerenke habe dem Ansehen des TÜV nicht geschadet. Wenn irgendjemand dem Ansehen des TÜV geschadet habe, dann die Geschäftsführung selbst durch ihr Vorgehen gegen Pommerenke!

Und damit ist der Nagel wohl so ziemlich auf den Kopf getroffen: die Rolle des TÜV im Atomgeschäft rückte mit dem „Fall Pommerenke" schlagartig in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Es wurde auf einmal klar, daß der TÜV u.a. eine Schaltstelle bei der „Überprüfung", Genehmigung und „Kontrolle" von Kernkraftwerken (s. AK 95) ist, sozusagen ein Sonderausschuß der im Atomgeschäft engagierten Industrien (Mineralöl-, Elektrokonzerne etc.). So sind z.B. sämtliche vom TÜV zu überprüfenden Kernkraftwerke selbst ordentliche Mitglieder des TÜV, im Vorstand sitzen Vertreter der HEW und der NWK (Nordwestdeutsche Kraftwerke AG), zwei der unmittelbar am Bau des KKW in Brokdorf beteiligten Konzerne!

Der Gedanke, daß unter den TÜV-Sachverständigen (Ingenieure und Physiker), die die KKW's von innen heraus kennen, zu allen Teilen Zutritt haben und über Störfälle genauestens Bescheid wissen, möglicherweise Kernkraftgegner oder auch nur Kritiker sind, jagt allen Beteiligten, die ihre Aktien im Kernenergie-Geschäft haben, einen kalten Schauer über den Rücken.

Die Geschäftsführung des TÜV hatte versucht, den Fall Pommerenke betriebsintern beiseite zu schaffen. Dies gelang ihnen nicht: durch das mutige Auftreten des Ingenieurs (Verteilung von 2 „Persönlichen Erklärungen", Interviews in Rundfunk und Fernsehen) und das gegenwärtig starke Interesse der Öffentlichkeit an allem, was mit KKW's zusammenhängt, entwickelte sich der massive Einschüchterungsversuch von Pommerenke zu einem unglaublichen Bumerang für den TÜV: eine wahre Flut von Artikeln, Sendungen etc. („Stern", NDR, Fernsehen, Lokalblätter usw.) beschäftigen sich mit dem TÜV, bzw. seiner „Neutralität" und „Unabhängigkeit" von seinem Auftraggebern (die Industrie vermittelt durch die Sozialministerien der Länder) in der Frage der Begutachtung von Industrieanlagen, speziell von KKW's.

Gerade dieser Schein von „Neutralität" und „Unabhängigkeit" aber ist entscheidend für ein wichtige Aufgabe, die der TÜV in der Auseinandersetzung zwischen Industrie und Bevölkerung über Sicherheit von Fabriken, KKW's, über Umweltschutz usw. hat: Einwände und Befürchtungen von Kritikern zu entkräften mit dem Argument, die technische Sicherheit sei von „unabhängigen Sachverständigen des TÜV" geprüft und vorzutäuschen, der TÜV vertrete in dieser Auseinandersetzung die Interessen der Bevölkerung gegenüber den Kapitalisten.

Die praktische und unmittelbar politische Bedeutung dieser Rolle des TÜV wird klar, wenn man weiß, daß Sachverständige des TÜV regelmäßig zu sog. Erörterungsterminen herangezogen werden, auf denen Vertreter der Industrie und der Behörden mit der Bevölkerung über geplante Industrieanlagen „diskutieren" und ihre Pläne „offenlegen".

Dazu heißt es im vertraulichen Geschäftsbericht des TÜV Rheinland von 1971: „*Erwähnenswert ist unsere Tätigkeit bei Eröterungsterminen, sie dienen der Erörterung aller Einspruchsgründe gegen die Errichtung eines Kernkraftwerkes. Im November bzw. Dezember fanden z.B. die Diskussionen um die geplanten Standorte Bad Breisig und Mülheim-Kärlich statt, an denen wir neben weiteren Sachverständigen (...) teilnehmen. In diesen Erörterungsterminen wurde neben meisterhaft vorgetragenen Argumenten antitechnischer Ideologen und gesellschaftpolitischer Agitatoren auch die echte Sorge der Bevölkerung deutlich. Hier ist eine intensive Aufklärung erforderlich, die sich immer wieder eingehend mit allen Argumenten gegen die Nutzung der Kernenergie auseinandersetzt.*"

Letzlich bedeutet das, daß von jedem Sachverständigen erwartet wird, daß er sich auf Erörterungsterminen – konfrontiert mit den Sorgen der betroffenen Menschen – als Befürworter und Werber von KKW's betätigt. Für eine kritische oder gar ablehnende Haltung ist bei einem solchen Selbstverständnis natürlich kein Platz. So sieht die vielbeschworene „Neutralität" tatsächlich aus!

In letzter Zeit ging es z.T. auf solchen Erörterungsterminen (z.B. Brokdorf) hoch her. Peinlich wird es für Industrie und Behörde ab jetzt, wenn das Argument, eine technische Anlage sei vom „unabhängigen" TÜV geprüft und genehmigt, mit Gelächter und dem Hinweis auf den „Fall Pommerenke" beantwortet wird, und die TÜV-Sachverständigen mit Fragen und „Neutralität" konfrontiert werden....!

„Der Kunde ist König!"

.....schrieb der ARBEITERKAMPF in seiner letzten Ausgabe, um die Abhängigkeit des TÜV von seinen Auftraggebern, u.a. der Atomindustrie, zu kennzeichnen.

Daß der AK damit mal wieder goldrichtig lag, beweist die Sendung „Nordschaumagazin" im Fernsehen am 7.1.77. Hier wurde aufgedeckt, daß eine interne Anweisung des Geschäftsführers Dr. Witt an alle Abteilungsleiter existiert, in dem zum Thema „Reklamationen" der Kundschaft folgender Satz stand: **„In erster Linie geht es darum, den Kunden zufriedenzustellen und nicht darum , den letzten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse darzustellen."**

Die hierzu dem NDR gegenüber abgegebene „Erklärung" des Dr. Witt wies - natürlich!- darauf hin, daß dieser Satz total „aus dem Zusammenhang gegriffen" sei. Tatsächlich beziehe er sich auf Reklamationen am Rechnungswesen des Hauses, es habe soviele „falsch adressierte Rechnungen" gegeben usw. Die ganze Sache stinkt natürlich reichlich, denn - so die berechtigte Frage des NDR - Moderators - was haben falsch adressierte Rechnungen mit dem „letzten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse" zu tun??!

Es würde uns nicht wundern, wenn in der Geschäftsführung noch Köpfe rollen, zumal der Herr Dr. Witt erst seit einem dreiviertel Jahr im Amt ist. Seine Probezeit ist sozusagen noch nicht abgelaufen...

Erst Baustopp - dann Erörterung!



Demonstranten übernehmen beim Erörterungstermin in Hannover die Bühne

Grohnde: Am 14.12.76 begann in Hannover der Erörterungstermin für das wasserrechtliche Erlaubnisverfahren für das KKW Grohnde (bei Hameln). Über den ersten Tagesordnungspunkt (Eröffnung des Termins) ist man am ersten Tag nicht hinausgekommen. Einhellig wurde mit einer ganzen Reihe von Argumenten von den Einwändern beantragt, das Verfahren abzubrechen. Neben vielen wichtigen Mängeln in Verfahrensfragen wurden von den verschiedensten Bürgerinitiativen- und anderen Sprechern folgende Gründe genannt:
wird es durch die weite Anreise aus Hameln und Umgebung nach Hannover während der Arbeitszeit unmöglich gemacht, ihren Einwand und Protest vorzubringen. So wurde gefordert, wenn überhaupt, dann nur am Wochenende in Hameln zu tagen. Dreist wurde von der Behördenseite den knapp 1.000 anwesenden Einwändern vorgeworfen, sie wären ja zumeist sowieso herumreisende „berufsmäßige Protestler". Unter großem Beifall des Saales wurde klargestellt, daß die einzigen Personen, die berufsmäßig an dem Termin teilnehmen würden, als Vertreter der Behörde oder als Gutachter der Preussag auf der Bühne sitzen würden.
– Nachdem durch Verlesen des betreffenden Schriftstückes bewiesen wurde, daß in der ersten Teilerrichtungsgenehmigung, auf Grund derer die Preussag schon fleißig bauen läßt, die zuständige Behörde geschrieben hat, daß auch aus wasserrechtlicher Sicht „grundsätzlich und endgültig" keine Bedenken bestünden, wurde auch dem letzten im Saal klar, daß der Erörterungstermin eine Farce darstellt. Einmütig forderte der Saal „Erst Baustopp, dann Erörterung in Hameln." Mit kaum zu überbietender Arroganz und Verarschung der Anwesenden wurden sämtliche Anträge abgelehnt.

So blieb den Einwändern nichts anderes übrig, als mit halbstündigen Sprechchören „Baustopp, Baustopp" und schließlich auch mit einer Besetzung der Bühne der Forderung nach sofortigem Abbruch des Erörterungstermins Nachdruck zu verleihen. Dabei wurden auch die dort installierten Mikrophone des Versammlungsleiters zur Unterstützung der Forderungen umfunktioniert, Anti-KKW-Plakate waren schon längst überall an der Bühne befestigt.

Die im Nebenraum postierten, mit Helmen, Schildern, Knüppeln und der chemischen Keule bewaffneten Bullen sollten nach der Taktik der Behörde am ersten Tag nicht eingesetzt werden; man vertagte lieber den Termin auf den folgenden Tag. Das Interesse der Behörde wurde klar, mit allen Mitteln den Erörterungstermin 1976 zu Ende zu führen (denn nach den ab 77 geltenden Bestimmungen müssen sämtliche Gutachten veröffentlicht werden, das war im Fall Grohnde von der Behörde noch verhindert worden).

Die Einwänder diskutierten nach dem offiziell vertagten, aber durch ihre Bühnenbesetzung faktisch abgebrochenen Erörterungstermin das weitere Vorgehen. Es wurde beschlossen, den Termin am nächsten Tag zu boykottieren. Erschienen waren ca. 50 KKW-Gegner, die noch einmal ihren Protest vor dem Saal gegen die Farce „Erörterungstermin" kundtaten. Der am Tag zuvor mit fast 1.000 Menschen gefüllte Saal blieb leer und nur knapp 50 Einwänder von insgesamt 3.650 verloren sich im Saal.

Der Erörterungstermin wurde dennoch durchgezogen, dem Gesetze ist Genüge getan.

Die BIs beschlossen, einen eigenen Erörterungstermin mit eigenen (und deswegen auf jeden Fall nicht gekauften) Gutachtern im Januar in Hameln durchzuführen, um dort den Widerstand zu stärken und eventuell dann den Erörterungstermin auf dem Baugelände fortzusetzen.

KB/Gruppe Hannover

Fortsetzung

Nachrichten vom Widerstand

Anti-KKW-Bewegung in Celle

Montag, 29. November 1976 Unsere Anti-KKW-Bürgerinitiative Celle führte eine Informationsveranstaltung durch. Referent war J. Scheer von der Uni Bremen. Wir hatten die „Cellische Zeitung" („CZ") gebeten, die Veranstaltung im „Stadtspiegel" anzukündigen – vergeblich. Der kleine Saal der Städtischen Union war restlos überfüllt (300 bis 400 Personen). Nach Scheers Vortrag lenkte ein Vertreter der Kraftwerks-Union (KWU) die Aufmerksamkeit auf sich. Er wollte eine Rede halten und pro-KKW-Flugblätter verteilen, wurde jedoch von den anwesenden Bürgern daran gehindert. Die Flugblätter wurden ihm weggenommen und vernichtet. Der KWU-Mann war uns schon durch mehrere Auftritte bei anderen Veranstaltungen bekannt. Er pflegte immer zu erzählen: Er sei ebenfalls Celler Bürger – habe mehrere Kinder – die Strahlung sei ungefährlich – die Kraftwerksindustrie habe alle Gefahren im Griff – die Bürgerinitiative verkörpere nur die Angst vor dem Neuen, usw.

Freitag, 10. Dezember 1976 In Garßen, einem Dorf bei Celle, fand eine „neutrale" Informationsveranstaltung des CDU-Ortsverbandes über das Kernenergieprogramm der Bundesregierung statt.

Die Veranstaltung war, im Gegensatz zur Veranstaltung der Bürgerinitiative Celle, im „Stadtspiegel" der „Cellischen Zeitung" angekündigt worden. Circa 100 Interessierte kamen. Gleich nach Eröffnung der Versammlung fragte ein Vertreter unserer Bürgerinitiative den CDU-Versammlungsleiter, ob Polizei anwesend sei (nach § 12 des Versammlungsrechts muß sich die Polizei vor Beginn der Veranstaltung beim Versammlungsleiter melden. Der Versammlungsleiter hat dann der Polizei einen „Ehrenplatz" zuzuweisen). Der Leiter der Versammlung sagte, daß keine Polizei anwesend wäre. Nun sahen wir uns gezwungen, auf Herrn Fuhrmann-Schütze vom Verfassungsschutz Celle aufmerksam zu machen. Der Bulle erhob sich brav und stammelte, daß er in „privater Absicht" gekommen sei (Dazu kurz: Beamte sind immer im Dienst und der Verfassungsschutz pflegt für gewöhnlich in Zivil zu arbeiten.). Nach kurzer Zeit gelang es uns, die Veranstaltung als pro-Kernenergie-Propaganda zu entlarven. Die Referenten waren den Vertretern der Bürgerinitiativen nicht gewachsen. Den Befürwortern von Kernenergie gingen langsam die Argumente aus und sie ließen sich zu unsachlichen Beschimpfungen gegen die Bürgerinitiativen hinreißen. Darauf sahen wir uns genötigt, den Saal zu verlassen. Die überwältigende Mehrheit der Bürger folgte uns. Es blieben nur etwa zwanzig Personen zurück – die CDU-Veranstaltung war geplatzt.

Später hieß es in einem Redaktionsbericht der „Cellischen Zeitung": „*In Garßen fand eine neutrale Informationsveranstaltung zur Kernenergiefrage statt.*" Man fand einige Hinweise zu den einzelnen Referenten, aber die Redaktion der „CZ" deutete nicht einmal den Ablauf der Veranstaltung an.

Vom 10.1. bis 17.1.1977 zeigt die BI-Celle den Film „Lieber heute aktiv, als morgen radioaktiv" in Celle und Umgebung!

Lübeck:
Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv!

Unter diesem Motto bereitete sich die Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke-Lübeck auf den landesweiten Aktionstag in Schleswig-Holstein vor. Eine Woche lang waren Kernkraftgegner mit Stellschildern, einem Büchertisch und Flugblättern in der Innenstadt. Am Donnerstag wurde zusätzlich ein großes Transparent, auf dem ein Totenkopf und ein Kernkraftwerk abgebildet waren, in der Stadt aufgehängt. Am Freitag fand ein Autokorso mit ca. 30 Wagen statt. Mit farbigem Tesa-Band waren Parolen auf die Autos geklebt worden. Auf zwei Autos wurden Särge befestigt, die mit Anti-KKW-Parolen versehen waren. Im Schrittempo ging es durch die Innenstadt. Flugblattverteiler, die nebenherliefen, konnten während des Korsos über 3.000 Flugblätter verteilen. In den Vororten wurden Lautsprecher eingesetzt – in der Innenstadt waren sie von der Polizei verboten worden.

Am Samstag, dem 18.12., um 12 Uhr, versammelten sich trotz Schneematsch und Kälte über 300 KKW-Gegner zu einer Demonstration.

Eine Gruppe Schüler der OzD (Oberschule zum Dom) hatte sich schon vor ihrer Schule versammelt. Mit einem Sarg an der Spitze zogen sie gemeinsam durch die Stadt zur Anfangskundgebung.

Gleich zu Beginn der Demonstration fielen die Sektierer der KPD/ML unangenehm auf. Entgegen der Absprachen in der Bürgerinitiative trugen sie ein Transparent mit der Aufschrift: „*Kein KKW in Brokdorf – KPD/ML*". Aufgefordert, sich ans Ende der Demonstration zu begeben, meinte einer von ihnen: „*Die Partei marschiert in der Mitte!*"

Allerdings wurden dann die MLer von den Demonstranten selbst ans Schlußlicht gedrängt.

Vor dem Verlagsgebäude der „Lübecker Nachrichten" protestierten die Demonstranten gegen die einseitige Berichterstattung dieser Zeitung. Am gleichen Tag war nämlich in den „Lübecker Nachrichten" eine ganzseitige Anzeige der NKW (Nordwestdeutsche Kraftwerke) erschienen, in der es u.a. hieß: „*Kernkraftwerke verbrauchen keinen Sauerstoff, sie verschmutzen nicht das Wasser, sie arbeiten leise, ohne Abgase, Staub und Schlacke. Sie sind umweltfreundlich! Das wissen auch die Fische zu schätzen.*"

Mit der Parole „Springer und Ehrlich (= Mitbesitzer der „LN") sind entbehrlich!" ging es weiter.

Auf der Zwischenkundgebung wurden Oberstaatsanwalt Hannemann und der Leiter der politischen Polizei, Preuss, von der aufgebrachten Menge verjagt – Denunzianten waren unerwünscht!

Am darauffolgenden Dienstag, dem 22.12., fand eine Veranstaltung der Bürgerinitiative statt, die von ca. 120 Menschen besucht wurde. Einem Dia-Vortrag und Referat über die Umweltgefahren der KKWs folgte ein Theaterstück der Lübecker Kulturgruppe „Kneifzange" gegen den Polizeiterror in Brokdorf. Dann kamen Anti-KKW-Lieder und Referate. Eine Frau machte den Vorschlag, eine Arbeitsgruppe Frauen gegen Kernkraftwerke ins Leben zu rufen.

Flensburg: Pro- und Anti-AKW

Für den am 16. Dezember hatte der Juso-ASTA der Pädagogischen Hochschule zu einer Veranstaltung mit Befürwortern von Atomkraftwerken (!) aufgerufen. Der SSB (KB) rief daraufhin zu einer Veranstaltung am 15.12. der KKW-Gegner auf, zu der auch die „Solidaritätsaktion" Brokdorf mobilisierte. Fast 300 Teilnehmer folgten dem ufruf und hörten Reden von Vertretern der BUU und aus Wyhl. Der „Rote Kaktus" spielte Lieder gegen AKWs.

Auf der Juso-Veranstaltung am nächsten Tag waren etwa 200 Teilnehmer, der größte Teil Befürworter von Atomkraftwerken.

Nach Berichten von Genossen aus: Celle, Lübeck, Lüneburg, Bochum, Hamburg, Kassel, Bremen, Flensburg

Hamburg und München: Weg mit den Mieterhöhungen!

20, 30, 40 bis über 100 % mehr Miete fordern die Hamburger Althausbesitzer zu Beginn dieses Jahres von vielen Mietern – und jubeln, daß sich die „freie Marktwirtschaft" endlich auch bei den Altbauten durchgesetzt hat!

Während die Löhne dieses Jahr um fünf bis sechs Prozent „ansteigen", d. h., höhere Steuern und Geldentwertung abgezogen, ein Lohnraub sich abzeichnet, kündigte die „Hamburger Morgenpost" an:

„Jeder dritte muß in Hamburg mehr Miete zahlen – in Einzelfällen (?) Verteuerung um 100 %" (19.5.76).

Auch die Behörden und Politiker halten Mieterhöhungen bis zur Sozialmiete von 5,50 DM/qm (kalt) bei Wohnungen mit Bad und Zentralheizung noch für „vertretbar" – eine unglaubliche Sauerei, denn schon heute hat Hamburg das höchste Miet- und Preisniveau in der BRD!

Hamburg wird damit weiter Vorreiter unter den Preistreibern auch bei den Mieten in der BRD bleiben. Nach vorsichtigen Schätzungen werden die Mieten in der gesamten Bundesrepublik in diesem Jahr um mindestens sechs bis acht Prozent steigen („FR", 28.12.76).

„Gutes Wohnen kostet auch gutes Geld" – so versuchen die Hausbesitzer die Mieterhöhungen zu begründen (Sasse vom Hauseigentümerverband in der „Umschau am Abend", 22.12.) – und vergessen dabei wissentlich, daß an den meisten Altbauten seit Jahren kaum noch was renoviert oder instandgehalten wurde, oder aber über kostspielige Modernisierungen die Kosten bereits von den Mietern bezahlt worden sind, die nach einer Modernisierung oft doppelte Miete zahlen müssen.

Viele Familien können bereits heute keine Mieterhöhung mehr verkraften. Da auch die „Sozialmieten" nur noch als wucherisch zu bezeichnen sind, gibt es heute kein Ausweichen mehr auf billigeren Wohnraum und Obdachlosigkeit droht für die Gekündigten.

Das muß verhindert werden!

Parteien und Mieterverein: Hand in Hand gegen die Mieter

Die Schuldigen für die immer grösser werdende Wohnungsnot sind die Hausbesitzer und Spekulanten, aber auch die bürgerlichen Parteien, die ihnen ungeahnte Profitmöglichkeiten verschafften. Angefangen haben CDU/CSU, die den nach 1945 bestehenden Mietstopp und die Wohnraumbewirtschaftung abschafften. Diesen mieterfeindlichen Kurs haben SPD und FDP fortgesetzt, sie haben die Mietpreisbindung für Altbauten gleich ganz abgeschafft. Führende Politiker unterstützten immer wieder ausdrücklich die Ausplünderung der Mieter. Erst vor kurzem forderte der Hamburger Bausenator Biallas, daß jede Familie 25 % ihres Einkommens für Miete ausgeben soll!

Wer nun gedacht hat, der sozialdemokratische Mieterverein würde ernsthaft etwas gegen die Ausplünderung der Mieter unternehmen, sieht sich getäuscht. Denn der Mieterverein ist nicht grundsätzlich gegen die Mieterhöhungen. Schon bei der letzten Mieterhöhungswelle vor zwei Jahren hielt er die Mieterhöhungen für gerechtfertigt, machte sie allerdings von notwendigen Reparaturen abhängig. Heute erhebt der Mieterverein selbst diese Forderung nicht mehr. Durch seine Mitarbeit am „Mietenspiegel", der als Rechtfertigung für drastische Mieterhöhungen zusammengebastelt wurde, unterstützt der Mieterverein im Grunde die Hausbesitzer gegen die Mieter.

Der Mieterverein empfiehlt immer wieder, nicht die „Konfrontation" sondern die „Partnerschaft" mit dem Hausbesitzer zu suchen, und das in einer Situation, wo die Hausbesitzer dran gehen, geradezu provokativ Wuchermieten zu fordern.

Gegen diese Verschlechterung der Lebenslage müssen die Mieter sich selbst organisieren und den Hausbesitzern das Geschäft vermiesen!

Wohnungskommission

Neue Wohnungsnot!

Der drastische Rückgang im Wohnungsbau wird spätestens ab 1978 zu einer neuen Wohnungsnot führen. Das ist die übereinstimmende Prognose des Wohnungsbaukonzerns „Neue Heimat" und des Deutschen Mieterbundes.

Selbst das Bonner Bauministerium hält einen *„Engpaß bei frei finanzierten Wohnungen"* für möglich. Allerdings wolle man der *„Entwicklung nach der Drosselung im Wohnungsbau durch die Wirtschaft von 1973 und 1974 gegensteuern"* („Hamburger Morgenpost", 29.12.76). Diese Demagogie entlarvt sich an den Fakten aus dem „sozialen" Wohnungsbau.

Die notwendige Bauquote von jährlich mindestens 450.000 Wohnungen wird dieses Jahr lange nicht erreicht. Höchstens 150.000 Mietwohnungen werden gebaut (der Rest sind Eigentumswohnungen und Eigenheime). Im voll geförderten sozialen Wohnungsbau sind im 1. Halbjahr 1976 sogar nur noch 19.000 Wohnungen genehmigt worden, was zeigt, daß der Wohnungsbau auch nächstes Jahr weiter zurückgehen wird („Handelsblatt" (HB), 29.11.76).

Da jedoch in den nächsten Jahren die „geburtenstarken Jahrgänge" auf Wohnungssuche gehen müssen, werden vor allem junge Familien es immer schwerer haben, eine Wohnung zu finden. Ähnlich betroffen sind kinderreiche Familien insbesondere in den Ballungsräumen, denn durch die Mietenexplosion wird der „familiengerechte Wohnraum" immer knapper.

Hinzu kommt, daß elf Millionen Wohnungen, d. h. rund die Hälfte aller Wohnungen (!), nicht mehr dem heutigen Wohnungsstandard entspricht.

Vor diesem Hintergrund ist es eine Provokation, wenn der Zentralverband der deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer fordert, das Wohnungsbauministerium aufzulösen, da es *„angesichts der Versorgungslage auf dem Wohnungsbau überflüssig"* sei, und das Bundeswirtschaftsministerium die Aufgaben mit übernehmen könnte („FR", 27.10.76).

Ein derartiger „Aufwand" für die weiteren Pläne der Kapitalisten wäre auch wirklich zu groß. Laut Albert Vietor, Vorstandsvorsitzender der „Neuen Heimat", werden *„im nächsten Jahr weniger Neubauten als bisher begonnen"*. Dafür wird der Schwerpunkt mehr auf den Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen, sowie „Modernisierung und Ausbau von Innenstädten" gelegt („Mopo", 27.12.76). Das sind ja auch die profitträchtigsten Zweige der Bauwirtschaft.

Wohnungskommission

Das Schwerbehindertengesetz – von Reform keine Spur

„Das Schwerbehindertengesetz hat nicht einen einzigen neuen Arbeitsplatz geschaffen" („Frankfurter Rundschau", 18.12.1976). Diese bemerkenswerte Feststellung machte Albert Räuber, Referent für Schwerbehinderte beim Vorstand der IG Metall.

Das „Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft" (SchwbG) genannt – wurde Mitte 1974 von der SPD/FDP-Bundesregierung aus der Taufe gehoben und, wollte man ihr glauben, so sollte es den Schwerbehinderten *„bessere Möglichkeiten zur Entfaltung der Persönlichkeit, schnelle und unbürokratische Hilfe, sichere Arbeitsplätze"* und noch andere *„wesentliche Neuerungen"* bringen (nach einer Broschüre des Sozialministeriums). Immer wieder angepriesen wurden die Beschäftigungspflicht, die Ausgleichsabgabe, die Gleichstellung aller Schwerbehinderten unabhängig von der Ursache ihrer Behinderung, der verbesserte Kündigungsschutz und die Stärkung der Stellung der Behinderten-Vertrauensmänner. Wie sehen die einzelnen Regelungen aber in der Praxis aus?



Zermürbendes Warten auf einen neuen Arbeitsplatz: Schwerbehinderte im Frankfurter Arbeitsamt

1. Kapitalisten und öffentliche Arbeitgeber mit mehr als 15 Beschäftigten müssen mindestens auf 6 % der Arbeitsplätze Schwerbehinderte beschäftigen (§ 4). *„Früher war sie* (die Quote der Pflichtplätze – d. Red.) *nach Branchen gestaffelt, ging aber bis zehn Prozent"* („FR", 18.12.76). Außerdem können Schwerbehinderte vom Arbeitsamt auf mehr als einen Pflichtplatz angerechnet werden, wenn *„ihre Unterbringung in Arbeit auf besondere Schwierigkeiten stößt"* (§ 7 Abs. 6). In der Praxis sind Mehrfachanrechnungen eher die Regel als die Ausnahme, selbst Vierfach-Anrechnungen sind keine Seltenheit.

2. Für jeden nichtbesetzten Pflichtplatz muß der Arbeitgeber eine Ausgleichsabgabe von 100 DM pro Monat zahlen (§ 8). Verglichen mit den 50 DM aus dem Schwerbeschädigtengesetz von 1953 handelt es sich hier nur um eine verspätete Inflationsangleichung und keineswegs um eine durchschlagende Verbesserung. Ausserdem können bei der Vergabe von Aufträgen an Werkstätten für Behinderte 30 % des Rechnungsbetrages von der Ausgleichsabgabe abgezogen werden und in besonderen Fällen kann die Ausgleichsabgabe ganz erlassen werden. Viele Betriebe zahlen lieber die geringe Ausgleichsabgabe, als daß sie Schwerbehinderte einstellen!

3. Schwerbehinderte im Sinne des Gesetzes sind alle Behinderten mit mindestens 50 % MdE (= Minderung der Erwerbsfähigkeit – offizieller Maßstab des Behinderungsgrades; § 1). 50 % MdE können auch Rheumatiker, Asthmatiker oder Frauen im gebärfähigen Alter nach einer Totaloperation sein. Gleich nach Inkrafttreten des Gesetzes gaben viele Betriebsleitungen verschiedenen Beschäftigten den Rat, ihre Anerkennung als Schwerbehinderte zu beantragen. *„In den Betrieben begann damals das große Suchen. ‚Da haben wir doch den X mit seinen schweren Asthma-Anfällen und die Frau Y mit ihrem Rheuma, und hatte die Sekretärin von Abteilungsleiter Meier nicht neulich eine Unterleibsoperation?' Mit solchen Fragen befaßten sich Personalchefs mit verblüffendem Erfolg"* („FR", 18.12.76). So wurde in vielen Betrieben die Pflichtquote erreicht, ohne einen einzigen Schwerbehinderten neu einzustellen.

4. Bei der Kündigung eines Schwerbehinderten muß immer vorher die Hauptfürsorgestelle eingeschaltet werden, die dann über die Entlassung zu entscheiden hat (§§ 12 ff.). Die Tatsache, daß in den letzten zwei Jahren die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten auf das dreifache angestiegen ist, spricht nicht gerade für die Wirksamkeit dieser Regelung, abgesehen davon, daß sie ohnehin nur den Behinderten nützen kann, die bereits eine Stellung haben.

5. Über die Arbeit der Schwerbehinderten-Vertrauensmänner liegen bisher kaum Informationen vor. Wir bitten die AK-Leser, mitzuhelfen, diese Informationslücke zu füllen.

Trotz der seit Inkrafttreten des Schwerbehindertengesetzes immens angestiegenen Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten, ließ die Bundesregierung auf eine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag verlauten, daß sie keine über dieses Gesetz hinausgehende Maßnahme plane, um die Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter zu beheben, da das SchwbG angeblich ein ausreichendes Instrumentarium biete (nach „Reichsbund", Zentralorgan des „Reichsbundes der Kriegsopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e. V.").

Wie die Maßnahmen der Regierung dann aussehen, zeigt das von ihr kurz vor der Bundestagswahl bekannt gemachte „100-Millionen-Programm". Nach typisch kapitalistischer Manier werden den Arbeitgebern „finanzielle Anreize" geboten für die Einstellung von Schwerbehinderten. Im Einzelnen:

„18.000 Mark für die Einstellung eines Schwerbehinderten, der dauernd auf eine Hilfskraft angewiesen ist;
15.000 Mark bei Ausbildung eines schwerbehinderten Jugendlichen;
12.000 Mark für die Einstellung eines zu mindestens 80 Prozent Behinderten oder eines über 55-jährigen oder eines über ein Jahr arbeitslosen Schwerbehinderten;
8.000 Mark für die Einstellung eines mindestens seit sechs Monaten arbeitslosen Behinderten" („FR", 18.12.76). Voraussetzung für diese „Leistungen" ist der Abschluß eines unbefristeten Arbeitsvertrages und die Nichtentlassung im ersten Beschäftigungsjahr. Bezahlt wird das ganze von den Ausgleichsabgaben (s. o.), die *„nur für Zwecke der Arbeits- und Berufsförderung Schwerbehinderter sowie für Leistungen zur nachgehenden Hilfe im Arbeitsleben ... verwendet werden"* dürfen (§ 8, Abs.3).

Während den Kapitalisten Millionenbeträge in den Rachen geworfen werden, wird vielen arbeitslosen Schwerbehinderten Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe mit der Begründung vorenthalten, sie stünden der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung, haben sehr viele Behinderte keine oder nur eine schlechte Ausbildung, fehlen z. B. Wohnheime für schwerbehinderte Studenten und ähnliche Einrichtungen – Alltag der Behinderten in der kapitalistischen Gesellschaft.

Ein behinderter KB-Sympathisant aus Marburg

Kaußens schönstes Weihnachtsgeschenk

Günther Kaußen, allseits berüchtigter Mieterschinder, darf weiterbetrügen; jetzt hat er sogar für sein Treiben eine höchstrichterliche Erlaubnis erhalten.

Was war geschehen?

Kaußen hat es zum Titel „Größter privater Hausbesitzer der BRD" hauptsächlich dadurch gebracht, daß er für gekaufte Häuser mittels gezinkter Gutachten überhöhte Darlehen kassierte und so immer neue Häuser kaufen konnte. Diesen Tatbestand hatte die Kölner Staatsanwaltschaft mit Hilfe einer Sonderkommission überprüft anhand von 2.300 Grundstücksgeschäften Kaußens. Fast fünf Jahre lang dauerten diese „Überprüfungen"; 1.200 Zeugen wurden vernommen. Trotzdem beschränkte sich die Staatsanwaltschaft auf 53 Fälle mit einer Betrugssumme von 7,3 Mio. DM – die Gesamtsumme dürfte bei 250 Mio. DM liegen!

Beim Gericht blieb die 591 Seiten starke Anklageschrift erstmal über ein Jahr unbearbeitet liegen (!), bis die 14. Große Strafkammer des Landgerichts Köln in einer 281 Seiten starken Begründung zu dem Schluß kam, Kaußen sei der ihm *„zur Last gelegten Betrügereien nicht hinreichend verdächtig. Eine Verurteilung des Angeschuldigten Kaußen wegen der ihm vorgeworfenen Betrugstaten ist deswegen nicht wahrscheinlich, weil es in allen Fällen an einem Vermögensschaden im Sinne von § 263 StGB fehlt."*

Auf gut Deutsch: Kaußen hat die erschwindelten Darlehen zurückgezahlt, den Banken ist also kein Schaden entstanden – und nur das interessierte das Gericht.

Kaußens Verteidiger, der Strafrechtler und Direktor des Kriminalwissenschaftlichen Instituts der Kölner Uni, Günter Kohlmann, besaß trotz dieses Urteils noch die Frechheit, zu behaupten, daß auf dem Gebiet der Wirtschaftskriminalität „zu viel" und „zu leichtfertig" ermittelt werde und daß man hier sogar von Hysterie sprechen könne! *„Da kann man mal sehen, wie leichtfertig die Staatsanwaltschaft heute Bürger mit Ermittlungsverfahren überzieht. Hier gerät der Rechtsstaat in Gefahr"* („Kölner Stadtanzeiger", 11.12.76) ...

Fazit:

Da Kaußen die Hunderte Millionen DM, die er aus den Mietern herausgepresst hat, mit den Banken geteilt hat, wird er nicht bestraft.

Was Kaußen mit seinen Mietern macht, steht vor Gericht nicht zur Debatte, da hier die Staatsanwaltschaft nichts untersucht hat.

Es bestätigt sich, daß die Kaussen-Mieter nicht auf die Gerichte hoffen können, sondern Kaußen selbst das Handwerk legen müssen!

Bezirksgruppe St. Pauli
KB/ Gruppe Hamburg

Der „Wirtschafts"-Kriminelle Kaußen
Das Gericht verurteilte ihn nicht: Nur die Mieter können Kaußen das Handwerk legen!

Wirtschaftskriminelle kassieren Milliarden

Während die Arbeiter und Angestellten ohne Chance monatlich die saftigen Steuern berappen müssen, entziehen sich die Kapitalisten mit vielerlei legalen wie kriminellen Mitteln ihrer Steuerpflicht.

Wie groß das Ausmaß dieser „Weiße-Kragen-Kriminalität" bereits ist, wurde auf einer Fachtagung von Richtern und Staatsanwälten in der Deutschen Richterakademie deutlich gemacht.

Dort berichtete der Referent für Strafrecht und Wirtschaftskriminalität beim Stuttgarter Justizministerium, **daß allein 1975 3.700 Ermittlungsverfahren und Hauptverhandlungen auf dem Sektor der Wirtschaftskriminalität aufgenommen wurden, bei denen es immerhin um eine Schadenssumme von 3,4 Milliarden DM (!) ging.**

„Das ist allerdings nur die Spitze eines Eisbergs, denn wie Prof. Kaiser von der Uni Freiburg an gleicher Stelle erklärte, muß der gesamte volkswirtschaftliche Schaden durch Wirtschaftskriminalität in der BRD mit sage und schreibe 50 bis 80 Milliarden DM angesetzt werden" („DVZ", 18.12.76).

Auf der Tagung wurde weiter festgestellt, daß die „Weiße-Kragen-Verbrecher" ihre kriminellen Aktivitäten systematisch betreiben und dazu ganze Heere von Steuerspezialisten etc. einsetzen.

Es gibt zwar seit dem 1. Oktober ein Gesetz zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität, allerdings wird es in den entsprechenden Kreisen eher belächelt, denn ernst genommen. Denn zunächst einmal sind nicht alle Methoden erfaßt und zum zweiten – so wurde auch auf der Fachtagung bestätigt – leiden die Wirtschaftsstrafkammern unter ständigem Personalmangel. So dauern *„die staatsanwältlichen Ermittlungen je Fall eineinhalb Jahre ... bis zur Gerichtsverhandlung vergingen weitere zwei bis drei Jahre"* („DVZ", 18.12.76).

Wirtschaftskommission
KB/ Gruppe Hamburg



Achtung: Staatsspitzel provozieren!

In letzter Zeit häufen sich Nachrichten über dreiste Provokationen seitens der staatlichen Spitzel des sog. „Verfassungsschutzes", insbesondere auch gegenüber Menschen, die sie für Mitglieder kommunistischer Organisationen halten.

So wurde uns unter anderem aus einem Hamburger Bezirk folgender Fall bekannt: Ein Staatsspitzel sprach einen Kollegen aus heiterem Himmel auf offener Straße an: „Guten Tag! Ich bin vom Verfassungsschutz! Wir möchten Sie fragen, wie Sie ihre Lehrertätigkeit mit Ihrer Mitgliedschaft im KOMMUNISTISCHEN BUND vereinbaren können?" Der Kollege war sprachlos. Er ist bisher in keiner Weise als KB-Mitglied in Erscheinung getreten und bestenfalls als Sympathisant unserer Organisation zu bezeichnen. Seine erste Reaktion: sich distanzieren. Zweite Reaktion: überall Spitzel wittern. Die dritte und beste Reaktion: Er gab den Bericht über sein Erlebnis an uns weiter.

Dieser Fall steht nicht einzeln da. Hierzu wäre nur kurz anzumerken: Die Vorgehensweise der Staatsschutz-Spitzel hat Methode. Eine solche offene Form des sog. „Tot-
schutz-Spitzel hat Methode. Eine solche offene Form des sog. „Tot-
observierens" dient erstens der Einschüchterung, zweitens ist sie ein Testballon, wie der Informationsfluß in „bestimmten Kreisen" läuft, drittens soll der Eindruck erweckt werden, als seien die Staatsspitzel allgegenwärtig.

Tatsache ist aber, daß Kripo und Landes„verfassungsschutz"amt trotz der ungeheuren Aufrüstung bis heute nach wie vor nicht genügend geldgeile Typen für die Spitzeltätigkeit anwerben konnten. Ihr eigener Apparat reicht keineswegs aus, um die nahezu 111.500 (grobe Schätzung!) Mitglieder kommunistischer und linker Organisationen in der BRD tatsächlich rund um die Uhr zu beschatten. Ganz zu schweigen von den zahllosen demokratischen Menschen, vor denen die Verfassung offenbar ebenfalls – wie z.B. in Brokdorf – nachhaltig geschützt werden muß!

Aus dieser Verlegenheit heraus haben die staatlichen Spitzel-Leitstellen wie VS/BND/MAD gestaffelte Schnüffel-Methoden (im „Fach"ausdruck: Observation) entwickelt:

1. Einschleusen von „Vertrauens"(?)-personen der Kripo und des VS etc. in Organisationen, Gruppen, Bewegungen;
2. verdecktes Schnüffeln, und zwar zum einen schwerpunktmäßig, weil sie sich eine breite Streuung in der Regel nicht leisten können. Bei Veranstaltungen und dergleichen schicken sie besondere „Observationstrupps" los, die nach allen Seiten schnüffeln. Eine solche breite „Beschattung" bleibt aber die Ausnahme;
3. offenes Schnüffeln, sog. „Totobservieren", wie es jetzt auch in Brokdorf betrieben wird, wo es ihnen nicht hauptsächlich um die eigentliche Informationsgewinnung geht.

Bundeskriminalamt, geheimdienstliche Organisationen und Kripo (mit MEK) empfinden ihre „Personallage" als unzureichend. Von daher geht ihr
MEK) empfinden ihre „Personallage" als unzureichend. Von daher geht ihr
Bestreben gegenwärtig dahin, mehr private Helfer wie Detekteien, Privat-„Polizeien" etc. in diese Arbeit mit hineinzuziehen und die Bevölkerung zur „Selbstreinigung" aufzufordern. Die Erreichung dieses Ziels gehört aber gegenwärtig noch in den Bereich ihrer Träume – vor allem, wenn die Spitzel- und Denunziantenwerbung auf die wache Abwehr aller Demokraten und Kommunisten stößt!

Für jeden, der von solchen schrägen Vögeln heute angesprochen wird, heißt die Parole: Lot di nich verblüffen! Aber behalt die Erfahrungen auch nicht für dich, sondern stell die Praktiken bloß!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Da schmunzelt der Faschist

Die sogenannten „Marxisten-Leninisten Deutschland" (MLD) sind als Provokateursgruppe auf rechtsaußen schon bekannt. In der Dezember-Ausgabe ihrer Zeitung „Die Neue Welt" befassen sie sich mit dem Fall des Doppelmörders Weinhold, der bei seiner „Flucht" aus der DDR zwei DDR-Grenzer erschoß und dafür in der BRD freigesprochen wurde.

Dieser Freispruch kommt den „MLD" schon recht, versteht sich, aber ganz zufrieden sind sie doch noch nicht: „... *Trotzdem kann die Begründung des Freispruchs nicht befriedigen. Das Gericht hat nicht prinzipiell das Notwehrrecht an der Grenze anerkannt ... Die Urteilsbegründung ist ein Ausdruck für das Zurückweichen Bonns vor dem neuen Faschismus*" (der DDR - Anm. AK). „*Wir fordern für die Revisionsverhandlung einen klaren Freispruch unter Anerkennung des Widerstandsrechts... Und in der DDR darf man das Widerstandsrecht nicht auf die Grenze beschränken: Es muß für alle gesellschaftlichen Bereiche gültig sein, also auch, wenn Weinhold schon bei seiner Flucht aus der Kaserne sich hätte zur Wehr setzen müssen!... Es spielt hierbei keine Rolle, wer zuerst geschossen hat. Wer dies in den Vordergrund rückt, stellt grundsätzlich das Widerstandsrecht in Frage*".

Im Grunde beinhalten diese Forderungen nichts anderes als das, was in dezenterer Verpackung auch Inhalt des Freispruch-Urteils ist. Beispielsweise sah das Gericht dem Weinhold auch den Diebstahl zweier Autos in der DDR als „Notstand" nach. Insofern ist die Forderung der „MLD" gar nicht so sensationell, sondern nur etwas konsequenter: Sie fordern ganz offen Straffreiheit für jede Art von Verbrechen, die von Faschisten in der DDR begangen werden, ob an der Grenze oder irgendwo im Lande. Das hat in dieser Form weder das bürgerliche Gericht noch die Springer-Presse gewagt!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Das ist neu: CDU und Springer-Presse gegen Nazi-Mörder!

In einer Zeit, wo ganz offen, bis weit in die Reihen der SPD hinein, für die Freilassung von „armen, alten und kranken" Nazi-Verbrechern die Trommel gerührt wird, kam der Proteststurm der Springer-Presse und der CDU gegen die Freilassung des Nazi-Mörders Rosenbaum in Hamburg Mitte Dezember umso überraschender. Richtiggehend „antifaschistische" Töne waren da von diesen Leuten zu hören – die ansonsten gern predigen, man müsse „die Vergangenheit endlich begraben", nur damit sie umso ungestörter die Vergangenheit auferstehen lassen können.

Der Grund der scheinheiligen Empörung dieser Leute liegt auf der Hand: Zielobjekt ist der vergleichsweise „liberale" Hamburger Justizsenator Klug (FDP), dessen angeschlagene Stellung weiter erschüttert werden soll, und über dessen angestrebten Rücktritt möglichst auch die Hamburger SPD/FDP-Koalition platzen soll. Die CDU war dann auch gleich sehr hilfsbereit: „*Wir würden eine SPD-Minderheitsregierung tolerieren, wenn Zugeständnisse in der Radikalenfrage, der Schul- und Wirtschaftspolitik gemacht werden*" (CDU-Abgeordnete Rühe und Francke) und: „***Jede Regierung kann von uns toleriert werden, wenn nur nicht die Chaoten (!!) von der FDP mitmischen***" (CDU-Bürgermeisterkandidat Blumenfeld - beide Zitate laut „Bild" vom 18.12.76). Indem also ausgerechnet die in der Tat skandalöse Freilassung eines Nazi-Mörders zum Vorwand genommen wird, soll die Rechtsentwicklung auch in Hamburg noch zügiger voran getrieben werden. Wahrhaft makaber! Nicht weniger makaber ist es allerdings, wenn der koalitionsfreundlichen „Hamburger Morgenpost" zur Rechtfertigung der Haftentlassung die Überschrift einfällt. „**Im Rechtsstaat haben alle gleiche Rechte**" (17.12.), oder wenn Bürgermeister Klose den peinlichen Satz von sich gab: „*Ich halte zumindest den Zeitpunkt für sehr unglücklich und politisch instinktlos*" („Bild", 16.12.). – Klose befand sich zu dieser Zeit ausgerechnet auf einer Israel-Reise), als bestünde der Skandal im Zeitpunkt und nicht in der Tatsache als solcher.

Den respektabelsten Beitrag unter den bürgerlichen Parteien brachten immerhin die sieben weiblichen Bürgerschaftsabgeordneten der SPD zuwege, die die Sache in den richtigen Zusammenhang stellten: „**Die Freilassung geschieht zu einer Zeit, in der zunehmend Initiativen zu Gunsten der Freilassung nationalsozialistischer Gewalttäter ergriffen werden**". (laut „Morgenpost", 18.12.). Initiativen, die bis in die SPD hineinreichen, wie beispielsweise im Falle Hess, hätte man nur noch hinzufügen können...

Formal ist Rosenbaum „nur" eine Strafunterbrechung von sechs Monaten gewährt worden, da er angeblich schwer krank sei. Tatsächlich scheint es so, daß Rosenbaum zum einen überhaupt nicht so krank ist, und daß zum anderen ursprünglich nicht „nur" Strafunterbrechung, sondern volle Freilassung beabsichtigt war – da Rosenbaum inzwischen 15 Jahre abgesessen hat und Lebenslängliche in Hamburg „üblicherweise" nach 15 Jahren freigelassen werden („Mopo", 17.12.). Das Interesse der Reaktion, die Freilassung bzw. „Strafunterbrechung" Rosenbaums an die große Glocke zu hängen, scheint allerdings zunächst die Absicht durchkreuzt zu haben, die Nazi-Ratte klammheimlich laufen zu lassen. Aber aufgeschoben ist in diesem Fall ganz sicher nicht aufgehoben! Und falls dann nicht wieder „die Chaoten von der FDP mitmischen", wird sicher auch die CDU und Axel Springer nichts mehr einzuwenden haben.

Nazi-Mörder Rosenbaum will ARBEITERKAMPF verklagen

Daß Nazis in diesem Land üblicherweise mit Samthandschuhen angefaßt werden, ist bekannt und wird auch durch den AK in nahezu jeder Nummer neu belegt. So zitierten wir schon in AK 88 (Sept. '76) den Brief eines Gefangenen, der an die verschiedensten Institutionen der BRD, der DDR und Polens verschickt worden war: „*Mir ist aufgefallen, daß Rosenbaum schon des öfteren Haftunterbrechung erhalten hat, und zwar über einen Zeitraum von mehreren Wochen... Offensichtlich sitzen heute noch Gesinnungsgenossen des Herrn Rosenbaum in staatlichen Ämtern in Westdeutschland*".

Nach unseren Informationen haben sich mindestens 4 Gefangene wiederholt an die verschiedensten Stellen gewendet und die Behandlung Rosenbaums und des ebenfalls in Hamburg sitzenden SS-Verbrechers Ludwig Hahn als bevorzugt angeprangert. Inzwischen wurde bekannt, daß auch der Nazi-Mörder Goldlapp in Hamburg schon seit einem Jahr „Haftunterbrechung" genießt! Goldlapp hatte als Chef eines „Sonderkommandos" in Polen und der Sowjetunion hunderte von polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern erschiessen lassen und mindestens vier Morde eigenhändig verübt.

Nach unserem Artikel in AK 88 meldete sich Rosenbaums Anwalt mit einer Einstweiligen Verfügung, in Zukunft nicht mehr zu behaupten, Rosenbaum werde bevorzugt behandelt. Auf unseren Widerspruch hin stellte Rosenbaums Anwalt Dr. Stuhr zwei weitere Anträge: Im ersten forderte er, dem AK unter Androhung einer unbeschränkt hohen Geldstrafe oder Haft bis zu 6 Monaten zu verbieten, „*in verleumderischer, herabsetzender oder tatsachen-entstellender Weise unter Namensnennung oder sonstiger Kennzeichnung des Antragstellers über diesen Prozeß zu berichten*". – Im zweiten Antrag hieß es u.a.: „... *zu verbieten, in Presseberichten bei Erwähnung von Vorgängen, die Ähnlichkeiten mit den vom Antragsteller begangenen Straftaten und/oder dessen darauf ergangenen Verurteilung zum Gegenstand haben, seinen bürgerlichen Namen zu nennen*". „*Der Antragsteller hat einen Anspruch (?!) darauf, daß nicht mehr über ihn berichtet wird. Er hat nunmehr eine Freiheitsstrafe von mehr als 15 Jahren verbüßt. Es ist nunmehr mit einer Begnadigung entsprechend der üblichen Begnadigungspraxis in Hamburg zu rechnen*". Die öffentliche Berichterstattung, so hieß es weiter, könnte Rosenbaums ...Wiedereingliederung in die Gesellschaft" gefährden. Der Hauptverhandlung darüber sehen wir mit Gelassenheit und Spannung entgegen. Wie wird sich die Klassenjustiz aus der Affäre ziehen – zumal angesichts der Tatsache, daß auch die bürgerliche Presse breit über Rosenbaum berichtet hat?

Rosenbaums Verbrechen

Es könnte sein, daß mancher dem Rosenbaum anläßlich seiner „Haftunterbrechung" kräftig die Hand (oder einen anderen Körperteil) schütteln möchte. Die „Bild" (22.12.) berichtete, daß er in der Lenhartzstraße in Hamburg-Eppendorf, 4. Stock, anzutreffen ist, oder in seinem Haus am Birkenweg 3 in Pelzerhaken an der Ostsee.

Zur Erinnerung:

1968 wurde Rosenbaum zu lebenslanger Haft verurteilt, weil ihm 148 grausame Morde nachgewiesen werden konnten. Er war 1942/43 Wirtschaftsführer einer Polizeischule in Bad Rabka in Polen. Dort fuhr er öfters durch die Stadt und schoß wahllos auf vorübergehende Juden. Einem Juden ließ er vor der Erschießung die Hände abhacken, weil er laut „Jesus" gerufen hatte. Eine Familie ließ er mitsamt ihren zwei kleinen Kindern erschießen, weil sie Rosenbaum hieß. „Kein Jude darf meinen Namen tragen" war seine Begründung. Seine Opfer pflegte er in kalkgefüllte Gruben zu werfen – auch wenn sie noch lebten.

IKAH Hamburg
und AK-Redaktion

Kriminelle Bullen — 119, 120, 121 ...

Kriminelle Bullen — 119, 120, 121 ... wer bietet mehr?

Die in letzter Zeit kräftig wachsende Latte von Bullen-Straftaten ist – allem Anschein nach – um einen knackigen Fall höher: In der Nacht zum 4. Januar 77 wurden aus einem Geheimfach im 5. Stock des doppelt und dreifach gesicherten Hamburger Polizei-Präsidiums 650 Gramm Heroin im Wert von 130.000 Mark (und 6.500 Mark Bargeld) geklaut. Die Umstände sind deutlich genug: „*Der Einbrecher kannte sich in dem 20 Stockwerke hohen Präsidium aus. Alle Türen hatte er mit passenden Schlüsseln geöffnet. Am Tresor setzte er ein Brecheisen gezielt am (Heroin-) Fach 11 an*" („Hamburger Morgenpost", 6.1.77).

Einzige Schlußfolgerung: „*Da das Gebäude des Präsidiums von Außenstehenden nur mit einem Passierschein betreten werden kann, sind praktisch nur Polizeibedienstete verdächtig*" („FR", 6.1.77).

Die heiße Story wurde nur „gegen den Willen der Polizeiführung" (FR) bekannt. In solchen Fällen scheuen die Bullen selbstverständlich das Licht der Öffentlichkeit wie der Teufel das Weihwasser, zumal der Hamburger Bruch ja beileibe kein Einzelfall ist.



Wie in AK 92 und 93 berichtet, häufen sich Straftaten von Polizisten überall in der BRD. In dem Maße, in dem mit dem neuen Polizei-Konzept der „präventiven Verbrechensbekämpfung" die Bullen in den halblegalen und illegalen Untergrund tauchen, entwickelt sich offensichtlich in der Polizei selbst ein krimineller Sumpf. Und der Appetit kommt schließlich beim Essen!

Am weitesten gediehen ist da, nach allem was uns bekannt ist, die „Frontstadt" Westberlin. Als jüngste Fälle sind zu melden:

– Ein angetrunkener POM aus Kreuzberg veranstaltete in seiner Wohnung Schießübungen. Eine Kugel drang durch die Wohnungstür und prallte von der gegenüberliegenden Wand des Hausflurs ab. Außerdem schoß er auf parkende Autos („FR", 10.12.76).

– Ein anderer Bulle hatte in seiner Wohnung mehr als 30 nach alliierten Bestimmungen verbotene Waffen mit Munition aufbewahrt („FR", 11.12.76).

– Dieser illegale Waffenbesitz wäre wohl nie aufgedeckt und sogar vor Gericht gebracht worden, wäre dieser Bulle nicht mit noch weiteren neun Polizisten wegen bewaffeneten Einbruchs, Hehlerei, unbefugten Waffenbesitzes und Unterschlagung von der Berliner Staatsanwaltschaft vor Gericht gestellt worden. Bei allen Diebstählen war zumindest immer einer der Bullen bewaffnet („FR", 11.12.76).

Insgesamt wurde inzwischen in Westberlin der 119. Polizist wegen Trunkenheit straffällig. Beim 125. (der wohl nicht lange auf sich wird warten lassen) ist da sicher ein kleiner Umtrunk im Bullenkreis fällig. Was sein muß, muß sein – oder?

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Achtung Taschendiebe!

Ein besonders ausgeklügeltes Verfahren zur Bespitzelung und Verfolgung von Menschen ist in den USA entwickelt worden: Das LOSS-Diebstahl-Sicherungssystem. Beabsichtigt ist nun, nach dreijähriger Erprobung, das System zum Einsatz zu bringen. Mittels eines kleinen unsichtbaren Streifens an jedem Artikel wird der Dieb beim Verlassen des Ladens in einer elektronischen Schranke geschnappt. Ein schriller Ton, ein grelles optisches Signal, vielleicht auch „nur" ein dezentes Leuchtschild, weisen darauf hin, daß „vergessen" wurde zu zahlen. Aber damit nicht genug. Will der durch diese Denunziation bereits irritierte Mensch nun auch noch „das Weite" suchen, so sieht er sich auch noch einer automatisch verschlossenen Tür oder einem breitschultrigen Herren gegenüber.

Nur wenn der Artikel an der Kasse bezahlt, somit der Streifen durch eine elektronische Anlage entschärft worden ist, kann man unbehelligt den Laden verlassen.

Dieses System eröffnet natürlich der Bourgeoisie vielfältige Möglichkeiten, ihren geraubten Reichtum gegen die Beraubten zu sichern.

Ein Genosse aus Hamburg-Eimsbüttel und Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Antifa-Kurzmeldungen

Erneute Provokation faschistischer Schläger in Tübingen

Für den 22.12. hatte der „Hochschulring Tübinger Studenten" (HTS) abermals den Nazi-Terroristen Hoffmann und seine „Wehrsportgruppe" eingeladen, um die Veranstaltung nachzuholen, die am 4.12. von etwa 200 Antifaschisten verhindert worden war (siehe dazu auch AK 95). Sowohl die Stadt Tübingen sprach ein Verbot der Veranstaltung aus („Gefahr für die öffentliche Sicherheit") als auch die Hausverwaltung des Studentenheimes, wo die faschistische Provokation stattfinden sollte.

Unterstützung bekamen die faschistischen Schläger allerdings durch das Verwaltungsgericht, das das Verbot der Stadt aufhob! Als daraufhin am Abend des 22.12. etwa 300 Antifaschisten mit einem Fackelzug zum geplanten Versammlungsort der Faschisten demonstrierten, zeigte sich, daß auch die Stadtverwaltung mit ihrer Unterstützung für die Faschisten nicht hinterm Berg hielt: Mit 200 Bullen – einem für Tübingen beachtlichen Aufgebot – schützte sie die Veranstaltung, die HTS und Hoffmann so ungestört abhalten konnten!

Das darf für die Tübinger Antifaschisten allerdings kein Grund zur Resignation sein. Es hat sich gezeigt, daß doch ein relativ breiter Protest gegen das braune Gesindel vorhanden ist.

•

„Wir haben Leute, die nicht viel fragen"

Interessante Einblicke brachte ein Gespräch, das ein „konkret"-Autor kürzlich mit Nazi-Hoffmann führte. Der Autor hatte „gewallrafft": Er hatte sich als Vertreter einer Gruppe junger Unternehmer vorgestellt und Hoffmann eventuelle finanzielle Unterstützung und Aufträge in Aussicht gestellt. Dazu Hoffmann: *„Ich könnte mir vorstellen, daß es große Unternehmen gibt, die sagen, wir haben zwar einen Werkschutz, der seinen momentanen Aufgaben durchaus gerecht wird. Aber im Falle einer echten Krisensituation, die im Moment nicht da ist, die aber in vier, fünf Jahren da sein kann, bleibt der Werkschutz zu Hause. Er wird dann sinnlos sein"*. Und in d i e s e m Fall soll dann die Hoffmann-Bande auf den Plan treten: *„In einem solchen Falle würde das so ungefähr den Effekt haben. als wenn da einige*

Falle würde das so ungefähr den Effekt haben, als wenn da einige

Gruppen Fallschirmjäger landen. Ganz abgesehen davon: Wir haben auch einen gewissen Prozentsatz Fallschirmjäger mit mehreren Springerabzeichen. Und wir haben eben Militär-Enthusiasten und wir haben auch Leute, die dann nicht viel fragen würden... In einer bürgerkriegsähnlichen Situation wären wir die richtigen Leute. Wir sagen nicht von vornherein, da wird's schwierig. Wir haben keine Hemmungen, gegen einen Kommunisten vorzugehen..." („Konkret", 1/77).

•

„Bewährung" für Schönborn

Wegen „fortgesetzter übler Nachrede" wurde der Chef des faschistischen „Kampfbundes deutscher Soldaten", Erwin Schönborn, Mitte Dezember von einem Frankfurter Schöffengericht zu lediglich sechs Monaten Gefängnis mit „Bewährung" verurteilt. Schönborn, der vor Gericht offen provokatorisch auftrat und u.a. seinen Beruf mit „Reichsarbeitsdienstführer" angab, wurde angeklagt, weil er die Zentralstelle zur Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg u.a. als „Wegbereiter des Bolschewismus" bezeichnet hatte.

Ermutigt durch diesen erneuten Beweis der Milde der westdeutschen Justiz gegenüber den Faschisten, hat Schönborn gegen das Urteil Berufung eingelegt und erklärt, daß er seine faschistische Hetze gegen die Ludwigsburger Zentralstelle fortsetzen will.

•

Nazi-Verbrechen „verjährt"!

Ein Gericht in Kaiserslautern sah zwar als erwiesen an, daß sich Wolfgang Abel als Chef der Nachrichtenabteilung des Polizeiregiments Süd im Spätsommer 1941 der Beihilfe am Mord von 150 russischen Juden schuldig gemacht habe, ging aber davon aus, daß dieses Verbrechen seit 1960 (!) verjährt sei.

Preisfrage: Was wurde in der Zwischenzeit aus diesem Mörder? Genau. Er wurde Oberstleutnant der Bundeswehr (inzwischen a.D.)! (Nach „FR", 27.12.76).

•

Hakenkreuzfahnen am Frankfurter Dom

In der Sylvesternacht startete die „NSDAP-AO" erneut eine dreiste Provokation in Frankfurt. An der Spitze des Frankfurter Domes, um den derzeit ein Gerüst aufgebaut ist, wurden vier weithin sichtbare Hakenkreuzfahnen angebracht und rund um den Dom Parolen wie „Rot-Front verrecke" und „Kauft nicht bei Juden" an die Wände geschmiert. Außerdem waren Hakenkreuze und der Name NSDAP gesprüht worden. Auf einem Flugblatt erklärte sich die NSDAP-AO für diese faschistische Provokation verantwortlich.

Die Staatsschutzorgane tappen natürlich wieder im Dunkeln, obwohl ihnen anläßlich einer ähnlichen Provokation im November letzten Jahres Namen und Adressen von Mitgliedern der Frankfurter „NSDAP-AO" bekannt sein müssen. Aber schon damals wurde ein überführter Faschist nicht einmal festgenommen.

•

SPD stimmt für SS-Denkmal

Mit Zustimmung der SPD-Mitglieder erteilte im November letzten Jahres der Stadtrat von Altenkirchen (Westerwald) in einer nichtöffentlichen Sitzung die Genehmigung zur Errichtung eines „Ehrenmals" der ehemaligen SS-Panzerdivision „Hohenstaufen". Erst aufgrund von Protestschreiben (u.a. von der Lagergemeinschaft ehemaliger Häftlinge der deutschen Frauenkonzentrationslager) an den Altenkirchener Bürgermeister Glöckner (SPD), wurde der SPD-Fraktion, die ein Drittel des Stadtrats ausmacht, die Angelegenheit offenbar zu peinlich.

So wurde auf einer SPD-Kreiskonferenz behauptet, es sei den SPD-Stadtratsmitgliedern nicht klar gewesen, daß es sich bei der „Truppenkameradschaft Hohenstaufen", die die Errichtung des Denkmals beantragt hatte und die seit 20 Jahren ihre Jahrestreffen in Altenkirchen veranstaltet, um Angehörige eines ehemaligen SS-Verbandes gehandelt habe.

Alteingesessene Altenkirchener Bürger sind da ganz anderer Ansicht. Sie erklären, daß die Verbindung der „Truppenkameradschaft" zu dem damaligen SS-Verband weitgehend bekannt sei, zumal ein großer Teil der SS-Panzerdivision Hohenstaufen aus dem Raum Altenkirchen stammt. (lt. „FR", 24.12.76).

In diesem Monat wird sich der

In diesem Monat wird sich der

Stadtrat erneut mit dem SS-Denkmal befassen.

•

Hamburg. Aufgepaßt: Die Nazis wollen kommen! Wie nahezu jedes Jahr planen die Faschisten anläßlich der „Reichsgründung" von 1871 am 18. Januar die Durchführung von „Reichsgründungsfeiern" und „Reichstagsfeiern". In Hamburg wollen sich zu diesem Zweck Faschisten verschiedener Gruppierungen treffen, wie aus dem internen Info der Hamburger NPD hervorgeht. Im letzten Jahr ist ihnen das leider ohne antifaschistische Proteste gelungen: Getarnt als „Aktion 2000" hatten sich damals 200 wild kostümierte Nazis in Hamburg-St. Pauli zu einem Happening am Bismark-Demkmal versammelt, darunter relativ viele Jugendliche, und frech ihre faschistischen Lieder abgesungen.

In diesem Jahr sollten wir die Augen und Ohren offenhalten, um rechtzeitig Ort und genauen Zeitpunkt der Nazi-Aktionen zu ermitteln und ihnen dann einen entschiedenen Strich durch die Rechnung zu machen.

•

Weitere Nazi-Feiern sind u.a. geplant in Oldenburg (14.1.,20 Uhr, Im Gasthaus Krückeberg an der Ammerländer Heerstraße), in Neustadt/ Weinstraße (18.1. 19 Uhr, Hambacher Schloß, Festsaal); Kaiserslautern (19.1., 20 Uhr, Hotel ‚Zur Krone', Bismarckstr.) und in Frankfurt (20.1., 20 Uhr, ‚Haus Dornbusch', Eschersheimer Landstraße 248).

•

Am Montag, den 20.12.76, sollte es nun endlich nach einundeinhalbjähriger Verzögerung soweit sein: Das Nazigespann Roeder/ Christophersen sollte sich in Flensburg wegen seiner faschistischen Hetzkundgebung, dem „Reichstag zu Flensburg", vor Gericht verantworten.

Am 23.5.75 veranstalteten sie mit ihrem braunen Anhang ein Spektakel besonderer Art. In ihrem Flugblatt klang das so: *„Vor 30 Jahren, dem 23.5.45, wurde die letzte deutsche Regierung in Flensburg unter entwürdigenden Bedingungen verhaftet. Durch diesen beispiellosen Banditenstreich von Engländern und Amerikanern wurde das deutsche Volk seiner rechtmäßigen und gewählten Führung beraubt. Das schreckliche, das führerlose, das demokratische Zeitalter brach an. Seitdem (!) herrschen Lüge, Rechtlosigkeit und Terror"*.

Nur den 500 anwesenden Antifaschisten war es zu verdanken, daß die Polizei überhaupt – wenn auch sehr zögernd– gegen die 150 Nazis vorging.

Zum Prozeßtermin erschien neben 30 Gesinnungsfreunden, (unter ihnen Rohwer, „Gauführer" der Wiking-Jugend) Christophersen mit Feuerwehrhelm („um sich vor der Polizei zu schützen") und der Fahne seiner „Bauern- und Bürgerinitiative".

Gleich zu Prozeßbeginn mußten sich die Richter zur Beratung zurückziehen, weil Roeder angeblich nicht alle Blätter der Anklageschrift erhalten haben will. Nun, die Richter zeigten sich von ihrer besten Seite, reichten Roeder die Anklageschrift nach und verschoben seinen Termin auf einen bisher unbekannten Zeitpunkt. Chistophersen begann dafür allein mit seinen Mätzchen, duzte den Richter und gab auf plattdeutsch platte Sprüche von sich – sehr zur Freude seiner Gesinnungsfreunde.

Dann stellten sich – oh Wunder – bei Christophersen „Vernehmungsschwierigkeiten" ein. Sein als Zeuge herbeigerufener Hausarzt Schmidt bestätigte Chistophersen einen „Dachschaden". Eigentlich könne er überhaupt nicht vernommen werden – und wenn das schon unumgänglich sei, so müsse Christophersen das selbst entscheiden, wann er vernehmungsfähig sei. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit erklärte Schmidt das dem Gericht noch etwas genauer...

Kaum war die „Öffentlichkeit" wieder hergestellt, bekam Christophersen „Kopfschmerzen", und der Prozeß wurde um 2 Tage verschoben.

Christophersen wurde schließlich lediglich wegen der Verbreitung des oben zitierten Flugblattes, nicht aber wegen Abhaltens einer verbotenen Kundgebung zur Verantwortung gezogen. Und wie ernst dies die Staatsanwaltschaft meinte, mag aus folgender Äußerung hervorgehen: *„Zugleich stellte der Oberstaatsanwalt fest, daß der Angeklagte durch ein Gericht kaum zur Einsicht gebracht werden könne. Die einzig angemessene Strafe für ihn wäre: Nichtbeachtung"* („Flensburger Tageblatt", 23.12.76) ... und beantragte sage und schreibe 3600 DM Geldstrafe. Das Gericht konnte dem nicht ganz folgen und setzte den Rotstift an: 1500 DM Geld„strafe"!

Verurteilt wurde Chistophersen lediglich wegen „grober Beschimpfung unserere freiheitlich-demokratischen Grundordnung" („Flensburger Tageblatt", 23.12.76), noch nicht einmal – wie die Staatsanwaltschaft es früher forderte – nach § 86, Abs. 1 Nr. 4 (Verbreitung von Propagandamitteln, die dazu bestimmt sind, Bestrebungen einer ehemaligen NS-Organisation fortzusetzen).

Das läßt ahnen, wie der Prozeß gegen Roeder ausgehen wird.

Bürgerinitiative gegen Todesschuß gebildet

Mit relativ großer nationaler und internationaler Unterstützung startete in Hannover eine Bürgerinitiative gegen den polizeilichen Todesschuß ihre Arbeit. Auf ihrer ersten öffentlichen Informationsveranstaltung erklärte der Verfassungsrechtler Professor H.P. Schneider: *„Die Polizei werde militarisiert und für Zwecke vorbeugender Gefahrenabwehr mit weitergehenden Rechten ausgestattet als die Staatsanwaltschaft für Zwecke der Strafverfolgung"* („FR", 23.12.76). Ferner wandte er sich entschieden gegen den Einsatz von Handgranaten und Maschinenpistolen. Nach seiner Meinung widerspreche das der bestehenden Rechts- und Verfassungsordnung. *„Gerade diejenigen Politiker, die in den Auseinandersetzungen um die Abtreibung schon das ungeborene Leben höher bewertet hätten als Grundrechte der Mütter, müßten sich jetzt fragen lassen, ob sie dem polizeilichen Todesschuß zustimmen könnten"*.

Insgesamt sind die Inhalte zu begrüßen, gerade auch unter dem Gesichtspunkt, daß sich die Initiative für den Ausschluß von chemischen Waffen aus dem Arsenal der Bullen stark macht.

Unterstützt wird die Initiative durch Persönlichkeiten wie H.M. Enzensberger, H. Gollwitzer, dem Westberliner Pastor Heinrich Albertz sowie Uta Ranke Heinemann. Abzuwarten ist allerdings die politische Ausrichtung der Initiative, zumal allein schon ihr Sprecher (W. Holtfort) Mitglied im rechtspolitischen Ausschuß der SPD ist, und der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Helmut Schirrmacher, auch schon ein freundliches Auge auf die Initiative geworfen hat.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

SPD in Schwierigkeiten

Am 20.10.76 teilte die Staatsanwaltschaft Hamburg dem Presseverantwortlichen des KOMMUNISTISCHEN BUNDES mit, daß das „gegen Sie eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung" eingestellt worden ist.

Telefonische Nachfrage beim Hauptgeschäftsstellenführer der SPD/Hamburg, Herrn Noll persönlich, ergab: Die Staatsanwaltschaft habe mit der Einstellung des Verfahrens ganz und gar nicht im Sinne der SPD gehandelt. Das könne man sich überhaupt nicht erklären. Es ginge dabei ja auch um zwei Verfahren, vielleicht sei nur das eine eingestellt... Er selbst (Noll) habe damals mit „Bonn" vereinbart, daß die Sache unbedingt verfolgt werden müsse und die Anzeige selbst unterschrieben. Es gebe für sie keinerlei Veranlassung, jetzt auf die Anzeige zu verzichten, auch nach der Wahl nicht. Da sei doch einfach die politische Fairneß überschritten worden...

Herr Noll war sehr offen mit uns. Er meinte lediglich abschließend bezüglich einer eventuellen Veröffentlichung des Gesprächs, daß man doch heute in der politischen Auseinandersetzung „ein gewisses Maß an Verhaltensnormen" erwarten könne.

Nun, da können wir Herrn Noll beruhigen! Wir haben sofort Erkundigungen bei der Staatsanwaltschaft eingezogen, die jetzt, am 23.12.76, wie folgt beantwortet wurden:

„Das Ermittlungsverfahren ist, soweit es Sie betrifft, eingestellt worden, weil Ihnen eine Beteiligung an einer in nicht gerechtfertigter und damit strafbarer Weise erfolgten Verbreitung des Plakats nicht nachzuweisen war". Es wird also weiterermittelt – nur nicht gegen K. Ehlers. Es wäre auch eine ganz verblüffende neue „Verhaltensnorm" der SPD-Führung, wenn sie plötzlich statt mit dem Staatsanwalt mit politischen Argumenten kommen wollte.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Repression gegen Linke am Theater



Auf der Jagd nach linken Theatermachern: Schauspielerin Cordula Trantow

Am 9.12.76 fand vor dem Berliner Arbeitsgericht ein Prozeß gegen den Schauspieler Ernst J a c o b i statt, der den Sinn haben sollte, *„aufmüpfigen Schauspielern ein für allemal das Maul zu stopfen"* (Jacobi's Anwälte laut „Stern" 52, 76). Der Intendant des Berliner Renaissance-Theaters, Kurt R a e c k, hatte Jacobi verklagt, weil dieser aus Gewissensgründen seinen Vertrag gekündigt hatte. Begonnen hatte das ganze damit, daß die Schauspielerin Cordula T r a n t o w das Verbot einer Theateraufführung im Münchner Residenz-Theater gefordert hatte. Für diese Aufführung hatte der Regisseur Jürgen F l i m m einige Textstellen des russischen Revolutionsstückes „Marija" von Babel geändert, um die Absichten des Stückes deutlicher zu machen. Dies mißfiel der CSU-Sympathisantin Trantow. Sie teilte das weder dem Regisseur, noch dem Intendanten mit, sondern schickte gleich einen Offenen Brief an den bayerischen Kultusminister, an die CSU (!) und an die „Münchener Abendzeitung". Darin kritisierte sie die CSU noch von rechts, indem sie eine *„Irreführung der CSU-Wähler"* unterstellte, wenn die Parole „Freiheit statt Sozialismus" am Theater keine Gültigkeit haben sollte. Sie bezeichnete die Aufführung als *„eine offensichtliche Ausbeutung des Steuerzahlers zu kommunistischen Propagandazwecken"*. Der Personalrat des Theaters bezeichnete dies in einem Offenen Brief an die Trantow richtig als *„Denunziation"*. Mit einer Einstweiligen Verfügung ließ die Trantow daraufhin den Theaterleuten verbieten, die Denunziation eine „Denunziation" zu nennen.

All dies erfuhr Ernst Jacobi aus der Zeitung. Wenige Tage später sollte er in Berlin mit C. Trantow zusammen in Ibsen's „Nora" spielen. Er bat um eine Aufhebung seines Vertrags im gegenseitigen Einvernehmen, denn: *„in dem für mich ohnehin stark belastenden Klima der sogenannten Radikalenerlasse und Gesinnungsprüfung ist mir jeder Versuch – insbesondere am Theater –, weitere Einschränkungen grundrechtlich garantierter Freiheiten zu erwirken, unerträglich"* („Stern" 52, 76).

Aber weder der Intendant *Raeck*, noch der Regisseur, Rudolf *Noelte* – übrigens der Ehemann von C. Trantow – zeigten Verständnis. Noelte schlachtete sogar private Briefe, die Jacobi ihm einmal geschrieben hatte, aus und behauptete in faschistoider Weise, Jacobi sei *„labil"* und stände *„wieder unter Einflüssen"*!

Daraufhin kündigte Jacobi den Vertrag von sich aus und verzichtete auf die Gage. Dies veranlaßte den Intendanten eine „Musterklage" gegen ihn zu erheben und Schadensersatz zu verlangen. Gegen diese Klage protestierten Schauspieler u.a. aus Berlin, München, Bremen und Hamburg mit Unterschriftensammlungen.

In der ersten Verhandlung verzichtete Raeck auf seinen Schadensersatzanspruch – ihm ging es lediglich darum, daß ein Schauspieler seinen Vertrag nicht einseitig kündigen kann, sei es aus politischen oder anderen Gewissensgründen. Eine endgültige Entscheidung fiel noch nicht (laut „Süddeutsche Zeitung", 10.12.76).

Sollte das Gericht am Ende der Auffassung dieses Intendanten „Recht" geben, bedeutet dies einen weiteren Angriff auf die politische Meinungsfreiheit der Schauspieler und kann bei der sich abzeichnenden Verschärfung des politischen Klimas an den Theatern schwerwiegende Folgen für fortschrittliche Theaterleute haben.

Schauspieler, KB, Gruppe Hamburg



BGH hebt Freispruch gegen KB-Presseverantwortlichen auf

Am 8.12. fand vor dem 3. Senat (der „Staatsschutzkammer") des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe die Revisionsverhandlung gegen den Presseverantwortlichen der KB-Gruppe Flensburg, P. Petersen, statt.

P.Petersen war im Juni vom Flensburger Landgericht von der Anklage, als Verantwortlicher der Soldatenzeitung „Arbeiter und Soldat" „sicherheitsgefährdende Propaganda gegen die Bundeswehr" betrieben zu haben, freigesprochen worden. Die Flensburger Staatsanwaltschaft hatte dagegen Revision eingelegt, die erstaunlich schnell (bereits nach fünf Monaten) in Karlsruhe verhandelt wurde.

Wie schon vor der Verhandlung von uns vermutet wurde (s. AK 94), lag der Verhandlung nicht die reich-

erstaunlich schnell (bereits nach fünf Monaten) in Karlsruhe verhandelt wurde.

Wie schon vor der Verhandlung von uns vermutet wurde (s. AK 94), lag der Verhandlung nicht die reich-

lich schwachsinnige Revisionsbegründung der Flensburger Staatsanwaltschaft zugrunde, sondern eine neue der Bundesanwaltschaft. Diese neue wurde, obwohl sie bereits am 2. November vorlag, weder dem Genossen noch seinem Anwalt zugeschickt, obwohl Akteneinsicht beantragt war.

Damit sollte offensichtlich eine entsprechende Vorbereitung der Verteidigung verhindert werden.

Bundesanwalt Bruns – seines Zeichens Ankläger in Stammheim – begründete die Revision mit nichts anderem, als daß P. nicht auf dem Boden der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" stände, Mitglied des KB sei und man den politischen Hintergrund der Zeitung sehen und verurteilen müsse. Eine rechtliche Auseinandersetzung mit dem Urteil fand, anders als es im Gesetz vorgeschrieben ist, überhaupt nicht statt.

Der Bundesanwalt begann sogar plötzlich mit dem Gericht laut darüber nachzudenken, ob es überhaupt notwendig sei, das Urteil aufzuheben oder ob es nicht vielmehr sinnvoll sei, den Genossen gleich schuldig zu sprechen. Das hätte bedeutet , daß das Landgericht Flensburg nur noch die Höhe der Strafe hätte festsetzen können.

Dies jedoch konnte von der Verteidigung noch abgewendet werden. Der BGH gab „lediglich" dem Antrag der Bundesanwaltschaft statt, das Urteil des Flensburger Landgerichtes aufzuheben. Damit wird es zu einem neuen Prozeß gegen P. kommen.

Dieser Beschluß des BGH stellt

trag der Bundesanwaltschaft statt, das Urteil des Flensburger Landgerichtes aufzuheben. Damit wird es zu einem neuen Prozeß gegen P. kommen.

Dieser Beschluß des BGH stellt

eine eindeutige Verschärfung der Verfolgung anti-militaristischer Arbeit in der BRD dar. Bereits die Kritik an Mißständen in der Bundeswehr wird unter Strafverfolgung gestellt, sobald der Hinweis gegeben wird, der Urheber der Kritik sei verfassungsfeindlich eingestellt. Ein konkreter Nachweis strafbarer Handlungen nach dem § 89 StGB („verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Propaganda gegen die Bundeswehr") ist damit nicht mehr notwendig. Dies ist ein weiterer Schritt in Richtung Gesinnungsjustiz.

Da sich Prozesse gegen Anti-Militaristen in der BRD in der letzten Zeit immer mehr häufen, ist zu erwarten, daß dieser BGH-Beschluß bald seinen Niederschlag in den Urteilen finden wird.

KB/Gruppe Flensburg

Ein echter Hammer!

Vollzugsanstalt Stuttgart

Stuttgart, den 25.10.1976
Schr/Dy

Betr.: Strafgefangene Ingrid S c h u b e r t

V e r f ü g u n g

1) Die der Gefangenen Ingrid S c h u b e r t zugesandten Zeitungsexemplare "Arbeiter-Kampf", Arbeiterzeitung des kommunistischen Bundes, werden a n g e h a l t e n und zu den Effekten genommen.

Gründe:

Die obigen Zeitungen wurden der Gefangenen auf deren Bestellung hin übersandt. Die Gefangene hat vor Abgabe der Bestellung keine Genehmigung der Anstaltsleitung eingeholt. Die Zeitungen sind somit ungenehmigt übersandt worden und müssen daher zur Habe der Gefangenen genommen werden.

Im übrigen kann der Bezug von Zeitungen und Zeitschriften nach Nr. 62 Abs. 1 Nr. 3 DVollzO genehmigt werden, wenn sie nicht gegen das Vollzugsziel verstoßen. Die Gefangene wurde durch Urteil des Landgerichts Berlin zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilt, u.a. auch wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung. Ziel dieser kriminellen Vereinigung war es, die Rechts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland radikal umzustürzen. Auch die Zeitung "Arbeiter-Kampf" hat sich offensichtlich den Kampf gegen die herrschende Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik zum Ziel gesetzt. Sie dient somit nicht dem bei der Gefangenen ins Auge gefaßten Vollzugsziel und kann daher auch aus diesen Gründen nicht ausgegeben werden.

Mit dieser Verfügung wird nicht nur der ARBEITERKAMPF faktisch für kriminell erklärt, sondern den Gefangenen wird auch die Möglichkeit genommen, sich anhand von linken Zeitungen zu informieren und über die politische Entwicklung auf dem Laufenden zu halten. Was es für die politischen Gefangenen bedeutet, wenn sie in Zukunft nur noch Springers Hetzblätter lesen dürfen, kann man sich leicht vorstellen...

Die politischen Gefangenen in der BRD

In dieser und den fogenden Ausgaben des AK wollen wir eine Übersicht über die politischen Gefangenen in der BRD veröffentlichen. Wir wollen damit dazu beitragen, daß die Genossen nicht vergessen werden und Beispiele für den Kampf, den sie im Knast führen, geben.

Die Gründe, weswegen die Genossen angeklagt, bzw. verurteilt wurden und ihre Haftbedingungen geben ein plastisches Bild über das Ausmaß der Repression im Bereich der Klassenjustiz.

Die politischen Gefangenen in Hamburg

In Hamburg sitzen nach unserer Kenntnis derzeit 14 politische Gefangene im Knast.

– Von den 7 Inhaftierten aus dem sogenannten 4.2.-Prozeß sind, nach der Verlegung von Ilse Stachowiak und Christa Eckes in die Frauenhaftanstalt Lübeck, noch Eberhard Becker, Helmut Pohl, Wolfgang Beer, Margrit Schiller und Ekkehard Blenck in Haft.

– Wolfgang Stahl, Gert-Jürgen Wieland und Karl-Heinz Ludwig (von der bürgerlichen Presse zusammen mit Sigurt Debus als „Debus-Bande" tituliert) sitzen in Hamburg; Helmut Lülff, der mit der Gruppe in Zusammenhang gebracht wird, ist noch in U-Haft, Debus wurde inzwischen nach Celle verlegt.

Des weiteren sind inhaftiert:

– Inga und Rainer Hochstein,

– Borwin Wulf und Bernd Geburtig (Prozeß seit Mai 1976),

– Werner Hoppe, 1972 zu 10 Jahren verurteilt.

Irmgard Möller wurde kürzlich nach Lübeck verlegt. Ihr Mitangeklagter Gerhart Müller, der Anfang 1975 ins Lager der Kronzeugen übergelaufen ist, kann wohl nicht mehr zum Kreis der politischen Gefangenen gerechnet werden.

W E R N E R H O P P E (Strafanstalt Fuhlsbüttel II, Am Hasenberge 26, 2 Hamburg 63) wurde 1972 zu 10 Jahren verurteilt. Er war bei einer der ersten in der Öffentlichkeit beachteten Bürgerkriegsübung – am 15.7.71 in Hamburg – zusammen mit Petra Schelm gestellt worden und in eine Schießerei verwickelt, bei der

10 Jahren verurteilt. Er war bei einer der ersten in der Öffentlichkeit beachteten Bürgerkriegsübung – am 15.7.71 in Hamburg – zusammen mit Petra Schelm gestellt worden und in eine Schießerei verwickelt, bei der

Petra von den Bullen erschossen worden war.

Werner wurde nach der Festnahme wegen Mordversuch in 4 Fällen angeklagt, weil er angeblich versucht habe, 4 Bullen zu erschießen, während er zu flüchten versuchte. Davon blieb im Prozeß noch der Vorwurf eines versuchten Todschlags übrig, der auf sehr schwachen „Beweisen" fußte. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt 6 Jahre. Der Richter – Landgerichtsrat Schmidt – legte noch 4 Jahre dazu, weil – nach Bullenaussagen – Werner gerufen haben soll, von Euch Schweinen hätte ich gern ein paar umgelegt".

Die Beweise sahen so aus, daß

– der Zeuge, der Werner auf sich zielen gesehen haben will, ihn in Wirklichkeit bestenfalls hören konnte – aus 20 - 30 Metern Entfernung, bei tieffliegenden Hubschraubern,

– ein Mündungsfeuer, das der Zeuge gesehen haben will, bei Tag gar nicht sichtbar ist,

– kein Magazin gefunden wurde, aus dem die fraglichen Schüsse abgefeuert wurden („hat er eben weggeworfen"),

– Beamte ihre belastenden Protokolle von Vorgesetzten „präzisieren" ließen!

Es war einer der dreistesten Prozesse, wo es keinen Freispruch gab, weil man einen Verurteilten haben wollte, egal, wie.

Über die Haftbedingungen ist bekannt, daß Werner lange Zeit allein in einem Extratrakt in Fuhlsbüttel untergebracht war. Zeitweise hatte er Umschluß mit Bernd Geburtig, der sich noch in U-Haft befindet. Als Protest gegen seine Isolierung verweigerte Werner, an der „Arbeit" teilzunehmen, bis er in den normalen Strafvollzug integriert würde. Die Folge waren weitere Schikanen (u.a. beim Umschluß). Gesundheitlich geht es ihm ziemlich miserabel (siehe dazu auch den Artikel zum Hungerstreik in Lübeck und Hamburg).

B O R W I N W U L F (Untersuchungsgefängnis, Holstenglacis 3-5, 2 Hamburg 36) wurde am 21.1.75 verhaftet. Ihm wurde vorgeworfen, Bombenanschläge auf den Hamburger Justizsenator Klug und auf den Leiter des Hamburger Knastkrankenhauses, Mairose, verübt zu haben. Darüberhinaus habe er zusammen mit Bernd Geburtig eine kleine „kriminelle Vereinigung" gebildet. Von der bürgerlichen Presse war er von vornherein verurteilt („Boß der Bombenleger gefaßt").

Dabei war er in Norderstedt, wo er dem SPD-Ortsvorstand angehörte, als engagierter Demokrat bekannt. Er hatte seine Partei wegen der Anti-RAF-Hetze kritisiert, weshalb er sich schon 1972 als RAF-Sympathisant „verdächtig" machte, sodaß seine Wohnung – allerdings erfolglos – nach Ulrike Meinhof durchsucht wurde. Ebenfalls bekannt ist sein Einsatz für die 1974 in Norderstedt von Faschisten überfallenen türkischen Arbeiter, von denen einer – Neset Danis – in aller Öffentlichkeit ermordet worden war. Die Mörder wurden und werden von der Polizei und Justiz gedeckt.

Als Beweise für die ihm zur Last gelegten Taten sollen u.a. Chemiebücher (Bombenrezepte !) herhalten, die er beruflich als Verlagskaufmann eines Schulbuchverlages bei sich hatte. In seiner aus beruflichen Gründen legal gemieteten Zweitwohnung fand die Polizei angeblich Waffen. Nachdem sie ihn wochenlang überwacht hatte und er diese Wohnung längere Zeit nicht betreten hatte!!

Borwin wurde in U-Haft genommen, obwohl er festen Wohnsitz, Arbeit und Familie mit Kindern hat. Bereits zwei Tage nach seiner Verhaftung war nur noch der Vorwurf einer „kriminellen Vereinigung" übrig. Die zu „beweisen" müht sich die Staatsanwaltschaft bis heute ab.

Nach 6 Monaten – der gesetzlich vorgeschriebenen Höchstdauer von U-Haft – wurde er nicht freigelassen. Nach einem Jahr war noch nicht einmal Anklage erhoben worden!

Im November 1975 stellte der Haftrichter fest, die Verdunklungsgefahr habe sich „verflüchtigt" und ließ Borwin frei. In Freiheit wurde er offen auf Schritt und Tritt verfolgt. Er unternahm alles andere als Verdunklungen oder Fluchtvorbereitungen: er meldete sich beim Arbeitsamt und bei der Krankenkasse. Das Oberlandgericht hob jedoch nach 10 Tagen diese Entscheidung auf, indem es feststellte, daß bei „Gesinnungstätern" grundsätzlich „Flucht- und Verdunklungsgefahr" bestehe. Am 20.5.76 begann der Prozeß. Die Verteidigung beantragte, wegen der Vorverurteilung durch die Presse und dem Schaden, der Borwin und seiner Familie dadurch schon vor dem Prozeß entstanden war, das Verfahren einzustellen, da kein fairer Prozeß mehr zu erwarten sei.

verurteilung durch die Presse und dem Schaden, der Borwin und seiner Familie dadurch schon vor dem Prozeß entstanden war, das Verfahren einzustellen, da kein fairer Prozeß mehr zu erwarten sei.

Dies wurde von Richter Schenck ebenso abgeblockt, wie es ihm „selbstverständlich" erschien, daß Borwin durch die erlittene – unzulässig lange – U-Haft gesundheitlich bereits erheblich geschädigt war. Die diskriminierenden Haftbedingungen wurden statt dessen noch beibehalten, wie scharfe Zensur der Post, besonders der politischen Zeitungen. Der Besuch eines Norderstedter Pfarrers wurde durch den berüchtigten Haftrichter Isbarn untersagt, weil jener in seiner Predigt auf die menschenunwürdige Behandlung von Katharina Hammerschmidt hingewiesen hatte! Wie in vielen politischen Prozessen wurde auch hier die Akteneinsicht der Verteidigung reichlich behindert. Immerhin gelang es, Mitte Juni die Isolationshaft vorübergehend aufzuheben. Allerdings ist der Gesundheitszustand und die ärztliche Versorgung miserabel. Der Prozeß dauert schon über 60 Tage.

B E R N D G E B U R T I G (Untersuchungshaftanstalt, Holstenglacis 3-5, 2 Hamburg 36) wurde zwei Tage nach Borwin Wulf verhaftet, weil zu einer „kriminellen Vereinigung" eben mindestens zwei Personen gehören und Bernds Paß bei Borwin gefunden worden war.

Um diese „Vereinigung" gab es in den folgenden Monaten in den Hamburger Knästen einen wahren Zwergenaufstand. Wegen der „außerordentlichen Gefährlichkeit" - so Berufshaftrichter Isbarn - durften sie nicht in ein und demselben Gefängnis sein!! War der eine im Untersuchungsgefängnis (UG), so mußte der andere in eine Strafanstalt (Fuhlsbüttel) gebracht werden.

Die Haftschikanen gegen Bernd zeichnen sich durch massive Behinderungen des Postverkehrs aus: Monatelange Beförderungsdauer, viele verschollene Briefe, Behinderung von Besuchern, Hausstrafe wegen „Unbrauchbarmachung von Lesestoff", weil er Randbemerkungen an einem anstaltseigenen Merkblatt gemacht hatte. Strafe: Zwei Wochen Entzug des Lesestoffes. Ein Antrag auf Umschluß mit dem ebenfalls in Fuhlsbüttel sitzenden Werner Hoppe wurde, als ihm endlich stattgegeben war, „aus Sicherheitsgründen" auf die Zeit nach Feierabend beschränkt, wobei sich der Haftrichter die Bemerkung abkniff, beide gehörten „zum Kreis anarchistischer Gewalttäter". Daß er einen Untersuchungsgefangenen - der gesetzlich als unschuldig gilt - als Gewalttäter verunglimpft hatte, versuchte Isbarn als „redaktionelles Versehen" abzutun.

Bei Prozeßbeginn legte Bernd Geburtig in seiner Erklärung dar, daß für ihn das Verfahren in Stammheim laufe und die anderen politischen Gefangenen nur noch im Fahrwasser von Stammheim abgeurteilt würden und von daher von keinem eigenständigen Prozeß die Rede sein könne.

Sigurd D E B U S,
Gert-Jürgen W I E L A N D,
Wolfgang S T A H L und
Karl-Heinz L U D W I G wurden im Mai 75 von Richter Ziegler abgeurteilt und sitzen mittlerweile in Strafhaft (Adresse von Wieland, Stahl und Ludwig: 2 Hamburg 63, Suhrenkamp 98, Strafanstalt 8. Debus sitzt in der Strafvollzugsanstalt I, 31 Celle, Trift 14).

S. Debus wurde als Kopf der sogenannten „Debus-Bande", als „Ideologie-Täter" zu zwölf Jahren verurteilt, wegen dreifachem schweren Bankraub, wegen Beihilfe und Anstiftung zur Beihilfe zu Sprengstoffverbrechen. Man lastete ihm eine Rohrbombe beim Bundesverband der Deutschen Industrie an und eine bei der Hamburger Innenbehörde (die allerdings entschärft werden konnte). Die „Welt" deutete noch nach der Urteilsverkündung an, er habe auch Schuld an einer Bombe, vom November 74, die vor Richter Zieglers Haus gefunden wurde, zu einem Zeitpunkt als er bereits in U-Haft war!!

G.J. Wieland soll vier Rohrbomben gebaut haben, von denen zwei beschlagnahmt und zwei angewendet wurden. Er erhielt sechs Jahre, weil er „die Ermittlungen erleichtert" habe.

W. Stahl bekam sechs-einhalb Jahre. Desgleichen K.-H. Ludwig, der sich inzwischen von der Gruppe distanziert hat.

Von den Angeklagten des 4.2.-Prozesses sind in Hamburg noch in Haft:

Helmut P O H L,
Margrit S C H I L L E R,
Eberhard B E C K E R,
Ekkehard B L E N C K,
Wolfgang B E E R.

Helmut P O H L,
Margrit S C H I L L E R,
Eberhard B E C K E R,
Ekkehard B L E N C K,
Wolfgang B E E R.

(Untersuchungshaftanstalt, Holstenglacis 3-5, 2 Hamburg 36).

Christa Eckes und Ilse Stachowiak wurden Ende letzten Jahres nach Lübeck verlegt. Kay-Werner Allnach bekam Bewährung.

Der Prozeß lief vom 14.1.76 bis zum 28.9.76 vor der Staatsschutzkammer des Hamburger Landgerichts unter Vorsitz des Herrn Ziegler, der auch bei diesem Prozeß wieder von „Ideologietätern" sprach wie schon im Debus-Prozeß.

Die Genossen waren am 4.2.74 bei einer großangelegten Polizeiaktion festgenommen worden und wurden wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, illegalem Waffenbesitz, Urkundenfälschung und Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verurteilt. Christa Eckes, der noch die Teilnahme an einem Banküberfall vorgeworfen wurde, erhielt sieben Jahre, Helmut Pohl fünf Jahre, Margrit Schiller vier Jahre und acht Monate, Eberhard Becker vier Jahre und sechs Monate, Ekkehard Blenck drei Jahre, Ilse Stachowiak und Wolfgang Beer je vier Jahre und sechs Monate und Kay-Werner Allnach zwei Jahre.

Tatsächlich konnten den Angeklagten keine kriminellen Handlungen nachgewiesen werden, lediglich der Fund von Waffen und Sprengkörpern reichte aus zu dermaßen hohen Freiheitsstrafen.

Seit Ende Dezember beteiligten sich die in Hamburg verbliebenen Gefangenen am Solidaritäts-Hungerstreik für die in der Frauenhaftanstalt Lübeck strengster Isolation und schweren Schikanen unterworfenen Christa Eckes, Ilse Stachowiak, Irmgard Möller, Anne-Rose Reiche und Brigitte Asdonk (siehe auch Artikel zum Hungerstreik in diesem AK).

Inga und Reiner H O C H S T E I N (Untersuchungshaftanstalt, Holstenglacis 3-5, 2 Hamburg 36).

Sie befinden sich seit Februar 75 in Haft. Über ihre Politik ist uns nichts Genaues bekannt. Die Vorwände, unter denen sie in Haft gehalten werden, sind mit denen vergleichbar, die man z.B. bei Bernd Geburtig anwendet. Beide beteiligten sich ebenfalls am Solidaritäts-Hungerstreik Ende 76/Anfang 77. Reiner mußte wegen seines schlechten Gesundheitszustandes inzwischen abbrechen.

Initiativkomitee Arbeiterhilfe

Politische Verteidigung – eine Farce

Am 13.12.1976 fand in Stuttgart eine Pressekonferenz der Verteidiger im Stammheimer RAF-Prozeß statt. Thema war die bislang entwürdigenste Form einer körperlichen Untersuchung der Verteidiger, wenn sie die Gefangenen des Stammheimer Prozesses im Gefängnis besuchen wollen. Diese sog. „Hosenladenverordnung", die letztlich auf den Gerichtsvorsitzenden Prinzig zurückgeht, verlangt über die üblich gewordenen Durchsuchungen und Untersuchungen hinaus von den Verteidigern

1. die Schuhe auszuziehen,
2. die Hose zu öffnen.

In einer Presseerklärung zu Beginn der Sitzung am 8.12.1976 hatte dazu Rechtsanwalt Heldmann ausgeführt:

„Ich fordere den Senat auf, sogleich das Ausmaß von Belästigungen der Verteidiger wenigstens auf den Standard von Unzumutbarkeiten zurückführen zu lassen, welcher in den vergangenen ein-einhalb Jahren hier zur schlechten Übung geworden ist.

Ferner beantrage ich, alsdann die Hauptverhandlung solange zu unterbrechen, bis ich die vor Sitzungsbeginn mir verwehrte unaufschiebbare Mandantenbesprechung haben konnte: selbstverständlich ohne vorangegangene Entkleidungen."

Prinzig hatte für die Verteidiger dann noch die „menschenwürdige" Alternative parat: Die Anwälte müßten sich diesen Kontrollen nicht unterziehen, wenn sich dafür die Gefangenen nach jedem Verteidigerbesuch verschärften Kontrollen unterzögen und darauf verzichteten, während der Verteidigerbesuche untereinander Umschluß zu haben, was sie erst durchgesetzt hatten!

Begründet wurden diese neuen Schikanen mit Fotos aus Stammheimer Zellen, die Siegfried Haag bei seiner Festnahme angeblich bei sich hatte. Diese Behauptung wurde inzwischen vom Croissant-Büro und dem Internationalen Komitee zur Verteidigung Politischer Gefangener (IVK) zurückgewiesen: Die Bilder waren bei einer Mitarbeiterin des Croissant-Büros gefunden worden, die vorübergehend festgenommen worden war. Sie zeigten Porträtbilder der in Stammheim sitzenden RAF-Gefangenen und sollten am 17.12.76 von der Internationalen Untersuchungskommission zur Feststellung der Todesursache von Ulrike Meinhof begutachtet werden. (Die Bilder zeigen u.a. das Maschendrahtgitter vor den Zellenfenstern, das so engmaschig ist, daß es ohne Werkzeug unmöglich gewesen wäre, den aus Handtüchern gebildeten Strick, an dem Ulrike Meinhof vorgefunden wurde, in das Gitter einzufädeln – entsprechendes Werkzeug wurde allerdings nie in der Zelle gefunden.)

der Zelle gefunden.)

schlüsse unliebsamer Verteidiger noch weitgehend vereinfacht wurden.

In Stammheim sind innerhalb von acht Monaten 23 Verteidiger **ausgeschlossen worden – darunter alle, die auf den Prozeß vorbereitet waren. Was heute an „Wahlverteidigung" noch in Stammheim läuft, kann daher allenfalls noch Alibicharakter für das Nichtvorhandensein jeglicher Rechtsstaatlichkeit haben.**

Neu in der Geschichte der BRD ist auch, daß Ermittlungsakten als streng vertraulich unter Verschluß des Justizministeriums gehalten werden und daß aus den in jüngster Zeit zugänglich gemachten Akten der Hinweis auf weitere vorenthaltene Akten hervorgeht. Insgesamt 90 % – das sind über 1.000 Büroordner – hat die BAW vorenthalten. Die Herausgabe aller Akten würde der Öffentlichkeit einen Einblick in die Fahndung 1970 bis 1972 geben und damit in den Umfang der polizeilichen Ermittlungen und die Größe des Polizeiapparats.

Keine Rechte mehr für politische Gefangene?

Daß die Klassenjustiz in bezug auf die politischen Gefangenen noch weitergehende Pläne hat, zeigen drei Beispiele aus jüngster Zeit. Irmgard Möller, die, zusammen mit Kronzeugen Gerhard Müller in Hamburg angeklagt und u.a. wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde, hätte Anfang Januar ihre Strafe abgesessen. Sie wird aber nicht entlassen, da inzwischen vom Amtsgericht Heidelberg ein Haftbefehl vom 13.12.76 wegen vollendeten Mordes vorliegt. Dieser Haftbefehl stützt sich einzig und allein auf die Aussagen des Kronzeugen Müller, von dem inzwischen sechs (!) verschiedene Geständnisversionen aus dem Stammheimer Prozeß bekannt sind. Die Aussage des Kronzeugen Müller, in der er seine frühere Mitangeklagte belastete, kam kurz vor ihrer Haftentlassung – für die Klassenjustiz gerade noch rechtzeitig um eine „Verdunkelungsgefahr" zu konstruieren und an Irmgard Möller die „Sicherungshaft" zu praktizieren.

– Den Rechtsanwälten Ströbele und Croissant wurden am 6.12.76 weitere Besuche bei der Gefangenen Brigitte Mohnhaupt untersagt. Dieser Verteidigerausschluß wurde von der Anstaltsleitung (!) des Gefängnisses von Stammheim ausgesprochen, wozu es in der Pressemitteilung des Croissant-Büros vom 13.12. treffend heißt: *„Der Ausschluß von Rechtsanwälten im Wege eines bloßen Justizverwaltungsakts kennzeichnet eine neue Stufe in der Liquidierung des in der Menschenrechtskonvention verankerten Rechts auf freie Wahl eines Verteidigers."*

– Der am 30.11.76 verhaftete Rechtsanwalt Siegfried Haag wird nicht nur in völliger Isolationshaft gehalten, ihm wird bis heute jegliche

Rechtsanwalt Siegfried Haag wird

nicht nur in völliger Isolationshaft gehalten, ihm wird bis heute jegliche Möglichkeit einer Verteidigung untersagt: Klaus Croissant wurde am 1.12. als Verteidiger von Haag ausgeschlossen, weil er im Düsseldorfer „Stockholm-Prozeß" Karl-Heinz Dellwo verteidigt und Haag Beihilfe zu dieser Aktion vorgeworfen wird. Rechtsanwältin Brigitte Tilgner wurde am 8.12. ausgeschlossen, weil sie Andreas Baader verteidigt und dieser als einer von 16 Gefangenen durch die Stockholm-Aktion freikommen sollte. Aus demselben Grund, soll jetzt der letzte Verteidiger Haags, Jürgen Laubscher, ausgeschlossen werden, weil er einmal Jan-Carl Raspe verteidigt hat.

„Diese Maßnahmen zeigen, daß sich das Verbot der gemeinschaftlichen Verteidigung (eingeführt durch das Sondergesetz vom 1.1.1975 – lex RAF) längst nicht mehr an der Identität der Tat orientiert. Es gibt unter strafprozeßrechtlichen Gesichtspunkten keinen größeren Gegensatz zur Tat, die einem Gefangenen vorgeworfen wird, als eine Tat zu seiner Befreiung" (Zitat und Informationen aus der Presseerklärung des IVK vom 21.12.76).

Mit diesem faulen Trick, möglichst alle politischen Gefangenen in den „RAF"-Topf zu werfen, wird für die Angeklagten eine politische Verteidigung faktisch zunichte gemacht. Alle linken und fortschrittlichen Verteidiger haben inzwischen in sogenannten „RAF"-Prozessen verteidigt und können somit unter dem oben beschriebenen Vorwand von weiteren Prozessen ausgeschlossen werden. Was bleibt, sind die gestellten Pflicht-(=Zwangs-)Verteidiger, die sich im besten Fall durch Nichtstun auszeichnen und im schlimmsten Fall verlängerter Arm der Staatsanwaltschaft sind.

Der Stammheimer Prozeß tritt in seine letzte Phase

Diese neuerlichen Einschränkungen der politischen Verteidigung kommen zu einem Zeitpunkt, wo der Stammheimer Prozeß in sein Endstadium getreten ist und für die Gefangenen und ihre Verteidiger eine intensive Besprechung der Verteidigerplädoyers notwendig wäre. Die Hosenladenverordnung, der sich die Verteidiger widersetzten, macht den notwendigen Dialog zwischen den Angeklagten und ihren Rechtsanwälten in den sowieso viel zu kurzen Verhandlungspausen unmöglich.

Rechtsanwalt Heldmann, Experte für ausländisches Recht, meinte dazu auf der Pressekonferenz, daß es in keinem anderen Land eine ähnliche Diskriminierung der Verteidiger gäbe: Selbst als er an Verfahren der faschistischen iranischen Militärtribunale teilnahm, mußte er keine vergleichbare Durchsuchung über sich ergehen lassen!

Eine historische Parallele hat die Hosenladenverordnung nur noch in der Behandlung der Angeklagten während des deutschen Faschismus. In den politischen Prozessen vor Freislers Volksgerichtshof wurde den Angeklagten vor der Verhandlung der Gürtel weggenommen, so daß sie sich in gedemütigter Haltung – mit einer Hand die Hose zusammenhaltend – verteidigen mußten!

Die Hosenladenverordnung ist sicher nicht die letzte Behinderung der politischen Verteidigung: Während des Stammheimer Prozesses wurden zwei Gesetzes-Pakete zur Einschränkung der Verteidigerrechte erlassen: Am 1.1.75 wurden Ausspracheund gemeinsame Verteidigungsmöglichkeiten zwischen Angeklagten und Verteidiger entscheidend eingeschränkt, am 18.8.76 wurden Sondergesetze erlassen, wonach die Aus-

Ein Stuttgarter Genosse und IKAH Hamburg

Prozeß gegen Karl-Heinz Roth und Roland Otto

Köln. Am 17. Januar beginnt der Prozeß gegen Karl-Heinz Roth und Roland Otto vor dem Landgericht Köln. Karl-Heinz Roth und Roland Otto waren am 9.5.75 bei einer Schießerei auf einem Parkplatz in Köln festgenommen worden. Dabei wurden Werner Sauber und ein Polizist erschossen. Karl-Heinz Roth wurde durch einen Bauchschuß schwer verletzt. Zunächst war vom Kölner Polizeipräsident behauptet worden, Roth hätte bei einer Festnahme um sich geschossen, was allerdings widerrufen werden mußte. Trotz des Widerrufs wurde der Vorwurf des „Mordversuchs" über Monate hinweg aufrechterhalten, da nichts dergleichen beweisbar war, wurde er inzwischen in „Beihilfe" umgewandelt.

Der Prozeß, der zunächst vor der Staatsschutzkammer stattfinden sollte, wurde wegen geringer Bedeutung von der Staatsanwaltschaft im Laufe der Ermittlungen an das Landgericht zurück verwiesen. Doch selbst der jetzt noch gegen Roth und Otto erhobene Vorwurf der „Mittäterschaft" stützt sich auf reichlich waghalsige Behauptungen: Roth und Otto wird vorgeworfen, daß sie zusammen mit Werner Sauber im Auto gesessen, „dunkle Kleidung" (!) getragen und sich nicht ausdrücklich von Sauber distanziert hätten.

Wie fast alle politischen Gefangenen in der BRD saßen Roth und Otto längere Zeit in strenger Einzelhaft und sind auch heute noch diversen Schikanen, wie postzensur etc. unterworfen.

Die Schußverletzung, die Roth bei seiner Festnahme zugefügt worden war, ist im Knast nie fachmännisch behandelt worden. Karl-Heinz Roth schwebte bereits mehrere Male in akuter Lebensgefahr – trotzdem wird ihm bis heute Haftverschonung und eine gründliche Behandlung seiner Verletzungen versagt, so daß ihn ständig große Schmerzen quälen.

Die Solidaritätskampagne zur sofortigen Haftverschonung von Karl-Heinz Roth fand v.a. in der liberalen Auslandspresse große Beachtung.

Am Beispiel Karl-Heinz Roth, genauso wie am Fall Pohle, wurde das Ausland auf die Behandlung politischer Gefangener in der BRD, die Praxis westdeutscher Rechtssprechung und die unmenschlichen Haftbedingungen aufmerksam.

Anläßlich des Prozesses gilt es jetzt diese Kampagne verstärkt fortzuführen.

(Anschrift für Brief und Besuchsanträge: Amtsgericht Köln 205 Gs 1251/75 – K.H. Roth und 205 Gs 1250/75 – R. Otto, JVA Köln-Ossendorf, Appelhofplatz 1, 5 Köln 1.

Das Unterstützungsbüro für Karl Heinz Roth und Roland Otto ist in Glaststr. 30, 5 Köln 30)

IKAH Hamburg



Karl-Heinz Roth

Freiheitsstrafen wegen „Landfriedensbruch"

Braunschweig. Wegen „Sachbeschädigung, fortgesetzten Landfriedensbruchs und Nötigung" wurden am 1.12.76 in Braunschweig zwei Mitglieder des KBW zu neun bzw. vier Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt.

Der Hintergrund: Vor einem Jahr organisierte der KBW in Braunschweig mehrere Demonstrationen gegen die Erhöhung der Fahrpreise für den Nahverkehr. Eine dieser Demonstrationen wurde damals brutal von der Polizei mit Schlagstöcken angegriffen, nachdem vorher Demonstranten Plakate gegen die Fahrpreiserhöhungen geklebt hatten. Die Demonstranten ließen sich zunächst nicht einschüchtern, klebten weiter und versuchten die Schienen zu blockieren, ein massiver Knüppeleinsatz jedoch trieb sie auseinander. Während der Aktion wurden die beiden jetzt Angeklagten festgenommen, nach Ansicht des Einsatzleiters der Polizei waren sie die „maßgeblichen Agitatoren".

Die Begründung des jetzt gefällten Urteils – wo es natürlich nicht um den brutalen Polizeieinsatz ging – spricht eine deutliche Sprache: Aus den Demonstrationen seien strafbare Handlungen gefolgt wie Plakate-kleben und Straßenbahnblockade. Außerdem sei die Straßenbahn zum Anhalten „genötigt" und die Demonstranten aufgefordert worden, sich von den prügelnden Bullen „nichts gefallen zu lassen" („Braunschweiger Zeitung"– „BZ", 2.12.76).

Doch damit nicht genug: Der Vorsitzende Richter betonte in seiner Urteilsbegründung: *„Die Angeklagten haben aus Überzeugung gehandelt und her erklärt, daß sie ihren Kampf fortführen wollen. Sie meinten damit nicht nur ihre politischen Motive, sondern auch ihre Methoden. Deshalb ist eine Strafaussetzung zur Bewährung abzulehnen."* („BZ", 2.12.).

Womit wieder mal ein politisches Gesinnungsurteil gefällt wurde.

KB/Gruppe Braunschweig

Nachrichten aus dem Knast

Westberlin. Gegen den fortschrittlichen Westberliner Verteidiger Christian Ströbele wurde jetzt Anklage wegen besonders schweren Vergehens gegen § 129 (Unterstützung einer kriminellen Vereinigung) erhoben. Ihm wird u.a. vorgeworfen, seinen Mandanten Akten zur systematischen (!) Durchsicht überlassen zu haben (man sollte eigentlich meinen, daß das die Pflicht eines Verteidigers ist!) und er habe unter Einbeziehung der „Roten Hilfe" Mandanten monatlich kleinere Geldbeträge „zukommen" lassen. Außerdem habe er die Kirche zum Protest gegen die Haftbedingungen politischer Gefangener aufgestachelt.

***

Westberlin. Wegen des Verdachts auf „Freiheitsberaubung" hat der Westberliner Rechtsanwalt Spangenberg Anzeige gegen den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs und die zuständigen Beamten des Generalbundesanwaltes erstattet. Sein Mandant Fritz Teufel sitzt seit dem 27.11.75 (!) in Untersuchungshaft wegen des Verdachts auf Beteiligung an der Lorenzentführung. Obwohl der Rechtsanwalt am 10.11. Antrag auf mündlichen Haftprüfungstermin stellte, weigerte sich der Richter, ihn innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen 14-Tage-Frist durchzuführen. Eigentlich hätte Teufel damit aus der Haft entlassen werden müssen. Durch diese Verschleppungstaktik der Justiz wird eine Verurteilung bereits vorweggenommen!

Oldenburg. Am 9.12.76 wurde der presserechtlich Verantwortliche der Ammerländer Jugendzeitung „Stachel" wegen Beleidigung und übler Nachrede zu 300,– DM Geldstrafe verurteilt. Das Urteil wäre sicherlich weit höher ausgefallen, wäre er nicht noch als Jugendlicher behandelt worden.

Hauptpunkt der Verhandlung war die Enthüllung über das brutale Vorgehen der Polizei gegen eine Frau (Schläge in Gesicht, Hände usw. mit Verletzungsfolge), wie es von verschiedenen Zeugen dargestellt und schließlich durch die Widersprüche der Polizeibeamten nur bestätigt wurde. Trotzdem konnte sich der Richter zu einem Freispruch nicht entschließen (der zu Meineidsprozessen gegen die Polizisten geführt hätte), sondern phantasierte über alle anderen „Möglichkeiten", wie die Verletzungen vielleicht noch zustande gekommen sein mögen.

***

Westberlin. Am 7.12. wurde der Prozeß gegen Monika Berberich in Westberlin auf unbestimmte Zeit vertagt, bevor er überhaupt richtig begonnen hatte. Monika wird im Zusammenhang mit ihrem Ausbruch aus dem Knast wegen „Gefangenenmeuterei, Freiheitsberaubung (!), Mißhandlung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und unbefugten Waffenbesitzes" angeklagt.

Rechtsanwalt Otto Schily war als ihr Pflichtverteidiger bestimmt worden, mußte jedoch wegen Arbeitsüberlastung im Stammheimer Prozeß wieder entpflichtet werden. Daraufhin wurde die bisherige Wahlverteidigerin Alexandra Goy sechs Tage (!) vor Prozeßbeginn zur Pflichtverteidigerin bestellt. Die Rechtsanwältin erklärte, sie habe sich in der kurzen Zeit nicht ausreichend in die über 700 Seiten umfassenden Prozeßakten einarbeiten können – sei sie „keine Marionette des Gerichts". Das wurde ihr als „schuldhafte Verschleppung des Prozesses" angekreidet, weshalb sie auch noch die Verfahrenskosten tragen muß!

***

Hamburg. Der Staatsanwalt Reumann versuchte am 14.12. zu beweisen, Borwin Wulf habe in der U-Haft versucht, sich ein falsches Alibi zu verschaffen, indem er ein VS-vertrauliches Vernehmungsprotokoll anführte, demzufolge ein ehemaliger Gefangener Borwin etwas anzuhängen versuchte. In einem polizeilichen Vermerk heißt es zu diesem Gefangenen, er sei dafür bekannt, immer wieder Hinweise in „Sachen Baader-Meinhof-Mitgliedern" zu geben, um Hafterleichterungen zu erhalten. Akteneinsicht wollte der Staatsanwalt nicht geben. Auf die Bemerkung der Verteidigung, dann könne man ja bald ganz ohne Akteneinsicht verteidigen, entgegnete der Staatsanwalt, das wäre nicht das Schlechteste ...

Nach Berichten von Genossen aus Oldenburg, Westberlin und IKAH Hamburg

7000 demonstrierten gegen Berufsverbote

DKP läßt Mossmann-Auftritt platzen



7.000 demonstrierten am 11.12. in Stuttgart, darunter ehemalige KZ-Häftlinge. Was die DKP allerdings nicht hinderte, wiederum durch Schlägertätigkeit zu spalten ...

Stuttgart. Eine erhebliche Mobilisierung gegen Berufsverbote und politische Unterdrückung konnte mit 7-8.000 Menschen am 11.12. in Stuttgart erzielt werden.

Offizieller Veranstalter der Demonstration und anschließenden Kundgebung war ein „Koordinationsausschuß der Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote" mit Sitz in Freiburg, der in allen größeren Städten Baden-Württembergs mobilisiert hatte. Der Aufruf des „Koordinationsausschusses ..." wurde mitunterzeichnet u.a. vom VVN/Bund der Antifaschisten, von mehreren ASten, dem Mannheimer FDP-Kreisvorsitzenden und dem Heidenheimer SPD-Kreisvorsitzenden. In einem eigenen Block von etwa tausend Menschen beteiligte sich ferner eine Aktionseinheit von politischen Organisationen und Initiativen aus Stuttgart an der Demonstration. Dies war nötig geworden, weil die DKP – als eine der maßgeblichen politischen Kräfte im „Koordinationsausschuß ..." – bei der Vorbereitung und Durchführung der Demonstration den Einschluß aller Berufsverbotegegner durch ihre sektiererische und spalterische Machtpolitik direkt verhinderte: Auf ihren Druck hin legte der „Koordinationsausschuß ..." lange vor der geplanten Demonstration einen Aufruf vor, der im wesentlichen die spezifische politische Position der DKP zu den Berufsverboten beinhaltete. Die Unterstützung dieses Aufrufs wurde zur Vorbedingung „gemeinsamer" Aktionen gemacht. Hiernach mußte also jeder übereinstimmen damit, daß der Kampf gegen Berufsverbote ausschließlich auf dem Boden und zur Verteidigung des Grundgesetzes geführt werden darf, daß Berufsverbote „verfassungswidrig" sind usw.

Das Vorgehen des „Koordinationsausschusses ..." war von vornherein darauf angelegt, ein Bündnis aller Berufsverbotegegner einzuengen auf diejenigen, die zur völligen Unterordnung unter die von der DKP vorgegebenen Positionen bereit sind.

Eine „Initiative der Beschäftigten an der Stuttgarter Universität" gab dieser erpresserischen Machtpolitik der DKP jedoch nicht nach. Vertreter dieser „Initiative" forderten vom „Koordinationsausschuß ..." eine Demonstration *„unter Einschluß solcher Kollegen und Genossen, die eine von der DKP abweichende Auffassung der bürgerlichen Verfassung haben"* (nach „was tun", 16.12.). Zudem hielt die „Initiative" die Freiheit der Parolen für selbstverständlich. Diese demokratischen Prinzipien jeder Aktionseinheit wurden vom „Koordinationsausschuß ..." (sprich: DKP) abgelehnt, so daß die Initiative beschloß, über einen eigenen Aufruf selbständig für die Demonstration zu mobilisieren. Das Verhalten der „Initiative" stieß in Stuttgart auf ein starkes Echo: Der Aufruf wurde im Folgenden u.a. unterstützt von dem Sozialistischen Zentrum, den Jungsozialisten, Falken, der Deutschen Friedensgesellschaft/Verband der Kriegsdienstgegner (DFG/VK) und der GIM.

Dies war der Startschuß für die DKP, ihren Alleinvertretungsanspruch innerhalb des „Koordinationsausschusses" auf der Demonstration durch den massiven Einsatz ihrer Schlägertypen (die zu diesem Zweck aus allen Landesteilen angefahren wurden!) gewaltsam durchzusetzen. Augenzeugenberichte belegen, daß es hier wiederum nicht bloß um „geduldete Übergriffe" einiger „übereifriger" DKPler ging, sondern um eine gezielte und geplante Aktion der DKP-Führung, die sich ständig anmaßt, ihre Vorstellungen von Inhalten und „Ordnung" auf Demonstrationen durchzusetzen, bei denen sie nicht einmal Veranstalter ist!

Zur anderen Variante derselben bürgerlichen Machtpolitik gehörten seit langem die Bemühungen der DKP, mittels Zensur politische Kritiker mundtot zu machen. Auch diese Methode stellten sie in Stuttgart zur Schau: Für die Zeit nach der Demonstration rief der „Koordinationsausschuß ..." zu einer Veranstaltung gegen die Berufsverbote auf. Ursprünglich war hierzu der fortschrittliche Liedermacher Walter Mossmann eingeladen. Als Mossmann ankündigte, bei seinem Auftritt u.a. auch das Biermann-Lied „Ermutigung" (das bekanntermaßen nicht einmal von der DDR handelt) vorzutragen, lud die DKP (!) eigenständig Mossmann wieder aus!

Walter Mossmann gab daraufhin eine öffentliche Erklärung heraus, in der es heißt: *„Für meine Ausladung kenne ich keine Gründe. Ich weiß nur, daß Eure Aktionseinheit offensichtlich keine ‚Ermutigung' verträgt!"* In einem Leserbrief in der „Frankfurter Rundschau" wiederholte er seine Kritik. Die Rechnung der DKP nach einem „gemütlichen Abend" ging nicht auf: Der als Auftakt der Veranstaltung vorgesehene Vortrag eines Stuttgarter Liederchors brachte das, was eigentlich Mossmann bringen wollte: er sang zwei Biermann-Lieder („So oder so, die Erde wird rot" und „Die Ermutigung")!

Die Spalter isolieren!

Die DKP hat mit ihrem Auftritt der demokratischen Öffentlichkeit und ihren potentiellen „Bündnispartnern" erneut klargemacht, wie sie mit ihnen umspringt, wenn sie die Macht dazu hat. Leider gibt es auch heute noch eine nicht unbedeutende Anzahl von Initiativen und Einzelpersonen, die – aus Unwissenheit oder aber auch aus Gutgläubigkeit – diese Politik noch dulden. Zwar führt die DKP die wohlklingende Parole „Alle gemeinsam gegen die Berufsverbote" gern im Mund, handelt in der Praxis unter Ausschöpfung aller Machtmittel aber genau entgegengesetzt. Nicht umsonst bemüht sich die DKP gerade in der Frage der Berufsverbote weiterhin den Anschein zu erwecken, als ginge es ihr tatsächlich um den gemeinsamen Kampf aller demokratischen Kräfte, denn unübersehbar ist, daß der Wunsch zum einheitlichen Handeln gerade in dieser Frage bei vielen fortschrittlichen Menschen besonders stark zum Ausdruck kommt.

Das heißt andererseits aber auch, daß im Kampf gegen die Berufsverbote gute Chancen bestehen, die Schlägermethoden und Zensurpraktiken zu isolieren.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

DKP-Schläger in Aktion

Augenzeugenbericht zu einem der Vorfälle auf der Demonstration vom 11.12. in Stuttgart:

„Ich, Mitglied der deutschen Friedensgesellschaft (DFG-VK) und der ÖTV, lief am 11.12. im Block der ‚Initiative' mit. Während der Demonstration übernahm ich mit einem Genossen (IG-Metall, Amak) ein Transparent des Initiativ-Blocks (‚Berufsverbot schadet Lehrern und Schülern').

Wie bekannt sein dürfte, befand sich am Ende des Blocks des Koordinierungsausschusses vor der ‚Initiative' eine Gruppe von ca. 15 Leuten als ‚Arbeiter' verkleideter Mitglieder einer ‚Aktion Jugend schützt Demokratie', die sich z.T. aus mit namentlich bekannten Mitgliedern und Funktionären von SDAJ, VVN-Junge Antifaschisten und Naturfreundejugend zusammensetzte. Ihre Aufgabe war es offensichtlich, die Blöcke zuerst nur optisch zu trennen.

An der Mündung der Tübinder Straße in die Rotebühlstraße versuchten diese in zwei Reihen marschierenden Leute, den Block der ‚Initiative' abzuhängen, indem sie die Rotebühlstraße in Richtung Königsstraße abriegelten. Das Gros der ‚Initiative' bekam nicht mit, was da lief. Der Block des Koordinierungsausschusses war schon über 15 m weiter vor. Zu dem Zeitpunkt versuchten ca. 30 – 50 Leute, über die Verkehrsinsel vor den ‚Jugendschutz' zu gelangen. Dieser reagierte schließlich, als wir unser Transparent auf die Gegenfahrbahn trugen: Von hinten stürzte man auf uns, riß mir die Stange aus der Hand, zerfetzte das Transparent, der andere Genosse erhielt einen Schlag auf den Kopf, ich wurde bedroht ‚wir schlagen dir die Fresse ein'.

In diesem Getümmel, vor den Augen zahlreicher Passanten, rückte der Block der ‚Initiative' nach. Die ‚Jugendschützer' legten es nicht weiter auf Provokationen an, sondern sprinteten vor, um die beiden Blöcke wieder zu trennen.

Für mich ist es beschämend zu erfahren, daß zum Teil Leute, die auf Veranstaltungen meiner Organisation (DFG-VK) Grußadressen brüderlicher Solidarität verlesen, auf soche Art die Demokratie schützen." Aus INFO IV. Basisgruppe Germanistik/Universität Stuttgart, „Dokumentation über die Vorgänge bei der Demo am 11.12."

Privatdetektiv auf Radikalenjagd

Bruchköbel/Hessen: Ein besonders gemeines Beispiel von Denunziation, willkürlicher Bespitzelung und Verleumdung spielt sich seit nahezu einem Jahr in der nahe Frankfurt gelegenen Kleinstadt Bruchköbel ab. Der CDU-Landtagsabgeordnete Walter Korn behauptet von der Lehrerin Ulrike G., sie sei Mitglied der DKP und würde für die DKP bzw. SDAJ an der Schule werben, was tatsächlich völlig aus der Luft gegriffen ist. Doch Korn hat noch mehr auf Lager: Frau G. sei für eine Unterrichtseinheit zum Thema Brasilien verantwortlich, in der „linksradikales Schrifttum und Gedankengut" (Korn) verbreitet worden wäre. Die Elternbeiräte der betroffenen Klassen stellten sich hinter die Unterrichtseinheit und hinter Frau G.

Da Frau G. nun gegen Korn klagt, kam der in Beweisnot (selbst der Verfassungsschutz hat keine „Unterlagen" über Frau G.!), fügte seinen Verleumdungen noch weitere hinzu und bestätigte gleichzeitig, daß er selbst einen Spitzel auf Frau G. angesetzt hat. Korn hatte sich einen arbeitslosen Lehrer gekauft, der „Belastendes" über Frau G. beschaffen sollte. Nach der Schilderung der Frankfurter Rundschau vom 3.12. sah das so aus: *„Er stellte sich auch einer Schülerin von Ulrike G. als Versicherungsvertreter der (nicht existierenden) Thomsen-Versicherung vor und erklärte, er brauche wegen eines Unfallschadens frühere Namenslisten der Hanauer (früherer Wohnort von Frau G., Red.) SDAJ. Für eine Liste, auf der auch der Name von Ulrike G. stehe, sei er bereit, einen Geldbetrag zu zahlen, der ‚in die Hunderte' gehe. Wenn die Schülerin bereit sei, ihm einen Beleg auszustellen, in dem sie erkläre, sie habe gehört, daß Ulrike G. möglicherweise einmal an Treffen der SDAJ teilgenommen habe, sei er ebenfalls bereit, in die Tasche zu greifen"*. Bloß Pech für Korn und seinen Helfer, daß die Schülerin sofort zu Frau G. ging.

Korn stört das indes alles nicht; er hat schon angekündigt, er wolle sich „nichts verbieten" lassen.

KB/Gruppe Frankfurt

Gericht verbietet Selbstverteidigung

Im Mai 1976 entließ das Oberschulamt Freiburg den Sonderschullehrer Kurt Faller aus dem Schuldienst, nachdem er bereits fünf Jahre im Schulzentrum Endingen (bei Wyhl) unterrrichtet hatte.

Gegen dieses Berufsverbot ist es in der Folgezeit zu zahlreichen Protestaktionen von Bürgerinitiativen, Eltern und Schülern gekommen.

Die Klage Fallers gegen diese Entlassung wurde nun vom Verwaltungsgericht Freiburg abgewiesen. „Begründet" wird dieses mit seiner „mangelnden Leistung", die sich aus seiner Mitgliedschaft und Funktionärstätigkeit in der DKP ergäbe.

Vorerst liegt nur der Entscheidungsspruch ohne Begründung vor. Das endgültige Urteil soll Ende Januar vorliegen.

Interessant an diesem Fall ist, daß ihm das Gericht in der mündlichen Verhandlung des Widerspruchsverfahrens jegliche Möglichkeit der eigenen Verteidigung verweigerte. So wollte Faller u.a. durch Zeugenaussagen seine aktive Tätigkeit zugunsten des Grundgesetzes beweisen, was aber abgelehnt wurde.

Tatsächlich stellt es schon eine Verschärfung dar, wenn einzelne Bundesländer dazu übergehen, die Beweislast auf die Betroffenen selbst abzuwälzen. In diesem Fall wird darüberhinaus sogar die Verteidigungsmöglichkeit ausgeschaltet, was die Farce solcher Gerichtsverhandlungen offenbart.

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Der Kampf des palästinensischen Volkes und der Linken im Libanon muß unser Kampf sein!

So lautet der Titel eines Aufrufes, den fünf politische Gefangene (R. Fritzsch, G. Klöpper, Ralf Reinders, Fritz Teufel und Andres Vogel), die in Westberlin in U-Haft sitzen, veröffentlicht haben. Sie haben im November auf ihren Einkauf verzichtet, um mit dem eingesparten Geld einen Beitrag zur internationalen Solidarität zu leisten. Sie fordern die anderen Gefangenen auf, es ihnen gleich zu tun.

Alle Linken „draußen" sollen 50 % ihres Monatseinkommens spenden und enteignetes Geld soll ebenfalls in diesem Sinne angelegt werden. Der Aufruf schließt: *„Und wir fordern die gesamte Linke auf, den Kampf versklavter oder vertriebener Völker als ihren eigenen zu begreifen und ihren Mitteln und Möglichkeiten gemäße Maßnahmen zu ergreifen. Spendenkonto: Deutsche Bank, Bonn 032 13 15 (S. Mussalam)."* Dieser Aufruf wurde geschickt an: Info-BUG, Informationsdienst, ARBEITERKAMPF, Libération, Blatt, Informationsstelle Palästina/Bonn.

***

Dorsten/Hamburg. Einrichtung einer Bücheraustausch-Zentrale für Gefangene: eine Reihe von Gefangenen wollen mit Unterstützung von draußen einen Büchertausch organisieren. Wer sich daran beteiligen will, sollte Bücher, die er zur Verfügung stellen will, sowie eine Liste der Bücher, die ihn interessieren an die unten angegebene Anschrift schicken. Dort wird ein Katalog der verfügbaren Bücher erstellt, der dann den Gefangenen zugeschickt wird. Verlage, Buchläden und einzelne Genossen sind aufgefordert, Bücher zu spenden oder auszuleihen. Die vorläufige Kontaktadresse
Heinz Karbe,
Hafenstr. 45,
427 Dorsten
Geldspenden können auf das Konto des Medienzentrums Fuhlsbüttel, Nr. 1057/210054 Hamburger Sparkasse eingezahlt werden.

***

Bernau/Bayern. Ein Gefangener der Justizvollzugsanstalt Bernau am Chiemsee erstattete Anzeige gegen die Anstaltsleitung, weil die Häftlinge ihre Mahlzeiten von Geschirr essen mußten, das mit NS-Symbolen (Hakenkreuz und Reichsadler) versehen war. Die Staatsanwaltschaft Traunstein stellte jetzt das Verfahren mit der Begründung ein, daß das mit NS-Symbolen versehene Geschirr weder „öffentlich" noch in einer „Versammlung" verwendet worden war („Spiegel", 3.1.77). Im Knast hat sich der faschistische Geruch bis heute nicht nur in den Mauern gehalten ...
(Laut Meldung der „Tat" vom 24.12.76 soll die Anstaltsleitung das Hakenkreuz-Geschirr inzwischen aus dem Verkehr gezogen haben.)

IKAH Hamburg



MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS

NATO – weiter für atomaren Erstschlag

Wie üblich war auch in diesem Jahr wieder die halbjährlich stattfindende NATO-Ratssitzung von wilden Propagandareden und handfesten Beschlüssen zur weiteren Aufrüstung der beteiligten Staaten bestimmt.

Auf den Sitzungen der „Verteidigungs"- und Außenminister sowie auf den Beratungen der „Nuklearen Planungsgruppe" des atlantischen Militärbündnisses wurden die Rüstungsanstrengungen der Warschauer Pakt Staaten in den grellsten Farben ausgemalt, um von den eigenen Maßnahmen auf diesem Sektor abzulenken und für die Zukunft noch größere Ausgaben und Anstrengungen der NATO als geradezu gebotene Verteidigungsverpflichtungen erscheinen zu lassen.

Dem richtigen (aber verspäteten) Vorschlag der Warschauer Pakt Staaten, auf einen Ersteinsatz der Atomwaffen zu verzichten und dies ausdrücklich zu erklären, setzten die NATO-Strategen ihre aggressive Strategie entgegen: Mit nachgerade provozierender Offenheit wurde erklärt, daß die NATO-Staaten überhaupt nicht daran dächten, darauf zu verzichten, als erste Atomwaffen einzusetzen. „Begründet" wurde diese Haltung mit der angeblichen Überlegenheit des Warschauer Paktes auf dem Gebiet der konventionellen Rüstung – und damit, daß so ein Verzicht, den Gegner geradezu einladen würde, eine militärische Aggression „unterhalb der Atomschwelle" zu beginnen.

Diese Argumentation klingt nur „logisch". In Wahrheit ist die imperialistische NATO ihrem östlichen Gegner nicht nur auf atomarem, sondern auch auf konventionellem Gebiet überlegen – was von namhaften NATO-Militaristen auch in nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Schriften gerne zugegeben wird.

Die jetzt in Brüssel beschlossenen Maßnahmen dienen deshalb auch dazu, den V o r s p r u n g der NATO auf allen Gebieten weiter auszubauen und das aggressive Bündnis enger zusammenzuschmieden:

Und dies sind die Beschlüsse im einzelnen:

1) Das neue Frühwarnsystem AWACS (Kostenpunkt 6 Mrd. DM und eine Milliarde pro Jahr an Unterhaltungskosten) wird von allen NATO-Staaten befürwortet. Dieses System soll aus 27 Radarflugzeugen bestehen und tieffliegende Flugzeuge und Raketen bis in 500 km im Bereich des Warschauer Pakts hinein erkennen können. Die endgültige Entscheidung über dieses enorme Projekt soll Anfang des Jahres fallen, da z.B. die Kostenverteilung noch ungeklärt ist. Die BRD will 1,5 Mrd. DM aus Steuermitteln bezahlen.

2) Mehrere Verstärkungspläne der konventionellen Rüstung wurden vereinbart: 1659 Panzer, 439 Panzerabwehrraketenrampen, 5900 Panzerbekämpfungswaffen, mehrere Flugzeuge und auch U-Boote usw., alles noch für 1977.

3) Portugal wird Mitglied der „Eurogruppe" und damit wieder voll integriert.

Der US-Kriegsminister hat – inoffiziellen Meldungen zufolge – vorgeschlagen, Spanien an Sitzungen hoher NATO-Gremien zu beteiligen, wenn die erste sog. freie Wahl in Spanien stattgefunden hat. Ein Beschluß darüber wurde noch nicht gefaßt.

Insgesamt war in der Presse und in den Kommentaren führender Militärs und Politiker die Freude darüber zu hören, daß die ganzen Appelle zur erhöhten Rüstung in den Staaten, die bisher in der NATO nicht so mitzogen, mittlerweile auf offene Ohren stießen und nicht mehr mit dem Hinweis auf wirtschaftliche Schwierigkeiten abgetan würden.

Antimilitarismuskommission KB/Gruppe Hamburg

12 Jahre zu spät – Abrüstungsvorschlag des Warschauer Pakts

Allen Regierungen, die die Schlußakte der Unsicherheits-Konferenz von Helsinki unterzeichnet haben (d. h. alle europäischen Regierungen außer Albanien, plus USA und Kanada), haben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes einen Vertragsentwurf vorgelegt, wonach *„alle Unterzeichner sich verpflichten, nicht als erste gegen andere Kernwaffen einzusetzen und zwar weder zur See, in der Luft noch im Weltraum. Dabei solle diese Verpflichtung für alle Streitkräfte der Unterzeichnerstaaten gelten, auch wenn sie außerhalb des eigenen Landes oder außerhalb Europas stationiert sind"* („die tat", 3.12.76). „In der Praxis wäre ein solcher Vertrag ein Schritt zur Abschaffung der Atomwaffen"(„tat", s.o.).

Eine schöne Idee – vor allem angesichts der gerade jetzt wieder aufgewärmten Diskussion über einen frühzeitigen Erst-Einsatz „taktischer" Atomwaffen durch die Bundswehr und andere NATO-Truppen. Die Idee hat nur einen kleinen Schönheitsfehler: Sie kommt 12 Jahre zu spät und sie ist ausgerechnet bei den bösen Chinesen abgeschrieben: Als erster und bisher einziger Staat der Welt hat sich die VR China bereits nach ihrem ersten Atom-Versuch (Oktober 1964) einseitig verpflichtet: „China wird niemals und unter keinen Umständen als erstes Land Kernwaffen einsetzen" (Peking Rundschau, 20.10.1964). Diese Verpflichtung hat die VR China immer wieder wiederholt und andere Staaten aufgefordert, sich anzuschließen. Dieser Vorschlag wurde von den Staaten des Warschauer Paktes bis zu ihrem jetzigen Vertragsentwurf immer in den Wind geschlagen. Jetzt tischen sie den chinesischen Vorschlag als ihren eigenen auf.

Zusätzlich makaber ist, daß möglicherweise jetzt Chinas neue Herren, die reaktionäre Hua-Clique, die aggressivesten imperialistischen Kreise ermuntern werden, den Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten abzulehnen. Die Revisionisten, die 12 Jahre lang die konstruktiven Vorschläge der VR China über den Nicht-Einsatz von Atomwaffen sabotiert haben, haben allerdings kein Recht, sich jetzt über das Verhalten der chinesischen Führung aufzuregen. Sie sind selbst um keinen Deut besser!

16/13/11

„ ... denn wir marschieren in Feindesland!"

Lübeck: *„Ruhelos in Flandern müssen wir wandern, weit von der Heimat entfernt, graue Soldaten im Schrei der Granaten, haben das Lachen verlernt, wenn auch zu Hause ein Mädel wohl weint, draußen im Felde, da*

Kommandeur Oberstleutnant Molsen:

„Es ist ein Kennzeichen freiheitlicher demokratischer Staaten, überliefertes Liedgut unverändert zu übernehmen. (...) Sie beschweren sich

Es muß sich hier also um ein Antikriegslied handeln, so auch das Truppendienstgericht in einem elfseitigen Beschluß:

„Die gebotene Gesamtwürdigung des Liedes ergibt zunächst, daß die

Atomwaffen durch die Bundswehr und andere NATO-Truppen. Die Idee hat nur einen kleinen Schönheitsfehler: Sie kommt 12 Jahre zu spät und sie ist ausgerechnet bei den bösen Chinesen abgeschrieben: Als er-

der VR China über den Nicht-Einsatz von Atomwaffen sabotiert haben, haben allerdings kein Recht, sich jetzt über das Verhalten der chinesischen Führung aufzuregen. Sie sind selbst um keinen Deut besser!

16/13/11

„ ... denn wir marschieren in Feindesland!"

Lübeck: *„Ruhelos in Flandern müssen wir wandern, weit von der Heimat entfernt, graue Soldaten im Schrei der Granaten, haben das Lachen verlernt, wenn auch zu Hause ein Mädel wohl weint, draußen im Felde, da wartet der Feind, denn wir marschieren in Feindesland!"*

Dies ist ein Teil eines Liedes, das die Rekruten des 4. Jägerbataillons in der Lübecker Hanseatenkaserne singen mußten. Ein Soldat legte Beschwerde dagegen ein. Er sah darin einen Verstoß gegen das Grundgesetz und alle mit *„dem Ausland abgeschlossenen Verträge."*

Über ein Jahr und ein gutes halbes Dutzend Instanzen zog sich der Weg der Beschwerde hin, bis sie endgültig entschieden wurde. Die Aberwitzigkeit der einzelnen Bescheide spricht für sich:

Kommandeur Oberstleutnant Molsen:

„Es ist ein Kennzeichen freiheitlicher demokratischer Staaten, überliefertes Liedgut unverändert zu übernehmen. (...) Sie beschweren sich, daß Flandern in einem Lied als Feindesland genannt wird. Ich meine, gerade weil hier die Provinz eines Nachbarlandes als Feindesland bezeichnet wird, sollte man dieses Lied nicht der Vergessenheit überlassen."

Der nächsthöhere Vorgesetzte, Oberst Schröder:

„Das Lied erinnert mich an geschichtliche Tatsachen, ohne diese zu verherrlichen. Im Gegenteil hebt dieser Refrain gerade die unerwünschten Folgen derartiger Handlungen hervor und regt jeden zu einer kritischen Analyse solcher Geschehensabläufe an."

Es muß sich hier also um ein Antikriegslied handeln, so auch das Truppendienstgericht in einem elfseitigen Beschluß:

„Die gebotene Gesamtwürdigung des Liedes ergibt zunächst, daß die... grauen Kolonnen durch eine Landschaft ziehen, die in sentimentaler Weise geschildert wird. Diese Landschaft kann - so ist ferner anzuführen - durch die müden Kolonnen nicht weiter betrachtet werden, denn sie marschieren in Feindesland. Gerade wegen des Gegensatzes der angesprochenen angenehmen Landschaft einerseits und den körperlichen Belastungen des Marsches mit den grundsätzlichen besonderen Erschwernissen in Feindesland andererseits kann von einer Verherrlichung des Krieges oder gar Propagandierung des Eroberungsgedankens nicht die Rede sein."

(Nach „Rote Blätter", Dez. 1976)

Erfolgreiches Treffen von Soldatengruppen!

Kommunique

Am 20. und 21.11.76 trafen sich Soldatenkomitees und antimilitaristische Arbeitsgruppen aus 16 Städten der Bundesrepublik und Vertreter von Soldatengruppen aus Italien, Frankreich, Österreich, Schweiz, Niederlande und der US-Armee.

Die Soldatenkomitees, die der Öffentlichkeit bisher fast nur durch örtliche Kasernenzeitungen bekannt waren, haben jahrelang fast ohne jede Verbindung nebeneinander hergearbeitet. Dieses Treffen war das erste überregionale Treffen mit der Möglichkeit, Erfahrungen und Meinungen auszutauschen.

Die Diskussion konzentrierte sich auf die Situation der Rekruten in der Bundswehr und gemeinsame Maßnahmen zu ihrer Unterstützung. Dabei waren wir einig, daß alle Rekruten vor gleiche Probleme gestellt sind: sie werden aus ihrer gewohnten Umgebung herausgerissen, in Uniform gesteckt und ohne Vorbereitung, ohne Information dem Druck der Bundeswehr als einzelne ausgesetzt. Dies sind die Voraussetzungen, aus Menschen blind gehorchende Soldaten zu machen. Die Soldatenkomitees treten diesem Druck entgegen.

Die Diskussion mit den Vertretern ausländischer Gruppen hat gezeigt, daß die Probleme der ausländischen Soldaten unseren in der Bundeswehr sehr ähnlich sind und gemeinsames Vorgehen erfordern.

Die Bundeswehr stellt den Soldaten gegenüber eine geschlossene Macht dar, die Soldatenkomiteebewegung muß dieser Macht geschlossen entgegentreten.

Im Anschluß an dieses Treffen soll ein weiterer Erfahrungsaustausch stattfinden, gemeinsame Forderungen aufgestellt und Kampfformen entwickelt werden.

Antimilitaristischer Arbeitskreis Stuttgart AMAK
Stuttgart, den 21.11.76

Begonnen hatte das Treffen mit einem antimilitaristischen Fest, an dem ca. 600 Menschen teilnahmen.

Das Fest stand im Zeichen der Solidarität mit verhafteten Verteilern von antimilitaristischen Flugblättern. Die AMAK führte ein Theaterstück auf, die „Zuggeigenhanssein" spielten.

Auf dem Fest wurde eine Resolution zur gewerkschaftlichen Organisierung der Soldaten verabschiedet und eine weitere Solidaritätsresolution mit dem Kampf gegen das KKW Brokdorf.

Samstag/Sonntag fand dann das interne Soldatentreffen statt (s. Kommunique).

Als ein besonderer Erfolg dieses Treffens ist es zu bewerten, daß dort die verschiedensten politischen Richtungen vertreten waren (von KB bis DKP). Auf dem Treffen lag der Entwurf eines gemeinsamen Flugblattes vor, das die Soldatenkomitees bei neueingezogenen Rekruten verteilen wollen.

Über diesen Flugblattentwurf konnte keine Einigung erzielt werden, bzw. es wird ein neuer Entwurf auf Grund der Diskussion erstellt werden.

Dieses – insgesamt gesehen – erfolgreiche Treffen wurde mit der Vereinbarung beendet, sich in halbjährigem Rythmus zu treffen (das nächste Mal in Hamburg).

Leserbrief

Im November nahmen wir an einer einwöchigen Wehrübung des Jägerbataillons 714 in Todendorf an der Ostsee teil. Zu den Übungsvorbereitungen gehört jedesmal eine politsich-feindbildmäßige Indoktrinierung der Soldaten durch die Offiziere. Die Jäger-Offiziere haben es da etwas schwerer als ihre Artgenossen anderer Waffengattungen (weshalb, werden wir weiter unten sehen), und bringen das Feindbild gerne ganz unterschwellig von „hinten durch die Brust" an den Mann. So auch dieses Mal. Trotzdem haben wir lange nicht so handfestes Material in die Hand bekommen wie auf dieser Wehrübung.

Als äußerer Feind wurde natürlich die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR bezeichnet - von der ein Hauptmann der Fallschirmspringer zu berichten wußte, daß sie in Bundeswehruniformen auf Rügen den Ernstfall probe.

Vorausgesetzt, diese Behauptung beruht auf der Wahrheit, so kann einen das eigentlich gar nicht wundern:

Die Unterkünfte des BW-Ausbildungslagers Todendorf tragen die Namen von Städten und Landschaften in der DDR und in Polen! „Gefährlicher" als der äußere Gegner sei jedoch der „innere Feind", der zum Mittel des „verdeckten Kampfes" greife. Wir wurden darüber belehrt, daß diese Kampfform „zehnmal mehr Truppen bindet" als die konventionelle Kriegsführung. Folgende Bundeswehr-Definition des „verdeckten Kampfes" legte uns der Hauptmann vor:

„Der *'verdeckte Kampf'* ist eine im Innern eines Staates zwischen *'illegalen Kräften'* und der *'legalen Staatsgewalt'* in Verbindung mit psychologischen Kampfmaßnahmen geführte *'gewaltsame Auseinandersetzung'*, die von einer auswärtigen Macht in Gang gesetzt, gelenkt oder unterstützt wird, wobei deren Beteiligung verborgen bleiben soll.

Zur Vorbereitung des verdeckten Kampfes kann der *'kalte Krieg'* dienen, der verdeckte Kampf kann auch in selbständiger Form in Erscheinung treten."

(Unterstreichungen und Anführungszeichen im Original, das vermutlich eine BW-Vorschrift ist, der Herr Hauptmann wußte das angeblich selber nicht so genau.)

Die Rolle der „illegalen Kräfte" im „verdeckten Kampf" wurde vom Herrn Hauptmann noch weiter spezifiziert: es seien die „Stellvertreter" der „Auswärtigen Macht" in der BRD, die eventuell auch bereits vor Erklärung des Kriegsfalles „in Aktion treten könnten". Deshalb genügt für den Einsatz der Jäger-Einheiten auch die Erklärung des „Spannungsfalles", da die Jägerbataillone nicht der NATO unterstellt sind.

Welche Art von „Stellvertretern" das wohl sein könnten? Vielleicht die Bauern der Wilstermarsch? Brokdorf blieb in diesem Zusammenhang jedenfalls nicht unerwähnt.

Dieser Logik zufolge wäre die Empörung der KKW-Gegner wohl eine Art „psychologische Kampfmaßnahme"? Klar, denn die Beteiligung der „auswärtigen Macht" braucht natürlich nicht bewiesen werden, weil diese „verborgen bleiben soll".

Da kann man nur sagen: Arbeiten wir gemeinsam am Aufbau der „illegalen Kraft", damit der Herr Hauptmann mit seinen Vorstellungen nie zum Zuge kommen wird. Und falls doch: Sieg im „verdeckten Kampf"!

2 Soldaten des JgBtl 714

Skandinavien

ASEA-Arbeiter gegen Kernkraft

Die Kernkraftgegener standen in Schweden bisher immer in Opposition zur offiziellen Gewerkschaftsbewegung. Arbeiter haben jetzt in der Gewerkschaft den Kampf aufgenommen, um ihre Kollegen durch Information über die Risiken der Kernkraft aufzuklären und durch Überzeugungsarbeit in die Bewegung der Atomkraftgegner einzugliedern.

Folgendes Flugblatt wurde kürzlich von einer Initiativgruppe bei ASEA und ASEA-ATOM verteilt:

„*Um andere Arbeiter für die Kernkraft zu gewinnen, wurden u.a. wir ASEA-Arbeiter als Schlagstock in der Kernkaftdebatte benutzt.*

Keine Kernkraft – Keine Arbeit. Natürlich sind wir von unserer Arbeit abhängig, aber hat der Kapitalismus jemals unsere Arbeitsplätze garantiert?

Nein, wir wissen mit oder ohne Kernkraft, wenn wir nicht länger Profit bringen, müssen wir gehen.

Dieses Argument ist auch aus anderen Gründen falsch. Es gibt andere Energiequellen. Unser Streben muß sein, die Gewerkschaftsbewegung dazu zu bringen, für diese Alternative zu kämpfen. Das würde auch Arbeit geben. Wir müssen auch gemeinsam für eine andere Produktionseinrichtung arbeiten, die sich an unserem und dem Bedarf der Gesellschaft orientiert und nicht nur an dem Bedarf der Betriebe, einen so großen Profit zu machen wie möglich. Eine solche Einrichtung würde viele neue Arbeitsplätze schaffen.

Wir wissen auch, daß die Kernkraft gefährlich ist. Wir wissen, daß es keine sichere Methoden gibt, den Abfall zu beseitigen. Trotzdem wird von uns erwartet, daß wir das Spiel mitspielen und die Zukunft opfern. Wir meinen, daß es höchste Zeit wird, den Kampf gegen die Kernkraft auch bei ASEA organisiert aufzunehmen. In dieze Richtung werden wir – einige Arbeiter bei ASEA und ASEA-ATOM – für eine Organisierung „ASEA-Arbeiter gegen Kernkraft" arbeiten. Wir werden versuchen Aufklärungsmaterial über die Kernkraft zu verbreiten.

Wir werden Studien anfertigen und darauf hinwirken, daß die Gewerkschaft Arbeitsgruppen über Energiefragen einrichtet, so daß alle die Möglichkeit haben, sich in der Kernkraftfrage zu engagieren.

Wir werden darauf einwirken, daß die Gewerkschaftsbewegung den Kampf gegen die Kernkraft aufnimmt und für alternative Energiequellen arbeitet.

Wir sehen unsere Organisierung als einen Teil der gesamten sozialen Bewegung, die gegen die Kernkraft kämpft. Darum werden wir mit anderen sozialen Gruppen in Vesteras und im übrigen Land zusammenarbeiten. Wir werden auch an der Kampagne für eine Volksabstimmung über die Kernkraft teilnehmen.

Wie wir schrieben sind wir weiterhin eine kleine Gruppe. Damit der Widerstand schlagkräftig wird, müssen wir mehr werden. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir Arbeiter viele sind. Wir haben eine enorme Kraft, wenn wir uns zu einer gemeinsamen Zielsetzung zusammenschließen können.

Nehmt teil an der Organisierung gegen die Kernkraft bei ASEA und ASEA-ATOM!

ASEA-Arbeiter gegen Kernkraft"
(aus „Arbetarkamp", 22/23-1976)

Skandinavienkommission

Brokdorf aus schwedischer Sicht

Während in der BRD eine wahrheitsgemäße Berichterstattung über den Kampf gegen KKW's weitgehend unterdrückt wird, berichtet die ausländische Presse ausführlich und wahrheitsgemäß über die Vorgänge in Brokdorf. Sie liefert den Beweis, daß die Presse der BRD selbst nach bürgerlichen Maßstäben kaum noch als „frei" bezeichnet werden kann.

Dazu einige Zitate aus der schwedischen liberalen Zeitung „Dagens Nyheter" („DN") vom 18.12.76, die aus Anlaß des Schleswiger Urteils zu Brokdorf kurz die Vorgänge vom 13.11. folgendermaßen schildert und einschätzt:

„*Bei Brokdorf wurde westdeutschlands größter Masseneinsatz von Polizei und Grenzschutz am 13. November gegen Demonstranten herauskommandiert. Mit unwahrscheinlicher Brutalität mißhandelte die Polizei friedliche Demonstranten mit Gummiknüppeln, beschoß sie mit Tränengasgranaten und Tränengasbomben, unter anderem von tieffliegenden Hubschraubern und spritzte Wasser, dem Chemikalien zugesetzt worden waren, gegen die Demonstranten. In militärischen Formationen griff die Polizei besonders die Demonstranten an, die sich auf dem Heimweg von der Demonstration befanden. Es ist noch immer unklar, wie viele der Demonstranten verletzt wurden. Die Polizei griff sogar die Demonstranten an, die versuchten, ihren verletzten Kameraden zu helfen.*

Diese Polizeiaktion wurde ein Schock für die westdeutsche Allgemeinheit. Durch Bilder und Filme wurde den Bürgern plötzlich klar, welche Gewaltmethoden die Staatsmacht bereit war einzusetzen, um ihr Atomprogramm durchzusetzen."

Das Gerichtsurteil und seine Bedeutung für die KKW-Gegner schätzt „DN" so ein:

„*Man darf besser nicht vergessen, daß der Gerichtsbeschluß zu Brokdorf nur ein vorläufiger Baustopp ist. Schon im Februar kann der Bau wieder im Gang sein. Für die Umweltschutzgruppen ist der Beschluß zum Aufschub in Brokdorf ein bedeutender Erfolg. Die Anti-Atom-Bewegung gewinnt Zeit, um mehr Mitglieder zu werben. Und sie kann zeigen, daß sie schon gewisse Fortschritte erzielt hat*" („Dagens Nyheter" vom 18.12.76).

In dieser Einschätzung unterschätzt „Dagens Nyheter" die politische Sicht des BRD-Imperialismus, der nicht nur den Polizeiterror gegenüber seinen Gegnern anwendet, sondern sie auch durch scheinbare Zugeständnisse, wie eben diesem vorläufigen Baustopp, zu spalten versucht.

Skandinavienkommission

Neue Taktik im Kampf gegen die Soldatenbewegung

In den letzten Jahren war der Kampf der schwedischen Soldaten sehr erfolgreich. Eine Tatsache, die der militärischen Führung zu denken gab. Der Versuch die Soldatenbewegung mit harten Maßnahmen in den Griff zu bekommen, schlug fehl, führte eher zu einer breiteren Opposition und einem engeren Zusammenschluß der Soldaten.

Der Förbundet Kommunist (FK) hat in seiner Ausgabe Nr. 19 des „Arbetarkamp" ein Dokument veröffentlicht, aus dem hervorgeht, wie nun die Militärführung mit „smarteren" Methoden gedenkt, die Oppositionsbewegung im Militär zu bekämpfen. Das Dokument stammt von zwei Militärpsychologen, die zu Beginn ihre Zufriedenheit über die Spaltung der Linken zum Ausdruck bringen, dabei hervorheben, daß die Linken sich teilweise im Kampf gegeneinander aufreiben und der „Kampf zwischen Moskau und Peking" zum Entstehen „gelber" Verteidigungsfreunde geführt hat (damit ist offenbar die vaterländische SKP – eine „Bruderpartei" der hiesigen „KPD/ML" – gemeint).

Auch wenn das Militär mit der Spaltung der Linken heute zufrieden ist, befürchtet es doch wohl ein Anwachsen der kommunistischen Bewegung innerhalb der Truppe und das wollen die Militaristen unter allen Umständen vermeiden und zwar durch eine „neue Beobachtung" der Universitäten, wo man anscheinend den Schwerpunkt der Linken vermutet. „Neue Beobachtung" heißt, daß sich Militärspione in die Studentenbewegung einschleichen sollen – dieses war in den 60er Jahren schon einmal der Fall – und durch ihre Spitzeltätigkeit die Linken von der Truppe fernhalten sollen.

Unter den Soldaten selbst geht es der Militärführung darum mit der einen oder anderen wortradikalen Äußerung selbst die Initiative für unmittelbare Verbesserungen zu ergreifen, um zu verhindern, daß die Soldaten das Bewußtsein erhalten, daß sie allein durch ihren Kampf Verbesserungen herbeiführen können. Genau das ist der zentrale Punkt in dem Dokument der Militärpsychologen, es heißt dort: „*Ein Symptom, dem entgegengearbeitet werden muß, ist, daß die Wehrpflichtigen in allen Zusammenhängen sich den „Sieg" zuschreiben. Die Behörden müssen sich bewußt machen, was dieses vom psychologischen Gesichtspunkt aus bedeutet...*" nämlich eine Bewußtwerdung der Soldaten darüber, daß letztendlich eine Änderung ihrer Situation nur durch das Stützen auf die eigene Kraft möglich ist. Die Militärpsychologen schlagen deshalb vor, daß man mit Hilfe der Sicherheitsabteilung des Militärs ein „Kriegstagebuch" über die Arbeit der Wehrpflichtigen führt, „*um frühe Warnungen über Tendenzen und Trends zu erhalten.*" Kristallisiert sich ein Punkt heraus, an dem sich Auseinandersetzungen entzünden könnten, sollten die Militärbehörden nach Meinung der Psychologen, so schnell wie möglich Informationen herausgeben, ihre Bereitschaft zur Diskussion deutlich machen und notfalls selbst Änderungen bestimmter Mißstände vorschlagen. Ziel ist es dabei, durch schnelles Reagieren des Militärapparates, die fortschrittliche Soldatenbewegung ins Leere laufen zu lassen.

Das Dokument verdeutlicht den Versuch der Militärbehörden sich auf die neue Lage im Militär einzustellen. Mit einer verfeinerten Taktik sollen die Soldaten wieder unter die Kontrolle der Militärbehörden gebracht werden. Durch Zugeständnisse, wie z.B. Abschaffung der Disziplinarstrafen (eine Forderung der Soldatenbewegung) sollen die Soldaten von der „Gutwilligkeit" der Militärbehörden überzeugt und die allgemeine Funktion des bürgerlichen Militarismus verschleiert bleiben.

(information aus: „Arbetarkamp", 19/76)

Skandinavienkommission

Journalist verhaftet

Am 1.12.76 wurde in Schweden der russische Emigrant v. Kreitor unter dem Verdacht, eine Frau vergewaltigt zu haben, verhaftet. V. Kreitor lebt seit acht Jahren in Schweden als Staatenloser. Er ist Doktor der Soziologie und arbeitet als Journalist für die finnische kommunistische Zeitung „Neue Zeit". Schon vor einem Jahr teilten schwedische Behörden ihm mit, daß er im Falle einer Ausreise nicht nach Schweden zurückkehren dürfe. Dies ist besonders übel, da v.Kreitor ein Angebot hat, als Gastprofessor an die finnische Universität nach Turku zu kommen. In Schweden bekommt er keine Arbeit als Wissenschaftler.

Bemerkenswert an dieser Verhaftung ist, daß sie von der gesamten schwedischen Presse totgeschwiegen wurde. Diese Verhaftung hat offensichtlich politische Gründe. So wurde das Haus v.Kreitors mehrmals durchsucht, während er im Gefängnis saß, ohne daß er oder sein Anwalt davon unterrichtet wurden. Die dänische Zeitung „Information" versuchte mehrmals in der Wohnung v.Kreitors anzurufen. Jedesmal erhielt sie von einer anderen Person die Antwort, daß v.Kreitor gerade weggegangen sei, und gleich zurückkehren werde. Eine Haftentlassung des Journalisten wurde sofort von höherer Stelle wegen „Verdunkelungsgefahr" wieder aufgehoben.

Die dänische Zeitung „Information" erfuhr weiter in einem Gespräch mit der angeblich von v.Kreitor vergewaltigten Frau, daß diese von der Polizei zu ihrer Aussage gedrängt worden sei. Die Gründe seiner Verhaftung liegen in seiner Tätigkeit als Journalist. V.Kreitor hatte insbesondere über Berufsverbote in Schweden geschrieben und außerdem die schwedische Einwanderungspolitik gegenüber Finnland kritisiert.

(nach: „Informations Tjänst" vom 21.12.76)

Skandinavienkommission

Neuer Angriff auf Anti-KKW-Bewegung in Schweden

In Schweden sind z.Z. fünf Kernkraftwerke in Betrieb, fünf im Bau und drei weitere geplant. Nachdem der neue Ministerpräsident Fälldin vor der Wahl versprochen hatte, das Atromkraftprogramm Schwedens zu stoppen und die bereits fertigen Kernkraftwerke stillzulegen, nach der Wahl aber der Inbetriebnahme eines neuen Kernkraftwerkes zugestimmt hatte, hat er nun einen weiteren Schritt unternommen, um die Bewegung gegen KKWs zu verwirren und abzuwürgen. Die Regierung Fälldin legte einen Gesetzentwurf vor, über den im März 1977 abgestimmt werden soll.

Dieses neue Gesetz schreibt vor, daß die Atromkraftwerksgesellschaften nachweisen müssen, was mit dem Kernbrennstoff geschieht und wie er absolut risikofrei gelagert werden kann. Kann das nicht nachgewiesen werden, wird die Inbetriebnahme des Werkes verboten. Das hört sich gut an, aber die Wirklichkeit sieht anders aus.

Denn durch dieses Gesetz wird erstens nicht der Bau von KKW's abgelehnt, sondern – unter gewissen Bedingungen – z u g e l a s s e n. Zweitens gilt dieses Gesetz nicht für die KKW's, die im Betrieb sind, sondern nur für die acht, die im Bau oder geplant sind. Und es kommt noch besser: Sollten diese KKW's den neuen Sicherheitsbestimmungen nicht entsprechen und deshalb keine Betriebserlaubnis erhalten, so wird der Verlust, der den Gesellschaften dadurch entsteht (d.h. die Kosten für den Bau, die Entwicklung, eventuelle Verluste durch Nichteinhalten der Verträge, inclusive Zinsen) vom Staat, also mit Steuergeldern ersetzt.

In einer Stellungnahme zu diesem Gesetz meint Fälldin, daß voraussichtlich kein KKW den neuen Sicherheitsbestimmungen entsprechen kann. Dies würde immerhin bedeuten, daß, und zwar auf Kosten der Steuerzahler, keine neuen KKW's in Betrieb genommen werden können. Aber ein weiterer Pferdefuß kommt nach. Fälldin gibt zu, daß die drei bürgerlichen Regierungsparteien die Sicherheitsbestimmungen in Zukunft unterschiedlich auslegen werden. Wie sie ausgelegt werden und was von diesen Bestimmungen zu halten ist, sagt der Generaldirektor der staatlichen Gesellschaft „Vattenfalls", die die meisten schwedischen KKW's betreibt, Jonas V. Norby: „*Aber die Regierung weiß natürlich, daß hundertprozentige Sicherheit nicht zu erreichen ist, d.h., daß das Risiko nicht gleich null sein kann. Damit meine ich, daß die Regierung Vergleiche anstellen muß mit den Risiken in anderen Industriezweigen und daß internationale Normen beachtet werden.*" Und dann zieht er daraus den Schluß: „*Wir können mit gutem Mut weiterhin Kernkraftwerke bauen*" („Dagens Nyheter" vom 4.12.76).

Skandinavien-Kommission

Streik in schwedischen Gefängnissen

Die Liberalisierung im schwedischen Strafvollzug scheint nun Schritt für Schritt rückgängig gemacht zu werden. Nach der Flucht eines „schweren Jungen" aus einer Strafanstalt, sprachen die schwedischen Justizbehörden von einer Minorität „gefährlicher Gefangener", die in Spezialabteilungen vollständig von der Umwelt isoliert werden müßten. So begann man in den Gefängnissen Hall, Kumla und Norrköping Spezialabteilungen zu bauen.

Für die Häftlinge war das ein „Zeichen einer allgemeinen Verschärfung", die im Keim zu bekämpfen sei (vgl. „internationalen" 52/76). Die Häftlinge der Strafanstalt Hall forderten den Gefängnisdirektor auf, mit ihnen eine Diskussion über folgende Forderungen zu führen:

- Unmittelbarer Stop des Baus von Spezialabteilungen in Hall, Kumla und Norrköping
- Verhandlungsrecht für die Zentralorganisation der Häftlinge, FFCO
- Höhere Löhne
- Ein Sitz für FFCO im Verbrechensvorbeugerat
- Obligatorische Kinderbetreuung beim Besuch in allen größeren Anstalten
- Übersicht über die Durchsuchungsbestimmungen (nach „internationalen", 52/76).

Da der Direktor nicht bereit war, Gespräche mit den Häftlingen zu führen, drohten sie mit Streik. Daraufhin sollte endlich ein Gespräch stattfinden. Aber in der Nacht vor der geplanten Diskussion wurde ein Mitglied des Vertrauensrates in die Isolationshaft überführt, angeblich weil er im Besitz von Narkotika gewesen sei. Die Häftlinge faßten diesen Schritt der Gefängnisleitung als Provokation auf. Sie wandten sich an die Presse und forderten „alle Gefangenen zum Kampf gegen die Unterdrückung, die in allen Gefängnissen herrscht" auf („internationalen" 52/76).

Am 22.11.76 begann der Streik der schwedischen Strafgefangenen. Immer mehr Häftlinge der Strafanstalten des gesamten Landes solidarisierten sich mit dem Kampf, der in Hall begonnen hatte. Die schnelle Ausweitung des Streiks ist nicht verwunderlich, wenn man in betracht zieht, daß die Arbeit, die die Strafgefangenen ausführen, in den meisten Fällen total unterbezahlt ist. Die Mehrzahl der Häftlinge erhält einen kärglichen Stundenlohn von drei skr (ca. 2 DM); darüberhinaus sind auch die sozialen Rechte der Häftlinge eingeschränkt, sie sind z.B. nicht sozialversichert und haben kein Streikrecht. Solange die Häftlinge keine akzeptierte gewerkschaftliche Organisation haben, die sich für die Verbesserung der Situation der Häftlinge einsetzen kann, wird sich an deren Situation kurzfristig nichts ändern. Darum war wohl auch die wichtigste Forderung während des Streiks das Verhandlungsrecht für die Zentralorganisation der Häftlinge, EFCO.

Der Streik der Strafgefangenen ging nach 14 Tagen damit zu Ende, daß die Justizbehörden, wohl überrascht durch die Kampfstärke der Häftlinge, ein Zusammentreffen mit zwei Repräsentanten von 15 verschiedenen Anstalten akzeptierten. Mit diesem Schritt soll anscheinend erreicht werden, daß sich die Situation in den schwedischen Strafanstalten wieder „normalisiert", die Behörde Zeit gewinnt, um sich Gedanken zu machen, wie die Bewegung am besten wieder in den Griff zu bekommen ist. Die Gefangenenorganisation ist pessimistisch im Hinblick auf das Zusammentreffen mit Vertretern der Justizbehörden; Reden ist eine Sache und Veränderungen herbeiführen eine andere. Ein Sprecher des Zentralrats ist der Meinung, daß es schwierig sein wird, die Bewegung am Leben zu halten. Also keine guten Aussichten für die schwedischen Strafgefangenen; denn eine Änderung ihrer Situation ist im Moment wohl nur dann möglich, wenn sie sich auf ihre eigenen Kräfte stützen.

Skandinavienkommission

England

Der Prozeß gegen die Murrays

Am 9.Juni 1976 wurden in Dublin (Republik Irland) Marie und Noel Murray von einem Sondergericht zum Tode durch Erhängen verurteilt.

Sie wurden für schuldig befunden im Septemder 1975 einen sich in Zivil befindenden Polizisten erschossen zu haben.

Nach der Verhaftung am 29.9. 1975 waren die beiden mehrere Tage furchtbar gefoltert worden. Noel wurde z.B. an den Füßen festgehalten und mit dem Kopf in ein Klobecken gehalten, bei ständiger Wasserspülung und während die Bullen auf seinen Kopf urinierten. Marie und Noel waren die ersten Tage in nebeneinanderliegenden Zellen untergebracht, so daß sie gegenseitig die Qualen der Folter mitertragen mußten. Als Marie die Schreie von ihrem Mann nicht mehr ertragen konnte, unterschrieb sie ein ihr vorgelegtes „Geständnis", um ihn von der Folter zu erlösen.



Die Art und Weise wie dieses „Geständnis" zustande gekommen ist, daß Marie Murray es sofort widerrief, hinderte die Richter nicht daran, die beiden zum Tode zu verurteilen.

Ein dritter Angeklagter, Ronan Stenson konnte gar nicht mehr auf der Anklagebank erscheinen, er mußte aufgrund der Folterungen in psychiatrische Behandlung gebracht werden.

Sowohl Marie als auch Noel waren seit mehreren Jahren politisch engagiert gewesen. Marie schloß sich 1968 der republikanischen Bewegung an, setzte sich für die Verteidigung der irischen Sprache ein, arbeitete in Mieterinitiativen mit und widmete sich insbesondere der Unterstützung politischer Gefangener. Von 1970 - 1973 war sie Mitglied der Sinn Fein Official. Noel schloß sich 1966 der republikanischen Bewegung an, wurde verhaftet wegen aktiver Proteste gegen den Vietnam Krieg und war ebenfalls von 1970 - 1973 Mitglied der Officials.

Ein Prozess nach dem Modell faschistischer Diktaturen

Ein erster Einspruch gegen das Terrorurteil wurde am 26.Juli 76 abgelehnt. Am 1.November 76 begann die Verhandlung, um einen zweiten Einspruch, der sich damit beschäftigte, ob es sich nun um Polizistenmord handelte oder nicht, denn der Polizist befand sich zur Zeit als er erschossen wurde, außer Dienst und in Zivil. Denn „nur" auf Po-



lizistenmord steht Todesstrafe. Die Verhandlung endete damit, daß der Oberste Gerichtshof eine Umwandlung der Todesstrafe in lebenslängliche Haft beschloß. Auch wenn damit die direkte Gefahr der Todesstrafe für die beiden Murrays erstmal aufgehoben ist, ist es ein Skandal, wie dieser Prozeß abgelaufen ist und wie weit die Entwicklung zum Abbau jeglicher demokratischer Rechte in Irland vorangeschritten ist.

Noch 1971 verfaßte die Regierung der Republik Irland einen Beschwerdebrief an die Menschenrechtskommission, in dem die britische Regierung angeklagt wurde in 228 Fällen in nordirischen Gefängnissen gefoltert zu haben. Im September 1976 wurde dieser Bericht von der „Europäischen Menschenrechtskommission" veröffentlicht(siehe AK 90). Heute geht die Regierung der Republik Irland mit den gleichen Methoden vor, die sie noch 1971 verurteilte.

Der Prozeß fand nicht nur unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit statt, sondern sogar die Berichterstattung über den Prozeß wurde einer Zensur unterworfen. Zwei bürgerliche Zeitungen, die „Irish Times" und die „Hibernia Fortnightly Review" veröffentlichten Leserbriefe, die die Todesurteile verurteilten und das Sondergericht kritisierten. Beide Zeitungen wurden prompt vom Staat verklagt und wegen Mißachtung des Gerichts bestraft.

Seitdem war Stille in den bürgerlichen Medien. Diese Zensur konnte allerdings nicht verhindern, daß das brutale Urteil eine Welle des internationalen Protests auslöste: In der BRD unterzeichneten 15.000 Menschen eine Protestpetition, u.a. Böll, Bloch, Brückner, Enzensberger und Mitscherlich.

In Irland wurde ein „Murray Defence Commitee" (Verteidigungskomitee) gegründet, dessen Tätigkeit und die Verhaftung fast aller Gründungsmitglieder ohne jede Öffentlichkeit verlaufen ist. Die Mitglieder des Komitees werden auf Schritt und Tritt von Zivilpolizisten umlauert und geraten abwechselnd für je 7 Tage in Vorbeugehaft.(Nach einem neuen Gesetz, das im September 1976 nach Verkündigung des Ausnahmezustands durchgezogen wurde, können „verdächtige" Personen" ohne jeden Beweis, und ohne irgendeinen konkreten Verdacht für 7 Tage von der Polizei festgehalten werden.) Mehrere Mitglieder des Komitees wurden wegen Plakateklebens und Verteilen von Flugblättern bereits verurteilt.

(Informationen nach Flugblättern und Rundschreiben des Westdeutschen Irlandsolidaritätskomitees und nach der Broschüre des „Murray Defence Commitees").

Irlandkommission

schloß sich 1968 der republikanischen Bewegung an, setzte sich für die Verteidigung der irischen Sprache ein, arbeitete in Mieterinitiativen mit und widmete sich insbesondere der Unterstützung
schenrechtskommission, in dem die britische Regierung angeklagt wurde in 228 Fällen in nordirischen Gefängnissen gefoltert zu haben. Im September 1976 wurde dieser Bericht von der
Westdeutschen Irlandsolidaritätskomitees und nach der Broschüre des „Murray Defence Commitees").
Irlandkommission

Labours Sparprogramm – ein Weihnachtsgeschenk an die Industrie!

Am 15. Dezember verlas Schatzkanzler Healy den neuen Haushaltsplan im Parlament. Kern des Plans stellen Einsparungen im öffentlichen Haushalt um rund 2 Mrd. Pfund dar. Vor allem sind die Bereiche Schulbau, Schulverpflegung, Umweltschutz, die Subventionierung von Lebensmitteln, aber auch Verteidigung und Entwicklungshilfe betroffen. Außerdem soll mehr Geld über Steuererhöhungen reinkommen: im neuen Jahr werden die Tabak- und Alkohol-Steuern um rund 10 % erhöht. Ziel des Plans ist unter anderem, „mehr Raum für industrielle Expansion" – sprich für die Gewinnmöglichkeiten der Kapitalisten – zu schaffen.

Interessant ist bei der Sache, daß dieser Haushaltsplan unter enger Mitwirkung von Finanzexperten des „Internationalen Währungsfonds" zustandekam, die sich mehr als sechs Wochen zu diesem Zweck in London aufhielten!

Gleichzeitig liefen nämlich die Verhandlungen zwischen dem IMF und der englischen Regierung über die Gewährung eines riesigen Kredits über 3,9 Mrd. Dollar (!!), der die Investitions- und Gewinnbedingungen des englischen, aber auch vor allem des internationalen Kapitals verbessern soll (Hauptträger des Kredits sind übrigens die USA und die BRD)! Die Zustimmung zum Kredit war ganz offensichtlich davon abhängig gemacht worden, was die englische Regierung bereit ist, für die Sanierung der englischen Wirtschaft – sprich der Gewinnmöglichkeiten – zu tun. Bedingungen waren unter anderem, das geliehene Geld nicht in so unrentable Sektoren wie Schul- und Wohnungsbau oder das Gesundheitswesen zu stecken. So sollen unter anderem rund 300 Mio. Pfund weniger für den öffentlichen Wohnungsbau ausgegeben werden, 270 Mio Pfund weniger für Straßenbau und für Schulen (vor allem an der Schulmilch soll gespart werden!), rund 160 Mio. Pfund weniger bei der Subventionierung von Grundnahrungsmitteln (was eine sprunghafte Erhöhung der Preise zur Folge haben wird!). (Alle Angaben aus „Nachrichten für den Außenhandel", 17.12.76)

„Damit die Industrie jedoch nicht zu sehr unter diesen Kürzungen leide, so Healy, stelle seine Regierung zusätzliche Investitionen in Höhe von 400 Mio Pfund für die nächsten beiden Jahre zur Verfügung. Die Mittel würden größtenteils durch eine zehnprozentige Erhöhung der Abgaben auf Alkoholika und Tabakwaren finanziert werden." („Nachrichten für den Außenhandel", s.o.)

Deutlicher geht's wohl nicht mehr!

England-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Über 30.000 demonstrierten gegen Sparmaßnahmen

Am 17. November '76 demonstrierten über 30.000 Menschen in London gegen die arbeiterfeindlichen Sparmaßnahmen der englischen Labour-Regierung. Auf Transparenten und Schildern war zu lesen: „Kampf gegen Einsparungen – für mehr Arbeitsplätze", „Rettet Arbeitsplätze und brecht mit dem Sozialkontrakt" usw. Es war die größte Demonstration seit der 250.000 starken Demonstration gegen das Anti-Streikgesetz 1971 in London.

Der Hauptanteil der Demonstranten bestand aus Angestellten des Öffentlichen Dienstes, dem Bereich, in dem die Einsparungen am meisten spürbar sind. Organisiert wurde die Protestdemonstration offiziell von der „National Union of Public Employees" (Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes), unterstützt von elf anderen Gewerkschaften und vom Nationalen Exekutiv-Komitee der Labour Party! Entsprechend versuchten auch mehrere offizielle Sprecher, den Protest gegen die arbeiterfeindliche Labour Regierung umzumünzen in einen „solidarischen Hinweis", daß es doch an der Zeit wäre, den „Kurs" endlich zu korrigieren. So Labour Abgeordneter Frank Allaun auf der Abschlußkundgebung vor dem Parlament:

„Unsere Aufgabe ist es nicht, die Labour-Regierung wegzukriegen, sondern ihre Politik zu ändern" (nach „Guardian", 18.11.76).

Die Stärke der Demonstration ist ein deutliches Zeichen für den Widerstand gegen den rasanten Abbau des Lebensstandards der englischen Arbeiterklasse.

England-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

(„AZ", 22.12.)! Von der reaktionären ÖVP wurden die Gefängnisse insgesamt als „Sanatorien" bezeichnet, in denen „Farbfernsehen, Thea- gen ihrem eigenen Wunsch nicht von Anwalt Croissant verteidigt werden, weil er „von der deutschen Anwaltskammer suspendiert" worden ist

Österreich

Polizeiterror in Österreich nach westdeutschem Muster

Wien. In den Tagen vor Weihnachten durchsuchte die Polizei mehrere Wohngemeinschaften in Wien. Auf den Straßen wurden Autos mit deutschen Kennzeichen überprüft, Passanten mußten sich schwerbewaffneten Bullen gegenüber ausweisen, öffentliche Gebäude glichen einer waffenstarrenden Festung. In dem Bericht eines österreichischen Genossen über eine Wohnungsdurchsuchung heißt es: *„Am 20.12. um zwei Uhr nachts verschafften sich sechs Polizeibeamte mit Gewalt Eintritt in eine Wohngemeinschaft. Zwei Grüne drängten mit Maschinenpistolen die Bewohner ... in die Ecke, während die Zivilen oberflächlich die Räume durchsuchten. Auf Befragen wurden sowohl die Angabe eines Grundes der Aktion als auch ein Hausdurchsuchungsbefehl seitens der Polizei verweigert. Es wurden die Personalien aller Anwesenden aufgenommen... Ohne Dienstnummer oder Namen sagen zu wollen, verschwanden sie nach ca. einer Stunde."*

Die Presse sprach von einem „Monstereinsatz der Wiener Polizei" („Presse", 22.12.) und von einer der „größten Fahndungsaktionen der Nachkriegsgeschichte" Österreichs („AZ", 15.12.). Anlaß für diese Aktionen war ein Banküberfall am 14. 12., bei dem Waltraud Boock festgenommen wurde. Sie wird von den westdeutschen „Antiterrorspezialisten" als *„Mitglied einer der berüchtigsten Nachfolgeorganisationen der Baader-Meinhof-Bande"* („AZ") bezeichnet. Ohne auch nur die geringsten Beweise zu haben, wurde kurzerhand erklärt, daß eine ganze „Terrorristenbande nach Österreich eingereist" wäre und natürlich mit weiteren „Anschlägen" nach der Verhaftung Waltraud Boocks zu rechnen sei („AZ", 15.12.). Genug der Gründe, um deutsche MEK'ler, Schnüffler und sonstige Antiterrorspezialisten um Amtshilfe zu bitten, denn: *„Die Deutschen haben in solchen Dingen viel mehr Erfahrung"* („Presse", 31.12.).



Im Gericht wurden Personalienkontrollen durchgeführt

Gleichzeitig mit dem offenen Polizeiterror wurde von der Presse eine „Bombenhysterie" („Presse", 22.12.) entfacht. Da wurden ständig irgentwo Bomben gefunden und anonyme Bombendrohungen gegen Brücken, Bahnhöfe, Banken usw. veröffentlicht. In der Verkehrsbehörde ging dann tatsächlich eine Bombe hoch, ohne jemanden zu verletzen. Zwar mußte die Polizei bald zugeben, daß *„der Bombenattentäter keinesfalls ein deutscher Terrorist, sondern wahrscheinlich (?) ein ... Psychopath (???) ist"* („Presse", 31.12.), trotzdem war diese Kampagne Anlaß genug, um vehement den Ausbau des Polizeiapparates zu fordern.

Der SPÖ-Regierung wurde vorgeworfen, daß Waltraud Boock nicht in strenger Isolationshaft gefangen gehalten würde. Die Boulevardblätter „Kronenzeitung" und „Kurier" setzten die Behauptung in die Welt, nach der hohe Beamte des Justizministeriums der Gefangenen Geld und Zigaretten gebracht hätten („AZ", 22.12.)! Von der reaktionären ÖVP wurden die Gefängnisse insgesamt als „Sanatorien" bezeichnet, in denen *„Farbfernsehen, Theater und Unterhaltung an der Tagesordnung seien"* („Presse", 22.12.)! Der Wirklichkeit entsprechen vermutlich eher Berichte, nach denen Waltraud Boock *„von der Staatspolizei pausenlos* (!) *verhört"* wird („AZ", 15.12.).

Inzwischen haben die deutschen „Staatsschützer" die österreichische Regierung zum Erfüllungsgehilfen für ihre eigene „Rechts"auffassung gemacht. Waltraud Boock darf entgegen ihrem eigenen Wunsch nicht von Anwalt Croissant verteidigt werden, weil er *„von der deutschen Anwaltskammer suspendiert"* worden ist („AZ", 30.12.). Die österreichische Regierung erkennt also die Berufsverbote an!

Es ist jetzt schon beschlossene Sache, daß Waltraud Boock in die BRD ausgeliefert wird, möglicherweise noch vor Prozeßbeginn. Hier erwartet sie ein Prozeß wegen „mehrerer Banküberfälle" und „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung".

Österreich-Kommission,
KB/Gruppe Bremen



Selbst das Polizeipräsidium wurde wie eine Festung bewacht, damit für jeden die „Bedrohung durch Terroristen" offensichtlich wird.

Berichtigung zum Artikel „Klare Mehrheit gegen 40-Stunden-Woche" in AK 95

In dem Artikel ist uns bei der Darstellung der Position der „Kommunistischen Gruppe Arbeiterpolitik" ein Fehler unterlaufen. Richtig muß es heißen:

die KGAP und „die Organisation der revolutionären Linken – Rebell" hatten die POCH-Initiative als opportunistisch kritisiert, letztere hatte (und nicht hatten!) trotzdem dazu aufgerufen, mit Ja zu stimmen.

Bei dem Fehler entstand der fälschliche Eindruck, auch die KGAP hätte sich trotz der Kritik dafür ausgesprochen. Wir haben die Position der KGAP in ARBEITERKAMPF 92 ausführlicher dargestellt. Wir danken den Genossen vom „Kritischen Forum", einer Organisation die mit der KGAP in Fusion steht, die uns auf den Fehler aufmerksam machten.

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Italien

Seveso: Das Gift wirkt weiter

Genau vor einem halben Jahr, am 10. Juli 1976, ist in Seveso bei Mailand aus einem defekten Druckbehälter der Chemiefabrik „Icmesa" eine Giftgaswolke entwichen, die im Wesentlichen aus TCDD bestand, einer hochgiftigen Substanz, die ein Zwischenprodukt ist für die Herstellung von Unkrautvernichtungsmitteln oder auch Kampfgas, wie es die US-Armee bereits gegen das Volk Vietnams einsetzte. Beides wurde „offiziell" in der Icmesa nicht hergestellt.

Was sich vom Tage dieses „Unfalls" an bis heute die zum Schweizer „La Roche"-Konzern gehörende Icmesa, italienische Behörden und Ärzte erlauben, ist nur noch als ein ungeheures Verbrechen an der betroffenen Bevölkerung zu bezeichnen:

Während bereits gleich nach dem „Unfall" Beschwerden der Menschen in der Umgebung auftraten und Tiere starben, meldete sich die Icmesa erst am 13.7., um zu erklären, daß alles ganz harmlos sei und die Tiere bezahlt würden. - Drei Tage danach kamen die ersten Kinder ins Kranskenhaus. Erst da wurde die Produktion stillgelegt, durch Streik der Arbeiter! Erst Ende Juli kam langsam heraus, daß es sich bei dem Gift um TCDD handelt. Trotzdem beschloß das Gesundheitsamt, nichts zu unternehmen, schließlich wurde doch ein Gebiet von 15 ha geräumt und die Menschen evakuiert. In den nächsten Wochen wurde die Zahl der Evakuierungen und das Gebiet der „Sperrzone A" immer größer. Ein Grund dafür ist, daß bis heute nicht genau bekannt (gegeben worden) ist, wieviel TCDD nun tatsächlich entwichen rungen und das Gebiet der „Sperrzone A" immer größer. Ein Grund dafür ist, daß bis heute nicht genau bekannt (gegeben worden) ist, wieviel TCDD nun tatsächlich entwichen ist. Die „Absperrung" ist immerhin so „gut", daß der Giftmüll in Plastiksäcken liegt, Tiere und auch ab und zu Radahrer hindurch können und so das Gift mit sich schleppen (nach „Stern", Nr.52/76). Den Menschen in zwei Orten, die an die Sperrzone grenzen, wird zynisch geraten: „Ihr könnt in euren Häusern bleiben, vorausgesetzt, daß ihr keinen Staub aufwirbelt, kein Obst und Gemüse eßt und kein Fleisch von Haustieren, und daß ihr euch sehr oft wascht." Derart verschaukelt und von keiner offiziellen Seite richtig informiert, besetzten am 10.10.76 500 ehemalige Einwohner aus der Sperrzone ihre Häuser und leiteten den Verkehr um. Die Parole dieser Aktion hieß: „Das Leben in Seveso geht weiter" Wenn man die Giftigkeit von TCDD bedenkt und Erfahrungen aus den USA, daß das Gift ca. 14 Jahre braucht, bis es abgebaut ist, kann man diese Aktion nur als selbstmörderisch bezeichnen. Die Arbeiter hatten diese Informationen jedoch nicht. Initiator soll u.a. die reaktionäre klerikale Organisation „Comunione e Liberazione" gewesen sein. Die andere Seite der Medaille ist, daß diese Organisation sich mit einer Verharmlosung der Gefahr von Mißgeburten gegen Abtreibungen in Seveso ausspricht.

Das Elend der schwangeren Frauen...

TCDD, das 15 von 16 verseuchten Kaninchen die Leber zerfrißt, wirkt insbesondere auch auf Erbanlagen, Ungeborene und kleine Kinder. Deshalb wird den schwangeren Frauen aus dem verseuchten Gebiet von der Gesundheitsbehörde geraten, abzutreiben. Was das für die Frauen, die ja zum größten Teil Kinder haben wollen, bedeutet, braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden. Tatsächlich b e g i n n t mit der „Freigabe" der Abtreibung der Spießrutenlauf erst: Die erste die ihren reaktionären Senf dazugeben mußte, war die Kirche: „Die Presse verbreitet Alarmstimmung. Abtreibung ist eine kriminelle Handlung; wenn Kinder mit Mißbildungen zur Welt kommen, können sie adoptiert werden"(Kardinal Colombo). Bis Ende September waren erst 22 Abtreibungen durchgeführt worden. Immer wieder wurden Frauen trotz medizinischer Gutachten von Krankenhäusern abgewiesen, einer Frau wurde sogar das Gutachten verweigert. Begründungen der Krankenhäuser sind etwa: „Sie sind schließlich nicht geisteskank und daher kommt eine Abtreibung nicht in Frage." Ein Arzt, Prof.Puccinelli, bezeichnet schließlich 34 Abtreibungen als „34 unsinnige Babymorde". Dabei ist es bereits am 13. August zu einer Todgeburt gekommen - für den in Frage." Ein Arzt, Prof.Puccinelli, bezeichnet schließlich 34 Abtreibungen als „34 unsinnige Babymorde". Dabei ist es bereits am 13. August zu einer Todgeburt gekommen - für den um das werdende Leben besorgten Herrn Professor kein Grund, die Icmesa des Babymords anzuklagen! Anfang September starb eine Frau bei einer illegalen Abtreibung. „Weder die junge Frau di Muggio noch der Fötus wiesen Verletzungen auf, wie sie für Abtreibungen typisch sind". Auch hier schweigen die Ärzte.

... und der Kinder

Geschwiegen haben die Ärzte auch gegenüber den Eltern der Kinder, die seit Monaten mit Chlor-Akne im Krankenhaus liegen und wie Versuchskaninchen hin- und hergeschoben werden. Chlor-Akne äußert sich in entstellenden Pusteln am ganzen Körper und vor allem im Gesicht. Diese Krankheit traf vor allem die Kinder, weil ihre kleinen Körper nicht soviel Abwehrstoffe haben, und weil sie noch fünf Tage nach der Explosion auf der vergifteten Erde gespielt haben (nach „Stern"). Sie sind also auch direkte Opfer der Verschleierung der Icmesa und der Behörden.

Bei Betriebsunfällen mit TCDD in der BRD 1953, in Holland 1963, in England 1968 sind alle Opfer der Betriebsunfälle an Chlor-Akne erkrankt, zwei holländische Arbeiter starben zwei Jahre danach. Eine Heilmethode wurde nicht gefunden. Trotzdem stellt sich der gleiche Puccinelli, der sich gegen die Abtreibungen gewendet hat, hin und sagt: „Wir wissen alles über die Chlor-Akne. Sie ist weniger schlimm als gewisse Formen der Jugend-Akne. Die Chlor-Akne ist heilbar, wenn auch erst in Jahren" („Stern", Nr.52/76). Puccinelli ist übrigens Leiter der Universitätshauptklinik in Mailand...

Ein vierjähriges Giftopfer fragt: „Warum hat das Unglück d i e verschont, die schuldig sind?"(lt.„Stern") Nun, einmal davon abgesehen, daß die Hauptschuldigen unbehelligt in der Schweiz sitzen, kann man der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 28.12.76 entnehmen, daß die drei Direktoren der Icmesa rechtzeitig zu Weihnachten gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt worden sind. Bei dem Prozeß gegen die Icmesa tritt das „Comitato di Fabrica" (Fabrikkomitee) als Nebenkläger auf. Fragt sich nur , wann der Prozeß anberaumt wird.

(alle Zitate ohne Quellenangabe: „ID" Nr. 150, November 76).

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Erkrankte Kinder von Seveso

Das Gesicht eines Seveso-Opfers

Freiheit für Panzieri !

Freiheit für Panzieri !



Am 15. Dezember begann in Rom der Prozeß gegen die Genossen Fabrizio Panzieri und Alvaro Loiacano, die angeklagt sind, den griechischen Faschisten Mikis Mantekas getötet zu haben. Konkret verhandeln kann das Gericht allerdings nur gegen Panzieri; der Genosse Loiacano hat sich dem Zugriff der Polizei bislang erfolgreich entziehen können. Einen Tag vor Prozeßbeginn forderten rund 10.000 Demonstranten die sofortige Freilassung von Panzieri. Am Vormittag des ersten Verhandlungstages zogen erneut 5.000 Demonstranten vor das Gerichtsgebäude. Zur gleichen Zeit verübte ein Faschisten-Kommando einen neuen Feuerüberfall in der Nähe der Bahnstation Monte Mario: zwei Genossen, darunter ein Genosse von Lotta Continua, wurden durch Schüsse in die Leistengegend und ins Knie verletzt. Die Polizei, die kurze Zeit später herbeieilte, zückte ebenfalls ihre Pistolen und schoß – erneut auf die Genossen! Die Faschisten ließ sie indessen unbehelligt entkommen. Dieser „Begleitumstand" des laufenden Prozesses liefert damit zum wiederholten Mal ein eindeutiges Zeugnis, von welcher Seite – Staat und Faschisten – die wirklichen Verbrechen in Italien ausgehen.

Worum geht der Prozeß?

Im Februar 1975 standen die Genossen Achille Lollo, Marino Clavo und Manlio Grillo vor Gericht. Ihnen wurde vorgeworfen, zwei Jahre zuvor im römischen Vorort Primavalle die Wohnung des MSI-Funktionärs Mario Mattei in Brand gesteckt zu haben, wobei dessen zwei Söhne ums Leben kamen. Der Prozeß gegen die Genossen brach später in sich zusammen. „Beweise" gegen die angeklagten Genossen hatten nie existiert; stattdessen sprach von vornherein vieles dafür, daß die Brandstiftung in Matteis Wohnung das Ergebnis einer internen Auseinandersetzung in den Reihen der Faschisten war. Zur Demaskierung der hergeholten Anschuldigungen hatte aber vor allem die breite Solidaritätsbewegung mit den angeklagten Genossen beigetragen, und in den Zusammenhang dieser Solidaritätsbewegung fiel der Tod des Faschisten Mantekas, für den jetzt die Genossen Panzieri und Loiacano belangt werden sollen: In der Nacht zum 28.2.1975 hatten Faschisten mit Duldung der Polizei sämtliche Eingänge zum Gerichtsgebäude besetzt. Genossen, die dem Prozeß beiwohnen wollten, wurden von bewaffneten Schlägern bedroht. Nach Ende des Verhandlungstages wurden dann Genossen in der Nähe des MSI-Sitzes in der Via Ottaviano von einer Nazi-Bande überfallen. Bei dem dabei entstandenen Handgemenge fiel plötzlich ein Schuß, der den Faschisten Mantekas tödlich traf. Mantekas war Mitglied der faschistischen Studentenorganisation FUAN und schon lange als Agent des griechischen Geheimdienstes KYP berüchtigt. Das Projektil, mit dem er getötet wurde, stammte aus einem 38er Revolver „Magnum" – eine Waffe, die von Experten als typisch für den Gebrauch von professionellen Killern beschrieben wird. Durch einen weiteren Schuß verletzt (aus einer 7,65 mm-Pistole) wurde außerdem noch der Faschist Rolli. Nach diesem von ihnen selbst herbeigeführten Zwischenfall exerzierten die Faschisten bis spät in die Nacht hinein eine Menschenjagd im ganzen Stadtviertel. Dabei wurde von ihnen eine Reihe weiterer Aggressionen ver-

Fortsetzung auf Seite 16

Neue Taktik der Faschisten

Italiens Faschisten versuchen neue Tricks: Ende 1976 hat sich die MSI /DN (befreundete Partei der NPD) gespalten.

Vor drei Jahren hatte die MSI - durch ihre inzwischen verbotene Terrorgruppe „Ordino Nuovo" (bzw. „Ordine Nero") und ihre allzu offensichtliche Faschistentradition anrüchig - um sich gesammelt, was an Rechtsaußen zu sammeln war, um als „MSI-Nationale Rechte" mehr auf demokratisch zu machen. Nachdem nun die letzten Wahlen statt des erwarteten Aufschwungs weitere Stimmenverluste brachten, folgte *jetzt der Katzenjammer. Von 35 MSI-*Vertretern in der Abgeordnetenkammer sprangen 16 ab, von 15 Senatoren neun. Um sie herum bildete sich eine neue Partei mit dem sinnigen Namen „Demokratische Rechte".

Wie soll man sich als frischgebackener „Demokrat" - wozu sich jetzt u.a. der bisherige Parteipräsident Covelli, der Vorsitzende der MSI-Gewerkschaft CISNAL, Roberti, und der Herausgeber des führenden Faschistenblattes „IL Borghese" erklären - am besten einführen? Natürlich, indem man sich „antifaschistisch" gibt: So kritisiert die „Demokratische Recht" jetzt plötzlich am MSI-Parteisekretär Almirante dessen faschistische Vergangenheit und sein gegenwärtig unpassendes „ zu radikales Auftreten". Sie selbst bieten sich stattdessen als „Nationaldemokraten" den Christdemokraten und den Liberalen als antikommunistische Bündnispartner an. Das Doppelspiel, das Italiens Faschistengarde versucht, haben die englischen Faschisten schon vor zwei Jahren vorgeführt, als sich von der „Nationalen Front" die „National Party" abspaltete. Ihre Erwartungen, als „demokratische" Partei Karriere machen zu können, haben sich ebensowenig erfüllt, wie es der NPD gelungen ist, ihre Verquickung mit dem gesamten militanten Nazi-Sumpf der BRD „demokratisch" zu überdecken. MSI-Freund Frey zeigt denn auch wenig Verständnis für die neue Taktik: *„Die italienischen Rechtswähler"*, schreibt seine „National-Zeitung" am 31.12.76 *„sind über diese Entwicklung alles andere als glücklich. Sie haben MSI/DN gewählt, um eine starke Rechte ins Parlament zu schicken - eine einige Rechte"*. Die Tränen könnten einem kommen...

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Forts. von S. 15

übt, die schwerste darunter gegen einen Passanten, auf den plötzlich aus nächster Nähe ein Schuß abgegeben wurde (ebenfalls aus einer 7,65-Pistole), und der mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus transportiert werden mußte.

Der Genosse Panzieri wurde noch am selben Abend aufgrund eines „Hinweises" einer Person verhaftet, die bis heute anonym geblieben ist. Als „Beweis-" und „Identifikations"-Material wurden eine Pistole und ein Regenmantel sichergestellt, die in der Nähe des Verhaftungsortes von Panzieri gefunden wurden. Allerdings: die Untersuchung der gefundenen Pistole ergab, daß aus ihr weder der Schuß auf Mantekas noch der auf Rolli abgegeben wurde. Der gefundene Regenmantel neben der Pistole ist Panzieri obendrein viel zu klein. Auch eine Paraffin-Untersuchung der Hände von Panzieri nach etwaigen Schußrückständen brachte ein negatives Ergebnis. Aufgrund eines derart brüchigen „Belastungsmaterials" ist die Anklage gegen Panzieri inzwischen auf „moralische Mitwirkung" beim Tod des Faschisten Mantekas abgeändert worden – was nach geltendem italienischen Gesetz jedoch genauso wie beabsichtigter Mord bestraft werden kann.

Der „eigentliche Täter" soll jetzt der Genosse Loiacano gewesen sein. Seine „Identifikation" geht ausschließlich auf Behauptungen der Faschisten selbst zurück, die ihn anhand von Fotografien der rechtsradikalen Zeitung „Secolo d' Italia" „wiedererkannt" haben wollen. Daß die Faschisten den Genossen Loiacano beschuldigt haben, ist freilich nicht zufällig: der Genosse ist weithin als militanter Antifaschist bekannt. Am 28. Februar 75 hatte er zudem einen Zusammenstoß mit dem Faschisten d' Addio im Gerichtsgebäude, als dieser ihn gewaltsam am Betreten des Prozeßraumes hindern wollte.

Zur Demaskierung des gesamten Prozesses hat mittlerweile eine grössere Mobilisierung begonnen. Die Forderung nach Freilassung des Genossen Panzieri wird dabei auch über die Reihen der revolutionären Linken hinaus erhoben. Dem Solidaritätskomitee gehören auch Exponenten der PCI und PSI an. Ein Aufruf zur Freilassung von Panzieri wurde u.a. unterzeichnet vom CGIL-Gewerkschaftssekretär Lama und dem der PCI nahestehenden Bürgermeister von Rom, Argan. Im Parlament wurde gemeinsam von den drei Vertretern der Democrazia proletaria
der PCI nahestehenden Bürgermeister von Rom, Argan. Im Parlament wurde gemeinsam von den drei Vertretern der Democrazia proletaria
und Abgeordneten der PCI, der PSI und der Radikalen Partei eine Anfrage zu diesem Prozeß eingereicht.

Für die revolutionäre Linke wird es darum gehen müssen, diesen Prozeß für eine Erweiterung und Verstärkung des antifaschistischen Kampfes zu nutzen. Die faschistischen Aggressionen sind längst alltäglich geworden, und gleichzeitig demonstriert die Andreotti-Regierung mit ihren Manövern zur Freilassung des Nazi-Schlächters Kappler, mit ihren wohlwollenden Signalen gegenüber dem chilenischen Pinochet-Regime, und vor allem mit der immer drückender werdenden Repression gegen die revolutionäre Linke und die Arbeiterbewegung in Italien selbst, was von ihrer selbstbehaupteten „antifaschistischen Glaubwürdigkeit" zu halten ist.

Der Prozeß gegen den Genossen Panzieri setzt unabhängig von der konkreten Unschuld des Genossen im Sinne der Anklage auch erneut die Frage der militanten Verteidigung gegen die faschistischen Aggressionen auf die Tagesordnung. Während faschistische Schläger und Mörder in Italien reihenweise „milde" behandelt, freigesprochen oder von vornherein nicht belangt werden, muß jeder Genosse, der sich auch nur gegen einen faschistischen Überfall zur Wehr setzt, mit härtesten Strafen rechnen. Eines von vielen Beispielen ist der Genosse Giovanni Marini, der im Juli 74 zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt wurde: zwei Jahre zuvor war er zusammen mit anderen Genossen von faschistischen Messerstechern in Salerno angegriffen worden und hatte sich seinerzeit mit einem Messer verteidigt und zwei Angreifer dabei verletzt (der eine Faschist starb später, was Marini zur Last gelegt wurde, obwohl die tödliche Verletzung nicht von Marinis Messer herrührte; siehe AK 42 und 47). Wenn der bürgerliche Staat die revolutionäre Linke dazu zwingen will, sich widerstandslos von Nazi-Banden zusammenschlagen und abschlachten zu lassen, dann gilt unsere Solidarität gerade denjenigen Genossen, die sich den faschistischen Überfällen militant zur Wehr setzen.

KB/Gruppe Frankfurt

Portugal

Kommunalwahlen in Portugal

Die revolutionäre Linke hat viel Kredit verspielt

In Portugal fanden am 12. Dezember die ersten Kommunalwahlen nach dem Sturz des Faschismus statt. Die Ergebnisse entsprechen im Wesentlichen denen der Parlamentswahlen vom April 1976.

– Stärkste Partei wurde wieder die PS von Mario Soares, mit 32,3 % der Stimmen (35 % bei den Parlamentswahlen).

– Die PPD hat sich inzwischen umbenannt in „Sozialdemokratische Partei" (PSD). Sie hielt ihren Prozentsatz in etwa: 23,7 % bei den Kommunalwahlen gegenüber 24 % bei den Parlamentswahlen.

– Die revisionistische Partei PCP hatte zusammen mit ihrer traditionellen „Bündnispartei" MDP sowie mit der links-sozialdemokratischen FSP die Wahlfront FEPU gebildet. Die FEPU kam auf 17,6 % der Stimmen. Bei den Parlamentswahlen hatte die PCP 14,6 % erhalten und die FSP 0,8 %. Die MDP hatte damals zur Wahl der PC aufgerufen. Die FEPU soll auch über die Kommunalwahlen hinaus als Wahlfront gefestigt werden.

– Die rechtsradikale CDS hielt mit 16 % (15,9 %) ziemlich ihren Anteil.

– Von den kleineren Organisationen gewannen die Trotzkisten (LCI) rund 3.400 Stimmen, und zwei rechtsradikale Gruppen mit pseudo-„maoistischer" Fassade, die MRPP und die PCP(ml), kamen zusammen auf rund 43.000 Stimmen (1,03 %).

Die in den GDUP's (Gruppen für die Volkseinheit) zusammengeschlossenen Organisationen und Strömungen der revolutionären Linken Portugals hatten bei den Präsidentschaftswahlen mit nahezu 800.000 Stimmen (16,52 %) für den von ihnen unterstützten Kandidaten Otelo de Carvalho einen beachtlichen Erfolg errungen.
800.000 Stimmen (16,52 %) für den von ihnen unterstützten Kandidaten Otelo de Carvalho einen beachtlichen Erfolg errungen.

Bei den Kommunalwahlen im Dezember kamen die GDUP's (inzwischen umbenannt in MUP = Bewegung für die Volkseinheit) nur noch auf 106.000 Stimmen, was 2,63 % entspricht. (Alle Angaben nach „Avante", 23.12.76).

Verschiedene Faktoren müssen berücksichtigt werden, um das Ergebnis der MUP im richtigen Licht zu sehen. Zum einen kandidierte die MUP nur in rund einem Viertel der 304 Wahlkreise mit eigenen Kandidaten – allerdings zweifellos in den für sie wichtigsten. Trotzdem muß natürlich die Tatsache, daß die MUP in Dreiviertel der Wahlkreise diesmal gar nicht antrat, bei einem Vergleich der Ergebnisse berücksichtigt werden.

Die heute im Wesentlichen die MUP tragenden Organisationen UDP und MES hatten bei den Parlamentswahlen im April '76 122.500 Stimmen bekommen, was damals (bei einer erheblich höheren Wahlbeteiligung als bei den Kommunalwahlen) 2,2 % der Stimmen entsprach. In den 87 Wahlkreisen, wo die MUP diesmal kandidierte, kam sie auf 4,42 % der Stimmen, während UDP und MES zusammen bei den Parlamentswahlen in diesen 87 Kreisen nur 2,82 % hatten (Angaben nach „Voz do Povo", 23.12.76). Das ist kein großartiges Ergebnis, wenn man bedenkt, daß die MUP ja keine bloße Addition von UDP und MES sein soll, sondern auch noch eine Strömung „unabhängiger Linker" umfaßt und sich selbst als eine „Massenfront" definiert.

Die MUP hat 40 Mandate in Stadtparlamenten und 98 Mandate in Ortsparlamenten gewonnen. Überdurchschnittlich gut hat sie vor allem in den Distrikten Lissabon (4,94 %), Setubal (6,5 %) und auf der Insel Madeira (6,93 %), wo sie deutlich die sehr schwache FEPU (1,9 %) übertraf, abgeschnitten. Miserabel sind hingegen die Ergebnisse im Alentejo – der traditionellen Hochburg der PC – ausgefallen, wo die MUP im Distrikt Evora auf 1,8 % kam (bei den Parlamentswahlen 3,2 %) und im Distrikt Beja noch böser absackte.

Das Abschneiden der MUP bestätigt immerhin erneut, daß die revolutionäre Linke in Portugal einflußreicher ist als in irgendeinem anderen Land Westeuropas. Andererseits ist der krasse Abfall gegenüber den Präsidentschaftswahlen nicht zu übersehen. Die wesentlichen Gründe dafür sind wohl folgende:

1. Die Funktion des „Helden des 25. April", Otelo de Carvalho, als eine Art Gallionsfigur der GDUP's. Otelo wurde von vielen Menschen gewählt, die keineswegs die revolutionäre Linke als solche unterstützt hätten (Anhänger der PCP in erster Linie, aber auch der PS) bzw. die – wie etwa im Alentejo oder weiten Teilen Nordportugals – die revolutionäre Linke praktisch gar nicht kennen. Bei den Präsidentschaftswahlen profitierte die revolutionäre Linke von dem Prestige Otelos, bei den Kommunalwahlen hingegen war sie im Wesentlichen auf ihr e i g e n e s Ansehen angewiesen, weil hier mehr die konkrete Leistung in der Tagespolitik gefragt ist.

2. Spaltung der GDUP-Bewegung. Von den Kräften, die ursprünglich die Kandidatur Otelo's und die GDUP's unterstützt hatten, setzte sich zunächst die FSP ab (sie kandidierte dann gemeinsam mit der PCP), später auch die spontaneistische PRP und die MSU (eine Sammlungsbewegung von ehemaligen Mitgliedern verschiedener linker Organisationen, insbesondere der inzwischen aufgelösten LUAR). Die Auseinandersetzungen in der GDUP-Bewegung führten zu einer Lähmung der GDUP's nach außen, außerdem sicher auch zu einem Verlust an politischer Glaubwürdigkeit, schließlich auch dazu, daß erst sehr spät die Listen der MUP zu den Kommunalwahlen aufgestellt



werden konnten, bzw. mancherorts gar nicht mehr.

3. Das blinde Sektierertum der UDP und der selbstmörderische Opportunismus des MES.

Die UDP ist die „Massenorganisation" der PCP (r), der portugiesischen „Bruderpartei" der „KPD/ML". Gestützt auf eine gewisse Bauernschläue der PCP(r)-Führung einerseits und auf eine bodenlose Trotteligkeit anderer linker Organisationen – speziell des MES – andererseits, konnte die UDP tatsächlich zur einflußreichsten Organisation der nicht-revisionistischen Linken Portugals werden. Hatte sich die UDP in der Wahlkampagne zur Unterstützung der Kandidatur Otelo's noch einigermaßen zurückhalten können, so traten ihr sektenmäßiger Größenwahn und ihre Realitätsblindheit nach dem großartigen Erfolg Otelo's bei den Präsidentschaftswahlen offen zu Tage. Das Wahlergebnis wurde so interpretiert, als seien die 800.000 Stimmen für Otelo bereits Stimmen für die revolutionäre Linke, Stimmen insbesondere gegen die PCP-Führung, und als seien überdies diese 800.000 Stimmen „das Volk".

Die Stärke der PCP-Führung auch nach ihrer Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen (7,58% für ihren Kandidaten Pato) wurde maßlos unterschätzt. Statt diesem Treiben entgegenzutreten, paßte sich der MES teilweise sogar der UDPan.

Die UDP ging ebenso überheblich an die Frage der Kommunalwahlen heran. Als die PCP bereits im September ihre Wahlfront „Povo Unido" (FEPU) zu zimmern begann (der dann auch die traditionelle PCP-„Bündnisorganisation" MDP und die FSP beitraten), behauptete die UDP einfach, das sei dasselbe Spaltertum wie bei den Präsidentschaftswahlen. Das war schierer Unfug, da die PCP gut aus ihren Fehlern bei den Präsidentschaftswahlen gelernt hatte, relativ „offen" auftrat und wirklich einige „Bündnispartner", unabhängige Linke u.ä. für ihre Listen gewinnen konnte. Die PCP-Führung bot auch den Mitgliedern der GDUP's an, auf ihren Listen zu kandidieren.

Mit krasser Selbstüberschätzung und Überheblichkeit erklärte demgegenüber die UDP: *„Wenn es der ‚Povo Unido' um die Einheit ginge, dann hätte sie sich nicht als Wahlfront konstituiert, sondern hätte die Listen der Volkseinheit, die Listen der GDUP's unterstützt"* (UDP-Zeitung „voz do povo", 29.11.76).

Ein schlechter Witz, angesichts der sektiererisch herumposaunten Ablehnung der UDP gegenüber jeder Zusammenarbeit mit der PCP, sowie angesichts des Zustandekommens von Listen der GDUP/MUP erst in den allerletzten Wochen vor den Kommunalwahlen. Das „anti-revisionistische" Gekreisch der UDP erlaubte es diesmal der PCP-Führung ohne weiteres, der MUP den „Schwarzen Peter" für die Spaltung der Linkskräfte zuzuschieben – während es bei den Präsidentschaftswahlen die PCP-Führung war, die klar als Spalterin dastand.

Zu allem Überfluß hatte es die UDP sogar fertiggebracht, Anfang Oktober in der Leitung der GDUP-Bewegung (CNPUP) einen sektiererischen Abgrenzungsbeschluß zu den Kommunalwahlen durchzusetzen: **„Die GDUP's gehen auf kein politisches Bündnis oder bürokratische Abmachung mit anderen Parteien oder Wahlfronten ein, und sie akzeptieren auch keine örtlichen Listenverbindungen mit parteilichen oder pseudo-einheitlichen Listen"** („voz do povo" 5.10.76).

Wie sehr die PCP(r)-Führung im Rausch des Erfolgs der Präsidentschaftswahlen die Realitäten verkannte geht aus den Aussagen eines Mitglieds des ZK der PCP (r) in einem Interview mit dem „Roten Morgen" (24.12.76) der „KPD/ML" hervor, das vor den Wahlen geführt wurde. Dieser Quatschkopf behauptete dort u.a. : *„Die Mehrheit der Basis der revisionistischen Partei hat ihre Partei während der Wahl verlassen und ist ins Lager des Volkes übergegangen.* **Seither besitzen die Revisionisten keinen großen Massenanhang mehr.** *... Durch unsere richtige Taktik der ständigen Verteidigung der unmittelbaren Interessen der Volksmassen und durch unsere den jeweiligen Umständen angepaßten Regierungsvorschläge haben wir die Revisionisten aus vielen Positionen, die sie erschlichen hatten, hinausgeworfen und so ihren Einfluß erheblich gesenkt. Jetzt besteht unsere Politik darin, die Revisionisten aus sämtlichen Massenorganisationen und aus allen Posten, wo sie noch Einfluß ausüben können, zu vertreiben"*.

Daß die UDP/PCP(r) wie alle „ML"er nicht in der Lage ist, Niederlagen zu analysieren und aus ihnen zu lernen, zeigt ihre Reaktion auf die Ergebnisse der Kommunalwahlen: Zuerst versuchte sie das Ergebnis sogar als E r f o l g der MUP darzustellen, trat dann aber – unter massivsten Protesten auch aus den eigenen Reihen – einen Rückzug an und gestand die Niederlage ein.

Sie hatte auch gleich den angeblichen Grund parat: „Das versöhnlerische Verhalten" von Teilen der GDUP-Bewegung gegenüber der PCP!! Nachträglich wird die Kampagne zu den Präsidentschaftswahlen kritisiert: *„Die Kampagne zu den Präsidentschaftswahlen ... zeigte nicht mit Klarheit den breiten Massen den Charakter Cunhals und der Führungsclique seiner Partei auf ... Niemals wurde eindeutig die verräterische Politik Cunhals und seine Sabotage an den Volkskämpfen entlarvt, es wurde nicht sein Charakter als Agent des russischen Imperialismus entlarvt; dadurch wurde ein günstiger Boden geschaffen für Schwankungen unter den Werktätigen, die die Kampagne um Otelo unterstützten"* („voz do povo", 17.12.76).

Die Konsequenzen dieser Kritik sind klar: Niemals wäre Otelo de Carvalho bereit gewesen, auf der hier von der PCP(r)-Führung propagierten Linie zu den Wahlen zu kandidieren, und niemals wäre das relativ breite Bündnis verschiedener Organisationen und Strömungen in den GDUP's zustande gekommen. Die PCP-Anhänger, die für Otelo gestimmt haben, wären durch einen „Anti-Revisionismus" im Sinne der PCP(r)-Führung mit Sicherheit abgeschreckt worden. **Insgesamt greift die Kritik der UDP, als Sprachrohr der PCP(r) Führung, genau die G r u n d l a g e n des Erfolgs der Präsidentschaftswahlen an.**

Daß die UDP jetzt vor allem dem MES „Versöhnlertum" gegenüber der
des Erfolgs der Präsidentschaftswahlen an.

Daß die UDP jetzt vor allem dem MES „Versöhnlertum" gegenüber der PCP vorwirft und drohend ankündigt, ihre wahnwitzigen „Lehren aus den Wahlen" jetzt auch in der MUP durchsetzen zu wollen und „falsche Tendenzen in der MUP bekämpfen und die MUP stärken" (??) zu wollen, läßt nichts Gutes ahnen.

Die MUP existiert ohnehin nur noch auf der Basis von Kabinetts-Absprachen zwischen UDP und MES und einer erstaunlichen Geduld vieler „unabhängiger Linker".

Die Frustration des Wahlergebnisses und der neue sektiererische Amoklauf der PCP(r)/UDP könnten der MUP jetzt den Rest geben. Bei den „Unabhängigen Linken" zeigt sich Unlust an der Fortsetzung des Bündnisses in der jetzigen Form. Insbesondere der dominierende sektiererische Einfluß der UDP/PCP(r) wird kritisiert. Auf der anderen Seite hat die UDP/PCP(r) klargemacht, wo es i h r e r Meinung nach längsgehen soll, indem sie den Antrag stellte, auch die PCP(r) in die Provisorische Leitung der MUP aufzunehmen (dort ist bisher nur die UDP vertreten), was zum einen die Mehrheitsverhältnisse in der Leitung zugunsten der UDP/PCP(r) ändern würde und außerdem die MUP noch stärker abstempeln würde. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Das Schicksal der MUP ist mehr als zweifelhaft. Wenn die GDUP's-Bewegung es schon auf ihrem Höhepunkt, nach dem Erfolg Otelos bei den Präsidentenwahlen, nicht geschafft hat, sich zu konsolidieren und auszudehnen, sondern stattdessen auf Spaltungs- und Schrumpfkurs gegangen ist, so ist die jetzige eklatante Niederlage wahrscheinlich noch eine weitaus schlechtere Voraussetzung, um nach vorn zu gehen.

Einiges spricht dafür, daß die MUP bald, auch von den „Unabhängigen Linken" und vom MES verlassen, total zu einer UDP im neuen Gewande verkommen wird. Eine gute Chance wurde verspielt, weil auf der einen Seite Sektierertum und „ML"-„Führungsanspruch", und auf der anderen Seite Reformismus und Spontaneismus aufeinanderprallten, und weil die kommunistischen Genossen des MES, der befreundeten Organisation des KB in Portugal, keine eigene Perspektive anzugeben wußten und dies auch kaum versuchten.

Spanien

Referendum: Manipulationen, Fälschungen wie bei Franco

Am 15. Dezember war das spanische Volk aufgerufen, für die „Demokratie“ zu stimmen, die ihm seine Regierung von Francos Gnaden bescheren möchte. Die faschistische Regierung Suarez, die dem spanischen Volk nach wie vor alle Grundfreiheiten vorenthält, hatte in einer massiven Propagandakampagne für Zustimmung zur geplanten „politischen Reform“ geworben, eine „Reform“, die von vornherein rechte Mehrheiten im geplanten Ober- und Unterhaus durch entsprechende Wahlbestimmungen sichern würde (s. AK 95). Eine Kontrolle dieses Schein-„Parlaments“ über die Regierung wird ohnehin nicht vorgesehen ...

Die gesamte (illegale) Opposition Spaniens, die in der P.O.D. (Plattform Demokratischer Organismen) zusammengeschlossen ist, hatte den „Boykott des Referendums“ beschlossen. Durchgeführt hatten ihn allerdings nur die revolutionäre Linke, die Revisionisten und die PSOE des Felipe Gonzalez sowie die autonomistischen Gruppen.

Die Enthaltungspropaganda der Opposition wurde von Regierung, Polizei und Behörden durchweg mit Gewalt im ganzen Land behindert. Eine Kontrolle der Stimmenauszählung unter Mitwirkung auch der Opposition wurde gar nicht erst in Erwägung gezogen.

So haben dieselben Wahlhelfer bei diesem Referendum „gezählt“, die Franco früher seine 99%igen Zustimmungen bei Volksentscheiden zu den von ihm geplanten faschistischen Gesetzen servierten.

Diesesmal haben zwar „nur“ 94,2% der abgegebenen Stimmen für die „Demokratie“ des Herrn Suarez gestimmt, während die Enthaltungsquote 22,4% betrug. Knapp über 2% erhielten die Ultrarechten, die mit „Nein“ gestimmt hatten. Die Schlappe der Ultrarechten, die jede, auch vermeintliche Aufweichung des Franco-Regimes bekämpfen und „Nein“ zu jeder Reform sagen und sei sie auch noch so verlogen, wurde von rechts bis links als großer Sieg gefeiert, während unseres Wissens keine der Organisationen der P.O.D. das Wahlergebnis auch formal als Fälschung angefochten hat. Die spanischen Revisionisten werteten es als „Nein zum Frankismus: Ja zur Demokratie“!

Die Agitation und Propaganda oppositioneller Kräfte für eine aktive Stimmenthaltung wurde nicht nur durch Verbote von Versammlungen, Verhaftung von Flugblattverteilern, usw. behindert und weitgehend unmöglich gemacht, sondern die Polizei ging z.B. in Madrid mit Knüppeleinsätzen, Gummigeschossen und Rauchbomben gegen zwei große Demonstrationen am Vortag des Referendums vor, wobei ein junger Mann lebensgefährlich verletzt wurde. Er starb wenige Tage später! Zu ähnlichen Übergriffen der Polizei kam es in allen Teilen des Landes, vor allem auch im Baskenland. Es versteht sich von selbst, daß in Radio und Fernsehen nur die regierungstreuen „Ja“-Sager zu Wort kamen.

Ein bezeichnendes Licht auf die „demokratische Kontrolle“ dieses Referendums wirft die Tatsache, daß der ganze organisatorische Ablauf des Referendums – und dazu gehört auch die Stimmenauszählung, in den Händen der Führungsabteilung des faschistischen „Movimiento“ (Francos Einheitsbewegung) lag („El Pais“, 8.12.76).

Die Wahlvorstände und Wahl„helfer“ waren teilweise mit Faschisten von „Fuerza Nueva“ (Neue Kraft), einer bekannten Terrorgruppe, oder anderen, dem „Movimiento“ genehmen Personen besetzt. In Madrid hatten sich 91 Leute von „Fuerza Nueva“ an die Wahltische gemeldet (El Pais, 11.12.). In Barcelona teilten sich rechte Christdemokraten und „Fuerza Nueva“ die Wahlaufsicht.

Es wurden „Unregelmäßigkeiten“ in den Wählerlisten bekannt. *„Zehntausende von volljährigen Bürgern standen nicht in den Wählerlisten ...“* (SZ, 17.12.76).

Der Wahlakt selber hatte ebenfalls einige „Schönheitsfehler“, die in jedem anderen europäischen Land zur sofortigen Annullierung der Wahl geführt hätten. Der Wähler mußte einen der drei ihm zugeschickten Zettel mit aufgedrucktem „Ja“, „Nein“ oder ohne Aufdruck (Enthaltung) zusammengeknickt in eine gläserne (!) Urne werfen. *„Daß mit diesem System das Wahlgeheimnis gebrochen würde, hatte aber auch die Opposition vor dem Referendum nicht behauptet“* (SZ, 16.12.76), wundert sich sogar eine westdeutsche bürgerliche Zeitung.

Einige Gruppen der revolutionären Linken hatten Trupps zur Kontrolle der Wahlakte aufgestellt. So wird von MC-Mitgliedern (MC = Kommunistische Bewegung) in Euzkadi, die wegen ihrer Kontrollaktivitäten teilweise verhaftet und verprügelt wurden, berichtet, daß Minderjährige ihre Stimme abgaben, die seltsamerweise auch in den Wählerverzeichnissen aufgeführt waren; an einem anderen Wählertische wählten 60 Leute, die nicht in den Wählerlisten standen. Andere gaben mehrere Stimmen im Namen irgendwelcher „Familienmitglieder“ ab oder brauchten ihren Personalausweis nicht vorzuzeigen (El Pais, 17.12.76). In einem Ort in der Provinz Orense wurden „endgültige“ Wahlergebnisse gemeldet, bereits Stunden vor Schließung der Wahllokale. Auf den Kanarischen Inseln waren die Wählerlisten der Öffentlichkeit vorher nicht präsentiert worden. Tausende konnten ihre Stimme nicht abgeben, weil sie gar nicht eingetragen waren. Es gab keine vorschriftsmäßigen Urnen, stattdessen wurden zum Teil Wasserkaraffen oder gar Pappkartons verwendet (El Pais, 17.12.76)!

Zur Einreichung von Wahlanfechtungen war nur ein Tag (der 16.12.) vorgesehen. Aus Consuegra, einem Dorf bei Toledo kam eine Anfechtung. Aber da hatten es die Leute von „Fuerza Nueva“ auch zu doll getrieben. Sie hatten nur in einem Lokal eine öffentliche Stimmauszählung zugelassen, im anderen hatten sie selbst „gezählt“ und kamen auf insgesamt 52% Nein-Stimmen. Die Bewohner machten sofort eine Protestdemonstration, als sie aus den Nachrichten erfuhren, daß ihr Dorf den höchsten Prozentsatz an Ultrarechten in ganz Spanien haben soll (El Pais, 17.12. 76).

All diese Vorfälle beweisen, daß bei diesem Urnengang nicht einmal die minimalsten Garantien eines formaldemokratischen Wahlaktes gegeben waren. Vor diesem Hintergrund müssen auch die Wahlergebnisse gesehen werden. Zu den unmittelbaren Verletzungen demokratischer Wahlregeln kommen unzählige Einschüchterungen, wie beispielsweise die Androhung gegen ältere Bürger, wenn sie nicht wählen, dann würde ihnen die Rente gestrichen, oder Arbeitern, die gemäß Aufforderung der Opposition nicht wählen, würde das Weihnachtsgeld gestrichen (Mundo Obrero, 16.12.76). Alle Arbeiter wurden für 4 Stunden von der Arbeit freigestellt und mußten eine Bescheinigung bringen, daß sie gewählt hatten, ansonsten wurden die 4 Stunden nicht bezahlt. So war die Kontrolle über Nicht-Wähler perfekt! (El Pais 11.12.76).

Zweifel an der Richtigkeit der angegebenen Auszählung äußert auch die revisionistische PCE in ihrem Organ „Mundo Obrero“. *„Man braucht nur daran zu erinnern, daß in ein paar Stunden, genau während der Essenszeit* (!), *die offiziell angegebene Wahlbeteiligung schwindelerregend anstieg, in Valencia, Madrid und an vielen anderen Orten“* (Mundo Obrero, 16.12.76). Ein Korrespondent aus Galizien, wo eine offizielle Stimmenthaltungsquote von 32,4% zugegeben wurde, schreibt: *„Die offiziellen Zahlen heben sich von denen der lokalen Journalisten ab. Die Diskrepanz zwischen den Angaben des Fernsehens (50% Wahlbeteiligung bis zum Mittag) und des Rundfunks (18, 20 oder höchstens 25%) waren auffällig. Der Gedanke der Manipulation ist in der öffentlichen Meinung Galiziens aufgetaucht, denn um die offiziellen Angaben zu erreichen, hätte es einer „Geisteransammlung“ in der letzten Viertel Stunde bedurft, die jedoch niemand bemerkt hat“ (Mundo Obrero, 16.12.76).*

Nach den offiziell und mit Sicherheit grob gefälschten Angaben ergibt sich eine durchschnittliche Wahlenthaltung von 22,6%. Diese Enthaltungen können nicht einmal vollständig als „aktive Enthaltungen“ verbucht werden, da viele Enthaltungen auch durch einfaches Desinteresse oder sonstige Verhinderungen zustande kommen können. Die großen Industriestädte wie Barcelona und Madrid erreichten nur eine Enthaltungsquote von jeweils 27,7 und 30,1%. So wird in der Regierungspropaganda folgerichtig das Wahlergebnis als Niederlage der illegalen Opposition gefeiert. Lediglich den als unversöhnlich mit dem Madrider Kurs bekannten Baskenprovinzen billigte man eine durchschnittliche Enthaltungsquote von 50% zu. Dies bedeutet bei allen geschilderten Wahlmanipulationen ein erhebliches Eingeständnis seitens der spanischen Regierung bezüglich der politischen Stimmung in den rebellischen Provinzen. In einzelnen Dörfern Euzkadis lag die Wahlbeteiligung unter 10%! Zur durchschnittlichen Enthaltungsquote von 22,6% sind noch die drei Prozent weißer abgegebener Stimmzettel hinzuzurechnen.

Fast vollständig war die Enthaltung der etwa 1 Mio. spanischen Emigranten (BRD: 95,9%, Frankreich: 98,8%). Die Nicht-Beteiligung dieser spanischen Arbeiter muß zumindest teilweise als bewußter politischer Akt gesehen werden.

Diese erste Wahlerfahrung in einem angeblich schon demokratisch erneuerten Spanien konnte die reformistischen Parteien der spanischen illegalen Opposition keineswegs abschrecken. Die revisionistische PCE und die sozialdemokratische PSOE stellen bereits ihre Kandidaten auf für die in diesem Frühjahr geplanten allgemeinen „Wahlen“ zu eben dem „Parlament“, über das im Referendum abgestimmt wurde. Dies tun sie, ohne bisher als politische Parteien legalisiert worden zu sein und ohne alle Garantien für eine demokratische Kontrolle derselben.

Mit einer anderen Opposition wäre die Suarez-Regierung mit ihrem ganzen demokratischen Schwindel glatt aufgeschmissen.

Spanien-Kommission

Partei-Kongreß der sozialdemokratischen PSOE

Vom 5. - 8. Dezember fand in Madrid unter großem publizistischen Aufwand der erste legale Kongreß der spanischen sozialdemokratischen PSOE seit 40 Jahren statt. Viele spanische Zeitungen berichteten tage- und seitenlang über alle Einzelheiten des Kongresses und sorgten mit Schlagzeilen wie „Madrid, Hauptstadt des Welt-Sozialismus“ für das Gefühl eines großen Durchbruchs der spanischen illegalen Opposition. Tatsächlich führte die zahlreiche Anwesenheit ausländischer Delegationen, insbesondere solch führender europäischer Sozialdemokraten wie Willy Brandt (Chef der „Sozialistischen“ Internationale), Olof Palme und Mitterand, zu einer Aufwertung des PSOE-Kongresses, die in keiner Weise der realen Bedeutung dieser Partei in Spanien, geschweige denn etwa ihrer Rolle im antifaschistischen Kampf des spanischen Volkes entspricht. So war die PSOE aus durchsichtigen Gründen nicht einmal bereit, ihre Mitgliederzahl auf dem Kongreß bekanntzugeben.

Die Möglichkeit der immer noch illegalen PSOE, einen Kongreß in voller Legalität und mit allem propagandistischen Aufwand durchzuführen, entspricht der Taktik der spanischen faschistischen Regierung, die „gemäßigten“, bürgerlichen Kräfte der spanischen Opposition am langen Band laufen zu lassen, damit sie sich die bisher fehlende Zustimmung im Volk zu lasten der radikalen Opposition einholen können. Gleichzeitig werden die revisionistische Partei (PCE) sowie besonders die revolutionären Organisationen in altbekannter Weise verfolgt, deren Mitglieder verhaftet und verurteilt.

Der wohl bedeutendste Beschluß auf dem PSOE-Kongreß betraf die Beteiligung dieser Partei an den im Frühjahr '77 vorgesehenen sog. Parlamentswahlen. Der „Verfassungs-Kompromiß“ sieht eine getrennte Kandidatur der Oppositionsparteien vor mit dem Ziel, im Parlament für eine „demokratische Verfassung“ zu kämpfen. Dieser Beschluß bedeutet die eingestandene Aufgabe jeglichen Anspruchs der PSOE, grundlegende Veränderungen des Regimes und seiner Machtgrundlagen zu verfolgen.

Auch die westdeutsche Presse stellte fest: *„Auffallend war in fast allen Reden, daß keine flammende Abrechnung mit dem Franco-Regime vollzogen wurde, sondern ein ziemlich besonnener Ton vorherrschte“* („Süddeutsche Zeitung“, „SZ“, 6.12.76). Der Generalsekretär der PSOE, Felipe Gonzalez *„zügelt sein andalusisches Temperament (!) und sagt hart (?), daß er allen Versuchungen zu einer leidenschaftlichen Abrechnung mit dem Regime widerstehen werde, ‚obwohl sie gerechtfertigt wäre nach so viel Erniedrigung, die unser Volk erlitten hat unter einem Regime des Terrors und der Korruption‘ “.* („SZ“, 7.12.76). Eine rechte Praxis mit „linken“ Sprüchen zu verdecken, das beherrscht auch Gonzalez schon ausgezeichnet.

Die drei Fürsten der europäischen Sozialdemokratie (Brandt, Palme und Mitterand) erhielten die begeisterte Zustimmung des PSOE-Kongresses. Insbesondere der frenetische Beifall für den Vertreter der regierenden westdeutschen Sozialdemokratie, die sich im Ausland durch ihre Demokraten- und Kommunistenverfolgung zunehmend unbeliebt gemacht hat, läßt auf den politischen Geist dieses Kongresses schließen.

Doch Brandt sah sich offenbar auch veranlaßt, auf vorhandene Kritiken aus den Reihen der spanischen Sozialdemokraten „einzugehen“: *„Die SPD als Volkspartei sei kein ideologischer Exportartikel und kein Rezept, das den Bruderparteien verschrieben werden solle. Die Sozialistische Internationale werde nicht als Instrument der Manipulation angewendet; die Eigenständigkeit jeder Mitgliedspartei sei eine unveräußerliche Qualität“* („SZ“, 6.12.76). Tatsache ist, daß die SPD massiv sowohl ideologisch wie finanziell die Ausrüstung der Gonzalez-Partei betreibt und die „Sozialistische“ Internationale durch ihre Politik der Nicht-Anerkennung und Ignorierung aller anderen zahlreichen sozialistischen Gruppen und Strömungen in Spanien tatsächlich eine höchst manipulative Rolle spielt.


Felipe Gonzales

Die PSOE-Führung hatte ihr ausländisches Einladungsprogramm nicht ausschließlich auf die Anwesenheit der sozialdemokratischen Sachwalter des europäischen Imperialismus abgestellt. Unter den eingeladenen Gästen befand sich auch eine Delegation der algerischen Regierungspartei FNL, der Chef der chilenischen Sozialisten (Altamirano), ein Vertreter der Kommunistischen Partei Cubas sowie eine Delegation der saharauischen Befreiungsbewegung Frente Polisario, die kürzlich von der PSOE als einzig legitime Vertreterin des saharauischen Volkes anerkannt wurde. Die Delegation der PLO verließ vorzeitig den Saal, da sie offensichtlich ein Redeverbot erhalten hatte („El Pais“, 9.12.76).

Während die Anwesenheit solcher Gäste aus der „Dritten Welt“ einzig der fortschrittlichen Imagepflege dient, macht die PSOE mit den großen europäischen Bruderparteien das politische Geschäft. Beweis dafür war beispielsweise das mit Billigung des Kongresses durchgeführte Treffen W. Brandts mit Ministerpräsident Suarez und König Juan Carlos, sowie die vom Kongreß willig aufgenommene Aufforderung des westdeutschen Spezialdemokraten *„niemals die echte Freiheit auf dem Altar einer falschen Einheit zu opfern“* („Frankfurter Rundschau“, „FR“, 6.12.76). Damit war die Zusammenarbeit der PSOE mit den spanischen Revisionisten innerhalb der „Coordinacion Democratica“ gemeint, die von der westdeutschen Sozialdemokratie als gefährliches „Volksfrontbündnis“ abgelehnt wird.

Zu den programmatischen Beschlüssen des Kongresses, die von 118 ausländischen und spanischen Journalisten sowie durch tägliche Veröffentlichungen des PSOE-Organs „El Socialista“ der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurden, gehörten folgende:

- Die PSOE forderte alle europäischen Bruderparteien auf, sich einer Integration Spaniens in europäische Bündnisse zu widersetzen, bis die volle Demokratie hergestellt ist.
- Der Kongreß verlangte die Schließung der vier amerikanischen Militärbasen auf spanischem Boden sowie die Kündigung des sog. Freundschaftsvertrages zwischen Spanien und den USA.
- Spanien soll militärisch blockfrei sein, d.h. nicht der NATO beitreten.

Mit diesen populären Forderungen trägt die PSOE einer in Spanien weitverbreiteten anti-imperialistischen Stimmung Rechnung. Die PSOE definierte sich als „marxistische demokratische Partei“, wobei der „alte Zopf“ aus dem früheren Parteiprogramm über das Anstreben der „Diktatur des Proletariats“ endgültig abgeschnitten wurde. Ferner wurde auf dem Kongreß die „Wiedervereinigung“ mit dem 1972 abgespaltenen „historischen Flügel“ (Llopis-Flügel) beschlossen, der militant antikommunistisch ist. Die relativ unbedeutenden „Historischen“ erhielten keinen Sitz im vollständig bestätigten Exekutivkomitee der PSOE, übrigens ebensowenig wie die im Madrider Ortsverband dominierende „linke“ Opposition.

In der Frage der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der spanischen Völker legte sich die PSOE auf die Formel „Bundesrepublik Spanien“ fest, d.h. auf eine föderative und sehr begrenzt autonome Struktur. Sie setzte sich damit in klaren Widerspruch zu den nationalen Strömungen Spaniens.

Den deutlichsten Schritt nach rechts vollzog der Kongreß in seinem „Verfassungs-Kompromiß“.

Die PSOE tritt unter den gegenwärtigen Bedingungen der politischen Unfreiheit für eine bedingungslose Wahlbeteiligung der illegalen Oppositionsparteien ein und zwar für deren getrennte Kandidatur.

Da die Revisionisten wahrscheinlich und die revolutionären Organisationen mit Sicherheit keine Parteizulassung erhalten werden, wäre somit die PSOE die „linkeste“ Kraft bei diesem Urnengang.

Wie wir in AK 95 darstellten, sieht das Wahlrecht für die sogenannten Parlamentswahlen reine Mehrheitswahl vor, was mit einiger Sicherheit zu einer verschwindend geringen Repräsentanz der Oppositionsparteien, insbesondere wenn sie nicht als Block auftreten, führt. Die Ankündigung der PSOE, im Parlament für eine demokratische Verfassung zu kämpfen, ist eine dummdreiste Verarschung des spanischen Volkes. Jede Grundgesetzänderung kann nämlich vom Oberhaus (Senat), in dem für reaktionäre Mehrheiten hundertprozentig gesorgt ist, blockiert werden. Ganz abgesehen davon, daß die Stellung dieses ganzen Parlaments-Gebildes zur Regierung bisher völlig ungeklärt ist. Von einer Kontrollfunktion gegenüber der Regierungsgewalt steht nirgends etwas geschrieben.

Im Übrigen ist auf den „Widersinn“ hinzuweisen, daß die PSOE das Referendum über eben dieses Wahlgesetz boykottiert hat mit der Begründung, daß nichts gewählt werden kann, solange keine politischen Freiheiten gewährt werden. Diesem „Widersinn“ liegt zugrunde, sich noch schnell einen konsequenten antifaschistischen Anstrich zu geben, um dann bei den Wahlen als große Kämpferin dazustehen und Stimmen einzusammeln.

Spanien-Kommission

Santiago Carrillo:

Zwingt rot raus – zwingt weiß rein

Santiago Carrillo, Generalsekretär der revisionistischen KP Spaniens seit 1960 und Hauptverantwortlicher für deren rechtsrevisionistische Versumpfung, will die spanische Regierung um j e d e n Preis zur Anerkennung der PCE als legale Partei „zwingen". Die bürgerliche Legalität und die Teilnahme an den Parlamentswahlen – egal unter welchen Bedingungen – sind zu den höchsten politischen Gütern der Carrillo-Partei geworden, die im Gegenzug bereit ist, die letzten Reste der politischen Verweigerung gegenüber einem politischen System von Francos Gnaden über Bord zu werfen.

Santiago Carrillo sorgte in den letzten Wochen für Schlagzeilen in der internationalen Presse, bedingt durch seine Verhaftung am 22.12. in Madrid. Er lebte davor seit Jahrzehnten im französischen Exil. Er wurde zusammen mit sieben anderen verhafteten führenden PCE-Mitgliedern nach sieben Tagen gegen Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt. Zahlreiche Demonstrationen in Spanien selbst und internationale Proteste hatten zu seiner Haftverschonung beigetragen. Er und seine Mitstreiter sollen wegen Zugehörigkeit zu einer „illegalen Vereinigung" in führender Stellung vor dem Gericht für Öffentliche Ordnung (TOP) angeklagt werden. Auf das besagte „Delikt" stehen sechs Jahre Gefängnis und mehr. Doch das Gericht für Öffentliche Ordnung, das als Sondergericht für politische „Delikte" zuständig war, wurde von der spanischen Regierung gerade aufgelöst, man rechnet im Rahmen der „Entspannung" zwischen Suarez-Regierung und Opposition mit der Niederschlagung des Verfahrens gegen Carrillo. Carrillo würdigte dies gebührend: *„Ich muß sagen, daß die spanische Regierung ein hohes Maß an Gespür für die derzeitige Realität und die Grundtendenzen der politischen Entwicklung in Spanien gezeigt hat, indem sie uns aus dem Gefängnis entließ und das Gericht für öffentliche Ordnung abschaffte"* („Frankfurter Rundschau" – „FR", 3.1.77).

Carrillo, der sich nach eigenen Angaben seit Februar '76 verkleidet in Madrid bewegte, nutzte die Zeit für Öffentlichkeitsarbeit. Er ließ sich mehrfach von ausländischen Fernsehteams in Madrider „Scene" filmen und hielt eine geheime Pressekonferenz ab. Auf dieser Pressekonferenz gab er die letzten programmatischen Rechtswendungen der PCE bekannt, die wir hier auszugsweise wiedergeben wollen.

Auf der Pressekonferenz am 10.12. in Madrid vor etwa 50 Journalisten aus aller Welt verkündete Santiago Carrillo:

„Wenn die Regierung die Freiheiten für alle wiederhergestellt hätte, wenn wir alle hätten frei handeln können, ohne einen anderen Vorbehalt als den der Respektierung der Rechte der anderen, egal, wie sie denken (!), hätten wir Kommunisten, und ich glaube die ganze demokratische Opposition, mit Ja beim Referendum stimmen können. Denn die Verkündung der politischen Freiheiten hätte die Garantie gegeben, daß die Wahlen in einem Minimum (!), an Freiheit stattfinden würden und daß die zu erwartenden Kammern mit mehr oder weniger Unzulänglichkeiten (!) den Volkswillen widerspiegeln würden und folglich eine Verfassung hätte verabschiedet werden können, die, wenn auch ohne Modellcharakter, wenigstens dazu genutzt hätte, daß wir alle mitspielen" („Mundo Obrero", 16.12.76).

Aus dieser Anbiederung der PCE an die Suarez-Regierung wird deutlich, daß es einzig und allein die antifaschistische Massenbewegung und die wiederaufgeflammte Bewegung für Amnestie und vollständige politische Freiheiten gewesen ist, die die PCE daran gehindert hat, ihr Kollaborationsangebot schon beim Referendum zu verwirklichen. Wie wenig es der PCE um die Verwirklichung der brennendsten Forderungen des spanischen Volkes und wie sehr es ihr um die Bewältigung der „nationalen Aufgaben" geht, wird auch an folgender Äußerung Carrillos deutlich:

„Wenn die Kommunistische Partei und andere politische Gruppen der Linken dazu verurteilt werden, die Rolle einer außerparlamentarischen Opposition zu spielen, wird es keine Möglichkeiten einer nationalen politischen Übereinkunft geben, um den Folgen der Krise (der ökonomischen) zu begegnen" („Mundo Obrero", 16.12.76). Carrillo sprach in diesem Zusammenhang von der Möglichkeit eines *„Paktes zwischen den Kräften der Arbeiter und der Kapitalisten"*!



Die PCE ist also bereit, die Konkurrenzschwierigkeiten der spanischen Kapitalisten im Sinne des „Ganzen", nämlich der Erhaltung eben dieses spanischen Kapitalismus auf Kosten der von der Krise besonders betroffenen spanischen Arbeiter zu lösen, wenn man sie in die parlamentarische Verantwortung zieht und als eine unter vielen Parteien akzeptiert.

Das Buhlen um Legalität, um bürgerliche Anerkennung und Respektierlichkeit der PCE nimmt fast „offensive" Formen an. So kündigte die PCE nicht nur eine Plenartagung des ZK in Madrid in aller Offenheit an, sondern anläßlich einer Feier zur Ausgabe von Mitgliedsausweisen wurden 180 hauptamtliche PCE-Funktionäre namentlich vorgestellt, mit der Begründung, daß die Öffentlichkeit in Zukunft die *„Aktivitäten der Partei kennen und beurteilen soll"* („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 11.12.76). *„Es gibt nun offiziell als Kommunisten bekannte Universitätsdeozenten, Künstler, Schauspieler, Filmfachleute, Anwälte, Lehrer, Journalisten und Architekten"* („NZZ", 11.12.76).

Diese halsbrecherische Bekanntgabe ihrer (akademischen) Parteimitglieder kann sich die PCE nur auf der Grundlage der das Suarez-Regime offensiv bedrohenden Massenbewegung leisten. Sie nutzt diese Massenbewegung jedoch lediglich als Druckmittel der eigenen Legalisierung aus.

Weitere Präsentierung von Mitgliederlisten sind geplant:

„In der ersten Januarhälfte werden wir die Kandidaten der Kommunistischen Partei in allen Provinzen bekannt geben, sowohl zum Kongreß wie zum Senat und wir haben 15.000 Wahlhelfer der Partei für die Wahltische benannt" („Mundo Obrero", 16.12.76). Daß sich die PCE an den „Wahlen" beteiligen wird, steht sowieso außer Zweifel. Sinngemäß äußerte sich Carrillo, *„sie* (die PCE – AK) *sei sich dabei durchaus bewußt, daß sie diese Wahlen nicht gewinnen und sich auch nicht unter den Mehrheitsparteien befinden werde. Sie kämpfe auch nicht um Ministerposten, sondern um ein freies und demokratisches Spanien, selbstverständlich auf für den Sozialismus, aber das sei ein längerfristiger Kampf"* („FR", 3.1.77).

Also: es geht der PCE weder um eine außerparlamentarische Opposition noch um innerparlamentarische Ministerposten. Wie will sie für ein „freies Spanien" kämpfen?!

Sollte die PCE nicht legalisiert werden, so soll das für Carrillo offenbar auch keine Hürde sein. Gegenüber dem schwedischen Fernsehen soll er erklärt haben, dann würde man eben „unabhängige" Kandidaten in den Wahlkampf schicken („NZZ", 11.12.76).

In diesem Parlament, das für absolute rechte Mehrheiten durch die Wahlbestimmungen immer sicher ist, sollen dann die „unabhängigen" Kandidaten für eine „demokratische Verfassung" kämpfen. Kann eine „Kommunistische" Partei weiter herunter kommen? In dem Punkt des „Verfassungs-Paktes" stimmt Carrillo voll überein mit der PSOE (s. Artikel in diesem AK), deren Kongreßbeschlüsse er für *„im allgemeinen positiv"* hält. Die Anbiederungsstrategie gegenüber der PSOE geht soweit, daß deren Generalsekretär Gonzales peinlicherweise öffentlicht fordern durfte: *„ Carrillo muß sich endlich mal entscheiden, ob er nun Kommunist oder Sozialdemokrat sein will"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 15.12.76). *„Derzeit verkündet der Kommunist Carrillo ein Programm, das rechts vom PSOE steht"*, kann die „FAZ" befriedigt zu den „links"-demagogischen PSOE-Sprüchen feststellen. So hat sich die PSOE, Busenfreundin der BRD-Nato-Strategen, aus wahltaktischen Gründen gegen einen Nato-Eintritt Spaniens ausgesprochen, während Carrillo meinte: *„Aber wenn die Mehrheit der Spanier in dem Parlament* (?!) *und in einem wirklich demokratischen Referendum, der Meinung ist, daß Spanien in die Nato eintreten soll, würden wir uns natürlich dem Willen der Mehrheit beugen"* („Mundo Obrero", 16.12.76).

Die PCE steht wahrhaftig bis über den Kopf im reformistischen Sumpf. Wie weit wird die spanische Arbeiterklasse mitgehen?

Spanien-Kommission

Selbstverteidigung des Volkes gegen faschistischen Terror

Die Kette faschistischer Gewalttaten gegen fortschrittliche Menschen durch Gruppen der extremen spanischen Rechten reißt nicht ab.

Die Organisierung des Schutzes gegen diese Übergriffe wird zu einer immer dringenderen Aufgabe für die fortschrittliche Bewegung, zumal sich die Rechten nach wie vor des Schutzes durch die Polizei erfreuen und Strafverfolgung bisher stets unterblieben ist.

Die Zeitungen „Combate" (Nr. 60 zweite Oktoberhälfte 1976) der LCR („Revolutionäre Kommunistische Liga" = Trotzkisten) und „Servir al pueblo" (Nr. 65, zweite Novemberhälfte 1976) der MC („Kommunistische Bewegung") haben unseres Wissens die bisher einzigen Stellungnahmen der Linken zu diesem Thema veröffentlicht.

Als *„wirksame Bremse der faschistischen Gewalt"* und *„notwendigen Weg zur Erlangung jeglicher dauerhafter Errungenschaften"* propagiert MC die Mobilisierung der Volksmassen. So konnten die Bewohner San Sebastians durch eine Protestdemonstration, an der mehr als 50.000 Menschen teilnahmen, dem Treiben der Faschisten in der Altstadt ein Ende setzen.

„Jedoch wäre es falsch, diese Mobilsierung von zehn –, von hunderttausenden von Personen der unmittelbaren und direkten Aktion gegenüberzustellen, die von begrenzteren Teilen des Volkes durchgeführt werden, um den Selbstschutz sicherzustellen" („Servir al pueblo", Nr. 65). Diesem Zweck dient die Organisierung von „Selbstschutzposten", die in San Sebastian und einigen anderen Orten des Baskenlandes schon gebildet wurden.

„Beide Formen des Kampfes gegen den faschistischen Terror (Massenmobilisierung und Selbstschutz – Anm. AK) *scheinen uns richtig zu sein und ergänzen einander"* („Servir al pueblo, Nr. 65). Die verschiedenen konkreten Formen der Selbstverteidigung des Volkes führt der Artikel in „Combate" an:

„In San Sebastian wurden Selbstverteidigungstrupps und Wachdienste, um den Attacken zuvorzukommen, gebildet. Gruppen von Jugendlichen hängten ‚ikurrinas' (baskische Fahnen) aus, Symbole uneingeschränkter Kampfbereitschaft, und verteidigten diese; in einigen Fällen mußte die Guardia Civil herbeieilen, um die von diesen Gruppen eingekreisten Faschisten zu retten. Die ganze Bevölkerung nahm in der einen oder anderen Weise an der Verteidigung teil, informierte sich gegenseitig, gab verfolgten Personen Schutz usw." („Combate", Nr. 60).

Es soll angestrebt werden, daß die Posten und Wachdienste *„permanent die Aufgaben der Verteidigung und Bewachung von Buchläden, Lokalen der Volksbewegung oder bei Gelegenheit von massiven Demonstrationen und Kundgebungen übernehmen"* („Combate", Nr. 60, nach „Spanien aktuell", 25.11.76).

MC grenzt sich in ihrem Artikel von der Ideologie der Gewaltlosigkeit ab, die die gesamte in der „Demokratischen Koordination" zusammengeschlossene Opposition – einschließlich der revolutionären (?) Organisationen ORT und PT – wie eine fixe Idee beherrscht.

„Heute ist es für bestimmte Parteien der demokratischen Opposition zu einem Gemeinplatz geworden, sich gegen die ‚Gewalt' im allgemeinen auszusprechen, gegen ‚die Gewalt, von wo sie auch kommt.' Wir sind von dieser Ansicht weit entfernt. (. . .) Die Reaktionäre greifen an, das Volk verteidigt sich: das ist der enorme Unterschied, der zwischen der einen und der anderen Form der Gewalt liegt"

„Servir al pueblo", Nr. 65). Solche Ansichten sind in der spanischen Linken eine Seltenheit.

Spanien-Kommission

Baskenland: Teilerfolg der Bauarbeiter

Der mit großer Entschlossenheit geführte Streik der Bauarbeiter von Vizcaya endete nach eineinhalb Monaten mit einem Teilerfolg für die Arbeiter. In direkten Verhandlungen mit den gewählten Arbeitervertretern mußten die Kapitalisten, die durch den langen Streik ca. acht Millionen Arbeitsstunden verloren hatten, Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen zugestehen. Die faschistische Zwangsgewerkschaft hat jedoch bis jetzt ihre Zustimmung zu dem Vertrag verweigert, so daß die Arbeiter vielleicht bald erneut kämpfen müssen.

Die Forderungen

Am 11. Oktober traten 25.000 Bauarbeiter der Provinz Vizcaya in den Streik für ihre Kampfplattform:

- 8.000 Ps. (= ca. DM 310,–) lineare Lohnerhöhung für alle,
- Lohnfortzahlung bei Krankheit,
- Teilnahme an der Sozialversicherung auf Kosten des Betriebes,
- 40-Stunden-Woche,
- Sicherheitskontrollen durch die Arbeiter,
- Abschaffung der Akkordarbeit.

Diese Forderungen waren von den Delegierten der Baustellen verabschiedet worden.

Übergriffe von Bullen und Faschisten

Es gab insgesamt 400 Verhaftungen und keinen einzigen Tag ohne Festnahmen! Besonderer Bullenterror traf die täglichen Streikversammlungen, so schoß z.B. am 4.11.76 die Guardia Civil zahlreiche Gasbomben in das Innere einer Kirche in Baracaldo (bei Bilbao), wo gerade eine Streikversammlung stattfand. Insgesamt gelang es ihnen jedoch nur, die Streikversammlungen vorübergehend aufzulösen.

Außerdem wurden die streikenden Arbeiter vom Terror faschistischer Banden verfolgt. Einem Bauarbeiter wurde bei einem Überfall der Faschisten 42.000 Ps. aus der Streikkasse gestohlen.

Solidarität der ganzen Provinz

Neben der Öffentlichkeitsarbeit der Bauarbeiter selbst hat offenbar vor allem die im Generalstreik vom September entstandene „Koordination aller Betriebe von Vizcaya" eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Solidaritätsbewegung gespielt. Es gab zahlreiche Solidaritätsstreiks und gemeinsame Versammlungen der Streikenden mit Arbeitern anderer Betriebe, auf denen auch immer für die Streikkasse gesammelt wurde.

Hervorzuheben ist die Unterstützung von den Frauen der Bauarbeiter: Täglich hielten sie Versammlungen ab, auf denen sie über Solidaritätsaktionen berieten, sie bildeten Agit-Prop-Trupps, organisierten kleinere Demonstrationen und erregten Aufmerksamkeit durch Einschliessungen. Die kämpferische Solidarität der Frauen war den Bullen natürlich ein Dorn im Auge, am 8. November nahmen sie 35 Frauen im Gebiet von Duranguesado fest. Die Frauen ließen sich von ihren Drohungen jedoch nicht einschüchtern, sondern verhöhnten sie, u.a. indem sie ihnen z.T. ihre Dreispitze (= Hut der Uniform der verhaßten Guardia Civil) wegnahmen.

Die wichtigste finanzielle Unterstützung kam aus dem Streikfond der „Koordination aller Betriebe von Vizcaya", insgesamt wurden 773.000 Ps. (= ca. DM 26.000,- -) über die Stadtteilstrukturen an Familien der Streikenden gegeben. Am 3.11. führten in Bilbao 500 Arbeiter eine Demonstration vor dem Büro der Zeitung „Gaceta el Norte" durch, um gegen deren lügnerische Behauptung der Veruntreuung von Streikgeldern zu protestieren. Sie stellten fest, daß die Buchführung der Streikkasse für jeden Arbeiter einsehbar sei.

Am 22. November wurde ein Vertrag ausgehandelt, der Erhöhungen von 4.000 Ps. für Arbeiter, 3.500 Ps. für Meister und 1.500 Ps. für Büroangestellte sowie Kürzung der Arbeitszeit auf 44 Wochenstunden vorsieht, und der außerdem die Rückgängigmachung von Entlassungen während des Streiks garantiert. Allerdings hat die faschistische UTT bis heute nicht ihre Zustimmung zu dem Vertrag gegeben, die für dessen Rechtskräftigkeit notwendig ist. Bei weiterer Verschleppungstaktik der UTT wollen die Arbeiter erneut streiken.

Das Ergebnis des Streiks stellt nach den Niederlagen der letzten großen Streiks (Post, Metaller von Sabadell, Madrider Busfahrer und Bauarbeiter von Leon) zum erstenmal wieder einen Teilerfolg dar.

Spanien-Kommission

Morddrohungen der Faschisten

Die Kommandos der extremen Rechten in Spanien setzen ihre terroristischen Aktivitäten unvermindert fort.

– In Bilbao erhielten Journalisten der Zeitschrift „Opinion" Morddrohungen von einem sogenannten „Kommando Jose Antonio, Soziale Ordnung" (Jose Antonio Primo de Rivera war der Gründer der Falange). In einem Drohbrief heißt es:

„Die Beleidigungen in Opinion gegen die vierzig Jahre des Friedens und gegen Franco werden dich das Leben kosten." („El Pais", 11.12.76)

– In San Sebastian drohte das sog. „VI. Kommando Adolf Hitler" der Tante des entführten und seitdem verschwundenen ETA-Mitgliedes Eduardo Moreno Bergareche („Pertur") mit dem Tot, falls sie nicht innerhalb einer Woche Spanien verlasse. „Wenn du es nicht tust, wirst du wie Pertur enden." Damit erklärte sich diese Faschistenbande verantwortlich für den (bisher nur vermuteten) Mord an „Pertur". Die Familie „Perturs" war wiederholten Drohungen und Anschlägen ausgesetzt: In dem Ort, wo die Eltern „Perturs" wohnen, wurden sie mit Maschinenpistolen und Granaten angegriffen; „Pertur" selbst wurde Opfer einer Entführung; in der Buchhandlung seiner Schwester explodierte eine Bombe. In einer Erklärung protestierte die Tante „Perturs", daß in keinem dieser Fälle eine polizeiliche Untersuchung eingeleitet wurde. („El Pais", 14.12.76)

– In Barcelona bedrohten zwei Männer Passanten mit einer Machete, als sie diese beim Abreißen von Plakaten stellten, die zur Stimmenenthaltung beim Referendum aufriefen. („El Pais", 14.12.76).

Widerstand der Bauern

La Coruna: 250 Bauern, die wegen des Baus eines Braunkohlenwerkes enteignet werden sollten, empfingen die Vertreter des Finanz- und Industrieministeriums, die die Enteignung vornehmen sollten, mit Stöcken, Sicheln und Hämmern. Auch 15 Guardia-Civil-Bullen gelang es nicht, die Bauern von ihren besetzten Feldern zu vertreiben.

(nach „Spanien aktuell", 8/76)

Griechenland / Türkei

Demirel droht mit Ausnahmezustand

In der Türkei sieht sich die antifaschistische Bewegung einer neuen Belastungsprobe gegenüber. Nachdem breite Streiks und massenhafte Demonstrationen verhinderten, daß die faschistischen Staatssicherheitsgerichte ihre Praxis weiter fortsetzen konnten (s. AK 90, 91, 92) versucht nun die Regierung der „Nationalen Front"



Verhaftung linker Studenten

auf verschiedenen Ebenen den Spielraum der Linken weiter einzuengen, um so den Boden für weitere Massenmobilisierungen zu zerschlagen.

Nachdem die Überfälle faschistischer Banden an den Universitäten zu weiteren Terrormorden führten, sind nun die Universitäten in Ankara und Istandbul erneut geschlossen worden. Somit ist auch den linken Studenten ein weiteres Aktionsfeld genommen. Demagogisch werden die Schließungen, an der Universität in Ankara sind über 30.000 Studenten eingeschrieben, mit *„andauernden Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Studenten"* begründet. Unter demselben Vorwand wiederholt Demirel jetzt seine Drohung, wieder den Ausnahmezustand zu verhängen.

So erklärte er *„die Regierung hätte alles in ihrer Macht stehende getan, um der Gewalttätigkeit Einhalt zu gebieten. Jetzt bleibe nur noch der Ausnahmezustand oder die Übernahme der Hochschuladministration über."* Zudem kündigte er Beratungen des nationalen Sicherheitsrates an. Fakt jedoch ist, daß die Maßnahmen der Regierung Demirel ausschließlich gegen die Linke gerichtet ist, während die faschistischen Banden ihren Terror ungehindert fortsetzen können.

Am 11. Dez. wurde in Ankara eine fortschrittliche Studentin an einer Bushaltestelle von Mitgliedern der „Grauen Wölfe" mit einem Maschinengewehr erschossen. Danach wurde ihre Leiche von der Polizei zum Krankenhaus gebracht. Einige fortschrittliche Studenten holten ihren Leichnam von dort weg und brachten ihn in einen Jugendverein der republikanischen Partei CHP. Die Funktionäre der republikanischen Partei riefen allerdings sofort die Polizei. Daraufhin wurde das tote Mädchen unter Kontrolle von Polizei und Armee zu ihren Eltern gebracht und der Staatsapparat forderte von der Familie, daß sie ihre Tochter ohne Trauerfeier begraben.

Hierauf gab es Protestdemonstrationen an den Universitäten,und zwei Fakultäten in Ankara streikten.

Einen „Polizistenmord" im Laufe von Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Linken nahm jetzt der türkische Staatsapparat zum Anlaß, um eine Generalmobilisierung der Polizeitruppen vorzunehmen.

Es wurden Hausdurchsuchungen in den verschiedensten demokratischen Volksvereinen durchgeführt . Ca. 100 Mitglieder der Vereine (oft Jugendliche zwischen 12 und 20 Jahren) wurden verhaftet. Obwohl bisher über 100 Antifaschisten von Faschisten und Polizei ermordet wurden, regte sich die herrschende Klasse nicht darüber auf. Jetzt,wo es mal einen Polizisten erwischt hat, nutzt sie die Gelegenheit, um einen neuen Ausnahmezustand zu fordern.

Daß der Staatsapparat trotz der Verhinderung der Staatssicherheitsgerichte weiterhin mit schärfster Repression linke Zeitungen und Redakteure verfolgt, zeigt der Fall des Genossen Taner Akcam, Chefredakteur der revolutionären Zeitung „Devrimi Genclik". Ihm wird vorgeworfen, in mehreren Ausgaben der ständig von Beschlagnahmung betroffenen Zeitung für Verstöße gegen die Notstandsgesetzte § 141/142 verantwortlich zu sein (s. AK 93).

Der Staatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts hatte für diese Meinungsäußerungen 650 (!) Jahre Gefängnis gefordert. Wenn jetzt der verfassungsgemäße Staatsanwalt der 2. Strafkammer von Ankara am 14. 12. „nur" 32 1/2 Jahre forderte („Cumhuriyet" v. 16.12.76), so ist

den. Somit ist auch den linken Studenten ein weiteres Aktionsfeld genommen. Demagogisch werden die Schließungen, an der Universität in Ankara sind über 30.000 Studenten eingeschrieben, mit *„andauernden Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Studenten"* begrün-

Am 11. Dez. wurde in Ankara eine fortschrittliche Studentin an einer Bushaltestelle von Mitgliedern der „Grauen Wölfe" mit einem Maschinengewehr erschossen. Danach wurde ihre Leiche von der Polizei zum Krankenhaus gebracht. Einige fortschrittliche Studenten holten ihren Leich-

standsgesetzte § 141/142 verantwortlich zu sein (s. AK 93).

Der Staatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts hatte für diese Meinungsäußerungen 650 (!) Jahre Gefängnis gefordert. Wenn jetzt der verfassungsgemäße Staatsanwalt der 2. Strafkammer von Ankara am 14. 12. „nur" 32 1/2 Jahre forderte („Cumhuriyet" v. 16.12.76), so ist

das für den Genossen gleichbedeutend mit lebenslanger Haft! Weder vom Inhalt des Prozesses noch vom Ziel der Einschüchterung jeglicher fortschrittlicher und revolutionärer Presse, hat sich die Repression des Gerichtswesens in der Türkei geändert.

Wie weit die Einschüchterung gehen soll, zeigt sich an dem Urteil gegen einen Dolmetscher, der ein Buch „Über die proletarische Partei" ins türkische übersetzt hat. Er wurde verurteilt zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis und zweieinhalb Jahren Verbannung mit täglicher Meldepflicht.

Die Imperialisten und ihre Vertreter in der Türkei schaffen sich durch Förderung faschistischer Banden, beschleunigten Abbau demokratischer Rechte und Anwendung faschistischer Gesetze den Rahmen für eine faschistische Herrschaft. Die Belastungsproben der antifaschistischen Bewegung werden wachsen,und es bedarf auch einer breiteren internationalen Solidarität, diesen Kampf zu unterstützen.

Griechenland/Türkei-Kommission
unter Mitarbeit türkischer Genossen
und der KB-Gruppe Nürnberg

23. Kongreß der Republikanischen Volkspartei

Der 23. Kongress der Republikanischen Partei (CHP), deren wiedergewählter Führer Ecevit sich als Nationalheld und Friedensapostel Zyperns feiern ließ, war begleitet von turbulenten Rededuellen, die bisweilen zu Prügeleien ausarteten („NZZ", 10.12.76). Deutlich wurde auf dem Kongress, daß der Integrationsprozeß der Linken beendet ist.

Nach Beendigung des Militärputsches 1973 haben viele Linke die CHP durchlaufen und auch heute noch gibt es eine militante Basis, die sich an vielen antifaschistischen Aktionen beteiligt hat.

So wurde auch Parteiführer Ecevit bei einem Treffen in Adana (Ostanatolien) mit Rufen wie „Autonomie für die Völker der Türkei" und „Rückzug aller Militärs aus Zypern" empfangen. In diesem Zusammenhang wurde Ecevit auch als Imperialist betitelt. Hintergrund ist, daß Ecevit, derzeit Oppositionsführer, als Regierungschef den Einmarsch der türkischen Truppen auf Zypern anordnete und desweiteren den autonomen Kampf z. B. des kurdischen Volkes nicht anerkennt.

Auf der anderen Seite ist heute die CHP und mit ihr Ecevit noch stark verankert in der Arbeiterbewegung. Zudem genießt er den Ruf, der Nachfolger Kemal Atatürks zu sein (Begründer der CHP), der 1923 die bürgerliche Revolution in der Türkei anführte und das Ziel verfolgte, sie den kapitalistischen Ländern Europas anzugleichen.

Auf dem Parteitag setzten sich die Rechten durch.

CHP – bald Mitglied der sozialistischen Internationale

Für die Linken in der CHP bedeutete der Kongress schon einen netten Vorgeschmack auf die „Sozialistische Internationale". So konnten an der Wahl der Delegierten für den Kongress nur Mitglieder teilnehmen, die mindestens fünf Jahre in der CHP waren. Damit war bewußt die gesamte Mitgliedschaft ausgeschlossen, die sich nach dem Militärputsch 1971 in der CHP ansiedelten. Hierbei handelte es sich im wesentlichen um Linke, die während der Militärdiktatur und auch danach 1973 in der CHP eine linke Alternative sahen.

Desweiteren wurde durch Verfahrenstricks versucht, den Einfluß der Linken zu bremsen. Die ersten Ausschlußverfahren stehen vor der Tür, und getreu dem westdeutschen Vorbild gibt es jetzt Bestrebungen der CHP, in der Konföderation Revolutionärer Arbeitergewerkschaften (Disk) Säuberungen von Linken vorzunehmen. Das soll besonders die relativ starken revisionistischen Parteimitglieder der TKP und TIP treffen.

Mit dem Beitritt der CHP zur „Sozialistischen Internationale" soll ein weiteres Instrument ausgebaut werden, die Türkei im Interesse der Imperialisten an die ruhige Kette zu bringen.

Griechenland/Türkei-Kommission

Westdeutsche Journalisten ausgewiesen

„Was machen Sie eigentlich in Ostanatolien, warum gehen Sie denn nicht nach Westanatolien, nach Izmir, nach Istanbul, nach Ankara, das sind doch schöne Gegenden für Journalisten, aber was machen Sie

Material, 60 Fotofilme, mehrere Tonbänder und Cassetten, auf denen Interviews von kurdischen Oppositionellen und Opfern der Folter- und Terrormethoden der türkischen Armee waren, auf dem Polizeirevier

Westdeutsche Journalisten ausgewiesen

„Was machen Sie eigentlich in Ostanatolien, warum gehen Sie denn nicht nach Westanatolien, nach Izmir, nach Istanbul, nach Ankara, das sind doch schöne Gegenden für Journalisten, aber was machen Sie eigentlich hier" (Kurier am Morgen, NDR, 3.12.76). Diese Frage an die drei westdeutschen Journalisten Jürgen Roth, Edeltraud Remmel und den Photographen Gernot Huber bei ihrer ersten Verhaftung in der Stadt Iskenderum an der Mittelmeerküste macht deutlich, welche Berichterstattung sich die türkischen Behörden wünschen bzw. nicht wünschen. Die westdeutschen Jounalisten hielten sich nicht an diese „Empfehlung", sondern besuchten den Südosten der Türkei, in dem hauptsächlich Kurden leben.

Schon nach den ersten Gesprächen mit Händlern und Bauern in der Stadt Diyarbakir wurden die drei vom türkischen Geheimdienst (MIT) verfolgt. Dabei wurde ein Dorf durch 15 MIT-Terroristen bedroht, um zu erfahren *„wo die drei Touristen aus Deutschland sind."*

Im gleichen Hotel, in dem die Journalisten wohnten, hatten sich MIT-Leute einquartiert. Der MIT untersteht Türkes, Vizepremier und zugleich Oberfaschist der Commandos „Graue Wölfe".

In Adana wurde das gesamte Material, 60 Fotofilme, mehrere Tonbänder und Cassetten, auf denen Interviews von kurdischen Oppositionellen und Opfern der Folter- und Terrormethoden der türkischen Armee waren, auf dem Polizeirevier den Journalisten abgenommen.

Danach wurden die drei Journalisten, die auch im Auftrag von Amnesty International in den kurdischen Regionen waren, für 27 Stunden in Abschiebehaft genommen und dann über Istanbul in die Bundesrepublik ausgeflogen.

Verhindert werden sollte, daß über die Behandlung der Kurden in der Türkei, über den Terror der Faschisten und der rechtsgerichteten Regierung Demirel, über den Kampf der Kurden für eine kulturelle und soziale Autonomie, die Weltöffentlichkeit unterrichtet wird. Desweiteren zeigt sich, daß die Türkei, dem Beispiel faschistischer Staaten wie Chile folgend, mit Ausweisung und Repressionen versucht, eine Berichterstattung und Untersuchung des faschistischen Terrors in der Türkei vor allem im kurdischen Teil zu verhindern. Wer die Türkei immer noch, wie die BRD-Imperialisten, als demokratischen Partner anerkennt, zeigt nur, zu welchen Methoden er selber fähig ist.

Griechenland/Türkei-Kommission

Gezielte Repression gegen Revolutionäre

Gegen all jene Organisationen der Linken, die den von der faschistischen Regierung sorgfältig geplanten „Weg Spaniens in die Demokratie" irgendwie stören könnten, richten sich gezielte Maßnahmen der Polizei. In einem Rundschreiben der Direccion General de Seguridad, der obersten Sicherheitspolizei, an alle Polizeichefs des Landes werden dazu alle Organisationen *„terroristischen und sepraratistischen, marxistisch-leninistischen, maoistischen, trotzkistischen oder anarchistischen Charakters"* gezählt, unter ihnen ORT, PT und MC.

Ausgenommen bleibt die revisionistische PCE, die zwar zur Zeit noch nicht zugelassen ist, deren Aktivitäten aber in einem gewissen Rahmen toleriert werden.

Die besonderen Maßnahmen – im *„Dienst an Spanien und dessen politischer Entwicklung"* – richten sich auf die *„Verfolgung und Zerschlagungen"* jener Gruppen und Organisationen:

„Die Aktivitäten oder Nachforschungen konzentrieren sich selektiv auf die obersten Führer und Verantwortlichen dieser Gruppen, inbesondere wenn diese öffentlich oder durch unsere Dienststellen bekannt sind. Auf jeden Fall muß man, wenn es sich um Führer oder Aktivisten niedrigeren Niveaus handelt, die aufgrund ihrer aufgedeckten subversiven Tätigkeit verhaftet worden sind, passende Beweise suchen und in den Akten niederlegen, so daß sie eine spätere positive Behandlung durch die kompetenten Gerichtsbehörden ermöglichen".

Über die Ergebnisse der Nachforschungen sollen die Zivilgouverneure und Obersten Staatsanwälte der Provinzen sowie die Direccion General de Seguridad informiert werden.

Besonders die PT (Partido del Trabajo) wird erwähnt, und zu ihrer Zerschlagung soll eine *„breite Operation"* eingeleitet werden, denn ihre Aktivitäten seien besonders intensiv. (Informationen und Zitate aus dem DGS-Rundschreiben nach: „Spanien aktuell", Nr. 8, 10.12.76, und „Servir al pueblo", Nr. 64, erste Novemberhälfte 76).

Spanien-Kommission

Für die totale Amnestie

Die Teilamnestie der Suarez-Regierung vom Juli 76 hat die Bewegung für die Amnestie, eine der breitesten fortschrittlichen Bewegungen des spanischen Volkes nicht zum Erliegen gebracht. Im Dezember gab es einen erneuten Aufschwung. Unter der Parole *„Zu Weihnachten alle nach Hause"* traten tausende von Menschen mit Demonstrationen, Sitz- und Hungerstreiks und Veranstaltungen für die Freilassung der restlichen rund 200 politischen Gefangenen ein. Im Baskenland war die Bewegung am stärksten – befinden sich unter diesen 200 Gefangenen doch noch 160 Basken („FAZ", 4.1.77).

Die Aktionen zum Jahresschluß wurden vor allem von den in vielen Orten Spaniens wirkenden „Komitees für die Amnestie" organisiert; daneben beteiligten sich vor allem auch Nachbarschaftsvereinigungen an der Kampagne. Durch diese Organisationsformen reicht der Kreis der in die Amnestie-Kampagne einbezogenen Menschen weit über die politischen Parteien und Gewerkschaften hinaus. Die meisten Demonstrationen wurden durch das Eingreifen der Polizei brutal beendet.

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN IN SPANIEN!!

Spanien-Kommission

Erneuter Überfall auf das Büro der „Devrimci Genclik"

Die türkische Polizei hat das Büro der „Revolutionären Jugendföderation" in Izmir überfallen und neun junge Frauen und 45 Jungen verhaftet. Zur Begründung gab die Polizei an, daß eine „illegale Vereinsgründung" beabsichtigt war, was gegen die Notstandsparagraphen 141/142 der türkischen Verfassung verstoße. 52 der 54 Verhafteten wurden am nächsten Tag wieder freigelassen. Den anderen zwei soll der Prozeß gemacht werden.

Am selben Tag wurde ein Student der „Revolutionären Jugendföderation" aus Izmir von Faschisten erstochen. Er hatte einige Tage zuvor am Begräbnis des Angestellten der TMMO teilgenommen, der von der Polizei zu Tode gefoltert worden war (s. AK 95).

Griechenland/Türkei-Kommission

„Einer der größten Skandale der Diktatur" (Papandreou)

Griechenland. Daß der Faschismus alles andere als das Werk von „kleinbürgerlichen Spinnern" oder „machtsüchtigen Obristen" ist, beweist zur Zeit wieder einmal eine Untersuchung in Griechenland über die Verfilzung Kapital – Obristen.

Darin wird belegt, daß Macht und Vermögen der größten griechischen Kapitalisten bis zum Ende des Faschismus in vorher kaum gekannter Größe wuchs.

Inzwischen sind die Proteste der Öffentlichkeit so massiv, daß selbst die kapitalhörige Regierung Karamanlis „einige besondere Auswüchse" behandeln mußte.

Davon betroffen war zunächst der Großreeder Niarchos, dessen Großraffinerie bei Athen verstaatlicht wurde.

Beklagen indes braucht sich Niarchos nicht. Schließlich zahlt der Millionen Dollar dürfte sich das Geschäft auch so bezahlt gemacht haben. Darüber hinaus soll Niarchos allein in den Jahren 1973 und 74 17 Millionen an der Raffinerie verdient haben.

Desweiteren wurde bekannt, daß allein Niarchos von seinem Freund und Junta-Minister Makarezos 200 Millionen Dollar für Investitionen zugeschanzt bekam, und daß der Ausbau und die Modernisierung der Raffinerie (eigentlich Aufgabe des Eigentümers) unter dem Faschismus die Stadt Athen übernahm. Schaden: 50 Millionen Dollar!

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch wen Niarchos zu seinem Interessenvertreter für das Schiedsverfahren bestellte: Es ist kein geringerer als Westdeutschlands Starkapitalist Hermann J. Abs, Ex-Boß der Deutschen Bank und unter dem deutschen Faschismus bereits namhafter Bankier. Da treffen sich die Gesinnungsgenossen! (Informationen aus „Spiegel", Nr. 52/76).

Griechenland/Türkei-Kommission

Chef-Folterer liquidiert:

Entjuntafizierung endlich durchführen!

Athen. Am 14.Dezember 1976 wurde der ehemalige Leiter der Informationsabteilung des griechischen Sicherheitsdienstes (Asfalia) unter der siebenjährigen Obristenherrschaft, Evangelos Mallios, beim Verlassen seiner Athener Wohnung erschossen. Mallios war einer der berüchtigsten Folterer während der Juntaherrschaft. Am Tatort wurden Flugblätter einer „Organisation 17. November" gefunden, woraus wir nebenstehend Auszüge abdruckten.

Angeblich soll diese Organisation auch für die erschießung des CIA-Chefagenten Welch vor genau einem Jahr in Athen die Verantwortung übernommen haben.

Die gesammte parlamentarische „Linke" von der liberalen Zentrumsunion über Papandreous PA.SO.K. bis hin zu den Revisionisten verschiedenster Couleur, distanzierten sich schleunigst von derartigen Gewaltakten!

Dennoch hat der Umstand, daß sich Mallios, obwohl er zu 17 Monaten Gefängnis verurteilt worden war (was lächerlich genug ist!), auf freien Fuß befand, große Beachtung gefunden.

Darüberhinaus war es für die Regierung kaum möglich BRD-ähnliche Terroristenhatz zu initiieren, da die Freude über das schnelle Ableben des Folterknechts Mallios die Herzen vieler Griechen mit Freude erfüllte.

Provokativer Aufmarsch der Faschisten

Die Beerdigung des Folterers Mallios am 16. Dezember benutzten ca. 3000 Juntaanhänger um ihre politische Präsenz zu demonstrieren. Während der Beerdigung hielt der Ex-Regierungssprecher der Obristen, Georgalas, eine astreine faschistische Rede, in der er praktisch zum Bürgerkrieg aufrief.

„*Wenn sie den Krieg haben wollen*", so Georgalas mit Hinweis auf die Linke, „*dann können sie ihn haben. Der Krieg beginnt mit dem heutigen Tag. Jetzt geht es Auge um Auge, Zahn um Zahn*" (FAZ, 18.12.76).

Anschließend setzte sich der überwiegende Teil der Faschisten trotz Polizeiverbot in Marsch bis zum Parlamentsgebäude und Regierungssitz. Die Faschisten forderten die Freilassung von Papadopoulos, Makarezos, Pattakos und weiteren Obristenführern.

Bei ihrem Auftritt in der Athener Innenstadt schlugen die Faschisten

Bei ihrem Auftritt in der Athener Innenstadt schlugen die Faschisten

mindestens 15 Personen zusammen, unter ihnen 5 Journalisten die zum Teil schwer verletzt wurden, (SZ, 21.12.76).

Bei all diesen Provokationen der Faschisten griffen die anwesenden Polizeikräfte nicht einmal ein, sie tolerierten sogar, daß die Faschisten bis zum Parlament, trotz Verbot, demonstrieren konnten.

Daraufhin forderten sämtliche Oppositionsparteien eine außerordentliche Parlamentsdebatte, die die Regierung mit ihrer erdrückenden Mehrheit verweigerte. Mavros (EDIK) behauptete daraufhin, „*die Regierung toleriere Aktionen der Anhänger der Obristen, die für eine Wiederherstellung der Tyrannenherrschaft kämpfen.*" Papandreou erklärte, „*Karamanlis wird mit seiner gegenwärtigen Haltung zum Totengräber der Demokratie* "(FAZ, 21.12.76).

Aufgrund der öffentlichen Proteste und der Meinung der Athener Zeitungen, kam die Regierung unter Karamanlis nicht umhin, den Oberhetzer Georgalas vorerst festzunehmen und gegen weitere bekannte Faschisten Haftbefehle auszustellen.

Ebenso mußte die Regierung, wie es heißt, „bis zur Klärung der Vorwürfe" den Athener Polizeichef Veras und seine beiden ranghöchsten Offiziere zeitweilig vom Dienst suspendieren.

Raus mit den Faschisten

Mittlerweile macht die grichische Presse die Regierung unter Karamanlis insgesamt für diese Vorfälle verantwortlich. Karamanlis hat alles getan um die Volksbewegung zu bekämpfen und er hat keine „Endjuntafizierung", insbesondere nicht im Staats- und Polizeiapparat, vorgenommen. Dort sitzen viele alte Folterknechte noch heute auf ihren Posten. In diesem Zusammenhang brachte die zweitgrößte Athener Tageszeitung „Eleftherotypia" sogar für die Tat der Erschießung von Mallios Verständnis auf, indem sie in der Schlagzeile nicht etwa von Mord schrieb, sondern die Schüsse auf den Folterer treffend als „Hinrichtung" kennzeichnete.

Der Westberliner „Tagesspiegel" vom 28. Dezember 76 hatte deshalb zweifellos recht, als er beklagend in der Überschrift feststellte, „Griechenlands Rechte unter massivem Druck".

So muß es sein!

Griechenland/Türkei-Kommission

Griechenland/Türkei-Kommission

„Tod dem Faschismus"

Nachfolgend drucken wir Auszüge aus dem Flugblatt der Organisation „17. November" ab, das an der Stelle hinterlassen wurde, wo der bekannte Folterer Mallios erschossen wurde:

„*Zwei ganze Jahre wartet das griechische Volk darauf, daß die Folterer der Asfalia* (Sicherheitspolizei) *bestraft werden, die Schlächter des Volkes, die siebeneinhalb Jahre lang mit mittelalterlichen barbarischen Mitteln Tausende von antifaschistischen Kämpfern folterten. Und jetzt erlebt es statt einer Bestrafung die Rehabilitierung der Folterer. Alle Folterer der Sicherheitspolizei laufen frei herum. Die meisten sind wieder auf ihren Posten. Und die, die man für die Augen der Öffentlichkeit ihres Amtes enthoben hat, verbleiben der Sicherheitspolizei als Super-Geheimberater und ruhen sich dabei in ihren Luxusappartements und Villen aus, die sie gebaut haben, solange sie das griechische Volk folterten.*

Der Staat hat nicht Klage erhoben. Die Justiz hat sie freigelassen... und während die Faschisten im Staats- und paramilitärischen Apparat unbehelligt bleiben, gehen die Schläge gegen die Volksbewegung weiter.

...Deshalb haben wir beschlossen, exemplarisch einen der wichtigsten Folterer hinzurichten, den allbekannten Evangelos Mallios. Der Polizist Mallios war nicht nur ein Rädchen im Getriebe, der die Befehle seiner Vorgesetzten ausführte. Zusammen mit den ihm gleichgestellten Lambrou, Babalis und Karapanajotis war er der Herr in den Folterkellern der Sicherheitspolizei. Sie waren es, die die Entscheidungen über Folterungen trafen und an ihnen auch teilnahmen. Tausende von Kämpfern mußte in ihren Händen leiden.

Heute laufen diese Scheusale frei herum und machen sich über ihre Opfer lustig und über das griechische Volk zugleich. Keine Institution war imstande, sie zu bestrafen, weder Parlament, noch Regierung, noch Justiz. Das griechische Volk wird das deshalb selber übernehmen müssen...

Heute sehen wir die Dinge klarer. Wenn einige noch Illusionen hatten, sind sie zerbrochen. Karamanlis hat langsam aber sicher die Mission erfüllt, die ihm von denen aufgegeben wurde, die ihn an die Macht gebracht haben: Kissinger und die Junta, nicht das griechische Volk – den systematischen Aufbau eines krypto-faschistischen Regimes mit parlamentarischer Fassade. Demonstrationen werden verboten, Gewerkschafter werden verfolgt, es ist verboten, Plakate zu kleben, Flugblätter zu verteilen, mit der „Sondergesetzgebung" werden die Faschisten geschützt, die Bürger verfolgt usw....

Angesichts eines solchen Regimes mit demokratischer Fassade und faschistischem Kern, angesichts des völligen Fehlschlages bei der Verwirklichung der Forderungen des ganzen Volkes: „Raus mit den amerikanischen Imperialisten" und „Säuberung des faschistischen Apparats", bleibt dem Volk keine andere Möglichkeit, als mit allen Mitteln für die Erreichung dieser Ziele zu kämpfen. Sowohl mit legalen, als auch mit illegalen Mitteln, mit friedlichen Aktionen und mit militanten. Damit das Regime der imperialistischen Abhängigkeit gestürzt wird, das Regime des „neuen Terrors", das Regime der Ausbeutung durch die ausländischen und einheimischen Monopole. Und damit endlich der Weg frei wird, für die Errichtung der Volksherrschaft und des Sozialismus.

Tod dem Faschismus und dem Imperialismus!

Nieder mit dem neuen Faschismus!

Der Kampf geht weiter.

Revolutionäre Organisation „17. November", Athen 76"

Die Kurden – besondere Opfer der faschistischen Repression

Türkei. Unter dem täglichen Terror des türkischen Geheimdienstes, der Kommandos „Graue Wölfe", der türkischen Armee und Polizeikräfte haben im besonderen die kurdischen Bevölkerungsteile zu leiden. Sie leben vorwiegend in den ost-südöstlichen Provinzen Anatoliens.

Die Provinzen sind ökonomisch gänzlich unterentwickelt. Das zeigt sich zum einen durch eine kaum entwickelte Industrialisierung. Nur 5% der Arbeiter in der Türkei sind in diesem Gebiet beschäftigt. Das überwiegend agrarische Land wird noch von den Feudalherren, den Agas, beherrscht.

So sind etwa 100.000 Bauern in diesen Regionen Leibeigene der Agas und Scheichs.

Diese Feudalherren besitzen in den Provinzen Mardin, Diyarbakir, Van oder Hakkari noch über zwölf Dörfer, die vollständig, das heißt inbegriffen der Menschen (!), in ihrem Besitz sind.

Bei einer Demonstration in der osttürkischen Stadt Silvan zerren Polizisten eine Kurdin weg.

Bei einer Demonstration in der osttürkischen Stadt Silvan zerren Polizisten eine Kurdin weg.

Ein Beispiel hierfür ist Mahmut Kebul, Aga aus Silvam und Mitglied der rechtsgerichteten „Gerechtigkeitspartei".

Er besitzt 15 Dörfer, hierzu gehören etwa 100 besitzlose Familien, die als Leibeigene für ihn arbeiten.

Während eine Familie im Jahr durchschnittlich 5000 türkische Pfund (ca. 900 DM) verdient, scheffelt der Aga durch die Ausfuhr von Getreide, Tabak und Baumwolle, die der Bevölkerung dann fehlen, 48 Millionen türkische Pfund, das entspricht sechs Millionen Mark („Frankfurter Rundschau", 10.11.76 nach einem Bericht des ausgewiesenen Journalisten J. Roth).

Doch diese Zahlen drücken beileibe noch nicht aus, unter welchen menschenverachtenden Bedingungen die Menschen dort leben.

So bringt der harte Winter in diesen Gebieten immer Hungerkatastrophen mit sich. Dabei ist die Not so groß, daß sogar Gras gegessen wird, da keine ausreichende Lebensmittelzufuhr besteht. Hinzu kommen die katastrophalen medizinischen Verhältnisse.

Im Jahre 1975 waren in der gesamten Türkei 4234 praktische Ärzte, 6657 Fachärzte und 1932 Zahnärzte tätig. Auf die zehn Millionen Menschen im Osten und Südosten der Türkei kommen 665 praktische, 339 Fach- und 95 Zahnärzte. Von den 4592 Krankenschwestern sind 715, von den 4676 Gesundheitsbeamten 969 und von den 4329 Hebammen nur 885 in den kurdischen Provinzen eingesetzt (aus Kurdistan Info Nr. 2, 11/76).

So berichtete der einzige im Winter zur Verfügung stehende Arzt der Provinz Hakkari, in der ca. 120.000 Menschen leben: „*Wer krank wird, hat kaum Chancen, medizinisch behandelt zu werden, er muß sterben. Im allgemeinen stirbt man ja nicht an leichten Krankheiten, wie beispielsweise Gastritis. Aber der Nahrungsmangel und das Fehlen einer ärztlichen Versorgung führen selbst bei solchen primitiven Krankheiten zum Tod.*"

In Diyarbakir führte eine Choleraepidemie innerhalb weniger Tage zu 20 Toten. Die türkischen Behörden verboten die Berichterstattung über diesen Fall und der zuständige Gesundheitsminister meinte, es gäbe keine Cholera-Epidemie, sondern lediglich eine „harmlose Darminfektion" („FR", 10.11.76).

Auch von dem unterentwickelten Bildungsstand ist die Region besonders betroffen. In der Türkei beträgt der Durchschnittswert der lese- und schreibkundigen Männer 64%, bei den Frauen 32,8%. In den 18 kurdischen Regionen hingegen bei den Männern 37,2% und bei den Frauen nur 11%.

Die Zahl der gesamten Volksbüchereien beträgt insgesamt 266, während den türkischen Kurden nur 34 zur Verfügung stehen.

Den Kurden ist es verboten, ihre eigene Kultur zu pflegen. Das heißt, daß selbst die kurdische Sprache nicht in den Schulen gelehrt werden darf.

Die rechtsgerichtete Regierung unter Demirel hat kein Interesse an der Abschaffung dieser Verhältnisse. Sie unterstützt die Agas und Scheichs, als Garant für die Unterdrückung der Bevölkerung. Die Einstellung der Herrschenden zu den kurdischen Bauern faßte der Militärkommandant von Lice kurz und knapp so zusammen:

„*Die Kurden sind nicht wert, daß sie leben, sondern daß sie verrecken*".

Der faschistische Terror trifft die Kurden besonders

Der seit Amtsantritt zunehmende Terror von faschistischen Banden, Polizei und Armee gegen die antiimperialistische und antifaschistische Bewegung trifft besonders hart die Kurden. Zum einen, weil auf dem Land die antifaschistische Bewegung noch nicht die Stärke wie in den Städten der Türkei erreicht hat und die Bevölkerung somit schutzloser dem Terror ausgesetzt ist, zum anderen weil die Kurden als nationale Minderheit einer doppelten Unterdrückung der Imperialisten und der eigenen Feudalherrscherclique ausgesetzt sind.

So ereignen sich ständig Übergriffe des Militärs auf die kurdischen Dörfer, wo Folterung und Mord an der Tagesordnung sind.

Am Beispiel des kleinen Dorfes Zarbia wird die offene faschistische Unterdrückung deutlich: Im Juni dieses Jahres drangen Soldaten in das Dorf ein unter dem Vorwand, Waffen zu suchen. Die Männer des Dorfes mußten sich nackend auf den Boden legen. Die Soldaten begannen auf ihnen zu tanzen, um die Kurden zu erniedrigen. Danach wurden einige Bauern mit einem an ihrem Penis befestigten Seil über den Dorfplatz geschleift.

Selbst die Kinder waren den Folterungen ausgesetzt. So mußten sich die 3 bis 12-jährigen Kinder heiß gekochte Eier unter die Achseln klemmen, so daß Brandwunden und Narben zurückblieben. Anschließend mußten die Kinder solange über Dor-

men, so daß Brandwunden und Narben zurückblieben. Anschließend

mußten die Kinder solange über Dornensträucher laufen, bis ihre Füße blutig waren. Die Foltermethoden kennen keine Grenzen.

Oft kommen Soldaten in die Dörfer und verlangen die hübschesten Mädchen für ihre „Feiern" („FR", 10.11.76).

Diese Angriffe und Überfälle häufen sich ständig, da durch diese Politik versucht werden soll, den wachsenden Widerstand der Bevölkerung, der sich auch in den stärker werdenden Autonomiebestrebungen für ein Kurdistan verdeutlicht, zu brechen.

Kampf dem faschistischen Terror in der Türkei!

Kampf der besonderen Ausbeutung und Unterdrückung der Kurden!

Griechenland/Türkei-Kommission

Für die revolutionäre Einheit der griechischen und türkischen Jugend!

Wir drucken im folgenden die Übersetzung eines Aufrufs des Schüler- und Studentenvereins von mehreren griechischen Inseln ab, der in der türkischen Zeitung „Devrimici Genclik" Nr. 13 vom 6.10.76 erschienen ist.

„*Von der Jugend Griechenlands an die Jugend der Türkei:*

Revolutionäre Freunde,

Wir sind Schüler und Studenten der griechischen Inseln nahe der türkischen Grenze und wir wollen Euch sagen, daß wir alle Eure Kämpfe unterstützen.

– Unsere Generation, die die Auseinandersetzungen an der Polytechnischen Hochschule während des Widerstand unseres Volkes getragen hat, verurteilt mit Abscheu die verstärkten faschistischen Angriffe auf die lernende Jugend und das türkische Volk und die Ermordung von demokratischen und revolutionären Jugendlichen durch die reaktionären Kräfte.

– Wir unterstützen Eure Forderungen, daß der Zypern-Konflikt gemäß den UNO-Beschlüssen zu lösen ist, d.h. die Anerkennung der Souveränität, der territorialen Einheit und der Unabhängigkeit Zyperns.

Wir beobachten Euren tapferen Kampf für die Befreiung der Völker der Türkei von der Ausbeutung der einheimischen und ausländischen Monopole, für den Austritt aus der NATO und für eine wirkliche Demokratie und nationale Unabhängigkeit mit großer Hochachtung. Auch unser Kampf gegen den internationalen Imperialismus, vor allem gegen den US-Imperialismus, hat die gleichen Ziele. Die Imperialisten schüren den Nationalismus zwischen unseren Völkern, um von den realen Problemen abzulenken.

– Euer Land liegt gegenüber unseren Inseln und wir empfinden Liebe für Euer Volk. Wir lieben unser Land genauso wie Ihr Eures liebt. Das Interesse unser beider Völker und das der Jugend sind Frieden und konstruktive Zusammenarbeit. Die abenteuerlichen Schritte der militärisch-chauvinistischen Kräfte in Ankara schaden unseren Völkern, weshalb wir ihnen entgegentreten müssen.

Auch das griechische Volk und die Schüler und Studenten kämpfen nach dem Sturz der amerikanischen Lakaien-Junta weiter für mehr Rechte und bessere Lebensbedingungen.

Wir glauben und hoffen, daß auch für Euer Land bessere Tage kommen werden. Herzliche Grüße

Schüler- und Studentenverein der Inseln Lesbos, Limnos, Samos, Ikaria, Chios, Zwölfinseln."



lateinamerika aktuell

Wahlen und Poder Popular in Kuba

Im Oktober '76 wurden in Kuba die ersten allgemeinen Wahlen seit dem Sieg der Revolution 1959 durchgeführt. Mit diesen Wahlen wurde im ganzen Land ein neues System der Volksmacht eingeführt, den neugewählten Gemeindeversammlungen wurde die Verantwortung für das kommunale Bildungs- und Gesundheitswesen, Transport, kulturelle Aufgaben übergeben. Besonderer Wert liegt auf der Tatsache, daß die gewählten Delegierten keinerlei Privilegien und Vorrechte genießen und der direkten Kontrolle ihrer Wähler unterstehen.

Vorausgegangen war diesen Wahlen ein Versuch in der Provinz Matanzas, wo schon 1974 Wahlen zu den Gemeinde- und Provinzversammlungen durchgeführt und der Aufbau des Systems der Poder Popular eingeleitet wurde. Bei der Eröffnung der Provinzversammlung in Matanzas 1974 betonte Fidel Castro in seiner Rede:

„Wir werden revolutionäre Wahlen durchführen und zwar viel bessere und sauberere als alle bürgerlichen



Kubanische Bergarbeiter

Kubanische Bergarbeiter

Wahlen. Wir führen sie natürlich nicht deswegen durch, weil die Bourgeoisie sie von uns fordert", sondern, *„weil sie den Prinzipien der revolutionären Demokratie und denen des Marxismus-Leninismus entsprechen"* (Fidel Castro, „Ausgewählte Reden", S. 231).

Durchführung der Wahlen

Bereits im August 76 wurden in allen Wahlkreisen auf Bürgerversammlungen die Kandidaten vorgeschlagen. Jeder Wahlberechtigte (ab 16 Jahren!) hatte das Recht, Kandidaten zu benennen. An diesen Bürgerversammlungen nahmen rund 76% der Wahlberechtigten teil. Über 30.000 Kandidaten wurden vorgeschlagen, in jedem Wahlkreis mindestens zwei, oft aber bis zu acht.

Im Oktober wurden bei einer Wahlbeteiligung von rund 97% die Delegierten für die Gemeindeversammlungen gewählt. Die Gemeindeversammlungen wählten im November die Provinzversammlungen und die Delegierten für die Nationalversammlung – die von einer Kandidatenkommission vorgeschlagen wurden. Alle Delegierten – auch die der Nationalversammlung – müssen an ihren Arbeitsplätzen weiter arbeiten. Urlaub können sie nur erhalten, wenn es eine Überschneidung zwischen normaler Arbeitszeit und einer Sitzung der Versammlung gibt. Die Delegierten erhalten keine Bezahlung, sondern nur bei einer notwendigen Beurlaubung einen Tageslohn und die Vergütung ihrer Ausgaben. Es ist verfassungsmäßig festgelegt, daß *„der Status des Abgeordneten keinerlei persönliches Vorrecht oder wirtschaftlichen Vorteil irgendeiner Art einschließt."*

„Alle Delegierten können" – so Fidel Castro – *„zu jeder Tages- und Nachtzeit abberufen werden"* („Chile-Nachrichten", 30.11.76).

Das System der Poder Popular

Die Aufgaben der Gemeindeversammlungen bestehen in der Verwaltung und Leitung von Schulen, Krankenhäusern, Geschäften, Kinos, dem kommunalen Transport und auch der kleineren landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe. Gleichzeitig wählt die Gemeindeversammlung die Richter für die Kommunalen Volksgerichte.

Die Provinzversammlungen übernehmen die entsprechenden Aufgaben auf Provinzebene und die Nationalversammlung schließlich kontrolliert die Basisindustrien, stellt den nationalen Plan für das Erziehungswesen auf, ernennt die Richter des Obersten Gerichts, sie prüft die vom Ministerrat eingebrachten Gesetzesvorschläge und wählt den Staatsrat („Chilenachrichten", 16.12.76).

Die erste Nationalversammlung trat am 2.12.76 (dem Jahrestag der Landung der Granma in Kuba 1956) in Havanna zusammen und wählte einstimmig Fidel Castro zum Vorsitzenden des Staatsrates und Ministerpräsidenten („Horizont", 50/76).

Das Hauptziel dieses Volksmachtsystems ist *„eine tiefgreifende Dezentralisierung der Verwaltung"* (Castro, a.a.O., S.235). *„Die Dienste sollen in die Verantwortung derer übergehen, für die sie da sind, ob es sich um Arbeit für die Gemeinde, die Region, die Provinz oder für das ganze Land handelt"* (Castro, ebd.).

Das heißt, die Zuteilung von Material und finanziellen Mitteln erfolgt zentral, die Richtlinien und Pläne für die verschiedenen Sektoren der Wirtschaft, für das Erziehungswesen, den Dienstleistungs- und Transportsektor usw. werden ebenso wie die Hinweise zu ihrer methodischen Durchführung zentral erarbeitet; die konkrete Umsetzung am Ort geht aber in die Verantwortung der Gemeinden über.

Mit diesem System der Volksmacht soll zum einen der bisher immer noch provisorische Charakter der Revolutionsregierung überwunden und die *„endgültige Form des sozialistischen Staates in Kuba"* entwickelt werden (Castro, S.246). Zum anderen erscheint es als ein Versuch, die Mängel und Schwächen einer zeitweise überzentralisierten Verwaltung zu überwinden und einen größeren Spielraum für lokale Initiativen zur Bewältigung örtlicher Probleme zu schaffen (z.B. bei Problemen wie: Mangel an Arbeitskräften, bei der Einteilung von Arbeitsbrigaden, Material usw.).

Es sollte noch einmal hervorgehoben werden, wie deutlich sich die Wahlen und die Volksversammlungen in Kuba von den uns bekannten Formem der bürgerlichen Demokratie unterscheiden:

- Keinerlei Vorrechte für die Delegierten, was sogar in der Verfassung verankert ist;
- die direkte Verantwortlichkeit der Delegierten gegenüber ihren Wählern;
- oder allein die Tatsache, daß die Kandidaten in öffentlichen Bürgerversammlungen – und nicht durch ein karrierebestimmtes Parteigerangel – benannt werden, unter anderem nach dem Kriterium: *„Wir nominieren, wer am besten dem Volke dient"* („ND", 25.8.76).

Offen ist für uns allerdings noch die Frage, inwieweit die Massen möglicherweise auf eine Beteiligung an der Verwaltung lokaler Institutionen beschränkt werden, oder anders ausgedrückt, inwieweit die Massen tatsächlich in den Prozeß der politisch-ideologischen Diskussion und Entscheidungen einbezogen sind.

Beteiligung der Frauen

Von den über 10.000 Delegierten, die in die Gemeindeversammlungen gewählt wurden, waren nur 856 Frauen, das sind gerade 8%.

In einer Rede auf einem Kongreß des kubanischen Frauenverbandes (1974) hat Fidel Castro das Problem der mangelnden Einbeziehung der Frauen in das gesellschaftliche und politische Leben deutlich benannt: *„.... nach mehr als 15 Jahren der Revolution sind wir in dieser Hinsicht politisch und kulturell zurückgeblieben. Die Wirklichkeit ist, daß noch immer objektive und subjektive Faktoren bestehen, die den Zustand der Frauendiskriminierung aufrechterhalten"* (Castro, S.267).

Das Wahlergebnis zeigt, daß immer noch gilt, was Fidel 1974 als wesentliche Aufgabe bezeichnete: *„Der Kampf für die Gleichberechtigung der Frau. Der Kampf für die vollständige Eingliederung der Kubanerin in die Gesellschaft. Das sollten die Revolutionäre ebenso wie die Frauen selbst verstehen. Das ist natürlich nicht nur die Aufgabe der Frau. Das ist die Aufgabe der ganzen Gesellschaft."*
gung der Kubanerin in die Gesellschaft. Das sollten die Revolutionäre ebenso wie die Frauen selbst verstehen. Das ist natürlich nicht nur die Aufgabe der Frauen. Das ist Aufgabe der ganzen Gesellschaft."

(Vergl. zur Lage der Frauen in Kuba und zu den politischen Positionen Che Guevaras zu dieser Frage: DIE INTERNATIONALE, Nr. 21: „Der Kampf der Frauen ist weltweit").

Lateinamerika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

BRD unterstützt weiter die chilenischen Faschisten

Mit ausdrücklicher Zustimmung der BRD vergab die Weltbank erneut einen 150 Mio. Dollarkredit an die chilenischen Folterknechte, nachdem bereits zu Anfang des Jahres ein Kredit von 30 Mio. Dollar gezahlt worden war. Der Kredit ist zur Förderung der Landwirtschaft und Elektrizitätswirtschaft vorgesehen und soll so den Faschisten über ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinweghelfen.

Zur gleichen Zeit, da die Weltbank einen Kredit an die Mörderjunta vergab, gewährte auch die Deutsch-Amerikanische Bank, ein Tochterunternehmen der Dresdner Bank, der Banco Zentral von Chile einen Kredit von 50 Millionen DM!

Scheinheilig betonen die Vertreter der USA und der BRD, daß Kredite streng nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten vergeben werden, politische Gesichtspunkte spielten keine Rolle. Die Regierung Allende wurde aber keineswegs wirtschaftlich unterstützt, mehrere Kreditanträge Allendes wurden abgelehnt. Dies hat nicht unwesentlich zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Chile beigetragen, die dann dem Militär als Vorwand für den Putsch dienten.

Auch vor der UNO: BRD immer an der Seite Pinochets!

Ähnlich schweinisch hat sich die BRD in der UNO verhalten. Die UNO-Vollversammlung hat mit überwältigender Mehrheit die „Wiederherstellung und den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Chile" gefordert. Auch von der Hauptkonferenz der UNESCO wurde die Militärjunta wegen der systematischen Verletzung der Menschenrechte angeklagt. Es ist zu betonen, daß die kritische Resolution in diesem Jahr 10 Stimmen mehr erhielt als eine ähnliche im vergangenen Jahr („voz proletaria", 2. - 8.12.76), nämlich 98 Stimmen bei 18 Enthaltungen und 14 Neinstimmen. Aus Lateinamerika votierten Kuba, Trinidad, Kolumbien, Venezuela, Mexiko, Ecuador, Jamaica, Guyana, Tobago und Grenada für die Resolution.

Die BRD enthielt sich der Stimme. Daß sie nicht offen gegen die Resolution stimmte, mag damit zusammenhängen, daß die BRD im Sicherheitsrat sitzt und sie sich deshalb nicht gleich bei Amtsantritt offen gegen die überwältigende Mehrheit der Länder stellen will. Auch will die BRD eine Mehrheit für ihren „Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte" haben. Dieser soll sich aber natürlich nicht gegen die Folter in Chile sondern gegen den sogenannten „Internationalen Terrorismus" richten.

Begründet wird die Haltung der Bundesrepublik zynischerweise mit der Spekulation, daß Chile neue Freilassungen bevorstünden. *„Durch eine scharfe einseitige (!) Resolution, die mit keinem Wort die jüngsten Entlassungen von 300 politischen Häftlingen in Rechnung stellen könnte Chiles Regierung sich in ihrem ursprünglichen harten Kurs bestätigt sehen und wieder von einem möglichen Einlenken abgehen"* („FR", 18.12. 76). Als ob nicht gerade die scharfe internationale Verurteilung Chiles und die internationale Solidarität diesen Erfolg erst möglich gemacht haben.

Lateinamerikakommission und KB/Gruppe Kassel

CSU verstärkt Kontakt zur chilenischen Mörderjunta

chilenischen Mörderjunta

Die CSU-eigene „Hanns-Seidel-Stiftung" will dieses Jahr eine Auslandsvertretung in Chile errichten. Dr. Fritz Pirkl, bayrischer CSU-Arbeitsminister, Vorsitzender der Stiftung und Vertrauter von F.J. StrauSS, führte im November '76 in Chile mit der Junta entsprechende Verhandlungen. In einem Gespräch mit Oberfaschist Pinochet wurde die Einrichtung der Vertretung perfekt gemacht.

Finanziert wird diese Vertretung u.a. auch von der SPD/FDP-Regierung. Die Stiftung weist zur Zeit einen Jahresetat von sieben Millionen Mark aus, von denen ein wesentlicher Betrag über das Bundesinnenministerium aus Steuermitteln unter der Firmierung „Erwachsenenbildung" beigesteuert wird.

KB/Gruppe Kassel

NATO-Manöver mit Brasilien

Im Januar findet im Seegebiet von Porto Rico das Nato-Manöver „Caribex" statt. Brasilien nimmt als bisher einziges lateinamerikanisches Land mit 2 Zerstörern, einem Truppentransporter und einer Marineeinheit an diesem Nato-Manöver teil, („Süddeutsche Zeitung", 24.12.76).

Diese Beteiligung Brasiliens dürfte der weiteren Vorbereitung auf die Gründung einer Südatlantischen Verteidigungsorganisation, SATO, dienen. Die Bildung der SATO war, nach langfristig geplanten Vorbereitungen des US-Imperialismus, Anfang Dezember von Brasilien, Argentinien, Chile und Uruguay beschlossen worden und soll in enger Zusammenarbeit mit der Republik Südafrika durchgeführt werden (siehe dazu AK 95).

Gleichzeitig bestätigt die direkte Beteiligung Brasiliens an Manövern der NATO die führende Rolle, die Brasilien nicht nur ökonomisch und politisch, sondern auch militärisch auf dem lateinamerikanischen Kontinent spielen soll und bereits spielt.

Lateinamerika-Kommission

Westdeutsche Botschaft deckt argentinische Faschisten!

Westdeutsche Botschaft deckt argentinische Faschisten!

Die westdeutschen Botschaften in den lateinamerikanischen Ländern machen wegen ihrer offenen Zusammenarbeit mit den herrschenden Militärregimes nicht nur in Chile von sich reden: Klaus-Diester Genuit, westdeutscher Psychologe, wurde gleich nach dem argentinischen Putsch verhaftet und mehrmals in verschiedene Gefängnisse verschleppt und gefoltert. Genuit leidet noch heute an den Folgen der Folter. Die Eltern Genuits wendeten sich an das Auswärtige Amt in Bonn. Was diese Stelle und die Konsule in Argentinien sich leisteten, davon ein paar Kostproben:

- Im Mai berichtete die westdeutsche Botschaft den Eltern, Genuit *„habe jede Hilfe der Botschaft ausdrücklich abgelehnt"*. Genuit dazu *„Ich rufe doch nicht die Botschaft an und sage dann, ich brauch keine Hilfe"*.
- Viermal besuchten westdeutsche Konsule Genuit in den Gefängnissen; sie besorgten Genuit weder Zusatzverpflegung noch Geld und ärztliche Hilfe. Genuit nach seiner Freilassung: *„Sie haben sich immer nur beschwert, daß der Weg so weit ist"*.
- Als Genuit erneut in ein Gefängnis verlegt wurde, schrieb die Botschaft an die Schwester Genuits: *„Es besteht kein Anlaß,... daß Ihr Bruder schlechter als bisher behandelt wird"*.
- Als sich die Verwandten Genuits dann an „amnesty international" wendeten, weil von den westdeutschen Behörden keinerlei Hilfe zu erwarten war, riet die Botschaft zu diesem Schritt ab. In einem Schreiben hieß es: *„Nach unseren Erfahrungen müßte eine Politisierung des Falles zu einer verstärkten Reaktion der hiesigen (!!!) Sicherheitsbehörden führen; die Chancen einer Freilassung Ihres Bruders würden sich hierdurch verringern"*. Auf deutsch: Bei Einschaltung von „amnesty" wird Genuit vom Verfassungsschutz sofort als „Sicherheitsrisiko" eingestuft! Die „Warnungen" der westdeutschen Botschaft erwiesen sich als Eigentor: Kurz nachdem „amnesty" sich eingeschaltet hatte, kam Genuit im Dezember frei.

Doch selbst in der BRD angekommen, zeigten sich die westdeutschen Behörden von ihrer bekannten Seite. Obwohl vorher zugesichert worden war, daß die Lufthansa bereit sei, *„Ihren Bruder kostenlos nach Deutschland auszufliegen"*, mußte sich der Freigelassene binnen zwei Monaten verpflichten, die Flugkosten (rund 2.000 DM) zurückzuerstatten! (nach „Stern", 6.1.77).

Lateinamerikakommission

Verurteilte des Marineprozesses in Gefahr!

Einer der wenigen Schauprosse in Chile, der Marineprozeß, bei dem 57 Marinesoldaten angeklagt waren, ist im September 1976 nach drei Jahren beendet worden. Bisher sind 46 Matrosen mit Strafen bis zu drei Jahren „bedingt" freigelassen worden. D.h. sie können jederzeit willkürlich wieder festgesetzt werden, sie dürfen keine öffentlichen Funktionen oder Positionen bekleiden und sie sind vom Mindestbeschäftigungsprogramm der Junta ausgeschlossen. Ihre „Freiheit" bedeutet also Unfreiheit, Arbeitslosigkeit, Armut und die Gefahr, sofort wieder verhaftet zu werden. Die noch gefangen gehaltenen acht Matrosen und drei Zivilisten befinden sich momentan in größter Gefahr. Ende November wurden sie zweimal in andere Gefängnisse gebracht; dann wurde ihnen mitgeteilt, daß sie aus Sicherheitsgründen in verschiedene Gefängnisse in entfernte Provinzen verlegt werden. Dies ist eine beliebte Methode der chilenischen Faschisten, um Gefangene verschwinden zu lassen und sie der DINA auszuliefern!

Für die Gefangenen wird es jetzt lebensnotwendig, daß alle Anstrengungen unternommen werden, damit ihre Haftstrafen nach dem Dekret Nr. 504 in Ausweisungen umgewandelt werden. Sieben Häftlinge haben Einreisevisa für die Bundesrepublik beantragt, die allerdings noch nicht genehmigt wurden. Verstärken wir also unsere internationale Solidarität, um das Leben dieser und aller politischen Gefangenen in Chile zu retten!

Lateinamerikakommission

asien

Marcos in Nöten

Philippinen. Mitte Dezember fanden in Tripolis/Libyen Verhandlungen zwischen dem US-faschistischen Marcos-Regime und der moslemischen Befreiungsfront MNLF (Moslemische Nationale Befreiungsfront Moro) statt. Grundlage war die Bereitschaft der philippinischen Regierung zu Verhandlungen über die Forderungen der MNLF. Zentraler Punkt ist die Forderung der MNLF nach *„innerer Autonomie mit eigener Verwaltung und lokalen Sicherheitskräften"* für die Inseln Mindanao, Sulu, Palawan und Basilan („Süddeutsche Zeitung", 10.12.76). Die Inseln stellen ca. ein Drittel des gesamten philippinischen Territoriums!

Aus den Verhandlungen, die unter Schirmherrschaft von Libyens Ghadhafi stattfanden, kamen erstmals einige Ergebnisse auf dem Papier heraus. So wurde *„nach über 40-jährigen kriegerischen Auseinandersetzungen ein Waffenstillstand zwischen beiden Seiten"* vereinbart („SZ", 28.12.76). Im weiteren soll den genannten Inseln (13 Provinzen) „Autonomie" gewährt werden. Wie diese alte Forderung der moslemischen Bevölkerung konkret verwirklicht werden soll, wird erst im Februar/März im Einzelnen verhandelt. Bereits wenige Tage nach den Verhandlungen gingen allerdings die Ansichten über die sogenannte „Autonomie" diametral auseinander.

Die MNLF und beispielsweise der Generalsekretär des Islamischen Kongresses, Ahmed Karim, sind der Meinung, daß die philippinische Regierung sich bereit erklärt habe, *„der muslimischen Minderheit auf Mindanao ihr eigenes Parlament, eine eigene Universität und eigene Gerichtsbarkeit zuzugestehen"* („Neue Zürcher Zeitung", 28.12.76). Es liegt



Kämpfer der New Peoples Army

nahe, daß die MNLF sich nur auf dieser Grundlage mit einem Waffenstillstand einverstanden erklärte.

Gegenüber dieser Position sehen die Faschisten die Verhandlungen heute ganz anders. Zwar sei es so, daß *„den Moslems Autonomie versprochen worden"* ist. *„Aber, es wird n i c h t die Art eines unabhängigen Staates sein, die sie verlangt haben"* – so Marcos zu seiner Verhandlungsinterpretation („SZ", 28.12.76). Ausdrücklich betont Marcos, daß die ganze herrliche Autonomie *„unter Kontrolle der Regierungstruppen stehen soll"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 28.12.76).

Derartig grundsätzliche Differenzen lassen eben auch den Waffenstillstand als ein höchst kurzlebiges Projekt erscheinen – zumal es in der Vergangenheit bereits öfters Friedensgespräche gegeben hat. Sie wurden allesamt von den Marcos-Faschisten gebrochen! Klar dürfte auch sein, daß die Faschisten von vornherein nicht bereit sind, ein gutes Drittel der Philippinen weitgehend aus den Händen zu verlieren. Der Hintergrund für die plötzliche Bereitschaft der Faschisten zu Friedensgesprächen hat denn auch seine Ursachen in der militärischen Situation auf den Philippinen sowie in der politischen Antiguerillastrategie der Marcosdiktatur.

Es geht den Faschisten darum, vorübergehend Ruhe auf den südlichen Inseln zu erreichen, um verstärkt in anderen Provinzen vorgehen zu können. *„Auf Anraten Espaldons* (Kommandeur der Marcostruppen im Süden, d.Red.) *und in eigener Kenntnis der politisch-sozialen Dimension dieser Insurrektion* (Volkserhebung), *die zwar zahlenmäßig umfangreicher, aber in Organisation und ideologischer Sprengkraft weitaus weniger gefährlich als jene der maoistischen Neuen Volksarmee ist, befahl Marcos schon vor geraumer Zeit der Armee Zurückhaltung"* („NZZ", 20.10.76), und *„Mein Befehl war, sie* (die MNLF, d.Red.) *in die Ecke zu drängen, zu neutralisieren"* (ebenda). Entsprechend dieser Spaltungsstrategie versuchte die Marcosdiktatur bereits zuvor, über ein demagogisches Landreformprogramm die moslemische Bevölkerung vom weiteren Kampf abzuhalten. Unter der Parole „Befriedung und Entwicklung" wurde ein gigantisches Landraubprogramm durchgezogen („Ampo" 2/76). Dies klappte logischerweise nicht, im Gegenteil wurden von der Bevölkerung Abwehrmaßnahmen wie Demonstrationen durchgeführt. So gesehen stellt das „Friedensangebot" der Marcosdiktatur einen neuen Versuch dar, die moslemische Bevölkerung über scheinbare Zugeständnisse zu beruhigen.

Die ganze Sache hat auch einen weiteren realen Hintergrund – die militärische Lage auf den Philippinen.

Marcosdiktatur militärisch in der Klemme

Um die faschistische Herrschaft aufrechterhalten zu können, befinden sich heute ca. 90% der philippinischen faschistischen Streitkräfte im E i n s a t z auf den Philippinen („New Asia News", 16.7.76)!

Der größte Teil der Truppen befindet sich offensichtlich auf Mindanao, dort wurden seit Ausbruch der Kämpfe vor vier Jahren ca. 4.000 Soldaten getötet („SZ", 27.12.76).

Das Ausmaß des Militäraufgebots wird an einem Beispiel deutlich: *„Ca. fünf Kilometer von Zamboanga* (Großstadt auf Mindanao, d.Red.) *entfernt beginnt die Zone, die für Ausländer verboten ist (insgesamt ein gutes Viertel des Territoriums der Republik der Philippinen) ... Entlang der einzigen Straße, die von Zamboanga weitergeht, sind alle acht bis zehn Kilometer militärische Sperren* (!!!) *... Die philippinischen Militärs bewegen sich nur mit Furcht und in einigen Gebieten nur mit Panzerfahrzeugen"* („Le Monde", 16.12.76). In den Kämpfen setzte die faschistische Armee ihr ganzes Waffenarsenal ein, Napalmbombardierungen, Wälder wurden entlaubt und Ortschaften bombardiert und ausgerottet. So wurde 1974 die Stadt Jolo bombardiert und „ausrasiert", wie die „Le Monde" schreibt! Trotz dieses totalen Krieges konnten die Faschisten den Widerstand der moslemischen Bevölkerung nicht brechen. 1976 riegelten sie die Insel nach außen hermetisch ab (Einreiseverbot für Ausländer) und versuchten, militärisch Herr der Lage zu werden. Es gibt keine genauen Angaben über den Ausgang dieser Kämpfe, Tatsache ist aber, daß die MNLF während dieser Zeit beispielsweise zwei Inseln besetzte („Ampo" 2/76).

Zusätzlich zu den Kämpfen auf Mindanao sehen die Faschisten sich seit einem guten Jahr verstärkt mit den Genossen der New Peoples Army (Armee der Kommunistischen Partei) konfrontiert! Diese begann ihren Kampf insbesondere auf der nördlichen und größten Insel, auf Luzon. Mittlerweile hat sich die NPA

Fortsetzung auf Seite 23

Ein Jahr ‚Demokratische Republik Ost-Timor'

Ein Jahr Volkskrieg gegen die indonesischen Besetzer



Am 28. November '76 jährte sich die Gründung der „Demokratischen Republik Ost-Timor". Die Gründung der Republik dokumentierte 1975 das endgültige Ende der portugiesischen Kolonialherrschaft und den Sieg der „Frente Revolucionária de Timor Leste Independente" (FRETILIN) über die pro-portugiesische Bewegung UDT und die APODETI, die einen Anschluß an Indonesien befürwortete. Der Versuch von Seiten der Imperialisten, über UDT und APODETI eine proimperialistische Lösung in Ost-Timor herbeizuführen, scheiterte vollständig. Bereits im Juni '75 erreichte die FRETILIN bei den Wahlen der Dorfoberhäupter 90 % („Progrom", 39/40)!

Am 10./11. August '75 wurde durch die UDT ein Putsch durchgeführt. UDT-Milizen besetzten Flughäfen, Polizeistationen in Dili (Hauptstadt Ost-Timors) und Bacau, verhafteten und töteten Mitglieder der FRETILIN. Nachdem Verhandlungsangebote der FRETILIN von den Putschisten zurückgewiesen wurden, entschloß sich die FRETILIN am 16. August zum Gegenangriff. *„Am 8. September hatten sich die letzten Anhänger der UDT sowie der APODETI über die Grenze in den indonesischen Teil der Insel abgesetzt. Ost-Timor stand damit de facto unter der Kontrolle der Fretilin"* („Ost-Timor Informationen", Nr. 1/Dez. 1975).

Die FRETILIN *„die im Frühjahr 1975 allgemein als größte Partei des Territoriums betrachtet wurde"* (1),
1975 allgemein als größte Partei des Territoriums betrachtet wurde" (1),
rief auf dieser Grundlage am 28.11.75 die „Demokratische Republik Ost-Timor" („DROT") aus. Die Antwort des Imperialismus ließ nicht lange auf sich warten. Am 7. Dezember '75 startete Indonesien eine Großinvasion in Ost-Timor.

Seit dieser Zeit führt das Volk Ost-Timors den Kampf gegen die faschistischen Invasoren. Laut einem Report der UNO betrug die Zahl der indonesischen Invasionssoldaten am 25.12.75 zwischen 15 und 20.000 (2). Die Zahl ist laut Angabe der Regierung der „DROT" inzwischen auf 30 bis 40.000 gestiegen. Selbst die erzreaktionäre „Frankfurter Allgemeine Zeitung" sprach am 14.10.76 von 10.000 indonesischen Soldaten in Ost-Timor.

Doch selbst diese anwesenden Truppen müssen laufend ersetzt werden. So berichtet „Radio Maubere" (Radiosender der „DROT") am 14.11.76 von der Ankunft neuer faschistischer Truppen. Danach landeten am 8.11. in Dili 300 indonesische Soldaten und am 11.11. 2.000 Soldaten in Laklubar.

Trotz ihrer großen waffentechnischen Überlegenheit gelang der Invasionsarmee lediglich die Besetzung kleiner Küstenflächen (siehe auch nebenstehende Karte aus dem „extra-dienst" vom 3.12.76). Die indonesische Armee führt einen grausamen Luftkrieg gegen das timoresisohe Volk. Laut „Melbourne Age" vom 20.9.76 wird bei den Bombardements auch Napalm eingesetzt. Die gesamte Insel ist einer totalen Blockade ausgesetzt. Trotz des grausamen Krieges, bei dem die indonesischen Faschisten auch bundesrepublikanische Waffen (Kampfhubschrauber BO 105) einsetzen, ist es ihnen bis heute nicht gelungen, den Widerstand zu brechen und die „DROT" zu unterjochen. Im Gegenteil müssen nach Meldungen des Radiosenders der FRETILIN „Radio Maubere" die indonesischen Invasoren laufend Verluste hinnehmen. Hiernach wurden im August sechs Ortschaften von der FRETILIN zurückerobert! Nach Aussage Ramos Horta's vor der UNO sind bereits über 100 indonesische Soldaten zur FRETILIN übergelaufen. Nach Berichten des „Guardian" weigerten sich Truppen, auf Patrouille zu gehen oder Hubschraubereinsätze zu fliegen („Aktuelle Informationen" Nr. 14 vom Ost-Timor Solidaritätskomitee).

Selbst nach den Worten des indonesischen Faschistenführers Suharto tritt die FRETILIN in Ost-Timor *„hier und dort noch in einer ‚gewissen Stärke'"* auf („NZZ", 26.8.76).

Die „Demokratische Republik Ost-Timor" wird aufgebaut!

Trotz der grausamen Bombenangriffe gegen Dörfer und Felder Ost-Timors, trotz der andauernden Blokkade baut das Volk von Ost-Timor sich seinen Staat auf!

Vor dem Dekolonialisierungsausschuß der UNO berichtete der „DROT"-Außenminister Horta über die Aufbauarbeit in den befreiten Gebieten: Danach wurden 200 Schulen aufgebaut, 50.000 Kinder und Erwachsene werden in ihrer Heimatsprache Tetum unterrichtet. Dabei muß bedacht werden, daß 90 % der timoresischen Bevölkerung Analphabeten waren. *„200 Krankenschwestern und Barfußärzte erfüllen heute, nach dreimonatiger Ausbildung ihre Aufgabe. Die traditionelle (einheimische) Medizin wird entfaltet und angewendet"* (Ramos Horta vor der UNO, nach „Aktuelle Informationen" des Ost-Timor Solidaritätskomitees, Nr. 14).

In erster Linie sollen Malaria und Tuberkulose von den ausgebildeten Ärzten bekämpft werden („Ost-Timor Informationen" Nr. 4).

Ebenfalls nach Aussagen Hortas hat die „FALINTIL", Befreiungsarmee der „DROT", inzwischen eine Stärke von 15.000 Mann. Zusätzlich existiert eine bewaffnete Miliz mit 30.000 Kämpfern. Die Frauenorganisationen und Studentenorganisationen stellen jeweils eigene ca. 1.000 Kämpferinnen und Kämpfer umfassende Truppen!

Die „DROT" ist heute in der Lage, sich mit Nahrungsmitteln etc. selber zu versorgen – zurückzuführen ist dies u.a. auf eine Kampagne der FRETILIN 1975. Damals wurden die Stadtbewohner aufgefordert, in die Landregionen zu ziehen und Land zu bebauen.

Die Republik besteht aus sieben Regionen. In jeder Region besteht ein Komitee aus Repräsentanten der FRETILIN, der Armee, der Frauen- und Jugendorganisationen. In den Dörfern existieren Dorfräte. Die kleinsten kollektiven Organe sind die „suku", die aus jeweils mehreren Familien bestehen.

Auf der internationalen Bühne ist die „Demokratische Republik Ost-Timor" von einer Reihe Staaten anerkannt, darunter die SR Vietnam, Kambodscha, Guinea-Bissao, Guninea-Conakry, VR Angola, Mozambique, VR China. In der UNO wurde Indonesien mehrmals aufgefordert, seine Truppen aus Ost-Timor abzuziehen. Die jüngste Resolution wurde Mitte November vom Dekolonialisierungsausschuß angenommen. In der Resolution wird der *„indonesische Anspruch auf die frühere portugiesische Kolonie Osttimor bestritten und Indonesien aufgefordert, seine Streitkräfte aus dem Gebiet abzuziehen"* („SZ", 19.11.).

Diese eindeutigen Aufforderungen hinderten und hindern die Imperialisten und Reaktionäre freilich nicht, das faschistische Besatzerregime zu unterstützen: Indonesien erhält für seinen Krieg starke Waffenhilfe aus den USA („The Age", 20.9.76) und aus der BRD. Die von der BRD gebaute Kampfhubschrauberwerft produziert laufend „BO 105"-Hubschrauber, die mit Raketen und Maschinengewehren bestückt werden. Ferner steht eine bundesrepublikanische Fabrik für Pistolen und Maschinenpistolen in Indonesien („Zeit", 7.5.71). Bereits früher bekam Indonesien von der BRD mehrere Patroullienboote geliefert. Der Bedarf Indonesiens an derartigen Booten wird insgesamt zu 15 % aus der BRD gedeckt, der Bedarf an leichten Flugzeugen zu 23,1 % (aus „Deutsche Waffen für die Dritte Welt", rororo-Band 1635)! Laut „FR" und „NZZ" vom 26.3.76 wurden über Spanien mehrere ausgemusterte Herkules-Truppentransportflugzeuge an Indonesien geliefert.

Auch Australien – direkter Nachbar des Inselstaates – zeigt gegenüber der jungen demokratischen Republik zunehmend Feindseligkeit: so wurde der auf australischem Territorium stehende Sender der FRETILIN geschlossen, dem Verteidigungsminister der „DROT" wurde unlängst sogar die Einreise nach Australien verweigert (lt. „SWB", 18.11.76).

Die imperialistische Front gegen die „Demokratische Republik Ost-Timor" hat einen realen Hintergrund. Ein endgültiger Sieg der FRETILIN würde inmitten der indonesisch/philippinisch/malaysischen Inselstaaten eine ähnliche Signalwirkung haben, wie der Sieg der indochinesischen Völker. Ein derartiger Sieg würde den Volkskräften in anderen Teilen Indonesiens, auf den Philippinen usw. weiteren Aufschwung geben. Auf der anderen Seite liegt im Hoheitsgebiet der „DROT" der Tiefseegraben, der von den USA als U-Boot-Straße zwischen dem Pazifischen und dem Indischen Ozean genutzt wird. Das bedeutet: neben dem Interesse, ein revolutionäres Ost-Timor zu verhindern, verfolgen die Imperialisten auch konkrete militärische Zwecke mit ihrer Unterstützung der indonesischen Invasion!



Integration: Niemals — Fretilin ist unser Weg und unser Führer

Sorgen wir durch unseren Kampf gegen Großkapital und Staat im eigenen Lande dafür, daß der imperialistische Druck auf die junge demokratische Republik Ost-Timor geschwächt und die Unterstützung für das faschistische indonesische Regime eingestellt wird.

SCHLUSS MIT DER UNTERSTÜTZUNG DER INDONESISCHEN FASCHISTEN DURCH DIE BRD!

VIVA FRETILIN!

A LUTA CONTINUA – DER SIEG IST GEWISS!

Asien-Kommission

Publikationen wie Programm der Filme und Dias zu Ost-Timor sowie die Landkarte der „DROT" können bestellt werden: OTSK (Ost-Timor Solidaritätskomitee), Postfach 6026, 78 Freiburg.

Anm.: (1) und (2) „Decolonization", Nr. 7, August 76 - Veröffentlichung des UNO Ausschusses für Dekolonialisierung.

Thailand: Der Volkswiderstand wächst!

Immer deutlicher wird nach zwei Monaten Herrschaft der faschistischen Junta, daß diese einen Weg einschlägt, der dem der Thieu- und LonNol-Faschisten aufs Haar gleicht.

Die aktuelle Lage in Thailand ist geprägt von zügellosem, faschistischem Terror der Militärs. *„Hier wird verhaftet, gefoltert, getötet... Die Zahl der spurlos verschwundenen wächst. Die Leute hier haben zuviel Angst, um Nachforschungen anzustellen oder gar Fälle von Folterung und Mord zu bezeugen. Mindestens ein Dutzend Opfer der laufenden Verhaftungswelle wurden nach den Verhören in das Polizeikrankenhaus hinter dem Touristenhotel Erwan eingeliefert und starben dort"* (Bericht eines Entwicklungshelfers aus Bangkok, „die tat", 19.11.76). Die „New Asia News" („NAN") berichtet von 300-500 Verhaftungen wöchentlich! Laut „NAN" wird angenommen, daß das Regime ca. 30.000 Menschen insgesamt verhaften will. (12.11.76)

Um die Verhafteten überhaupt alle in KZs festhalten zu können, hat die Junta 3 Mio. US-Dollar für den Bau neuer KZs genehmigt („NAN", 12.11.76)!

In Thailands Hauptstadt Bangkok herrscht nach wie vor nächtliche Ausgangssperre, Reisen in die Provinz neuerdings passierscheinpflichtig. („die tat", 29.10.76). Das Studieren der chinesischen Sprache ist nach einem Erlaß des „Bildungs"-ministers Pinyo Satorn am 13.11. verboten worden („NAN", 26.11.76)!! In den Provinzen sind die Umsiedlungsaktionen in sogenannten „kommunistisch infizierten Gebieten" angelaufen.

Die Lage in Thailand „normalisiert" sich also keineswegs – im Gegenteil – die faschistische Junta hat ihren Terror als Bestandteil ihrer Herrschaft fest etabliert! Gleichfalls mit dem Terror treibt die Junta die proimperialistische Wirtschaftspolitik auf die Spitze. Um neue Investitionen ins Land zu holen, sollen mehrere Gesetze aufgehoben werden. So soll die Beschränkung des wirtschaftlichen Wachstums ausländischer Betriebe auf jährlich 30% aufgehoben werden („Süddeutsche Zeitung", („SZ"), 9.11.). Um die hohe Arbeitslosigkeit „abzuschaffen", werden Formen der Zwangsarbeit eingeführt. So soll ein größerer Teil der Arbeitslosen für Straßenbau und Kanalarbeiten in und um Bangkok eingesetzt werden (Radioansprache Thanin Kraiwichian, „SWB", 23.11.76).

Nicht umsonst schreibt also die „NZZ" von *„Erholungstendenzen in der thailändischen Wirtschaft"* („NZZ", 10.12.76).

Gigantische Aufrüstung

Bereits kurze Zeit nach dem Putsch haben Militärs eine weitere Steigerung ihrer Rüstungsausgaben bekanntgegeben. Man muß bedenken, daß bereits die bürgerliche Regierung zu Beginn dieses Jahres die Rüstungsausgaben um 25% steigerte.

Mitte November nun genehmigte ein sogenannter politischer Beirat („demokratisches" Beiwerk der faschistischen Junta) *„eine Kreditaufnahme in Höhe von 2,5 Mrd. DM für die Rüstung"* („SZ", 17.11.76). Der Rüstungsplan sieht zwei Schwerpunkte vor: *„Das Nahziel ist die Stärkung der Streitkräfte für den Antiguerillakampf in Thailand selbst, weiteres Ziel ist der Aufbau einer Verteidigung gegen Angriffe (?) aus Nachbarstaaten"* („SZ",17.11.). Die thailändische Armee gehört schon heute zur modernsten und schlagkräftigsten Armee des südostasiatischen Festlandes!

Um die Waffen, die neu eingekauft werden, auch entsprechend einsetzen zu können, sollen in Zukunft alle Wehrpflichtigen eingezogen werden. Bisher wurden nur ca. 30% eingezogen („SZ", 30.11.). Mitte November wurde bekannt, welche Waffen Thailands Armee in der letzten Zeit bereits von den USA bezogen hat:

- 48 Rockwell International OV-10c Bronco Flugzeuge, (Antiguerillaflugzeuge mit Raketen und Napalm-Bombenausrüstung);
- 20 Fairchield/Pilatus AU 23A („Peacemaker", Antiguerillaflugzeuge);
- 16 Northrop F-5E Tiger-II Kampfjäger;
- 8 Bell UH-1H Iroquois, Truppentransport-Hubschrauber;
- 1 Lockheed C-130 Hercules, Transportflugzeug;
- 62 bewaffnete Fahrzeuge.

Aus vorherigen Lieferungen erhielt Thailands Armee:

- 25 Hughes TH-55, Hubschrauber;
- 8 Cessna O-1 Bird-Dog, Beobachtungsflugzeuge;
- 7 Cessna U-17 Skywagon Flugzeuge;
- 10 Patrouillienflugzeuge.

Dazu kommen 20 Cadillac Gage V-150, bewaffnete Fahrzeuge; 684 Smith & Wesson Revoler und dazugehörige Munition.

Der Waffenzufluß aus den USA versiegte nach dem Putsch keineswegs. Am 22.11., also nach dem Putsch, überreichte US-Botschafter Whitehouse den Faschisten – quasi als Siegespräsent – fünf Hubschrauber (Radio Hanoi nach „SWB", 25.11.76).

Wenn man bedenkt, daß zusätzlich für mehrere Milliarden DM neue Waffen eingekauft werden sollen, kann man sich leicht ausmalen, daß in Thailand eine bis an die Zähne bewaffnete Aggressionsarmee aufgebaut wird!

Daß diese gigantische Aufrüstung der Aggression gegen die befreiten Staaten Indochinas dient („gegen Angriffe aus Nachbarstaaten", wie das genannt wird), machte Ende Oktober der Kriegsminister Thailands Uppadhit klar. Er forderte die Entwicklung des ASEAN-Paktes zu einem Militärpakt. Zuvor bekräftigte die Junta ihre Bereitschaft, den Angriffspakt SEATO erneut zu beleben („SZ, 3.11.; „FAZ", 2.11.). Die Allianz mit den USA soll nach dem Willen der Militärs wieder gefestigt werden. Erste Schritte sind getan. *„Kaum zehn Tage nach dem Putsch des 6.10. wurde gemeldet, daß die US-Luftwaffe den Stützpunkt Thakli wieder in vollem Umfang benutzt"* („die tat", 29.10.).

Am 23.11. berichtete die laotische Zeitung „Siang Pasason", daß die moderne Spionage-Basis Ramasun wieder voll von den USA betrieben wird („SWB", 25.11.76).

Es ist klar absehbar, daß die USA schrittweise ihre modernen Basen wieder in Betrieb nehmen werden. Das dazu notwendige technische Personal blieb seinerzeit beim Truppenabzug sowieso in Thailand!

Die ersten praktischen Auswirkungen dieser aggressiven Politik sind bereits heute sichtbar. Seit Mitte November kommt es laufend zu Übergriffen von Angehörigen der thailändischen Armee an der laotischen und kambodschanischen Grenze. Bei den Übergriffen wurden laotische und kambodschanische Kämpfer getötet („SZ" 26.11.76; „SWB" 22.11., 25.11., 27.11.)!

Anfang Januar meldete die VR Laos einen Angriff thailändischer Armeeinheiten auf das Dorf Ban Dore am Mekong. *„Ähnliche Vorfälle sollen sich schon am 13. und 19. Dezember ereignet haben"* („SZ", 5./6.1.77).

Protestaktion gegen die US-Präsenz in Thailand (vor dem Putsch)

Nach Angaben der „SZ" vom 26.11., schaffen die thailändischen Streitkräfte *„Verstärkungen an die Grenze. Außerdem wurden vorsorglich mehrere Dörfer evakuiert"*.

Derartige Provokationen und Kriegsvorbereitungen verdeutlichen die permanente Bedrohung, die das faschistische Thailand für die befreiten Staaten Indochinas darstellt!

Rassismus und Chauvinismus

Rassismus und Chauvinismus

Der Vorbereitung von Agressionen gegen das befreite Indochina dient eine widerliche chauvinistische und rassistische Verhetzung. Gab es schon vor dem faschistischen Putsch antivietnamesische und antichinesische Ausschreitungen, so steigern die Faschisten dies ins Extrem. Da war die Rede von vergifteten Lebensmitteln, die von vietnamesischen Flüchtlingen in Thailand verkauft wurden. Hunderte Vietnamesen werden in KZs gejagt, nur aufgrund der Tatsache, daß sie Vietnamesen sind! In der Stadt Udon Thani wurden bereits nach alter Nazi-Manier Läden und Geschäfte vietnamesischer Bürger zerstört („Stern", 30.12.76).

Ende November inszenierten die Faschisten mit der Auslieferung von 26 kambodschanischen Flüchtlingen eine besondere Schau – ohne den geringsten Beweis und ganz offensichtlich erlogen – wurde „genauestens" über angebliche Hinrichtungen berichtet („NZZ", 28./29.11.76). Kurze Zeit später „enthüllte" Minister Sundayj Sundaravej angebliche Invasionspläne der SR Vietnam: Die Invasion soll *„am 15. Februar beginnen"* („SZ", 10.12.76). Sicherlich werden diese schwachsinnigen „Enthüllungen" durch die ständigen Wiederholungen nicht glaubwürdiger. Unter den rückständigen Teilen Thailands jedoch wird Invasionsfurcht geschürt, wird von den eigenen aggressiven Plänen abgelenkt. Der Chauvinismus richtet sich inzwischen nicht mehr nur gegen die vietnamesische Minderheit. Jetzt sind auch die Chinesen in Thailand – immerhin zehn Prozent der Bevölkerung! – Opfer der faschistischen Propaganda.

„Ihre Schulen werden der Wühltätigkeit verdächtigt, Verwandtenbesuche aus der Volksrepublik China sollen scharf kontrolliert werden" („SZ", 25.11.76). Rassimus und Chauvinismus ist schon immer Mittel zur Durchführung faschistischer Aggressionspläne gewesen, ist schon immer Mittel zur Spaltung und faschistischen Herrschaftsabsicherung gewesen.

Die militärischen Kriegsvorbereitungen, die neuerlichen Grenzprovokationen und die rassistische und chauvinistische Hetze gegen Vietnamesen, Chinesen und andere Minderheiten machen deutlich, daß die thailändischen Faschisten einen neuen Krieg gegen Indochina vorbereiten!

„Der Konflikt zwischen unserem Volk und der reaktionären herrschenden Klasse, den großen Landherren, Kapitalisten und US-Imperialisten kann nur durch den Volkskrieg wirklich gelöst werden" (Aufruf von Studentenführern zum bewaffneten Kampf)

Die thailändischen Faschisten bekommen es zunehmend mit dem bewaffneten Kampf der Volkskräfte zu tun. Nach Meldung von „Radio Hanoi" sind diese Kräfte dabei, *„eine vereinigte Front zu bilden, um die Kräfte aus allen Schichten des Volkes im Kampf gegen die neue Regierung zusammenzufassen"* („SZ", 30.11.76). Nachdem sich bereits die Sozialistische Partei den bewaffneten Volkskräften angeschlossen hat und mit der Kommunistischen Partei zusammenarbeitet (siehe auch ARBEITERKAMPF 94), haben jetzt auch andere einflußreiche Organisationen bzw. deren Führer zum bewaffneten Kampf aufgerufen. In einem Aufruf von sieben Führern des Studentenverbandes „NSCT" (darunter der Generalsekretär des „NSCT" heißt es unter anderem: *„Dies ist das Ende unseres Kampfes innerhalb des von der reaktionären herrschenden Klasse geschaffenen Gesetzes-System. Die Lektion, die wir ... erfuhren, zeigt uns klar, daß nationale Unabhängigkeit und Demokratie in einer dekadenten und ungerechten Gesellschaft nicht über Reformen erreicht werden kann ... Die reaktionäre herrschende Klasse wird nur dann von der Bühne der Geschichte abtreten, wenn sie vom Volk mit revolutionärer Gewalt angegriffen und bekämpft wird. Die Staatsmacht des Volkes kann nur aus den Gewehrläufen wachsen."* („Summary of World-Broadcasts/BBC", 5.11.76).

Gleichfalls haben zwei „prominente thailändische Arbeiterführer" („New Asia News", 10.12.76) zur Forcierung des Kampfes in den Betrieben und zur Beteiligung am bewaffneten Kampf aufgerufen. Insbesondere wird zur Wiederherstellung der Arbeitereinheit in den Betrieben aufgerufen („Voice of the People of Thailand" – „VOPT" – 20.11.76).

Am 30.11. wurde über den Radiosender der Befreiungsfront „VOPT" ein Aufruf an die thailändische Jugend verlesen.

Damit haben sich innerhalb von knapp drei Monaten die Kräfte der Befreiungsfront erheblich verbreitert. Am 29.11. erklärte die Kommunistische Partei Thailands die Notwendigkeit, eine „National-Demokratische Front" zu bilden. Diese Front soll *„Menschen aller Schichten, Nationalitäten, politischer Gruppen und Parteien und Menschen aus allen Lebensbereichen, die in Opposition zur ultrarechten, reaktionären faschistischen Kriegstreiberclique stehen"* zusammenschließen („SWB", 7.12.76). Am 1.12.76 veröffentlichte die KPTh ein neues Zehn-Punkte-Programm. Es handelt sich dabei um ein Programm zum Sturz der faschistischen Herrschaft und zum Aufbau eines neudemokratischen Thailands. So soll *„eine Regierung ‚des Volkes aus Vertretern aller revolutionären Kräfte' zu denen ‚Arbeiter, Bauern, Kleinkapitalisten, nationale Kapitalisten aller Nationalitäten und alle patriotischen, die Demokratie vertretenden Menschen und Organisationen' gehören"* gebildet werden („FR", 27.12.76). Im weiteren sollen nach dem Sturz der faschistischen Junta breite demokratische Rechte für's Volk eingeführt werden. Diesem neuen Programm kommt insofern eine große Bedeutung zu, als es die Grundlage für eine politisch einheitliche Ausrichtung der Volkskräfte bietet, und damit die politische Grundlage einer „National-Demokratischen Front" sein wird.

Die schnelle Verbreiterung des Widerstandes in politischer und zahlenmäßiger Hinsicht trägt ganz offensichtlich bereits Früchte.

Offensichtlich trägt diese Verbreiterung der bewaffneten Kräfte bereits die ersten Früchte. So berichtet „Radio Hanoi" davon, daß *„bereits 400 Dörfer fest in der Hand"* der Befreiungskräfte sind, und die daß *„sie im Begriff sind, die befreiten Gebiete im Kampf gegen das Militärregime in Bangkok zu erweitern"* („SZ", 30.11.). Die Zeitung „New Asia News" berichtet in ihrer Ausgabe vom 26.11. von einem *„intensivierten Guerillakrieg"*... Sie berichtet, daß es am 25. Oktober zum ersten Mal zu einem Angriff im Fang-Distrikt kam. *„Dies war das erste Mal, daß aus dieser berühmten Touristen-Provinz Guerilla-Aktivitäten berichtet wurden"* („NAN", 26.11.). „NAN" berichtet von einer ganzen Reihe von Kämpfen, bei denen auch zwei Hubschrauber der Faschistenarmee abgeschossen wurden. Ein ähnliches Bild ergibt sich von den Meldungen des offiziellen thailändischen Radiosenders „Radio Bangkok" und dem Sender der Befreiungskräfte „Voice of the People of Thailand". Fast täglich werden mehrere Angriffe der Volkskräfte gemeldet. In der Regel handelt es sich um kleinere Kämpfe, um Zerstörung von Polizei- und Militärstationen beispielsweise. („SWB", 10./11. 13./18./25.11. und „NAN", 26.11.).

Es gibt einige herausragende Meldungen. Anfang November wurde in Bangkok (!) eine größere Polizeistation niedergebrannt. Dabei gingen Munition, Granaten und 1.200 automatische M-16 Gewehre drauf.

Zu erheblichen Kämpfen ist es aufgrund einer Offensive der Regierungstruppen im Gebiet der thailändisch/malaysischen Grenze gekommen („SZ", 25.11.).

Am 14 November wurde über „Radio Bangkok" vom Generaldirektor für Straßenbauangelegenheiten, Chaliao Watcharaphuk, bekanntgegeben, daß mittlerweile 34 Straßen mit einer Gesamtlänge von 2.270 km von den „Terroristen" faktisch gesperrt sind. Durch ständige Angriffe, durch Minen etc. sind Bauarbeiten an diesen halbfertigen Straßen unmöglich geworden. Von den Straßen befinden sich 24 im Norden, eine im Nordosten und sieben im Süden („SWB", 18.11.).

Mitte Dezember besetzten ca. 150 Kämpfer die Distrikthauptstadt Langoo in der Provinz Satul für mehrere Stunden („FR", 17.12.76).

Nach Mitteilung des thailändischen Ministers Dusit Siriwan am 27.10. hat der Radiosender „Voice of the People of Thailand" eine größere Reichweite als der offizielle Regierungssender! Es sollen nun Anstrengungen gemacht werden, um „Radio Thailand" zu stärken („NAN",26.11.)...

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß der bewaffnete Kampf in Thailand ein bisher ungekanntes Ausmaß angenommen hat. In einigen Bezirken kam es zu regelrechten Gefechten, aus denen sich die faschistischen Soldaten nur mit Hubschraubern retten konnten („SWB/BBC", 14.12.76). In einem einzigen Gefecht wurden 51 faschistische Soldaten getötet, es war die bisher größte Niederlage der Juntaknechte seit Jahren.

Alles in allem deutet sich an, daß die thailändischen Faschisten trotz ihres Terrors dasSchicksal der Faschisten Thieu und Lon-Nol teilen werden – wenn auch noch nicht auf kurze Sicht! Zu einem ähnlichen Ende wie diese Massenmörder sollten die demokratischen und fortschrittlichen Menschen in der BRD durch Entwicklung der Solidaritätsarbeit ihr Scherflein beitragen!

Für den Sieg im Volkskrieg!

Asien-Kommission

Marcos in Nöten

Marcos in Nöten

Forts. von S. 22

jedoch enorm verstärkt und kämpft praktisch in allen Landesteilen – seit 1976 auch auf Mindanao. Nach Meldung der antifaschistischen philippinischen Zeitung „Ang Katipunan" vom 26.3.76 hat die NPA inzwischen ca. 10.000 reguläre Kämpfer („Ampo" 2/76). Selbst der philippinische Generalstabschef Ramos berichtete, daß die NPA *„statt schwächer zu werden, ihren Einfluß schnell über das ganze Land ausdehnte"* („Newsweek", 6.12.76). Ein Beispiel für die Aktionen der NPA gibt die Besetzung mehrerer Dörfer durch ca. 150 Kämpfer und die Entwaffnung der örtlichen Verteidigungstruppen (so eine Art Volkssturm). Das ganze geschah knappe 80 km von Manila, der Hauptstadt, entfernt („Newsweek", 6.12.76)!

Neben diesen beiden wesentlichen Kräften, die gegen die Marcosdiktatur kämpfen, kommen noch kleinere „Unruheherde" auf einzelnen Inseln, und nicht zuletzt die Auseinandersetzungen in den Metropolen und Betrieben. Speziell das Erstarken der NPA und die Weiterführung des Kampfes durch die NLF hat die Marcosdiktatur in eine erfreulich heikle Lage gebracht – schon die Kämpfe auf Mindanao binden ca. 60.000 Soldaten („NZZ", 20.10.76). Nach Angabe der „Newsweek" vom 6.12.76 ist heute offiziell nur ein Bataillon der Armee gegen die NPA eingesetzt – dazu kommen natürlich noch die ganzen paramilitärischen Truppen. Auf diesem Hintergrund wird das aktuelle „Friedensstreben" der Marcosdiktatur deutlich. Für die Möglichkeit, größere Truppenteile aus Mindanao abzuziehen, heuchelt auch ein Marcos notwendigerweise von „Autonomie" und gesteht auch kleine Zugeständnisse ein.

Höchst zweifelhaft ist allerdings, ob dieses Unternehmen gelingt. Einerseits hat die MNLF bereits in den vorherigen Friedensverhandlungen deutlich gemacht, daß sie sofort wieder kämpft, wenn die Vereinbarungen gebrochen werden. Im weiteren hat die MNLF in der letzten Zeit ihre Forderungen und politischen Positionen eindeutig weiterentwickelt. Heute vertritt die MNLF politische Positionen, die sich sehr deutlich von denen der alten „nur-moslemischen" Politik unterscheiden, wodurch auch eine Annäherung zwischen MNLF und NPA in Richtung auf einen g e m e i n s a m e n Kampf ermöglicht worden ist (nach „Ampo" 2/76)!

So wird in einer Presseerklärung vom 25.6.76 als erste Forderung die Aufhebung des Ausnahmerechts, als zweite die Durchführung von freien Wahlen genannt und ausdrücklich betont, daß *„dies die einzig mögliche Lösung auch für die Christen ist"* („Ampo" 2/76). In einer Stellungnahme des Moslemführers Udtog Matalam heißt es, daß insbesondere der Kampf gegen die Verbindung der Marcosdiktatur mit dem US-Imperialismus gekämpft werden muß (ebenda). Aus diesen wenigen Aussagen wird bereits deutlich, daß die MNLF sich nicht mit geringen Zugeständnissen zufrieden geben wird.

Dies eröffnet die erfreuliche Perspektive, daß die Marcosdiktatur sich in ihrem Kampf gegen das philippinische Volk weiter zersplittern muß – und damit umso schneller untergehen wird!

Asien-Kommission



naher osten

Anhaltende Unruhen im Westjordanland

Hunderte von Schülern und Jugendlichen demonstrierten am Jahrestag der UNO-Resolution 242 in Nablus (Westjordanland) gegen die israelische Besatzerpolitik. Die Schüler verließen ihre Klassen und zogen durch die Stadt, u.a. durch die besonders bewachte Altstadt. Sie riefen Parolen gegen die UNO-Resolution 242 und gegen den etwa zur gleichen Zeit im Jahr 1947 gefaßten UNO-Beschluß, Palästina zu teilen. Die zionistischen Besatzer gingen mit Tränengas gegen die Jugendlichen vor, die sich mit Steinen zur Wehr setzten („El Moudjahid" – „EM", 23.11.76).

Gerade die Jugendlichen von Nablus bringen ständig durch Demonstrationen und militante Aktionen ihre Empörung gegen den zionistischen Staat und die zionistische Besatzerpolitik zum Ausdruck. So gab es zuletzt im September zum Jahrestag der Palästinensermassaker in Jordanien 1970 und im Oktober wegen der Verurteilung von Schülern zu Gefängnisstrafen (die Schüler hatten gegen die israelische Besatzerpolitik demonstriert) größere Unruhen.

Der Anlaß der jetzigen Demonstrationen zeigt, daß sich die Jugendlichen nicht mit der Existenz eines zionistischen Staates und der zionistischen Besetzung ihres Landes abfinden wollen. Der Beschluß der UNO 1947, Palästina in einen jüdischen und palästinensischen Staat zu teilen, trug den von den Zionisten seit Jahrzehnten unter britischer Schirmherrschaft geschaffenen Tatsachen politisch Rechnung (Vertreibung der Palästinenser und Schaffung eines zionistischen Staates). Die Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates (22.11.67) hatte zwar die Forderung nach dem Rückzug der israelischen Truppen aus den im Juni-Krieg besetzten Gebieten zum Inhalt, reduzierte aber das Palästina-Problem auf ein reines Flüchtlingsproblem („gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems"). Während die Resolution die Sicherstellung der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates im Nahen Osten forderte, damit auch ausdrücklich des zionistischen Staates, war vom R e c h t der Palästinenser auf i h r Land bezeichnenderweise nicht die Rede!

***

Anfang Dezember flammten im gesamten Westjordanland Proteste gegen die zionistische Besatzerpolitik erneut auf.

Anlaß für die seit Anfang Dezember ständig stattfindenden Streiks und Demonstrationen war die für den 1. Dezember 76 von dem israelischen Besatzerregime geplante endgültige Einführung der Mehrwertsteuer sowie erneuter Landraub in der Nähe von Nablus und Bethlehem im Westjordanland.

In den besetzten Gebieten sollte – wie in Israel selbst – schon seit dem 1.7.76 eine achtprozentige Mehrwertsteuer eingeführt werden. Schon im Juli hatte sich die arabische Bevölkerung durch dreiwöchige Streiks gegen diese Maßnahmen erfolgreich zur Wehr gesetzt, ebenso dann Anfang August. Nach der Genfer Konvention dürfen in besetzten Gebieten gar keine neuen Steuern erhoben werden, für die zionistischen Besatzer aber würde die Durchsetzung solcher unrechtmäßigen Gesetze ein weiterer Schritt dazu sein, die besetzten Gebiete endgültig zu annektieren. Deshalb, und wegen der erneuten Preissteigerungen, (die Folge der Einführung der Mehrwertsteuer) wehrt sich die arabische Bevölkerung dagegen.

Schon in der Nacht vom 8. zum 9. Dezember nahmen die Besatzertruppen eine Anzahl Jugendlicher fest, die demonstriert hatten („Frankfurter Rundschau" – „FR" und „Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 10.12.76). Daraufhin kam es zu weiteren Demonstrationen und Streiks, besonders am Sonntag, den 12.12. in Ramallah und Nablus. Trotz der von den Zionisten in Nablus am Sonntag verhängten Ausgangssperre gingen die Jugendlichen am Montag erneut auf die Straße, riefen antizionistische Parolen, bauten Barrikaden und steckten Reifen in Brand. Die Besatzertruppen gingen mit Tränengas gegen die Demonstranten vor. Anschließend wurde wiederum ein totales Ausgehverbot verhängt („EM", 13.12.76). Mehr als 150 Demonstranten wurden verhaftet, von denen viele nach einem Verhör freigelassen werden mußten („Le Monde", 14.12.76)

Am Dienstagmorgen kam es außerdem in Ramallah zu erneuten schweren Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Besatzertruppen. Bei den stattfindenden Demonstrationen wurde auch gegen die außerordentlich schlechten Haftbedingungen der arabischen politischen Gefangenen protestiert („Neue Zürcher Zeitung" = „NZZ", 16.12.76).

Die zionistischen Besatzer gingen mit Tränengas und Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor. Zynisch kommentiert die reaktionäre „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (14.12.76) den bekanntlich äußerst brutalen Einsatz der zionistischen Militärs: „Es scheint, daß Israel aus den blutigen Maitagen gelernt hat. Als diesmal



Von Steinwürfen der arabischen Jugendlichen verletzt: ein zionistischer Besatzer. Nur weiter so!!

Von Steinwürfen der arabischen Jugendlichen verletzt: ein zionistischer Besatzer. Nur weiter so!!

Einsatz der zionistischen Militärs: „Es scheint, daß Israel aus den blutigen Maitagen gelernt hat. Als diesmal *jugendliche Araber durch Nablus und Hebron stürmten, ließen die jüdischen Soldaten die Schnellfeuergewehre ruhen. Schlagstöcke und Tränengas machen keine Märtyrer. So besteht die Hoffnung, das Feuer könnte schnell ausbrennen."*

In den blutigen Maitagen waren im Westjordanland mindestens elf Araber bei Demonstrationen von den zionistischen Besatzern erschossen worden! Aber auch wenn die Schnellfeuergewehre diesmal angeblich „ruhen" sollten (in Beth-el z.B. machten die Besatzer wieder von der Schußwaffe Gebrauch, es gab einen Verletzten („FAZ", 16.12. !), so wenden die zionistischen Besatzer eine Vielzahl von Terrormethoden tagtäglich an: Ausgangssperren, eine nach der anderen, schwerbewaffnete Patrouillen, willkürliche Verhaftungen, Folterungen usw. usw.

Dieses tagtägliche Unrecht versuchen die Zionisten und die gesamte zionistenfreundliche Presse zu verschweigen, oft genug mit Erfolg. Zuviele Tote aber, wie damals im Mai, schaden dem Ansehen der Zionisten.

***

Angesichts der ständig wachsenden Unruhen und der andauernden Händlerstreiks in vielen Städten des Westjordanlands wurde für den 14.12. zu einem Generalstreik im gesamten Westjordanland aufgerufen. Am Aufruf beteiligten sich auch die Stadtverwaltungen der arabischen Städte – erstmals seit 1967 („SZ", 16.12.76). Der Streik wurde selbst von den Händlern im arabischen Ostjerusalem befolgt, obwohl hier die Behörden mit „üblichen" (!!) Strafmaßnahmen, wie Entzug der Geschäftslizenz, gedroht haben („FAZ" 15.12.76). Auch ein großer Teil der Kaufleute im Gaza-Streifen schloß sich den Protestaktionen an.

Allerdings sollen sich die Handelskammern aller größeren Städte bereit erklärt haben, mit den Zionisten zu verhandeln („Welt", 18.12.76), ein Angebot, das den Kämpfen der Bevölkerung in den Rücken fällt und das bis jetzt recht einheitliche Vorgehen spaltet. Prompt wiederholte die israelische Militärverwaltung ein schon im August schärfstens zurückgewiesenes Kompromiß"angebot: Unternehmen im Westjordanland müßten dann keine Bücher führen, wenn ihr Jahresumsatz weniger als 500 000 israelische Pfund (rund 135.000 DM) betrage („SZ", 23.12.76)

Diese Ausnahmebestimmung soll allerdings nur zum April 1978 befristet sein. Sollte sich dieser „Kompromiß" durchsetzen, hätten die zionistischen Besatzer ihr Ziel bald erreicht: Die meisten kleinen Geschäftsinhaber – und diese befinden sich in der Mehrzahl – können nicht lesen und schreiben und folglich gar keine Bücher führen. Die Zionisten aber wären mit ihrer Politik der vollendeten Tatsachen wieder einen Schritt weiter!

***

Ende Dezember fanden erneut Massenverhaftungen im Westjordanland statt („Neues Deutschland" = „ND", 28.12.76). Die israelischen Militärbehörden haben die Verhaftung von 66 Arabern bekannt gegeben, die in „geheimen" Zellen verschiedener Widerstandsorganisationen organisiert gewesen sein sollen („Le Monde", 28.1.76).

***

In mehreren Gefängnissen der Zionisten sind die arabischen politischen Gefangenen in den Hungerstreik getreten, u.a. in Ashdod und in Ramallah. Sie protestieren gegen die äußerst schlechten Haftbedingungen und setzen sich für ihre Anerkennung als Kriegsgefangene ein. Bisher gelten die palästinensischen Kämpfer als Kriminelle („EM", 21.12.76 und „FR", 30.12.76)!

Einige israelische Zeitungen haben nachgewiesen, daß ein aus dem Westjordanland stammender Araber in israelischen Gefängnissen zu Tode gefoltert worden ist. Der israelische Rundfunk hatte hingegen die Lüge verbreitet, der Gefangene sei an einer Herzrezeptur gestorben („ND", 21.10.76).

Nahostkommission

Zionistischer Terror gegen Araber in den besetzten Gebieten

Proteste gegen Zusammenarbeit westdeutscher und französischer Behörden mit der SAVAK

Die am 5.11.76 in Paris verhafteten iranischen Antifaschisten, Nadir Oskoni und Reza Takbiri, sind immer noch nicht von der französischen Polizei freigelassen worden. Die Verhaftungen waren dem Attentat auf den iranischen Kulturattache in Paris und Nr. 1 der SAVAK in Frankreich, gefolgt. Mit den beiden Antifaschistischen wurden weitere vier iranische Oppositionelle verhaftet. Sie wurden inzwischen von den französischen Behörden nach Schweden ausgewiesen. In Paris haben das „Komitee Oskoni und Takbiri" und die Verteidiger am 9.12.76 ein Treffen organisiert, an dem auch 43 iranische Studenten teilnahmen, die sich aus Protest gegen die Verhaftungen und Ausweisungen im Hungerstreik befinden. Die CISNU Frankreich stellte fest: *„Seit dem 30. November gibt es nur einen einzigen „Anklagezeugen". Alle anderen haben aufgegeben. Dieser einzige „Zeuge" ist der offenkundige Agent der SAVAK, Keykavoussi selbst"* (nach „Afrique-Asie", 27.12.76).

Besonders in Frankreich (Paris und Grenoble) und Schweden (Stockholm und Upsala) nimmt die Solidaritätsbewegung mit den Verhafteten und Ausgewiesenen zu. In der BRD protestierte die CISNU mit Hungerstreiks in mehreren westdeutschen Städten. Sie fordert: Sofortige Freilassung der beiden in Paris inhaftierten Antifaschisten und die Rückkehr der vier ausgewiesenen Studenten an ihre Studienplätze.

Eine Zusammenarbeit mit dem iranischen Geheimdienst SAVAK zeigten die BRD-Behörden, in dem sie 16 iranischen Studenten die Einreise in die BRD zur Teilnahme am CISNU-Kongress verbieten wollten. Die Studenten gingen vor Gericht und erzwangen so ihre Einreise. Nach Auskunft von Rechtsanwalt Pfaff wurde anderen iranischen Studenten, die am CISNU-Treffen teilnehmen wollten, die Einreise auch dann noch verweigert, als die von den 16 zuvor abgewiesenen Studenten angestrengte Gerichtsentscheidung bereits vorlag. Die Bundesgrenzschutzdirektion in Koblenz habe mitgeteilt, die namentlich aufgeführten Personen dürften einreisen; ansonsten halte das Innenministerium seine Weisung aufrecht, daß Besuchern des CISNU-Kongresses die Einreise nicht zu gestatten sei („Frankfurter Rundschau", 5.1.76). Inzwischen ist die Behinderung des CISNU-Kongresses durch die BRD-Behörden mit neuen Schikanen weitergegangen. Das Frankfurter Ordnungsamt verbot die zum Abschluß des Kongresses für den 8.1. vorgesehene Demonstration iranischer Antifaschisten durch die Frankfurter Innenstadt. Begründung dieser Ausländerverfolgungsbehörde: Die Anmelder der Demonstration hätten ausgeführt, daß ca. 95 % der erwarteten 1.000 Demonstrationsteilnehmer sich maskieren würden. Straftaten, mit denen zu rechnen sei, könnten dann nicht polizeilich verfolgt werden. Teilnehmer der Demonstration beabsichtigten, Transparente mit der Aufschrift „Der Schah ist ein Mörder" mitzuführen, außerdem sei gegen Ende der Demonstration die Verbrennung einer Strohpuppe (Schah) vorgesehen. Diese Vorhaben verstießen gegen den § 103 des Strafgesetzbuches (Beleidigung ausländischer Staatsoberhäupter), (Inf. nach „FR", Frankfurter Ausgabe v. 6.1.77).

Daß sich die iranischen oppositionellen Studenten auch im Ausland bei der umfangreichen SAVAK-Agententätigkeit und deren Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden der imperialistischen Länder ihr Gesicht verhüllen müssen, wenn sie jemals in den Iran zurückkehren und dort überleben wollen, ist klar und wurde auch bisher auf Demonstrationen der CISNU in Frankfurt von den Behörden zumindestens geduldet. Eine neue Verschärfung stellt ebenfalls die Anführung des § 1o3 StGB durch das Ordnungsamt dar, die das Recht auf freie Meinungsäußerung so beschneidet, daß die iranischen oppositionellen Studenten den Schah noch nicht einmal Mörder nennen dürfen, von dessen Regime selbst „amnesty international" feststellen mußte, daß es eines der blutigsten der Welt mit der höchsten Hinrichtungsrate politischer Gefangener ist („Neue Zürcher Zeitung", 30.11.76).

Nahostkommission

Das OPEC-Kartenhaus fällt zusammen

Die 13 Mitgliedsstaaten der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) haben sich erstmals auf ihrer Ministerkonferenz in Doha, der Hauptstadt des Golfemirats Katar vom 15. bis 17. Dezember 1976 nicht auf eine einheitliche Erhöhung des Rohölpreises geeinigt. Während sich elf der 13 OPEC-Staaten (Algerien, Gabun, Irak, Iran, Indonesien, Exuador, Katar, Kuwait, Nigerien, Libyen und Venezuela) auf eine Erhöhung um 10 % (= 1,7 Pfg./Liter) ab 1.1.1977 und eine weitere um 5 % ab 1.7. einigten, wollen Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) – siehe Kasten – nur um 5 % für das gesamte Jahr erhöhen.

Der saudi-arabische Erdölminister Jamani, der sich vor der Konferenz immer für eine höchstens 10%ige Erhöhung stark gemacht hatte, trat auf der Eröffnungssitzung plötzlich mit der provokativen Forderung nach Einfrieren des seit Herbst 1975 konstanten Listenpreises für ein weiteres halbes Jahr auf, mit dem scheinheiligen Argument: *...daß der nach zwei kritischen Jahren begonnene wirtschaftliche Aufschwung in den Industriestaaten auf noch zu schwachen Füßen stehe, um eine zehnprozentige Preiserhöhung des Erdöls verkraften zu können"* (18.12.76, „Frankfurter Rundschau" – „FR"). Eine derartige Behauptung haben nicht einmal die Imperialisten selbst aufgestellt. In allen Gutachten, die sie in den Wochen vor der OPEC-Konferenz erstellen ließen, werden Erhöhungen um 10 % als verkraftbar bezeichnet („Financial Times", 29.11.1976). In einer Studie des größten Schweizer Bankunternehmens, Swiss Bank Corporation, heißt es: *„Eine Erhöhung der OPEC-Erdölpreise wird keinen wesentlichen Einfluß auf westliche Wirtschaften haben, wenn sie sich zwischen 7 % und 12 % hält. Der wirtschaftliche Aufschwung wird nicht gefährdet"* („International Herald Tribune" – „IHT", 15.12.76). Man wird davon ausgehen können, daß auch die von der Mehrheit der OPEC-Staaten beschlossene Erhöhung nicht zu der von Jamani befürchteten „Rezession im Westen" führen wird. die von Jamani befürchteten „Rezession im Westen" führen wird, *„die die derzeitigen politischen Systeme wirklich schwächen würde – insbesondere in bestimmten Gebieten Europas – , die die Arbeitslosenquote erhöhen und die zu einem anderen System führen würde, das uns zuwider ist"* („Hannoversche Allgemeine", 22.11.76).

Saudi-Arabien als größter Erdölproduzent innerhalb der OPEC schwimmt noch immer im Geld – Ende Juni 1976 betrugen seine Währungsreserven nach Angaben des Weltwährungsfonds 18,7 Mrd. Dollar („FR", 13.11.) – und ist auf die Scheffelung weiterer Petrodollars nicht in dem Maße angewiesen wie die volkreichen OPEC-Länder, die zum Teil schon wieder eine defizitäre Zahlungsbilanz haben. Die Saudis geben ihre Erdölpreispolitik nicht nur als verantwortliches Handeln gegenüber der Weltwirtschaft aus, sondern benutzen sie überdies, um ihr reaktionäres Interesse an einem imperialistischen Frieden im Nahen Osten durchzusetzen. Jamani erklärte: *„Wir erwarten, daß der Westen honoriert, was wir taten und insbesondere die Vereinigten Staaten"* („IHT", 20.12.). Der saudi-arabische Botschafter in Washington, Ali Alireza, wurde noch etwas deutlicher: *„Der Punkt, der genauso stark herausgearbeitet werden muß wie der ökonomische Aspekt, ist die für alle Seiten bestehende Notwendigkeit, voranzukommen bei der Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens in Nahost"* („IHT", 20.12.). Entsprechend den imperialistischen Plänen versteht Saudi-Arabien unter einem „gerechten Frieden" die Schaffung eines palästinensischen Ministaates in den 1967 besetzten Gebieten. Die USA sollen nun aus „Dankbarkeit" für die saudische Zurückhaltung bei der Erdölpreiserhöhung entsprechenden Druck auf Israel ausüben, während die Saudis ihrerseits Ägypten, Syrien und die PLO unter Druck setzen wollen, daß sie in Genf mit „mäßigen" Forderungen auftreten, also insbesondere den zionistischen Staat anerkennen und sich auf ein Mini-Palästina einlassen.

Die Entscheidung Saudi-Arabiens (und der VAE), sich um den Mehrheitsbeschluß der OPEC nicht zu kümmern und sogar seine Erdölproduktion noch zu erhöhen (zu Ungunsten der übrigen OPEC-Länder) hat berechtigten Protest wie wütendes Geschrei innerhalb der OPEC ausgelöst. Zu dem wütenden Geschrei gehört die antiimperialistische Demagogie des Irans, einem der Hauptpreistreiber. Der Schah, schon längst wieder in den roten Zahlen, braucht dringend Devisen, um die wahnwitzigen Projekte seiner Ausbeuterherrschaft zu finanzieren. Wortradikal beschimpfen die iranischen Faschisten in Presse und Rundfunk den saudischen Erdölminister als *„Verräter, Lakai des Imperialismus und Saboteur, der der OPEC in den Rücken fällt"* („SZ", 21.12.). Auch wenn es stimmt, ist es blanker Hohn, wenn das iranische Regierungsblatt „Ra- („SZ", 21.12.). Auch wenn es stimmt, ist es blanker Hohn, wenn das iranische Regierungsblatt „Rastachis" schreibt, daß *„die Dritte Welt und alle antikolonialen Kräfte der Welt ihrem Haß auf Jamani Ausdruck geben, weil der die Interessen seiner Nation an die Imperialisten verkauft hat"* („SZ", 21.12.).

Ist doch der Schah selber einer der zuverlässigsten Verkäufer des iranischen Reichtums an die Imperialisten. Heute schon plant er für die Zeit, wo das Erdölgeschäft nicht mehr laufen könnte, wie Iran zu einem Hinterland der Imperialisten für landwirtschaftliche Produkte werden kann. Der der kleinbäuerlichen Mehrheit des Volkes abgenommene Boden wird an multinationale Großkonzerne verschenkt oder verschleudert, landwirtschaftliche Produkte, die zur Ernährung des eigenen Volkes notwendig wären, werden für den Export produziert. Die Bereicherung des Imperialismus und der herrschenden Klasse im Iran kann natürlich nur durch die Ausbeutung und brutale Unterdrückung des Volkes geschehen. Der Iran ist zu einem mächtigen imperialistischen Bollwerk im Nahen Osten aufgerückt, hochgerüstet mit den modernsten amerikanischen Waffen.

Und so sieht's der KBW

Während der libysche Erdölminister Mabruk eine Spaltung der OPEC in zwei Organisationen nicht ausschloß („SZ", 21.12.) und der irakische Ölminister Abdel Karim erklärte, daß Saudi-Arabien versuche, die „Ölwaffe unwirksam zu machen" („SZ", 21.12.), frohlockt der KBW in seinem Blatt: *„Die OPEC-Staaten setzen die Erdölwaffe ein"* und *„die Einheit der OPEC-Länder konnten die Imperialisten nicht sprengen"* („Kommunistische Volkszeitung" – „KVZ", 30.12.). Was die elf OPEC-Staaten und von ihnen u.a. die fortschrittlichen Kräfte, die den Mehrheitsbeschluß faßten, am stärksten empörte, nämlich das Ausscheren Saudi-Arabiens und der VAE, wodurch eines der wichtigsten Instrumente des Erdölkartells, eine einheitliche Preispolitik zunichte gemacht wurde, wird in dem relativ langen KVZ-Artikel gerade eben mit zwei Sätzen erwähnt: *„Der Druck der Imperialisten, vor allem der US-Imperialisten, hat erreicht, daß kein einheitlicher Beschluß zustandekam. Saudi-Arabien und die Emirate erhöhen nur um 5 %"*. Kein Wort mehr darüber.

Auch wenn man von diesem sehr wichtigen Punkt absieht, hat diese Konferenz deutlich gemacht, daß die OPEC weniger denn je in der Lage ist, die Abhängigkeit der Imperialisten von ihrem Erdöl in eine Machtposition umzumünzen, die ihnen die Durchsetzung bestimmter Interessen und Forderungen ermöglichen würde. Das zeigt sich zum Beispiel an der seit Jahren erhobenen Forderung nach einer Ölpreisindexierung (Bindung des Erdölpreises an einen Preisindex, der aus den kapitalistischen Industrieländern importierten Waren), die die Kaufkraft stabilisieren würde. Nach Berechnun-tierten Waren), die die Kaufkraft stabilisieren würde. Nach Berechnungen der OPEC haben sich die aus dem kapitalistischen Westen importierten Industrie- und Konsumgüter um mehr als 30 % seit der letzten Erhöhung der Erdölpreise im Oktober 1975 verteuert.

Von der Entscheidung in der Frage der Ölpreisindexierung als Gegenmaßnahme zur „importierten Inflation" und in anderen für die unterentwickelt gehaltenen Länder wichtigen Fragen auf der ursprünglich für Mitte Dezember geplanten Abschlußkonferenz des „Nord-Süd-Dialogs" in Paris wollten die Erdölminister ihre diesjährigen Preiserhöhungen abhängig machen. Die Pariser Konferenz wurde kurzerhand auf das nächste Frühjahr verlegt, um, wie die KVZ schreibt, *„die erdölproduzierenden Staaten zu erpressen und von einer Ölpreisanhebung abzuhalten. Zusagen über Lockerung der unverfrorenen Kreditbedingungen und Erleichterung der Schuldentilgung wollten sie ausdrücklich erst nach der Konferenz geben."* Da die OPEC-Staaten den Ölpreis ja aber nun angehoben haben, ist nach KBW-Logik die Erpressung mißlungen: *„Die Preiserhöhung konnten die Imperialisten nicht verhindern"* („KVZ). Geht man allerdings nicht so formal (Erhöhung ja oder nein) an das Ergebnis der OPEC-Konferenz heran, läßt sich schnell feststellen, daß die Imperialisten leider äußerst erfolgreich waren.

Die OPEC hat weder irgendeine politische Forderung durchgesetzt noch auch nur 1 % mehr Erhöhung beschlossen, als die Kapitalisten in ihren Gutachten für tragbar ausgegeben haben, obwohl der Irak z.B. eine über 30%ige Erhöhung für notwendig gehalten hatte und der OPEC-Expertenrat zunächst eine 20%ige Anhebung empfehlen wollte („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 22.11.76). Auch der von der Mehrheit beschlossene neue Preis gleicht also noch nicht einmal annähernd die Verteuerung der Importe von den Imperialisten aus.

Geradezu pervers ist die Behauptung des KBW, daß die *„Ölpreiserhöhung ... die Auswirkung hat, daß ... die erdölproduzierenden Länder ... dies dazu nutzen, den Aufbau ihrer Länder und die Unabhängigkeit vom Imperialismus zu fördern."* Das soll wohl auch für den insbesondere vom US-Imperialismus hochgepäppelten faschistischen Iran oder Saudi-Arabien gelten? Auch wenn die KVZ noch so sehr wünscht, weil es zu ihrer von der VR China blind übernommenen „Dritte Welt-Theorie" paßt, daß *„die Einheit gegen die Zersetzung durch die Imperialisten das vorherrschende Moment beim Aufbau der OPEC war und immer bleiben wird"* sieht die Wirklichkeit noch immer so aus, *„daß die OPEC selbst nicht als ein homogener Block antiimperialistischer Staaten anzusehen ist. Die wenigsten der ihr angehörigen Staaten betreiben tatsächlich eine konsequente Politik, um den Aufbau einer eigenen nationalen Industrie und verschiedener politischer und wirtschaftlicher Forderungen durchzusetzen"* (ARBEITERKAMPF Nr. 70).

Fidel Castro hat sich auf der Eröffnungssitzung der neugewählten Nationalversammlung Anfang Dezember mit der Erdölpolitik der OPEC-Länder auseinandergesetzt. Zu Recht stellte er fest: *„Der Größenwahnsinn des Schahs von Iran ist ebenso wie die fantastischen Waffenmengen in den Händen lächerlicher Soldaten des Königs von Saudi-Arabien und der sagenhafte Reichtum der reaktionären Sultane mit dem Schweiß und Hunger Hunderter von Millionen Menschen in der Dritten Welt genährt worden"* („IHT", 4./5. 12.).

In der tansanischen Regierungszeitung „Sunday News" wird das noch näher erläutert: *„Immer wenn die Erdölpreise steigen, exportieren die reichen westlichen Länder lediglich diese Preissteigerung ganz einfach in die Länder der Dritten Welt, indem sie die Preise für Maschinen, Pharmazeutika und Konsumgüter erhöhen... Die Mehrheit der erdölproduzierenden Länder unterstützt nun das internationale Kapital bei der Ausbeutung und Unterdrückung der armen Länder"* („Monitor-Dienst", 21.12.).

Ob die Erdölpolitik der OPEC-Länder fortschrittlich und anti-imperialistisch ist, kann ganz offensichtlich nicht an dem Ausmaß der Preisanhebung abgelesen werden. Fidel Castro sagte dazu: *„Für die ölexportierenden Staaten wäre es die einzig vernünftige und faire Politik gewesen, sich an die Seite der Entwicklungsländer zu stellen und den sagenhaften neuen Reichtum mit ihnen zu teilen, sie wenigstens mit Öl zu annehmbaren Preisen zu beliefern"* („FR", 4.12.).

Nahost-Kommission

Die Vereinigten Arabischen Emirate

Bis Dezember 1971 war das heutige Gebiet der Vereinigten Arabischen Emirate (Abu Dhabi, Dubai, Umm al-Qaiwain, Adschman, Schardscha, Fudschaira und Ras al-Chaima) britisches Protektorat. Die rasche kapitalistische Entwicklung in den noch von feudalen Strukturen gekennzeichneten Emiraten basiert auf den wachsenden Erdöleinkünften, wobei sich die Förderung zur Zeit auf Abu Dhabi, Dubai und Schardscha beschränkt. Nachdem zunächst Straßen, Flughäfen und wenige Industrieanlagen gebaut wurden, wurden nach 1972 auch Schulen, Wohnungen und Krankenhäuser gebaut. Doch diese sozialen Verbesserungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß in den VAE jegliche demokratischen Regungen unterdrückt werden; politische Parteien, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Organisationen sind verboten. Von den 1975 eingenommenen 3,7 Mrd. Dollar aus Erdölexporten hat allein Abu Dhabi eine halbe Mrd. für die modern ausgerüsteten Streitkräfte mit etwa 10.000 Mann verwendet. Die Waffen und Militärberater kommen vor allem aus Großbritannien, Frankreich und der BRD.

Tunesien: Repression im Namen des „Liberalismus"

In den letzten Wochen, in denen sich Tunesiens Präsident Bourgiba in einer psychiatrischen Klinik in Genf befand, wurde in Tunesien der Machtkampf um seine Nachfolge fortgesetzt. Um für sich und seine Clique Sympathie zu schaffen, kündigte z.B. der Innenminister Tahar Belkhodja die „Begnadigung" von 20 politischen Gefangenen an und sagte dazu: *„Wir wollen mit der Freilassung von 20 Studenten eine politische Initiative ergreifen, die geeignet ist, eine günstige Atmosphäre für den Dialog zu schaffen. Die neue Politik des Nationalen Erziehungsministeriums sowie die Perspektiven der studentischen Vertretung in ihrer Organisation und im Nationalen Büro der Destour-Studenten werden zweifelsohne ermöglichen, die Lage an der Universität zu klären."* Belkhodja wollte das als „Öffnung zum Liberalismus" und mehr Verständnis für die Jugend verkaufen.

Es muß uns jedoch klar sein, daß diese Aktionen reine demagogische Manöver sind: Die meisten der begnadigten politischen Gefangenen haben den größten Teil ihrer Strafe schon abgesessen und hätten im Januar 1977 entlassen werden müssen. Von den zu längeren Strafen (bis 20 Jahre) verurteilten Genossen wurde keiner begnadigt, außer Najib Elleuch, der bis zum Wahnsinn gefoltert worden war und dessen Fall eine internationale Protestwelle hervorrief (siehe ARBEITERKAMPF 75 vom 1.3.1976).

Es wurde schnell deutlich, daß bei der geringsten Unruhe die „liberale" Maske des Regimes fallengelassen wird.

So versuchte man im Gefängnis von „Le Kef" die politischen Gefangenen einzuschüchtern und verlangte von ihnen, die Briefe nach außen zu begrenzen, um die Arbeit der Zensur zu erleichtern: Alle zwei Wochen einen Brief von maximal zwei Seiten. Dies ließen sich die Gefangenen nicht gefallen und protestierten dagegen mit der Besetzung der Gefängnisverwaltung. Die Repression ließ nicht lange auf sich warten. Der Direktor holte Verstärkung für die Wärter, die wahllos auf die Gefangenen schlugen, sie zum Teil schwer verletzten, und in der Nacht in den berühmten Kerker Borj Esroumi bei Bizerta (ein ehemaliges KZ der französischen Kolonialisten) brachten. In Borj Esroumi wurden sie in den Keller gebracht, d.h. in einen Tunnel im Berg, in den kein Tageslicht eindringt und in dem Hunderte von Befreiungskämpfern ums Leben gekommen sind. Die politischen Gefangenen traten dort in einen Hungerstreik.

Als die anderen politischen Gefangenen vier Tage später vom Schicksal ihrer Genossen erfuhren, protestierten sie bei der Gefängnisleitung und schlossen sich am nächsten Tag (2.10.) dem Hungerstreik an, der noch am gleichen Tag zum gewünschten Erfolg führte.

Am 18. Oktober wurden elf Arbeiter der Eisenhütte von Djerissa zu Strafen bis zu eineinhalb Jahren verurteilt. Grund: „Anstiften eines Streiks", den die Arbeiter am 16. Juni durchführten und der mit dem brutalen Einsatz der BOP (Spezialeinheit der Polizei für die Unterdrückung der Massenkämpfe) endete. Zwei von ihnen wurden zu drei Monaten verurteilt und freigelassen, da sie seit dem 16. Juni in Haft waren. Die anderen wurden auf Gefängnisse in Tunis und Borj Esroumi verteilt, so daß sie ungefähr 200 km von ihrer Familie entfernt sind. Die Familienangehörigen sind wegen finanzieller Schwierigkeiten vom Ausschluß aus ihren Wohnungen bedroht. Die Hütte, die Bauherr ist, hat schon Gerichtsvollzieher ins Haus geschickt und wartet auf ein günstigeres Klima, den Arbeitern eine weitere Lektion zu erteilen.

Ebenfalls am 18. Oktober wurde ein Prozeß gegen 68 Bauern wegen „Gewaltanwendung" und „Unruhestiftung" eröffnet. Diese Bauern hatten sich gegen die Enteignung ihres Landes gewehrt. Es handelt sich um ungefähr 2.500 ha, die der Stamm Ouled Jaber seit mehr als einem Jahrhundert kollektiv bearbeitet hatte. Während der Kolonisation wurden die Ländereien als herrenlos erklärt und den französischen Kolonialisten zur Verfügung gestellt und später einem Mitarbeiter des tunesischen Königs, Kahia, geschenkt. Der Stamm Ouled Jaber (etwa 100 Familien) bearbeitete das Land aber kollektiv weiter, weil sich der Großgrundbesitzer nicht darum kümmerte. Nachdem eine Musterkooperative entstanden war, klagte die Kahia-Familie 1974 vor Gericht. Das Gericht ordnete die Übergabe des Landes an die Kahia an und legalisierte damit faktisch die Kolonialisation, indem auch das Gericht das Land als herrenlos ansah.

Am 17. März 1975 erschien der Gouverneur im Ort, begleitet von Parteikadern und versuchte die „Gerechtigkeit" des Gerichts zu erklären. Er konnte von den Bauern nur hören: „Wir verlassen unser Land auf keinen Fall, wir werden uns gegen jede Gewalt verteidigen!" Zwei Tage später erschien der Gouverneur wieder, diesmal mit sechs Jeeps der Nationalgarde, zwei Lastwagen vollbesetzt mit BOP's und einem Wagen der „antikriminellen Brigade". Nach stundenlangen Kämpfen nahm die Polizei die Männer fest und sperrte sie in sogenannte Lager „zur Erziehung durch Arbeit". 68 sollen jetzt gerichtlich verurteilt werden.

Wir werden über den Prozeß berichten, sobald genauere Informationen vorliegen.

Nahost-Kommission

Numerus Clausus für Palästinenser

6.000 palästinensische Abiturienten haben sich im vergangenen Jahr meist vergebens auf die Suche nach einem Studienplatz gemacht. Nur ganze 900 konnten sich an Universitäten von arabischen Ländern immatrikulieren. 1.000 fanden Aufnahme an neugegründeten arabischen Colleges in den von Israel besetztgehaltenen Gebieten. Die Aussicht für die restlichen 4.000, auf absehbare Zeit einen Studienplatz zu erhalten, sind mehr als schlecht. Denn mehr oder weniger offen üben die arabischen Regimes eine Zensur gegenüber palästinensischen Studenten aus. Insbesondere Syrien weigert sich, Palästinenser an seine Universitäten zu lassen!

Die Gründe liegen auf der Hand: Um seine reaktionäre Rolle „in der Lösung der Palästinafrage" durchsetzen zu können, braucht es Ruhe im eigenen Land. Und die könnte durch palästinensische Studenten gestört werden. Denn welches Bewußtsein diese Studenten haben, zeigt, daß fast einhellig dem Aufruf der PLO und anderer palästinensischer Befreiungsbewegungen gefolgt wurde, einem Studienangebot der Israelis nicht zu folgen (nach „Hannoversche Allgemeine Zeitung" vom 23.11.76).

KB/Gruppe Hannover

Iran bereitet militärischen Angriff gegen DVR Jemen vor

Wie in AK 95 gemeldet, hat die südjeminitische Luftabwehr ein iranisches Jagdflugzeug vom Typ Phantom abgeschossen und den überlebenden Piloten gefangengenommen (der Pilot wurde inzwischen freigelassen lt. „Süddeutsche Zeitung" vom 22.12.). Inzwischen wurden auch Einzelheiten bekannt, die aufhellen, was der Iran mit derartigen „Aufklärungsflügen" im Schilde führt.

So befand sich der iranische Pilot im Besitz detaillierter Karten von militärischen Zielen in Süd-Jemen. Wie Radio Aden meldete, gab der Pilot selbst zu, einen Spionageauftrag gehabt zu haben. Er sollte mit Hilfe der Karten innerhalb von militärischen Zonen mögliche Ziele ausmachen, die später angegriffen werden könnten („Jordan Times", 28.11.1976).

In dreister Umkehrung der Fakten sprach der Iran nach dem Abschuß des Jägers von einer Aggression der DVR Jemen gegen den Iran, log, daß das Flugzeug über Oman abgeschossen worden sei und forderte gleichzeitig die Freilassung des Piloten und Rückgabe der Trümmer, wobei sich der Iran *das Recht vorbehielt, zur angemessenen Zeit die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen* (Radio Aden, 30.11., nach „Monitor-Dienst"). Es ist in solchen Fällen üblich, daß eine derartige Luftraumverletzung als Versehen hingestellt wird. Daß der Iran sich aber als angegriffen betrachtet und Drohungen ausspricht, belegt, daß er weitergehende Absichten hat. Darauf wies auch der Vorsitzende des Präsidentschaftsrates der DVR Jemen hin (Radio Aden, 30.11.).

Der Außenminister der DVR Jemen, Moutih, gab außerdem bekannt, daß bereits am 3. November ein Phantom-Jäger den jemenitischen Luftraum verletzt habe („El Moudjahid", 12.12.76).

Auf iranischer Seite wird derzeit eine Verhetzung der Öffentlichkeit betrieben, die in der Behauptung gipfelt, der bei dem Abschuß ums Leben gekommene Copilot sei in jeminitischer Gefangenschaft zu Tode gefoltert worden („Frankfurter Rundschau", 23.12.76). Die Herrschenden des Iran können sich wohl aus eigener Praxis nichts anderes vorstellen! Dabei hat das jeminitische Fernsehen eine ausführliche Dokumentation zu dem Abschluß gebracht, in der u.a. Filme von dem gefangengenommenen Piloten, von dem umgekommenen Copiloten und von den gefundenen Dokumenten gezeigt wurden („Jordan Times", 28.11.76).

Das reiht sich ein in andere Hetzsendungen, z.B. von Radio Teheran, das den ehemaligen Ministerpräsidenten Jemens, Haitham, hervorholte und ihn über Terror, Mord, Unterdrückung und Massenvertreibung in der DVR Jemen phantasieren ließ. 250.000 Menschen seien vertrieben worden, log dieser Mensch – bei einer Gesamtbevölkerung von nur 1,5 Mio Einwohnern (Radio Teheran, 19.8. nach „Monitor-Dienst").

Bei den jetzigen Angriffen auf die DVR Jemen handelt es sich um die ersten dieser Art seit März 1976, als die DVR Jemen einen Waffenstillstand mit Oman schloß und die diplomatischen Beziehungen zu Saudi-Arabien aufnahm und so erstmals von einem mächtigen Feind anerkannt wurde.

Diese Angriffe fallen auch zusammen mit der Verletzung des Luftraums der AR Jemen durch Flugzeuge bisher unbekannter Herkunft über die Meerenge von Bab al Mandab (am Ausgang des Roten Meeres). Das geschah zweimal im Abstand einer Woche Ende November.

Beim zweiten Mal wurden sogar zwei Raketen abgeschossen, die jedoch keinen Schaden anrichteten.



Vermutet wird von der Regierung der AR Jemen, daß es sich um Spionageflugzeuge im Auftrag Israels gehandelt habe („El Moudjahid", 28.11.1976).

Es zeigt sich, daß die Imperialisten versuchen, die Konterrevolution im südarabischen Raum auszudehnen, nachdem sie seit über zehn Jahren in dem Versuch gescheitert sind, die omanische Revolution auszulöschen.

Nahost-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Sowjetische Waffen für Kuwait

Eine Militärdelegation aus Kuwait, in dem der Emir Sabah Al Salem Anfang September in einem Rechtsputsch sämtliche demokratischen Freiheiten abgeschafft und Kuwait auf stramm pro-imperialistischen Kurs gebracht hat (vgl. AK 88 und 89), hielt sich Mitte November zu Verhandlungen über den Kauf von Waffen mit „offensivem" Charakter in der Sowjetunion auf („Neue Zürcher Zeitung", 30.11.76). Ein kuwaitischer Regierungssprecher erklärte, die Sowjetunion habe der Waffenbestellung zugestimmt, die nach Angaben kuwaitischer Zeitungen die Lieferung von Boden-Luf-Raketen und Artilleriegeschützen in Höhe von 400 Mio. Dollar (!) beinhaltet. Die ägyptische Nachrichtenagentur MENA hatte bereits im Juli von kuwaitischen Waffenkäufen in der Sowjetunion berichtet. Der kuwaitische Minister für Innere Angelegenheiten und Verteidigung gab damals bekannt, daß Kuwait einige Arten sowjetischer Waffen kaufen werde und die Sowjetunion auch schon zugestimmt habe, wobei Art und Umfang des Waffengeschäfts nicht genannt wurden („Monitor-Dienst", 2.8.76). Ende Juli hatte Kuwait auch das erste Geschwader französischer Kampfflugzeuge vom Typ „Mirage" erhalten und der Minister kündigte weitere Waffenlieferungen an, darunter Kampfflugzeuge und Raketen („MD", 2.8.76). Aus einem im Mai dieses Jahres vorgelegten Gesetzentwurf der Regierung geht hervor, daß Kuwait in den nächsten sieben Jahren 887 Milliarden Dinar (2,66 Milliarden Dollar) für Rüstungskäufe aufwenden will („Süddeutsche Zeitung", 3.6.76).

Nahost-Kommission

Erfolgreicher Hungerstreik in Marokko

Im letzten ARBEITERKAMPF berichteten wir über den Hungerstreik der 240 politischen Gefangenen des Gefängnisses von Casablanca. Mit dieser Aktion wollten die Gefangenen gegen die Verschleppung ihrer Verfahren protestieren, einige befanden sich schon seit zwei Jahren in „vorübergehender" Haft.

Durch den massiven Hungerstreik sah sich die Regierung gezwungen, 105 Gefangene freizulassen. Den Anwälten wurde zugesichert, daß der Prozeß gegen 139 Gefangene, der am 3. Januar stattfinden sollte, nicht wieder verschoben wird. Diese Zusicherung wurde tatsächlich eingehalten.

In unsolidarischer Weise – aber nicht unerwartet – wurden die politischen Gefangenen von der PPS, der nach rechts gedrifteten revisionistischen Partei, angegriffen. Während des Hungerstreiks schrieb sie in ihrer Zeitung „Al Bayane": „*Wir wiederholen, daß in Marokko wie in jeder anderen bürgerlichen Demokratie die Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit jedem Bürger ohne Unterschied zugestanden wird...*" (nach „Afrique-Asie", 27.12.76).

Nahost-Kommission

afrika

Große Erfolge der Frente Polisario



6.515 getötete, 6.194 verletzte, 298 gefangene feindliche Soldaten sowie 100 zur POLISARIO übergelaufene Soldaten, außerdem Unmengen an zerstörtem und erbeutetem Kriegsmaterial, darunter 845 Militärfahrzeuge, 25 Hubschrauber und Flugzeuge: das ist die militärische Bilanz der Volksbefreiungsarmee (ALPS) der Frente POLISARIO nach einem Jahr des Kampfes gegen die marokkanisch-mauretanischen Aggressionsarmeen (lt. M. Lamine, Premierminister der DARS in Afrique-Asie, Dez. 76).

Diese gewaltigen Siege des sahaurischen Volkes konnten in letzter Zeit in der Offensive Mustapha Seyein El Ouali fortgesetzt werden. In dieser militärischen Offensive gelang es unter anderem durch massive Angriffe im Norden Mauretaniens allein 145 feindliche Soldaten zu töten. Bei den Kämpfen in Tichla zur Befreiung von 17 gefangenen POLISARIO-Kämpfern wurden allein 75 gegnerische Soldaten getötet, 40 verwundet und nach der Befreiung der Kämpfer konnten diese noch drei Feinde gefangennehmen (lt. Sahara Libre, November 76).

Bei mehreren Gefechten in der Region Bir Oum Grein (Mauretanien) konnte F. POLISARIO insgesamt zwischen dem 27.12. und 29.12.76 82 feindliche Soldaten töten, 50 z. T. schwer verwunden, 2 Flugzeuge abschießen sowie Landrover und Waffen erbeuten. Die Verluste der POLISARIO waren äußerst gering und werden für die größte Schlacht am 29.12. mit drei Verletzten angegeben (lt. „El Moudjahid", 31.12.76).

Einen besonders wichtigen Erfolg konnten die Kämpfer der Frente POLISARIO durch die teilweise Zerstörung der Eisenbahnlinie für Mauretaniens Erztransporte erzielen. Die auf mehreren hundert Metern zerströte Bahnlinie ist der wirtschaftliche Lebensnerv Mauretaniens, werden doch 80 % des Gesamtexports durch das Eisenerz erbracht („SZ", 29.12.76). Sollte POLISARIO es gelingen, die Bahnlinie unterbrochen zu halten, werden die Folgen für Mauretaniens Wirtschaft katastrophal ...

Die Stärke der Frente POLISARIO, insbesondere die Kontrolle über das Land, macht auch ein anderes Beispiel deutlich.

So gelang es 150 Saharauis, die bei Cap Bou Jader täglich den Verhaftungen und Terror der Besatzungsstreitkräfte ausgesetzt waren, die ihnen u.a. ihre Zelte verbrannt hatten, in einem 15 Tage dauernden Marsch 600 km bis in die Flüchtlingslager zurückzulegen, ohne daß der Feind sie aufhalten konnte („EM", 31.12.76).

Bedrohliche Lage in den Flüchtlingslagern

Die größte Gefahr besteht aktuell nicht durch die militärische Macht des Feindes, der sich durch ständige Angriffe der saharauischen Befreiungskämpfer seit Beginn der Besetzung der ehemaligen Spanisch-Sahara auf einige befestigte Orte beschränken muß, sondern die größte Gefahr sind Krankheit, Hunger und Kälte. In den Flüchtlingslagern werden täglich eine große Zahl saharauischer Kinder hingerafft. In den kommenden Monaten wollen die Hilfsorganisationen „Medico International" und „Terres des Hommes" eine Spendenaktion für die in den 22 Flüchtlingslagern in Algerien lebenden Saharauis durchführen („FR", 4.11.76).

Zu diesem Problem sagte Sheddad Kaid Beiruk, Mitglied des Komitees für Auswärtige Beziehungen der Frente POLISARIO gegenüber dem Antiimperialistischen Informationsbulletin:

„*Wir haben in der Tat zahlreiche Schwierigkeiten, was unsere Versorgung mit Medikamenten, Nahrungsmitteln, Kleidung, Baumaterialien, mit materiellen Mitteln überhaupt betrifft. Das alles ist aber dringend notwendig, um eine psychologische Apathie bei der Bevölkerung zu vermeiden. Aber trotz allem machen wir mit*
wehang, um eine psychologische Apathie bei der Bevölkerung zu vermeiden. Aber trotz allem machen wir mit
den Mitteln weiter, die uns zur Verfügung stehen und lassen uns nicht in die Knie zwingen. Wir brauchen Nahrungsmittel und Medikamente, besonders für die Kinder. Das ist eines der schwersten Probleme für uns, weil besonders Kindernahrungsmittel und -medikamente leicht durch die Temperatur verderben. Das ist das Problem der Wüste. Es ist also tatsächlich so, daß wir ein großes Bedürfnis nach humanitärer Hilfe jeglicher Art haben und wir hoffen, daß uns unsere Freunde weiterhin unterstützen.

Wir setzen in das Volk der BRD, insbesondere in die fortschrittlichen Kräfte der BRD die Hoffnung, daß für sie die Hilfe für unsere Sache genauso zur Selbstverständlichkeit wird, wie die Solidarität mit dem spanischen Volk" („AIB", Nr. 11/12 76).

Solidarität mit dem saharauischen Volk!

(Die Medikamenten-, Nahrungs- und Kleidungslisten des „Saharauischen Roten Halbmonds" können im AK-Verlag abgefordert werden)

Afrika-Kommission

Bildungssystem im Dienste des Volkes

Die Regierung Guinea-Bissaus plant, bis 1981/82 ein neues Bildungssystem einzuführen, ausgerichtet an den Interessen und Bedürfnissen der Landwirtschaft – 90 % der Bevölkerung Guinea-Bissaus sind Bauern. Im Vordergrund stehen Unterrichtsstunden über Physik, Zoologie, Botanik und Sozialwissenschaften. Die Kinder besuchen außerdem Kurse über moderne Landwirtschaft, Mechanik, Zimmerhandwerk, Elektrotechnik sowie über Hygiene.

Gleichzeitig mit der theoretischen Ausbildung wird auch mit der praktisch-produktiven Arbeit an der Schule begonnen. Der Stundenplan beinhaltet Einsätze in der Landwirtschaft bei der Aussaat, beim Jäten oder bei der Ernte. Diese Arbeiten werden kollektiv geleistet, entweder in einer landwirtschaftlichen Kollektivgenossenschaft oder auf den Feldern der armen Bauern.

Nach einer allgemeinbildenden Stufe beginnt eine polytechnische Ausbildungszeit. Außerdem sollen universitätsvorbereitende Einrichtungen geschaffen werden. Da der Aufbau einer eigenen Universität in der nächsten Zukunft nicht geleistet werden kann, können Studenten mit Stipendien im Ausland studieren, je nach Fähigkeit, Eifer und Nutzen für das eigene Land.

(Informationen nach „Afrique-Asie" Nr. 123, 29.11.76)

Afrika-Kommission

Massenflucht, Mord und Bannung

Seit Beginn der Kämpfe von Soweto gibt es in der Republik Südafrika (RSA) eine starke Massenflucht von Schwarzen in die Länder Botswana, Lesotho und Swaziland.

– *Selbst die von der RSA zugegebenen Zahlen sagen aus, daß alleine in Botswana 1.300 bis 1.500 Flüchtlinge sind und insgesamt über 3.000 Schwarze geflüchtet sind.*

Geht man davon aus, daß die wirklichen Zahlen mindestens fünfmal so groß sind, so kann man sich das Ausmaß dieser Massenflucht aus dem Rassistenstaat vorstellen.

Unter den Flüchtlingen befinden sich sehr viele Schüler, die sich durch die Flucht Verhaftungen entziehen:

– So gibt es die „*Information, daß die Polizei mit Verzeichnissen schwarzer Schüler in den schwarzen Vorstädten von Haus zu Haus gehe und diejenigen Kinder festnehme, die ihre Jahresabschlußexamen nicht abgelegt haben.*" (Dieser Boykott gehört zu den Kampfmaßnahmen der schwarzen Schüler – nach „issa" 6/Dez. 76)

Ende Dezember – mehr als 80 Tote

Bei sogenannten „Stammesfehden" sind im Dezember mehr als 80 Schwarze ermordet worden:

– *Nachdem die Schwarzen über Weihnachten dazu aufgefordert hatten, die „weiße Weihnacht, mit Geschenken und Freuden" zu boykottieren („FR", 28.12.76) und stattdessen Solidarität mit den Opfern der Kämpfe zu üben, griffen schwarze Agenten der Rassisten und verhetzte „Wanderarbeiter" Demonstrationen zu den Friedhöfen der Gettos an („ND", 28.12.76). Sofort nach dieser Provokation erschien die Rassistenpolizei und schoß in die Menge.*

Nach ähnlichem Muster wurden über Weihnachten überall in der RSA „Stammesfehden" provoziert. Dieser Begriff wurde dann gierig von den Schreiberlingen der imperialistischen Presse aufgenommen, um den schwarzen Widerstand zu diffamieren.

Bannung und Hausarrest

Am 17. und 23. November 76 wurden insgesamt 25 Gewerkschafter „gebannt". (Sie dürfen ihren Wohnbezirk nicht verlassen, sich weder politisch noch gewerkschaftlich betätigen, an keinen Versammlungen teilnehmen etc.)

– Grundlage der Bannung ist, daß der RSA-Justizminister die Gewerkschafter für schuldig hält, die afrikanischen Gewerkschaften als „politische Waffe" zu nutzen. Einen Prozeß braucht es nach RSA-Recht in einem solchen Fall nicht zu geben.

Daß sich die rassistische Willkür in der RSA gegen jeden richtet, der auch nur im mindesten versucht, gewerkschaftliche Rechte wahrzunehmen, macht gerade diese Maßnahme deutlich:

– „*Rund die Hälfte der Gebannten sind Weiße ... Darüberhinaus enthielten sich die von den jüngsten Bannungen betroffenen Gewerkschafts- und Gewerkschaftsaufbauorganisationen weitgehend jeder politischen Betätigung und bescheinigten dem Vorster-Regime wiederholt ihre Loyalität*" („issa" 6/Dezember 76)!

Afrika-Kommission

Wahlsieg der Linken auf Mauritius

Die ersten Wahlen auf der Insel Mauritius seit der Unabhängigkeit im Jahre 1968 endeten mit einem eindeutigen Wahlsieg der „Militanten Bewegung von Mauritius" (MMM). Von 70 möglichen Mandaten konnte die MMM 34 erringen.

Der von den Briten 1968 eingesetzte Sir Ramgoolan konnte für seine Labour-Party lediglich 28 Sitze retten und nur durch eine Koalition mit der rechtsradikalen Sozialdemokratischen Partei (PMSD), die acht Mandate zugesprochen bekam, die Regierungsgeschäfte weiterführen.

Während Sir Ramgoolan's „Labour-Party", die seit 1971 mit einer

führen.

Während Sir Ramgoolan's „Labour-Party", die seit 1971 mit einer Notstandsverordnung regiert, den Wahlkampf wesentlich mit dem Slogan der Aufrechterhaltung der alten Ordnung führte, einer Ordnung, die den wenigen weißen Großgrundbesitzern und Kapitalisten, den sogenannten „Grande Blances" weiterhin garantieren sollte, daß z.B. ein Plantagenarbeiter für monatlich DM 75 bis DM 100 schuften muß, und während die sogenannten Sozialdemokraten der PMSD mit offen faschistischen Parolen gegen die MMM sich zu profilieren versuchten, so stellten sie z.B. die MMM als Blutsauger und Vampire auf Plakaten dar, während also diese Parteien keinen Ausweg für das vielrassige Volk Mauritius weisen konnten, stellte die MMM folgende Forderungen in den Mittelpunkt ihres Programms: Verstaatlichung und Nationalisierung der Zuckerplantagen- und fabriken, des Transportsystems und der Hafenanlagen; Durchführung einer Steuerreform, strikte Devisenkontrolle, Kontrolle beim Kapitalexport und 51%ige Verstaatlichung der größeren Hotelketten der Insel.

Im Zentrum der außenpolitischen Forderungen stand die Revision der gegenwärtig sehr guten Beziehungen zur RSA sowie die Forderung nach totaler Demilitarisierung des Indischen Ozeans, vor allem was die US-Festung Diego Garcia betrifft.

tarisierung des Indischen Ozeans, vor allem was die US-Festung Diego Garcia betrifft.

Es bleibt abzuwarten, wie konsequent die MMM ihren eindeutigen Wahlsieg nutzen wird, um diese Forderung zu verwirklichen. Der Sturz der Regierung Ramgoolan wäre die entschiedenste Lösung.

Daß die MMM nicht nur über ein antiimperialistisches und antikapitalistisches Programm verfügt, sondern auch die Massen zur Aktion führen kann, hat sie spätestens 1971 bewiesen, als der von ihr initiierte Hafenarbeiterstreik das gesamte Leben der Insel zum Erliegen brachte und die Regierung Ramgoolan seither nur mit Notstandsgesetzen noch Herr der Lage bleiben konnte.

Afrika-Kommission

Sturm auf die Städte in Eritrea

Nach einer sechsmonatigen Belagerung der Hauptstadt der Provinz Sahel im Nordosten Eritreas, Nacfa, begannen am 17. September die Befreiungskämpfer der EPLF eine Offensive zur entgültigen Befreiung Nacfas von den äthiopischen Besatzern.

Die Offensive begann mit einem Beschuß der äthiopischen Militärbasen in Nacfa. Die äthiopische Luftwaffe versuchte erfolglos, den eingeschlossenen Truppen zur Hilfe zu kommen. Die EPLF fügte dem Feind schwere Verluste zu. Allein in den ersten drei Tagen fielen 152 äthiopische Besatzer, über 100 wurden verwundet und drei Flugzeuge wurden zerstört. Eine Einheit der EPLF drang sogar in eine äthiopische Militärbasis ein und erbeutete zahlreiche Waffen und anderes Material.

Am 22. September, nachdem sich die äthiopischen Soldaten in unterirdische Unterkünfte zurückgezogen hatten, begann die EPLF mit der politischen Agitation in Nacfa und forderte die Massen auf, sich gegen die äthiopischen Besatzer zu erheben.

Unfähig, den massiven Angriffen der Befreiungskämpfer zu widerstehen, forderten die äthiopischen Besatzer Verstärkung an. Sofort trafen 24 Hubschrauber mit 700 Soldaten ein. Die Hubschrauber mit den Fallschirmjägern und einer Brigade der Spezialeinheit „Nebelbal", die von den israelischen Zionisten ausgebildet wurde, sollten in Naro, 10 Meilen von Nacfa entfernt, landen. Die äthiopischen Aggressoren hofften, dies würde die EPLF von Nacfa ablenken. In Naro wurden sie jedoch schon von Kämpfern der EPLF erwartet. Die Kämpfe dauerten einige Tage an – bis die Verstärkung von 700 Mann vernichtet war: 112 Soldaten wurden festgenommen, der Rest getötet. Fünf Flugzeuge wurden zerstört. Bis zur restlosen Befreiung Nacfas gelang es der EPLF noch, 11 weitere Flugzeuge, u. a. sechs F-86 Düsenflugzeuge und eine F-5, zu zerstören.

Zur gleichen Zeit wie die Schlacht um Nacfa im Gange war, griffen EPLF-Kämpfer die Basis der 35. äthiopischen Brigade im Zentrum von Asmara, die Hauptstadt von Eritrea, an. In dieser Basis befindet sich das wichtigste Krankenhaus der äthiopischen Truppen. Die äthiopische Junta hatte dort vorsorglich – anläßlich des „Marsches der Bauern" im März 76 – große Mengen Medikamente eingelagert. Mit einem präzise geplanten und ausgeführten Angriff verursachte die EPLF in dieser Basis große materielle Zerstörungen und Verluste unter den Soldaten und erbeutete außerdem große Mengen Medikamente.

Diese Siege der EPLF und insbesondere der Sieg von Nacfa sind bezeichnend. Sie zeigen, daß die eritreischen Befreiungskräfte, nachdem sie die Kontrolle über weite ländliche Gebiete haben, den Kampf um die kleinen und mittleren Städte aufnimmt. Nachdem die äthiopische Junta die Aussichtslosigkeit in Nacfa erkannt hat, ernannte sie Afabet, 50 Meilen südlich von Nacfa, „vorübergehend" zur Hauptstadt der Provinz Sahel (inzwischen wurde auch Afabet befreit). Die äthiopischen Aggressoren müssen eine Stadt nach der anderen „vorübergehend verlegen" oder „vorübergehend überlassen" bis sie gänzlich von eritreischem Boden verdrängt sind.

(nach: „Eritrea in Struggle", Newsletter of Eritreans For Liberation in North America, Vol. 1 No. 5)

KB/Gruppe Kassel

Genfer Konferenz: Vor der zweiten Runde

Gegenwärtig laufen die Vorbereitungen auf die im Februar beginnende zweite Verhandlungsrunde der Genfer Konferenz. Die erste Verhandlungsrunde ist auseinandergelaufen, nachdem es schon an der Frage des Zeitpunkts einer Übergabe der Regierungsmacht an die schwarze Mehrheit keine Einigung gab: Rassisten-Führer Smith weigerte sich provokativ, vom Kissinger-Vorschlag einer Übergabe nach zwei Jahren abzurücken, und setzte sich in dieser Frage sowohl in Widerspruch zur afrikanischen Seite, als auch zum britischen Kompromiß-Vorschlag, daß eine Übergabe „spätestens bis zum März" erfolgt sein muß.

Wesentlicher noch als die Streitigkeiten um den Zeitpunkt der Machtübergabe, waren deren politische Modalitäten. Von Rassisten-Seite wurde darauf beharrt, die entscheidenden staatlichen Machthebel (u.a. Armee, Polizei, Gerichtsbarkeit) vollständig in der Hand zu behalten, gegebenenfalls – wegen einer besseren Optik – mit schwarzen Marionetten teilweise zu besetzen. Dies wurde selbstverständlich von zimbabwischer Seite, insbesondere von der „patriotischen Front" (bestehend aus ZAPU und ZANU) und natürlich erst recht der – nicht an den Verhandlungen in Genf beteiligten – zimbabwischen Befreiungsarmee ZIPA strikt abgelehnt.

Die ZIPA hatte im Dezember vorübergehend eine Delegation nach Genf geschickt, um insbesondere den zimbabwischen Unterhändlern nochmal ihren konsequent anti-imperialistischen Standpunkt zu verdeutlichen: „*Es ist die Aufgabe der ZIPA-Delegation die Massen in Zimbabwe vor allen imperialistischen oder kolonialistischen Manövern zu schützen, die das Ziel verfolgen, eine wirkliche Unabhängigkeit unseres Landes zu verhindern*" („Guardian", 30.11. 76)

Smith hat in den letzten Tagen der Genfer Konferenz – vor ihrer Vertagung – keinen Hehl daraus gemacht, daß die „Patriotische Front" im Gegensatz zu Muzorewa (ANC) für ihn kein Verhandlungs„partner" ist, der ZANU-Generalsekretär Mugabe wurde als „blutdürstige marxistische Puppe" und „Terrorist" diffamiert, während der Bischof Muzorewa in Salisbury den Beifall der faschistischen Presse findet und als „gemässigter" Führer gepriesen wird.

Es hat den Anschein, als habe Smith mit seinem Beharren auf dem „Kissinger-Plan" (siehe zurückliegende AK-Ausgaben) und seinen fortgesetzten militärischen Provokationen ein starkes Interesse, die Konferenz zu sprengen, um mit den „Gemäßigten" allein zu verhandeln.

Die ZUPO – Stimme ihres faschistischen Herrn

Um das Lager der „Gemäßigten" noch zu verstärken, ließ Smith zwei seiner vier schwarzen „Minister" in Salisbury aus der faschistischen Regierung austreten und eine eigene Organisation gründen: die ZUPO (Vereinigte Volksorganisation von Zimbabwe). Die ZUPO will eine „Stammesdemokratie" in Zimbabwe einführen und stützt sich nach eigenen Angaben auf 250 Stammeshäuptlinge und 450 Dorfoberhäupter – eine soziale Schicht, die großteils von den weißen Faschisten korrumpiert und für deren Dienste eingespannt worden ist.

So ist es auch selbstverständlich, daß die ZUPO für „freie Marktwirtschaft und Mitgliedschaft in der frei-

So ist es auch selbstverständlich, daß die ZUPO für „*freie Marktwirtschaft und Mitgliedschaft in der freien Welt*" eintritt. („NZZ", 31.12. 76)

Inzwischen hat die ZUPO, die „*eine Brücke zwischen faschistischer Regierung und Nationalisten schlagen*" will, eine Beteiligung an der Genfer Konferenz gefordert .... (Guardian, 31.12. 76)!

Es ist bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis ausgeschlossen, daß dies bei Anwesenheit der Patriotischen Front realisiert werden könnte.

Die Gründung der ZUPO, mit der Smith einen Teil seiner schwarzen Marionetten in eine Übergangsregierung einschleusen will, macht noch einmal deutlich, daß es keine Kompromißmöglichkeit gibt zwischen der Position der Revolutionäre, die die Übergangsphase mit der Zerschlagung des rassistischen Unterdrückungsapparats verbinden wollen, und der Position der Imperialisten und des Siedlerregimes von Salisbury, die die Übergangsphase benutzen möchten, um die Revolution zu vernichten und eine neokoloniale Entwicklung einzuleiten.

ZIPA warnt vor Spaltung durch Zugeständnisse

In einer Erklärung, die die ZIPA vor Beginn der Genfer Konferenz abgegeben hat, heben die Genossen die Gefahr hervor, daß der Imperialismus mittels taktischer Zugeständnisse ein Arrangement mit den in Genf vertretenen Opportunisten anstreben könnte: „*Wegen dieser einstimmigen Ablehnung der Kissinger-Vorster-Smith Vorschläge werden die Imperialisten wahrscheinlich in Genf einige taktische Zugeständnisse machen, um einigen afrikanischen Führern entgegenzukommen, als eine Maßnahme, um die Zimbabwer zu spalten und dadurch diese „ehrenhaften" Pläne dem Volk von Zimbabwe aufzuzwingen.*

Wir appelieren an die Aufmerksamkeit aller Zimbabwer, der afrikanischen Staaten und der progressiven internationalen Gemeinschaft gegenüber einigen dieser möglichen Zugeständnisse, die die Imperialisten wahrscheinlich machen werden. Wir möchten mit allem Nachdruck bemerken, daß die Imperialisten entschlossen sind, eine konkrete politische Basis zusammenzuschmieden, zusammengesetzt aus schwarzen und weißen Marionetten in Rhodesien, die gemeinsam den unersättlichen Forderungen des Neokolonialismus entsprechen. Nichts würde dadurch geändert.

Gegenwärtig konzentriert sich die

Forderungen des Neokolonialismus entsprechen. Nichts würde dadurch geändert.

Gegenwärtig konzentriert sich die einmütige Opposition auf die Übergabe der Ministerien Verteidigung und „Law and order" durch die weißen Rebellen. Unter diesem überwältigenden Druck könnten die Briten und ihre imperialistischen Planer diese beiden Ministerien zur Beschwichtigung an schwarze Minister übergeben. Aber schwarze Verteidigungs- und „Law and order"-Minister sind nicht der zentrale Punkt. Was zählt in der Verteidigungsorganisation Smiths ist die vollständige Auflösung der regulären Rebellenarmee, die Ausweisung der Söldnerbanden, die Entwaffnung der Polizei, der Reservisten und bewaffneten Zivilisten, die sofortige Einstellung jeglicher Propaganda in Radio, Fernsehen und Presse gegen die Freiheitskämpfer und die Übergabe der gesamten Organisation des öffentlichen Dienstes an die neue Regierung.

Was in dem „Law an order"-Ministerium zählt, ist nicht ein schwarzer „Law and order"-Minister. Die ganze Rechtsprechung des Rebellenregimes, das nach den Gesetzen der Rebellion funktionierte, die Ausnahmezustandsrichter und der ganze Oberste Gerichtshof Rhodesiens, der die Rechtsauffassung verankerte, welche das Smith-Rebellenregime als de facto und de jure Regierung anerkannte, das alles muß sofort abgeschafft werden. Das gesamte Rechtssystem in Rhodesien muß gründlich überholt werden.

Zusammenfassend, das Wesentliche in diesen beiden Ministerien, Verteidigung und „Law" ist die gesamte Umwandlung von einem reaktionären Unterdrückungssystem in eine revolutionäre Volksverteidigungsarmee und eine demokratische Struktur der Gerichtsbarkeit."

Muzorewa – ein „vernünftiger nationalistischer Führer" ...

Nachdem in den letzten zwei Jahren hauptsächlich Joschua Nkomo (ZAPU) die Rolle des trojanischen Pferdes der Imperialisten im zimbabweschen Widerstand gespielt hat, tritt auf der Konferenz immer stärker Bischof Muzorewa als derzeitiges taktisches Hauptinstrument der Imperialisten in den Vordergrund. Diese Rolle deutete sich bereits an, als kurz vor der Konferenz die Rassisten Muzorewa die Gelegenheit zu werbewirksamen Kundgebungen in Rhodesien gaben, um dem schon abgehalfert geglaubten Pfaffen ein Massenführerimage aufzuschminken (ganz ähnlich war man vor Jahresfrist mit Nkomo vorgegangen). Von Muzorewa ist zwischenzeitlich bekanntgeworden, daß er sich im bisherigen Verlauf der Konferenz bereits zweimal mit dem Chef des Geheimdienstes von Smith, Derek Robinson, getroffen hat („afrique-asie", Nr. 123).

Entsprechend hat Muzorewa für die Übergangsregierung eine Lösung vorgeschlagen, die mit Sicherheit den Rassisten und ihm selbst alle Vorteile bietet. Für die Installierung der Übergangsregierung fordert Muzorewa demagogisch Wahlen, um „feststellen" zu lassen, welcher „Führer repräsentativ" sei. Das bedeutet, daß „Wahlen" unter Rassistenaufsicht und unter faschistischen politischen Zuständen stattfinden, die ihm allein durch seine Werbefeldzüge Nutzen bringen könnten, während für die Revolutionäre die offene politische Tätigkeit das Todesurteil bedeuten würde. Überdeutlich werden die Absichten des Muzorewa-ANC, wenn die Militanten der ZIPA als eine von „außen" gesteuerte Bande denunziert wird, genauso, wie es die Rassisten in ihrer psychologischen Kriegsführung zu tun pflegen:

„*Die Dokumente der ZIPA wurden von Leuten geschrieben, die noch nicht in Zimbabwe waren. In Maputo wird die ZIPA von sechs Männern vertreten, die gute Public Relation machen und von Machel aufgebaut werden. ... Die enttäuschten Kämpfer der ZANU waren ein williges Werkzeug für Machel, der einen marxistischen Staat nach mosambikanischem Vorbild in Zimbabwe aufbauen will. Er hat die ZIPA gegründet, um alle Armeen unter sein Oberkommando zu bekommen. ... Die ANC-Mitglieder, die nach Mosambik gegangen waren, weigerten sich zum Teil, in die ZIPA einzutreten und wurden deshalb vielfach in Arbeitslager gesteckt. Viele von ihnen befinden sich heute noch dort*" (nach dem Protokoll eines Gespräches, das einige westdeutsche Afrika-Solidaritätsgruppen mit Vertretern des ANC am 23.11. in Genf geführt hatten).

Richard auf Rundreise

Richard auf Rundreise

Um die in Genf festgefahrene Situation wieder in Fluß zu bringen und die zweite Verhandlungsrunde vorzubereiten, reist der englische Delegationsführer Richard gegenwärtig durch das südliche Afrika (RSA, Rhodesien, Botswana, Sambia, Mosambik und Tansania), um die „festgefahrene Situation" in Bewegung zu bringen: die genannten Staaten sollen den englischen Vorschlägen für eine Übergangsregierung zustimmen. Sie sehen einen englischen „Generalgouverneur", einen gemischtrassigen Ministerrat (mit afrikanischer Mehrheit) und einen Nationalen Sicherheitsrat vor, der die „Balance" zwischen den faschistischen Streitkräften und den Befreiungskämpfern halten soll („Guardian", 7.1. 1977).

Abgesehen davon, daß sich England einen wichtigen Einfluß auf die Entwicklung in Zimbabwe sichern will, ist mit diesen Vorschlägen noch nichts über die wirkliche Machtverteilung in einer Übergangsregierung gesagt: Welche Plätze z.B. die Militanten innerhalb der afrikanischen Fraktion im Ministerrat einnehmen sollen, welche Kompetenzen der Ministerrat hat etc.

Smith hat selbst klargemacht, daß man ihn zu entscheidenden Zugeständnissen nur auf dem Schlachtfeld zwingen kann: „*Im Augenblick kann keine Rede davon sein, an Niederlage oder Rückzug zu denken*" („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 3.1.77). Gegenüber diesen faschistischen Durchhalteparolen fällt es dem englischen Delegationsleiter Richard natürlich relativ leicht, sich gegenüber dem „starrköpfigen" Smith als „vernünftig" zu profilieren. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß beide auf unterschiedlichen Wegen das gleiche anstreben: Stabilisierung der herrschenden sozialen und ökonomischen Ordnung in Zimbabwe, der Ausbeutung durch den Imperialismus. Die Genfer Konferenz wird voraussichtlich erst im Februar 1976 fortgesetzt.

Afrika-Kommission



26.1. – Demonstration der Hamburger Metaller gegen Arbeitsplatzvernichtung

Hamburg: In den letzten fünf Jahren wurden in der Hamburger Metallindustrie über 25.000 Arbeitsplätze vernichtet, das sind 22% der Arbeitsplätze in der Metallwirtschaft der Hansestadt gewesen. Über die Hälfte dieser Arbeitsplätze gehörten zum Schiff- oder Maschinenbau. Im Schiffbau wurden in diesen fünf Jahren 6.232 (= 31 %), im Maschinenbau 6.693 (24 %) Arbeitsplätze dieser Bereiche vernichtet. Und es soll in den nächsten Jahren stetig so weitergehen. Der Hamburger Bürgermeister Klose hat für Beginn der 80er Jahre eine „Arbeitsplatzlücke" für Hamburg angekündigt, die „bei optimistischer bzw. pessimistischer Schätzung zwischen 50.000 und 120.000 fehlenden Arbeitsplätzen liegen" soll (nach „Frankfurter Rundschau" – „FR", 25.7.76).

1976 wurde eine Serie von Werksstillegungen mit der Bekanntgabe der Werksschließung von der Maschinenfabrik Heidenreich & Harbeck eingeleitet. Bei der MAN planen die Kapitalisten die Entlassung von über 300 Kollegen aus dem Kesselbau. Hier spricht selbst die IG Metall-Führung davon, daß damit wohl die Schließung des Gesamtwerkes folgen werde. Bei Still planen die Linde-Kapitalisten die Schließung des Barmbeker Werkes Jarrestraße. Die gesamte Produktion und Fertigung soll neu durchorganisiert und im Werk Berzeliusstraße in Billbrook konzentriert werden. Hunderte von Arbeitsplätzen sind hier durch Verlagerung und Rationalisierung akut gefährdet.

Die größten Massenentlassungen stehen allerdings auf den Werften an: Auf der HDW soll ab Mitte 1977 der gesamte Schiffbau eingestellt werden. „Schlechte Zeiten" sind auch für die Kollegenschaft von Blohm + Voss angekündigt. Ursache ist die mangelnde Nachfrage im Weltschiffbau. Tausende Kollegen von den Werften und aus den Zulieferbetrieben werden betroffen sein.



Spontane Demonstration und Kundgebung von Kollegen bei Heidenreich & Harbeck gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze.

Spontane Demonstration und Kundgebung von Kollegen bei Heidenreich & Harbeck gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze.

600 Arbeitsplätze bei Noske wurden in letzter Minute vom Hamburger Senat mittels unserer Steuergelder „gerettet". Nach dem Bankrott der Firma übernahm der Senat die Bürgschaft für zwei Monatslöhne der Belegschaft usw. und erfüllt damit die Bedingungen von Blohm + Voss für die Übernahme der Fabrik für ein „Ei und
der Belegschaft usw. und erfüllt damit die Bedingungen von Blohm + Voss für die Übernahme der Fabrik für ein „Ei und
'n Butterbrot".

Eine andere Form der Arbeitsplatzvernichtung findet verschleiert statt: Arbeitsplätze, die durch das Ausscheiden der Kollegen ins Rentnerdasein, durch Selbstkündigung usw. frei werden, werden nicht wieder durch Neueinstellungen besetzt. So wurde z. B. die Beschäftigtenzahl bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) um 200 Kollegen gesenkt.

Als Ursache für diesen rapiden Arbeitsplätzeabbau wird in einem Artikel der „Süddeutschen Zeitung" („SZ" vom 2./3. 10.76) auf die Hamburger Wirtschaftssituation eingegangen. Zur Maschinenbaubranche heißt es dort: Der technologische Stand sei im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt veraltet, wodurch der Facharbeiteranteil im Maschinenbau in Hamburg bei 76 % liege, dagegen in Nordrhein-Westfalen bei 62 % und im Bundesdurchschnitt bei 64 %. Dadurch sei das Lohnniveau im Maschinenbau in Hamburg eine DM höher als in Süddeutschland. Hieraus wird nun die „Lustlosigkeit" der Kapitalisten für Investitionen abgeleitet. Die Entwicklung der Hamburger Metallindustrie kann man aber nicht so isoliert in bezug auf ihre Veralterung betrachten, sondern sie ist abhängig von der Entwicklung der Großkonzerne und Monopole. Heute gehören fast alle Hamburger Betriebe zu Großkonzernen. Diese Betriebe waren von sich aus – als mittelständische Industriebetriebe – schon lange nicht mehr in der Lage, in der Konkurrenz zu den Großkonzernen zu bestehen. Durch den Zentralisierungsprozeß wurden und werden ganze Industriezweige in einigen Konzernen konzentriert. Die kleinen Betriebe werden entweder aufgekauft oder auf dem Absatzmarkt vernichtend geschlagen. Fast jeder Hamburger Metallbetrieb kann hier als Beispiel dienen. Heidenreich & Harbeck-Stillegung: durch Konzentrierung der Produktion im Gildemeister-Konzern. Hanomag-Henschel: Produktionsverlagerung und Rationalisierung durch Konzentrierung im Daimler-Konzern. Fusion Howaldt-Deutsche Werft: Stillegung von HDW-Finkenwerder usw. usw.

Was hat die IG Metall-Führung bisher gegen die Entlassungen getan bzw. was plant sie? An gezielten Aktionen gegen die Arbeitsplatzvernichtung wurden von der IGM-Führung bisher lediglich zwei Demonstrationen (eine am 1. Mai) gegen die Schließung von Heidenreich & Harbeck durchgeführt. In den Betrieben selbst wurde die Diskussion um den Kampf zur Erhaltung der Arbeitsplätze bisher kaum geführt. Allerdings plant die Hamburger IGM-Führung nach eigenen Aussagen, auf einen neuen Kurs einzuschwenken, da „Konjunkturpolitik und Investitionsprogramme ... zur gezielten Arbeitsplatzsicherung nicht mehr ausreichen" („Metall", 22/76).

Die Hamburger IGM-Führung: Tatsächlich aufgewacht?

1976 wird von der Hamburger IGM-
Tatsächlich aufgewacht?

1976 wird von der Hamburger IGM-
Führung als „Das Jahr der Offensive" (Überschrift der Hamburg-Seite in der „Metall" 25-26/76) bezeichnet. Natürlich ist damit die Offensive der IGM-Führer gemeint, nicht die der Kapitalisten. *„Das entscheidende Erfolgsrezept war jedoch das offensive Angehen der Probleme, das Einsetzen der Kampfkraft unserer IG Metall auch in einem anderen gewerkschaftspolitischen Bereich als dem der Tarifpolitik"* („Metall", 25-26/76). Mit diesem „Einsetzen der Kampfkraft" ist hauptsächlich die Kampagne um H & H gemeint. Man rufe sich noch einmal in Erinnerung: Als bekannt wurde, daß der Gildemeister-Konzern beabsichtigte, die Fabrik zu schließen und 800 Kollegen auf die Straße zu setzen, sprach die Hamburger IGM-Führung noch davon, daß *„(sich) die IG Metall ... mit dieser Entscheidung nicht abfinden (wird)"* („Presseerklärung der IG Metall vom 15. März 1976" anläßlich der ersten Demonstration). Ein paar Wochen später, während die Kollegen noch gleichgeartete Sprüche von den IGM-Führern zu hören bekamen („Wir müssen wieder lernen zu kämpfen"), beschlossen die IGM-Führer des Betriebes und der Ortsverwaltung mit den Kapitalisten einen Sozialplan und besiegelten damit das Schicksal der H & H-Kollegen.

Doch von diesem schäbigen Verhalten ist heute nichts mehr zu hören. Die neue Masche bei MAN ist: *„Der Sozialplan ist keine Lösung – wir wollen Ersatzfertigung!"* („Metall", 25-26/76).

Tatsache ist, daß die IGM-Führung ihre Aktivitäten überhaupt erst beginnt, wenn sich eine gewisse Unruhe unter den Kollegen breitmacht oder wenn sich anbahnende Massenarbeitslosigkeit nicht mehr verschweigen läßt. Die b i s h e r vernichteten ?5.000 Arbeitsplätze wurden ja offensichtlich nicht bemerkt. Wie die konkrete Praxis der Gewerkschaftsführer dann aber aussieht, wollen wir mit einigen Beispielen belegen:

WERFTEN: Aufgrund der weltweiten Schiffbaukrise lasten die IGM-Führer die drohende Arbeitsplatzvernichtung nicht den Werftkapitalisten an. Vielmehr fordert Bezirksleiter Otto v. Steeg die Werftkapitalisten auf, gründlich durchzurationalisieren, um die Krise gut zu überstehen. Weiter werden Subventionen vom Staat verlangt und verstärktes Auftreten der BRD in der OECD erwartet, um dem japanischen Konkurrenzdruck entgegentreten zu können. Diese Politik äußert sich bei HDW so, daß die Betriebsräte ihr konkretes W i s s e n über anstehende Massenentlassungen „unter Schweigepflicht" stellen. Bei B + V will der Betriebsratsvorsitzende Knödler anstehende „eventuelle" Entlassungen mit vorhergehender Kurzarbeit und Zwangsurlaub „bekämpfen". Für die geplante Demonstration aller Metaller in Hamburg am 26.1. gegen die Arbeitsplatzvernichtung wird auf den Werften so gut wie gar nicht mobilisiert – und wenn, dann im Sinne der „Unterstützung unserer MAN-Kollegen".

STILL: Nachdem im Oktober 1976 die Geschäftsleitung für die Werke Berzeliusstraße teilweise und für die Jarrestraße ganz keine Beschäftigungsgarantie für das kommende Jahr mehr geben wollte, verweigerte der Betriebsrat von der Berzeliusstraße auf Druck der Kollegen die Zustimmung zu weiteren Überstunden. Kurze Zeit später gab der Betriebsrat/Jarrestraße die „Verlagerung" des Werks Jarrestraße in die Berzeliusstraße bekannt, was aufgrund umfangreicher Produktionsumstellungen in der Staplerfabrikation letztlich mit der Entlassung mehrerer hundert Kollegen verbunden sein wird.

Bezüglich der Überstundenverweigerung (wohlgemerkt nur Berzeliusstraße) gingen die Still-Kapitalisten vor die Einigungsstelle. Und wie sah der „Kampf" unserer IGM-Führer gegen die Arbeitsplatzvernichtung nun aus? Ohne auf den Spruch der Einigungsstelle überhaupt nur zu warten, einigte man sich auf einen Kompromiß: n u r für die von der Mehrarbeit betroffenen Abteilungen gibt es im ersten Quartal 1977 weder Entlassungen noch Kurzarbeit. Für die weiteren Quartale sind schon genaue Angaben gemacht, ab welchen Stückzahlen Kurzarbeit bzw. Entlassungen erfolgen können!! (nach der innerbetrieblichen „Bekanntmachung" vom 18. Nov. 76). Auf der Vertrauenskörper-Sitzung am 25.11. vertritt nunmehr J. Müllner, 1. Bevollmächtigter der IGM, Hamburg, bezüglich der Kritik von Kollegen, hier habe man „gewerkschaftspolitisches Neuland" betreten. Es sei das erste Mal, daß nach einem gewerkschaftlichen Kampf eine, wenn auch begrenzte, Arbeitsplatzgarantie erreicht worden sei. Damit haben die Gewerkschaftsführer die Forderungen der Kollegen verraten.

ROENTGENMÜLLER (Philips-Konzern): Hier verkündete der Betriebsrat Picard am 13.12.76 den anwesenden Vertrauensleuten, daß der Betriebsrat beschlossen hat, den Plänen der Roentgenmüller-Kapitalisten nach Zwangsurlaub zu Ostern zuzustimmen. Sechs Tage gehen davon für die Kollegen vom Jahresurlaub flöten! Begründet wurde der Abschluß mit der Verhinderung von angeblich 30 anstehenden Entlassungen, die nötig seien, weil im ersten Halbjahr 1977 die Auftragslage schlecht sei. Tatsache ist allerdings, daß der Betriebsrat weder einen Beweis gefordert oder geliefert hat, noch daß er bisher eine Beschäftigungsgarantie von den Kapitalisten verlangt hat.

Fakt ist allerdings, daß die Betriebsräte, die auch Mitglieder der IG Metall sind und sogar in der Ortsverwaltung sitzen, und andererseits noch Mitglieder des Aufsichtsrates sind (wie Tenbruck und Picard), sehr gut über die derzeitige Lage in der Elektroindustrie und speziell im Philips-Konzern informiert sein dürften. Im BRD-Philips-Konzern wurde die Belegschaft um 4 % reduziert, während der Umsatz stieg. Bekannt dürfte auch sein, daß Zwangsurlaub oder Kurzarbeit meist nur die Vorstufe zu Entlassungen und Stillegungen sind.

Die Demonstration aller Hamburger Metaller

Schon lange kündigten die Betriebsräte von MAN den Kollegen eine Demonstration zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze an. Nach wochenlangem Stillschweigen fand dann plötzlich am 22.11. eine Sitzung des sogenannten Barmbeker Kreises (der ehemals die H.&H. Demonstration vorbereitet hatte und deshalb halt für die nächste Vorbereitung ausgeguckt wurde...) statt. Hier trafen sich in erster Linie Betriebsratsfürsten und Vertrauenskörper-Leiter einiger Barmbeker Betriebe. Warum nicht auch Vertreter anderer von Entlassungen bedrohter Betriebe eingeladen wurden, wie Werften, blieb im Dunkeln. Von MAN war – aufgrund eines technischen Versehens (?!) – kein einziger Kollege anwesend. Man einigte sich schnell auf eine Demonstration in Form eines Fackelzuges Ende Januar. Vorher – deshalb der lange Zeitraum – sollte noch breit mobilisiert werden. Bis heute dürfte in den Betrieben selbst – außer einer dürftigen Bekanntgabe – kaum etwas geschehen sein. Die MAN-Kollegen selbst sind bisher in die Mobilisierung nicht einmal einbezogen worden.

Bei MAN ließ die IGM-Führung Ende November die erste der in Hamburg neu erscheinenden IGM-Zeitung „Arbeitsplätze Hamburg" verteilen. Hauptsächlich werden hier noch einmal die Aktionen der MAN-Kollegen aufgeführt und zur Demonstration aufgerufen.

Die geplante Demonstration, die neue Zeitung sowie die weiter angekündigten „Kampfmaßnahmen" dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß den IGM-Führern schon heute und gestern klar war, daß die Arbeitsplätze bei MAN im Grunde schon heute erledigt sind. *„Für die IG Metall geht es darum, alle Maßnahmen zu ergreifen, um für den Erhalt der Arbeitsplätze zu kämpfen. Dieser solidarische Kampf darf nicht nur in einer Region geführt werden, sondern muß auch überregional zu einer einheitlichen Zielsetzung führen.*

Aber auch darüber hinaus müssen wir neue Mittel und Wege finden, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Der klassische (!) *Sozialplan und damit das Abkaufen von Arbeitsplätzen muß einer gezielten Politik zum Erhalt der Arbeitsplätze Platz machen"* („Arbeitsplatz Hamburg", November 1976).

Dieser angebliche Kurswechsel bedeutet freilich nicht, daß die IGM-Führer nach einer jahrzehntlangen Phase der Irrungen und Wirrungen nunmehr etwa zu einer kämpferischen gewerkschaftlichen Politik zurückzukehren beabsichtigen, sich bei ihren wortreichen „Kämpfen" auf eine mobilisierte Kollegenschaft stützen wollen.

Sondern das, was hier als „neue Politik" ins Auge gefaßt wird, ist die Bildung von „Wirtschafts- und Sozialräten", „Mitbestimmung" auf höchster Ebene, um „fehlerhafte Konzernentscheidungen" zu korrigieren etc. pp. Diese ollen Kamellen von „Wirtschaftsdemokratie" und „organisiertem Kapitalismus", mit denen die Gewerkschaftszentralen bereits mehrfach (zum Teil verheerende) Niederlagen der Arbeiterbewegung mitverschuldet haben, werden zur Zeit wieder einmal herausgekramt (wie z. B. auf der 9. Vertrauensleutekonferenz der IGM in Nürnberg im letzten Jahr, „Metall" 22/76).

In Situationen, wo die Widersprüche sich „beunruhigend" zuzuspitzen drohen – wie jetzt in Hamburg – wird mal kurz auf die Pauke gehauen, damit den Gewerkschaftsführern nachher niemand sagen kann: „Ihr habt ja nichts getan".

Ohne irgendwelche Illusionen über einen Sinneswandel der IGM-Führung zu hegen, sollten sich die fortschrittlichen Hamburger Metaller an dieser Demonstration beteiligen und selbst dazu breit unter der Kollegenschaft mobilisieren.

Gegen kapitalistische Krisenpolitik – die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse!
Gegen kapitalistische Rationalisierung hilft nur Arbeitermobilisierung!
Lehrstellen her – Arbeitsplätze her – sonst geben wir keine Ruhe mehr!
Gegen eine Politik der Anpassung!
Für eine konsequente Klassenpolitik der Gewerkschaften!

Demonstration aller Hamburger Metaller 26. Januar 1977
17.00 Uhr – Landungsbrücken

Metall-Komitte
KB/Gruppe Hamburg

4,75 % – der reinste Hohn!

4,75 % boten die Metallkapitalisten in der ersten Tarifverhandlungsrunde für die Metallindustrie Nordrhein-Westfalens, Hessens und Württembergs.

Demgegenüber stehen Lohnforderungen der IGM-Tarifkommissionen von 9,5 bzw. 9,6 %, was der Empfehlung des Gewerkschaftsvorstands (Forderungen von rund 10 Prozent) entspricht, und was erheblich unter den betrieblichen Forderungen (zwischen 18 und 12 %) liegt. Darüber hinaus fielen erneut die zahlreichen Festgeldforderungen aus den Betrieben völlig unter den Tisch. Lediglich im Nordbereich (mindestens 125 Mark) und in Baden-Württemberg 70 Mark + 5 % kam eine sogenannte Mischforderung zustande.

Propagandistisches Trommelfeuer zum Jahresende

Fast 1,1 Millionen Arbeitslose im Dezember 1976, Lohnabschlüsse unter 6 % 1976, weiter hohe Arbeitslosigkeit für 1977 und ein frischgebackener Lohnraubtarifabschluß von 6% in der Stahlindustrie, das war die materielle Situation der Metallarbeiter zur Jahreswende. Demgegenüber rechnen die Kapitalisten nach den 15 % Gewinnsteigerungen 1975 für 1976 mit Gewinnen, die über dem Rekordjahr 1972/73 liegen, können auf Produktivitätssteigerungen von 8 % in den letzten Jahren verweisen, die durch scharfe Rationalisierung, Intensivierung der Arbeit und Massenentlassungen erreicht wurden.

Diese Lage hinderte Kapitalisten und Regierung allerdings nicht, zum Jahresende ein erneutes propagandistisches Trommelfeuer gegen höhere Löhne und zur Sicherung der Profite der „notleidenden" Industrie zu entfachen. Besonders zynisch nimmt sich dabei die Stellungnahme von Bundeskanzler Schmidt aus: *„Es ist uns gelungen, in einer stürmischen Zeit, in der mancher der anderen Staaten gewaltigen Schwierigkeiten gegenübersteht, die Bundesrepublik gemeinsam als ein blühendes und freizügiges Land zu erhalten, in dem wir uns auf das Urteil der Bürger verlassen können, die überwiegend mit ihrer materiellen Lage zufrieden sind"* („FR", 30,12.).

Bundesbankpräsident Claasen forderte: Lohnerhöhungen in Höhe der Preissteigerungsprognose: 3,7 %!

Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände kritisiert noch einmal den 6-%-Stahlabschluß als zu hoch, die Forderungen nach 9,5 % seien „unannehmbar".

BDA-Chef Schleyer und die Metallkapitalisten drohen mit weiteren Entlassungen. Schleyer fordert weitere Stillhaltepolitik der Gewerkschaften: *„Staat und Gesellschaft sind auf Gemeinsamkeit im neuen Jahr stärker angewiesen als je zuvor"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 28.12.).

Gewerkschaftsführung „radikal" in Worten – arm an Taten

Vetter fordert Arbeitszeitverkürzung zur Behebung der Arbeitslosigkeit und bietet: Lohnverzicht, kein Lohnausgleich für die wegfallenden Arbeitsstunden.

Kluncker (ÖTV) tönt: kein Lohnverzicht und bietet: eine Forderung nach 8 %, womit der nächste Lohnraub im öffentlichen Dienst angekündigt ist! Im „Spiegel" nennt Kluncker den DGB „radikal", eine „außerparlamentarische Opposition" (27.12.) und erweckt den Eindruck, man stehe in „kritischer Opposition" zur arbeiterfeindlichen Politik der Bundesregierung.

IGM-Führer Loderer „droht" mit Kampfmaßnahmen, wenn das Lohnangebot nicht ausreiche („Hamburger Morgenpost", 21.12.), sein Bezirksleiter Steinkühler appelliert, als Begleitmusik zu den Verhandlungen die Überstunden zu verweigern und die Arbeitsleistung nicht zu steigern („FR", 31.12.).

Ruhiger läßt es da der IG Chemie-Chef Hauenschild angehen, der feststellt, daß die Gewerkschaften „nüchtern genug" seien, um die Tarifpolitik *„sowohl nach Lage der Branche, als auch vor dem Hintergrund der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen"* zu sehen („FR", 29.12.). Abschlüsse von unter 6 % seien für ihn „nicht gut denkbar".

Die Metallkapitalisten wollen offensichtlich eine noch härtere Linie als in der Stahlindustrie durchfechten. Darauf richten die Gewerkschaftsführer zur Zeit ihre Worte ein, schimpfen und drohen sogar ein bißchen. Aber der Herausforderung von Gesamtmetall werden nicht diese korrupten Gestalten entgegentreten, sondern nur die Arbeiter und Angestellten müssen ihre Kampfaktionen selbst in die Hand nehmen, um wenigstens in diesem Jahr nicht noch einen Lohnraubabschluß verpaßt zu bekommen.

Es sollte jetzt überall gefordert werden:

Abbruch der Verhandlungen!
Urabstimmung über Streik!

Stahlkartell aufgeflogen

Ein seit drei Jahren laufendes Verfahren des Bundeskartellamtes gegen 15 führende Stahlunternehmen, denen Preisabsprachen nachgewiesen werden konnten, wurde jetzt mit einem kläglichen Urteil beendet. Nur lächerliche 1,35 Mill. DM Gesamtstrafe müssen die 15 Unternehmen und 30 ihrer führenden Manager berappen. Die für jeden anfallenden 30.000 DM werden diese Herren sicherlich mit einem kühlen Lächeln quittieren, wiegen sie doch nicht annähernd die enormen Profite auf, die sich aus den Absprachen ergaben.

In dem Verfahren konnte bewiesen werden, daß die genannten Unternehmen, die zusammen den gesamten Spezialmarkt für Warmband-, Kaltband- und oberflächenveredelte Bandprofile beherrschen, sich über den Zeitraum von 10 Jahren (bis 1973) über Preiserhöhungen, Rabatte und sonstige Preiskonditionen verständigt hatten, bis ihnen das Bundeskartellamt auf die Schliche kam.

Die Mitglieder dieses Preiskartells, dem auch Tochterfirmen der „renommierten" Stahlriesen Hoesch AG und Klöckner AG angehörten, hatten einzig zum Zwecke der besseren Koordinierung ein gemeinsames Unternehmen gegründet, den „Verein Marktförderung Kaltprofile (MFK)" mit Sitz in Düsseldorf. In einem Abkommen verpflichteten sich diese sauberen Herren, alle Daten wie Auftragsbestätigungen, Rechnungskopien und später auch Angebotskopien an das Vereinsbüro zu schicken. *„Weiterhin führten die Kartellmitglieder auch marktanalytische Einzelgespräche, die nach Erklärungen der Wettbewerbsbehörde grundsätzlich den Schutz des Kundenkreises für ein Mitgliedswerk bezweckten"* („Frankfurter Rundschau", 8.12.76).

In dem Verfahren konnte laut Bundeskartellamt die Höhe des Mehrerlöses nicht ermittelt werden. Es ist jedoch sicher, daß die zusätzlichen Profite die mäßigen Geldstrafen um ein Vielfaches übertreffen.

Wirtschaftskommission
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Frister erkennt „Westberliner Modell" nicht an

Westberlin
Wie berichtet stimmte die Vertreterversammlung der GEW-Westberlin am 23.11. 76 der Übernahme der Bundessatzung mit bestimmten Einschränkungen zu. Diese sind:

a) die Mitgliedschaft in der GEW Westberlin (und nicht nur in der Bundes-GEW) bleibt bestehen;
b) der Landesverband bestimmt über die eigenen Finanzen selbst;
c) nur der Landesverband kann über eine Auflösung entscheiden (vergl. AK 94).

Auf der Grundlage dieser Regelung stellte die Westberliner Vorsitzende Kujawa – zuvor energische Verfechterin einer Auflösung des Landesverbandes – den Antrag an den Hauptvorstand der GEW Bund, den Ausschluß der GEW Westberlin zurückzunehmen.

Ähnlich lautende Anträge wurden vom Vorstand des Hamburger Landesverbands gestellt, sowie von Mitgliederversammlungen aus Niedersachsen.

Von Anfang an war jedoch zu bezweifeln gewesen, daß Frister das „Westberliner Modell" anerkennen würde. Nach anfänglichem Schweigen hat Frister nun anläßlich der Hauptvorstandssitzung am 11.12. 76 das Angebot des Westberliner Landesverbandes unmißverständlich zurückgewiesen. Auf einer Pressekonferenz am 16.12. in Westberlin erklärte er, daß *„der Bruch zwischen der Bundes-GEW und dem Landesverband Westberlin ... endgültig vorbei"* sei (FR, 17.12. 76).

Als Begründung gab er an, daß es nicht angehe, *„daß ein Landesverband bestimme, wer neues Mitglied werde oder bleibe, ohne daß die Gesamtorganisation eine Chance (!) der Mitwirkung erhalte."* Denn er befürchte, daß die Westberliner GEW *„ihre Zuständigkeit zur Begründung und Beendigung von Rechten der Mitgliederschaft aufrechterhalten (wolle), um den satzungsgemäßen Weg für den Ausschluß von Mitgliedern nach den Unvereinbarkeitsbeschlüssen ... zu verhindern"* (Tagesspiegel vom 16.12. 76).

Damit nennt Frister noch einmal ganz deutlich das Ziel, das die Gewerkschaftsführer mit der Satzungsänderung in den einzelnen Landesverbänden erreichen wollen: die Möglichkeit der Säuberung der GEW von unliebsamen Kollegen und stramme Ausrichtung der Landesverbände auf ihren Rechtskurs.

Frister hat seinen Plan, dieses Ziel in Westberlin durch Spaltung und Aufbau eines neuen Landesverbands zu erreichen, trotz gegenteiliger Gerichtsbeschlüsse nicht aufgegeben.

In der Januar-Nummer von „Erziehung und Wissenschaft" stellt er fest: *„Der Hauptvorstand der GEW sah keine andere Möglichkeit, als die Entscheidung des Kammergerichts am 21. Januar 1977 abzuwarten und zu hoffen (!), daß es danach zügig zum Aufbau (!) eines satzungskonformen Landesverbands der GEW in Berlin kommt."*

Er behauptet, die einstweilige Verfügung (die den Aufbau eines neuen Verbandes untersagt) sei *„formal und inhaltlich rechtswidrig, ja verfassungsrechtlich nicht akzeptabel"*. Dies deutet darauf hin, daß Frister den Weg bis zum Bundesverfassungsgericht gehen will.

Ausgeschlossen werden können auch Pläne nicht mehr, die GEW in die ÖTV zu überführen, wenn Frister auf gerichtlichem Wege keinen Erfolg hat.

Es ist bekannt geworden, daß der frühere Schulsenator Evers, der zusammen mit drei weiteren „prominenten" GEW-Mitgliedern zum 1.1. aus der GEW ausgetreten ist, in der SPD den Vorschlag gemacht hat, geschlossen in die ÖTV überzutreten, um dort eine Lehrergruppe aufzubauen. In der FR vom 17.12. heißt es dazu: *„In Westberlin gibt es unter abgesprungenen GEW-Mitgliedern die Tendenz, ... die Mitgliedschaft im DGB über die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr zu erreichen."*

In seiner Austrittserklärung aus der GEW Westberlin schreibt Evers, er werde im Fall, daß Fristers Spalterverband nicht zustande kommt, *„am Aufbau einer Interessenvertretung von Erziehern, Lehrern und Wissenschaftlern in der ÖTV Berlin mitwirken."* Eine vielsagende Formulierung, da sie das Einverständnis der ÖTV- (und das heißt natürlich der DGB-) Führung vorraussetzt!

Für die Linke in Westberlin bedeutet dies, daß sie sich auf eine längerandauernde Auseinandersetzung mit Frister einrichten muß, wobei es darauf ankommt, sich stärker als bisher aktiv für eine Solidarität in anderen Landesverbänden und über die GEW hinaus einzusetzen.

Frister seinerseits versucht überregional, seine Hetze gegen die Westberliner Kollegen zu verbreiten. In seinem schon erwähnten Artikel geht er bereits soweit, den Klägern die GEW-Mitgliedschaft abzusprechen, indem er von ihnen durchgehend nur noch von „sogenannten Gewerkschaftern" spricht, die eine permanente „Obstruktionspolitik" betrieben.

In Bezug auf das Gerichtsurteil stellt er die Dinge völlig auf den Kopf indem er behauptet, das Gerichtsurteil sei deshalb „verfassungsrechtlich nicht akzeptabel", weil es *„der GEW die Wahrnehmung des Koalitionsrechts in Berlin untersagt"*.

Umgekehrt hatte das Gericht festgestellt, daß es sich bei den von Frister ergriffenen Maßnahmen um *„die Verwirklichung einer unerlaubten Handlung"* gehandelt habe, weil diese einen *„Eingriff in das ... geschützte Persönlichkeitsrecht"*, zu dem auch das Koalitionsrecht gehört, darstellt.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

„Alternative" setzt linke Sozialdemokraten unter Druck

Seit der Wahl des linken Sozialdemokraten Lemke zum Landesvorsitzenden der GEW im September 1975 hat der rechte Flügel der GEW nichts unversucht gelassen, verlorenes Terrain wiederzugewinnen und den linken Flügel wieder klein zu kriegen. Im August 1976 fanden diese Bemühungen ihren Ausdruck in der offiziellen Gründung einer reaktionären GEW-Fraktion – der „Alternative" – mit eigenem Vorstand und eigenen Mitgliedsbeiträgen.

Diesem Versuch, die rechten und konservativen GEW-Mitglieder auch organisatorisch zu sammeln, blieb der Erfolg jedoch versagt. . Die „Alternative" hat sich seit ihrer Gründung (knapp 150 Mitglieder) nicht vergrößern können.

Die „Alternative" hat sich insbesondere bei den Wahlen zur zweiten LVV trotz großer vorheriger Ankündigung nicht durchsetzen können. Sie hat daher ihre Taktik geändert. Nicht mehr die Mobilisierung der „schweigenden Mehrheit" steht jetzt im Vordergrund, sondern die Bekämpfung der linken und demokratischen Kräfte in der GEW mit Hilfe der undemokratischen Regelungen der Bundessatzung. Sie stützt sich dabei darauf, daß der Landesverband Hamburg die Bundessatzung übernommen hat, deren Durchsetzung allerdings noch längst nicht soweit fortgeschritten ist wie in anderen Landesverbänden.

Nachdem die LVV Anfang November einen Schriftleiter für die „Hamburger Lehrerzeitung" gewählt hatte, der der DKP zugerechnet wird, focht die „Alternative" diese Wahl an. Mit Erfolg: um der „Alternative" angeblich keinen Anlaß zu geben, die Bundesorganisation der GEW einzuschalten, gab die dem Lemke-Flügel nahestehende Landesschiedskommission den lächerlichen „Argumenten" statt – und zur Zeit läuft die gesamte Schriftleiterwahl von neuem, wobei sogar die Gefahr besteht, daß dieser Kollege von den linken Sozialdemokraten wie eine heiße Kartoffel fallen gelassen wird.

Mit diesem Erfolg im Rücken ging die „Alternative" weiter vor und versuchte nun, Lemke noch weiter unter Druck zu setzen: sie setzte drei Ausschlußverfahren gemäß den „Unvereinbarkeitsbeschlüssen" der Bundessatzung in Gang – als deren erklärter Gegner Lemke gewählt worden war. Ergebnis bisher: eines der Ausschlußverfahren machte Lemke zu seiner eigenen Sache – allerdings jetzt wegen „Gewerkschaftsschädigung", ein weiteres Verfahren wurde kommentarlos in den Instanzenweg geschickt. Wieder Punkte für die „Alternative".

Wenn Lemke so gedacht hatte, dem Vorwurf, er unterlaufe die Bundessatzung, zu entgehen, hatte er sich geirrt. Die „Alternative" stieß nach: Anfang Dezember sollte wie jedes Jahr der neue „Ausschuß junger Lehrer und Erzieher" (AjLE) gewählt werden – nach dem üblichen Verfahren. Die „Alternative" focht diese Wahlen bereits Ende November „vorsorglich" an – denn die Wahlberechtigten waren nicht sechs Wochen vorher schriftlich benachrichtigt worden, wie es ein Bundesbeschluß vorschreibt. Ergebnis: der Vorstand setzte die Wahlen bis Februar aus und ließ nur die Wahl eines „kommissarischen" AjLE am 13.12. zu.

Noch leichter fiel es den Rechten, durchzusetzen, daß bei den im Frühjahr anstehenden Wahlen zu den Fachgruppenvorständen eine Urnenwahl durchgeführt wird. Hier genügte schon die gerüchteweise Androhung einer Anfechtung, falls die GEW-Bundeswahlordnung nicht eingehalten werde.

Sehr geschickt ging die „Alternative" bei der Wahl einer HLZ-Redaktion („Hamburger Lehrerzeitung") durch den Landesvorstand vor. Massiv wurde mit dem Vorwurf gearbeitet, die bestehende linke Redaktion sei „nicht ausgewogen genug" – auf deutsch: die Reaktion ist in ihr nicht vertreten.

Lemke ging auf diesen Vorwurf ein und war bereit, Rechte in die Redaktion aufzunehmen – allerdings keine Mitglieder der „Alternative". Zwei Redaktionssitze waren noch unbesetzt, aber die Rechten forderten drei Sitze – einer der Linken sollte ausscheiden. Diese unverschämte Forderung wurde von Lemke nicht zurückgewiesen! Sondern er war bereit, die Redaktion entsprechend (und gegen deren Geschäftsordnung) zu erweitern. Eine Mehrheit im Vorstand war aber zu diesem Bückling vor der Reaktion nicht bereit: Lemke wurde niedergestimmt. Da außerdem keiner der linken Redakteure bereit war, auszuscheiden, standen den Rechten „nur" zwei Sitze zur „Verfügung".

Unter diesen Umständen verzichteten sie ganz auf eine Vertretung in der Redaktion, womit klar ist, daß es ihnen allein auf die Kraftprobe ankam.

Statt die demokratischen Kollegen, die ihn bei der Wahl zum Vorsitzenden unterstützt haben, gegen die „Alternative" zu mobilisieren, läßt Lemke sich durch die Drohung einer Intervention der Bundes-GEW (die es früher oder später ohnehin geben wird) zunehmend unter Druck setzen. Durch dieses Verhalten beweist er eigentlich das genaue Gegenteil seiner These, mit der Bundessatzung lasse sich „gut leben".

Tatsächlich gibt diese Satzung k e i n e n „Spielraum für linke Politik", wohl aber die Grundlage für alle möglichen rechten Manöver nach der oben beschriebenen Art.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Vorstand löst Hauptversammlung auf

Hannover
Am 17.12. 76 fand die Jahreshauptversammlung des GEW-Kreisverbandes Hannover-Stadt im DGB-Haus Hannover statt.

Der Kreisvorsitzende Silkenbeumer weigerte sich jedoch, die Jahreshauptversammlung zu eröffnen, solange eine vom Bundesvorstand wegen ihrer KBW-Kandidatur zu den Bundestagswahlen aus der GEW ausgeschlossene Lehrerin anwesend sei. Er bezog sich auf den Vorstandsbeschluß, in dem Versammlungsleitern, die ausgeschlossenen Mitgliedern Rederecht bzw. die Anwesenheit in einer GEW-Versammlung gestatten, mit Ausschluß gedroht wird.

Er sei nicht bereit, es zum Konflikt mit dem Landesvorstand kommen zu lassen, da es bereits Differenzen in anderen Fragen gäbe.

Die folgende Diskussion ging um die Frage, wie Mitglieder der GEW sich gegen solche Vorstandsbeschlüsse zur Wehr setzen können.

In SPD-Manier versuchte Silkenbeumer noch, mit einer Rücktrittsandrohung Druck auszuüben.

Es stimmten schließlich 59 ordentliche Mitglieder und 41 außerordentliche Mitglieder (Studenten und arbeitslose Lehrer) für die Durchführung der Jahreshauptversammlung unter Anwesenheit der Ausgeschlossenen. 57 ordentliche und zwei außerordentliche Mitglieder stimmten dagegen und neun Mitglieder enthielten sich der Stimme. Nach dieser knappen Entscheidung wurde der Kreisvorsitzende nochmals befragt, ob er bereit sei, die Jahreshauptversammlung zu eröffnen, was er verneinte und gleichzeitig die Versammlung für beendet erklärte. Ein großer Teil der Mitglieder verließ daraufhin den Saal.

KB/Gruppe Hannover

CHEMIE

Zur Lage der Frauen in der chemischen Industrie

Die Diskriminierung von Frauen in der BRD findet neben der Unterdrückung durch den Paragraphen 218, der Belastung durch Hausarbeit und Kindererziehung wesentlich auch im Beruf statt. 37% der Frauen sind erwerbstätig und erfahren tagtäglich die Diskriminierung am Arbeitsplatz in puncto Unterbezahlung, Arbeitsbedingungen, Vertretung durch gewerkschaftliche Gremien, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.
Daran hat weder das „Jahr der Arbeitnehmerin" 1972 noch das „Jahr der Frau" 1975 etwas geändert. Der Nutzen und Profit, den die Kapitalisten aus der Unterdrückung der Frauen ziehen, wird unterstützt durch die Untätigkeit der Gewerkschaften, denen es nicht – wie der letzte Gewerkschaftstag der IG Chemie im September 1976 gezeigt hat – an Kenntnissen und Fakten über die Benachteiligung der Frauen im Beruf mangelt, die aber auch in diesem Punkt längst aufgehört haben, die Interessen der Frauen aufzugreifen und zu formulieren, um mit ihnen einen Kampf für ihre Belange zu führen.

Ein uraltes Thema: Die Unterbezahlung ...

Als 1975 – nach immerhin 27 Jahren – die Leichtlohngruppen in der chemischen Industrie abgeschafft wurden, wurde versucht den Frauen weiszumachen, ab '75 gäbe es „Vollohn" und jegliche Diskriminierung wäre aufgehoben. Zwar mußten '75 insgesamt 32.500 Frauen der chemischen Industrie in die Lohngruppen 1 und 2 übernommen werden, der Mißstand jedoch, daß Frauen bis zu 30% weniger verdienen ist trotzdem geblieben, die Anhebung machte '75 nur ganze 1,5% aus.

1975 arbeiteten 75.230 gewerbliche Kolleginnen in der chemischen Industrie, zum allergrößten Teil als un- bzw. angelernte Arbeiterinnen. Die Arbeit findet meist an vollautomatischen Maschinen, am Fließband und im Akkord statt. Sämtliche dieser Arbeiten gelten als „leicht erlernbar" und von der Durchführung her als „einfach".

Diese Beschreibung findet sich auch in den Tarifverträgen wieder, wo nach Lohngruppe 1 bezahlt wird, wer *„Arbeiten verrichtet, für die eine Anlernzeit nicht erforderlich ist, so daß sie nach kurzer Einweisung die zugewiesene Arbeit verrichten und jederzeit durch andere Arbeitnehmer ersetzt werden können ..."*.

nehmer ersetzt werden können ...". angelernt oder gelernt stattfindet.



Ähnlich die Definition der Lohngruppe 2, die die Kollegin erhält, die *„in der Produktion oder im Laboratorium tätig ist und die für die von ihr ausgeübte Tätigkeit praktische Kenntnisse und Fertigkeiten benötigt, die durch eine angemessene Berufspraxis erworben werden, in der Regel bis zu 13 Wochen ..."*.

Zumindest für Hamburg ist bekannt, daß in den Betrieben u.a. der Firmen Beiersdorf, Colgate und Sevela alle Frauen in Lohngruppe 1 eingestuft sind, bestenfalls noch in 2, während die männlichen Kollegen in den Lohngruppen 3, 4 und 5 zu finden sind. Höchstens aus optischen Erwägungen sind auch in Lohngruppe 2 mal ein paar Kollegen zu finden, damit man die Lohngruppen 1 und 2 nicht so leicht als Frauenlohngruppen hinstellen kann. Aber bereits die Abschaffung der Leichtlohngruppen hat gezeigt, daß neben den 32.500 Frauen nur 2.500 Männer von der Anhebung profitierten. In Mark drückt sich diese Benachteiligung der Frauen so aus, daß sie einen durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienst von 8,15 DM haben, während er bei den Kollegen bei 11,15 DM liegt, eine Differenz von noch immer 27%!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?!

Diese Parole, hier und da auch mal von der Gewerkschaftsführung erwähnt, wird leicht zur Augenwischerei, nach der herkömmlichen, auf die Bedürfnisse des Kapitals zugeschnittenen, Beurteilung der Arbeitsplätze. Demnach ist natürlich die Arbeit z.B. eines Handwerkers nicht „gleich" mit der Arbeit einer Fließbandarbeiterin ... und die unterschiedliche Bezahlung ist gerechtfertigt??

Eine gleichwertige Bezahlung der Frauenarbeit (genauer müßte es heißen: der heute hauptsächlich den Frauen aufgezwungenen Arbeit!) erforderte nämlich u.a. die Umschreibung der Lohngruppentexte, wo die Punkte wie Geschicklichkeit, Fingerfertigkeit, Monotonie am Arbeitsplatz, Konzentrationsfähigkeit usw. Eingang finden müßten, Dinge, die bisher unter den Tisch gefallen sind, da nur die Trennung nach ungelernt, angelernt oder gelernt stattfindet.

Auch bauen sämtliche analytischen Arbeitsplatzbewertungssysteme darauf auf, d.h. daß eventuelle Zulagen zu dem Tariflohn in den unteren beiden Lohngruppen sehr gering ausfallen und eine wirkliche Steigerung erst ab Lohngruppe 3 beginnt. Was den Frauen bleibt, ist das Ranklotzen im Akkord, wo Sätze um 130% an der Tagesordnung sind und so der lächerliche Stundenlohn aufgebessert werden kann. Das hat erwiesenermaßen zur Folge, daß Akkordarbeiterinnen 20% mehr Heilverfahren als sonst Durchschnitt ist, beantragen müssen.

Und die Angestellten ...?

Das Problem der Unterbezahlung weiblicher Angestellter ist ähnlich gelagert bzw. noch krasser als bei den gewerblichen Kolleginnen. In der chemischen Industrie arbeiten z.Zt. ca. 80.238 weibliche Angestellte, davon der Großteil ohne jegliche Berufsausbildung, als Bürogehilfin, Laborgehilfin usw. Nicht nur, daß das sogenannte „individuelle Arbeiten" zugunsten von Großraumbüros, Schreibpools etc. zurückgetreten ist, die weiblichen Angestellten finden sich ebenfalls in den Gehaltsgruppen 1 und 2 wieder. Die Definition dieser Gehaltsgruppen ist ähnlich gehalten wie bei den gewerblichen Lohngruppentexten, d.h. die Arbeiten in 1 und 2 gelten als „einfach", die eine Ausbildung nicht erforderlich machen. Und selbst wer eine abgeschlossene Lehre hat, kann noch in Gehaltsgruppe 2 landen, sind die Anforderungen am Arbeitsplatz „einfache Büroarbeiten".

Die Monotonie an Diktiergeräten, in Schreibpools, gleichförmige Rechenarbeiten oder auch langweilige Lochkartenarbeiten werden minder bezahlt. Die Differenz in der Bezahlung beträgt bei den Angestellten von daher sogar 28,2% oder in Mark ausgedrückt 744,- DM monatlich. In den Lohn- und Gehaltsgruppen 4 und 5 befinden sich nur noch 20% der weiblichen Angestellten, aber 52% der männlichen Kollegen!

Die IG Chemie: Drei Schritte zurück, ein halbes Schrittchen vorwärts

An der Unterbezahlung der Frauen in der chemischen Industrie kann natürlich auch beim allerbesten Willen die IG Chemie-Führung nicht vorbei. So wurden z.B. auf dem letzten Gewerkschaftstag im September 1976 in Hamburg z.T. sogar einstimmig Resolutionen und Anträge von einigen Frauenausschüssen angenommen, die u.a. gefordert hatten:

- Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltssätze,
- Überprüfung der Eingruppierungen der Frauen in den Betrieben,
- Umschreibung der alten Lohn- und Gehaltsgruppentexte, so daß alle Erfordernisse am Arbeitsplatz darin Eingang finden. (Aber bitte nicht à la Rutenfranz, der von der IG-Chemie-Vorstandsfrau Winkelsträter lobend erwähnt wurde und dessen Vorschläge zur Arbeitsbewertung hingehen bis zu einer Untersuchung von Herztönen und Absonderung von Schweiß bei der
dessen Vorschläge zur Arbeitsbewertung hingehen bis zu einer Untersuchung von Herztönen und Absonderung von Schweiß bei der
Arbeit, um so Belastungen und Anforderungen ausfindig zu machen!).

Jedoch wurden diese „zukunftsweisenden Beschlüsse" und das „Ja zur Frauenarbeit", zu dem sich dort durchgerungen wurde, schnell abgeschwächt durch Liesel Winkelsträter vom Hauptvorstand, Abteilung Frauen, die mehr vom Rückblick hielt, und die großen „materiellen Verbesserungen", die die IG Chemie angeblich in puncto Frauenentlohnung erreicht haben will, hervorzuheben. Des weiteren werden diese angenommenen Anträge auch in Zukunft nur die Funktion haben, Kritik an der Gewerkschaftsführung abzublocken und entsprechende „Vorzeigeschilder" parat zu haben.

Eine weitere Diskriminierung: Frauenarbeitslosigkeit

Die bundesweite Tatsache, daß Frauen als erste aus den Betrieben geworfen werden, spiegelt sich auch im Bereich der chemischen Industrie wieder. Hier stellen die Frauen fast die Hälfte aller Arbeitslosen (genau 48,7%), obwohl sie nur ein Viertel aller Beschäftigten in der chemischen Industrie ausmachen (24,5%).

Diese skandalöse Zahl kommt nicht nur durch Betriebsstillegungen oder -verlegungen zusammen, sondern auch dadurch, daß Frauenarbeitsplätze am ehesten Rationalisierungsmaßnahmen geopfert werden. Von 1972 bis 1975 sind insgesamt 24.516 Frauenarbeitsplätze wegrationalisiert worden, d.h. immer mehr vollautomatische Maschinen, deren Bedienung und Überwachung den verbleibenden Frauen aufgedrückt wird (bei gleicher Bezahlung versteht sich ...), werden eingesetzt. Vereinbarungen der IG Chemie, wie den kürzlich gegründeten Unterstützungsverein bei Arbeitslosigkeit oder das Rationalisierungsschutzabkommen berücksichtigen dabei keinesfalls die Interessen der Frauen, da Punkte wie Betriebszugehörigkeit einen außerordentlich großen Stellenwert einnehmen. Gerade Frauen, die oft ihre Arbeit wegen Heirat oder Geburt von Kindern unterbrechen müssen, werden durch Kriterien wie „Betriebstreue" deutlich benachteiligt. Des weiteren ist z.B. in Hamburger Frauenbetrieben wie Beiersdorf, Colgate etc. gang und gebe, daß die IG Chemie Betriebsratsfürsten Sozialplänen, die eine Umschulung nur für Facharbeiter vorsehen, vorbehaltlos zustimmen und auch bei Kündigungen von Frauen mit dem Hinweis, „na, die sind ja versorgt" wenig zimperlich umgehen.

Die Praxis der Gewerkschaftsführung sowie derartiger Betriebsräte wird weiterhin darin bestehen, die Ideologie der Kapitalisten, daß Frauen eigentlich sowieso an den Herd gehören, zu verstärken (ungeachtet der Tatsache, daß 36% der Frauen Hauptverdiener in den Familien sind und 94% auf's „Mitverdienen" angewiesen sind). Die Aussagen von Frau Winkelsträter auf dem letzten Gewerkschaftstag bei
milien sind und 94% auf's „Mitverdienen" angewiesen sind). Die Aussagen von Frau Winkelsträter auf dem letzten Gewerkschaftstag bei
Anhalten der hohen Frauenarbeitslosigkeit *„auch vor Demonstrationen nicht halt zu machen"*, sind leider kaum mehr als wortradikale Einlagen.

Aktiv wie nie: Die IG Chemie in der Werbung ...

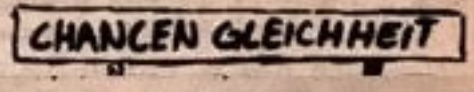
Dreh- und Angelpunkt gewerkschaftlicher „Aktivitäten", so z.B. auch auf dem letzten Gewerkschaftstag, ist die Gewinnung neuer weiblicher Mitglieder. Der Rechenschaftsbericht nennt an erster Stelle für „Schwerpunkte der Frauenarbeit" die Werbung neuer Mitglieder unter den Kolleginnen sowie Schulung derselben. Erst dann kommen Punkte wie Lohndiskriminierung etc. Ähnlich der Geschäftsbericht der Abteilung Frauen vom Hauptvorstand, wo bis ins Detail geplante „Aktionswochen" etc. aufgeführt und vorgestellt werden. Daß der Schuh drückt, ist klar, sind doch 1975 nur 17,7% der Mitglieder Frauen gewesen. Die Werbungsmethoden, die sich in der Regel kaum von Persil oder Kukident unterscheiden, sind dann der Sektor, wo ein Großteil der Mitgliedsbeiträge landen: Versand von Informationsbriefchen, Sonderdrucken und Prospekten zum Thema *„auf uns kommt es an"* oder *„Hilfen für die Familie"* und *„Mach mit"* sollen die Kolleginnen animieren, in die IG Chemie einzutreten. Es versteht sich von selbst, daß Eintrittsformulare frei Haus mitgeschickt werden. Besondere „Leckerbissen" sind dann noch Preisausschreiben, gekoppelt mit den G-u-t-Reisen. Auch die Funktionärinnen selber bekommen Prospekte in die Hand gedrückt „Argumente für Werber", die ihnen das inhaltsleere „anheuern" erleichtern sollen. 1974 – als besonderes Werbejahr von der Gewerkschaftsführung deklariert und mit Werbematerialien in Höhe von 839.500 DM unterstützt – brachte dann auch den „Erfolg" von einem Zuwachs von 0,2%!

Die angestrebten Ziele

- bei absinkenden Beschäftigungszahlen eine Verringerung der Mitgliederzahlen zu verhindern (aber nichts gegen die Arbeitslosigkeit zu tun) und
- den Organisationsgrad der Frauen zu verbessern und an den der Männer anzugleichen

wurden nicht erreicht, was auch von Seiten der Gewerkschaftsführung gesehen wird. Fazit für sie in diesem besonderen Fall: *„Beschlüsse allein reichen nicht aus* (ach ja?) *die Organisationsstellen und Funktionäre zur aktiven Mitarbeit zu veranlassen"* (Geschäftsbericht vom Gewerkschaftstag).

Wie scheinheilig in bezug auf die Werbung argumentiert wird, die in jedem Fall als „Stärkung der Organisation" (der Kassen wohl besser) propagiert wird, zeigt sich u.a. an den Zahlen weiblicher Mitglieder in den Gremien: In Betriebsräten sitzen nur 13,8% Frauen, in Vertrauensleu-





tekörpern nur 13,6%, in Tarifkommissionen 12,4% und als Delegierte auf Gewerkschaftstagen nur 12,8%. Als Betriebsratsvorsitzende sind Frauen nur zu (gewerblich) 4,7% vertreten und bei Angestellten zu 9,4%.

Ähnlich niedrig liegen die Zahlen bei freigestellten Betriebsräten, wo gewerbliche Frauen nur sieben Prozent einnehmen und Angestellte 13,4%, was nichts anderes heißt, als daß von den Herrschaften selbst das Betriebsverfassungsgesetz umgangen wird, das vorschreibt, daß *„die Geschlechter ihrem zahlenmäßigen Verhältnis entsprechend vertreten sein sollen ..."*. Glänzendes Beispiel: Beiersdorf, ein Betrieb mit über 50% Frauen, hat nicht ein einziges weibliches freigestelltes Betriebsratsmitglied und das bei sieben freigestellten Herren!

In einem nächsten ARBEITERKAMPF werden wir anhand der konkreten Arbeit der betrieblichen Frauengruppen in Hamburg die Möglichkeiten der Vertretung der besonderen Interessen der Frauen im Betrieb und die bisherigen Erfahrungen der Frauengruppen mit dem Kampf inner- und außerhalb des Betriebes darstellen.

(Alle Angaben nach dem Rechenschaftsbericht des IG Chemie-Gewerkschaftstages und aus „Frauenentlohnung kritisch betrachtet".)

Chemie-Frauengruppe
KB/Gruppe Hamburg

Vereinigte Aluminium Werke, Stade

Die Geschäftsleitung hat sich für dieses Jahr etwas „nettes" ausgedacht. Es heißt „Dienstaltersvergütung" (DAV) und soll für Arbeiter und Tarifangestellte gelten. Es handelt sich um eine nach Dienstalter gestaffelte monatliche Zulage zum Gehalt bzw. Lohn, zwischen DM 42,- und DM 111,-. Allerdings kommen in den Genuß der 111,- Mark sowieso nur ein paar Meister, die länger als zwölf Jahre im Betrieb sind. Und erst ab drei Jahren gibt es überhaupt erst etwas. Allerdings hat die „DAV" einen noch viel dickeren Haken. In Punkt drei der „DAV-Richtlinien" (die mit dem Betriebsrat vereinbart wurden) heißt es:

„Mit der Gewährung der DAV werden folgende Betriebsvereinbarungen außer Kraft gesetzt:
a) Übertariflicher Arbeitsplatzausgleich (Betriebsvereinbarung über Monatslohn v. 6.11.73)
b) Vertreterzulage (ebenfalls Betriebsvereinbarung über Monatslohn)
c) Familienheimfahrten (Fahrtkosten und Zusatzurlaub) für Belegschaftsmitglieder (mit Ausnahme der vorübergehenden dienstlichen Abordnung, Versetzung und Neueinstellung)."

Dieser letzte Punkt trifft besonders die türkischen Kollegen, die bei Heimfahrten bisher zwei Tage Zusatzurlaub und fünf Tage unbezahlten Urlaub erhielten.

Zusätzlich zum Wegfall der bisherigen Leistungen hat sich der Betriebsrat außerdem noch verpflichtet, darauf zu verzichten *„für die Dauer von drei Jahren vom 1. Januar 1977 ab, Anträge auf Erhöhung der übertariflichen Zulagen zu stellen!"*

Das ist aber noch nicht alles. Die „DAV" reduziert sich um ein Drittel, wenn es einen Fehltag pro Monat gibt und fällt ganz weg bei zwei Fehltagen. Zu den Fehltagen zählen auch Krankheitszeiten und Fehlen wegen eines Arbeitsunfalls!

Besonders dieser letzte Punkt schien selbst den Ganoven von Betriebsrat und Geschäftsleitung fragwürdig zu sein, denn sie vereinbarten ausdrücklich: *„Sollte der Anwesenheitscharakter* (gemeint ist das Streichen der DAV bei Fehlzeiten – d. Verf.) *der DAV nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts, Großer Senat, gegen gesetzliche oder tarifliche Bestimmungen verstoßen, so wird die ganze Vereinbarung widerrufen"*!

Und die Geschäftsleitung hat sich noch weitere Hintertüren offengelassen. Die Betriebsvereinbarung kann jederzeit widerrufen werden, wenn *„durch Gesetz oder Tarifvertrag eine Regelung getroffen wird, die in ihrem wirtschaftlichen Erfolg (?) der Gewährung einer DAV gleichkommt,"* bzw. *„wenn bei Einführung der DAV (1.1.77) maßgebenden Verhältnisse sich nachhaltig so wesentlich geändert haben, z.B. durch wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft, daß unter objektiver Betrachtung (?) der Belange der Betriebsangehörigen nicht mehr zugemutet werden kann."*

Übrig bleibt dann nur noch, daß bei einem solchen Widerruf, natürlich die alten Betriebsvereinbarungen nicht wieder in Kraft treten, so daß der Belegschaft nur noch der nackte Lohn bleibt. Im übrigen muß jeder Kollege vor „Gewährung" (?) der „DAV" sie auch noch extra beantragen. Eine saubere Leistung der sozialpartnerschaftlichen Klüngelei!
(nach „Die Lupe", Betriebszeitung für die Kollegen von AOS und VAW)

Chemiekomitee
KB/ Gruppe Hamburg

„Für freiwillige Beitragshöhe" - Gewerkschaftsausschluß

Der Hauptvorstand der IG-Chemie hat jetzt den zweiten Gewerkschaftsausschluß auf der Norddeutschen Affinierie bestätigt. Wie in AK 92 berichtet, „erdreistete" sich der Vertrauensmann nach wie vor für freiwillige Beitragshöhe zu sein. Außerdem waren in den „Argumenten" (Zeitung der Kollegengruppe) entsprechende Artikel abgedruckt, von denen sich der Vertrauensmann distanzieren sollte. Er hat sich nicht davon distanziert. Diese Haltung brachte ihm den Ausschluß ein.

Das ist dann auch der einzige Punkt, auf den sich der Ausschluß stützt:

„Auf ausdrückliches Befragen haben Sie sich zu dem Artikel ‚Für freiwillige Beitragshöhe' bekannt. Damit haben Sie vorsätzlich, insbesondere durch Zustimmung zu dem Satz ‚Wir werden uns jedenfalls dafür einsetzen, daß jedes Mitglied selbst entscheiden soll, wieviel Beitrag es zahlt' – gegen die Bestimmung der Satzung verstoßen, indem Sie mit dazu auffordern, daß Anordnungen des Hauptvorstandes ... nicht gefolgt" (werden).

Durch sein Eintreten für freiwillige Beitragshöhe habe der Kollege *„die Interessen der gewerkschaftlichen Organisation gröblich geschädigt"*.

Das heißt, daß der Hauptvorstand gewillt ist, jede abweichende Meinung zu verfolgen und jeden Kritiker aus der Gewerkschaft auszuschließen. Daß damit auch der letzte Rest innergewerkschaftlicher Demokratie zu Grabe getragen wurde, ist offenkundig.

In der gegenwärtig laufenden Beitragskampagne bei der Affi war das der härteste Schlag der Gewerkschaftsführung gegen die Linken. Auch in anderen Hamburger Chemiebetrieben wurde ähnlich geholzt. Damit zeigt die Gewerkschaftsführung einmal mehr, daß sie gewillt ist, mit allen Mitteln den organisierten Chemiearbeitern mehr Geld abzupressen.

Betriebszelle Norddeutsche Affinierie
KB/ Gruppe Hamburg

DRUCK

Weitere Angriffe auf das Streikrecht

Das gesetzlich verankerte Streikrecht ist schon seit mehreren Jahren den verstärkten Angriffen seitens der Kapitalistenklasse ausgesetzt. In jüngster Zeit gelang es den Kapitalisten in mehreren Fällen Urteile zu erreichen, die den weiteren Abbau des Streikrechts juristisch absegnen.

So hat das Bundesarbeitsgericht in Kassel festgelegt, daß die Teilnahme an einem spontanen Streik, der nicht von der Gewerkschaft getragen wird, eine „rechtswidrige Arbeitsniederlegung" und dementsprechend ein „Arbeitsvertragsbruch" sei (Aktenzeichen: 1 AZR 772/75, zitiert nach „Frankfurter Rundschau", 4.1.77).

Gestützt auf dieses arbeiterfeindliche Urteil forderte jetzt die Hagener Firma „Westfalendruck", eine Tochterfirma des Konzerns „Westdeutsche Allgemeine Zeitung", von 65 Arbeitern „Schadensersatz" in Höhe von 1 Million DM wegen deren Teilnahme an einem spontanen Streik im Sommer 1975. Damals protestierte die Belegschaft mit dieser Arbeitsniederlegung gegen die Entlassungen im Rahmen von Rationalisierungsmaßnahmen und gegen die Disziplinierung ihres Betriebsratsvorsitzenden.

Das Arbeitsgericht Hagen machte den „Vergleichs"-Vorschlag, daß jeder der am Streik beteiligten 103 Arbeiter bis zu 1.000 DM an die Kapitalisten zahlen soll. Findet dieser Vorschlag bis zum 27.1.77 keine Zustimmung, wird vom Arbeitsgericht eine Entscheidung verkündet. (Zu wessen Gunsten wohl?)

Demgegenüber hält die Geschäftsleitung der Firma „Westdruck" bis zum heutigen Tage Abfindungen in Höhe von Zehntausenden DM aus einem Sozialplan unter anderem für beklagte Arbeiter zurück, die im Rahmen der Rationalisierungen entlassen wurden (nach „Extradienst" Nr. 99). Kein Arbeitsgericht ist bislang dagegen eingeschritten!

Aber auch die gewerkschaftlichen Streiks sind den westdeutschen Kapitalisten ein Dorn im Auge und die Klassenjustiz beginnt auch in diesem Punkt mit einer richtungsweisenden Rechtsprechung. So vertrat das Kammergericht in Westberlin die Auffassung, daß auch gewerkschaftliche Streiks illegal sein können, wenn sie gegen die „Verhältnismäßigkeit der Mittel" (?!) verstoßen, d.h. wenn sich die Kapitalisten geschädigt fühlen (und wann tun sie das nicht?). In dieselbe Kerbe schlägt auch ein Kommissionsbericht zur Verfassungsreform des Bundestags, der die Untersuchung zur „Stellung der Verbände in der staatlichen Ordnung" vorsieht. Hinter dieser harmlosen Formulierung verbirgt sich der Versuch, das Streikrecht gesetzlich noch stärker einzuschränken und die staatliche Kontrolle über die Gewerkschaften zu vergrößern. Verschiedene Entwürfe liegen bereits in den Schubladen der Bundestagsabgeordneten. Auch hier ziehen wieder mal alle „Demokraten" von CSU bis SPD an einem Strang („Extradienst" 99).

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Drucker laden Börner (SPD) aus

Auf der diesjährigen zentralen hessischen 1. Mai-Veranstaltung des DGB in Wiesbaden soll einer der „Star"-redner H. Börner (SPD) sein.

Daraufhin hat der Ortsvereinsvorstand der IG-Druck beschlossen, ihn auszuladen und hat einen dementsprechenden Antrag beim Kreisvorstand des DGB gestellt. Die Kollegen begründen ihren Antrag damit, daß H. Börner vor kurzem an eine faschistische Veranstaltung zur Freilassung des Nazis Rudolf Heß ein Glückwunschtelegramm geschickt hat.

So schreiben die Kollegen sehr treffend: „Wer faschistische Veranstaltungen für gut heißt, hat nichts auf einer Maiveranstaltung des DGB zu tun".

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Hafenarbeiter greifen in die Tarifrunde ein!

Hamburg. Seit der Vorweihnachtszeit führen Hamburger Hafenarbeiter selbständige Aktionen durch, um ihren Forderungen zur Tarifrunde Nachdruck zu verleihen: Sie verweigern die „freiwillige Mehrarbeit". Angefangen haben die HHLA (Hamburger Hafen- und Lagerhaus Gesellschaft)-Kollegen der 50er Strecke am 22. und 23.12.76. Einen Tag später waren die Kollegen vom Burchardkai in Halle 5 und 4 dabei. Nach Weihnachten schlossen sich weitere Hallen und die Werkstätten an. Diszipliniert sorgten die Kollegen dafür, daß kein Kollege dem Drängen der Vorgesetzten nach Mehrarbeit nachkam. Nach Weihnachten wurde auch das Überseezentrum (ÜZ) begeistert von den Kollegen der 50er Strecke mitgerissen, dazu kamen dann noch weitere HHLA-Strecken, wie Dradenau, Bananenschuppen und Kollegen der 70er Strecke.

Da überall im Hafen zum Jahresende Termingeschäfte abgewickelt werden mußten und alle Anlagen voll waren, waren die Kapitalisten erst ziemlich hilflos. Der Burchard-Kai platzte aus allen Nähten. Überall standen Container herum und es war ein heilloses Durcheinander. Erst in den letzten Tagen wurden Burchard-Kai Container beim Tollerort-Terminal und beim Euro-Kai ausgepackt.

Erfolgreich gelang es besonders den Kollegen am Burchard-Kai, einen Überblick über vereinzelte Streikbrecher zu behalten (für solche Dienste gaben sich wie am Afrika-Terminal auch Betriebsräte her!), sich gegenseitig zu informieren und bei Laune zu halten. Wenn morgens bekannt wurde, daß wieder alle Hallen mitgemacht hatten, brach jedesmal lauter Jubel aus. Die Aktionen der Kollegen dauerten bis Redaktionsschluß an.

Zwar stehen die HHLA-Kollegen mit der Verweigerung der Mehrarbeit „an vorderster Front", aber sie stehen nicht allein. Von Haus aus halten sich die Kollegen des GHB (Gesamthafen-Betrieb) an die 40-Stunden-Woche, einige Tiedemann-Kollegen haben als sie eingeweiht waren, spontan die 2. Schicht zuhause auf der Couch verbracht...

Die Aktionen haben aber (noch?) nicht auf den g e s a m t e n Hafen übergegriffen.

Mit der Verweigerung der Mehrarbeit wollen die Hafenarbeiter ihren Forderungen für die laufende Tarifrunde, die ohnehin schon durch die Gewerkschaftsführer arg zurechtgestutzt worden sind, Nachdruck verleihen. Sie fordern: Volle Durchsetzung für

- 8,5 % mehr Lohn;
- Drei Sonnabende (statt bisher zwei) in vier Wochen frei;
- Abbau der Mehrarbeitspflicht;
- mehr Urlaub, mehr Urlaubsgeld;
- verbesserter Kündigungsschutz, (vor allem Unkündbarkeit und Lohnsicherung älterer Kollegen),
- Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen bei der Berechnung der Lohnfortzahlung.

Kapitalisten- und ÖTV-Provokationen!

Kapitalisten aber auch ÖTV-Führer haben durch ihre Provokationen in der Tarifrunden den Protest und Widerstand der Hafenarbeiter geradezu herausgefordert. Die Kapitalisten legten einen Monat nach Veröffentlichung dieser Forderungen ein provokatorisches „Angebot" vor, das nur 5,5 % Lohn„erhöhung" vorsah, und die Forderungen zur Wochenendfreizeit, zur Mehrarbeit und zur Lohnsicherung für ältere Kollegen rundweg ablehnte! Darüberhinaus stellten sie noch als „Gegenforderungen" einen Katalog von Maßnahmen auf, nach dem sie angefangene Überstunden nur noch als halbe Stunden bezahlen wollen, statt drei Überstunden nur noch halbe Anschlußschichten (das würde Lohnkürzungen von über 11,50 DM in Lohngruppe III bedeuten), kein 13. Monatsgehalt für diejenigen, die übers ganze Jahr krank waren (Unfälle im Hafen sind an der Tagesordnung!), und andere Hämmer mehr!

In den folgenden, langen, harten und zähen Verhandlungen erklärten die ÖTV-Führer ein Verhandlungsergebnis in punkto Wochenendarbeit „für unverzichtbar", legten aber sehr schnell einen „Kompromißentwurf" vor: Vier freie Sonnabende in sechs Wochen. Das ist schon eine besondere Logik, die die ÖTV-Führer veranlaßt, in einer Frage einen „Kompromiß" vorzuschlagen, in der die Kapitalisten grundsätzlich Nein gesagt haben. Die Mobilisierung der Mitglieder für Kampfaktionen zur Durchsetzung der v o l l e n Forderung ist dabei nicht vorgesehen... Daß die Mitglieder selbst (natürlich ohne Zutun ihrer Funktionäre) dazu bereit waren, zeigen die Resolutionen, die sich beim zuständigen ÖTV-Sekretär Rumpel stapelten. Die Kollegen forderten volle Durchsetzung der Forderung und erklärten ihre Kampfbereitschaft. Mindestens zwei dieser Resolutionen (vom Burchard-Kai und ÜZ) trugen die Unterschrift mehrerer hundert Kollegen!

Gegen den Willen der Mitglieder finden die großen Schlachten der ÖTV-Führer im Saale statt. So hatten 165 von 400 bestehenden Hafenbetriebsräten und Vertrauensleuten auf einer kurzfristig angesetzten Sitzung in einer Entschließung einstimmig (!) von der ÖTV verlangt, *„den Unternehmern umgehend das Scheitern der Verhandlungen zu erklären"* und den Mitgliedern die Frage, *„ob wir unsere berechtigten Forderungen nötigenfalls mit Kampfmaßnahmen durchsetzen werden zur Urabstimmung"* vorzulegen. Trotzdem verhandeln die ÖTV-Führer weiter! Die Kollegen wurden sogar aufgefordert, ihre „Verweigerungs"-Aktionen einzustellen!!

„Verhandelt" wird hier wohl nur der Kampfeswille der Kollegen – solange bis wieder Ruhe herrscht im Hafen. Die „lieben Kollegen" im ÖTV-Vorstand haben auf alle Fälle mehr Angst um die Tonnagezahlen der Kapitalisten als um die Durchsetzung der Forderungen ihrer Mitglieder.

Nicht einmal die notwendigsten Informationen haben sie den Kollegen gegeben. Der Katalog der „Gegenforderungen" der Kapitalisten (s.o.) war bis heute nur im HAFENARBEITER (Zeitung der KB für den Hamburger Hafen) zu lesen, mit der Veröffentlichung der Entschließung (s.o.) war es dasselbe.

So ist es kein Wunder, daß die Aktionen der Kollegen selbständig und gegen die Kapitalisten plus ÖTV-Führer geführt werden müssen.

Die Entschiedenheit der Kollegen hat zwar „Bewegung" an den grünen Tisch gebracht. Die ÖTV-Führung aber dazu zu zwingen, die Kampfkraft der Kollegen wirklich organisiert einzusetzen, dazu langt es noch nicht.

Ein Kompromiß-Abschluß ohne Zustimmung der Kollegen, gefunden in „freien Verhandlungen", wird vorbereitet! Dabei paßt Unternehmern und ÖTV gut ins Konzept, daß die Schwerpunkte der Aktionen der Kollegen eindeutig bei der HHLA liegen. Die HHLA hat aber einen eigenen „Haustarif" mit der ÖTV. Viele der ÖTV-Forderungen für die Seehäfen beinhalten praktisch nur die Forderung nach Anpassung an bei der HHLA bereits bestehende Rechte. Diese Tatsache wird genutzt werden, um mit einem „Kompromiß" in der Frage der Sonnabendsarbeit und eventuell ein, zwei weitere Verbesserungen die HHLA-Kollegen abzufinden.

Sicher ist aber schon jetzt – die HHLA-Kollegen vor allem am Burchardkai haben Kampferfahrungen gewonnen – was an Verbesserungen erzielt wird, haben wir nicht zuletzt ihnen zu verdanken. Größere Schritte nach vorn werden wir nur machen können, wenn wir den Hafenkapitalisten vereint, mit alle Mann gegenüberstehen und uns von der Politik falscher „Führer" nicht beirren lassen.

Hafen- und HHLA-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Reinigungskapitalist entläßt 300 Kolleginnen !

Frankfurt. Das Gebäudereinigungsunternehmen Walter Giese & Co. KG, Inhaber Horst Auschill, ehemals Schatzmeister in der südhessischen SPD und Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger in der SPD" (!), hat 300 überwiegend weiblichen und ausländischen Kolleginnen und Kollegen gekündigt!

Der Betrieb, in dem insgesamt etwa 7.000 Kollegen in 1.500 Betriebsstellen arbeiten, hatte bis zum 31.12.76 die Reinigung von Flugzeugkabinen und Flughafengebäuden der Flughafen AK (FAG) Frankfurt ausgeführt. Diese Arbeiten wurden von 300 „seiner" Arbeiterinnen ausgeführt. Dieser Auftrag ist jetzt an das billigere Essener Unternehmen „Uniputz" übergegangen. Von der „Uniputz" sind 100 der 300, überwiegend ältere, Kolleginnen und Kollegen nicht übernommen worden und sitzen jetzt auf der Straße. Die übernommenen Kollegen erhielten Arbeitsverträge, die *„vage Verdienstangaben und Zeitvereinbarungen"* enthalten („Frankfurter Rundschau", 23.12.76).

Der Betriebsrat hat den Kündigungen widersprochen, da sie erstens nicht fristgemäß und zweitens nur pauschal, also für alle 300 Beschäftigten, ausgesprochen worden seien.

Auschill, der von sich selbst behauptet, der sozialste Unternehmer seiner Branche zu sein, hat den vom Betriebsrat und der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden aufgestellten Sozialplan abgelehnt. *„Er habe nie davon gehört, daß in dieser Branche ein Sozialplan aufgestellt werde, wenn ein Auftrag entfalle"* („FR", 23.12.76)! ... *„Der Auftrag am Flughafen hat uns keine Mark Gewinn eingebracht"*, rührt Auschill uns fast zu Tränen („FR", 23.12.76). Naja, er wird sich sicher selbst seinen „Sozialplan" aufgestellt haben!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

6,7 % – erster Abschluß im öffentlichen Dienst

Informationen für die Hafenarbeiter der deutschen Seehafenbetriebe



Tarifbewegung '77

TARIFAKTION 1977 ERFOLGREICH BEENDET

Nach langen schwierigen Verhandlungen hat die Verhandlungskommission am 7.1.1977 der Bundestarifkommission das Verhandlungsergebnis unterbreitet.
Die Bundestarifkommission hat nach eingehender Diskussion das Ergebnis einstimmig gebilligt.

1.) Zum Lohntarifvertrag

a) Die Löhne werden mit Wirkung vom 1. Januar 1977 um 6,7 Prozent angehoben. Damit ergeben sich in den einzelnen Lohngruppen folgende Grundstundenlöhnerhöhungen:

Lohngruppe			
Lohngruppe	I	um DM 0,56 pro Stunde	auf DM 8,96
Lohngruppe	II	um DM 0,59 pro Stunde	auf DM 9,42
Lohngruppe	III	um DM 0,63 pro Stunde	auf DM 9,99
Lohngruppe	IV+V	um DM 0,67 pro Stunde	auf DM 10,63
Lohngruppe	VI	um DM 0,71 pro Stunde	auf DM 11,27
Lohngruppe	VII	um DM 0,78 pro Stunde	auf DM 12,42
Lohngruppe	VIII	um DM 0,84 pro Stunde	auf DM 13,40.

b) Der Nachtarbeitszuschlag für die 2. Schicht in den Lohngruppen I bis III erhöht sich auf DM 8,--. Bei allen übrigen Lohngruppen wird der Nachtarbeitszuschlag zur 2. Schicht um 6,8 Prozent gegenüber dem Stand vom 1. Januar 1976 erhöht. DM 2,-- multipliziert mit der Zahl der Arbeitsstunden ist der Nachtarbeitszuschlag für die 3. Schicht.

c) Für Anschluss- und Doppelschichten wird ein Zuschlag von DM 8,-- gezahlt. Der Zuschlag für Sonn- und Feiertage wird um 10 Prozent erhöht.

d) Die Laufzeit dieses Lohntarifvertrages beträgt 12 Monate.

2.) Rahmentarifvertrag

Die Forderungsschwerpunkte zur Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen für die Hafenarbeiter konnten weitestgehend durchgesetzt werden.

Zum Urlaub wurde erreicht, dass ab dem 3. Beschäftigungsjahr der Urlaub nach dem Lebensalter gewährt wird.

Sonnabende gelten nicht mehr als Urlaubstage. Das Mindesturlaubsgeld wurde verbessert und beträgt jetzt 20 Prozent der jeweiligen Lohngruppe auf die 1. Werktagsschicht.

Danach ergibt sich folgende Urlaubsstaffel:

Bis zum 3. Beschäftigungsjahr als Hafenarbeiter	18 Arbeitstage
Nach d. 3. Beschäftigungsjahr als Hafenarbeiter	20 Arbeitstage
Nach dem vollendeten 25. Lebensjahr	21 Arbeitstage
Nach dem vollendeten 30. Lebensjahr	22 Arbeitstage
Nach dem vollendeten 35. Lebensjahr	23 Arbeitstage
Nach dem vollendeten 40. Lebensjahr	25 Arbeitstage
Nach dem vollendeten 45. Lebensjahr	26 Arbeitstage.

Hafenarbeiter, die am 31. Dezember 1976 bereits einen Urlaubsanspruch von 25 Werktagen hatten, erhalten ab 1. Januar 1977 26 Arbeitstage Urlaub.

Ausserdem wurde fest vereinbart, dass die DM 252,-- im Rahmentarifvertrag aufgenommen wurden und bei Urlaubsantritt ausgezahlt werden.

Obwohl die Arbeitgeber zu unserer Forderung, die Freizeit am Wochenende zu verbessern, überhaupt nicht verhandeln wollten, gelang es uns mit Eurer Unterstützung, einen Einstieg zu vereinbaren. Bis zum 30.6.1977 soll auf örtlicher Ebene eine Regelung gefunden werden, wonach bei 40-stündiger Wochenarbeitszeit im einem Zeitraum von 12 Wochen 8 freie Tage in Verbindung mit dem Sonntag gewährt werden.

Wegen der besonderen Schwierigkeiten der Neuorganisation und zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit unserer Häfen war es leider unumgänglich, dass diese Regelung frühestens ab 1. Juli 1977, spätestens am 30. September 1977, in Kraft treten kann.

Die Mindestlohnfortzahlung im Krankheitsfalle wurde wesentlich verbessert.

Der Kündigungsschutz für länger im Hafen beschäftigte Arbeitnehmer wurde verbessert und eine Lohnabsicherung für Hafenarbeiter, die das 55. Lebensjahr erreicht haben, vereinbart.

Die vermögenswirksamen Leistungen werden ab 1. Januar 1978 bis 1. Januar 1980 auf DM 624,-- voll erhöht.

Die Voraussetzungen zur Zahlung der Jahreszuwendung (13. Monatslohn) wurden verbessert.

Das Essengeld bei Überarbeit wurde von DM 3,-- auf DM 4,-- erhöht.

Die Laufzeit des Rahmentarifvertrages beträgt 3 Jahre.

Mit diesem Abschluss wird sichergestellt, dass die soziale und wirtschaftliche Situation des Hafenarbeiters verbessert wird. Dieses gute Ergebnis war nur dank der solidarischen Unterstützung der gewerkschaftlich organisierten Hafenarbeiter möglich. Deshalb werden auch weitere Verbesserungen künftig nur möglich sein, wenn jeder Hafenarbeiter Mitglied der Gewerkschaft Ö T V wird.

Siegfried M e r t e n
Stellvertretender Vorsitzender
der Gewerkschaft Ö T V
und Leiter des Tarifsekretariats

Hamburg, 7.1.1977

Eine Forderung muß die besser Verdienenden berücksichtigen ?

Am 4.1.77 fand eine ÖTV-Mitgliederversammlung der städtischen Kindertagesheime (KTH)-Vereinigung statt. Von 794 gewerkschaftlich organisierten Kollegen nahmen ganze 70 an der Mitgliederversammlung teil, – ein Ausdruck für die Qualität der gewerkschaftlichen Arbeit im Bereich der KTHs!

Ein Thema dieser Versammlung war die Tarifrunde. Eingeleitet wurde die Diskussion über die Forderungen der Kollegen mit einem Vorschlag der Mehrheit des Vertrauensleutekörpers (VLK): 11 %, mindestens 200 DM, 500 DM Urlaubsgeld, für jedes Kind 75 DM. Begründet wurde diese Mischforderung von dem DKP und SPD-orientierten VLK mit der „Solidarität gegenüber den mittleren und höher verdienenden Kollegen". *„Die haben doch so viel Abzüge durch die Steuerreform"*, so die DKPler. ÖTV-Sekretär Eckard Schön stellte plötzlich fest, *„die ÖTV ist schließlich für alle Mitglieder da"*.

Die fortschrittlichen Vertrauensleute und viele Kollegen sprachen sich natürlich gegen die Mischforderung aus. Ihre Forderung nach einem Festgeldbetrag wurde mit 36 zu 32 Stimmen knapp abgelehnt.

Interessant an dem Zustandekommen der Mischforderung in der Vereinigung ist das Verhalten der DKPler im VLK. Sie haben in diesem Jahr gezeigt, daß sie keine Hemmungen haben, sich der korrupten Politik der Gewerkschaftsführer immer mehr anzupassen: In den Jahren 73/74, 75/76 ist der VLK der Vereinigung noch einstimmig für Festgeldforderungen eingetreten. Ein DKP-Vertrauensmann empfahl den Kollegen auf der

mann empfahl den Kollegen auf der

Mitgliederversammlung sogar, nicht zu hohe Forderungen aufzustellen, damit die Enttäuschung bei einem niedrigen Abschluß nicht so groß sei!

Diese Empfehlung griff der KBW begierig auf. Eine dieser Organisation nahestehende Kollegin tischte die oft gehörte, aber wenig beliebte 170 DM-Forderung auf und fiel damit noch hinter die SPD/DKP-Forderung zurück. Dem KBW aber reichen 170 DM, stellt er doch damit die „gewerkschaftliche Solidarität" her und vereint er doch dadurch die „gewerkschaftlichen Massen", daß er in allen Bereichen die gleiche Forderung aufstellt. – So einfach ist das!

Eine Diskussion über die Durchsetzung der Forderungen und eine Mobilisierung wurde von Eckard Schön und seinem Gespann einfach durch eine Abstimmung per Geschäftsordnungsantrag abgelehnt. Grund genug für diese Diskussion hatten diese Herrschaften schon, denn bei einer Debatte über die bisher gelaufenen Aktivitäten zur Tarifrunde in den Heimen hätten sie alt ausgesehen. Bisher hat die ÖTV außer der Einberufung der Mitgliederversammmlung nichts gemacht. Die fortschrittlichen Kollegen in der Vereinigung müssen schnellstens darangehen, eigenständige Informations- und Mobilisierungsarbeit zu leisten. Die Empörung vieler Kollegen auf der Mitgliederversammlung über das arrogante und undemokratische Vorgehen der Gewerkschaftsführer und DKPler bieten gute Voraussetzungen dafür!

Zelle Vereinigung II
KB/ Gruppe Hamburg

KB/ Gruppe Hamburg

Universitäts-Kollegen fordern 230 DM Festbetrag

Hamburg. Auf der am 5.1.77 im Unibereich abgehaltenen Mitgliederversammlung der ÖTV haben die knapp 70 Teilnehmer ihre Forderungen zur Tarifrunde aufgestellt. Zuvor hatten in einzelnen Bereichen Teilversammlungen stattgefunden, auf denen bereits Vorschläge für die Mitgliederversammlung diskutiert worden waren. Der zuständige Gewerkschaftssekretär Gehricke hob zu Beginn der Diskussion die „großartige" Lohn- und Gehaltspolitik der ÖTV hervor, die jetzt angeblich dazu geführt habe, daß der Staat Privatisierungen einführen will, gegen die die ÖTV ankämpfen muß.

An dem mageren Abschluß des letzten Jahres und der erneuten Aufstellung einer Prozentforderung wurde von mehreren Kollegen Kritik geübt mit den ÖTV-eigenen Argumenten für eine Festbetragsforderung.

Anschließend wurden die Vorschläge aus den einzelnen Bereichen der Uni diskutiert, die von Mischforderungen 85 DM plus 4,5 %, „fühlbar über 100 DM" (Juso) bis zu DM 250,– Festbetrag reichten. Die Forderung nach 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM für jedes Kind wurde zuerst abgestimmt und mit nur wenigen Gegenstimmen angenommen. 40 Kolleginnen und Kollegen sprachen sich für einen Festbetrag aus, 29 für eine Mischforderung; bei der Abstimmung über die Höhe waren dann 45 Mitglieder für 230 DM Festbetrag. Als Gehricke während der Abstimmung merkte, daß ihm seine Felle wegzuschwimmen drohten, versuchte er noch, die Forderungen zu drücken, indem er sich den Kopf der Kapitalisten zerbrach: Die vorgeschlagenen Beträge würden gar nicht in die „wirtschaftliche Entwicklung" passen. Er fand aber kein Echo im Saal, wie das Ergebnis zeigt.

Von den Lehrlingen wurde Existenzlohn, 700 DM für alle Lehrjahre, gefordert. Denn Lehrlinge müßten heute auf eigenen Beinen stehen, und es sei nicht einzusehen, daß die Eltern diese Last tragen sollten. Schließlich sei ja auch das Volljährigkeitsalter auf 18 Jahre herabgesetzt worden.

Nach kurzer Diskussion gelang es einem rechten SPDler (natürlich kein Lehrling), die Forderung auf 600,– DM herabzudrücken und beschließen zu lassen. Zum Schluß kam der Vorschlag, daß die von den einzelnen Hamburger Betriebsgruppen aufgestellten Forderungen und das sich daraus ergebende, auf der Sitzung der Bezirkskommission beschlossene Forderungspaket für Hamburg in einem Informationsblatt den einzelnen Betriebsgruppen mitgeteilt werden sollte. Die Zustimmung, die von der Versammmlung kam, hätte besser in einen für den Bezirksvorstand bindenden Beschluß umgewandelt werden sollen.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Holzmüller-Kapitalist sieht rot

Hamburger Hafen. Die Geschäftsleitung des Umschlagbetriebes Holzmüller, im Hamburger Hafen hervorgetreten durch die schweinische Idee, eine Fernsehüberwachungsanlage zu installieren, macht erneut von sich reden.

Das Betriebsratsmitglied K. B. war von einem rollenden, nicht gesicherten Waggon schwer an beiden Beinen verletzt worden. Es konnte hinterher nicht festgestellt werden, wer den Waggon ins Rollen brachte.

Der für den Kapitalisten jetzt weniger wertvolle Kollege sollte als „hafenuntauglich" gekündigt werden, was nicht gelang, da er Betriebsrat ist.

Dies veranlaßte den Betriebsrat, einen Leserbrief an die Berufsgenossenschaft zu schreiben, woraufhin die Firma mit einer Strafe von 100.000 DM belegt wurde (Ob sie auch bezahlt werden mußte, ist nicht bekannt geworden).

Jetzt beantragte der Kapitalist eine erneute Kündigung und verband sie erpresserisch mit der Drohung an den Betriebsrat, bei Nichtbefolgung alle außertariflichen Sonderregelungen und Vergünstigungen aufzukündigen. Bis jetzt hat der Betriebsrat standgehalten.

Ein Hafenarbeiter

Abteilung Frauen

Abteilung Frauen in der ÖTV München stellt Forderungen auf

Auf einer Mitgliederversammlung der Abteilung Frauen in der ÖTV München am 30.11.76 wurden von ca. 35 Teilnehmerinnen folgende Forderungen aufgestellt:
- 12 %, mindestens 250 DM;
- 300 DM Urlaubsgeld;
- 6 Wochen Urlaub für alle Arbeitnehmer unter 40 Jahren,
- 7 Wochen Urlaub für alle Arbeitnehmer über 40 Jahren.

Etwa ein Drittel der Frauen stimmte für eine reine Festgeldforderung, eine Prozentforderung wurde von allen Anwesenden abgelehnt! Es wurde weiterhin diskutiert, daß die Möglichkeit der Beurlaubung oder Minderarbeit für Frauen, die kleine Kinder zu erziehen haben, geschaffen werden sollte. Daraus ergab sich die Forderung nach Angleichung an das Beamtenrecht in diesem Punkt (nach „Kommunistische Arbeiterzeitung" vom 12.12.76).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Arbeitsgericht entscheidet für gekündigten BR-Vorsitzenden

Der zum 1. Oktober 1976 fristlos entlassene Betriebsratsvorsitzende der Stuttgarter Arbeiterwohlfahrt, KBW-Mitglied Bernd Vollmer, muß weiterbeschäftigt werden („Extradienst" vom 23.12.76). Dieses Urteil des Stuttgarter Arbeitsgerichts war zu erwarten. Die „Begründung" der Arbeiterwohlfahrt für die Kündigung Vollmers war allzu fadenscheinig. Zentraler Vorwurf war das Erscheinen eines kritischen Artikels über die Arbeiterwohlfahrt, der in der Regionalzeitung des KBW erschienen war und von Vollmer stammen sollte. Diese „Beweisführung" war wohl selbst dem Arbeitsgericht zu dünn. Allerdings ist bisher nicht bekannt, ob das Gericht ausschließlich auf der Grundlage der nicht beweisbaren Autorenschaft Vollmers für diesen Artikel entschieden hat. Denn das würde ein Verbot öffentlicher Kritik im Bereich der Sozialarbeit durch dort Beschäftigte nicht ausschließen. In Hamburg besteht ein solches Verbot schon für den staatlichen Bereich!

Die Arbeiterwohlfahrt Stuttgart jedenfalls hat ihren Einspruch angekündigt. Die ÖTV-Führung hat ihre Maßnahmen gegen den Kollegen Vollmer schon vor einiger Zeit eingeleitet (vergleiche AK 92): Ausschlußverfahren und Entzug des ursprünglich zugesagten Rechtsschutzes.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV stimmt Privatisierung der Putzarbeiten zu

Die Hamburger ÖTV-Führer helfen kräftig bei den Rationalisierungen im Öffentlichen Dienst mit. Die Privatisierung der Gebäudereinigung, die vom Hamburger SPD-Senat im Januar 1975 beschlossen wurde, hat jetzt ein neues, verspätetes Echo bei der ÖTV gefunden. Im ÖTV-Echo Nr. 6/1976 heißt es: *„Wir lehnen jede Privatisierung weiter ab"* und *„Für all diese Privatisierungs-Bestrebungen soll nun das Reinigungsproblem den ‚Einstieg' bieten. Und genau deshalb wird die ÖTV hier auch Widerstand in jeder Form* (!) *leisten."*

Schöne Worte.

Doch zeigen die Taten der ÖTV-Führer, was sie unter „Widerstand in jeder Form" verstehen. In den langen, zähen Verhandlungen mit dem Senat *„stellte sich heraus, daß der Senat nicht in der Lage* (?) *war, den Gebäudereinigungskomplex aus den Sparmaßnahmen herauszunehmen. ... Die ÖTV mußte in den Verhandlungen zur Kenntnis nehmen, daß die Reinigung durch Firmen zur Zeit billiger ist als die Eigenreinigung"* (zitiert aus einem „ÖTV-Info für Raumpflegerinnen"). Um das herauszufinden, hätten sich die ÖTV-Führer die Verhandlungen auch sparen können. Natürlich arbeiten die Reinigungskapitalisten billiger. Das ist auch kein Wunder, sieht man sich die extremen Ausbeutungsverhältnisse in solchen Betrieben an: Die meisten Putzfrauen arbeiten dort ohne Papiere in Kurzzeit-Beschäftigung, d.h. ohne Sozialversicherung (!), selten gibt es Betriebsräte usw. (ausführlich berichteten wir darüber in AK 81 und AK 93). Diese Tatsachen sind den ÖTV-Führern sehr wohl bekannt. Daß sie trotzdem solche Argumente bringen, zeigt, was in solchen „Verhandlungen" mit dem „Öffentlichen Arbeitgeber" herausbrät: Eine Kumpanei zwischen Senat und ÖTV-Führern gegen die Putzfrauen!

Unter der Überschrift „Gefahr gebannt" verkaufen sie dann frech ein „Verhandlungsergebnis" als Erfolg, das für die Kolleginnen erhebliche Nachteile mit sich bringt:
- Es sollen die durch Personalfluktuation oder durch Umbesetzungen (also nicht durch Kündigungen) entstehenden freiwerdenden Stellen im Öffentlichen Dienst von Reinigungsfirmen übernommen werden, zum Teil ganze Komplexe.
- Es wurde Einstellungsstopp für Putzfrauen und Stationsfrauen verhängt (Ausnahme: Kindertagesheime, Kinderheime, Alters- und Pflegeheime – zunächst nicht).
- Neue Objekte (Neubauten) werden grundsätzlich an Privat-Betriebe vergeben.
- Die freiwerdenden Stellen in den Bereichen, die bisher von der Vergabe an Firmen nicht betroffen waren, (z.B. einzelne Abteilungen in Krankenhäusern) sollen durch Umbesetzungen aus anderen Bereichen aufgefüllt werden.

Die Privatisierung bedeutet also auch eine enorme Verschlechterung für die verbleibenden Kolleginnen – sie müssen die anfallende Mehrarbeit leisten, denn es besteht ja Einstellungsstopp.

Die Zustimmung der ÖTV-Führer hat den Senat in seinem Vorhaben, den Kapitalisten die profitabelsten Reinigungsarbeiten zuzuschanzen, so ermutigt, daß sie jetzt den Anteil der Privatreinigung von zur Zeit 24 Prozent auf 44 Prozent (!) erweitern wollen (nach „Hamburger Abendblatt", 4.1.77)!

„Jährlich wird diese Übernahme durch Privatunternehmen ab 1980/81 rund 22,4 Mill. Mark Ersparnis bringen" („HA", 4.1.77).

Diese Vorhaben der Gegenseite erfordern einen starken Protest und wirksame Aktionen aller ÖTV-Kollegen, denn die Privatisierung im Bereich der Gebäudereinigung sind nur der Anfang!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg







ÖTV-Mitgliederversammlung am Amt für Schule

Im Dezember fand am Amt für Schule die Mitgliederversammlung der ÖTV statt. Von den rund 200 ÖTVlern waren 40 anwesend. Die meisten davon altgediente ÖTV- bzw. SPD-Funktionäre. Aufgestellt wurde die Forderung nach 11 %, die Forderung nach einem Festbetrag unterlag nur knapp. Der Abstimmung vorausgegangen war eine Diskussion, in der von den Vertrauensleuten und dem Gewerkschaftssekretär argumentiert wurde:

- **Gegen den öffentlichen Dienst wird besonders gehetzt, daher lieber von der Optik her weniger fordern und den Rest durch „vermögenswirksames Sparen" rausholen;**
- **die unteren Lohngruppen müssen billig gehalten werden, um sie vor einer Privatisierung zu bewahren (!!);**
- **heute ist es unsinnig und nicht notwendig, über diese Forderung zu diskutieren, da sie schon feststeht (!).**

Dagegen sagte eine Kollegin, daß eine 8 %-Forderung im Vergleich zur Diätenerhöhung noch viel zu bescheiden sei, außerdem würde bei jeder Forderung gehetzt, egal wie hoch sie ist.

Weiterhin wurde gefordert, unbedingt einen Einstieg in das Urlaubsgeld zu bekommen (auch wenn man von der Lohnerhöhung Abstriche machen muß).

Den Vorschlag einer anderen Kollegin, die nicht auf der Mitgliederversammlung anwesenden ÖTV-Mitglieder schriftlich von den Beschlüssen zu informieren, wurde von den noch anwesenden ÖTV-Funktionären abgelehnt (bzw. bis zur nächsten Mitgliederversammlung in einem halben Jahr aufgeschoben): Den „faulen Säcken" solle man die Informationen nicht noch hinterschicken. Vor allen Dingen bestehe auch die Gefahr, daß die Beschlüsse an Nicht-Gewerkschafter oder an andere Gewerkschaften dringen.

Unter diesem Motto lief wohl bisher die ÖTV-Betriebspolitik, denn von der ÖTV hörte man nur zu den Personalratswahlen.

Solche Funktionäre, die Angst davor haben, ihre eigenen Beschlüsse in der Öffentlichkeit zu vertreten, sind keinen Pfifferling wert.

Eine AK-Leserin

Lufthansa Hamburg: Die Meinung der Kollegen interessiert nicht

Mitte Dezember hat die ÖTV-Führung einen „Forderungsvorschlag" an die Kollegen der Lufthansa gegeben: Die nach Einkommen abgestufte Prozentforderung sieht vor – 10 % bis zum Einkommen von 3.860 DM; 8 % von 3.861 bis 7.300 DM; 6 % von 7.301 DM an aufwärts.
300 DM mehr Urlaubsgeld, zusätzlich 50 DM für jedes Kind. Das Tarifsekretariat in Stuttgart begründet die Forderung so:

„Das Gesamtvolumen des Forderungsvorschlages des Tarifsekretariats berücksichtigt die absehbare allgemeine Wirtschaftsentwicklung, die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, das erwartete Wirtschaftswachstum sowie Beschäftigungs- und Ertragslage der DLH und ihrer Tochterfirmen LSG und Condor."

Wenn man allerdings die tatsächlichen Bedingungen, die die Kollegen interessieren, berücksichtigt, würde man zu einer anderen und höheren Forderung als die ÖTV-Führung kommen.

1. Nach dem Lohnraubabschluß von 5,8 % im Frühjahr '76 pflichtete die ÖTV-Führung der Kritik von den Kollegen am Abschluß bei und „versprach" beim nächstenmal mehr rauszuholen.
2. Im Laufe des Sommers wurde von einigen Kollegen die Forderung eines Lohnnachschlags an den Vertrauensleute-Vorstand herangetragen. Wieder „versprach" der Vertrauensleute-Vorstand die Forderung bei der nächsten Tarifrunde zu berücksichtigen.
3. Für 1975 verzeichnete die Lufthansa einen noch nie dagewesenen Gewinn von 69 Mill. Trotzdem gab es für jeden Beschäftigten nur 250,– DM Gewinnausschüttung. Nicht mehr als in den Jahren, wo die DLH weniger einsteckte.
4. Die Rationalisierungspolitik dehnt sich weiter aus, Wochenendschichten sollen gegen den Widerstand der Kollegen eingeführt werden.
5. Im Jahr 1976 verzeichneten die Lufthansa-Aktionäre im Oktober schon einen Gewinn von 117 Mill. DM!
6. Ein Meinungsbild von 1974 sagt deutlich aus, daß die Mehrheit der Kollegen eine reine Prozentforderung ablehnt.

Um über den „Vorschlag" zu diskutieren, wurde am 12.12. eine ÖTV-Mitgliederversammlung für die Hamburger Kollegen einberufen. Von 3.000 Mitgliedern erschienen 80! Die geringe Zahl der Teilnehmer ist der Erfolg der Demobilisierungspolitik und der arroganten Haltung der ÖTV-Führung gegenüber den Kollegen.

Auf der Mitgliederversammlung hielt der Stuttgarter Sekretär Manfred Hölzel seine satt bekannte „Daten- und Fakten-Rede". Die anschließende Diskussion zeigte aber auch wieder, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil die 10 %-Forderung in Höhe und Form ablehnte. Die Abstimmung fiel jedoch für die 10 % günstig aus.

Leicht ist es den linken Kollegen im Betrieb nicht gefallen, über die diesjährige Tarifrunde eine oppositionelle Diskussion bei den Kollegen zu führen. Die alljährliche Mißachtung des Willens der Kollegen durch die ÖTV-Führer in der Tarifrunde lähmte das Interesse stark, sich für eine fortschrittliche oppositionelle Tarifpolitik zu engagieren.

Bis zum 11.1.77 nimmt die Tarifkommission noch „Vorschläge" von den Kollegen an. Diese Zeit wird verstärkt benutzt, um der Tarifkommission ein deutliches Meinungs- und Forderungsbild zu servieren.

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe Hamburg

HBV

Helaba: Kapitalistische Vergangenheitsbewältigung

In betonter Eile wird die Sanierung der durch spekulative Beteiligungen und Verwicklungen in Korruptionsgeschäfte berühmt-berüchtigten Hessischen Landesbank (Helaba) über die Bühne gezogen.

Großzügig werden riesige (nochmals angestiegene) Verluste, nunmehr 3,3 Milliarden (Mrd.) DM aus Steuergeldern nachgefüllt. Das Land Hessen zahlt 1,33 Mrd. DM, hessische Sparkassen 1,03 Mrd. DM, und 650 Mio. DM bringt die Helaba selber auf.

Doch es geht nicht nur darum, die angeschlagene Bank finanziell wieder flott zu machen. Hauptsorge in „Spitzenkreisen des öffentlich-rechtlichen Kreditwesens" („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ" – vom 22.12.76) ist es, den lädierten Ruf aus der Welt zu schaffen:

„Der Name der Helaba sei durch die massiven geschäftlichen Verluste der letzten Jahre derart angeschlagen, daß neben der ‚quantitativen' auch eine ‚qualitative' Sanierung notwendig sei" („NZZ", 22.12.76). Die „Süddeutsche Zeitung" schreibt, daß das „Kürzel ‚Helaba' zum Markenzeichen für Pleiten und Mißwirtschaft geworden ist" („SZ", 22.12.76).

So erwägen diese „Spitzenkreise" den Namen der Helaba durch eine Fusion mit einer anderen Bank ganz aus der Welt zu schaffen.

„Diese Fusionsgerüchte ... sind vor dem Hintergrund zu sehen einerseits des nochmals angestiegenen Wertberichtigungsbedarfs der Helaba, andererseits der langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzung um die Haftungen der Hessischen Landesbank aus ihrer ehemaligen Beteiligung an der Banque de Credit International (BCI) in Genf. Um die BCI laufen zur Zeit sowohl in der Bundesrepublik als auch in den Vereinigten Staaten Prozesse an" (a.a.o.).

Und die „Frankfurter Rundschau" („FR") vom 18.12.76 schreibt dazu:

„Die laufenden Prozesse ehemaliger BCI-Gläubiger ... der Parlamentarische Untersuchungsausschuß in Wiesbaden und schließlich die Furcht, daß bei der hessischen Kommunalwahl wiederum Dreckspritzer auf das eh zerkratzte Firmenschild kommen werden, machten eine Fusion mit der Westdeutschen Landesbank gewissermaßen zwingend."

Widersprüche gibt es in „Spitzenkreisen" noch über das Wie einer Namensänderung – ob, wie die Bayrische Landesbank vorschlägt, eine Fusion der Helaba mit der Deutschen Girozentrale gemacht werden soll, an der dann die Westdeutsche Landesbank, die Bayrische Landesbank, der Deutsche Sparkassen- und Giroverband und das Land Hessen zu je einem Viertel beteiligt wären, oder, wie der Chef der Westdeutschen Landesbank es sich erträumt, eine Fusion mit der Westdeutschen Landesbank zustande kommt.

Diese Konstruktion würde dann die größte westdeutsche Geschäftsbank werden, mit 120 Mrd. DM Bilanzsumme. Zum Vergleich: Die Deutsche Bank ist mit 100 Mrd. DM Bilanzsumme die bisher größte.

Einig sind sich diese Herrschaften über die Parteiinteressen und Kapitalkonkurrenz hinweg darüber, daß die Sache „vom Tisch muß".

So warnte Geiger, Präsident des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes bereits im September eindringlich alle Politiker davor, die Wettbewerbslage durch fortwährende, personenbezogene „Vergangenheitsbewältigung" zu erschweren („SZ", 19.9.76). Hatte bereits 1972 – 1974 die Norddeutsche Landesbank verbotene Wertpapiertransaktionen abgewickelt, woraufhin das Bundesaufsichtsamt insgesamt 2,5 Mio. DM Bußgeld verhängte, so waren bei der Helaba, neben Spekulationsgeschäften im Wohnungsbausektor, auch größere Bestechungsaktionen der hessischen SPD vorgekommen. Dabei soll die Helaba versucht haben, mit einer großen israelischen Bank ins Geschäft zu kommen, wovon sowohl der damalige Bundeskanzler Brandt als auch Schmidt informiert waren, und wo von einer „Spende" der israelischen Bank in Höhe von DM 100 000,– an die SPD gesprochen wurde, was die SPD heute mit einem Kredit erklärt. Nur, das Kreditschreiben datiert – zufällig – mit einem späteren Datum (Angaben nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung" – FAZ – v. 11.9.76). Offenbar steckt hinter dem jetzt anlaufenden BCI-Prozeß mehr als nur eine verlustreiche Beteiligung, und angesichts der Einigkeit, was die Vertuschung „personenbezogener" Vergangenheit angeht, kann man darauf schließen, daß es bei anderen Landesbanken ähnlich aussieht wie bei der Helaba.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Abfindungen – um „Betriebsfrieden" zu erhalten

Hamburg: Zwei Fälle haben in letzter Zeit im HBV-Bereich aufgezeigt, was vom „Spargejammer" und „schlechter Konjunkturlage" der Kapitalisten zu halten ist. Wenn es darum geht, fortschrittliche und kritische Kollegen aus dem Betrieb zu feuern, um einer ruhigeren Zeit für Rationalisierung und Arbeitshetze entgegen zu sehen, wird nicht an Abfindungsgeldern gespart.

In einem Fall – bei Edeka in Hamburg – blätterten die Kapitalisten DM 10.000,– netto (ca. 18.000 DM brutto) auf den Tisch, um eine weitere Auseinandersetzung in einem Kündigungsprozess zu verhindern. In diesem Fall wurde beim Edeka-Versicherungsdienst einem Kollegen gekündigt, nachdem er und seine Kollegen sich gegen die beginnende Rationalisierung (Beurteilungswesen) ausgesprochen hatten. (Wir berichteten darüber im ARBEITERKAMPF).

Im Hauptverfahren vor dem Landesarbeitsgericht wies der Richter den Kapitalisten darauf hin, daß sie ja in jedem Fall nach § 9 des Kündigungsschutzgesetzes die Auflösung des Arbeitsverhältnisses fordern könnten, auch wenn sie den Prozeß nicht gewinnen würden. Dem Kollegen machte man klar, ob er nun gewinnt oder nicht, eine nächste Kündigung drohe ihm in jedem Fall.

So kam dann die Abfindungsfrage ins Gespräch, wobei sich die Kapitalisten nicht „lumpen" ließen. Obwohl der Kollege erst knappe sieben Monate im Betrieb war und das bürgerliche Recht pro Beschäftigungsjahr ein Monatsgehalt als Abfindung vorsieht, bot man ihm das Jahresgehalt. Die Bereitwilligkeit, diesen Betrag zu zahlen, ist um so entlarvender, wenn man bedenkt, daß dem Kollegen mit den vorgeschobenen Gründen der Rationalisierung und Kostenersparnis gekündigt wurde.

Der zweite Fall spielte sich in einem Kleinbetrieb ab: der Datel (Datenverarbeitungsgesellschaft). Ein Kollege, Betriebsrat und Verkäufer von EDV-Rationalisierungsprogrammen, wollte ohnehin seinen Job an den Nagel hängen. Kurz zuvor bot ihm der Kapitalist ein Jahresgehalt (netto) an, wenn er den Betrieb sofort verließe. Der Kollege stimmte zu und handelte noch einen zusätzlichen dreimonatigen Sonderurlaub (bezahlt) heraus.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Der Elbtunnel macht's möglich: Auch Edeka zentralisiert

Hamburg. Die Edeka-Handelsgesellschaft für den südlichen Elberaum (Harburg-Cuxhaven) ist zum 1.1.77 aufgelöst worden. 120 Kollegen wurden in die neue Zentrale der Edeka-Handelsgesellschaft Hamburg in Pinneberg-Waldenau „übernommen". Mehrere weitere Betriebsabteilungen bzw. Tochtergesellschaften, z.B. die „Union SB-Großmarkt", der alten nördlichen Gesellschaft wird in die C & C GmbH Cuxhaven eingebracht u n d nach Pinneberg verlegt, die Edeka Selbstkauf GmbH aus Harburg geht in die Lebensmittel-Schnellkauf GmbH, Sitz Pinneberg, auf.

Also alles rauf ins nördliche Hamburger Industriegebiet – die Kapitalisten wußten schon, warum sie den Elbtunnel bauen ließen!
Die Entfernung zwischen den Lagern in Waldenau und Neu-Wulmstorf (Harburg) halbiert sich, die Fahrzeit reduziert sich um zwei Drittel („Lebensmittel-Zeitung" v. 10.12.76). So siehts für die Kapitalisten aus. Für die Kollegen, die bisher in der Harburger Region arbeiteten und dort in der Regel auch wohnen, bedeutet das eine Fahrzeit (hat man einen eigenen Wagen!) von gut einer Stunde, ist man auf die Bahn angewiesen, so muß man getrost 1 1/2 Stunden veranschlagen!

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Kapitalistische Automation und HBV-Führung

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat im Herbst 1976 eine „Werbeaktion zur Einbeziehung der Angestellten in den gewerkschaftlichen Kampf" begonnen, die drei Jahre laufen soll. Was viele Gewerkschafter seit Jahren fordern, wird plötzlich gemacht. Material zu Großraumbüros, zur fortschreitenden Automation im Büro wurde gedruckt und eine aufwendige Untersuchung über das Angestelltenbewußtsein auf den Markt gebracht.

Im Spiegel vom 13.12.76 wird ein Sprecher der Gewerkschaft HBV zitiert, der feststellt, daß schon bald bei den Banken jeder 3. Schalterangestellte durch Maschinen überflüssig wird. In den Versicherungen hat die Entwicklung ebenfalls begonnen. Die Elektronik verdrängt die alten Archive, das Belegsystem u.a.m. Selbst der Einzelhandel bleibt nicht verschont: Neuartige elektronische Kassen ersetzen Schritt für Schritt die Mehrzahl der kassierenden Kollegen. Büromaschinenhersteller haben sich schon umgestellt. Die Villinger Geräte-Firma Kienzle stellt bereits zu 84 % elektronische Büromaschinen her, Firmen wie die „Walther Büromaschinen GmbH" oder die Registrierkassen-Firma „Anker" hielten nicht Schritt und machten im vergangenen Jahr pleite.

„Viele Unternehmensberater und Rationalisierungsfachleute sehen im Angestelltensektor die große Rationalisierungsreserve der nächsten Jahre" (DGB-Untersuchung zum Angestelltenbewußtsein).

Die Zeichen stehen auf Sturm, könnte man meinen. Aber weit gefehlt. Zumindest, was den DGB angeht. Der umfassende Rationalisierungsprozeß wird mit den harmlosen Worten beschrieben:

„Die Veränderung der Arbeitsbedingungen ... sind vor allem dadurch gekennzeichnet, daß hier wie im Bereich der Produktion begonnen wird, die Arbeit der Angestellten zu intensivieren." Und nimmt man die sogen. zehn gewerkschaftlichen Schlußfolgerungen aus der Broschüre dazu, dann ergibt sich folgendes Bild:

In drei Punkten wird die Notwendigkeit umschrieben, sich an die leitenden Angestellten heranzumachen, fünfmal wird betont, wie wichtig es sei, daß die Angestellten sich im DGB organisieren, in ganzen drei Punkten will man mal die Situation der Angestellten konkret untersuchen oder angehen und das sieht dann so aus:

„Punkt 6.
Ausarbeitung entsprechender Schutzvorschriften und einer umfassenden Regelung der konkreten Arbeitsbedingungen in den Büros ..., um der Intensivierung der Angestelltenarbeit zu begegnen."

Wie die „Kampfmaßnahmen" gegen die Rationalisierungen aussehen sollen, kann man sich vorstellen, hört man die Sprüche von HBV-Führern:

„Die Arbeitsplätze werden revolutioniert und im Verwaltungswesen werden wir (!) die Schreibkräfte um 50% reduzieren", (Thomas Heyll, HBV-Hauptvorstand auf der Mitgliederversammlung Banken in Hamburg am 29.11.76) oder

„Wir sind selbstverständlich keine Maschinenstürmer. Wir wissen schon, daß Rationalisierung notwendig ist, auch um auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig zu bleiben" (Vietheer, Boß der HBV auf dem letzten Gewerkschaftstag im Herbst 1976).

Und ganz in diesem Sinne bestellte die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft vor einiger Zeit bei der Firma Kienzle mehrere hundert Kassen-Terminals, die neben Schalterangestellten vor allem viele Kollegen aus den Giro-Abteilungen arbeitslos machen werden („Spiegel" v. 13.12.76).

Allerdings muß gesehen werden, daß diese Kampagne der Gewerkschaftsführer und die veröffentlichten Informationen von der gewerkschaftlichen Basis trotz allem kräftig genutzt werden können, um den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung zu verbreitern.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Guten Rutsch in's neue Jahr mit Überstunden

Gleich nach Weihnachten begann in vielen Kaufhäusern die Inventur. Das hieß für die Kolleginnen und Kollegen gleich nach dem Streß des Weihnachtsgeschäftes, wo viele keine freien Tage hatten, gleich weiter – diesmal mit Überstunden – ranzukloppen. Daß dabei sämtliche gesetzlichen Bestimmungen wie Arbeitszeitordnung, Jugendarbeitsschutzgesetz usw. umgangen wurden, schert die Kapitalisten wenig, Hauptsache, sie brauchen den Laden nur einen halben Tag dicht zu machen.

Zwar sind die Kollegen unheimlich sauer über diesen Zustand, nehmen ihn aber größtenteils noch als alljährliches Übel in Kauf.

Allerdings gibt es auch schon Ansätze, wie z.B. in der Kaufhalle, sich dagegen zu wehren.

So verweigerte eine jugendliche Kollegin die Überstunden und ging nach der regulären Arbeitszeit nach Hause. Leider hat sie diese Aktion ziemlich isoliert durchgezogen, so daß es für die Kapitalisten leicht war, die Kollegen aufzuhetzen (sie müßten jetzt die Arbeit mitmachen) und diese Kollegin so einzuschüchtern, daß sie am nächsten Tag die Überstunden machte.

Besser lief eine zweite Aktion von einigen Kolleginnen. Sie hatten sich verabredet, alle zu „verschlafen" und statt um 7.oo Uhr erst um 8.oo zu erscheinen. Ein kleiner Widerstand gegen die Maßnahmen der Kapitalisten wurde so geleistet.

Handels-Zelle
KB/Gruppe Hamburg



Von der Nationalschule ins „Subproletariat" –
Zur Diskriminierung der ausländischen Jugendlichen

Wir möchten im folgenden einen Leserbrief von zwei ARBEITERKAMPF-Lesern veröffentlichen, der sich mit der Schulsituation der ausländischen Kinder auseinandersetzt. Der Brief geht kritisch auf die Forderungen insbesondere griechischer Eltern ein, die angesichts der Schulmisere ihrer Kinder auf den westdeutschen Schulen, mehr oder weniger offen für Nationalschulen eintreten. Wir halten diese Kritik für berechtigt, ebenso wie die von den Genossen angegebene Perspektive einer „multinationalen Gesellschaft in der BRD", also Respektierung der nationalen Minderheiten in der BRD, Förderung ihrer Kultur und Sprache bei gleichzeitiger Zurückweisung des durchweg chauvinistisch verstandenen „Integrations"anspruchs der westdeutschen Kulturpolitik. Dieses Ziel bedeutet vor allem Kampf gegen alle Formen des Rassismus.

In diesem Zusammenhang möchten wir hervorheben, daß selbst dieser „Integrationsgedanke" zunehmend zurücktritt zugunsten einer offen diskriminierenden Haltung gegenüber den ausländischen Jugendlichen. In einem „Vorläufigen Bericht zur Ausländerpolitik" zeichnete das Bundesarbeitsministerium die dramatische Perspektive der Folgen der eigenen „Versäumnisse" auf dem Gebiet der ausländischen Jugendlichen. In den nächsten fünf Jahren treten 265.000 ausländische Jugendliche ins arbeitsfähige Alter. *„Ein großer Teil dieser Jugendlichen hat einen Anspruch auf Arbeitserlaubnis, weil sie sich länger als fünf Jahre in der BRD aufhalten"* („Mundo Obrero", 16.12.76). Diese zweite „Gast"-arbeitergeneration wird als gefährliches *„Subproletariat"* eingestuft und *„amerikanische Zustände"* befürchtet *„mit allen Folgen, die dies für die innere Sicherheit des Landes hätte"* („Mundo Obrero", 16.12.76). Und da nach einem alten kapitalistischen Prinzip nicht diejenigen bestraft werden, die die Mißstände hervorrufen, sondern diejenigen, die von ihnen betroffen sind, werden zur Zeit Überlegungen angestellt, wie man sich dieses Problems möglichst rasch, kostensparend und nachhaltig entledigen kann, bzw. die gezielt herbeigeführte miserable Ausbildungslage der ausländischen Jugendlichen zur Profitsteigerung der Kapitalisten sinnvoll verwenden kann.

In einem bereits früher von uns auszugsweise veröffentlichten – inzwischen nicht mehr – geheimen Protokoll der „Bund-Länder-Kommission" für Ausländerpolitik schlägt das Bundesarbeitsministerium vor: *„Die berufliche Bildung sollte so ausgerichtet werden, daß dadurch die Rückkehrbereitschaft der Ausländer gefördert wird". „Ausländischen Jugendlichen sollte die Möglichkeit eröffnet werden, eine berufliche Bildung in jenen Wirtschaftsbereichen aufzunehmen, die in besonderem Maße auf die Beschäftigung von Ausländern angewiesen sind"* – also nichts wie rein mit „ihnen" in die unterbezahlten, dreckigen Sklaven-„berufe".

Das bayrische Nationalschul-Konzept dürfte in Zukunft Modellcharakter in der ganzen BRD bekommen, im Rahmen des Übergehens vom Integrationsgerede zum offenen rassistischen Schulrecht. In diesen Schulen haben die ausländischen Lehrer, die vom bayrischen Staat bezahlt werden, die Freiheit, natürlich in Absprache mit den Behörden, den Lehrstoff, die Erziehungsmethoden usw. anzuwenden, die *„die Rückkehrbereitschaft fördern"*.

In Westberlin wurden türkische Eltern von den sog. „Regierungslehrern" aufgesucht und unter Androhung einer Nichtverlängerung des Passes durch das türkische Generalkonsulat gezwungen, ihre Kinder auf die türkische Nationalschule zu schicken (Dokumentation des „Verbandes türkischer Lehrer in der BRD und Westberlin", 1972).

Einen Eindruck, was von türkischen Lehrern in der BRD vermittelt wird, verschafft ein Flugblatt, das vom „Verein für Koranschulen in West-Berlin" verteilt wurde. Dort heißt es: *„Die türkischen Kinder, die ohne eine nationale und religiöse Kultur aufwachsen, müssen aus den Händen kommunistischer Lehrer und Priestererzieher gerettet werden. Denn der Feind nähert sich in hinterhältiger Verkleidung. Sobald du die freundliche Maske herunterreißt, taucht dahinter ein häßliches Kommunistengesicht, ein christlicher Missionar oder ein jüdischer Agent auf".* Oftmals rekrutieren sich diese regierungstreuen Lehrer aus der faschistischen Partei der nationalen Bewegung (MHP) des Alparslan Türkes (stellvertretender Ministerpräsident der Türkei), deren Programmatik sich ausdrücklich an dem Programm der NSDAP orientiert.

Ein möglichst politisch faschistisch verhetztes „Subproletariat", das als Lohndrücker und Spaltungselement gegen die Einheit der gesamten Arbeiterklasse in der BRD eingesetzt werden kann bei gleichzeitigen unbegrenzten Möglichkeiten der Abschiebung, das ist die Richtung der westdeutschen Ausländerpolitik.

Emigrantenzelle

Anton Duschek muß weg!

Die Hamburger Ausländerzeitung die „Neue Stimme" veröffentlichte in ihrer letzten Ausgabe (Nr. 12/76) einen offenen Brief an den DGB Hamburg, in dem erstmals öffentlich Vorwürfe gegen den unter ausländischen Kollegen berüchtigten Ausländerverantwortlichen des Hamburger DGB, Anton Duschek, erhoben werden:

– „Er sagte wiederholt, daß wir Ausländer froh sein sollten, überhaupt in der BRD arbeiten zu dürfen und daß wir viel zu gut Bescheid wüßten über unsere Rechte, aber viel zu wenig von unseren Pflichten.
– Zum Ausländergesetz meinte er: ‚Unsere Arbeiterprobleme kommen daher, weil die Bundesrepublik ein viel zu liberales Einwanderungsgesetz hat.' (Nachzulesen seit 4 Monaten in einer Ausstellung im Völkerkundemuseum)
– Zur Abschiebung von Ausländern in der Wirtschaftskrise sagte er: ‚Die Abschiebung türkischer Arbeiter ist nicht so tragisch wegen des milden Wetters, und sie können sich eine Zeit lang im Freien aufhalten.'
– Als die neue Kindergeldregelung eingeführt wurde, weigerte er sich, mit ausländischen Kollegen über dieses Problem überhaupt zu reden, da es seiner Meinung nach unverschämt war, daß wir Ausländer uns gegen die angeblich gerechte Kürzung wehrten." („Neue Stimme", 12/76).

Über diese Punkte hinaus gibt es weitere bekannt gewordene Sauereien von Anton Duschek:

Duschek-Zitate aus der Ausstellung „Türken in Hamburg" anläßlich der Türkischen Woche im Juni '76 in Hamburg: *„Ich bin gegen die Ausstellung. Man sollte nicht bei den Türken rumstöbern, das haben sie nicht gern."*

Vorurteile gegen Ausländer und damit verbundene Probleme gibt es nur, weil solche Leute wie ihr danach sucht. In der Gewerkschaft gibt es jedenfalls Gleichberechtigung."

„Unsere Arbeitsprobleme kommen daher, weil die BRD ein viel zu liberales Einwanderungsland ist." (veröffentlicht in der Ausstellung)

– Als ein italienischer Kollege sich bei Anton Duschek über die Erhöhung der Mietpreise im „Neue Heimat"-eigenen Wohnheim Mercedes beschweren wollte, meinte Anton Duschek sinngemäß, *„alles was die Neue Heimat tut ist richtig."*

Gegen eine reformistische Ausländerinitiative in Hamburg-Wilhelmsburg führte A.Duschek bei Behörden eine regelrechte Diffamierungskampagne durch, um deren finanzielle Unterstützung zu verhindern. Die Gruppenmitglieder wurden als „Kommunisten" qualifiziert, was nun wirklich an den Haaren herbeigezogen ist. Ein linker Anwalt, der kurzfristig in der Gruppe mitarbeitete, wurde von DGB-Chef Saalfeld und A.Duschek bei einer Diskussion mit der Ausländerinitiative kurzerhand vor die Tür gesetzt!

– Zu einer Stellungnahme des „Centro Italiano" gegen die Kirchensteuer, über Schulprobleme und Arbeitslosigkeit von Ausländern, die an den DGB zwecks Unterstützung geleitet wurde, meinte A.Duschek in herablassender Weise: „Nix gut, nix gut, viel Politik"!

– Studenten, die sich bei ihm über die Situation ausländischer Arbeiter für eine Seminararbeit erkundigen wollten, bekamen keinerlei Auskünfte, wurden stattdessen wegen Parka- und Bart-Tragens angepöbelt!

– Ein italienischer Kollege, der sich wegen Problemen mit seinen Papieren an Anton Duschek wandte, wurde mehrmals von ihm bestellt und stand dann vor verschlossener Tür.

– Schon 1974 hatte er dem „Ausländerarbeitskreis der IGM" deutlich gezeigt, daß ihn die Interessen der ausländischen Kollegen einen Dreck scheren: mit aller Macht unterdrückte er die von den Kollegen geforderte Diskussion über die Ermordung des türkischen Antifaschisten Danis Neset. Bei derselben Gelegenheit drohte übrigens IGM-Prehm - wie üblich reichlich bespritet - einem ausländischen Kollegen mit Ausweisung!!

Einige ausländische Gruppen in Hamburg fordern daher:

– „daß die ausländischen Betreuer abgelöst und in Zukunft durch die ausländischen Kollegen in der Gewerkschaft nach Nationalitäten gewählt werden,
– daß diese gewählten Vertreter ein Vorschlagsrecht haben bei der Ernennung des Ausländerbeauftragten des DGB,
– daß alle ausländischen Kollegen mindestens einmal im Jahr zu einer Versammlung zusammengerufen werden, auf der die Vertreter gemeinsam mit dem Ausländerbeauftragten über ihre Arbeit berichten und über Vorschläge und Probleme der ausländische Kollegen diskutieren." (ebenda)

Den Brief der „Neuen Stimme" gibt es auf spanisch, türkisch, italienisch, portugiesisch und griechisch, so daß er an interessierte ausländische Kollegen weitergegeben werden kann. Unterschrieben ist der Brief von folgenden Ausländerorganisationen: Antidiktatorische Arbeiterfront Griechenland (AEM), FILEF (italienische Organisation, der PCI nahestehend), Spanisches Antifaschisten Komitee Hamburg, Comisiones Obreras de Españoles en Hamburgo (Mitglied der AERFA) sowie der „Deutsch-Ausländischen Arbeitsgemeinschaft Hamburg Süd" und der „Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer aus Wilhelmsburg".

Emigrantenzelle

Leserbrief

Liebe Genossen,
in mehreren Beiträgen hat der AK in den letzten Monaten über den Kampf griechischer und anderer ausländischer Eltern für die Verbesserung des Schulunterichts für ihre Kinder berichtet. Wir arbeiten im Bereich der Schul- und Sprachbildung für ausländische Kinder und meinen, daß der KB bei der positiven Beurteilung der Elterninitiativen stärker differenzieren sollte, noch mehr, sich eine eigene Position in der Schulfrage für Ausländer erarbeiten.

Wogegen sich die Eltern wenden, ist ein ‚Beschulungs'-System, das sich bisher an den Empfehlungen der Konferenz der Kultusminister vom 3.12.1971 orientierte: auf dem Papier ist es ‚integrativ' – die ausländischen Kinder sollen nach einer Vorbereitungszeit zusammen mit deutschen Schülern unterrichtet werden! In der Praxis wirkt es sich als ‚Schere' aus – der große Teil der ausländischen Kinder bleibt jahrelang in den Vorbereitungsklassen, die zu nationalen Zwergschulen verkommen! Ein kleiner Teil wird in den deutschen Klassen zum fünften Rad am Wagen oder germanisiert (zu kleinen Deutschen gemacht – sprachlich und kulturell). Über 60% der Ausländerkinder schaffen den Hauptschulabschluß nicht.

Hauptpunkte der Elternforderung sind (wir stützten uns auf die Resolution der griechischen Elternvertreter Nordrhein-Westfalens 1976 in Düsseldorf):
– Einrichtung griechischer Klassen vom 1.–9. Schuljahr mit Griechisch als erster Unterrichtssprache.
– Gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen und Prüfungen durch die deutschen und griechischen Behörden, stärkere Kontrolle der Klassen durch die griechischen Konsulate.

Hauptargumente für diese Forderungen sind:
– Griechische Kinder lernen leichter auf Griechisch.
– Die derzeitige schulische ‚Integration' nützt den Kindern nichts, wenn sie außerhalb der Schule auf die allgemeine gesellschaftliche Absonderung der Deutschen von den Ausländern treffen.
– Das gegenwärtige System führt nicht zur Chancengleichheit von deutschen und ausländischen Kindern, sondern verschärft die Spaltung, weil beide Gruppen unterschiedliche Ausgangsbedingungen haben und sich die ausländischen an die deutschen Kinder anpassen müssen.

Wir halten die Bewegung der griechischen Eltern für die Verbesserung der Ausbildungsverhältnisse ihrer Kinder für einen wichtigen Teil des Kampfes gegen die Entrechtung der ausländischen Arbeiter in der BRD. Jedoch ist nicht alles an den Aktivitäten und Forderungen der griechischen Eltern im Sinne dieses Kampfes vertretbar:

– An der Bewegung der Eltern nehmen auch reaktionäre, der (ehemaligen) Junta nahestehende Kräfte aktiv teil, unterstützt von den Konsulaten und der orthodoxen Kirche! Sie verbreiten chauvinistisch-nationalistische Ideen und fordern besonders heftig abgesonderte Nationalklassen und verstärkte griechische (Karamanlis-!) Schulaufsicht.
– An vielen Orten hören die Eltern auf den griechischen Lehrer, dessen Interesse an der Schaffung griechischer Klassen offensichtlich ist (Erhaltung des günstigen Jobs in der BRD). Wegen der Einstellungspraktiken kommen nur wenige fortschrittliche Lehrer hierher.
– Irregeführt durch diese Ideen, orientieren sich die meisten Eltern am bayrischen Getto-Modell (nationale Klassen vom 1.–9. Schuljahr), gegen das sich alle fortschrittlichen westdeutschen Organisationen und Fachleute gestellt haben.
– Das Recht der Eltern auf Bestimmung der Zukunft ihrer Kinder muß dort seine Grenze haben, wo die Eltern der Illusion der baldigen Rückkehr ins Herkunftsland aufsitzen. Trotz des Abbaus von ausländischen Arbeitern seit 1973 ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen wegen der Familienzusammenführung weiter am Steigen! Man muß davon ausgehen, daß die meisten Kinder mindestens für die Dauer der Schulpflicht in der BRD bleiben. Dann darf Deutsch aber nicht auf einige Wochenstunden Sprachunterricht beschränkt bleiben – damit kann man an keiner Berufsausbildung und keinem Kontakt mit Deutschen teilnehmen.

Die Initiative der Eltern und vieler fortschrittlicher griechischer Intellektueller paßt genau in die aktuellen ausländerpolitischen Überlegungen der BRD-Länderregierungen: billig, spalterisch und rotationsfördernd soll die Ausbildung sein. In diese Richtung gehen die neuen Kultusminister-Empfehlungen vom Frühjahr 1976. Möglicherweise bekommen die griechischen Eltern sehr bald, was sie forden. Erst dann werden sie erkennen, daß ihre Probleme durch eine nationale Schule unter starkem Einfluß der griechischen Behörden in keiner Weise gelöst sind.

- Das Recht auf Verbesserung des Unterrichts in der Muttersprache und Erhaltung der nationalen Identität muß in der Tat durchgesetzt werden; die Vermittlung dieser Traditionen darf jedoch nicht den Vertretern der nationalen Bourgeoisie überlassen bleiben, die ihre Klassenkultur und ihre Werte für die nationalen ausgeben.

Viele deutsche „gewerkschaftlich orientierte" Gruppen und Personen (z.B. der GEW-Kongreß ‚Ausbildung und Arbeit für junge Bürger', 10.-12.5.1976 in Essen, AG 7) sehen in einer schnellen Anpassung der Ausländerkinder an die deutschen Regelklassen die beste Strategie gegen die offizielle Tendenz zum Abschieben in schlechtversorgte Ausländerklassen, gleichzeitig sprechen sie sich für einen Abbau des muttersprachlichen Unterrichts aus. Wir sehen darin eine falsche Behandlung der nationalen Frage; Germanisierung oder nationale Abkapselung können nicht die einzigen Alternativen sein. Nach unserer Meinung muß man in der Diskussion mit den ausländischen Elternvertretungen, die längerfristig der einzige fortschrittliche Motor für eine Veränderung der Schulsituation sind, folgende Grundsätze durchsetzen:

- das Recht der Ausländergruppen auf Aufrechterhaltung ihrer kulturellen und politischen Traditionen und ihrer Sprachen sowie auf die Weiterentwicklung dieser Traditionen im Kampf um die Gleichberechtigung mit der deutschen Bevölkerung;
- die Notwendigkeit der gründlichen Vorbereitung der ausländischen Kinder, zusammen mit den deutschen Kindern, auf eine eventuelle Berufstätigkeit in der BRD;
- die Überwindung des intoleranten Angleichungsanspruches der einheimischen Bevölkerung und die Schaffung einer multinationalen Gesellschaft in der BRD;
- das Ausschalten des Einflusses reaktionärer ausländischer Regierungen auf die Schulpolitik in der BRD und die Durchsetzung der Einstellung demokratischer ausländischer und deutscher Lehrer im Ausländerunterricht.

Für die richtige Perspektive in der Frage der Schulform halten wir deshalb die zweisprachige-zweikulturelle Klasse, die mit den Regelklassen für deutsche Schüler teilweise verschränkt ist. Wir sind daran interessiert, die Diskussion über diesen Punkt fortzusetzten.

Zwei AK-Leser

Hamburg: Ausländerbetreuung gefährdet

Die „Deutsch-Ausländische-Arbeitsgemeinschaft Hamburg Süd" steht vor dem finanziellen Bankrott, und staatliche Hilfe ist nicht in Aussicht.

Der Entwurf des Hamburger „Ausländerkonzeptes" empfiehlt: *„...dezentrale, auf die speziellen Bedürfnisse in den einzelnen Stadtteilen abstellende internationale Begegnungsstätten."*

Im Haus der Gruppe, dem Harburger Jakob-Junker-Haus, werden Kinder und Jugendliche betreut. Es gibt drei Werkgruppen mit jeweils zehn Mitgliedern, außerdem einen berufsorientierten Deutschkursus für arbeitslose ausländische Jugendliche. Regelmäßig finden Kulturabende statt, außerdem eine ständige Ausländerberatung, die die ausländischen Kollegen bei der Bewältigung des Papierkrieges mit den Behörden unterstützt. Diese Arbeit ist jetzt gefährdet. („Harburger Anzeigen und Nachrichten", 18.12.76)

Das ist der „kleine Unterschied" zwischen Theorie und Praxis, der voll übereinstimmt mit den geplanten zielgerichteten Sparmaßnahmen auf diesem Gebiet:

„Vor dem Hintergrund des Anwerbestops und der veränderten Arbeitmarktsituation sollten die Betreuungsinhalte grundlegend durchdacht werden (...) Man sollte künftig in stärkerem Maße zu einer zweckorientierten Bezuschussung der Betreuungsorganisationen gelangen und damit den Anteil der Globalzuweisungen reduzieren" (Protokoll aus einer Sitzung der Bund-Länder-Kommission zur Ausländerpolitik).

Emigrantenzelle



Frauen



Der „Frauenkalender 77"

ist für alle Frauen da, für die Arbeiterin und die Bankdirektorin!

Abgesehen von einigen Ungereimtheiten in Vertrieb und Finanzen gibt es noch einen weiteren Grund, den „Frauenkalender'77" nicht zu kaufen: Sein Inhalt.

Im Vorwort des Kalenders machen die Kalenderfrauen Ursula Scheu und Alice Schwarzer, Renate Bookhagen und Gudula Lorenz zum Inhalt folgende Versprechungen:

„Die Informationen und Ideen, die wir im Kalender '77 genommen haben, spiegeln die Realität der Frauen in diesem Lande, die Aktivitäten der Frauenbewegungen gestern und heute auf der ganzen Welt und unsere eigenen Interessen - das heißt die Interessen der Frauen, die den Kalender machen und der, die zu ihm beigetragen haben"(Einleitung vor der ersten Januar-Seite).

Angesichts dieses Anspruchs sollte man als Leserin kurze Darstellungen über die Lage der Frauen in der BRD erwarten. Zur Erinnerung: Fast alle Frauen haben im Laufe ihres Lebens mehrere Jahre außer Haus gearbeitet. Die Hälfte der Frauen schuftet in Fabrik und Büro.

Fast alle Frauen sind Hausfrau, viele davon sind durch Kinder und Beruf einer Doppel- und Dreifachbelastung ausgesetzt.

Man sollte meinen, daß diesem Aspekt der Probleme der Frau breiter Raum im Kalender gegeben sein müßte.

Angesichts der Tatsache, daß erstmals *„auch Frauen, die neben der Hetze des Einkaufs gar keine Zeit und Muße haben, in eine Buchhandlung zu gehen"*,angesprochen werden sollen (Einleitung), wohl eine sehr legitime Erwartung.

Bei genauerDurchsicht des Kalenders sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß die Kalenderfrauen ihr Versprechen nicht einlösen.

Ganze fünf mal werden die Hausfrauen in dem Kalender erwähnt.Davon werden sie an zwei Stellen reichlich angemacht. Sie werden für rückständig erklärt, ohne daß auch nur ansatzweise die Ursachen dafür angegeben werden.

Hausfrauen, die auf absehbare Zeit im Hause bleiben müssen, müssen den Eindruck gewinnen, daß die Frauenbewegung sie abgeschrieben hat; wenn die Frauenbewegung aus den Kalenderfrauen bestünde, wäre das sicher auch so. Am 17.9. heißt es:„ *Vertragsabschlüsse seien Männersache, das meint in der BRD jede zweite Hausfrau, aber nur jede dritte Berufstätige"*. Wir bezweifeln diese Aussage nicht; ohne aber auf die Ursachen der Einstellung vieler Hausfrauen einzugehen, bringt sie die Hausfrauen kein Stück weiter. Wenn der Satz etwas bewirkt, dann höchstens, daß die Spaltung , die zwischen Hausfrauen und berufstätigen Frauen existiert, noch verstärkt wird.

Am 5.11. können wir folgende „Information" von zweifelhaftem Wert zur Kenntnis nehmen:*„Lesben sozial aktiver? Das Gefühl der eigenen Machtlosigkeit und Bedeutungslosigkeit ist bei heterosexuellen Frauen - vor allem bei Hausfrauen und Müttern- weit stärker ausgeprägt als bei homosexuellen Frauen"*. Das soll ein US-Professor ausgetüftelt haben.„ *Die heterosexuellen Frauen gaben z.B. öfter an, daß sie ,viele Dinge heute nicht mehr verstehen,weil sie so kompliziert sind' ...Homosexuelle Frauen, in der Regel an ein Doppelleben gewöhnt, seien von komplizierten Ereignissen nicht so leicht zu beeindrucken. Und : Lesbierinnen sind eher zu eigenen beruflichen Aktivitäten gezwungen und haben somit sehr viel mehr soziale Kontakte"*.

„Lesbisch ist beautiful" , oder anders gesagt:Lesben sind schlauer als Hetero-Frauen, und allemal schlauer als Hausfrauen und Mütter, die sind die blödesten. Die Rechnung hat bloß einen Haken: Es wird geschätzt, daß sich nur etwa 6% derjenigen, die sich offen zu ihrer Homosexualität bekennen, aus der Arbeiterklasse kommen; der überwiegende Teil der in dieser „Untersuchung" erfaßten lesbischen Frauen hat also zweifellos eine bessere Schulbildung, andere Berufsleben etc. als die Durchschnittsfrau. Dann ist das Ergebnis allerdings kein Wunder.

Die tatsächlich besonders schwierige Situation, in der sich gerade weibliche und männliche Homosexuelle in der bürgerlichen Gesellschaft befinden, wird durch dieses „Untersuchungsergebnis" ins Gegenteil verkehrt, läßt sie doch die besondere Unterdrückung , Diskriminierung und soziale Isolierung der Lesben völlig unberücksichtigt.

Folgt man der Logik des Kalenders, so sind die Probleme der Homosexualität mindestens doppelt so wichtig wie die der Hausfrauen: 12 mal wird das Thema Homosexualität und fünf mal das Thema Hausfrauen angesprochen- ein Vergleich, der Bände spricht! (Immerhin gibt es in der BRD 12 Mio. „Nur"-Hausfrauen!).

Für die berufliche Diskriminierung der Frau (und speziell der lesbischen Frauen) haben die Verfasserinnen anscheinend kein besseres Beispiel gefunden als den „Kampf" einer Lesbierin um einen „Arbeitsplatz" als Ausbilderin in der US-Killer-Armee (siehe 25.2.). Eine Frau war- obwohl sie vorher in einem entsprechenden Fragebogen angegeben hatte, daß sie lesbisch ist - nach einem Jahr deswegen aus der Armee gefeuert worden.

Es würde uns nicht wundern, wenn im „Frauenkalender '78" die Forderung nach der „ gleichberechtigten" Aufnahme der Frauen in den Ku-Klux-Klan erhoben oder eine ähnlich menschenfreundliche Vereinigung unterstützt würde.

Auch die Minderheit der ledigen Mütter (immer gemessen am Anspruch der Kalenderfrauen, „die Realität der Frauen in diesem Lande zu spiegeln") findet im Kalender kaum Beachtung. Ganze 3 (drei!) mal werden sie erwähnt. Dabei kommt die dritte Meldung dadurch zustande, daß die zweite (29.8.) einen Monat später einfach wiederholt wird(29.9.)

Eine weitere Minderheit, nämlich die der ausländischen Frauen, kommt im Kalender gar nicht erst vor. Gehören sie nicht auch zu den „Frauen in diesem Lande" ?

Kommen wir zum Thema Berufstätigkeit der Frau, ein Bereich, der das Leben der Frau mindestens für mehrere Jahre entscheidend bestimmt. Mit 27 Nennungen im Kalender wird doch immerhin ausgedrückt, daß die Kalenderfrauen das Thema „Frau und Beruf" für einigermaßen wichtig halten.

Welche Probleme ihnen dabei besonders am Herzen liegen, geht aus der Gewichtung im Kalender hervor: ganze vier mal(das ist noch gütig gezählt) wird ansatzweise in Wort oder Bild über Berufe der kleinen Angestellten oder gar Arbeiterinnen berichtet.

Berufe von Kleinbürgerinnen werden dagegen 14 mal erwähnt: z.B. erfährt man etwas über die Sorgen von Dirigentinnen(am 22.11.), den zunehmenden Anteil der Ärztinnen (4.2.) ,Richterinnen und Staatsanwältinnen(5.2.), wann die erste Frau zum Lehramt zugelassen wurde (18.12.).- Interessant zu wissen! Besonders wichtig scheint aber das Problem, daß Frauen so selten Künstlerinnen sind: Dazu gibt es nach dem 31.5. eine Sonderseite - nicht etwa eine Sonderseite zur Akkordarbeit oder zur Rationalisierung im Angestelltenbereich - nein, mit einer weiteren Sonderseite werden dann auch noch die Malerinnen bedacht, gleich im Anschluß daran!

He Boß, ich brauch mehr Geld

Für den Kampf der Frauen um gleichen Lohn hat der „ Frauenkalender'77" ein besonders erfolgversprechendes Vorgehen anzubieten. Unter der Überschrift „Stewardess kämpft gegen Frauenlöhne" heißt es nach dem 2.4.:*„Die belgische Stewardess Gabrielle Defrenne erkämpfte beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg ein für alle Frauen wichtiges Grundsatzurteil. Der Gerichtshof entschied, daß der im EWG-Vertrag verankerte Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" für alle Mitgliedstaaten der EG verbindlich sei und vor nationalen Gerichten eingeklagt werden kann (auch in der BRD!). Jedes nationale Gesetz, jeder Tarifvertrag und jeder Arbeitsvertrag verstößt seit dem 8.4.76 gegen den Artikel 119 des EWG-Vertrages und ist somit rechtswidrig, wenn Frauen für gleiche Arbeit weniger gezahlt wird als Männern"*.

Das sind natürlich ungeheuerliche Neuigkeiten. Wir wollen dazu mal folgendes berichten:*„1955 gab es offiziell tarifliche Abschlagsklauseln, die enthalten,daß die Frauen bis zu 25% weniger Lohn für gleiche oder vergleichbare Arbeit erhielten.1955 ging die Schwarzwälder Hilfsarbeiterin Anneliese Meier gegen diese ungleiche Behandlung vor Gericht und erreichte tatsächlich, daß die „Frauenlöhne" für„verfassungswidrig" erklärt wurden."*(„Stern" 44/1973,zit. nach „Frauenarbeit" ,AG-Frauen, KB). Die Sache war also längst geklärt, aber die Kapitalisten halten sich nicht daran.

Jetzt zu den Ratschlägen der Kalenderfrauen, wie Frauen gleichen Lohn durchsetzen sollen:*„1.Mit dem Arbeitsvertrag in der Hand und dem Luxemburg-Urteil im Kopf zur Firmenleitung marschieren und Beschwerde einreichen"*. Ein toller Ratschlag. Von der Erfahrung „Allein machen sie dich ein" haben die Kalenderfrauen wohl noch nie etwas gehört. Das beste, was einer Frau, die so vorgeht, passieren kann, ist, daß sie höflich-ironisch an ihren Arbeitsplatz zurückgeschickt wird und man ihr rät, sich einen anderen Arbeitsplatz zu suchen, wenn ihr es hier nicht paßt. Und weiter:„ *Haben die gütlichen Verhandlungen nichts gefruchtet, geht's zum zuständigen Arbeitsgericht. Dessen Geschäftsstelle informiert über die notwendigen Formalien. 3.Man (Frau) geht zu einer Rechtsstelle der Gewerkschaften und erkundigt sich, ob sie die Prozeßkosten und die Vertretung der Frau übernimmt. Rechtssekretäre der Gewerkschaften dürfen vor dem Arbeitsgericht wie Anwälte auftreten"*.

Wir haben Verständnis dafür, daß die Kalenderfrauen, die allenfalls als Individuen ihrem Vorgesetzten gegenüberstehen, auch nichts anderes als Einzelkämpferbewußtsein haben können und von daher darauf angewiesen sind, ausschließlich auf das bürgerliche Recht zu vertrauen. Sie haben dabei die kollektiven Kampfformen werktätiger Frauen natürlich nicht im Blick.

Wer unter den Problemen der Frauenarbeit ausschließlich die Anmache von seiten männlicher Kollegen und Vorgesetzter und die Unterrepräsentation in„gehobenen Berufen"sieht, kann natürlich nicht in erster Linie die Kapitalisten für die doppelte Unterdrückung der Frauen verantwortlich machen, sondern prangert „den Mann" als den Unterdrücker an: Die Kapitalisten werden im Kalender acht mal wegen frauenfeindlicher Aktivitäten angeprangert, „die Männer " 32 mal....wahrscheinlich deswegen, weil die Kalenderfrauen von der Unterdrückung durch die Kapitalisten nicht so viel merken oder weil*„die männlichen(patriarchalischen) Interessen die der Kapitalisten ausstechen"*, wie Alice Schwarzer in der „Stadt-Revue", Köln (Nov. 76) zu sagen wußte.

Da nicht der Kapitalist, sondern „der Mann" anscheinend der Hauptfeind ist, wird auch die Notwendigkeit einer Organisierung gegen die Kapitalisten nicht so recht gesehen. Die Gewerkschaften, immerhin eine Einrichtung, in der es Kolleginnen und Kollegen gibt, die versuchen, sich gegen die Übergriffe der Kapitalisten zu wehren, werden ganze



„BOYKOTT DES FRAUENKALENDERS 77 DURCH ALLE BUCHLÄDEN IN NRW!"

KÖLN 30. November Beim VLB(Verband linker Buchläden)-Treffen in Nordrhein-Westfalen (NRW) am 31.10.76 in Münster wurde der Vorschleg der Frauen vom Münchner VLB, Maßnahmen gegen den Frauenkalender zu ergreifen, diskutiert. Es wurde der Verkaufsboykott beschlossen, weil der Frauenkalender dieses Jahr durch den Vertrieb des Fischer-Ver lags Koch-Neff-Öttinger ausgeliefert wird.

lags Koch-Neff-Öttinger ausgeliefert wird.

Der Kalender erscheint auch in diesem Jahr im Selbstverlag, allerdings den ökonomisch wichtigsten Teil, den Vertrieb, hat der S. Fischer-Verlag übernommen. Rezensionsexemplare können bei einer Privatadresse, Bärbel Gruhle, bestellt werden. Diese Adresse ist auch für Bestellungen der Frauengruppen gedacht. Diese Adresse ist ein Trick: Frau Gruhle ist die Frau des Leiters der Presseabteilung im S. Fischer-Verlag, Uwe Gruhle.

Die Frauen aus dem VLB wenden sich gegen die Kommerzialisierung dieses Produktes, das aus der Frauenbewegung entstanden ist. Den Frauen des Kalenderkollektivs scheint es jetzt nur noch um die Höhe der verkauften Exemplare zu gehen; es macht ihnen auch nichts aus, daß durch den Vertrieb bei KNÖ indirekt die Ertragslage des größten deutschen Verlagskonzerns Holtzbrinck, zu dem der Fischer-Verlag gehört, verbessert wird, anstatt die der linken Gegeninstitutionen (Vertriebe: Maulwurf, Prolit), die bislang den Frauenkalender vertrieben haben.

Trotz vieler Kritik und Fragen durch die Frauenbewegung ist von den Frauen des Kalenderkollektivs noch keine einzige Stellungnahme zu diesem Punkt erfolgt. Deshalb haben wir den Boykott beschlossen.

(VLB-Nordrhein-Westfalen)

aus „ID" vom 4.12.76

sieben mal erwähnt. Fünf mal davon wird gegen einzelne Gewerkschaftsvertreter sozusagen beispielhaft, und einmal gegen „den DGB" geschossen.

Es ist durchaus möglich, daß es sich bei den Zitaten im Kalender um Dinge handelt, die tatsächlich passiert sind; es gibt ja genug heruntergekommene Gewerkschaftsführer. Allerdings richten sich die genannten Beiträge grundsätzlich gegen eine gewerkschaftliche Organisierung. Es wird nicht differenziert zwischen fortschrittlichen Kolleginnen und Kollegen und reaktionären Arbeiterverrätern.

Der 1.Mai, als Tag an dem die Werktätigen aktuelle und grundsätzliche Forderungen auf die Straße tragen , wird im Kalender übergangen. Am 1.Mai steht stattdessen im Kalender folgendes zu lesen:„*Nach langem vergeblichemn Versuchen, Räume zu finden, und Absagen der Stadt besetzten 60 Genferinnen ein leerstehendes Cafe.Mit Erfolg. Gleich am ersten Tag haben sie ein Fest gemacht, dann gab es Informationen, Filme, Diskussionen,Selfhelp. . . .*". Auch eine Art, den Kampftag der Arbeiterklasse zu„feiern"!

Gegen Links schlagen und die bürgerlichen Parteien in Schutz nehmen

Die Kalenderfrauen scheinen nicht nur ein gestörtes Verhältnis zu Hausfrauen und Arbeiterinnen zu haben, sondern auch zur Linken. An acht verschiedenen Stellen wird gegen Links geschossen.

Die bürgerlichen Parteien hingegen werden geschont. Von der SPD werden lediglich frauenfeindliche Sprüche von einzelnen Mitgliedern zitiert (zwei mal) und noch die unrühmliche Rolle erwähnt, die sie mit der FDP beim §218 gespielt hat. Die FDP kommt ansonsten überhaupt nicht mehr vor und die CDU schon gar nicht, nur vom RCDS, der Studentenorganisation der CDU, wird ein sehr übler Spruch zitiert.

Die bürgerlichen Parteien werden sogar ausdrücklich aufgewertet. Im Zusammenhang mit der Frauenhausinitiative in Westberlin(nach dem 31.8.) heißt es:„*Außerdem sind in Parteien und sozialen Einrichtungen ... oft mehr Frauen, die sich für Frauenprobleme einsetzen, als wir bisher dachten*". Genau, die bürgerlichen Parteien sind ja gar nicht so schlimm, was haben uns die Linken da bloß immer eingeredet!...

Es ist daher auch kein Wunder, wenn die Frauenvereinigungen der CDU und SPD im Anhang des Kalenders mit Adresse aufgeführt sind, Frauengruppen innerhalb linker „Mackerorganisationen" jedoch nicht.

Aber nicht nur Linke kommen schlecht weg im Frauenkalender; auch Frauen, die eine andere Richtung vertreten als die Kalenderfrauen, werden auf einer Ebene behandelt, wo nicht mehr eine Auseinandersetzung um konkrete Standpunkte geführt wird, sondern eine inhaltslose Anmache betrieben wird. Beispielsweise gegen die Westberliner Frauenzeitung „Courage" am 1.9.: „*Ich bin heute mal wieder besonders couragiert, aber nicht ‚a la berlinoise'* ". Statt die „Courage"-Frauen mit so einem emotionalen Spruch anzumachen, sollten die Kalenderfrauen lieber mal sagen, was sie denn an den bisher erschienenen Nummern konkret auszusetzen haben.

Um die inzwischen etwas angeschlagene Solidarität mit Alice Schwarzer wieder etwas aufzufrischen, scheint der emotionale Druck wohl geeigneter, als sich auf die Kraft seiner Argumente bei der Gewinnung von Sympathisantinnen zu verlassen. So steht denn nach dem 26.2. zu lesen:„*So geht das nun seit Monaten: ‚Hexe mit stechendem Blick'(Bild) ‚frustrierte Tucke'(Süddeutsche Zeitung), ‚Nachteule mit dem Sex einer Straßenlaterne'(Münchener Abendzeitung). Und ein Ende der Beschimpfungen , die so offenkundig kein anderes Ziel haben, als das, die deutsche Frauenrechtlerin Alice Schwarzer so lange zu demütigen, bis sie es endgültig gefressen hat, daß sie ihre Schnauze halten soll, ein Ende* **dieser bisher längsten und perfidesten journalistischen Menschenjagd in der Geschichte der Bundesrepublik,** *ist nicht abzusehen. ...*" (Hervorhebung durch Verf.).

Die frauenfeindliche Kampagne, die unbestritten gegen Alice Schwarzer in der Presse läuft, muß sich aus der Sicht der Betroffenen wohl geradezu gigantisch ausnehmen. Nur wer sich selbst für den Nabel der Welt hält, kann zu einer derartigen Übertreibung kommen.

Wir möchten da doch mal an die Hetze erinnern, die die bürgerliche Presse gegen Ulrike Meinhof und andere Genossinnen und Genossen der „RAF" betrieb und betreibt. Und erinnern sich die Kalenderfrauen nicht mehr an die Hexenjagd gegen die beiden lesbischen Frauen Marion Ihns und Judy Andersen?

Wir meinen, wenn Alice Schwarzer ihre Probleme derart überbetont, fällt sie damit Frauen, denen es wirklich dreckig geht, in den Rücken!

Aber das würde wohl nur ablenken? Alice fühlt sich bedroht und wir müssen ihr jetzt alle beistehen und kein Wort der Kritik an ihr äußern, sonst werden wir womöglich auch zu den Menschenjägern gezählt, und wer will das schon ...

Geschichte der Frauenbewegung – ein dunkles Kapitel?

Und was wird uns als Geschichte der Frauenbewegung vorgestellt?



Friedrich Wolf und Else Kienle

Es werden uns an 29 Stellen des Kalenders Frauen der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Frauenbewegung serviert (Vertreterinnen der revolutionären und proletarischen Frauenbewegung der Geschichte weiß der Kalender übrigens nur fünf zu nennen). Auf der Sonderseite, die im Kalender „zur Geschichte der Frauenbewegung" Stellung nimmt, wird die proletarische Frauenbewegung total unterschlagen.

Wir wollen zu diesem Thema in einem besonderen Artikel in einer der nächsten Nummern des AK Stellung nehmen.

Auf e i n Beispiel von Geschichtsklitterung, das sich die Kalenderfrauen geleistet haben, möchten wir allerdings jetzt schon eingehen:

Am 18.2. schreiben sie: „*1931 wird die Ärztin E. Kienle in Stuttgart verhaftet. Die Anklage lautet: Beihilfe und Durchführung zahlreicher Abtreibungen. Aufgrund einer starken Volksbewegung wird sie am 29.3.1931 entlassen*". Mehr nicht! Dazu haben wir folgendes zu ergänzen: Am selben Tage wurde am selben Ort (welch ein Zufall!) ein Mann verhaftet, dem dieselben „Delikte" vorgeworfen wurden wie Else Kienle. Es war der Arzt und Schriftsteller Friedrich Wolf (Verfasser des § 218-Stücks „Cyankali"), mit dem Else Kienle zusammengearbeitet hatte. Eine Massenbewegung gegen die Verhaftung der beiden setzte ein. Es fanden auch in den entlegendsten Orten und selbst in den Hochburgen der Faschisten Demonstrationen und Versammlungen statt, die häufig von oder mit Unterstützung der KPD organisiert waren.

Wir meinen, daß nur diejenigen an der Unterschlagung dieser Information ein Interesse haben können, denen es nicht ins Konzept paßt, daß auch ein Mann (und noch dazu ein Kommunist) und sogar seine ganze Partei sich für die Interessen der Frauen eingesetzt haben, und zwar sehr massiv.

Noch einige Bemerkungen am Rande

Bei einigen Äußerungen im Kalender haben wir uns schlicht an den Kopf gefaßt:

– „*Die Frau ist nicht die große Mutter, die Vagina der Welt, sondern die kleine Klitoris auf der Suche nach ihrer Befreiung (C. Lonzi)*" (29.1.). Wir wollen weder auf unser Fortpflanzungsorgan noch auf unser Sexualorgan reduziert werden. Das ist jeweils nur ein kleiner Teil von uns.

– „*Eines der sieben Weltwunder des Altertums, das Labyrinth, verdanken wir Sebek-Neferu-Ra, Königin Ägyptens und größte Bauherrin ihrer Zeit, 2013 vor patriarchalischer Zeitrechnung*" (4.3.). Wie lange hat denn diese Königin an dem Labyrinth gebaut? Hat sie sich auch einige Knochen dabei gebrochen, oder hat sie das andern überlassen?

– „*Vor 67 Jahren, 1908, gründeten Berlinerinnen aus der ersten Frauenbewegung bereits eine Frauenbank. Ihre Bank war in der Motzstraße 38, und für 100 Mark konnte frau Mitglied werden. 1912 hatte sie bereits 1.500 Mitglieder, und zwei Jahre später gab sie eine Wochenzeitschrift heraus: ‚Frauenkapital – eine werdende Macht'. (Doppelt beachtlich, wenn frau bedenkt, daß deutsche Frauen überhaupt erst seit 1911 das Recht hatten, über ihren eigenen Lohn zu verfügen.) 1915 machte der Krieg dem Unternehmen ein Ende*" (30.11.).

Aber frau kann wieder hoffen:

– „*1975 wurde in New York die erste Frauenbank der zweiten Frauenbewegung gegründet. Weitere feministische Geldinstitute gibt es in San Francisco und Belgien. Alle Geldinstitute werden von Frauen geleitet und bieten hauptsächlich Frauen Arbeitsplätze*" (28.11.). Es war schon immer unser sehnlichster Wunsch, von einem w e i b l i c h e n Kapitalisten ausgebeutet zu werden! Kalendermaskottchen Hedwig meint dazu: „ ... *und als nächstes nehmen wir uns die Börse vor ...*". Sollen sie ruhig, die Damen – falls sie dafür aufhören, sich als Teil der fortschrittlichen Frauenbewegung auszugeben!

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

was haben uns die Linken da bloß „RAF" betrieb und betreibt. Und er- der nächsten Nummern des AK Stel- Frauen eingesetzt haben, und zwar KB/Gruppe Hamburg

1. Treffen der Frauenhaus-Initiativen der BRD

Presse-Mitteilung

Am 27./28. November 1976 trafen sich Mitglieder von Frauenhausinitiativen aus acht Städten der Bundesrepublik (Bielefeld, Bonn, Braunschweig, Dortmund, Frankfurt, Hannover, Köln, Münster) in Bielefeld.

Ziel des Treffens war ein erster überregionaler Austausch von Erfahrungen, Konzepten und Strategien im Kampf für die Einrichtung von Häusern für mißhandelte Frauen und ihre Kinder in den einzelnen Städten.

Seit etwa einem Jahr ist das millionenfache Problem der Gewalt gegen Frauen in Ehe und Familie in der öffentlichen Diskussion. Die meisten Frauenhausinitiativen in der BRD entstanden in dieser Zeit. Sie sind aus der Frauenbewegung hervorgegangen und wollen die allgemeine Unterdrückung von Frauen an einem zentralen Punkt anpacken.

Die Teilnehmerinnen waren sich einig darin,

- daß Frauenhäuser nur auf dem Selbst-Hilfe- und Selbstorganisationsprinzip basieren können;
- daß Frauenhäuser keine Heime oder Asyle mit karitativem Charakter sind;
- daß es keine Beschränkung in der Aufnahme betroffener Frauen und Kinder gibt;
- daß die Mißhandlung von Frauen kein privates, sondern ein gesellschaftliches Problem ist und darum auch von der Gesellschaft gelöst werden muß. Die Frauenhausinitiativen fordern daher Unterstützung aus öffentlichen Geldern.

Die meisten Initiativen haben sich als eingetragene Vereine organisiert. In den Frauenhäusern soll es möglich sein, daß mißhandelte Frauen und ihre Kinder den Aufbau eines veränderten Lebens gemeinsam in Angriff nehmen. Die Begegnung und Auseinandersetzung mit Frauen, die in einer vergleichbaren Situation sind, soll den Frauen die Überwindung ihrer Schwierigkeiten erleichtern und das Erkennen von Zusammenhängen ermöglichen. Damit die Frauen nicht in eine neue Abhängigkeit geraten, soll ihre Selbständigkeit unbedingt gefördert und gestärkt werden.

Bis zum nächsten Treffen von Frauenhausinitiativen in einem halben Jahr in Köln werden die Teilnehmerinnen auch ihren Erfahrungsaustausch über Finanzierung, Umgang mit Behörden, medizinische Versorgung, Rechtsfragen und Kinderbetreuung fortsetzen.

Kontaktadresse:
Michaela Huber, Vulsiekshof 57,
4800 Bielefeld 1,
Tel: 0521/102774

Der „Sturm auf die Beratungsstellen" findet im Saale statt

Hamburg. In der vorweihnachtlichen Zeit trafen sich im Bierhaus Schulterblatt ca. 40 Aufrechte (KBW plus Mitglieder von „§ 218-Komitees"), die sich selber für den „Zusammenschluß der Bürger von St. Pauli, Altona und Eimsbüttel" hielten, wie man ihren Reden entnehmen konnte. Sie beteuerten sich gegenseitig den furchteinflößenden Charakter ihrer neuesten Aktion gegen den bürgerlichen Staat: Die Enteignung von 4 (in Worten: vier) Karteikarten einer Langenhorner Beratungsstelle. Diese und gleichartige Aktionen in anderen Städten sollen die „Volksmassen zusammenschließen", obwohl gleichzeitig betont wurde, daß die Beratungsstellen von der Bevölkerung ignoriert werden?! ... Auch wußte man von einer Flugblatt-Verteilaktion eines Genossen zu berichten, der aufgrund der Angst der Staatsmacht vor der Bevölkerung von sieben Bullen gleichzeitig zum Verschwinden aufgefordert wurde. Den Ton gaben in dieser offensichtlich zur Verhöhnung des Kampfes gegen den § 218 gestarteten Veranstaltung einige einschlägig bekannte KBW-Ex-Studenten an. So berichtete einer von ihnen über eine „Untersuchung", die sie in einer kleinen Nebenstraße in Eimsbüttel unter den Bewohnern veranstaltet hätten, und die das große materielle Elend, insbesondere den Mangel an Kindergartenplätzen gezeigt hätte. Er wurde dann von einem seiner Mitstreiter bierernst darauf verwiesen, daß es in Eimsbüttel ja genug Kindergartenplätze gebe ... Jeder, der einen haben wolle, der bekäme auch einen. Aber sie wären eben so teuer, daß niemand sie sich leisten könne. Von den Anwesenden wurde beides geschluckt, belegte doch beides offensichtlich, daß die Abtreibung ausschließlich (!) ein ökonomisches Problem ist, wie in mehreren Hauptbeiträgen immer wieder betont wurde. Die dann folgende Diskussion brachte noch einige rührende Beispiel von Leuten, die gern Kinder hätten, aber sich keins leisten können. Irgendwelche unterschiedlichen Standpunkte gab es nicht. Wäre die Bevölkerung von St. Pauli, Altona und Eimsbüttel anwesend gewesen, sie hätten sich an den Nachspann gewisser Fernsehkrimis erinnert gefühlt: Ähnlichkeiten mit der Wirklichkeit sind rein zufällig und nicht beabsichtigt!

Bezirksgruppe Karolinenviertel
KB/Gruppe Hamburg

Festveranstaltung in Hildesheim

Etwa 250 Frauen und Männer kamen am 15. Dezember zu einer Festveranstaltung, die von der Mittwochsfrauengruppe, der Sozpäd-Frauengruppe, unorganisierten Frauen und der Frauengruppe des Kommunistischen Bundes getragen wurde. Die Festveranstaltung war eine der größten Veranstaltungen der Linken in Hildesheim seit langer Zeit. Der Erfolg zeigt, daß ein Frauenfest lange überfällig war. Es gab allerdings ein hartes Ringen um diesen Erfolg: Im Plenum der Hildesheimer Frauengruppen gab es heftige Auseinandersetzungen um die Frage, ob auch Männer an dieser Veranstaltung teilnehmen sollten oder nicht. Bei einem Fest oder einer Veranstaltung sind die Männer sicherlich nicht das Salz in der Suppe oder gar die Suppe. Aber wir wollten unseren Kampf gegen Unterdrückung und Erniedrigung von Frauen in die Öffentlichkeit tragen, dazu diente den Veranstalterinnen das Fest. Es wird ganz sicher nicht die letzte Frauenveranstaltung gewesen sein!

KB-Frauengruppe Hildesheim

Richtigstellung

In unserem Artikel „Bilanz der Wahldiskussion in der Frauenbewegung im AK 93 (15.11.76) haben wir behauptet, daß die Düsseldorfer Frauengruppe zur Wahl der SPD aufgerufen hätte. Wir haben einen Brief der FG Düsseldorf bekommen, in dem dies entschieden zurückgewiesen wird.

In einem Gespräch mit der Verfasserin des Leserbriefes aus der FG Düsseldorf sind wir übereingekommen, daß eine eindeutig ablehnende Haltung gegenüber der Politik der SPD aus dem Brief an das Hamburger Frauenzentrum nicht deutlich wird; die Frauengruppe Düsseldorf hat allerdings nicht zur Wahl der SPD aufgerufen, sondern lediglich gegen die Parole „Wahlboykott" Stellung genommen und ansonsten keine Empfehlung abgegeben.

In dem Brief an die Hamburger Frauen heißt es: „*Glaubt Ihr nicht auch, daß wir allen Frauen, die in der SPD für die Ziele der Frauenbewegung arbeiten und vor allem denen, die sie wählen, ... mit der Parole ‚Wahlboykott' vor den Kopf schlagen?*".

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Auf dem Weihnachtsmarkt

In Hamburg-Harburg wurden 2 m lange Lederpeitschen für DM 16,5o unter dem „Aufreißerschild": „*Gehst du zum Weibe, vergiß die Peitsche nicht!*" angeboten. Hinter diesem Spruch (von Nietzsche ist er übrigens) steckt, daß es wohl ganz richtig ist, daß so viele Frauen täglich geprügelt, vergewaltigt oder sonstwie brutal behandelt werden.

10 Frauen aus der Frauengruppe der JZI Harburg machten gegen diese Sauerei eine saubere Aktion: Mit Videogerät filmten sie den Verkaufsstand, machten die umstehenden Weihnachtsmarktbesucher auf diese extreme Frauenfeindlichkeit aufmerksam und interviewten sie. Die ziemlich einhellige Meinung war, daß das Schild weg muß. Nach kurzer Diskussion rückte die Besitzerin des Standes (die übrigens ein blaues Auge hatte) das Schild heraus.

BO Harburg
KB/Gruppe Hamburg

Weg mit der Fliegenpatsche!

Im ARBEITERKAMPF Nr. 91 erschien ein Artikel, in dem das Frauenzentrum Osnabrück kritisiert wurde. Festgemacht war die Kritik an dem Beschluß des Plenum vom Frauenzentrum, daß die Untergruppen nicht selbständig entscheiden, mit wem sie in der Öffentlichkeit zusammenarbeiten. Weiterhin kritisierten wir die mangelhafte Diskussion anstehender Frauenfragen wie den § 218, Ehescheidungsgesetze, Bildungs„reform" und Sparmaßnahmen im Sozialbereich. Damit verbunden ist die fast völlig fehlende Öffentlichkeitsarbeit. Der KB hatte zusammen mit einer Untergruppe einen Info-Stand in der Stadt und eine Veranstaltung zu den Wahlen gemacht. Wir schrieben damals: *„Um genau diese Inhalte wurde aber gar nicht diskutiert. Weder, was vom KB auf der Frauenveranstaltung gesagt worden ist, noch was wir in unserer Presse und Politik vertreten, wurde kritisiert. Es war einzig eine formale Frage, wobei bei einigen Frauen ganz handfester Anti-Kommunismus dahintersteckt."*

Nun sind uns zwei Stellungnahmen zu dieser Kritik zugegangen: Eine von der Untergruppe, die mit uns zusammenarbeitet, und eine vom Plenum des Frauenzentrum. An letzterer zeigt sich, daß wir mehr als recht hatten. Mit keinem Wort wird auf den Artikel und die von uns tatsächlich formulierte Kritik eingegangen; stattdessen werden Sprüche gegen d i e Männer und gegen d i e K-Gruppen losgelassen.

Zu zwei Punkten noch eine kurze Anmerkung: Es ist einfach lächerlich, uns zu unterstellen, wir wollten dem Frauenzentrum etwas vorschreiben. Abgesehen, daß es nicht unser W i l l e ist, haben wir doch gar nicht die M a c h t dazu. Unsere einzige Möglichkeit ist, mit Argumenten und Tatsachen zu ü b e r z e u g e n!

Genauso falsch ist der Vorwurf, wir würden zwischen Privat und Öffentlich trennen. Das war gerade ein Punkt der Kritik von uns am Frauenzentrum! KB-Frauen als Privat-Personen wollten sie zulassen, aber öffentlich, als politische Vertreterinnen sollten wir nicht auftreten dürfen. Des weiteren kann man zu diesem Punkt und auch den übrigen den Frauen vom Zentrum nur den Tip geben, ab und zu mal den AK zu lesen und sich wirklich mit den Aussagen darin auseinanderzusetzen.

KB/ Frauengruppe Osnabrück

Gegendarstellung für den ARBEITERKAMPF von der Untergruppe des Frauenzentrums (die für die Veranstaltung verantwortlich war)

„Die Diskussion um die Frage der Aktionseinheit mit politischen Organisationen entstand, als eine Untergruppe des Frauenzentrums mit den KB-Frauen zusammen zu einer Veranstaltung aufrief. Es wurde vom Plenum kritisiert, daß wir, ohne das Plenum zu fragen, als eine Aktionseinheit mit dem KB an die Öffentlichkeit getreten sind. Jede Untergruppe könnte zwar mit politischen Organisationen zusammenarbeiten, aber wenn sie an die Öffentlichkeit treten wollten, müßte darüber im Plenum abgestimmt werden. Wir haben erkannt, daß das eine formale Herangehensweise war. Man muß unserer Meinung nach auf die Inhalte eingehen und sich schon bei der Zusammenarbeit innerhalb des Frauenzentrums mit dem KB (in diesem Falle) fragen, ob sie einen Standpunkt vertreten, der den Frauen nützt. Kommt man dann aufgrund der inhaltlichen Diskussion zu der Erkenntnis, daß es den Interessen der Frauen nützt, arbeitet man mit ihnen zusammen und muß das auch in der Öffentlichkeit ehrlicherweise vertreten. Ist das nicht der Fall, muß man von vornherein darauf dringen, daß man mit einer solchen Organisation nicht zusammenarbeiten kann. Einen Anti-Kommunismus innerhalb der Bevölkerung bekämpft man nicht, indem man nach außen hin verschweigt, daß wir mit Kommunisten zusammenarbeiten, sondern daß wir sagen, welche Standpunkte man vertritt und darüber auch diskutieren. Alles andere ist ein Verschweigen und damit unehrlich der Öffentlichkeit gegenüber. Soweit stimmen wir mit Eurem Artikel überein.

Dennoch müssen wir einige Punkte richtigstellen:

1) Das Frauenzentrum hat damals nicht den Beschluß gefaßt, daß seine Untergruppen keinen selbständigen Entschluß fassen können in Bezug auf ihre Zusammenarbeit mit politischen Organisationen, sondern nur bezogen auf öffentliche Aktionen.

2) Es stimmt zwar, daß zu den anstehenden Fragen kaum eine Auseinandersetzung im Plenum stattfindet. Das heißt aber nicht, daß im Frauenzentrum nichts passiert. Die Auseinandersetzung lag bisher mehr auf dem persönlichen Bereich und wurde kaum ins Plenum getragen. Jetzt wird allerdings die weitere Arbeit besprochen, wobei der Schwerpunkt auf der Beratungsarbeit und dem Selbstverständnis des Frauenzentrums liegt.

Ferner kritisieren wir an dem Artikel, daß er teilweise polemisch und damit unsolidarisch ist. Eine Kritik und Auseinandersetzung ist gut und wichtig, wenn sie sachlich ist.

Aufgrund des Artikels im AK machte unsere Untergruppe diese Gegendarstellung und gab sie als Diskussionsgrundlage in das Plenum des Frauenzentrums. Als diese Gegendarstellung diskutiert werden sollte, legten einige aus dem Frauenzentrum die andere ‚Gegendarstellung' vor, die dann auch vom Plenum akzeptiert wurde (bis auf die Frauen in unserer Untergruppe)"

Stellungnahme Frauenzentrum Osnabrück

„Liebe KB-Frauen,

Ihr werdet es nicht glauben, aber ihr seid nicht die ersten und bestimmt auch nicht die letzten, die versuchen, dem Osnabrücker Frauenzentrum zu zeigen, wo's lang geht.

Bisher ist es uns gelungen, uns aus dem Parteien-, Gruppen- und Grüppchengezanke rauszuhalten und dieser Tatsache verdanken wir es u.a., daß es uns immer noch gibt (und wie) und daß wir immer mehr werden. Wir können uns Eure Kritik an uns nicht anziehen, weil wir im Gegensatz zu Euch nicht der Meinung sind, daß nur Öffentlichkeitsarbeit politische Arbeit ist. Außerdem, aber das wirklich nur am Rande, wenn auch nur eine von Euch an unserer Arbeit kontinuierlich teilnehmen würde, dann wüßtet ihr, daß gerade in der letzten Zeit über 20 Frauen an einem Wochenende über unser Selbstverständnis diskutiert haben und sehr schöne frauenfreundliche Pläne für Öffentlichkeitsarbeit dort entwickelt haben.

Wir wollen allerdings zuerst mit allen Frauen ausführlich über diese Pläne diskutieren, damit wir alle gemeinsam die Arbeit tragen und vertreten können. Und genau in diesem Punkt, aber nicht nur an diesem, unterscheiden wir uns von Euch. Nach Eurem Konzept würden sich die Untergruppen unseres Zentrums total verselbständigen (Fraktion der KB-Frauen, SB-Frauen, KBW-Frauen, Fkk- und KKK-Fraktion). Denn ihr glaubt doch wohl nicht im Ernst, daß die Mehrheit der Frauengruppe sich den politischen Positionen z.B. des KB anschließen würde. Instrumentalisieren lassen wir uns nicht mehr. Nicht von Männern und ganz sicher nicht von einer K-Gruppe oder anderen Organisationen.

Seht ihr, daß ist das Ergebnis zweijähriger Arbeit in der Frauengruppe.

Wir machen unsere Analysen und Überlegungen selbst und lassen sie nicht mehr machen!

Eine kleine Kostprobe aus unserer Analysenküche:

Wir sind weder mit den Organisationsformen noch mit der Politik der K-Gruppen und -Parteien einverstanden. Konkreter Ausdruck dieser Politik ist für uns die Tatsache, daß diese Gruppen überall dort, wo so etwas wie soziale Bewegung entsteht, mit ihrer großen roten Fliegenpatsche aufmarschieren und solange mit Phrasen und Papier draufhauen, bis alles mucksmäuschenstill ist. Ihr habt immer Standpunkte, auf denen ihr bewegungslos steht und Stoßrichtungen, in die alle stoßen sollen. Einer Eurer Standpunkte ist: Das Private und das Öffentliche muß schön säuberlich getrennt bleiben. Das Private behindert die politische Arbeit. Das ist großer alter Scheiß und ein Grund, weshalb ihr Eure vielbeschworenen Volksmassen nicht hinter Euch kriegt. Wir versuchen in der Frauengruppe, die Trennung zwischen Privat und Öffentlich aufzuheben. Das Private ist ebenso politisch wie das Öffentliche. Zur Frauengruppe kommen deshalb soviele Frauen, weil sie endlich mal von ihren Interessen, Bedürfnissen und Erfahrungen ausgehen können."

Anmerkung der Redaktion

Diese Stellungnahmen liegen schon seit längerem vor. Da sie jedoch peinlicherweise zwischendurch „verschwunden" waren, hat sich der Abdruck verzögert. Wir bedauern.

Die arrogante und selbstgefällige Stellungnahme des Frauenzentrums Osnabrück provoziert uns noch zu folgender Feststellung: Daß wir angeblich Privat und Politisch trennen, ist nicht wahr. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: manche Frauen der Bewegung haben anscheinend einen sehr eingeengten Begriff von „Interessen, Bedürfnisse und Erfahrungen", wo die politischen Interessen der Frauen z.B. als Arbeiterin oder Angestellte, angesichts des Abbaus demokratischer Rechte, der imperialistischen Kriegsvorbereitungen etc. ziemlich unter den Tisch fallen. Zu den Bedürfnissen der Frauen gehört aber nicht nur das weitgehend aufs ‚Individuelle' zusammengekürzte Selbstverständnis mancher Frauen aus der Bewegung, sondern dazu gehört vor allem das simple Bedürfnis, zu ü b e r l e b e n , und zwar in einem Land mit möglichst entfalteten politischen Rechten, günstigen Bedingungen am Arbeitsplatz, guten Bedingungen für die Entwicklung der vollen Gleichberechtigung der Frau usw.

Die angebliche Trennung von Privat und Politisch sei „ein Grund, weshalb ihr eure vielbeschworenen Volksmassen nicht hinter euch kriegt".

Abgesehen davon, daß die Frauen uns da offensichtlich mit dem KBW verwechseln, muß man doch fragen: Da s i e ja nach eigenem Bekunden so vorzüglich auf die von ihnen selbst definierten „Interessen, Bedürfnisse und Erfahrungen der Frauen" einzugehen wissen, müßten s i e ja wohl die „Volksmassen" nun tatsächlich bald hinter sich haben?!..

Die Frauen vom Frauenzentrum wollen „unsere Analysen und Überlegungen selbst" machen. Warum auch nicht. Und sie werden erleben, daß sich auch andere Frauen s e l b s t ihre Überlegungen machen und dann zu a n d e r e n Schlußfolgerungen kommen als sie. Das ist nun mal der Lauf der Welt.

„Männerklagen" auch in der Sowjetunion

Die Männer in der BRD, die sich mit der Emanzipation der Frau nicht anfreunden können, haben neue Verbündete!

Männer in der Sowjetunion klagen über die „unweiblichen" Frauen von heute; das weiß jedenfalls eine Moskauer Zeitschrift zu berichten. Sie habe Dutzende von Briefen be-

gen über die „unweiblichen" Frauen von heute; das weiß jedenfalls eine Moskauer Zeitschrift zu berichten. Sie habe Dutzende von Briefen be-

kommen, in denen sich die Männer über die Arbeiterfrauen beschweren, die vergessen hätten, daß sie Frauen sind. *„Jeder Mann träumt von einer Frau, die sanft, liebenswert, ausdrucksvoll, hingabevoll, bescheiden und scheu ist, eben von einer femininen Frau". " Aber diese Art Frauen ist immer seltener zu finden",* und weiter: *„Die Männer haben die Nase voll von diesen rohen Weibern, die das Benehmen von Cowboys haben. Sie brüllen wie auf dem Kasernenhof im Haus herum. sind schlampig angezogen, saufen Schnaps aus der Flasche wie Männer und verwandeln das Heim in eine Lagerbaracke".* Ein anderer Mann beschwerte sich: *„Sogar an der Front während des zweiten Weltkrieges konnten die Mädchen mit ihren Stiefeln und groben Mänteln noch etwas Weiblichkeit bewahren. Aber heute ist es schwer, Mädchen von Jungen zu un-*

zweiten Weltkrieges konnten die Mädchen mit ihren Stiefeln und groben Mänteln noch etwas Weiblichkeit bewahren. Aber heute ist es schwer, Mädchen von Jungen zu un-

terscheiden mit ihrem vulgären Lachen, ihrem plumpen Gang und den Zigaretten im Mund".

Was wohl diese Dutzende von Männern beweogen haben mag, ihren „gerechten Zorn" der Zeitschrift „Literaturnaja Gaseta" mitzuteilen? Anscheinend gehören auch frauenfeindliche Sprüche zu den Produkten der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Aufruf zum Europäischen Frauenkongreß

Aufruf zum Europäischen Frauenkongreß

Wie wir schon in AK 95 berichteten, ist von mehreren europäischen Frauengruppen auf Initiative französischer Frauen ein europäischer Frauenkongreß geplant. Auf dem letzten Vorbereitungstreffen in Paris im Dezember '76 wurde der nachstehende Aufruf verabschiedet:

„Aufruf für ein europäisches Frauentreffen. *In* **Kopenhagen** *haben die Arbeiterinnen einer großen Porzellanmanufaktur gerade einen erfolgreichen Kampf für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und eine Lohnerhöhung geführt. Um die anderen Teile der Arbeiterbewegung dazu zu bringen, sich mit diesem Streik – der bisher ohne diese Bewegung geführt wurde – zu solidarisieren, forderten sie sie zu finanzieller Unterstützung auf, indem sie für mehrere tausend Francs Teller verkauften, mit dem Zeichen des Unternehmens. Bei einer Demonstration Anfang August dazu versammelten sich mehr als 10.000 Personen.*

In **London** *kämpften in der Scheibenwischerfabrik „Trico" die Arbeiterinnen während mehrerer Monate für die Anwendung des Rechts auf gleichen Lohn. Sie wurden von zahlreichen Sektionen und Zweigen der Gewerkschaften, durch die autonome Frauenbewegung und durch die Gruppen um die „Charta der Arbeitenden Frauen" unterstützt, die mit ihnen zusammen Streikposten standen. Und sie haben gewonnen.*

In **Madrid** *stießen die Frauen der Textilfabrik Induyco täglich mit den Kapitalisten und der Polizei zusammen, um die Wiedereinstellung entlassener Kolleginnen, die Anerkennung ihrer Delegierten und das Recht zur Durchführung von Vollversammlungen zu erreichen. Jeden Tag versammelten sie sich in Gruppen von ca. 50 Personen vor anderen Unternehmen, um ihren Kampf zu verbreitern.*

In **Italien** *hat die autonome Frauenbewegung die Errichtung sogenannter „consultori" durchgesetzt, Beratungszentren, die allen Frauen eines Viertels oder einer Gegend zur Beratung über Verhütung und Abtreibung offenstehen. Sie fordern jetzt dort das Recht auf Selbstbestimmung und eigene Kontrolle über die Zentren. In Rom gingen 10.000 Frauen auf die Straße, um gegen Gewalt an Frauen zu demonstrieren.*

In **Spanien** *fordert die Frauenbewegung Amnestie für „spezielle Frauenverbrechen" und demonstriert gegen die Repressionen bei Ehebruch.*

In **Groß-Britannien** *betrifft der Kampf gegen die Sparmaßnahmen im Sozialbereich – Krankenhäuser, Kindertagesstätten, Schulen – in erster Linie die Frauen, die als erste darunter zu leiden haben. S i e müssen mehrere Wochen, wenn nicht gar Monate, warten, bevor ihnen ein Bett im Krankenhaus für eine Abtreibung „gewährt" wird, was sie dazu zwingt, in Privatkliniken oder – für die weniger Betuchten – zu „Engelmacherinnen" zu gehen. S i e müssen sehen, wie sie wieder zurechtkommen, wenn bestimmte Klassen nur drei Tage in der Woche geöffnet sind, weil der Staat nicht genügend Personal einstellt. S i e müssen sich wieder um die alten Menschen kümmern, wenn man die Krankenhäuser oder Altenheime aus Sparsamkeit schließt. S i e sind es immer, die Lösungen für die Beaufsichtigung der Kinder finden müssen, wenn es keine Kindergärten gibt. Besonders auf dem Gesundheitssektor haben die Arbeiterinnen den Kampf um die Wiederbeteiligung der Gewerkschaften an diesen Auseinandersetzungen begonnen, und in vielen Städten wurden Komitees gebildet, um Zuschüsse zu bekommen oder sich der Schließung von Kindergärten zu widersetzen.*

Überall, in Italien, England, Frankreich und der BRD dauern die Kämpfe für die freie und kostenlose Abtreibung an und entwickeln sich weiter.

So wehren sich überall in Europa, auf neuen Gebieten, mit neuen Kampfformen, Frauen in Fabriken, organisieren sich in den Stadtvierteln, demonstrieren auf der Straße
– um sich Angriffen entgegenzustellen, die Tag für Tag auf sie geritten werden;
– um öffentlich ihren Willen zu bekunden, diese Welt, in der sie keinen Platz haben, zu verändern.

Wir, die wir in der autonomen Frauenbewegung kämpfen oder an solchen Auseinandersetzungen in unserern Ländern teilgenommen haben, wir sehen jedoch auch die Schwierigkeit, daß die Massenkämpfe nicht isoliert vom Rest der Arbeiterbewegung geführt werden dürfen, damit wir eine Verbindung ziehen können zwischen ihr und den Frauengruppen insgesamt, und zwar auf nationaler und internationaler Ebene.

Deswegen finden wir es notwendig, unter den Frauen aus verschiedenen europäischen Ländern zu einer Diskussion zu kommen; d.h. unter Frauen, die es zwar mit verschiedenen politischen Situationen zu tun haben, aber die wie wir den Kampf der Frauen nicht unabhängig vom Kampf der Arbeiterklasse insgesamt für Emanzipation und dem Aufbau einer autonomen Frauenbewegung begreifen. Wir schlagen euch daher vor, einen ersten Schritt in diese Richtung zu tun mit einem **Europäischen Frauentreffen in Paris am 28., 29. und 30.5.1977.**

Zahlreiche Frauen aus europäischen Bewegungen stellen sich dieselben Fragen und haben sich entschlossen, darauf gemeinsame Antworten zu geben und gemeinsame Aktionen zur internationalen Solidarität zu organisieren.

Dieses Treffen bietet für alle diejenigen, die an diesen Kämpfen teilgenommen haben, die Gelegenheit, mit ihren Erfahrungen das Wort zu ergreifen. Wir stellen uns also vor, Diskussionsgruppen zu bilden, damit alle anwesenden Frauen sich ausdrücken und eine konkrete Diskussion über die Verbindung zwischen Frauenbewegung und Klassenkampf führen können. Diese Gruppen würden sich um zwei Themen bilden, die sich heute in allen Frauenbewegungen zentral stellen:

- **Frauenarbeit.** *Beruf/Arbeitslosigkeit und Hausarbeit.*
- **Abtreibung.** *Verhütung, Sexualität, Familie.*

Wir könnten darunter Fragen fassen wie:

- *Kämpfe, die von Frauen zu diesen Themen geführt worden sind: Organisatonsform, Art der Aktionen; in welchem Maß erweitern die Kämpfe der Frauen den Begriff der Demokratie, indem sie die Möglichkeit neuer Beziehungen aufzeigen, sei es individuell oder kollektiv? Auf welche Weise vertiefen sie den Kampf gegen Macht in allen ihren Formen?*
- *Antworten der Arbeiterbewegung (Gewerkschaften, linke und linksextreme Parteien und Organisationen) auf Frauenforderungen: die Art der Unterstützung für ihre Kämpfe. Erfahrungen der Frauen innerhalb von Organisationen der Arbeiterbewegung.*
- *Rolle und Stellung der Frauen im kapitalistischen System. Angriffe der Bourgeoisie: Reaktionen der bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Frauenvereine auf feministische Kämpfe.*
- *Art und Weise der internationalen Solidarität für Frauenkämpfe, die diese Konferenz in die Realität umsetzen kann.*

Frauen aus Italien, Frankreich, England, der BRD und der Schweiz, die in Paris am 12.12.1976 zusammengekommen sind, um das Treffen vorzubereiten."

Ursprünglich war vorgesehen, den Kongreß in Vorbereitung gemeinsamer Aktionen zum 8. März 1977 (Internationaler Frauentag) durchzuführen. Im Lauf der Diskussion stellte sich allerdings heraus, daß ein Termin im Februar für die Frauengruppen beim jetzigen Stand der Vorbereitung unrealistisch ist. In kaum einem Land fand z.B. ein nationales Treffen der Frauengruppen statt, sodaß noch nicht davon ausgegangen werden kann, daß die Idee weit verbreitet ist. Die eigentliche Arbeit fängt mit der Diskussion des Aufrufs erst an. Hinzu komme, daß in verschiedenen Ländern die Meinungen über das Thema des Kongresses stark auseinandergehen (z.B. in England), und einige Frauen die ganze Konzeption des Kongresses so ablehnen. Sie wollen ein völlig offenes Treffen, ohne festes Programm und ohne Pressekonferenz o.ä. (siehe hierzu auch AK 95). Aus diesem Grund haben auch die holländischen Frauen abgesagt; allerdings kannten sie da den neuen Aufruf noch nicht, und so werden wir sehen, wie sie jetzt dazu stehen.

Deshalb wurde beschlossen, den Kongreß selbst erst im Juni zu machen, aber zum 8. März ein gemeinsames Flugblatt und Plakat herauszubringen, mit denen auch der Kongreß angekündigt wird. Um die weiteren Vorbereitungen zu koordinieren, wird am 12./13. Februar 1977 in Paris nochmal ein Vorbereitungstreffen stattfinden, bei dem auch die Reaktion auf den Aufruf diskutiert wird.

AG Frauen
KB / Gruppe Hamburg

Lohn für Hausarbeit – weder frauenfeindlich noch unmarxistisch

Wir haben das erste Mal am 8. März 1976, dem Internationalen Frauentag, die Forderung nach Bezahlung der Hausarbeit in die Diskussion geworfen und haben dann in AK 81 versucht, unsere grundsätzliche Haltung dazu in einem Artikel darzustellen. Inzwischen ist dieses Thema zum Diskussionsgegenstand in der Linken und der Frauenbewegung geworden. Mit Vehemenz und großen Worten wird im Namen der Frauen und der Frauenbefreiung gestritten. „Eine unüberwindbare Barriere" für die Emanzipation der Frauen und eine „Zementierung der bestehenden Zustände" – so bezeichnet die eine Gruppe die Bezahlung der Hausarbeit. Eine Forderung, „die die gesamte Rolle der Frau radikal in Frage stellt", sagen andere.

Kampf der Hausfrauen – eine Illusion?

Es gibt Leute, die behaupten, es sei generell vertane Zeit, sich mit Hausfrauen politisch zu beschäftigen. Nur die berufstätige Frau sei ein Potential für politische Arbeit, nur solche könne man organisieren. Hausfrauen seien politisch rückständig, CDU-Wähler, anfällig für reaktionäres Gedankengut, mehr ein Hindernis des Fortschritts als eine treibende Kraft.



Trotz ihrer Isolierung in der Kleinfamilie und im Haushalt sind Hausfrauen aber dennoch fähig zu öffentlichen Aktionen, zu Demonstrationen und zur Organisierung. So gibt es z.B. einen Bericht von Bertha Braunthal (Mitglied der KPD) aus dem Jahre 1922 über den Stand der Hausfrauenbewegung. Sie schrieb:

„In den wichtigsten Orten im ganzen Reich fanden in den letzten Monaten große öffentliche Hausfrauenversammlungen statt, die durch Verbreitung von Flugblättern vorbereitet, eine Kampfstimmung der Frauen erkennen ließen und uns viele Sympathisierende und Mitglieder zuführten".

„Es waren vor allem die Gothaer Frauen, die vorbildlich für die Bewegung im ganzen Reiche wirkten. ... Anfang Oktober fand eine riesige Frauendemonstrationsversammlung statt. Es wurde eine Frauen-Teuerungskommission gewählt, die sich zwecks Durchsetzung einer Reihe von Forderungen wie Bereitstellung billiger Kartoffeln und Kohle für die werktätige Bevölkerung, Schulspeisung für die Kinder usw. mit dem Stadtrat in Verbindung zu setzen hatte. Die Versammlung schloß mit dem Verlangen an die Betriebsräte und Vertrauensleute der Gothaer Arbeiterschaft, einen gemeinsamen Kontrollausschuß mit den Frauen zu bilden".

„An dem Reichsbetriebsrätekongreß nahmen Vertreterinnen der Hausfrauen aus den wichtigsten Bezirken teil und brachten auch ihre Forderungen, vor allem Bekämpfung des Kinderelends, vor, die auch von einer Demonstration proletarischer Frauen Berlins unterstützt wurde. ... In den Reichsausschuß der Betriebsräte wurde auch eine Vertreterin der Hausfrauen gewählt, die die Bildung der Hausfrauenkontrollausschüsse, ihre Zusammenfassung in Hausfrauen-Landes- und Reichs-Konferenzen sowie ihre Schulung zu organisieren und die Massen der Hausfrauen für den Kampf um dieses gemeinsame Ziel zu mobilisieren hat" (Bertha Braunthal: „Die Frauen in der Betriebsrätebewegung Deutschlands").

1922 war allerdings eine Zeit, in der die Arbeiterklasse die Nachwehen des ersten Weltkrieges hart zu spüren bekam. Bitterer Hunger, Wohnungsnot, Kälte, Lebensmittelknappheit, Krankheit und Elend herrschten. Und Hausfrauen, egal ob selbst berufstätig oder nicht, sind in der Regel diejenigen, auf deren Schultern die Haushaltsführung liegt, die als erste Preissteigerungen, Mieterhöhungen, Wucher, Lebensmittelknappheit erfahren.

Selbst heute, wo es dem einzelnen Arbeiterhaushalt, gemessen an dem Elend der 20-er Jahre, noch relativ gut geht, sind die Frauen ansprechbar auf diesem Gebiet. Wir erinnern z.B. daran, daß die Frauen der Opel-Bochum-Kollegen mit einem eigenen Flugblatt zur Tarifrunde '75 aufgetreten sind, wo sie ihre Haltung zur arbeiterfeindlichen Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung darlegten. Ebenso gingen in Erwitte die Ehefrauen auf die Straße, um den Kampf der Seibel-Arbeiter zu unterstützen.

Allein die Berufstätigkeit sichert die Emanzipation der Frau?

Die Genossen der GIM scheinen allerdings weniger an dem interessiert zu sein, woran man Hausfrauen mobilisieren kann, als sich vielmehr mit dem zu beschäftigen, was dabei hinderlich ist.

So schreiben sie in „Was tun" vom 8.7.76 folgendes:

„Letztlich ist der private Charakter der Hausfrauentätigkeit eine unüberwindbare (!) *Barriere für die Organisierung der Hausfrauen als Hausfrauen"*, und die GIM zweifelt und zweifelt an der Effektivität der politischen Arbeit unter Hausfrauen.

„Selbst, wenn es den Frauengruppen gelänge, Millionen von Hausfrauen zu organisieren, stehen ihnen nicht die Kampfmöglichkeiten der lohnabhängigen Frauen zur Verfügung. Einen wirksamen Streik können sie nicht führen. Den Arbeitskräftenachwuchs für das Kapital werden sie nicht verhungern lassen. Und auch, wenn hunderttausende von Hausfrauen die Windeln ihrer Babies nicht wickeln sollten, so wird diese Verweigerung das Kapital und seinen Staat, den man zur Entlohnung zwingen will, weit weniger berühren, als die Frauen selbst und ihre Männer". „Gerade, weil sie in keinem direkten Verhältnis zum Kapital stehen, haben sie auch keine unmittelbaren Möglichkeiten, es zu bekämpfen".

Also: Interessant sind nur die Frauen in den Betrieben, die das Kapital „unmittelbar" bekämpfen können? Wir meinen, dieses Herangehen ist ein wenig einfach und sehr abstrakt. Wir erinnern z.B. an die Rolle der Frau im chilenischen Widerstand, wo der Kampf der Frauen gar nicht in den Betrieben stattfinden kann, weil dort kaum Frauen zu finden sind? Wir erinnern auch an die Frauen in Irland, die den Befreiungskampf unterstützen, o h n e an der gesellschaftlichen Produktion teilzunehmen.

Wir meinen, allein die Tatsache, daß eine Frau nicht arbeitet, sondern sogenannte „Nur-Hausfrau" ist, stempelt sie nicht ab, sondern es gilt selbstverständlich auch dort, sie an ihren Interessen zu mobilisieren.

Propagieren wir damit die Hausfrauenrolle?

Um allen Mißverständnissen vorzubeugen: Wir sagen nicht, daß es völlig egal ist, ob eine Frau berufstätig ist oder nicht. Selbstverständlich sind die Erfahrungen, die die Frauen in den Betrieben, in der direkten Unterdrückung durch das Kapital machen, eher dazu angetan, ihnen den Klassenwiderspruch deutlich zu machen. Die Bedingungen, sich in die Klassenfront einreihen zu können, sind für arbeitende Frauen wesentlich besser – wird ihnen doch acht Stunden täglich gezeigt, wie das Kapital unterdrückt, diszipliniert und ausbeutet – tritt ihnen das Kapital offen entgegen. A b e r das heißt nicht, daß Hausfrauen die Widersprüche dieser Gesellschaft nicht ebenso hart und einschneidend spüren können, daß an ihrer Aufgabe, für die Familie zu sorgen, nicht deutlich werden kann, daß das Kapital in j e d e r Hinsicht der Feind der Arbeiterklasse ist.

Hausfrauen: Nehmt Euch vor Alice Schwarzer in acht!

Hausfrauen: Nehmt Euch vor Alice Schwarzer in acht!

In ihrem Buch „Der kleine Unterschied" und in einem ausführlichen Artikel in „konkret" nimmt Alice Schwarzer Stellung zur Frage des Hausarbeitslohnes, d.h. besser gesagt, sie macht die Hausfrauen an. Für sie, die doch den Anspruch hat, im Namen a l l e r unterdrückten Frauen zu sprechen, sind Hausfrauen „Heimchen am Herd".

Sie gibt vor, daß sie am alltäglichen Leben der Hausfrauen anknüpft (das sie sicherlich nicht aus eigener Erfahrung kennt) und behauptet, die einzige Chance, aus diesem „Sklavendasein" herauszukommen, sei der Schritt in die Berufstätigkeit. Und zwar meint sie eine Berufstätigkeit „mit Perspektive", „Ambitionen" und „Qualifikationen". Nicht einfach sich bei Siemens im Lohnbüro vorstellen und schon gar nicht Weihnachtsmänner verpacken bei Pea – nein, Niveau muß die ganze Sache schon haben!

Was für eine Art Berufstätigkeit meint Frau Schwarzer denn?

Ihren Vorstellungen können doch erst Arbeitsplätze ab der Position einer gutverdienenden Chefsekretärin oder einer Ressortleiterin in einer Illustrierten entsprechen.

Da Frau Schwarzer aber sicher irgendwo gehört hat, daß 92% aller Arbeiterinnen ungelernt sind, mag sie so ganz ungeniert nicht dazu aufrufen, sich in die Personalbüros der großen Konzerne zu begeben und dort um „leichte, saubere Packarbeit" zu bitten oder um „Akkordarbeit in Wechselschicht". Es würde auch wohl der letzten Leserin die Augen aufgehen, daß es so einfach nicht geht mit der Befreiung durch die Berufstätigkeit.

Frau Schwarzer beschönigt die Berufstätigkeit dermaßen, als würde sie nicht unter kapitalistischen Verhältnissen stattfinden. *„Zur Beratung und Unterstützung gibt es diverse Institutionen und Initiativen. Das geht von Arbeitsämtern über Familienberatung bis zu autonomen Frauenzentren". „Das Ausbildungsförderungsgesetz bietet da mehr Möglichkeiten, als die meisten Frauen ahnen". „Auch Ehefrauen mit Kleinkindern müssen sich nicht in einer ungewollten Ehe prostituieren. Sie können von einem Tag auf den anderen mit einer vom Arbeitsamt bezahlten Ausbildung ökonomisch unabhängig sein".*



Das Thema Frauenarbeitslosigkeit z.B. scheint der Frau Schwarzer gar nicht bekannt zu sein. Wenn eine Frau, die nichts gelernt hat, die jahrelang Hausfrau war, mit d i e s e n Illusionen zum Arbeitsamt marschiert – dann ist die Katastrophe doch perfekt. Lange Wartezeiten, Bürokratismus, miese Behandlung, nicht akzeptable Arbeitsangebote – d a s sind die ersten Auseinandersetzungen, die eine Frau dort zu führen hat.

Eindeutig gegen Lohn für die Hausarbeit!

Es ist klar – für A.S. ist die Bezahlung der Hausarbeit völlig indiskutabel! Es *„würde den akuten Leidensdruck von Frauen nur scheinbar lindern und wäre in Wahrheit nur neuer Mörtel zur Zementierung weiblicher Innenwelt und männlicher Aussenwelt". „Ein solches Hausfrauengehalt würde im Gegenteil die Autonomiebestrebungen von Frauen schwer behindern und sie außerdem erneut an ihre Frauenpflichten fesseln".*

Wieso geht A.S. (und mit ihr noch einige andere) eigentlich davon aus, daß der bürgerliche Staat automatisch

Wieso geht A.S. (und mit ihr noch einige andere) eigentlich davon aus, daß der bürgerliche Staat automatisch bereit ist, ein Hausfrauengeld zu zahlen? Haben wir jemals erlebt, daß auch nur die kleinste Sozialleistung des Staates (Krankenkassen, Rentenversicherung) freiwillig, ohne Zusammenhang mit langen Kämpfen gegeben wurde?

Mag sein, daß die Spekulation stimmt, ein staatliches „Almosen" würde viele Frauen verleiten, auf eine Berufstätigkeit zu verzichten. Aber der Staat ist ein kapitalistischer Staat und verteilt keine Almosen (Und daß ohne Geld Frauen statt in den Betrieben an Heim und Herd gehalten werden, hat das Hitlerregime bereits gezeigt!).

A.S. erwägt nicht, was es bedeuten würde, wenn die Frauen um die Bezahlung der Hausarbeit einen K a m p f aufnehmen würden. Sie sagt, daß allein die *„weibliche Berufstätigkeit sich zugunsten der Frau auswirkt"*. Wir sagen, daß der Kampf der Frauen für ihre Interessen sie in erster Linie unabhängig macht und sich für sie auszahlt. Auch der Kampf für die Entlohnung und Anerkennung der Hausarbeit!

(Zitate von A.S. aus: „Der kleine Unterschied", S. 210-225; und aus dem „konkret"-Artikel „Nehmt euch in acht vor dem Hausfrauenlohn").

Andere Feministinnen sehen es anders

Was würde Alice Schwarzer eigentlich den Frauen raten, denen der Weg in die Berufstätigkeit versperrt ist? Ein Teil der Frauenbewegung hat erkannt, daß jede Frau ihre Interessen erkennen und ihre Lage verändern kann. Wir wollen hier besonders die italienischen Frauen von Lotta Feminista hervorheben, die es nicht dabei bewenden lassen wollen, daß die Kapitalisten den italienischen Frauen keinen Arbeitsplatz anbieten, an dem sie sich dann „befreien können". *„Frauen in Italien kriegen keinen Job. Weil so viele Männer arbeitslos sind. 80% der italienischen Frauen sind Hausfrauen, aber es reicht hinten und vorne nicht, um die Familie zu ernähren. Die einzige Möglichkeit ist Heimarbeit"* (aus einem Papier von Lotta Feminista zum Hausfrauenlohn).

Aber auch Heimarbeit ist natürlich kein Ausweg für Millionen von Frauen. Die Forderung der italieni-

Aber auch Heimarbeit ist natürlich kein Ausweg für Millionen von Frauen. Die Forderung der italienischen Frauen an den Staat, gefälligst dafür zu sorgen, daß in einem industrialisierten kapitalistischen Land die Familien nicht hungern und frieren müssen, ist deshalb eine richtige und notwendige Forderung. Sie ist d i e Forderung, an der sich gerade in Italien Millionen Frauen organisieren lassen. Es würde wenig helfen, wollte man erst darauf warten, bis alle Frauen einen Arbeitsplatz haben, um sie

Fortsetzung auf Seite 39

Forts. von S. 38

dann in den politischen Kampf einzubeziehen. So haben die italienischen Frauen erkannt, daß ihre Arbeit im Hause eine gesellschaftlich notwendige Arbeit im Kapitalismus ist. Und von daher leiten sie ihre Forderung an den kapitalistischen Staat ab, dafür auch bezahlt zu werden – so selbstverständlich, wie wir dem Kapitalisten jeden anderen Handgriff für seine Produktion verkaufen.

Und statt ihr Schicksal zu beklagen, gehen die italienischen Frauen in die Offensive. *„Sie begannen ihren wirklichen Gegenspieler zu erkennen, nicht den Ehemann, der, wenn er nach Haus kommt, das Essen auf dem Tisch erwartet, die Hemden gebügelt usw., sondern die Unternehmer und den Staat, die sich über einen einzigen Lohn (den Männerlohn) eine doppelte Menge Arbeit sichern. Die Frauen sahen, daß ihre Wohnungen, ihre Wohnviertel, die Geschäfte, die Schulen, wo ihre Kinder lernen, brav und folgsam zu sein, nichts anderes sind, als Außenstellen der Einrichtungen, in denen die Produktion vor sich geht; daß sie alle dieselbe Arbeit verrichten, alle demselben Arbeitgeber unterstellt sind, alle Tag für Tag dieselbe Ware erzeugen: Arbeiter, die ausgebeutet werden sollen"* (Aus „Befreiung durch Arbeit" von Lotta Feminista).

Das heißt, die Frauen von Lotta Feminista stellen grundsätzlich ihre Forderung nach Bezahlung der Hausarbeit in die Reihe der Forderungen, die die Arbeiterklasse an das Kapital stellt. Und sie gehen auch nicht davon aus, daß mit der Bezahlung eines „Taschengeldes" die Frage erledigt sei. Sie sehen, genau wie wir, in erster Linie den politischen Kampf um die Entlohnung der Hausarbeit als entscheidend an.

„Die Schwierigkeiten und Mißverständnisse, die sich bei der Diskussion um den Hausfrauenlohn ergeben, entstehen dadurch, daß viele Frauen den Lohn für Hausarbeit auf eine gewisse Summe Geldes beschränken, anstatt sich die politische Perspektive vor Augen zu halten. Der Unterschied zwischen beiden Standpunkten ist enorm. Wenn man den Lohn für Hausarbeit bloß als eine Summe Geldes betrachtet und nicht als eine Perspektive, dann löst man das Endergebnis unseres Kampfes aus dem Kampf selbst heraus und übersieht so seine Bedeutung bei der Entmythifizierung und Unterhöhlung der Rolle, die die Frauen in der kapitalistischen Gesellschaft spielen müssen. Wenn wir den Lohn für Hausarbeit als eine Perspektive verstehen, dann erkennen wir, daß dieser Kampf das Leben und die gesellschaftliche Macht der Frauen revolutionieren wird" (Lotta Feminista, ebenda).

Die italienischen Frauen schießen allerdings übers Ziel hinaus, wenn sie die Bezahlung der Hausarbeit als eine *„zentrale revolutionäre strategische Forderung für die gesamte Klasse"* bezeichnen und die objektiv befreiende Rolle der Berufstätigkeit für die Frau leugnen. Sie sagen: *„Die Arbeit außerhalb des Hauses, nicht zufällig von den männlichen Organisationen als 'Emazipation der Frau' definiert, wurde nicht von der Frauenbewegung erfunden und wird als solche von der Frauenbewegung nicht gefordert".*

Es gibt noch andere Feministinnen

Wir wollen hier noch kurz auf eine weitere Spielart von Feministinnen eingehen, die die Forderung nach Bezahlung der Hausarbeit bejahen, mit einem Zusammenschluß aller proletarischen Frauen dabei aber wenig im Sinn haben.

„Ich arbeite nicht, weil's mir gefällt. Ich hasse Arbeit" ... *„Jeden Tag vergesse ich, daß ich ein Mensch bin, vergesse ich alles, was das Leben lebenswert macht. Vergesse, was ich gern tue, was ich tun könnte, wenn ich nicht arbeiten müßte".* – So klagt eine Feministin unter der Überschrift „Warum ich einen Lohn für meine Hausarbeit will".

Arbeit im Kapitalismus, im Betrieb, an einem Frauenarbeitsplatz ist hart und unmenschlich, das ist klar, aber das ändert sich nicht dadurch, daß jeder versucht, individuell etwas weniger Belastendes zu finden.

„Ich könnte sofort aufhören oder zumindest meine bezahlte Arbeit außer Haus reduzieren. Selbst, wenn ich die Hausarbeit, die ich jetzt sowieso mache, weitermachen würde, hätte ich 40 Stunden in der Woche für mich selbst und meine Bedürfnisse". – *„Ich könnte diesen Scheißjob aufgeben und anfangen, ein wenig mein Leben zu genießen".* Das ist des Pudels Kern: Lohn für die Hausarbeit als individuelle Bedürfnisbefriedigung! Man will sich einen Freiraum schaffen, und damit es eine vollständige „Befreiung" ist: *„Die Arbeitsbedingungen selbst bestimmen, damit wir autonom außerhalb der Kontrolle des Kapitals und der Männer sind!"* – Für wie viele Frauen aus der Arbeiterklasse ist das wohl eine realistische Alternative? Und wie sollen jemals Ausbeutung und Unterdrückung aus den Betrieben verschwinden, wenn jeder zusieht, daß er möglichst von dort wieder verschwindet? Ist das nicht vielleicht dieselbe Haltung, wie der bürgerliche Spruch: Die Arbeit ist für die Dummen?

Was tun – Hier und Heute?

Es ist zu Recht kritisiert worden, daß wir in AK 81 zu wenig darauf eingegangen sind, was man Vergesellschaftung der Hausarbeit nennt, und daß wir zu wenig konkrete Schritte propagieren, die hier und heute und in jedem Haushalt stattfinden können. Wir zitieren dazu aus einem Leserbrief:

„Was kann man hier und heute schon tun und worauf kann man hinwirken?

– Daß sich die Männer genauso an der Hausarbeit beteiligen und ihre Einstellung: 'Das ist Frauenarbeit', 'das kann ich nicht' usw. ablegen. Wenn Männer genauso auf Kinder aufpassen, putzen oder kochen lernen, dann ist das doch der erste Schritt für die gesellschaftliche Anerkennung der Hausarbeit, für eine Entlastung der Frau, und ein Schritt, der das Verhältnis und die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau in der Familie verändert.

– Daß man die Kinder, Jungen wie Mädchen, versucht, so selbstständig zu erziehen, damit sie sich selbst helfen können und sich an der Hausarbeit beteiligen, anstatt alles für sie zu machen und dadurch sie so unselbstständig und bequem zu halten, daß man keine freie Minute mehr bei ihnen hat.

– Daß man die verbreiteten Vorstellungen von einer perfekten Superhaushaltsführung über Bord wirft und die Arbeiten auf das notwendige Maß beschränkt;

– daß man sich über die Familie hinaus für die Schaffung und Ausweitung öffentlicher Kindergärten (wie es sie schon in Krankenhäusern und etlichen Frauenbetrieben gibt) einsetzt. Wie viele Initiativen gibt es doch, selbstverwaltete Kindergärten zu organisieren oder sich im Nachbars- oder Bekanntenkreis die Kinderbetreuung aufzuteilen. Gerade die Kindererziehung und -betreuung auf andere Füße zu stellen, anstatt sie allein auf der Frau sitzen zu lassen, schafft die Voraussetzung, daß die Frauen arbeiten gehen können, ohne die Sorge, was mit den Kindern passiert".

Wir sehen die kleinen Schritte der Veränderung innerhalb des Hauses allerdings in Ergänzung eines organisierten Kampfes der Hausfrauen. Dialektisch, wie es nun mal überall zugeht, hat das eine auf das andere seine Auswirkungen und umgekehrt. Erst dadurch, daß in der Familie die Arbeit aufgeteilt wird, hat die Frau Zeit und Ruhe, sich anderen Dingen zu widmen, aber die Selbstsicherheit, die sie aus einer erfolgreichen Aktion und den Diskussionen mit anderen Frauen zieht, unterstützt sie wiederum bei den Auseinandersetzungen mit ihrem Mann.

Wir verstehen Beteiligung am Klassenkampf nicht stur als „rein in die Produktion – nur da funktioniert's", sondern wir meinen, daß die Erfahrungen, die Millionen von Hausfrauen im kapitalistischen Staat machen, genügend Ansätze bieten, um sie für den antikapitalistischen Kampf zu gewinnen.

So wurden z.B. im Dezember 1920 auf dem Parteitag der KPD folgende Richtlinien für die Frauenagitation ausgegeben:

„Bei der Propaganda und Wahl der Betriebs- und politischen Arbeitsräte ist dafür zu sorgen, daß nicht nur die Arbeiterinnen in den Betrieben mit dem Rätegedanken vertraut gemacht und zur Tätigkeit in den Räten herangezogen werden, sondern es müssen auch die nichterwerbstätigen Hausfrauen für das Rätesystem in der Idee und durch die Tat gewonnen werden, sei es durch Abordnung oder Zuwachs aus Hausfrauenversammlungen eines Ortes oder proletarischer Stadtbezirke, sei es durch Abordnungen aus Konsumvereinigungen, Elternbeiräten, Mietervereinigungen".

„Infolge der weitgehenden Zurückgezogenheit der Frau vom öffentlichen Leben und ihres Aufgehens in den persönlichen Interessen des Haushalts und der Familie, muß die Agitation an die Interessen anknüpfen und, von ihnen ausgehend, den Gesichtskreis der Frauen für den Zusammenhang ihres Einzelschicksals mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erweitern. Insbesondere die Fragen der Lebensmittelnot, Arbeitslosigkeit, Mutter- und Kinderschutz, Arbeiterinnenschutz, Prostitution, Schule und Kirche müssen für die proletarischen Frauen eingehend vom Klassenstandpunkt beleuchtet werden."

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Erfolgreicher Kampf lesbischer Frauen gegen Informationsverbot

Im Oktober 1976 gewann die „Homosexuelle Frauengruppe Münster" (HFM) einen Prozeß gegen die Stadt Münster, die der HFM ein Jahr zuvor die Genehmigung für einen Informationsstand verweigert hatte.

Die HFM gründete sich im November 1973 und hat sich das Ziel gesetzt, *„isolierten lesbischen Frauen eine Möglichkeit zur Kommunikation mit anderen Frauen zu geben, und Alternative zum Ghetto der Subkultur zu sein".* Um ihrer Diskriminierung entgegenzutreten, betrachtet die HFM es als eine ihrer Hauptaufgaben, *„der Öffentlichkeit endlich einmal Informationen von unserer Seite zu geben und gegen die geile Berichterstattung in der 'seriösen' und der Boulevardpresse Stellung zu beziehen".*

Aus diesem Grund beantragte sie im Juli 1975 die Genehmigung für einen Informationsstand in der Münsteraner Innenstadt. Diese Genehmigung wurde jedoch nicht erteilt, die Stadt könne derartige (?!) Informationen auf stadteigenen Plätzen nicht zulassen. In der Ablehnung wurde dies folgendermaßen begründet:

„...Es wird nicht bestritten, daß nach wissenschaftlichen Erkenntnissen davon ausgegangen werden kann, daß ein gewisser, wenn auch geringer Prozentsatz aller Frauen lesbisch veranlagt ist und daß diese wissenschaftliche Erkenntnis auch auf die Großstadt Münster zutrifft. Der Gruppe der Homosexuellen Frauen Münsters wird auch ein Informationsbedürfnis nicht abgesprochen ... Im vorliegenden Fall steht jedoch dem Gebot der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs das Informationsinteresse einer zahlenmäßig äußerst geringen Bevölkerungsgruppe gegenüber, deren Ansichten und Ziele unseres Erachtens allgemeines Interesse in der Bevölkerung weder finden noch verdienen ..."!

Aufgrund ihrer Rechtsunsicherheit beschränkten sich die Frauen auf eine Flugblattaktion und „Sandwiches" mit Informationen. Gegen den Ablehnungsbescheid erhoben sie Einspruch beim Verwaltungsgericht. Der Prozeß fand im August 1976 statt. Es waren soviele Frauen als Zuhörerinnen erschienen, daß ein Teil von ihnen keinen Platz im Gerichtssaal fand. Anwesend waren ebenfalls mehrere Journalisten von Presse und Rundfunk.

Nach einer zweistündigen Verhandlung wurde vom Gericht bestätigt, daß die Stadt Münster gegen ihre eigenen Richtlinien verstoßen und den Gleichbehandlungsartikel des Grundgesetzes verletzt hatte.

Ein Beispiel dafür, daß man manchmal selbst im bürgerlichen Staat 'Recht' zugesprochen bekommt, wenn man sich gemeinsam gegen Unrecht wehrt.

Gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit!
Schluß mit der Diskriminierung der Homosexualität!

(alle Informationen aus: „protokolle" no. 11/12, informationsdienst für frauen)

Eine lesbische Genossin der
BO Barmbek
KB/Gruppe Hamburg

Bürgerkrieg in China?

Fortsetzung von Seite 1

Provinz Yünnan

„Unsere Provinz ist eine von denen, die am schlimmsten unter der Einmischung und Sabotage der Viererbande gelitten haben" (Anm. 1). *„An vielen Stellen der Provinz brach innerhalb sehr kurzer Zeit eine Welle aus von Stürmen auf Parteibüros, Einkreisung und Kampf gegen Kader und Aufdeckung von 'Agenten'* (gemeint ist: Deng Hsiao-ping's – Anm. AK). *Viele leitende Kader unserer Partei wurden gezwungen zuzugeben, daß sie auf dem kapitalistischen Weg seien. Die Organe an manchen Stellen und bei manchen Einheiten wurden gestürmt und besetzt. Ihre Parteikomitees existierten nur noch dem Namen nach"* (Anm. 2). Es handelt sich dabei offensichtlich um Versuche, die Kampagne gegen Deng auf dessen Anhänger im Partei- und Staatsapparat auszudehnen, teilweise auch mit militanten Aktionen, sowie mit Selbstkritiken der Betroffenen.

Provinz Kiangsi

Die „Linken":
- *beschirmten und schützten aktive Konterrevolutionäre, die den Vorsitzenden Hua und das ZK angriffen";*
- schlichen sich ins Provinz-Parteikomitee ein, *„um dort im großen Stil Fraktionsarbeit zu leisten";*
- brachten vertrauliche Parteidokumente und Staatsdokumente sowie Berichte des Ständigen Ausschusses des Provinzparteikomitees der Öffentlichkeit zur Kenntnis;
- *„zwangen eine Anzahl Fabriken und Betriebe, über einen längeren Zeitraum hin die Produktion einzustellen";*
- betrieben *„Schlagen, Zerstören, Plündern"* (ein ständiger Begriff) und *„unterminierten die öffentliche Sicherheit";*
- *„griffen die leitenden Genossen Tag und Nacht an", „entführten"* einige (d.h. wohl in der Regel: schleppten sie aus ihrem Büro, um auf Massenversammlungen Selbstkritik abzulegen), *„so daß eine Anzahl von Parteikomitees nicht länger normal arbeiten konnte"* (Anm. 3).

Provinz Schansi

Provinz Schansi

„Vor allem im Juli, August und September dieses Jahres stand die Partei vor großen Schwierigkeiten. Die Viererbande verleumdete die wichtigsten leitenden Genossen des Provinz-Parteikomitees als 'alte Kapitalisten'... Planmäßig verursachten sie den Zwischenfall vom 23. August mit Schlagen, Zerstören und Plündern, wobei die wichtigsten leitenden Genossen des Provinz-Parteikomitees geschlagen und entführt wurden" (Anm. 4). Die Unruhen seien dann durch eine telefonische Anweisung Hua's beendet worden, wonach den „Linken" *„ernste Schläge erteilt"* wurden und *„die Lage in Schansi normalisiert wurde"* (Anm. 5). Die „Linken" hätten außerdem *„Parteiorganisationen auf allen Ebenen angegriffen"* und *„Arbeitsniederlegungen verursacht"* (Anm. 5).

Provinz Honan

„Sie streckten ihre schwarzen Hände nach allen Teilen Honans aus... Sie unterstützten sogar eine Handvoll Leute dabei, Sitzstreik-Demonstrationen durchzuführen, stürmten Organe der Diktatur des Proletariats und zwangen sie, Konterrevolutionäre freizulassen...

Die verantwortlichen Genossen des Provinzparteikomitees und verschiedener Bezirks- und Stadt-Parteikomitees wurden jedesmal, wenn sie eine Kundgebung abhielten, massiv tätlich angegriffen. Sie wurden kritisiert, wann immer sie sprachen, und sie wurden eingekreist und angegriffen, wann immer sie in der Öffentlichkeit erschienen. Sie waren nicht in der Lage, Kundgebungen abzuhalten oder in ihren Büros zu arbeiten ... Die meisten der Bezirks- und Stadt-Parteikomitees in der Provinz waren zur Hälfte oder Vollständig lahmgelegt. Einige der Kreisparteikomitees waren ebenfalls nicht in der Lage, normal zu arbeiten. Die Führung einiger Kreis-Parteikomitees wurde zeitweise illegal erobert. An mehreren Plätzen gab es Zwischenfälle mit Schlagen, Zerstören und Plündern ... Durch die Einmischung und Sabotage der Viererbande stellten eine Anzahl Fabriken Arbeit und Produktion ein" (Anm. 6). *„In einem Landkreis wurden von 14 Kommune-Parteikomitee-Sekretären 13 als 'auf dem kapitalistischen Weg' gebrandmarkt"* (Anm. 7). *„Sie stachelten überall Soldaten auf, gegen die leitenden Organe zu rebellieren, schürten bürgerlichen Fraktionismus und sabotierten die Stabilität und Einheit der Armee ..."* (Anm. 8).

Provinz Hupei

In dieser Provinz scheint, nach den bisher vorliegenden Berichten, der Einfluß der „Linken" zeitweise am größten gewesen zu sein. Die „Linken" hätten *„ihre Klauen in jeden Bezirk und jeden Kreis gestreckt", „spürten 'Agenten'* (von Deng Hsiao-ping – Anm. AK) *auf allen Ebenen auf und griffen sich überall 'Leute auf dem kapitalistischen Weg'"* (Anm. 9). Sie *„hetzten eine kleine Zahl von Leuten auf, Sitzstreik-Demonstrationen abzuhalten, die Organe der Diktatur des Proletariats und militärische Organe zu stürmen, den Verkehr zu stoppen und die öffentliche Ordnung zu sabotieren"* (Anm. 10). Gestürmt bzw. besetzt wurden außerdem auch das Provinz-Parteikomitee, weitere Parteikomitees auf unteren Ebenen; Einrichtungen in Industrie, Landwirtschaft, Handel, Fernmeldewesen und Transport wurden besetzt (Anm. 11). *„Sie hetzten einige Leute auf und verführten sie, die Organe der Diktatur des Proletariats zu stürmen und die Urteile gegen böse Geister und Ungeheuer aufzuheben"* (Anm. 12) – d.h., es wurden politische Gefangene befreit!

Aus den Meldungen geht außerdem hervor, daß die „Linken in Hupei starke Positionen in der Gewerkschaftsbewegung hatten und sogar den Versuch unternahmen, eine e i g e n e, von den Gewerkschaften geführte Miliz aufzubauen (die Miliz untersteht normalerweise der Armee-Führung, die ein wesentlicher Pfeiler der Rechten ist). Sie sollen außerdem verlangt haben, daß die Armee-Garnison (der Provinzhauptstadt Wuhan) die Verfügungsgewalt über die Waffen und Munitionsvorräte der Miliz an sie übertragen sollte (Anm. 13). Weiter geht aus den Berichten hervor, daß der Einfluß der „Linken" unter den Jugendlichen besonders stark war: *„Ihr Gift wurde überall in der Provinz versprüht und sie hatten einen äußerst schlechten Einfluß unter den Jugendlichen der Provinz"* (Anm. 14).

Die „Linken" hatten sogar ein e i g e n e s, paralleles Provinz-Revolutionskomitee (die Revolutionskomitees sind die offiziellen Regierungsorgane) gebildet, mit besonderen Abteilungen u.a. für Verteidigung (!), Finanzwesen und Propaganda. Auch die zentrale Gewerkschaftsführung der Provinz wurde von ihnen neu gebildet. Auf unteren Ebenen wurden teilweise Partei-Büros besetzt und „die Macht zeitweise erobert". Die „Linken" riefen auch die bereits im Verlauf der Kulturrevolution wieder liquidierten Revolutionskomitees auf der Ebene von Abteilungen, Büros und Werkstätten neu ins Leben (Anm. 15). – Transportmittel und Rundfunk-Einrichtungen seien von den „Linken" weggenommen worden. Umzüge zur Verherrlichung von Hua Guo-feng seien von den „Linken" gestört worden (Anm. 16).

Weitere Provinzen

In der Provinz **Hopei** gab es längere heftige Kämpfe in der Stadt Paoting, nahe bei Peking. Die „Linken" hätten in Paoting ein „Chaos" geschaffen, bewaffnete Kämpfe geschürt, die Macht des Bezirksparteikomitees an sich gerissen und die Sicherheit der Hauptstadt Peking bedroht. Die Unruhen wurden erst n a c h dem Putsch der Hua-Gruppe mit *„fester und kraftvoller Entschlossenheit"* unter Kontrollegebracht, was *„rasch wichtige Veränderungen im Bezirk Paoting gebracht"* habe. Gegenwärtig (Mitte Dezember) sei die Lage in der Provinz Hopei *„ausgezeichnet"* (Anm. 17).

Aus der Provinz **Heilungkiang** wird berichtet: *„Die finsteren Hände der Viererbande erreichten auch unsere Provinz... Eine Handvoll Leute drangen in arroganter und dreister Weise in das Büro des Provinz-Parteikomitees ein, um angeblich die Unterschlagung von Kommentaren führender Mitglieder der Parteizentrale* (das Politbüro des ZK – Anm. AK) *zu untersuchen"* (Anm. 18). Das heißt, dem Provinz-Parteikomitee wurde von den „Linken" vorgeworfen, Weisungen und Stellungnahmen der Parteiführung nicht weitergegeben zu haben, was durch eine Durchsuchung des Büros geklärt werden sollte. *„Sie brachten sogar reaktio-*

Fortsetzung auf Seite 40



Forts. von S. 39

näre Parolen vor dem Provinz-Parteikomitee an. Sie unterbrachen die Arbeit des Provinz-Parteikomitees und von Partei-Komitees auf allen Ebenen" (Anm. 18). In der Provinz **Fukien** sollen die „Linken" die Massen und Kader (!) aufgehetzt haben, gegeneinander zu kämpfen, bewaffnete Kämpfe geschürt haben und ‚Schlagen, Zerstören und Plündern' betrieben haben. *„Sie spalteten das Provinzparteikomitee auf allen Ebenen"* und *„sabotierten die Diktatur des Proletariats"* (Anm. 19).

In der Provinz **Schantung** wird den „Linken" ein *„ernster Zwischenfall"* in der Stadt Tsingtao im Juli 1976 angelastet. *„Sie kamen voll heraus mit Schlagen, Zerstören und Plündern, und stahlen eine große Menge Archivmaterial und Geheimdokumente... Am 4. Juli dieses Jahres organisierten, planten und initiierten sie einen ernsten Zwischenfall mit Schlagen, Zerstören und Plündern, wobei das Partei-Komitee und das Revolutionskomitee der Stadt angegriffen und VBA-Soldaten verprügelt wurden."* Es sei dann beschlossen worden, „verschiedene Rädelsführer" zu verhaften und zu „verhören", jedoch seien diese nach Schanghai und Peking unter den Schutz der „Vierer-Bande" geflohen und konnten erst nach deren Ausschaltung in Haft genommen werden (Anm. 20).

Aus der Provinz **Tschekiang** werden vor allem Zwischenfälle aus der Stadt Hangtschau berichtet. Auch aus anderen Teilen der Provinz heißt es: *„Gewaltsame Kämpfe brachen einer nach dem anderen aus... Die Parteikomitees in vielen Orten und Einheiten konnten nicht normal funktionieren"* (Anm. 21).

Aus der Provinz **Kweitschau** wird berichtet: *„In jenen schwarzen Tagen betrieben die schwarzen Hände, die die Viererbande in unsere Provinz ausgestreckt hatte, sowie die wenigen üblen Personen, die sich mit Schlagen, Zerstören und Plündern befaßten, im großen Stil konterrevolutionäre Aktivitäten... Sie ... stürmten Parteiorganisationen, belagerten und attackierten Kader, sie verlangten, die Partei sollte Beamte ausliefern und alle schlechten Menschen* (politische Gefangene – Anm. AK) *entlassen. In einigen Einheiten ergriffen sie die Macht... Sie verletzten revolutionäre Kader, unterbrachen die Kommunikationslinien, besetzten die Eisenbahnen, sabotierten Recht und Ordnung..."* (Anm. 21 b).

Insgesamt zeigt sich folgendes Bild: Nach dem Sturz Deng Hsiao-ping's (April 1976) versuchten die Rechten die Kampagne „gegen Deng und den Wind von rechts" nur formal zu führen, ohne auch nur einen einzigen Anhänger Deng's wirklich anzugreifen. Behauptet wird heute, diese strategische Linie sei von Hua Guofeng ausgearbeitet und von Mao selbst gebilligt worden.

Die „Linken" hingegen versuchten, eine Art zweite Kulturrevolution zu starten und „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" auf verschiedenen Ebenen des Partei- und Staatsapparts zu kritisieren bzw. zu „stürzen". Sie bedienten sich dabei der aus der Großen Proletarischen Kulturrevolution (1966 – 1968) bekannten Kampfformen wie Wandzeitungen mit Großen Buchstaben, Sitzstreiks und Besetzungen in Parteibüros und Staatseinrichtungen, Bekanntmachung sogenannter „Geheimdokumente" (in wessen Interesse „geheim"?!) an die breiten Volksmassen, handfeste „Untersuchungen" über die Arbeitsweise und die Aktenschränke gewisser „Machthaber", „Einkreisung" rechter Funktionäre etc. Einige Parolen, die heute in der offiziellen Polemik den „Linken" zugeschrieben werden, sind für die Qualität der Kämpfe, das direkte Anknüpfen an die Kulturrevolution und den praktischen Bruch mit den routinemäßigen Pflichtkampagnen („Kritisiert Konfuzius" etc.) möglicherweise typisch:

– Aufruf zu politischen Streiks mit den Parolen *„Eine Fabrik ins Chaos stürzen, das bedeutet, dem Sekretär des Provinz-Parteikomitees einen Strick um den Hals zu legen"* (Anm. 22), „Produziert nicht für die falsche Linie!" (Anm. 23), *„Wenn alle Maschinen still stehen, ist es mit diesen Burschen* (den Rechten – Anm. AK) *vorbei"*, *„Eine Tonne Kohle weniger zu produzieren, das bedeutet eine Kanonenkugel mehr gegen Imperialismus, Revisionismus und Reaktion"* (Anm. 24).

– Aufruf zur Befreiung politischer Gefangener (teilweise aus dem Abbruch der Kulturrevolution, teilweise verfolgte Anhänger Lin Biao's oder linke 'Rebellen') unter Parolen wie *„Diejenigen, die im Gefängnis sind, sind unsere Klassenbrüder. Wir müssen die zurückgedrehte Geschichte wieder umdrehen und alle kapitalistischen Machthaber einsperren"* (Anm. 25).

– Aufruf zum Neuaufbau der Kommunistischen Partei!! **„Wir wollen nicht in der toten Partei arbeiten. Jetzt müssen wir eine lebende Partei organisieren!"** (Anm. 26).

– Vorbereitung auf einen Volkskrieg gegen die „kapitalistischen Machthaber": **„Die Vierer-Bande schrie sogar, sie wolle 'einen Guerilla-Krieg in den Bergen führen' "** (Anm. 27).

Derartige den „Linken" zugeschriebene Parolen sind zweifellos sensationell. Man muß bedenken, daß zumindest die „Vierer-Bande" im engeren Sinn, d.h. die vier „linken" Politbüro-Mitglieder, in den Jahren seit dem Abbruch der Kulturrevolution sich nach außen weitestgehend an die herrschende Strömung angepaßt hatten. Ihre intellektualistischen Versuche, mit versteckten Anspielungen und ähnlichen Raffinessen (beispielsweise während der Konfuzius-Kampagne) gegen die Rechten zu schießen, wurde sicher von den „Eingeweihten" verstanden, aber nicht von den breiten Volksmassen. Der Gedanke liegt nahe, daß jetzt viele Massenaktivitäten und revolutionären Parolen, die als „Verbrechen der Vierer-Bande" tituliert werden, in Wahrheit kaum etwas mit der gezähmten Politbüro-„Linken" zu tun hatten – und daß allerdings die „Linken" in der Parteispitze bereit waren, ähnlich wie in der Großen Proletarischen Kulturrevolution ein zeitweises Bündnis mit den revolutionären Kräften aus den Massen einzugehen.

Wo es Unterdrückung gibt, da gibt es auch Widerstand

Die Taktik der Rechten ebenso wie der „Linken" ist in der jetzigen Phase durch Zurückhaltung gekennzeichnet:

– Die Hua-Gruppe verfolgt in der ersten Phase ihres konterrevolutionären strategischen Plans das Konzept, **„das Feuer auf die Vierer-Bande zu konzentrieren"**. Den A n h ä n g e r n der „Vierer-Bande" – selbst den wesentlichen Repräsentanten – wird Vergebung in Aussicht gestellt, wenn sie „ihre Schuld bekennen" und vor allem aktiv zur Aufklärung der Verbrechen der „Vierer-Bande" beitragen. Die Hua-Gruppe will zunächst so weit wie möglich das – teilweise konspirative – Verbindungsnetz der „Linken" und sämtliche persönlichen Zusammenhänge aufspüren. Dazu sollen die „Linken" selbst als Denunzianten geködert werden: *„Wir müssen jedes Detail ihrer Verbrechen ausforschen"* (Anm. 28). *„Milde denen, die Geständnisse ablegen; Strenge denen, die sich wehren! Diejenigen, die sich vorsätzlich weigern, Geständnisse abzulegen, müssen hart nach dem Gesetz bestraft werden. Wohin immer die Viererbande ihre Fangarme ausgestreckt hatte, müssen wir sie aufspüren"* (Anm. 29). *„Jeder, der unredliche Beziehungen zu ihnen hatte, muß das ohne Vorbehalt offenlegen"* (Anm. 30).

Kaum ein Zweifel, daß dieses riesige Polizei-Unternehmen nicht etwa eine „nationale Versöhnung" vorbereiten soll, sondern eine blutige Repression gegen die „Linken" im weiteren Sinne.

– Auf der anderen Seite scheinen sich die „Linken", obwohl sie dazu zumindest örtlich in der Lage gewesen wären, bisher im Wesentlichen nicht auf bewaffnete Verzweiflungsakte gegen den Rechtsputsch eingelassen zu haben, sondern sind bestrebt, die Kräfte neu zu sammeln und zu organisieren und ihr Verbindungsnetz zu schützen. Allerdings scheint es auch so, daß sich zumindest die wesentlichen Vertreter der „Linken" auch zwei Monate nach dem Putsch nicht darauf eingelassen zu haben, sich der Polizei-Kampagne der Rechten zur Verfügung zu stellen und „Geständnisse" abzulegen. Die relative Erfolglosigkeit und Frustration der Rechten in diesem Punkt spricht aus den immer ungeduldigeren Ermahnungen, die „Linken" müßten endlich „Geständnisse ablegen", es sei nicht mehr viel Zeit zu verlieren, sie würden sonst „ein schlechtes Ende nehmen" u.ä. Teilweise wird auch bereits offen über Widerstand und Reorganisierungsversuche der „Linken" berichtet:

– *„Als die guten Nachrichten über die Zerschlagung der Viererbande eintrafen, ... da waren jene wenigen Personen in Hupei sehr bekümmert und verstört und benahmen sich, als wären ihre Eltern gestorben. Sie verkrochen sich in eine dunkle Ecke, diskutierten insgeheim die Strategie, die sie anwenden wollten, und setzten einen harten Widerstand auf"* (Anm. 31). **„Wenn ihr weiter fortfahrt, sturen Widerstand zu leisten, werdet ihr ein schlechtes Ende nehmen"** (auch in Hupei – Anm. 32). *„Die getreuen Gefolgsleute der Viererbande in Yünnan und jene wenigen Leute, die sehr schwer vergiftet waren und ihnen dabei folgten, üble Dinge zu tun, warten sogar jetzt noch ab, von wo der Wind weht. Sie wollen den dringenden Verpflichtungen entgehen und in der Verwirrung durchschlüpfen. Sie stellen sogar Verbindungen her, studieren Gegen-Strategien, setzen Gerüchte in Umlauf, schüren Fraktionen und verändern die Hauptorientierung des Kampfes... Daher müssen wir die notwendigen Maßnahmen gegen die getreuen Gefolgsleute der Viererbande und jene wenigen Leute ergreifen, die sehr schwer vergiftet waren und eng der Viererbande dabei folgten, üble Dinge zu tun. Wir müssen ihnen befehlen (!), ihre Probleme zu gestehen und schnellstens aufzuwachen, damit Partei und Volk milde mit ihnen handeln können. Wenn sie weiter ihr Geschick an den Karren der Viererbande hängen und sich weiter stur verhalten oder sogar die Bewegung sabotieren, wie ein verzweifelter Hund, der über die Mauer springen will, dann werden sie vom Volk ausgeschieden werden"* (Anm. 33). *„Nachdem die Viererbande ausgeschaltet worden war, grämten sich die schwarzen Hände, die sie nach Schansi gestreckt hatten, ihretwegen; sie fabrizierten Gerüchte und beschrieben den Kampf auf Leben und Tod zwischen uns und der Viererbande als „Fraktionskampf" und „Die Speerspitze nach unten richten". Das war ein vergeblicher Versuch, Verwirrung zu stiften"* (Anm. 34).

Auch beachtliche Beispiele von individuellem Widerstand gegen die Hetzkampagne der Hua-Gruppe werden angegriffen. So heißt es z.B. von einem führenden „Agenten der Viererbande" in der Provinz Liaonung: *„Selbst nach dem Zusammenbruch der Viererbande heulte dieser heimatlose Hund immer noch, daß die Viererbande 'vier Persönlichkeiten und Helden der Kulturrevolution' seien, die vom Vorsitzenden Mao erzogen wurden und denen er vertraute"* (Anm. 35).

Der „Vierer-Bande" ist der Vorwurf gemacht worden, sie habe gegen den 1974 gedrehten Film „Pioniere" '10 Kritikpunkte' erhoben und die Aufführung des Films verhindern wollen. Mao habe dann diese '10 Kritikpunkte' für „spitzfindig" erklärt und die Aufführung des Films freigegeben. Diese offizielle Version der Hua-Gruppe ist inzwischen schon auf Widerspruch gestoßen: *„Jener getreue Gefolgsmann der Viererbande in Yünnan ... schrie, daß die 10 Kritikpunkte n i c h t von Djang Tjing vorgebracht worden seien, daß der Film ‚Pioniere', von der Organisierung bis zur Auswahl des Materials, von Djiang Tjing arrangiert worden sei, und daß es jetzt Leute gebe, die Djiang Tjing mit Hilfe von ‚Pioniere' angreifen wollten. Er tat sein Äußerstes, um seine Sorge für Djiang Tjing auszudrücken und sie von Schuld freizusprechen..."* (Anm. 36).

Aus allen Provinzen kommen im übrigen inzwischen mehr oder weniger massive Aufrufe, die Verbreiter von „reaktionären" Wandzeitungen, illegalen Flugblättern und „Gerüchten" aufzuspüren und ihnen „schwere Schläge zu versetzen". Unter „reaktionäres Gerücht" ist dabei offenbar jede mündlich verbreitete Stimme für die „Linken", gegen die Hua-Gruppe, oder auch nur gegen einzelne ihrer Maßnahmen zu verstehen. Da die Hua-Gruppe in ihrer Polemik ganz offensichtlich mit handfesten Lügen arbeitet (z.B. über die Rolle der „Viererbande" in der Großen Proletarischen Kulturrevolution, über ihr Verhältnis zu Mao Tse-tung u.a.m.) ist sie besonders genötigt, jeden Widerspruch massiv














„Bürgerkrieg" in Szetschuan

Zusätzlich zu den im Artikel erwähnten Auseinandersetzungen v o r dem Putsch der Hua-Gruppe sind auch folgende Vorfälle in der Provinz Szetschuan zu erwähnen, deren Zeitpunkt nicht näher angegeben ist, aber die sich mit Sicherheit in der Zeit v o r dem Putsch abgespielt haben sollen: Im Distrikt Ipin (neun Millionen Einwohner) der Provinz Szetschuan habe die „Linke" *„allgemeinen Bürgerkrieg provoziert, mit dem Ergebnis, daß sich der bewaffnete Kampf im Distrikt Ipin lange Zeit hinzog und große Ausmaße annahm, und daß es ernste Verluste an Leben und Besitz des Volkes gab". „Sie stürmten willkürlich verschiedene Parteikonferenzen und nahmen gewaltsam an Parteikonferenzen teil. Sie erteilten auf Parteikonferenzen Befehle und bedrohten die Parteikomitees, sie müßten Beschlüsse fassen, Anweisungen herausgeben und Dokumente verteilen, so wie sie es wollten, so daß Parteikomitees auf allen Ebenen nicht normal arbeiten konnten ... Während der Tage tiefer Trauer um den großen Führer und Lehrer, Vorsitzenden Mao, verursachten sie planmäßig und organisiert Zwischenfälle, stürmten Leichenhallen, und schlugen und beleidigten Milizionäre im Dienst, was ernste Konsequenzen hatte ..."* (lt. Provinzsender Schengtu (Szetschuan), 23.12.76 – nach SWB).

zu unterdrücken, bzw. von vornherein einzuschüchtern.

Anzumerken ist dazu, daß eigentlich die chinesische Verfassung von 1975 das R e c h t auf freie Meinungsäußerung garantiert: *„Artikel 13. Freie Äußerung von Ansichten, offene Aussprachen, große Debatten und Dazibaos* (Wandzeitungen – Anm. AK) *sind eine neue Form, geschaffen von den Volksmassen für die Durchführung der sozialistischen Revolution. Der Staat garantiert den Volksmassen das Recht, diese Form anzuwenden..."* (Anm. 37). Hierzu ist auch interessant, was der Genosse Wang Hung-wen, einer der ausgeschalteten vier „linken" Politbüro-Mitglieder, in seiner Rede auf dem X. Parteitag der KP Chinas (August 1973) sagte: **„Unser Staat ist ein sozialistischer Staat der Diktatur des Proletariats. Die Arbeiterklasse, die armen Bauern und unteren Mittelbauern und die breiten Massen der anderen Werktätigen sind Herren des Staates. Sie sind berechtigt, eine revolutionäre Kontrolle über die Funktionäre unserer Partei und unseres Staates auf allen Ebenen auszuüben. Diese Erkenntnis wurde dank der Großen Proletarischen Kulturrevolution in der ganzen Partei gestärkt. Aber gegenwärtig gibt es noch eine kleine Zahl von Kadern, insbesondere manche leitende Funktionäre, die die Meinungen der Massen innerhalb und außerhalb der Partei nicht dulden, die sogar die Kritik ersticken und Repressalien ergreifen; in vereinzelten Fällen ist das sogar ziemlich schlimm. Die Parteidisziplin läßt auf keinen Fall zu, Probleme unter dem Volk in einer solchen falschen Art zu behandeln wie 'Wenn man jemanden nicht überzeugen kann, so setzt man ihn unter Druck; wenn er trotzdem nicht nachgibt, so sperrt man ihn kurzerhand ein'. Im Abänderungsentwurf (des Parteistatuts – Anm. AK) wurde dem Teil der einzelnen Artikel der Satz hinzugefügt: 'Es ist absolut unzulässig, Kritik zu ersticken und Repressalien zu ergreifen'. Diese Frage müssen wir von der hohen Warte des Kampfes zwischen den zwei Linien aus betrachten und alle solchen Verstöße gegen die Parteidisziplin entschieden bekämpfen. Man muß auf die Massen vertrauen, sich auf sie stützen, stets von den vier 'Waffen' – freie Meinungsäußerung, freimütige Aussprache, Dazibao und große Debatte – Gebrauch machen..."** (Anm. 38).

Davon kann gegenwärtig überhaupt keine Rede sein. Die Anhänger der „Linken" werden überhaupt nur vor die Wahl gestellt, „ihre Fehler zu gestehen" und mit der Hua-Gruppe zu kollaborieren, oder aber „ein schlimmes Ende zu nehmen" und „streng nach dem Gesetz bestraft zu werden". Eine offene Auseinandersetzung über die politische Linie der „Vierer-Bande" findet nicht statt – zumal die offizielle Polemik so gut wie überhaupt nicht auf deren Linie eingeht, sondern im wesentlichen – zumindest derzeit – aus unglaublichen Klatsch-Geschichten über das „süße Leben" der Vier und aus Schilderungen von angeblichen oder tatsächlichen Aktionen der „Linken" besteht. Im übrigen wird den breiten Massen anstelle des Prinzips von Mao, „den eigenen Kopf zu gebrauchen" und blinden Gehorsam zu bekämpfen, jetzt immer wieder das oberste Prinzip des Hua-Regimes gepredigt: **„Was immer die Zentrale anordnet, werden wir tun. Was immer die Zentrale verbietet, davon lassen wir die Finger"** (Anm 39).

„Ruhe und Ordnung"

In der Polemik gegen die „Viererbande" spielen bei den Vorwürfen Begriffe wie „Chaos", „Anarchie", „Verwirrung" und „Unruhe" eine wesentliche Rolle; gegenübergestellt werden Begriffe wie „Ruhe", Ordnung", „Disziplin" und „Gehorsam". Den „Linken" sei es nur darum gegangen, Unruhe zu stiften: *„Da ihre einzige Sorge darin bestand, daß es auf Erden keine Unruhe geben könnte, hetzten sie Leute auf, überall Chaos anzurichten"* (Anm. 40). Den „Linken" sei es gleich gewesen, ob die Massen leben oder sterben, behauptete Hua Guo-feng in seiner Rede auf der 2. Nationalen Konferenz für das Lernen von Datschai (Anm. 41).



Peking, 8. April '76: Demonstration zur Unterstützung des ZKs und seiner Beschlüsse zur „Entmachtung" Teng Hsiao Pings

Diese Propaganda spekuliert auf Stimmungen in der Bevölkerung, die mit „Ruhe-und-Ordnung"-Parolen ansprechbar sind. Vor allem wird auf die Angst vieler Kader vor einer neuen Kulturrevolution gesetzt, und die Große Proletarische Kulturrevolution von 1966 bis '68 wird in den allerschwärzesten Farben gemalt. – Verbreitet wird die Behauptung, die „Linken" hätten 80% der Kader über 45 „stürzen" wollen – was höchstwahrscheinlich eine Lüge ist, aber wohl die beabsichtigte Wirkung nicht völlig verfehlt.

Den breiten Volksmassen soll weisgemacht werden, alle Mißstände und Unvollkommenheiten in der chinesischen Gesellschaft seien das Werk der „Viererbande" gewesen: Produktionsrückgänge, kapitalistische Tendenzen und Polarisierung in der Landwirtschaft, zunehmende Fälle von Kriminalität – und womöglich auch noch die schweren Erdbeben des letzten Jahres ... Nach dem „Sieg über die Viererbande" wird den Volksmassen versprochen: *„Wir müssen auf das Wohlergehen der Massen achten und Schritt für Schritt auf der Grundlage einer gesteigerten Produktion den Lebensstandard des Volkes erhöhen"*, wie Hua auf der 2. Datschai-Konferenz sagte. Schon treffen aus allen Teilen der VR China Meldungen über gewaltige Produktionssteigerungen in den letzten zwei/drei Monaten ein. Es wird „wieder mehr gearbeitet", zweifellos auch länger, und die „Arbeitsmoral" wird kräftig angehoben. Das Streikrecht, im Artikel 28 der chinesischen Verfassung garantiert, wird massiv angegriffen, indem Streiks mit den „Verbrechen der Viererbande" in ständigen engen Zusammenhang gebracht werden und gegen die Steigerung der Produktion ausgespielt werden.

Über den Fortgang der Kampagne gegen die „Vierer-Bande" gab Hua auf der 2. Datschai-Konferenz gleichfalls einige wichtige Hinweise. Diese Kampagne sei **„die zentrale Aufgabe für 1977"**. Die erste Etappe dieser Kampagne habe in der „Entlarvung und Kritik der Verschwörung der Viererbande" bestanden. *„Der nächste Schritt besteht darin, ... das ultrarechte Wesen ihrer konterrevolutionären revisionistischen Linie und die Erscheinungsformen dieser Linie in jedem Aspekt zu entlarven und zu kritisieren, und die Viererbande theoretisch vom Boden der Philosophie, der Politischen Ökonomie und des Wissenschaftlichen Sozialismus aus zurückzuweisen"* (Hua), d.h. die ideologische „Auseinandersetzung" mehr zu betonen. Was das bedeutet, läßt sich ahnen. Die „Viererbande", so behauptet Hua, habe *„Verwirrung im Denken der Menschen"* gestiftet. Da a l l e s negiert wird, was die „Viererbande" j e m a l s politisch-ideologisch produziert hat, handelt es sich um eine geplante Großoffensive gegen wesentliche Bestandteile der chinesischen Innenpolitik seit dem Beginn der Kulturrevolution.

Die Reihen der Partei sollen im neuen Jahr „gesäubert" werden. Hua sprach davon, daß von den „Linken" neue Parteimitglieder unter Verletzung des Parteistatuts aufgenommen worden seien, daß Kader zu schnell oder zu Unrecht befördert wurden, und daß „schlechte Elemente" in die Partei „hineingezogen" und sogar in Leitungsorgane „geschmuggelt" worden seien. „Das Zentralkomitee wird zu einem geeigneten Zeitpunkt des Jahres eine Bewegung zur Konsolidierung und Ausrichtung der Partei starten" (Hua). Mit anderen Worten: Überprüfung aller Mitglieder sowie der Kader, zweifellos zahlreiche Ausschlüsse und Absetzungen, politisch-ideologische „Ausrichtung" im Sinne der Rechten. – Derzeit sind, abgesehen von der Polemik gegen die vier ausgeschalteten „linken" Politbüro-Mitglieder, schon Kampagnen gegen eine Reihe weiterer führender Funktionäre im Gange, die entsprechend der traditionellen chinesischen Vorgehensweise zunächst mit allgemeinsten Umschreibungen angegeben werden („jener Agent der Viererbande in unserer Provinz" o.ä.), in einer späteren Phase mehr und mehr identifiziert werden („Jener Agent der Viererbande, der in unserer Provinz die höchste Macht in Literatur und Kunst innehatte" etc.), bis schließlich zum n a m e n t l i c h e n Angriff. Die Kampagne befindet sich derzeit vielfach schon in der zweiten Etappe (Identifizierung), teilweise werden von den Provinzparteikomitees besondere „Untersuchungen" – zusätzlich zu der zentralen „Untersuchung" gegen die „Vierer-Bande" – geführt. (Geplant ist darüber eine Übersicht im nächsten oder übernächsten AK.)

Es soll also in diesem Jahr zu einer umfangreichen „Säuberung der Reihen unserer Partei" (Hua) kommen und zum Versuch, die „Linke" vollständig zu zerschlagen (bisher ist das kaum geschehen). Leicht wird das kaum fallen, da die „Linke" gut organisiert ist und über hohe Kampferfahrungen verfügt. Die Hua-Gruppe kann sich zwar auf den Polizei- und Armee-Apparat „stützen", aber eine sehr verläßliche Stütze ist das gewiß nicht, da die chinesische Volksbefreiungsarmee etwas anderes ist als eine bürgerliche Armee und derzeit kaum in großem Stil zu konterrevolutionären Zwecken gegen das Volk eingesetzt werden kann. Die Hua-Gruppe muß also Schritt für Schritt vorgehen bei der Durchführung ihres strategischen konterrevolutionären Plans. Was zu erwarten ist, sind – ähnlich wie nach dem Tode Stalins – heftige Auseinandersetzungen innerhalb der jetzigen Führungsgruppe, speziell auch innerhalb des Politbüros, um die Art des Vorgehens, um die Wirtschaftspolitik etc., sowie auch ganz schlicht ein Rangeln der Cliquen um die „Macht". Vielleicht werden die „Linken" Gelegenheit haben, diese Widersprüche auszunutzen ...

Wie Schmierer unfreiwillig die Wahrheit sagte

KBW-Chef Schmierer hat sich in letzter Zeit zum „China-Experten" des KBW hochgearbeitet, d.h. zum Nacherzähler der „Peking Rundschau". In der „KVZ" vom 6. Januar ist es ihm freilich einmal gelungen, unfreiwillig die Wahrheit zu schreiben. Behauptet er doch: „Die bürgerliche Presse jammert herum, in der Volksrepublik China sei die ‚Linke' entmachtet worden. Seit wann jammert die bürgerliche Presse, wenn der Revolution ein Schlag versetzt worden ist? Sie jammert, weil der Konterrevolution ein Schlag versetzt worden ist, und will bloß Verwirrung stiften".

Im Prinzip hat der Schmierer völlig recht. Nur j a m m e r t ja die bürgerliche Presse jetzt überhaupt nicht. Ganz im Gegenteil: Sie kriegt sich gar nicht mehr ein vor Freude über den Sieg der „gemäßigten, nüchternen Pragmatiker" über die „radikalen Ideologen". Und so geben wir die Frage an den Schmierer zurück: Seit wann triumphiert die Bourgeoisie, wenn der Konterrevolution ein Schlag versetzt wurde ?! ...

Anmerkungen

1. „Mit Zorn die Viererbande kritisieren und gründlich von Datschai lernen", Artikel der „Yünnan Ribao", lt. Provinzsender Kunming (Yünnan), 10.12. 76 – nach SWB
2. „Das Ziel beim Aufspüren von ‚Agenten' im großen Stil bestand darin, die Macht in Partei und Staat zu erobern", Prov.Sender Kunming, 9.12.76 – nach SWB
3. „Gründlich mit der Viererbande und der handvoll Leute in unserer Provinz abrechnen ...", „Kiangsi Ribao", lt. Prov.Sender Nanchang (Kiangsi), 29.11. 76 – nach SWB
4. Bericht des Provinzsenders Taiyuan (Schansi), 7.12.76 – nach SWB
5. „Vorsitzender Hua ist der weise Führer, der die von Vorsitzenden Mao hinterlassene Sache fortsetzt", Prov. Sender Taiyuan, 14.12.76 – nach SWB
6. Bericht aus Schengtschau, „hsinhua", 6.12.76 – nach SWB
7. „Kommentar zum parteifeindlichen Film ‚Gegenangriff'", Prov.Sender Schengtschau (Honan), 24.11.76 – nach SWB
8. Bericht des Prov.Senders Schengtschau, 22.11.76 – nach SWB
9. „Deckt die Viererbande tiefgehend auf und kritisiert sie ...", „Hupeh Ribao", lt. Prov.Sender Wuhan (Hupeh), 26.11.76 – nach SWB
10. Bericht des Prov.Senders Wuhan, 13.12.76 – nach SWB
11. Bericht des Prov.Senders Wuhan, 8.12.76 – nach SWB
12. Bericht des Prov.Senders Wuhan, 14.12.76 – nach SWB
13. siehe Anm. 10
14. ebenso
15. Bericht des Prov.Senders Wuhan, 9.12.76
16. ebenso
17. „Dem weisen Führer, Vorsitzendem Hua, zu folgen, heißt siegen", „Hopei Ribao", lt. Prov.Sender von Hopei, 9.12. 76 – nach SWB
18. Bericht des Prov.Senders Harbin (Heilungkiang), 12.12.76 – nach SWB
19. Bericht des Prov.Senders Futschau (Fukien), 14.11.76 – nach SWB
20. Bericht des Prov.Senders Tsinan (Schantung), 2.12.76 – nach SWB
21. Bericht des Prov.Senders Hangtschau (Tschekiang), 25.11.76 – nach SWB

21 b. Bericht des Prov.Senders Kweiyang (Kweitschau), 7.12.76 – nach SWB

22. Bericht von „hsinhua" über den Fortgang der Nationalen Konferenz für das „Lernen von Datschai", 18.12.76 – nach SWB
23. siehe Anm. 15
24.
25. Bericht des Prov.Senders Schangtscha (Hunan), 26.11.76 – nach SWB
26. siehe Anm. 12
27. „Hohle Argumente, bösartige Absichten", Prov.Sender Kunming (Yünnan), 12.12.76 – nach SWB
28. „Den Massen vollen Lauf lassen, einen Volkskrieg führen zur tiefgehenden Aufdeckung und scharfen Kritik der Viererbande", „Honan Ribao", lt. Prov.Sender Schengtschau (Honan), 27.11.76 – nach SWB
29. Bericht des Prov.Senders Hangtschau (Tschekiang), 13.12.76 – nach SWB
30. Bericht des Prov.Senders Schengtu (Szetschuan), 22.11.76 – nach SWB
31. siehe Anm. 10
32. Bericht des Prov.Senders Wuhan (Hupei), 6.12.76 – nach SWB
33. „Für einen Aufschwung bei der Aufdeckung und Kritik an den konterrevolutionären Verbrechen der Viererbande", „Yünnan Ribao", lt. Prov.Sender Kunming (Yünnan), 16.12.76 – nach SWB
34. siehe Anm. 4
35. Bericht des Prov.Senders Schenyang (Liaoning), 25.11.76 – nach SWB
36. siehe Anm. 27
37. Dokumente der 1. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses der VR China, Peking 1975, S. 17/18
38. „Peking Rundschau" Nr. 35-36/ 1973, S. 34
39. Bericht des Prov.Senders Wuhan (Hupei), 8.12.76 – nach SWB
40. „Die Viererbande sind die Hauptschuldigen für die Unterminierung der sozialistischen Modernisierung auf den vier Gebieten", „Hongqui Nr. 12/1976, nach Prov.Sender Nanchang (Kiangsi) – nach SWB
41. nach „hsinhua", 28.12.76 – nach SWB



„Sozialismus in (k)einem Land"?

Mit der Position des KB zu den Klassenkämpfen in der VR China setzte sich die trotzkistische Gruppe „Spartacusbund" in ihrer Zeitung „spartacus" am 20.12.76 auseinander. In diesem Artikel sowie in einem weiteren in derselben Ausgabe („VR China: Ende des Maoismus?") sollen ein paar typische trotzkistische Ladenhüter an den Mann gebracht werden. Bei näherem Hinsehen fällt die Ähnlichkeit mit der revisionistischen „China-Kritik" ins Auge.

Beispielsweise liest man im „spartacus", daß *„die Arbeiter die Schnauze voll hatten vom maoistischen Puritanismus, von der Anbetung der Bauern und des ‚einfachen Landlebens' durch die maoistische Strömung. Dies gilt insbesondere für solche Städte wie Schanghai. Glücklicherweise ist die BRD ein hochindustrialisiertes Land, aber stellt euch vor, Genossen vom KB, ihr wolltet euren Hamburger Arbeitern das ‚einfache Landleben' der Hunsrück-, Eifel- und Schwarzwaldbauern als das Ideal predigen. Sie würden euch schnell vor die Tür setzen. Ähnlich ging es während der Kulturrevolution so manchem Rotgardisten"*. Die Sprache („Anbetung der Bauern", „Ideal predigen") verrät die demagogische Absicht: Der Verfasser hat sich nicht an der Wirklichkeit eines ‚unterentwickelten' Landes wie der VR China orientiert, sondern an den Abgeschmacktheiten der „FAZ" oder „UZ". Als ob es irgendein romantisches „Ideal" wäre, und nicht die Realität Chinas, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung als Bauern ein in der Tat hartes, arbeitsames Leben führt. Aber doch nicht deshalb, weil irgend ein Idiot vielleicht das „einfache Landleben" für so ganz besonders schön hält!! Und mit der chinesischen Arbeiterklasse ist es so: Sie ist zwangsläufig in ihrem „Lebensstandard" gegenüber den Massen der ländlichen Bevölkerung eine privilegierte Minderheit. Dieser Unterschied ist kurzfristig auch nicht aufzuheben. Ihn aber möglichst gering zu halten und seine Aufhebung anzustreben, ist eine Notwendigkeit und ein Ziel bei der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Ist die „Schere" zwischen dem Lebensstandard der Industriearbeiterschaft und den Bauern allzu groß, so fördert dies im übrigen bei den Bauern die ohnehin vorhandene Tendenz zur individuellen Bereicherung auf Kosten der Volkswirtschaft (siehe dazu insbesondere den Artikel „Kampf zweier Linien?" in AK 76), was letztlich übrigens auch wieder Rückwirkungen auf den Lebensstandard der Arbeiter-

besondere den Artikel „Kampf zweier Linien?" in AK 76), was letztlich übrigens auch wieder Rückwirkungen auf den Lebensstandard der Arbeiter-

klasse hätte – beispielsweise Engpässe oder Preissteigerungen bei wichtigen Lebensmitteln. Es geht also in der VR China nicht darum, aus idealistischer Versponnenheit der Arbeiterklasse die Schönheiten des „einfachen Landlebens" vorzugeigen („Zurück zur Natur" etc.), sondern ein allzugroßes Auseinanderklaffen der „Schere" zwischen dem Lebensniveau der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerungsmehrheit und der Minderheit der Industriearbeiterschaft zu verhindern. Daß davon die Arbeiter oder manche von ihnen vielleicht mal „die Schnauze voll haben", mag schon sein – nur sollte man von einem Revolutionär (und das wollen die Trotzkisten doch wohl sein?!) da etwas anderes erwarten als schadenfrohen Jubel und kleinbürgerlichen Schwachsinn („Anbetung des ‚einfachen Landlebens' "etc.).

Es ist kein Wunder, daß der Verfasser des „spartacus" sich voll auf die Seite all jener in der VR China stellt, die sich vom Wirtschaftsprogramm Tschu En Lai's, Deng Hsiaopings und Hua Guo-fengs („Vier Modernisierungen") *„eine Hebung ihres Lebensstandards versprachen"*. Der „spartacus" behauptet denn auch, daß *„der Ansatz der ‚Rechten' zwar richtig, aber verzerrt ist"*. Getan wird dabei so, als wäre den „Linken" der Lebensstandard der Volksmassen gleichgültig gewesen. Die Frage ist aber die, wie man es in einem Land wie der VR China erreichen kann, den Lebensstandard der Volksmassen zu heben – und nicht etwa, ob man das überhaupt tun oder vielleicht lieber lassen sollte (siehe „einfaches Landleben"). Klar dürfte auf den ersten Blick sein, daß ein beabsichtigter qualitativer Sprung bei der Industrialisierung Chinas (als Grundlage jeder Hebung des Lebensstandards) nur durch eine erhebliche zusätzliche Belastung der Werktätigen (Arbeiter wie Bauern) möglich ist. Und die Frage ist, wieweit dabei nicht auch erkämpfte Rechte der Werktätigen, insbesondere der Arbeiterklasse, „im Eifer des Gefechts" mit über Bord gehen. Oder anders gesagt: Wieweit dabei nicht solche Dinge wie überholte „Arbeitsvorschriften", „Fabrik-Regeln", Disziplinierung der Arbeiter, Zurückdrängung der Arbeiter aus der Betriebsführung etc. wieder ihren Einzug halten sollen, zugleich mit einem verschärften „Prämien"-System u.ä.

Auch hier mag es durchaus sein, daß einigen oder vielen Werktätigen der von den Rechten ausgeworfene Köder der „Hebung des Lebensstandards" erst einmal ganz verlockend erscheint. Nur sollte sich ein Revolutionär deswegen nicht gerade frohlockend voll in die Scheiße setzen.

Das beste Stück des „spartacus" aber ist natürlich die Geschichte vom „Sozialismus in einem Land", mit der schon Altmeister Trotzki sein Publikum begeisterte. „spartacus" behauptet: *„Man muß festhalten, daß das stalinistische Dogma vom Sozialismus in einem Lande von keiner der beiden Hauptströmungen der chinesischen KP in Frage gestellt wurde, daß ihre Konzeptionen lediglich unterschiedliche Konkretisierungen dieses Dogmas sind"*.

TSCHÜSS!

Zunächst einmal ist dazu zu sagen, daß es sich schon zu Zeiten Trotzkis dabei nicht um ein „Dogma" handelte, sondern wieder einmal um eine Frage des wirklichen Lebens: Nachdem die erhofften Revolutionen in Westeuropa (vor allem Deutschland) ausgeblieben waren, war es kein „Dogma", sondern reine Notwendigkeit, den Aufbau des Sozialismus in einem Land anzugehen (eben der Sowjetunion), und die sowjetischen Arbeiter und Bauern gerade auf dieses Ziel zu orien-

Sozialismus in einem Land anzugehen (eben der Sowjetunion), und die sowjetischen Arbeiter und Bauern gerade auf dieses Ziel zu orien-

tieren. Das Gezeter Trotzkis (man könne den Sozialismus nicht in einem Land allein aufbauen) wirkte in dieser Situation bestenfalls desorientierend und resignativ, weil er keine konkrete Alternative anzugeben wußte zu dem notwendigen Schritt, den Aufbau des Sozialismus relativ isoliert in der Sowjetunion in Angriff zu nehmen.

Ähnlich steht es mit der VR China. Der Genosse Mao Tse-Tung hat grundlegend klargemacht, daß die endgültige Realisierung des Sozialismus allein in einem Land nicht möglich ist: *„Vom leninistischen Standpunkt aus betrachtet, erfordert der Endsieg in einem sozialistischen Land nicht nur die Anstrengungen des Proletariats und der breiten Volksmassen des betreffenden Landes, sondern er hängt überdies davon ab, daß die Weltrevolution den Sieg erringt und das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf dem ganzen Erdball beseitigt wird, was zur Befreiung der gesamten Menschheit führt. Darum ist es falsch, läuft dem Leninismus zuwider und entspricht auch nicht den Tatsachen, wenn man leichtfertig vom Endsieg der Revolution in unserem Land redet"* (Oktober 1968, zitiert von Lin Biao auf dem IX. Parteitag der KPCh. 1.4.1969).

Der „Sozialismus in einem Land" ist für die VR China ebensowenig ein „Dogma" wie das „einfache Landleben" ein „Ideal" ist. Als scheinbaren Beweis, daß es in China ein „Dogma vom Sozialismus in einem Lande" gebe, zitiert „spartacus" Mao's Prinzip, sich in erster Linie auf die eigenen Kräfte zu stützen. Aber auch dieses Prinzip ist kein „spleeniges" Dogma, sondern das Resultat historischer Erfahrung und Notwendigkeit: Die VR China darf sich nicht von den imperialistischen Ländern abhängig machen, weil deren Lieferungen etc. zweifelhaft sind und im Kriegsfall völlig wegfallen würden. Die VR China dürfte sich auch nicht von anderen sozialistischen Ländern abhängig machen, weil deren Entwicklung nicht sicher ist (siehe die Schäden, die durch den „Rückzug" der Sowjetunion Anfang der 60er Jahre für China entstanden). Auch innerhalb der VR China selbst verwirklichen die Landesteile, Regionen, Kommunen etc. soweit wie möglich das Prinzip „Sich auf die eigenen Kräfte stützen", weil nur dies die Grundlage für die Führung eines langwierigen Volkskrieges sein kann, zu dem die VR China durch eine Aggression des Imperialismus oder Sowjetrevisionismus gezwungen werden könnte.

Schauen wir, was demgegenüber Altmeister Trotzki zu bieten hat: *„Der Übergang der Macht aus den Händen des Zarismus und der Bourgeoisie in die Hände des Proletariats schafft weder die Prozesse noch die Gesetze der Weltwirtschaft ab. Es ist wahr, während einer gewissen Zeit nach der Oktoberrevolution waren die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Weltmarkte schwächer geworden. Es wäre jedoch ein ungeheuerlicher Fehler, eine Erscheinung zu verallgemeinern, die nur eine kurze Etappe des dialektischen Prozesses darstellt. Die internationale Arbeitsteilung und der übernationale Charakter der gegenwärtigen Produktivkräfte behalten nicht nur ihre Bedeutung, sondern sie werden diese Bedeutung für die Sowjetunion mit deren ökonomischen Aufstieg verdoppeln und verzehnfachen."*

„Die Stärke der Sowjetwirtschaft liegt in der Nationalisierung der Produktionsmittel und in deren planmässiger Ausnutzung. Die Schwäche der

„Die Stärke der Sowjetwirtschaft liegt in der Nationalisierung der Produktionsmittel und in deren planmässiger Ausnutzung. Die Schwäche der

Sowjetwirtschaft dagegen besteht außer in der von der Vergangenheit vererbten Rückständigkeit, in ihrer heutigen, nachrevolutionären Isolierung, d.h. in der Unmöglichkeit, die Hilfsquellen der Weltwirtschaft, und zwar nicht nur auf sozialistische, sondern auch auf kapitalistische Art, sich nutzbar zu machen, d.h. in Form von internationalen Krediten und ‚Finanzierungen' überhaupt, die für zurückgebliebene Länder von entscheidender Bedeutung sind". „... Mit anderen Worten, die Krisen der Sowjetwirtschaft sind nicht Krankheitserscheinungen des Wachstums, sozusagen Kinderkrankheiten, sondern etwas unermeßlich Bedeutsameres: ernste Zurechtweisungen seitens des Weltmarktes ...". „Die akutesten wirtschaftlichen Zuckungen in der USSR werden jedoch dadurch erzeugt, daß die heutige Leitung sich bemüht, aus der Not eine Tugend zu machen und auf der politischen Isoliertheit des Arbeiterstaates das Programm einer ökonomisch isolierten sozialistischen Gesellschaft aufzubauen ... Das reale Programm eines isolierten Arbeiterstaates kann sich nicht die ‚Unabhängigkeit' von der Weltwirtschaft als Ziel stellen und noch weniger, ‚in kürzester Frist' eine national-sozialistische Gesellschaft aufzubauen" (Trotzki, Vorwort zur deutschen Ausgabe von „Die permanente Revolution", März 1930). Den Begriff „national-sozialistisch" verwendet Trotzki hier im Sinn des „Sozialismus in einem Land".

Trotzkis „Alternative" lautet also: Stärkere Bindung des sozialistischen Staates an den „Weltmarkt", d.h. vor allem die großen imperialistischen Industrienationen, Kredite von diesen, statt Orientierung auf maximale Unabhängigkeit vom Imperialismus („Sich auf die eigenen Kräfte stützen"). Damit sind wir auch beim realen Hintergrund der Polemik des „spartacus" gegen die VR China.

Erstens muß man den Genossen jedoch die einfache Tatsache in Erinnerung rufen, daß es gut zwei Jahrzehnte lang gar nicht im Belieben des chinesischen Staates stand, wieweit er z.B. mit den Imperialisten Handel treiben wollte, da insbesondere der US-Imperialismus einen Boykott verhängt hatte und auch die meisten anderen imperialistischen Staaten sich sehr „zurückhielten". Dies wurde bekanntlich erst anders, als die chinesische Führung dem Imperialismus mit außenpolitischen Zugeständnissen entgegenkam. Auch auf den Abbruch der engen Beziehungen zur Sowjetunion hat Anfang der 60er Jahre nicht die chinesische Führung verursacht, sondern die Sowjetrevisionisten selbst („spartacus" geht freilich soweit, das sowjetische Vorgehen als „Folge" einer angeblich falschen Wirtschaftspolitik der VR China darzustellen!).

Abgesehen davon, daß eine „Bindung an den Weltmarkt" für einen sozialistischen Staat also ohnehin nur begrenzt möglich sein kann, darf sich der sozialistische Staat auch nur in sehr beschränktem Umfang in derartige Abhängigkeiten begeben, insbesondere mit Blick auf den Kriegsfall. Das bedeutet selbstverständlich nicht totale Isolation eines Landes vom Weltmarkt – was niemand empfohlen hat, auch die chinesischen „Linken" nicht. Es ist allerdings kein Zufall, daß jetzt in der Polemik der Hua-Gruppe gegen die „Linken" gerade die Frage des Außenhandels, Import kapitalistischer Technologien, Kredite etc. eine wichtige Rolle spielt. Den „Linken" wird vorgeworfen, sie hätten Chinas Außenhandel „sabotiert", indem sie sich z.B. gegen den Austausch chinesischer Rohstoffe gegen westliche Technologien gewandt hätten. Kein Zweifel, daß die Trotzkisten vom „Spartacusbund" da auf Seiten der Rechten stehen.

Ein weiterer wichtiger Punkt der trotzkistischen Polemik gegen die VR China ist der Vorwurf des *„Voluntarismus"* – ein Vorwurf, der auch von den Revisionisten ständig erhoben wird. *„Der ‚Sozialismus' Mao Tse-Tungs und seiner Anhänger erweist sich als utopischer, nicht aber als wissenschaftlicher Sozialismus. Seine Quintessenz ist die Allmacht des reinen Willens, der Voluntarismus". „Mao träumte von der Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land, ohne die objektiven Voraussetzungen für solche Aufhebung zu berücksichtigen." „... Ein solches Herangehen ist jedoch eine reaktionäre Utopie, eine Vergewaltigung des chinesischen Volkes durch seine vorgeblichen Freunde,*

Ein solches Herangehen ist jedoch eine reaktionäre Utopie, eine Vergewaltigung des chinesischen Volkes durch seine vorgeblichen Freunde,

die Maoisten" („Spartacus"!). Man vergleiche dieses Geschimpf beispielsweise mit folgender Passage aus dem 1969 von der DKP als „antimaoistische Wunderwaffe" auf den Markt gebrachten Buch von Fahrle/Schöttler, „Chinas Weg, Marxismus oder Maoismus": *„Auf der These von Engels aufbauend, nach der die Menschen ‚... zum ersten Male bewußte, wirkliche Herren der Natur sind, weil und indem sie Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung werden' ..., entwickelt Mao einen ‚voluntaristischen Illusionismus' ohnegleichen: ‚Unter der Führung der Kommunistischen Partei genügt es, daß es Menschen gibt, und schon läßt sich jedes Wunder vollbringen'. Das Vertrauen in die Massen, bzw. der Glaube, daß es genüge, sie zu mobilisieren, läßt ihn alle objektiven Schranken vergessen ... Geringschätzung gegenüber dem durch Jahrtausende hindurch geprägten chinesischen Volk und elitär-idealistische Ansicht, daß man Menschen ändern könne, wie man wolle, fließen hier mit paternalistischen Zügen zum Zynismus zusammen"* (S.111-113).

Spartacus-Trotzkisten und Revisionisten singen hier dieselbe Litanei: In der VR China bestimmte gesellschaftliche Veränderungen erreichen zu wollen, sei „voluntaristisch", da es nicht dem „objektiven" Stand der Produktivkräfte entspreche. Würde es nach dem Stand der Produktivkräfte gehen, so hätte die Sowjetunion zweifellos bessere Aussichten als die VR China, und die USA oder auch die BRD stünden noch viel besser da. Gerade eine solche Auffassung, die die subjektiven Fähigkeiten der Volksmassen geringschätzt und vor dem Stand der Produktivkräfte auf dem Bauch liegt, würden wir für Verachtung der Volksmassen, für Zynismus halten. So richtig es ist, z.B. die Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land endgültig erst von einem entwickelteren Stand der Produktivkräfte zu erwarten, so notwendig und richtig war es doch in der VR China (angesichts der Tatsache, daß die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Lande lebt und ein entsprechender Stand der Produktivkräfte noch viel Zeit erfordert), mit bestimmten Schritten gewissermaßen „vorauszueilen". – In China ist die Revolution gemacht worden, als die Arbeiterklasse noch längst nicht entwickelt genug war, um real – als Klasse, nicht nur durch ihre Vorhut-Organisation – die Führung der Volksmassen zu übernehmen. Nicht Jahrzehnte abzuwarten (bis zur kapitalistischen Industrialisierung Chinas und bis zum Entstehen eines starken Proletariats), sondern sich auf die Bauernmassen in erster Linie zu stützen, „vom Lande die Städte einzukreisen" und so die Revolution zu machen – das war freilich nur unter größtem Gezeter Trotzkis und seines Anhangs und teilweise auch gegen die Obstruktion der KPdSU und der Komintern möglich. Heute zetern Trotzkisten und Revisionisten vereint gegen diejenigen, die wieder einmal nicht abwarten wollen, bis die objektiven Bedingungen „so weit sind", sondern die „reaktionären Utopien" nachjagen. Zumindest in diesem Punkt dürfte Hua Guofeng ihr Mann sein. Von „Utopien" hält er offenbar auch nicht viel.

Für den Sammler

Das weltweite, gigantische Netz sowjetischer Geister-„Stützpunkte" wurde kürzlich um ein weiteres Exemplar verstärkt: *„Nach dem Sieg der Kommunisten auf Mauritius befürchten westliche Militärs, daß die Insel im Indischen Ozean ein sowjetischer Flottenstützpunkt wird"* („Bild", 3.1.77).

Nur schade, daß der KBW, einstmals führend an der „Geister"-Front, inzwischen offensichtlich die Lust an dem Spiel verloren hat, nachdem er im AK deswegen ein paarmal abgeduscht wurde. Seit mehr als einem Jahr ist es beim KBW nun schon mucksmäuschenstill um die „sozialimperialistischen Flottenstützpunkte". Nicht einmal der „Kampf zweier Linien" im vergangenen Jahr brachte auf diesem Sektor neues Leben in die Bude. Wirklich bedauerlich.

Geister-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Geister-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 24.500
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage der Zeitung SOLIDARITÄT enthalten.

Anmerkungen zur Situation des zimbabwischen Widerstandes

Im folgenden wollen wir einige bisher kaum öffentlich diskutierte Aspekte des zimbabwischen Freiheitskampfes beleuchten. Dies erscheint uns aus mehreren Gründen dringend geboten.

– Erstens gibt die Befreiungsbewegung ZANU – die bisher von uns und dem allergrößten Teil der nichtrevisionistischen Linken, sowie den verschiedenen Hua Guo-feng-Fanclubs unterstützt wurde – in verschiedenen Interviews einander antagonistisch gegenüberstehende Einschätzungen zum besten.

Da diese einander ausschließende Aussagen nicht zu Nebenfragen, sondern zu Zentralfragen der Strategie und Taktik, der Politik und Ideologie gemacht werden, und da sie binnen kürzester Zeit von hohen Funktionären der ZANU erscheinen, ist ihre Darstellung und Kritik unerläßlich.

– Zweitens ist mit der Vereinigung der Militanten der „traditionellen Organisationen" ZANU und ZAPU in der ZIPA (Zimbabwische Volksarmee) eine bedeutende neue Kraft geschaffen, die von der OAU (Organisation Afrikanischer Einheit) anerkannt und z.B. von der Frelimo (Mosambik) ausschließlich unterstützt wird. Auch um Bedeutung und Funktion der ZIPA muß – trotz einander teilweise widersprechender Informationen – öffentlich diskutiert werden.

– Drittens hat der ZANU-Vertreter D. Motumbuka – der bisher mit unserer Organisation zusammengearbeitet hat – die jüngste Zimbabwe-Berichterstattung in unserer Presse scharf (und wie wir meinen, unberechtigt) kritisiert. Hauptsächlich greift Genosse Motumbuka den Nachdruck eines Artikels von P. Petrucci, der in der französischen Zeitschrift „Afrique-Asie" und verschiedenen mosambikanischen Zeitungen erschienen war, in unserer Zeitschrift DIE INTERNATIONALE Nr. 22 an; ebenso kritisiert er unseren Abdruck eines Interviews der mosambikanischen Nachrichtenagentur mit dem stellvertretenden politischen Kommissar der ZIPA, Machingura, das ebenfalls in Mosambik publiziert und darüber hinaus von der Frelimo in alle Welt verschickt wurde (vergl. AK 90). Außerdem greift Genosse Motumbuka die Veröffentlichung von für die ZIPA auf unser Konto eingegangene Spendengelder im ARBEITERKAMPF scharf an. Dieser schwerwiegenden Kritik wollen wir auf jeden Fall öffentlich begegnen.

– Um ein besseres Verständnis der angeschnittenen Fragen zu ermöglichen, haben wir einen kleinen Abriß verschiedener reaktionärer Manöver des Imperialismus und seiner Handlanger gegenüber dem zimbabwischen Befreiungskampf und speziell der ZANU eingefügt.

Ein Großteil der Afrika-Solidaritätsbewegung, Gruppen, die bereits ihre politische Überlegenheit gegenüber der „ML-Szene" und ihre anti-imperialistische Ehrlichkeit bewiesen haben (u.a. in der „Angola-Frage") scheut heute offensichtlich eine kritische Auseinandersetzung um und mit dem zimbabweschen Widerstand, stattdessen wird seit Monaten unter „Insidern" unter der Hand gehandelt, daß „die ZANU das alles demnächst regeln und klarstellen wird". Wir meinen, daß hier ein falsches Verständnis von der „Unterstützung des Befreiungskampfes" vorliegt, und fordern die Genossen auf, die alte Erkenntnis zu beherzigen, daß kritische Analyse das Fundament – und nicht Hemmschuh – langfristiger ehrlicher Solidarität ist.

Hemmschuh – langfristiger ehrlicher Solidarität ist.

Wie einheitlich ist die ZANU?

An zwei für den afrikanischen Befreiungskampf zentralen Fragen – der Stellung zum „Angola-Problem" und zur Sowjetunion – soll kurz dargelegt werden, welche politisch widersprüchlichen, einander ausschließenden Positionen innerhalb der ZANU existieren. Es handelt sich unsererers Erachtens hierbei um Widersprüche, die das natürliche Maß politischer Differenzen in einer Befreiungsbewegung (die ja auch dem eigenen Anspruch nach keinen Parteicharakter hat) weit überschreiten.

ZANU zu Angola: In Angola war in den vergangenen zwei Jahren die Konfrontation zwischen afrikanischer Revolution (repräsentiert durch die MPLA) und dem Imperialismus mit seinen internen Verbündeten (UNITA/FNLA) am schärfsten: „*in Angola entschied sich die afrikanische Revolution*" (Samora Machel). Die gesamte afrikanische Reaktion – unabhängig von der Hautfarbe – unterstützte unter dem Deckmantel der „drei gleichberechtigten Befreiungsbewegungen" die UNITA/FNLA-Banden, teilweise mit direkter militärischer Aggression (RSA und Zaire), während alle fortschrittlichen Staaten und Bewegungen vorbehaltlos auf der Seite der MPLA standen (Guinea-Bissao, Mosambik, Algerien, F. Polisario, EPLF, SWAPO...). Unseres Wissens ist die ZANU die einzige fortschrittliche Kraft Afrikas, die nicht geschlossen hinter der MPLA stand und von deren Repräsentanten u.a. folgende, nur beispielhaft herausgegriffene Aussagen stammen:

– „*Wir bedauern das große Unglück (!), das über Angola gekommen ist durch die Schuld der Supermächte*" (Chidoda, Repräsentant der ZANU in Kanada, laut „KVZ"-Ortsbeilage Hamburg, 5.8.76).

– „*Die drei Befreiungsbewegungen (!) warfen die Unabhängigkeit auf die Straße und begannen eine Keilerei um Angola, die zu viel Blutvergießen unter der Bevölkerung geführt hat*" (Europa-Repräsentant R. Chiwara, nach Tonbandaufzeichnungen einer Veranstaltung in Bremen, 22.3.76).

Festzustellen ist, daß diese zitierten gegen die MPLA gerichteten Tiraden von Auslandsvertretern erfolgten, nachdem der Generalsekretär der ZANU, Genosse Mugabe, deutlich zu Angola Stellung bezogen hatte: „*Wie in Angola die reaktionären Kräfte, die imperialistischen Kräfte, die FNLA/UNITA unterstützten gegen die progressiven Kräfte der MPLA, so können wir im eigenen Land die Unterstützung Nkomos durch eben dieselben Kräfte beobachten, die reaktionären Kräfte, die in Angola die UNITA und FNLA unterstützten.* **Die MPLA und wir sitzen in demselben Boot.** *Wir sind die fortschrittlichen Kräfte der Revolution. Joshua Nkomo (ZAPU), Jonas Savimbi (UNITA) und Holden Roberto gehören alle zu einem Lager – sie sind Marionetten der Imperialisten und sie werden von den Imperialisten dafür bezahlt, daß sie einen anti-revolutionären Kurs verfolgen.*" (Robert Mugabe – Rede am 22.2.76 in Mannheim, zitiert nach „Das Volk von Zimbabwe befreit sich selbst").

(Wir wollen an dieser Stelle nicht auf die u.E. falsche Gleichsetzung von Nkomo (ZAPU) einerseits und Savimbi (UNITA) und Roberto (FNLA) andererseits eingehen; der erstere ist u.M. nach ein Opportunist und Klassenversöhnler, während die beiden letzteren pro-imperialistische Söldnerführer sind. Immerhin hat Robert Mugabe mit Nkomo derzeit eine Einheitsfront („patriotische Front") gebildet und tritt gemeinsam mit diesem bei den Genfer Verhandlungen auf.)

Das hier zitierte, sehr offene Bekenntnis des Genossen Mugabe zur MPLA bekundete er übrigens direkt nach Ankunft in der BRD; in allen weiteren Reden seiner vom KBW veranstalteten Rundreise nahm er weder zu Angola noch zur Sowjetunion jemals wieder Stellung – was da hinter den Kulissen gelaufen sein muß, ist unschwer zu erraten! Auf dieser Mannheimer Veranstaltung hatte das mit KBW-Größen besetzte Podium allerdings mittelschwere Ohnmachtsanfälle zu überstehen; u.a. antwortete Mugabe auf eine entsprechende Frage: „*Ich glaube, daß die Hilfe der Sowjetunion und Kubas an die MPLA wohlgemeint ist, von den Richtigen kommt, und daß sie verdient ist... Ich stimme nicht mit der Behauptung überein, die meint, daß sie die Hilfe geben, um ihren Fuß nach Angola reinzusetzen, ... es ist eine gerechte Hilfe, genauso wie eure Hilfe, die von der VR China oder die der Sowjetunion, die wir bekommen.*" (Zitiert nach Tonbandaufzeichnung).

Mitglieder des ZK der ZANU haben sich – unseres Wissens – in keiner Äußerung gegen die MPLA gestellt; diese Annahme bestätigt der erst kürzlich aus sambischer Haft entlassene Sekretär für Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der ZANU – Genosse Gumbo – in einem kürzlich erschienenen Interview, angesprochen auf die sowjetisch/kubanische Hilfe und eventuell ähnliche Konstellationen für Zimbabwe. „*Die angolanische Situation war ein besonderer Fall und ich meine, daß es dort einen Aggressor gab, nämlich Südafrika, das gemeinsam mit anderen reaktionären Kräften versuchte, eine Marionettenregierung in Angola einzusetzen... Wir glaubten, daß die MPLA eine fortschrittliche Kraft ist und sich im Kampf gegen reaktionäre Elemente befand... Wir können nicht neutral bleiben, wenn wir sehen, wie ein Aggressor wie Südafrika Truppen entsendet und versucht, eine r e v o l u t i o n ä r e R e g i e r u n g zu stürzen.*

Ob wir glauben, daß es eine Situation in Zimbabwe geben wird, in der wir Kubaner um Hilfe rufen müßten, wie dies in Angola der Fall war? Nein, überhaupt nicht. Denn wir glauben, daß wir unsere eigenen Befreier sind... Fremde Hilfe können wir nur in Form von Waffen und materieller Hilfe annehmen. Aber was den tatsächlichen Kampf anbetrifft, so wollen wir das schon selber erledigen, denn dadurch wird die Unabhängigkeit für uns etwas bedeuten. Wenn wir aber jemanden kommen und für uns kämpfen lassen, dann hat diese Unabhängigkeit keine Bedeutung" (aus Interview des KSA-Heidelberg mit R.N. Gumbo, 1.11.76). Genosse Gumbo bringt klar zum Ausdruck, daß die Annahme kubanischer Unterstützung für die MPLA das legitime Recht einer revolutionären Regierung war, eine Hilfe, die – wie er meint – die zimbabweschen Revolutionäre nicht benötigen werden. Mit seinem letzten Gedankengang, daß eine mit ausländischer personeller Hilfe erreichte Unabhängigkeit weniger wertvoll sei als die allein errungene, könnten wir so nicht übereinstimmen. Die tausendfache personelle Hilfe kubanischer Genossen in Angola bzw. chinesischer Genossen in Korea macht die Freiheit der Massen dort doch nicht weniger wertvoll als die Freiheit Vietnams oder Mosambiks. Und ein Sieg der Revolutionäre im spanischen Bürgerkrieg mit Hilfe

im spanischen Bürgerkrieg mit Hilfe



der aus aller Welt herbeigeeilten Kämpfer der „Interbrigaden" hätte sicher keinen „Makel" auf die spanische Revolution geworfen. Doch dies nur am Rande. Festzuhalten bleibt, daß sich zumindest führende Vertreter der ZANU-Auslandsorganisation (von den uns bekannten sogar alle, außer dem Genossen Motumbuka) erhebliche Demagogien gegen die MPLA geleistet haben, daß sie unfähig (oder nicht willens) waren, Freunde und Feinde der afrikanischen Völker zu erkennen!

ZANU zur Sowjetunion: Noch wesentlich „buntscheckiger" und widersprüchlicher ist die Haltung verschiedener ZANU-Repräsentanten zur Sowjetunion. Diese Frage ist nicht etwa deshalb wichtig, weil des darum ginge, der Sowjetunion das Prädikat „sozialistisch" zu verleihen oder der KPdSU „unverbrüchliche Freundschaft" per Kommunique zu versichern. Es geht hierbei vielmehr um die Bestimmung des Hauptfeindes des Freiheitskampfes einerseits, sowie des aktuellen oder potentiellen taktischen (d.h. ausnutzbaren!) Verbündeten.

Diese Frage wird von allen relevanten Befreiungsbewegungen Afrikas einheitlich beantwortet: Der Imperialismus – angeführt von den USA – wird als der Hauptfeind betrachtet, der mittels seiner jeweiligen Marionetten die afrikanischen Massen unterdrückt und ausbeutet; die Sowjetunion wird dagegen als tatsächlicher oder möglicher Verbündeter behandelt, von dem – unter bestimmten Vorzeichen – materielle Hilfe o h n e B e d i n g u n g e n erhalten werden kann. (Siehe hierzu unsere Broschüre: „Einige Grundfragen der afrikanischen Revolution", Verlag Arbeiterkampf). Den Willen, eine Bündnispolitik mit der Sowjetunion zu betreiben, hat auch die ZANU in ihrem heute noch gültigen Programm wieder geschrieben: „*Die ZANU hat sich eng mit anderen fortschrittlichen Kräften in Afrika, Asien, Lateinamerika und den s o z i a l i s t i s c h e n S t a a t e n O s t e u r o p a s (!) zusammengeschlossen, um gemeinsam den Kräften des Imperialismus .. entgegenzutreten und sie zu bekämpfen*" (ZANU-Programm).

Der in dieser Passage beschriebene Zustand („eng zusammengeschlossen") entspricht allerdings seit Jahren nicht mehr der Realität; die Sowjetunion ist bis zur Bildung der „Patriotischen Front" aus ZANU und ZAPU teilweise massiv und widerwärtig über die ZANU hergezogen und hat stattdessen den opportunistischen ZAPU-Führer, Nkomo,

gen und hat stattdessen den opportunistischen ZAPU-Führer, Nkomo,

massiv unterstützt. Selbst als Nkomo die Geheimverhandlungen mit dem Smith-Regime führte, hat die Sowjetunion diesen zumindest propagandistisch privilegiert behandelt.

Nicht zu übersehen ist aber, daß Generalsekretär Mugabe in seiner „Mannheimer Rede" von sowjetischer Unterstützung für die ZANU sprach. Sowjetische Unterstützung für die ZANU bestätigte auch ZK-Mitglied R. Gumbo, der vom KSA Heidelberg (KSA = Komitee Südliches Afrika) direkt auf die Theorie vom „Ringen der Supermächte ums südliche Afrika" angesprochen, antwortet: „*Nun, der Standpunkt der ZANU dazu ist sehr klar. Wir in der ZANU betrachten den Konflikt in unserem Land oder die Widersprüche in Zimbabwe aus einer historischen Perspektive. Als Hauptwiderspruch im heutigen Zimbabwe betrachten wir den Widerspruch zwischen dem afrikanischen Volk und dem Smith-Regime und den Imperialisten und Kolonialisten. Darüber müssen wir uns ganz klar sein: der grundlegende und hauptsächliche Widerspruch besteht zwischen den Afrikanern und dem Imperialismus und Kolonialismus, vertreten durch das Smith-Regime und die weißen Siedler im Land.*

Was nun eine Zusammenarbeit etwa zwischen der ZANU und der Sowjetunion oder anderen afrikanischen Gruppen und der Sowjetunion angeht, so bestehen da ein paar unwesentliche Differenzen. Sie sind aber zweitrangig. Es sind lösbare Differenzen unter Genossen. Die Frage des Sozialimperialismus und des Ringens der Supermächte um die Vorherrschaft – ja, mag sein, aber ist dies das Stadium, darüber zu reden? Es ist ein zweitrangiges Problem, das wir diskutieren können, wenn wir den Imperialismus und Kolonialismus besiegt haben.

Unserer Ansicht nach ist die Sowjetunion heute unser Verbündeter im Kampf gegen das Smith-Regime und die imperialistischen Kräfte. Sie ist eine zuverlässige antiimperialistische Kraft. Es gibt gelegentliche Schwierigkeiten, aber das sind Schwierigkeiten, mit denen wir uns als Genossen auseinandersetzen müssen. Wir erhalten schon seit langer Zeit Unterstützung. Schon sehr früh von den Chinesen. Aber wir haben unseren chinesischen Freunden auch immer gesagt, daß wir eine genau definierte Linie in Zimbabwe haben: ihr unterstützt uns, weil wir Antiimperialisten sind. Ihr in Westdeutschland unterstützt uns, weil wir Antiimperialisten sind.

Die Frage nach dem Widerspruch zwischen dem sogenannten Sozial-

Die Frage nach dem Widerspruch zwischen dem sogenannten Sozialimperialismus und den afrikanischen Völkern stellt sich also überhaupt nicht. Wir sehen die Sowjetunion nicht von dieser Warte aus. Ich bin der Ansicht, daß die Sowjetunion eine Hauptstütze des revolutionären Kampfes im südlichen Afrika war und ist. Laßt uns a l l e unsere Aufmerksamkeit auf die Imperialisten konzentrieren, und zwar mit Hilfe der Sowjetunion, mit der Hilfe der Chinesen, mit der Hilfe aller sozialistischen Länder und a l l e r fortschrittlichen Kräfte. Sogar in den westlichen Ländern gibt es viele davon: in Westdeutschland, England, Skandinavien, Holland, Amerika gibt es viele fortschrittliche Gruppen, die uns unterstützen. Laßt uns also eine breite, internationale Front aller antiimperialistischen Kräfte bilden und unseren Feind, den Imperialismus und Kapitalismus im südlichen Afrika, bekämpfen." (KSA-Interview, 1.11.76).

Diesen drei eindeutigen Aussagen (ZANU-Programm, Generalsekretär Mugabe, ZK-Mitglied Gumbo) diametral entgegen stehen Äußerungen eines anderen ZANU-ZK-Mitgliedes, K.M. Kangai, in einem Interview mit der „Liga gegen den Imperialismus" (= „KPD") vom 7.12.76. Zur Verdeutlichung des Niveaus dieses Interviews zitieren wir einen Teil der Frage der „ML"-Spezis ausführlich mit:

„... *Besonders der russische Sozialimperialismus, der sich gerne als „natürlicher Verbündeter" der Dritten Welt ausgibt, versucht die Befreiungsbewegungen unter sein Diktat zu zwingen, er stellt Bedingungen, die für niemanden annehmbar sind, sät Zwietracht im Volk und führt, wie in Angola, sogar offene Eroberungskriege durch. Der russische Sozialimperialismus ... ist zur gefährlichsten Bedrohung Afrikas geworden. Kannst Du uns bitte erläutern, wie die ZANU gegenüber einer solchen Entwicklung die Früchte ihres Unabhängigkeitskampfes verteidigen wird.*" Kangai antwortet, ohne den Hauch einer Zurückweisung gegenüber diesem reaktionär-provokatorischen Mist der „Frage"-steller, u.a. auf die Sowjetunion bezogen: „*Vielen Dank, Genosse, das ist eine wichtige Frage... Unsere Position ist, daß wir an keine Supermacht gebunden sind... Wir sind sogar an die Sowjetunion herangetreten und haben nach Waffen gefragt... Aber w i e i m m e r haben sie ihre Unterstützung an Bedingungen geknüpft.*" Kangai schildert, daß die SU den Zusammenschluß der ZANU mit ZAPU zur Voraussetzung von Unterstützung gemacht haben soll, worauf die ZANU den Kontakt abgebrochen habe: „*Den Kräften und den Supermächten, die sich selbst über die*

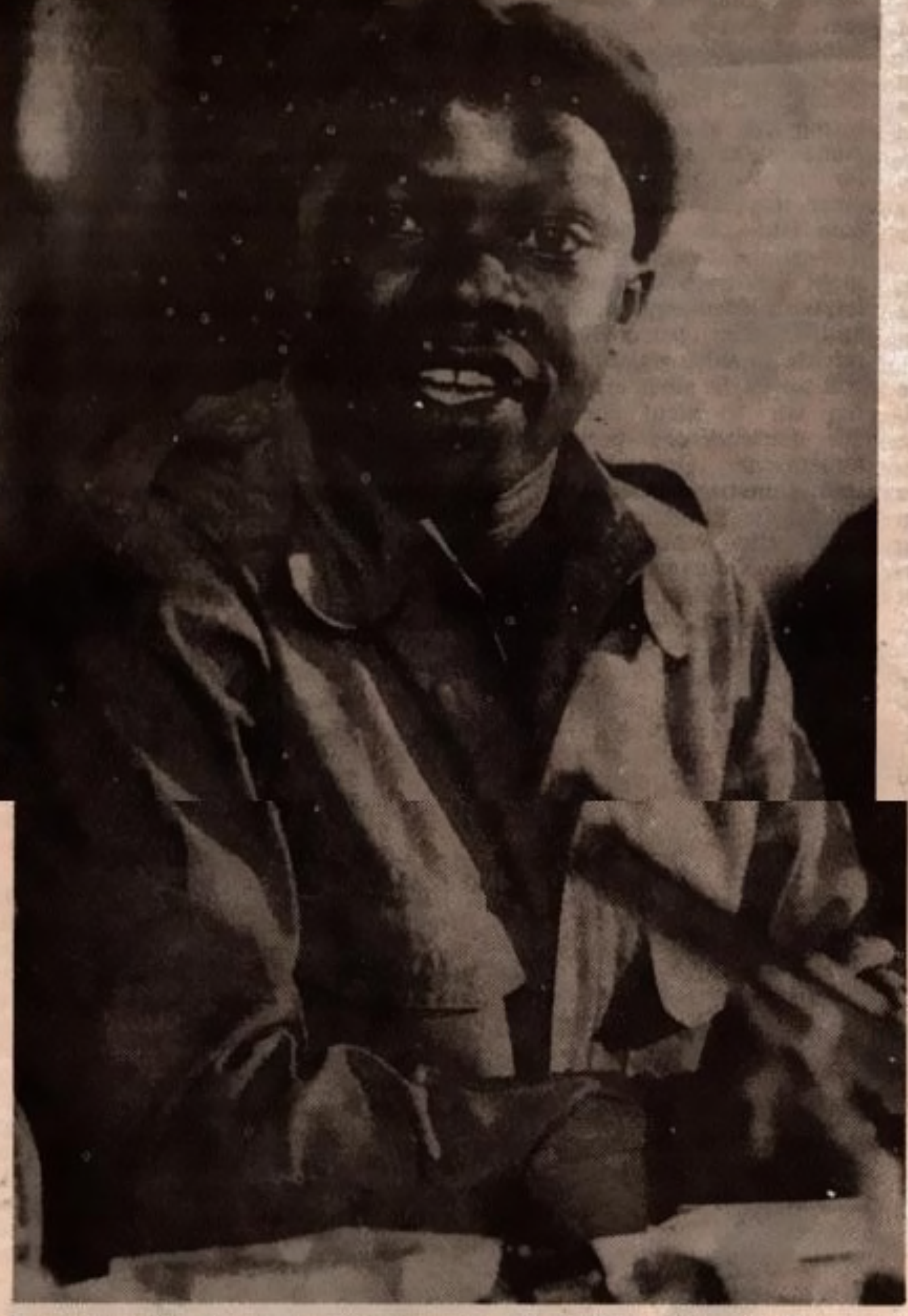
Interessen der Massen in Zimbabwe stellen..., ihnen sagen wir, daß wir diese Art von Unterstützung nicht akzeptieren können. Und wir unterhalten natürlich keinerlei Beziehungen zu ihnen."

Eine Kommentierung der hier enthaltenen antagonistischen Widersprüche zu den weiter oben zitierten Passagen scheint überflüssig. Offen bleibt lediglich die Frage, ob innerhalb der ZANU-Führung tatsächlich ein diametral entgegengesetztes Verständnis zur SU existiert (damit wäre allerdings immer noch nicht der T a t b e s t a n d geklärt, ob die SU materielle Hilfe leistet oder nicht!), oder ob die ZANU-Führung aus finanziellen Erwägungen bemüht ist, jedem Interview-Partner die gewünschten Aussagen frei Haus zu liefern. Letzteres wäre – milde ausgedrückt – äußerst kurzsichtig. Der Großteil der uns bekannten ZANU-Auslandsvertreter (Dzova, Chidoda, Chiwara) haben jedenfalls ihren jeweiligen Gastgebern von „KPD" und KBW viel Freude gemacht und sich als „wachsame Kämpfer gegen die Supermächte" profiliert.

Der bereits oben zitierte kanadische ZANU-Vertreter Chidoda läßt sogar das Herz jedes US-amerikanischen Vaterlandsverteidigers höher schlagen, wenn er formuliert: *„Die Solidaritätsbewegung sollte tatsächlich lernen aus der angolanischen Situation, wo die Supermächte eine Spaltung und großes Blutvergießen im angolanischen Volk verursacht haben... Die Solidaritätsbewegung unter den Massen muß geeint bleiben. Unser Feind ist eindeutig ein Produkt beider imperialistischer Supermächte... In den USA ist die Solidaritätsbewegung zum Beispiel meiner Meinung nach weitgehend von revisionistischen Ideen beherrscht, sie verurteilt den US-Imperialismus. Aber was die Sowjetunion macht, wird entschuldigt. Und die heftige Gefahr, die vom Ringen beider Supermächte ausgeht, wird verharmlost..."* (Interview in „KVZ" Nr. 31, August 76).

Allerstärkster Tobak auf diesem Gebiet muß eine Resolution des „Vertreters der ZANU für Deutschland" (in den Grenzen von 1933 oder 39?) gewesen sein, die die Grundlage für die Arbeit von Solidaritätskomitees sein sollte. Der
Kampf gegen den „Hegemonismus der beiden Supermächte, die beson-
Kampf gegen den „Hegemonismus der beiden Supermächte, die besonders im südlichen Afrika um die Vorherrschaft ringen", muß so penetrant plump gewesen sein, daß sogar der KBW (!) wieder ausstieg (!), weil „die Prinzipien der Aktionseinheit mit den Massen verletzt" worden seien. So fanden sich nur die 150%igen Vaterlandsverteidiger der „KPD" bereit, sich auf der Grundlage dieser Resolution des „Deutschland"-ZANU-Vertreters zu organisieren (nach „Rote Fahne" 28.7.76).

Zusammenfassend meinen wir, daß die Bestimmung des Hauptfeindes sowie der taktischen, aber auch der ehrlichen Verbündeten schon eine Voraussetzung für einen Sieg im Volkskrieg sind. Daß in der ZANU hierzu heute noch keine einheitlichen Auffassungen bestehen, zeigt nur, welche Klärungsprozesse dort noch ausstehen.



Der politische Kommissar Machingura: „Die ZIPA spricht im Namen der breiten Massen Zimbabwes!"

Imperialistische Manöver gegen die ZANU-Militanten

Möglicherweise liegt der Schlüssel für ein besseres Verständnis der unterschiedlichen ZANU-Aussagen in einem kurzen Rückblick auf die jüngste Geschichte dieser Organistation, der ein sehr geschicktes, massives Vorgehen verschiedener reaktionärer Kräfte gegen die militanten Genossen des zimbabweschen Widerstandes offenlegt. Unseres Wissens existiert die Situation einander total widersprechender Aussagen erst seit Mitte 1975 – seit einer Zeit, wo die Existenz der ZANU unmittelbar bedroht war: Der bewaffnete Kampf der ZANU hatte 1966 begonnen. Nach politischen Anfangsschwierigkeiten konnte Ende 1972, *„als wir mit neuen, revolutionären Taktiken hervorkamen"* (so Genosse Mugabe), die das Smith-Regime tatsächlich bedrohende Form des revolutionären Volkskriegs angewandt werden. Zu den größer werdenden militärisch-politischen Erfolgen kam im April 1974 der Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialfaschismus; ein revolutionäres Mosambik unter der Führung der Frelimo bahnte sich als kurzfristig erzielbare Perspektive hierdurch an – Angolas Zukunft war zumindest ungewiß. Fest stand, daß ZANU binnen kurzem in Mosambik ein sicheres Hinterland haben würde.

Das sich so verändernde Kräfteverhältnis veranlaßte den Imperialismus zu seinen sogenannten „Entspannungsmanövern" („Detente"). 1974 wurden die teilweise seit 10 Jahren in Rhodesien inhaftierten ZANU-Führer freigelassen, die allerdings vielfach den realen Bezug zum aktuellen Befreiungskampf verloren hatten. Ziel der „Entspannungsmaßnahmen" war es, die Militanten des zimbabweschen Widerstandes unter eine opportunistische Führung zu zwingen, um so den bewaffneten Kampf abzuwürgen; die erpresserischen Machenschaften hierfür liefen hauptsächlich über Sambia.

„*Sie* (die Vertreter des sambischen Regimes) *sagten, daß wir uns unter der Führung J. Nkomos (ZAPU) vereinigen sollten, einem konterrevolutionären Mann, von dem wir uns abgespalten hatten. Als wir es ablehnten, uns zu dieser Art Einheit zusammenzuschließen, wurden wir auf verschiedene Weise bedroht. Eine Drohung lautete: wenn wir uns nicht zusammenschlössen, erhielten wir keine Erlaubnis, unsere Leute und den Nachschub nach Sambia und Mosambik und dann nach Zimbabwe zu transportieren. Diese Drohung war ernst gemeint, und man setzte uns ein Ultimatum... Wir wußten, daß das Ziel unserer Feinde war, unseren bewaffneten Kampf zu zerstören..."* (Generalsekretär Mugabe, Mannheim, 4.2.76).

Schließlich entschloß sich die ZANU aus taktischen Gründen einer (Zwangs-)„Vereinigung" der zimbabweschen Bewegungen im ANC zuzustimmen; Mugabe entwickelt in oben zitierter Rede, daß dies unter den gegebenen Umständen ihnen die beste Möglichkeit schien, gegen „Verhandlungslösungen" und für die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes zu arbeiten.

Offensichtlich hatte die ZANU bei diesem Versuch zunächst einigen Erfolg – bis im März 75 zum bisher schwersten Schlag gegen sie ausgeholt wurde. Zunächst wurde Mitte März der nationale Vorsitzende der ZANU – Herbert Chitepo – in Sambias Hauptstadt Lusaka ermordet; er galt als der führende Kopf gegen die gut koordinierte „Entspannungsschwindel"-Politik der Reaktion im südlichen Afrika (RSA, Sambia, Smith-Regime). Am 23. März wird von sambischer Polizei faktisch die gesamte damalige Führungsebene der ZANU inhaftiert, die zur Beisetzung Chitepos nach Lusaka angereist war. Vorgeschobener Grund ist die „Suche nach den Mördern Chitepos".

„Dem politischen Meuchelmord an Chitepo folgte in taktischem Zusammenhang d i e M a s s e n v e r h a f t u n g a l l e r M i t g l i e d e r d e s DARE, des militärischen Oberkommandos der ZANU, die der Kommandeure der ZANLA, von Mitgliedern des Zentralkomitees der ZANU, sowie von ZANU-Kadern." (Aus: Memorandum von M.A. Mawema, ZK-Mitglied und nationaler Organisationssekretär der ZANU, veröffentlicht in OK-Broschüre; OK = Organisations-Komitee der westdeutschen Afrika-Solidaritätsgruppen). Die Massenverhaftungen wurden begleitet von der Beschlagnahmung des gesamten ZANU-Besitzes in Sambia (siehe hierzu Brief von R. Mugabe und Tekere in „KVZ", 22.1.76).

Möglicherweise interessant ist, daß als einziger höherer Kader der amtierende Europa-Sprecher der ZANU, Rex Chiwara (bekannt für seine diversen „ML"-Schoten und „Supermänner"-stories), sofort wieder freigelassen wurde, da es ihm – wie er sagte – gelang, sich als „Vertreter einer Studentenorganisation in Großbritannien" vor den sambischen Sicherheitskräften zu tarnen. Ohne das gesamte Ausmaß dieses Schlages gegen die ZANU beurteilen zu wollen, ist doch feststellbar, daß sich von jetzt an teilweise eine andere Politik durchsetzte, Eindeutig an die vorübergehend verwaiste Spitze der ZANU gelangt jetzt als Präsident N. Sithole. Er war auf der Chitepo-Beerdigung nicht anwesend, weil er am 4. März von den rhodesischen Faschisten in (Schutz-?)Haft genommen worden war, aus der er einen Monat später, im April 75, entlassen wurde. Die Fakten sprechen dafür, daß Sithole tatsächlich der „Mann Sambias" und damit der „Entspannungsmanöver" des Imperialismus war.

Immerhin gab Sithole als Gründe seiner Freilassung recht offen an: *„Meine Entlassung ist hauptsächlich auf den Druck der Organisation für afrikanische Einheit, auf den Druck von Sambia (!) und Südafrika (!) und außerdem auf den Druck des südafrikanischen Premierministers Vorster (!) zurückzuführen. Vorster liegt sehr viel daran, die Sympathie der unabhängigen Afrikaner zu gewinnen, darum ist er daran interessiert, daß das Rhodesien-Problem gelöst (!!) wird."* (Interview mit der „FR", 11.6.75).

Das zumindest stillschweigende Einverständnis Sitholes mit den sambischen Terrormaßnahmen geht aus diversen Interviews hervor, die er im Juni 75 – auf Einladung des KBW die BRD bereisend – gab. So verschwieg er selbst auf Fragen nach den „gegenwärtigen Hauptschwierigkeiten" sämtliche sambischen Machenschaften (siehe z.B. „KVZ", 19.6.75). Später legitimiert Sithole offiziell die Inhaftierung der leitenden ZANU-Kader und entlarvt seine politische Rolle umfassend: *„Wenn er (der Tod Chitepos) mit irgendeiner Person in Zusammenhang gebracht werden soll, so können das nur diejenigen sein, die mit ihm in der ZANU selbst eng zusammengearbeitet haben"* (Sithole in seiner Schrift „dear Zimbabwean").

Auch die politischen Vorstellungen Sambias setzt Sithole rasch um, indem er im Sommer 75 an den Direktverhandlungen mit dem Smith-Regime („Sambesi-Gespräche") teilnimmt, und zwar o h n e V o r b e d i n g u n g e n, was bis dahin von der ZANU kategorisch abgelehnt worden war. Zwar scheitern die Verhandlungen rasch (ZAPU-Nkomo verhandelt noch eine Zeitlang alleine weiter), es dauerte allerdings bis zum März 76, ehe Sithole als Verräter am bewaffneten Kampf abgesetzt wurde.

Anfang 76 kamen noch weiter Einzelheiten über Sitholes Arbeit gegen die Revolution ans Licht, so die Veruntreuung enormer finanzieller Mittel, die u.a. von westdeutschen Antiimperialisten für die ZANU gesammelt worden waren: *„In England, Westdeutschland und den USA von den ZANU-Gruppen in Übersee gesammeltes Geld, das insgesamt 69.000 Pfund Sterling betrug und dem Revisionisten Sithole zur Fortsetzung seiner Parteiarbeit übergeben worden war, hat die zu Hause in Mozambique oder in Sambia verhungernden Genossen niemals erreicht."* (Aus „Zimbabwe News", Mai 76 – Organ der ZANU). Daß es sich bei den Vorgängen der Jahre 75 und 76 nicht nur um eine „Affäre Sithole" handelt, sondern um eine schwere Krise der ZANU insgesamt, geht aus verschiedenen Dokumenten hervor. Der bereits oben erwähnte Mawema formuliert in seinem Memorandum z.B.:

„5) „Detente" (die sog. „Entspannnungspolitik" der afrikanischen Reaktion – AK) *spaltete das Volk von Zimbabwe und säte Zwietracht und Mißtrauen unter die Reihen der Revolutionäre und ihrer Streitkräfte. ZANU-Kämpfer wurden gespalten; ZANU wurde infiltriert von Opportunisten und Agenten Ian Smith's und John Vorsters.*

6) „Detente" zerstörte das Vertrauen, das zwischen der ZANU und ihrer Massenbasis bestand, und schuf die widersprüchliche Situation, daß wir uns einerseits zur politischen Linie des bewaffneten Kampfes entschieden hatten, andererseits aber anfällig für politische Entgleisungen waren."

Von verschiedenen hohen ZANU-Kadern wird angegeben (ein weiteres Zeichen für die Schwere der Krise), daß die ZANU ihre Schwierigkeiten erst im Herbst 76 endgültig überwunden habe.

Daß man diese Feststellung (Behe-

Daß man diese Feststellung (Behebung der Krise) bis heute wohl kaum auf die gesamte Auslandsorganisation anwenden darf, muß festgestellt werden. So sprachen Vertreter des OK am 24.11. in Genf Europa-Repräsentanten Chiwara auf die Existenz von zwei (teilweise gegeneinander arbeitenden) ZANU-Gruppen in der BRD an, und wie sich die Solidaritätsgruppen diesen gegenüber verhalten sollten. Chiwara: *„Wenn es sich um wichtige Sachen handelt, nehmt ihr Kontakt mit dem Repräsentanten auf* (also Chiwara selbst), *weil es euch verwirren mag (!), wenn ihr immer nur mit ihnen zu tun habt. Aber bitte fühlt euch frei (?!), mit ihnen zusammenzuarbeiten, so lange ihr findet, daß die Politik der ZANU, w i e i h r s i e k e n n t (!), befolgt wird."* Das ist allerdings eine Erklärung für einige haarsträubende Interviews, die die „KPD" mit „Deutschlandvertretern" der ZANU gemacht hat. Mit dem Anspruch seriöser Auslandsvertretung einer revolutionären Organisation hat es allerdings kaum etwas zu tun, wenn Solidaritätsgruppen – inklusive der Vaterlandsverteidiger – selbst entscheiden dürfen, wann und wie „die Politik der ZANU verfolgt wird".

Wir haben die Krise der ZANU an dieser Stelle so relativ ausführlich behandelt, um zu belegen, daß es r e c h t e, „pro-sambische" Elemente waren, die in der ZANU zeitweise den Ton angaben.

Die Theorie der „Supermächte" und die Hetze gegen MPLA und die VR Angola wird in Afrika von reaktionären, neokolonialistischen Regimes vertreten (Sambia, Zaire, Senegal etc.) und ist dort nicht etwa eine super„linke" Entgleisung. Die wortgewaltig von Auslandsvertretern hier in der BRD vorgetragenen Tiraden gegen MPLA und teilweise ihre antikommunistischen Pöbeleien gegen die Sowjetunion als „Hauptfeind" hatten wir daher – logisch – als Überbleibsel der politischen Linie Sitholes betrachtet. Wir hatten daher auf eine Offenlegung verschiedener auch für uns sehr unschönen Aspekte dieser unhaltbaren Situation bisher verzichtet. So sammelten wir (als einzige linke Organisation in der BRD übrigens) auf Anregung des Genossen Motumbuka Geld für die Verteidigung der in Sambia inhaftierten ZANU-Führer, und entlarvten hierbei die Rolle des Kaunda-Regimes, was uns eine wüste Anpöbelei des KBW auf „Sithole-Linie" eingebracht hatte, in der gelogen wurde, wir würden *„ein Hinterland der Revolution von Zimbabwe mit Dreck beschmeißen"*. So weit nichts Außergewöhnliches, nur daß der KBW seine „Polemik" mit ellenlangen positiven Äußerungen des Europa-Repräsentanten Chiwara über Sambia „belegen" konnte!

Die öffentliche Darlegung der unhaltbaren Widersprüche verschiedener ZANU-Aussagen erscheint uns heute allerdings nicht mehr umgehbar, im Dezember 76 hat immerhin ein Mitglied des Zentralkommitees (Kangai, siehe oben) die provokatorischen Positionen der „KPD/Liga" umfassend legitimiert; und das ist (falls es sich nicht um eine Fälschung handelt) ein neuer, schwerwiegender Fakt!

Die Rolle der ZIPA

Ende Dezember hatten wir ein Gespräch mit dem ZANU-Repräsentanten D. Motumbuka. Er formulierte hier recht scharfe Kritik an unserer jüngsten Zimbabwe-Berichterstattung. Drei Veröffentlichungen in unserer Presse bezeichnete er als „schwere Fehler", einmal sogar als „Provokation":

– Erstens den Nachdruck eines Artikels des „Afrique-Asie"-Korrespondenten P. Petrucci, der vom Entstehen einer neuen Widerstandsbewegung in Zimbabwe berichtete die – wegen der Machenschaften der karrieristischen Führer in den alten Organisationen – in Abgrenzung zur ZANU, ZAPU und ANC aufgebaut wird. Da dieser Artikel, mit einem positiven Vorwort versehen, in der mozambiquanischen Tageszeitung „Noticias" erschien, war er für uns ausreichend seriös, auch in unserer dokumentarischen Zeitschrift DIE INTERNATIONALE (Nr. 22/Sept. 76) aufgenommen zu werden.

– Zweitens der Abdruck eines Interviews des stellvertretenden politischen Kommissars der ZIPA, Machingura, mit der mozambiquanischen Nachrichtenagentur AIM.

In diesem ersten ausführlichen Interview entwickelt Machingura unzweideutig den Anspruch der ZIPA, sich in eine allseits eigenständige, militärische und politische Avantgarde zu entwickeln (siehe AK 90).

Das Interview ist von der mozambiquanischen Nachrichtenagentur in alle Welt an Antiimperialisten verschickt worden. Ein sehr seltener Vorgang, der das besondere Interesse der mozambiquanischen Genossen an einer raschen, weltweiten Verbreitung nur unterstreicht. Wir sind dem nachgekommen. Daß der Abdruck des Artikels ein „schwerer Fehler" gewesen sein soll, wie der Genosse Motumbuka behauptete, kann von der ZANU kaum aufrechterhalten werden: Immerhin ist dasselbe Machingure-Interview im offiziellen ZANU-Organ „Zimbabwe News" (3/76) veröffentlicht!!



Nkomo (ZAPU) mit einem seiner Lehrmeister (Callaghan – Großbritannien)

Drittens kritisierte Genosse Motumbuka besonders scharf, daß wir im AK 95 auf unser Konto eingegangene Spenden für die ZIPA in unserer Spendenliste veröffentlicht haben. Hierzu wäre zu sagen, daß wir jede bei uns eingegangene Spende für eine fortschrittliche Organisation zur Kontrolle der Spender ausweisen. Das hat – zunächst einmal – nicht mit dem jeweiligen Standpunkt unserer Organisation zu tun. So sind bei uns Spenden für die PLO (Palästina) veröffentlicht – obwohl wir gezielt PFLP unterstützen – und sogar der portugiesische „ML"-Verein UDP fand einmal Eingang in die Spendenliste.

Tatsächlich hat unsere Organisation niemals einen Aufruf zur materiellen Unterstützung der ZIPA publiziert (obwohl allemal berechtigt), vielmehr endet das besagte AIM-Machingura-Interview mit einem Aufruf, ausschließlich die ZIPA zu unterstützen. Einen Grund, diese Passage zu streichen (wie es im oben erwähnten ZANU-Organ geschah), sahen wir nicht, unterstreicht sie doch besonders deutlich die insgesamt formulierte Position der Eigenständigkeit der ZIPA.

Die ZIPA materiell zu unterstützen, halten wir keinesfalls für „provokatorisch", immerhin geht (fast) die gesamte materielle Unterstützung des fortschrittlichen Afrikas an die ZIPA. Auf eine entsprechende Anfrage der westdeutschen „Anti-Apartheid-Bewegung" (AAB) antwortete ein Sekretär des „Befreiungsausschuß der OAU" (über den die Unterstützung läuft) u.a.: „*Unter Berücksichtigung, daß die ZIPA aufgestellt worden ist mit dem vollen Wissen und Segen des Exekutivsekretariats des Befreiungskomitees für einen erfolgreichen Einsatz des bewaffneten Kampfes, erfreut sich diese Organisation ...., die die militärischen Flügel der Ex-ZANU und Ex-ZAPU vereint, anhaltender finanzieller und materieller Hilfe durch das Exekutivsekretariat des Befreiungskomitees und der Regierung von Mosambik, was zusätzlich Durchreise und andere Einzelheiten betrifft ... Sie werden sich erinnern, daß die OAU nach dem Fehlschlag des Versuchs der friedlichen Beilegung der konstitutionellen Krise von Rhodesien für die Zusammenfassung und Intensivierung des bewaffneten Kampfes eingetreten ist. Aus diesem Grunde geht die Masse der finanziellen und materiellen Hilfe an die ZIPA, welche auch in Zusammenarbeit mit der Regierung von Mosambik und dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge die Wohlfahrt der tausende von Zivil-Flüchtlingen aus Zimbabwe wahrnimmt. Das Exekutivsekretariat des Befreiungskomitees gibt außerdem einige Unterstützung in Form eines geringen vierteljährlichen (quarterly) Verwaltungsgeldes an das Büro des ANC (Z)-Hauptrepräsentanten in Daressalam ... In bezug auf die Unterstützung durch Gutgesonnene, Sympathisanten und Befreiungs-Unterstützungsgruppen in der Form von freiwilligen Spenden wandte sich das Befreiungskomitee auf seiner 27. Sitzung im letzten Juni in Daressalam dieser Frage zu und entschied, daß alle solche Unterstützungen an den Spezialfonds des Befreiungskomitees geleitet werden sollen, der vom Exekutivsekretariat des Komitees hier in Daressalam verwaltet wird ...*" (zitiert nach Briefwechsel AAB/OAU Befreiungsausschuß, der uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde).

Die mosambikanische Unterstützung für ZIPA erstreckt sich übrigens auch auf einen der ZIPA zur Verfügung gestellten Radiosender, der täglich die Sendung „Die Stimme von Zimbabwe" ausstrahlt – ein Privileg, das sonst niemandem von der FRELIMO eingeräumt wird! (nach „AIM-Bulletin" Nr. 6, 22.11.76). Zusätzlich gibt es offenbar noch direkte Unterstützung der ZIPA durch revolutionäre Organisationen Afrikas. So berichtet die mosambikanische Zeitschrift „Tempo" (19.12.76) von der Übergabe einer Spende an die ZIPA durch die FRELIMO-Schwesterorganisation MLSTP (Staatspartei von Sao Tome und Principe).

Doch zurück zur Kritik des Genossen Motumbuka. Die drei uns vorgeworfenen „schweren Fehler" verallgemeinert er in seiner Kritik zur Aussage, wir würden künstlich Widersprüche zwischen ZANU und ZIPA „erfinden" (?)' Positiv verlangt er von uns zu propagieren, daß „*ZIPA der bewaffnete Arm der ZANU*" sei. Ansonsten drohte er den Abbruch der „*bisher freundschaftlichen Beziehungen*" an. Deutlich warnte er uns, über widersprüchliche Aussagen verschiedener ZANU-Repräsentanten kritisch zu berichten. Hierzu einiges: In den uns von Motumbuka vorgeworfenen Veröffentlichungen haben wir nicht „erfunden", sondern d o k u m e n t i e r t. Im Kern bleibt die Frage, ob wir auf Grundlage des uns vorliegenden Materials die Behauptung „ZIPA ist der bewaffnete Arm der ZANU" als sichere Realität in unserer Presse verbreiten können. Diese Aussage der ZANU ist völlig neu, sie wurde (unseres Wissens) erstmals vom ZANU-ZK-Mitglied Hamadziripi in einem Interview mit der „KVZ" (16.12.76) vertreten. Im August '76 vertrat ZK-Mitglied Tekere, „*daß die ZIPA nur auf dem Papier bestehe ...*"(OK-Gruppenrundbrief Nr. 29). Tatsächlich wissen wir, daß die ZIPA als Zusammenschluß der Militanten von ZANU und ZAPU als Reaktion auf den Opportunismus ihrer damaligen „Führer" gegründet wurde. Monatelang gab die ZIPA lediglich Militär-Kommuniques heraus; erst mit dem Machingura-Interview wurde – für uns erkenntlich – der Gedanke einer völlig eigenständigen Organisation mit politischen Aufgaben von der ZIPA-Leitung selbst öffentlich formuliert. Nach Aussagen der ZANU hat ein Großteil der ZAPU-Militanten angeblich die ZIPA sehr bald nach ihrer Gründung wieder verlassen, so daß ehemalige ZAPU-Kämpfer heute nur einen geringen Teil der ZIPA ausmachen.

Die politische Eigenständigkeit der ZIPA wurde nicht nur akklamatorisch von Machingura festgelegt, sondern auch in einer zentralen p o l i t i s c h e n E n t s c h e i d u n g bewiesen: Während ZANU, ZAPU und ANC an den „Genfer Verhandlungen" teilnehmen, hierin also positive Möglichkeiten für Erfolge ihrer Politik sehen, lehnte die ZIPA im November die Genfer Konferenz völlig ab: „*Die ZIPA hat die Gespräche in Genf über die Zukunft Rhodesiens angegriffen und gemeint, daß die politische Unabhängigkeit ‚nur aus dem Lauf der Gewehre geboren werden kann'. ‚Genf wird niemals die Freiheit bringen', sagte ZIPA in einer Rundfunkerklärung des mosambikanischen Rundfunks am Dienstag. ‚Falls Genf überhaupt einiges bringt, so ist es der Versuch, die Ausbeutung, die Repression und das kolonialistische sozialökonomische System aufrecht zu erhalten'*" („Zambia Daily Mail", 20.11.76).

Sprechen also zahlreiche Tatsachen dafür, daß es zumindest eine grobe, unzulässige Vereinfachung wäre, die ZIPA einfach als „bewaffneten Arm der ZANU" auszugeben, so wollen und können wir keineswegs abstreiten, daß es eine enge Verbindung zwischen beiden geben mag, zumindest von einem Teil der ZIPA zur ZANU. Erst recht nicht bestreiten wollen wir, daß hohe Funktionäre der ZIPA sich gleichzeitig als Parteimitglieder der ZANU verstehen, und entsprechend arbeiten. Es liegt sogar die Vermutung nahe, daß durch die – anläßlich der Genfer Konferenz – erfolgte Freilassung führender ZANU-Militanten aus dem sambischen Gefängnis das Vertrauen der ZIPA zur ZANU gewachsen ist. In dieser Hinsicht am weitestgehendsten ist ein von der ZANU in Genf verbreitetes Telegramm, das eindeutig die U n t e r o r d n u n g von ZIPA-Führern unter die ZANU dokumentiert. Leider liegen uns zwei verschiedene, die Bedeutung des Telegramms verändernde Fassungen vor. Während in der Fassung der „Liga gegen den Imperialismus" neben ZANU-Genossen der militärische Oberkommandierende der ZIPA – Rex Nongo – als Absender namentlich genannt wird, bleibt in den Versionen der „KVZ" und „ISSA" (Heft 6/76) der Absender nur ungenau umschrieben. Für den offensichtlichen Widerspruch in der Beurteilung der Genfer Konferenz ist zwischenzeitlich eine Erklärung vom ZANU-ZK-Mitglied Kangai abgegeben worden, die wir abschließend teilweise zitieren wollen, auch wenn sie uns nicht schlüssig erscheint, weil sie unseres Erachtens eine erhebliche politische Unreife der Freiheitskämpfer Zimbabwes voraussetzt und insgesamt wohl auch etwas an den Haaren herbeigezogen zu sein scheint:

„*In den ersten Tagen der Genfer Verhandlungen traten die Streitkräfte (ZIPA) natürlich gegen die Verhandlungen auf und sagten teilweise, sie würden sich daran nicht beteiligen. Das war aber wirklich so etwas wie psychologisch* (!). *Denn es hätte Auswirkungen auf unsere Kämpfer gehabt, wenn unsere Streitkräfte gleich nach der Ankündigung der Genfer Verhandlungen hingegangen wären und gesagt hätten: in Ordnung, wir akzeptieren das. Sie hätten vielleicht gesagt, was hat unser Kampf für einen besonderen Wert, wenn die Unabhängigkeit morgen* (?) *kommt. Deswegen sind wir* (?) *gegen die Genfer Verhandlungen aufgetreten, bis wir vor einigen Tagen entschieden, die Kommandeure zu beauftragen, zu kommen und sich zu beteiligen. Dann haben wir gesagt: in Ordnung, die Kämpfer haben sich davon überzeugt, daß Genf ein Sieg ist ...*" (zitiert nach der Broschüre „Zimbabwe – Kriegführen und verhandeln").

Schlußbemerkungen

Wir haben uns keine „Provokationen" gegen den zimbabweschen Widerstand oder die ZANU zuschulden kommen lassen. Vielmehr waren und sind wir bemüht, einen komplizierten, widersprüchlichen Befreiungskampf unter Einbeziehung aller zugänglichen Informationen zu schildern. Das ist – so meinen wir – für die westdeutschen Antiimperialisten lehrreicher und für den zimbabweschen Widerstand langfristig wertvoller als prinzipienloses Ausklammern aller erkannten Widersprüche. Nebenbei bemerkt, ist unsere Berichterstattung einheitlicher als die Äußerungen aller Repräsentanten der ZANU zusammengenommen.

Überhaupt ist der KB die einzige politische Organisation in Westdeutschland, die die Politik der ZANU, wie des gesamten zimbabwischen Widerstandes – den Umständen entsprechend – korrekt dargestellt hat, während verschiedene andere westdeutsche Korrespondenten der ZANU – etwa der KBW, die „KPD", die „Liga gegen (?) den Imperialismus", der KAB„D" – die ZANU als wilden Haufen von „ML"-ern ihrem Publikum dargestellt haben, der seinen Kampf hauptsächlich gegen den „russischen Sozialimperialismus" führt, der Sambia als die „Hauptstütze" des zimbabweschen Befreiungskampfes betrachtet etc.

Alle genannten Gruppen haben – ohne daß ein Einschreiten der ZANU erkennbar gewesen wäre – die ZANU (bzw. ihre Auslandssprecher) zu Kronzeugen ihrer offen faschistoiden Hetze gegen die MPLA und die VR Angola gemacht und sich dabei offen – in voller Kenntnis auch von ZANU-ZK-Mitgliedern – übelster Praktiken, wie Verfälschungen, Erpressungen, Unterschlagung wesentlicher Positionen der ZANU (z.B. Mugabe-Rede in Mannheim etc.) bedient. Diese Gruppen haben aber gleichzeitig alle z.T. erhebliche Geldmengen für die ZANU, und zwar ausschließlich für sie, gesammelt. Wir wissen nicht, welche Bedeutung diese Spenden für ZANU konkret haben. Mit Sicherheit aber läßt sich sagen, daß die ZANU von diesen Gruppen keinen Pfennig erhalten hätte, ohne daß sich verschiedene Sprecher der ZANU als besonders großartige „Kämpfer gegen den Sozialimperialismus" und „Kritiker" der MPLA profiliert hätten.

Allen uns zugänglichen Informationen folgend vertreten wir, daß die materielle Unterstützung des zimbabweschen Befreiungskampfes sowohl ZIPA als auch ZANU zum Adressaten haben kann. (Gleichzeitig können wir uns die Bemerkung nicht verkneifen, daß alle diejenigen (insbesondere KBW), die für ihre reaktionäre These von der „Gleichberechtigung der drei angolanischen Befreiungsbewegungen" 1975 die OAU als ausschlaggebende Autorität zitierten, der damaligen Logik folgend, heute zwingend ausschließlich die ZIPA unterstützen müßten.)

Abschließend hoffen wir auf Diskussion über die in diesem Artikel angesprochenen Fragen mit der ZANU und den Antiimperialisten in der BRD.

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Interview mit dem Außenminister der VR Mosambik – Joaquim Chissano – Oktober 1976 / Auszug zur ZIPA

Frage: Wenn eine provisorische Regierung – geschaffen von der Genfer Konferenz – von den meisten afrikanischen Staaten anerkannt wird, ZIPA aber weiterhin den bewaffneten Kampf propagiert, würde Mosambik weiterhin die ZIPA unterstützen?

Antwort: ZIPA hat immer sehr klar gemacht, daß sie den Kampf weiterführen wird, denn wenn die Genfer Konferenz tatsächlich zu einer Lösung kommen sollte, hätte sie nicht die Meinung des Volkes von Zimbabwe in Rechnung gezogen. Das ist der Grund, weswegen weder unsere Regierung, noch irgendwelche anderen gewissenhaften Regierungen solch eine provisorische Marionettenregierung anerkennen würden. Die Probleme des Volkes von Zimbabwe sind nur zu lösen in Übereinstimmung mit dem Volk von Zimbabwe und nicht mit denen von London, Washington, Peking oder Moskau" („AIM-Bulletin", Nr. 6, 22.11.76, Maputo, Mosambik).

Spendenbestätigung der ZANU

Folgende Spendenbestätigung des ZANU-ZKs erreichte uns kurz vor Redaktionsschluß:

ZIMBABWE AFRICAN NATIONAL UNION
ZANU
BOX 2331 LUSAKA or 3785
Lsk, Zambia.

Dear Comrades,
I write to thank you so much for the help you sent for families in Zambia through Martin Staller six thousand German Marks received On 21/12/76. Many thanks indeed!!
Your work will always be remembered. As we proceed in the present uphill struggle of liberation in Our country. We remain with few true friends like you.
Our situation is becoming more and more critical. As the fighters hit hard the enemy changes tactics from time to time. Geneva has been such one change of tactic but we are capable to handle the change as well.
Dzingai told me the wonderful work you are doing for ZANU, And the armed struggle we are waging to free our country from Imperialism and Colonialism. We owe so much to your party for the help, goodwill and determined effort you exert in supporting us so that we free ourselves from the tentacles of world imperialism
Unity of the oppressed will finally win.
Forward with the revolution Chimurenga!
Greetings to all comrades
S.V. Muzenda
Member of Central Comm.

Übersetzung des Textes

Liebe Genossen!
Ich schreibe, um euch vielmals zu danken für die Hilfe, die ihr über Martin Stahler für die Familien in Sambia geschickt habt; sechstausend Deutsche Mark, die wir am 21.12.76 erhalten haben. Wirklich vielen Dank!

Eure Arbeit wird uns immer unvergessen bleiben. Wir schreiten voran im derzeitigen bergauf gehenden Befreiungskampf in unserem Land. Es bleiben uns nur wenige treue Freunde wie ihr .

Unsere Situation wird mehr und mehr kritisch. Während die Kämpfe hart zuschlagen, wechselt der Feind von Zeit zu Zeit seine Taktik. Genf ist ein solcher Taktikwechsel gewesen, aber wir sind in der Lage, auch mit diesem Wechsel fertig zu werden.

Dzingai (das ist Genosse Motumbuka – Anm. AK) *hat mir über die wunderbare Arbeit erzählt, die ihr für die ZANU leistet und für den bewaffneten Kampf, den wir für die Befreiung unseres Landes von Imperialismus und Kolonialismus führen. Wir verdanken eurer Organisation sehr viel an Hilfe, Entgegenkommen und an entschlossenen Anstrengungen, die ihr unternommen habt, um uns dabei zu unterstützen, daß wir uns aus den Fangarmen des Weltimperialismus befreien.*

Die Einheit der Unterdrückten wird schließlich siegen.

Vorwärts mit der Revolution – Chimurenga!

Grüße an alle Genossen.
S.V. Muzenda
Mitglied des Zentralkomitees".

Viel Blech für Breschnew

Kürzlich wurde Leonid B. aus der Sowjetunion 70 Jahre alt. Diese großartige Leistung brachte ihm weitere Stücke für seine weltberühmte Orden-Sammlung ein. So erhielt Leonid B. aus diesem Anlaß Orden u.a. aus Polen, der CSSR, Bulgarien, Jugoslawien, Kuba und der Mongolischen Volksrepublik. Von der finnischen Regierung bekam B. den höchsten Orden des Landes, das „Großkreuz der Weißen Rose" – übrigens als erster Ausländer. Von seinem Kollegen Erich H. (DDR) bekam Herr B. zwei weitere Orden, den „Stern des Helden der DDR" und den „Großen Stern der Völkerfreundschaft".

In der Sowjetunion selbst bekam Leonid B. seinen zweiten „Goldenen Stern des Helden der Sowjetunion" und seinen fünften (!!) „Leninorden".

Da schmunzelt das ‚Kind im Manne'!





Stellungnahme von 20 ehemaligen KBW-Mitgliedern

Kiel. 20 ehemalige Kieler Mitglieder des KBW und „seiner Massenorganisationen" haben zu ihrer Kritik am KBW ein gemeinsames Papier verfaßt. Es heißt darin u.a.:

„Der Kampf zweier Linien innerhalb des KBW, der von der KVZ so oft beschworen worden ist, hat nicht stattgefunden. Es hat in der Auseinandersetzung keine fest formulierte Linie gegeben, die sich gegen die Gesamtpolitik des KBW gestellt hat. Es hat auch keine ernstzunehmende Auseinandersetzung innerhalb des KBW und seiner Massenorganisationen zu Fragen der politischen Linie gegeben. Das gilt für die Auseinandersetzung im letzten Jahr, den sogenannten 3. Kampf gegen die rechte Linie. Die Redaktion der KVZ z.B. wurde pauschal als Hauptquartier der rechten Linie denunziert, ohne daß deren Position als ausformulierte Linie jemals dokumentiert wurde.

Wir meinen, daß in den Auseinandersetzungen vorher der KBW richtig mit den Mitteln von Kritik und Selbstkritik seine politische Linie entwickelt und die Organisation gefestigt hat (z.B. Programmdiskussion), daß er aber jetzt von diesem Prinzip abgewichen ist und die Leitungsebene in den letzten Auseinandersetzungen den ideologischen Kampf sabotiert und unterdrückt hat...".

Die Genossen stimmen der Klassenkampfeinschätzung des KBW („Neuaufschwung") zwar insgesamt zu, sehen also nicht die g e n e r e l l e n Übertreibungen des KBW auf diesem Gebiet. Ablehnen tun sie jedoch Behauptungen wie „Die Massen haben die Kämpfe aufgenommen und streben in diesen Kämpfen den Sozialismus an". Diese falsche Einschätzung (Massen streben den Sozialismus an) führe „*konsequent (zu) einer ganzen Serie von Fehlern in der Politik der Aktionseinheit*". Der KBW sei von seiner früheren richtigen Politik abgegangen, die ‚Massen' auf der Grundlage von Minimalplattformen ‚zusammenzuschließen', und fordere stattdessen die Anerkennung der „*weitergehenden Ziele der Kommunisten*" (gemeint ist: des KBW) als Grundlage der Aktionseinheit. Dafür werden Beispiele angeführt, u.a. der Kampf gegen den § 218 und das Vorgehen in verschiedenen Internationalismus-Komitees (die politische Linie des KBW in den Komitees wird in dem Papier der Genossen nicht kritisiert, sondern nur die Art ihrer Durchsetzung), sowie die betriebliche Arbeit des KBW.

Zusammenfassend schreiben die Genossen:

„Der Verlauf des Wahlkampfes hat die Entwicklung des KBW zur politischen Sekte beschleunigt, und zwar in dem Maße, wie die ganze Kraft auf die Wahlkampagne geworfen und die Betriebsarbeit aufgegeben wurde ... Das Scheitern seiner Politik führt den KBW nicht zu einer Selbstkritik und zu einer Korrektur seiner politischen Linie. Vielmehr geht die Fahrt ins Sektierertum umso schneller. Innerorganisatorische Reformen und der groß angelegte Ausbau des technischen Apparates werden durchgeführt. Weil aber die Niederlagen nicht aufgrund mangelnder technischer Mittel zustande gekommen sind, sondern aufgrund einer falschen Linie, weil schon heute der große Apparat des KBW in keinem Verhältnis zu seinem politischen Einfluß steht, kann das nur dazu führen, daß die sektiererische Politik umso perfekter unters Volk getragen wird...".

Die Mitglieder des KBW werden aufgefordert, „*den Aufstand zu entfalten*" und „*sich mit der Politik des KBW auseinanderzusetzen, die sie selbst getragen haben, um auf der Grundlage der Kritik dann die nächsten Schritte festzulegen zur sozialistischen Revolution und zum Aufbau der Kommunistischen Partei*".

Ein richtiger Schritt, auch wenn das Kritik-Papier der Genossen noch im wesentlichen keine Kritik der p o l i t i s c h e n L i n i e des KBW darstellt, sondern nur eine Kritik an der T a k t i k des KBW bei der Durchführung seiner Linie. Aber Rom wurde ja auch nicht an einem Tag gebaut ...

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstr. 4
2000 Hamburg 13

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Hertie

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
W.D. Scheel
Postlagerkarte 098 831 A
23 Kiel 1
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr
Büchertische Universität/Mensa
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr
am Hauptbahnhof
Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr
Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstr. 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kuafzentrum Reinbek/West
Kaufzentrum Reinbek/West

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Verkaufsort wie bisher

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Fedelhören 77
28 Bremen
Mi. und Fr.: 16 bis 19 Uhr
Sonnabend: 10 bis 14 Uhr

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
34 Göttingen

Hannover
Arbeiterbuch z.Hd. KB
Rehbockstr. 3
3 Hannover

Hildesheim
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinlandpfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30
Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 056 028
463 Bochum
Verkauf jeden Samstag
Kortumstr./Innenstadt
10 – 13.oo Uhr,
jeden Die., Mi., Do. Uni/Mensa
12.oo – 14.oo Uhr

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg
jeden Sonnabend von 11 bis 13 Uhr
vor Karstadt (Stadtmitte)

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro K. Scholz
Adalbertstr. 29
6 Frankfurt/M. 90
öffentl. Bürostunde
Mi. 16.30 – 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz
Jeden Donnerstag 20 Uhr
Gaststätte Störtebeker, Kohlenstr. 40

Baden-Württemberg

Essen
jeden Do. 11.oo Uhr – 14.oo
Gesamthochschule Essen

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel. 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
Verkauf jeden Mittw.
– alte Mensa/Marstallhof
und 19 Uhr im CA

Karlsruhe/Pforzheim
Heidi Zorn
Humboldstr. 13
75 Karlsruhe

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12.30 Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uni-Mensa
Langemarck-Platz 4

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 84
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr Altstadt
vorm Oberpaur

Nürnberg/Fürth
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg 15
offener AK-Lesekreis
Mittwoch 19 Uhr im Komm
Verkauf jeden Samstag 10.30 bis 12.30 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni-Mensa
16 bis 18 Uhr Fußgängerzone
Königstr.

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 21
1 Westberlin 21
Fr. von 16 bis 19 Uhr

Aus dem „ML"-Kuriositätenkabinett

In der linken Bewegung kaum bekannt, aber ein echter „Geheimtip" unter den Liebhabern der „ML"-Scene ist die „KPD/ML (Neue Einheit)". An ihrer Spitze steht immer noch der größte lebende Marxist-Leninist deutscher Nation, Vorsitzender Klaus S e n d e r : „Unerbittlich und kompromißlos von Anfang an hat er den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen im Kampf gegen alle Pseudolinken verteidigt und diese Politik entwickelt. Er hat den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen auf unsere Verhältnisse hier angewendet". Schon 1972 war der Erfolg unübersehbar: „*Gegenwärtig ist überall ein Aufschwung unserer Bewegung zu beobachten. Unsere Politik und Ideologie verschmilzt in Westberlin mit den Massen*". So konnten entsprechende massive Verfolgungsmaßnahmen der Reaktion nicht ausbleiben: Gegen die damals 100 Mitglieder zählende „KPD/ML (Neue Einheit)" waren schon vor dem 1.Mai 1972 „*viele hundert Personen mit hunderten von PKW's*" im Einsatz. „*Die Reaktion versucht sich mit ihrem Agentenapparat an all unsere Fersen zu hängen und jede Bewegung, jede Fahrt der Genossen, jedes Ereignis, und sei es nur das kleinste, auszumachen ... Über ganze Stadtteile scheint unser Feind ein Netz von Stützpunkten zu haben, von denen sie ihre Spitzel zu Fuß oder im PKW losschicken, um unsere Genossen überall – auch dann, wenn sie ihren Verfolger zuvor abgeschüttelt haben – wieder abfangen zu können*" (Zitate aus „Neue Einheit" Nr. 1/72).

Seit es damals der „KPD/ML (Neue Einheit)" in einem ruhmreichen Verzweiflungskampf unter der weisen Führung des Vorsitzenden Sender gelang, die akute Gefahr von a u ß e n abzuwehren, hat sich offensichtlich die Wühltätigkeit von „Agenten" und „Parteifeinden" verstärkt, die die „KPD/ML (Neue Einheit)" von i n n e n zerstören sollen: „*Die Reaktion war durch das Aufkommen unserer Partei im Schatten der Studentenbewegung und später der pseudolinken Bewegung ganz aus dem Häuschen geraten. Es war der Plan, unsere Partei – nachdem die Einschüchterung vom Frühling gescheitert war – beginnend mit dem 1.Mai 1972, sukzessive folgend durch neue Terroranschläge bei gleichzeitiger Wühlarbeit von innen, zum Auseinanderfallen zu bringen und dann endgültig aufzureiben. Unter diesen Bedingungen konzentrierte die Partei alle ihre Kader darauf, unsere Partei im Stillen auszubauen, die eigenen Reihen zu festigen und systematisch die Agenten, Spione und Schädlinge zu Fall zu bringen ... Nacheinander wurde Kom-*
zubauen, die eigenen Reihen zu festigen und systematisch die Agenten, Spione und Schädlinge zu Fall zu bringen ... Nacheinander wurde Kom-
plott für Komplott zerschlagen" („Neue Einheit", Nr. 2 – 3/72).

Im Dezember 1976 nun gelang der „KPD/ML (Neue Einheit)", wie aus einem vierseitigen Flugblatt hervorgeht, ein weiterer bedeutender Sieg: Der „parteifeindliche Revisionist" Otto M. alias Thomas Mägdefessel alias Fritz Nagel konnte entlarvt und aus der Partei ausgeschlosesen werden, als er gerade zur „KPD" überlaufen wollte. Schlimme Sachen hat der Agent mit den vielen Namen auf dem Kerbholz, beispielsweise: „*offene und hartnäckige wiederholte Unterstützung und Propagierung des ‚linken' Zionismus*", „*Einschleusung offener Revisionisten in die Parteipositionen*" und weitere „*Verbrechen innerhalb der Partei*". „Otto M. richtete die Speerspitze seiner Angriffe gegen die Linie des Vorsitzenden Klaus Sender und gegen seine Person", beispielsweise indem er versuchte, „*dem Vorsitzenden Klaus Sender ständig die Möglichkeiten für die Arbeit zu nehmen und beispielsweise die Wohnungen mittels perfidester und verbrecherischer Methoden unbrauchbar zu machen. Das ist sogar sehr wichtig*". Es gab sogar „*parteifeindliche internationale Machenschaften und auch die Versuche, den Pseudomarxisten, die Otto M. immer innerhalb der Partei repräsentiert hat, auf internationaler Ebene massiv zu Hilfe zu kommen*" Nebenbei kam es „*zu weiteren Aufdeckungen, die die Hoffnungen der Agenten, erneut die Macht in der Partei zu erringen, zu Null schrumpfen ließen*".

Das zweifellos wichtigste Ergebnis dieser „*intensiven Untersuchungen während eines längeren Zeitraumes*" sind die geradezu sensationellen Enthüllungen über die Hintergründe des Überfalls der Gruppe „2.Juni" auf die Stockholmer Botschaft der BRD am 24. April 1975. Auch dieser Schlag richtete sich nämlich gegen die „KPD/ML (Neue Einheit)"! Und das kam so: Im April 1975 wurde der „parteifeindliche Revisionist" Otto M. alias Thomas Mägdefessel alias Fritz Nagel aus dem ZK der „KPD/ML (Neue Einheit)" ausgeschlossen. Die entscheidenden ZK-Sitzungen fanden am 8. und 28. April 1975 in Südschweden statt! „*Um die Partei unter massiven Druck zu setzen vor und während der Verhandlungen, wurden durch die sogenannte ‚Bewegung 2.Juni', die mit der schwärzesten Reaktion und der Unruhestiftung von Seiten des Hegemonismus verbunden ist, die praktisch subversiven Zwecken dient, wahnsinnige und kriminelle Manöver unternommen, um die Partei unter Druck zu setzen und ihre Verfolgung zu ermöglichen. Auch versuchten sie auf wahrhaft kriminelle Weise, der äußerst erfolgreichen Propaganda der Partei, die mitten während der Verhandlungen gegen Otto M. lief und erfolgreich von Genossen Klaus Sender dort ausgearbeitet wurde, ein Ende zu setzen und dem Hegemonismus der sowjetischen Revisionisten zu Hilfe zu kommen. Ein Höhepunkt aber war der konterrevolutionäre Überfall auf die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm am 24.April 1975 ... Diese Ereignisse mußten die gesamte Tätigkeit und Rolle Otto M.' s während der Zeit des Mai 1972 umso deutlicher hochkommen lassen und führten zu einer noch nie dagewesenen Entlarvung des Zusammenhangs der inneren Subversion und des äußeren Terrors vom Schlage einer ‚Baader-Meinhof'-Kampagne vom Jahr 1972, von der ein wesentlicher Aspekt der Versuch war, sie auch direkt gegen die Partei zu lenken. Damit erlebte die gesamte Verfahrensweise der Unterdrückung von außen bei einer gleichzeitigen Operation von innen gegen die Partei ein gewaltiges Fiasko*".

Schon im März 1975 hatte die „KPD/ML (Neue Einheit)" unter der weisen Führung des Vorsitzenden Klaus Sender ein weiteres teuflisches Komplott aufgedeckt: Sie entlarvte, daß die Entführung des Westberliner CDU-Politikers Lorenz eine Verschwörung des „sowjetischen Sozialimperialismus und seiner Lakaien war, „*um ihren Einfluß zu erhöhen, um sich in der Berlin-Frage und ihrem Expansionsdrang durchzusetzen*" (Flugblatt vom 1.3.75). Für den Liebhaber der „scene", der sich näher über diese Komiker auf dem Laufenden halten möchte, hier die Kontaktadresse: Verlag Neue Einheit, 1 Berlin 30, Zietenstr. 22.

• • •

Nicht ganz so heiter gebärdet sich normalerweise die größere „KPD/ML" („Roter Morgen"), die es aber auch gelegentlich zu Einfällen bringt, die den Kenner der „scene" entzücken. Ein solcher Einfall war vor rund einem Jahr die Gründung einer „Sek-
gelegentlich zu Einfällen bringt, die den Kenner der „scene" entzücken. Ein solcher Einfall war vor rund einem Jahr die Gründung einer „Sek-
tion DDR der KPD/ML" – mit dem Finger auf der Landkarte. In der diesjährigen „Neujahrsadresse des ZK der KPD/ML" lesen wir dazu: „*Die Gründung der KPD/ML in der DDR bedeutet die historische Wende im Kampf der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen in der DDR für die gewaltsame proletarische Revolution und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats. Die Tatsache, daß seit nunmehr einem Jahr die Arbeiterklasse in ganz Deutschland unter der Führung ihrer einheitlichen marxistisch-leninistischen Vorhutpartei kämpft, bedeutet einen entscheidenden Erfolg im Kampf für unser gemeinsames Ziel, das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland*".(„RM", 24.12.76). Da schmunzelt die Arbeiterklasse „in ganz Deutschland"!

• • •

Nur beklommene Heiterkeit entlocken die sogenannten „Marxisten-Leninisten Deutschland" (MLD) dem Liebhaber der „ML"-Scene. Das Lachen bleibt oft im Halse stecken, weil diese zweifelhaften Spaßvögel allzu professionell auf rechtsaußen herumturnen, so daß oft der Eindruck entsteht, da sei nicht so sehr der reine „Spaß an der Freud" am Werk, sondern irgendein politischer Auftraggeber.

Noch vor einiger Zeit rührten die „MLD" die Trommel für das Projekt einer bundesweiten CSU. Nach dem jüngsten Fraktionsgeplänkel zwischen CDU und CSU sind sie jedoch sichtlich desillusioniert über ihren Helden F.J.S. „STRAUSS KNEIFT", klagen sie in der Schlagzeile ihrer Zeitung „Die Neue Welt" vom Dezember 1976 „*Die Hoffnung vieler Straußanhänger auf eine bundesweite CSU wurde bitter enttäuscht. Strauß hat zwar nicht die weiße Fahne gehißt, doch er ist der notwendigen und unvermeidlichen Schlacht ausgewichen ... Die Angst vor der Hetze des Kremls und der prosowjetischen Kräfte, die Angst vor notwendigen politischen Veränderungen, die Blindheit, Bequemlichkeit und Postenjägerei in der CSU haben sich als stärker erwiesen als die Einsicht in die Konsequenzen einer Politik zur Rettung Europas und Deutschlands vor der Unterjochung durch die sowjetische Supermacht ... Allgemein sind die Bonner Vereinbarungen* (zwischen CDU und CSU – Anm. AK) *ein Ergebnis der Inkonsequenz der Bourgeoisie im Kampf gegen den Hegemonismus. Auch die halbherzigen Ansichten von Strauß selbst, seine Unterschätzung der Kriegsgefahr und einer militärischen Aggression des sowjetischen Sozialimperialismus, haben die Bonner Vereinbarungen mit herbeigeführt*".

Schlußfolgerung: „*Die Anhänger einer Vierten Partei in Westdeutschland tun gut daran, nicht auf F.J. Strauß zu warten und nicht darauf zu hoffen, mit einem Zugpferd an der Spitze kämen sie darum herum. das*
land tun gut daran, nicht auf F.J. Strauß zu warten und nicht darauf zu hoffen, mit einem Zugpferd an der Spitze kämen sie darum herum, das
deutsche Volk von ihren Auffassungen zu überzeugen und durch Kleinarbeit eine einflußreiche Partei aufzubauen". Ein bemerkenswertes Beispiel schwarzen Humors, im d o p p e l t e n Sinn des Wortes!

„KPD/ML" – wat nu ?

Die „KPD/ML", vielbelachte „Vorhut der Arbeiterklasse in ganz Deutschland", hat das sagenhafte Kunststück fertiggebracht, daß sie fast drei Monate nach der „Zerschlagung der Viererbande" immer noch nicht mit einer klaren, verbindlichen Stellungnahme zu den Vorgängen heraus ist. Gleich nach dem Hua-Putsch gab es zwar in der „KPD/ML" einige rührende Vorgänge, die eher an einen Fan-Club als an eine politische Organisation erinnern. So hingen beispielsweise plötzlich in den Ortsbüros die großformatigen Köpfe der „Viererbande" und dazu ein Bild von Chef-Komiker Aust, wie er bei seiner China-Reise (Frühjahr 1975) von Yao Wen-yüan begrüßt wird (Die Bilder verschwanden nach einiger Zeit freilich wieder – jetzt hängt dort Enver Hodscha). Es gab auch während der Tournee eines chinesischen Balletts im Oktober feurige Szenen, als „KPD/ML"-Führer auf die Stühle hüpften und „Lang lebe Djiang Tjing!" riefen. Auch das ist inzwischen vergessen. Seither schweigt die „KPD/ML" sich aus, wenn man einmal von nur für Eingeweihte verständlichen Anspielungen in Form von Fabeln mit Hühnern, Eseln und Hauswirten und historischen Feinheiten absieht, mit denen auf höchst dezente Art und Weise Sympathie für die „Viererbande" angedeutet wird.

In diese schwache Flanke des Konkurrenten hat jetzt endlich die „KPD" (vom ersten Tag an voll auf Hua-Kurs) reingenagelt. Die „KPD/ML" wird es schwer haben, sich weiter durchzumogeln, und es scheint ganz so, als würde wieder einmal heiteres Leben in die in letzter Zeit etwas abgestumpfte „ML" scene kommen.

Die „Rote Fahne" (Nr. 1/1977) der „KPD" veröffentlicht zu diesem Zweck einen detailreichen Artikel, der angeblich von vier im November ausgeschlossenen (!) „KPD/ML"-Mitgliedern aus dem Raum Herford stammt. Sie behapten u. a.:

– Die Mitglieder der „KPD/ML" seien gleich nach dem Hua-Putsch angewiesen worden, „*in Gesprächen und Diskussionen mit Sympathisanten das bürgerliche Märchen vom revisionistischen und faschistischen Putsch zu verbreiten*". „*Schriftliche Äußerungen zu den Vorgängen in China ... werden verboten.*" Sie erwähnen dann verschiedene amüsante Details über den verstohlenen Fan-Kult der „KPD/ML" und über die gewagten Anspielungen im „Roten Morgen" (Hühner, Esel etc.). Abschließend behaupten sie: „*Eine derartige Politik ist natürlich nicht im ideologischen Kampf durchsetzbar. Sie muß auch in der eigenen Organisation administrativ durchgesetzt werden: mit Ausschlüssen und mit dem Verbot, mit den Ausgeschlossenen zu sprechen.*"

Der Handschuh ist hingeworfen. Die „KPD/ML" wird darauf antworten müssen. Oder wird sie noch eine weitere subtile Fabel auftischen, beispielsweise von Kühen und Enten ? So oder so: Für Spannung scheint garantiert zu sein. Denn weiter einfach schweigen könnte Aust kaum, ohne der „KPD" vollständig das Feld zu überlassen. Es ist angepfiffen!

Spendenbestätigung der PFLP

Die PFLP hat uns eine Bestätigung für erhaltene Spenden über 50.000 Mark zugeschickt, die wir hier dokumentieren. Es ist der zweite Teilbetrag unserer derzeitigen Kampagne zur Unterstützung des palästinensischen Widerstandes.

Gleichzeitig erhielten wir von den palästinensischen Genossen einen Brief, in dem sie sich für unsere Unterstützung bedanken:

Brief der PFLP vom 16 Dezember (Auszüge)

Liebe Genossen!

Wir drücken euch unsere tiefe revolutionäre Dankbarkeit aus für die Anstrengungen, die ihr unternommen habt, um eure Solidarität in materieller Unterstützung auszudrücken. Da sich die Bedingungen verschlechtern und noch schwieriger werden, werden wir auf euch mehr denn je angewiesen sein müssen.

Unsere Massen begrüßen eure Solidarität mit tiefer Dankbarkeit.

Im Namen der PFLP senden wir euch unsere wärmsten Grüße.

Revolutionäre Grüße

PFLP Komitee für internationale Beziehungen



POPULAR FRONT FOR THE LIBERATION OF PALESTINE PFLP

الجبهة الشعبية لتحرير فلسطين
لجنة الاتصال الخارجي
الدائرة المالية

Received from The KB وصلنا مع الشكر والتقدير

The Sum of 50,000 Thousand D.M. مبلغ

Date Dec 16, 1976 التاريخ

رقم ١١٤٧

Chile-Solidarität a la DKP

Die „Chile-Initiative" in Göttingen, eine DKP-Initiative, organisierte eine Chile-Veranstaltung gegen den Vertrag der Uni Göttingen mit der chilenischen Fakultät in Valdivia, zu der rund 300 Menschen kamen. Die DKP schlug eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der DKP, SPD, FDP, CDU (!), der Chile-Initiative und der Sozialistischen Partei und der PR (eine rechte sozialdemokratische Partei in Chile) vor. Der chilenische MIR flog schon bei den Aktionseinheitsverhandlungen raus, andere linke westdeutsche Organisationen wurden gar nicht erst eingeladen. Die Nichteinbeziehung des MIR begründeten die Revisionisten damit, daß der MIR in Chile sowieso keine Rolle spiele. Der AStA in Göttingen, der die Veranstaltung unterstützen sollte, machte da jedoch nicht mit und gab ein Flugblatt heraus, in dem auf das spalterische Vorgehen der Revisionisten eingegangen wurde. Die DKP sah sich danach gezwungen, nach den Beiträgen von SPD, DKP, GEW und Vertretern der UP-Parteien eine Podiumsdiskussion zuzulassen. In der anschließenden Diskussion wurde das spalterische und für die Chile-Solidarität schädliche Verhalten der DKP nachdrücklich kritisiert und zurückgewiesen. Nicht diskutiert werden durfte – dank Zensur der DKP – über die Möglichkeiten, wie man den Uni-Vertrag mit Chile zu Fall bringen könnte.

Einen ganz besonderen Beitrag leistete sich dann die DKP am Schluß der Veranstaltung: die Spendensammlung diente ausschließlich der Erstattung der Reisekosten für die Referenten!

(Nach einem Bericht der Göttinger Genossen)



Spendenliste

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten ARBEITERKAMPF an.

Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken; ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können.

Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Für PFLP, Palästina

	DM
ÖTV-Bereich, KB/Gruppe Hamburg	35,–
Plattenverkauf, Bezirksgruppe Hamburg-Billstedt	80,–
KB/Gruppe Darmstadt	72,–
Skatrunde von Genossen aus Wedel	122,51
A.B., Neumünster	1,–
H.R. Hamburg	50,–
KB/Gruppe Bremerhaven	100,–
H.J.B., Westberlin	100,–
KB/Gruppe Stade	60,91
KB/Gruppe Göttingen	700,–
H.H, Allendorf	15,–
Sammlung, KB/Delegierten-Konferenz	15,–
KB/Gruppe Bremen	232,63
H.K., Bremerhaven	19,34
Arbeiterbuch Bremerhaven, Spendendose	25,07
KB/Gruppe Kassel	70,–
KB/Gruppe Kassel	20,–
KB-Frauengruppe, Hannover	70,–
KB/Gruppe Hannover	184,–
KB-Sympathisanten Freiburg	27,–
KB/Gruppe Nürnberg	150,–
Verlag ARBEITERKAMPF, Sammeldose	60,50
Spendensammlung, KB-Delegierten-Konferenz	108,17
Weihnachtsfeier St. Pauli, Hamburg	100,–
Druckbereich, KB/Gruppe Hamburg	250,–
Skatrunde FSG-Zelle, Flensburg	41,12
N.N., Verkauf von selbstgemachter Marmelade und einem Kater	40,–
H.J.B., Westberlin	100,–
R.B., Wiesbaden	100,–
KB/Gruppe Frankfurt	50,–
U.B., Hamburg	400,–
3 Soldaten des Geb. Jg. BH 221, Mittenwald	11,–
F.L. Nürnberg	34,63
J.S.	500,–
Emigrantenzelle, KB/Gruppe Hamburg	80,–
Wohngemeinschaft Hamburg-Altona	15,–
Genossen aus Hamburg-St. Pauli	10,–
BO Hamburg-Eimsbüttel	51,–
Bezirksgruppe Hamburg-Eimsbüttel/Mitte	90,–
KB/Gruppe Pinneberg/Steinburg und Bezirksorganisation Hamburg-Altona	413,35
Bezirksorganisation Hamburg-Eimsbüttel	175,75
Bezirksorganisation Hamburg-Altona	54,20
Anhänger-Verkauf KB/Gruppe Bremen	230,–
KB/Gruppe Bremen	38,–
Bezirksgruppe Hamburg-Rahlstedt	55,–
Genossen-Wohngemeinschaft Hamburg-St. Pauli	32,–
Spendentopf Arbeiterbuch Hamburg	302,80
Bezirksorganisation Hamburg-Harburg	90,–
KB/Gruppe Pinneberg/Steinburg	87,–
Schüler-SSB, Hamburg	100,–
Blutspende SSB-Bezirk Hamburg-Mitte	20,–
SSB-Bezirk Hamburg-Altona	80,–
Sylvester-Fete KB/Gruppe Flensburg	200,–
Bezirksgruppe Hamburg Rahlstedt	130,–
Bezirksgruppe Hamburg-Steilshoop	250,–
Weihnachtsfeier, Bezirksorganisation Hamburg-Bergedorf	61,55
Summe	6.510,53

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für PFLP auf 95.822,38

Für MIR, Chile

KB/Gruppe Emden	100,–
H.S., Hannover	50,–
N.N.	10,–
Westberliner Genossinnen	100,–
U.B. Hamburg	100,–
T.B.	40,–
M.L., Hamburg	50,–
H.U. Cl.	90,–
Arbeiterbuch Bremerhaven, Spendendose	25,15
KB-Sympathisanten Freiburg	85,–
Zelle HfSS, KB/Gruppe Bremen Sammlung Studenten-Vollversammlung	97,34
P., Hamburg Eimsbüttel	100,–
U.B., Hamburg	80,–
N.N.	20,–
H.H., Allendorf	30,–
Summe	977,49

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für den MIR auf DM 280.342,26

Für MPLA, Angola

ehemaliger Filmclub des BDJ/RBJ Stuttgart	21,30

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die MPLA auf DM 147.406,03

Für Frente Polisario, West-Sahara

H.H., Allendorf	15,–
3 Soldaten des Geb. Jg. BH 221, Mittenwald	11,–
T.B., Stade	33,–
FS Psychologie, Giessen	171,24
Summe	230,24

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die Frente Polisario auf DM 21.633.34

Für ZIPA, Zimbabwe

Spendentopf M.u.D., Bremerhaven	13,–
K.A., Bremerhaven	20,–
KB/Gruppe Kassel	110,–
Skatrunde Westberlin	110,–
Summe	253,–

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die ZIPA auf DM 633,–

Für SWAPO, Namibia

D.E.D., Westberlin	210,–

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die SWAPO auf DM 4.643,49

Für PAIGC, Kapverden/Guinea-Bissau

KB/Gruppe Stade	90,10

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die PAIGC auf DM 8.841,45

Für den MES, Portugal

ehemaliger Filmclub des BDJ/RBJ Stuttgart	58,40

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für den MES auf DM 76.624,11

Nachtrag zum Artikel: „Rettet das Leben von Raul Campos

Im AK 95 berichteten wir über das Schicksal des MIR-Genossen Raul Campos, der seit dem 16. Juni 1976 von der DINA verhaftet wurde und seitdem verschwunden ist. Der Chile-Arbeitskreis Pforzheim hat *„alle demokratischen und antifaschistischen Personen und Organisationen aufgerufen, sich in Briefen an die chilenische Botschaft in Bonn-Bad Godesberg, Kronprinzenstraße, einzusetzen für:*

politischen Gefangenen
- *für die Bearbeitung des Habeas-Corpus-Antrags*
- *für die Freilassung und Ausreisegenehmigung für Raul Campos und*
- *für die Freilassung aller politischen Gefangenen in Chile."*

Wir möchten an dieser Stelle auf die Aussagen von Gladys Diaz (Interview mit Gladys Diaz in AK 95) über die Lage der politischen Gefangenen und über die Solidarität hinweisen. Gladys sagte: „ ... *Es geht dabei vor allem um die Genossen, deren Namen nicht einmal rigendwo aufgeführt sind. ... Sie sind die am meisten im Stich gelassenen und sie sind jetzt die Mehrheit der Verhafteten. Man müßte Fall für Fall durchgehen und versuchen, durch Agitation und Öffentlichkeitsarbeit für diese Genossen Patenschaften zu übernehmen und Visa zu beschaffen".*

Weitere Informationen über Raul Campos sind erhältlich bei:
Chile AG c/o G. Wörner
Haselweg 20
753 Pforzheim

Lateinamerika-Kommission

Raus aus der SPD!

Wir dokumentieren im folgenden die Austrittserklärung eines Frankfurter Ex-Juso, die er uns zum Abdruck zugeschickt hat.

Die Austrittserklärung des Genossen ist deshalb aktuell und wichtig, weil sie „aus berufenem Munde" zeigt, was von den ganzen großen Sprüchen zu halten ist, die in den einschlägigen linkssozialdemokratischen Organen zur Zeit als Diskussion über die „sozialistischen Perspektiven nach der Bundestagswahl" verkauft werden.

SPD-Kommission

Begründung für den Austritt aus der SPD

Nach über 3 Jahren Mitgliedschaft in der SPD, während der ich teilweise aktiv politisch arbeitete und Funktionen bekleidete, bleibt mir heute nach einer grundsätzlichen Analyse der gegenwärtigen politischen Situation in und außerhalb der SPD nur die Alternative, die Partei zu verlassen.

Die ständig zunehmende Repression gegen die innerparteiliche Linke und die Diffamierung marxistischer Positionen lassen nur diese Alternative zu.

Wer auf das offene Eintreten für sozialistische Positionen nicht verzichten will und trotzdem weiter in der SPD aktiv arbeiten will, der muß sich kurzfristig auf die eine oder andere Art der Rechtsentwicklung der Partei anpassen.

Ein Ausdruck dieser Tendenz ist m. E. die sogenannte „Doppelstrategie" der Jungsozialisten, die sich in Wahrheit immer mehr als Doppelzüngigkeit entlarvt, um kritische Teile der Jugend an die SPD zu binden und diesen Jugendlichen ohne allzuviel linken Schnick-Schnack die Politik der Schmidt-Regierung, die natürlich die Politik der Monopole ist, zu verkaufen.

Die Genossen, die heute noch der Meinung sind, daß auf dem Boden des Godesberger Programms fortschrittliche, an den Interessen der arbeitenden Menschen orientierte Politik gemacht werden kann, sind Opfer einer fatalen Illusion. Sie glauben an ein Programm, das gewiß noch einige sozialistische Elemente in sich trägt, im Kern jedoch eine bürgerliche Ideologie, rosa aufgemotzt reformistische Illusionen und antikommunistische Vorurteile verbreitend, ist. Diese Variante des sogenannten „demokratischen Sozialismus" ist, wie alle Versuche zwischen dem wissenschaftlichen Sozialismus und der bürgerlichen Ideologie, zwischen realem Sozialismus und gewöhnlichem Kapitalismus irgendeinen dritten Weg zu gehen, zum Scheitern verurteilt!

Nicht wenige Genossen haben dies erkannt, scheuen sich aber aus den verschiedensten Gründen, aus dieser Erkenntnis die einzig folgerichtige Konsequenz zu ziehen, und die SPD zu verlassen.

Begründet wird dies u. a. oft damit, daß es für die politische Arbeit in der SPD keine reale Alternative gäbe. Daß dies ein vordergründiges Argument ist, läßt sich leicht beweisen!

Die Ausschlüsse konsequenter Marxisten und Sozialisten aus der SPD, um nur einige zu nennen: Abendroth, Bünemann, Wesel, Hudy, Butterwege, Guggomos etc., der Austritt des Münchener Stadtrats Geiselberger, der damit seinem Ausschluß zuvorkam, zeigen klar, daß natürlich auch außerhalb und immer mehr nur außerhalb der SPD politische Arbeit im Sinne des demokratischen Kampfes geleistet werden kann!

Im Gegenteil muß gesagt werden, daß in und mit der SPD eigentlich nichts mehr geht.

Organisatorische Alternativen gibt es zur Genüge, salopp formuliert für jeden Geschmack etwas (DKP, SB, KB, DFU).

Analysiert man einmal den verlogenen und offen chauvinistischen Wahlkampf, den die SPD dieses Jahr geführt hat, so muß man sich fragen, was eigentlich alles noch passieren muß, damit den ehrlichen und aufrechten Linken in der Partei ein Licht aufgeht, wo die Reise hingeht.

Dieser während des Wahlkampfs offen zur Schau getragene Nationalismus war sicher nicht etwa das Produkt einiger spinnerter sozialdemokratischer Werbetechniker.

Statt einer „beharrlichen Politik stetiger Reformen" hat die SPD in der Regierung von Anfang an bewußt auf einen beharrlichen Abbau der Lebensqualität, der politischen Rechte und der wirtschaftlichen und sozialen Leistungen hingearbeitet.

Zielstrebig aufgebaut und „reformiert" wurden in der Tat Polizei, Militär und Spitzelwesen. Bürgerkriegstruppen wurden geschaffen, die Bundeswehr zu einer waffenstrotzenden, bis an die Zähne gerüsteten Armee gemacht, die alljährlich Milliarden verschlingt. Analog dazu werden Gesinnungsschnüffelei, Hexenjagd und schließlich notwendigerweise auf Berufsverbote gegen Kommunisten, Sozialisten, Pazifisten, engagierte Gewerkschafter und kritische Demokraten praktiziert. Die Liste der davon Betroffenen wird täglich länger! Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen der „Bundesregierung der inneren Reform" und der „Partei der Freiheit des Geistes", die diese Regierung primär trägt, gibt es in der BRD diese Berufsverbote, genauso wie es auch politische Gefangene gibt.

Beide Personenkreise, Berufsverbotsopfer und politische Häftlinge werden massiv in ihrer physischen und psychischen Existenz bedroht.

Notwendig ist dies zur Einschüchterung und Disziplinierung der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte, die sich vom „Modell Deutschland" nicht so recht überzeugen lassen wollen.

Dies sind unbestreitbare Fakten und unter dem Druck des kritischen Auslands müssen sogar solche Berufsverbotsexperten wie Brandt sich auf defensivere Positionen zurückziehen: Man hat sich halt dann etwas geirrt!

Was noch auf das Proletariat und die gesamte Linke zukommt, läßt sich unschwer erahnen.

Bei zunehmenden Expansionsschwierigkeiten werden das Monopolkapital und sein Staat, die heute bereits über 1 Million Arbeitslose in der BRD zu verantworten haben, die offen terroristische Unterdrükkung und Niederhaltung der westdeutschen Arbeiterklasse skrupellos praktizieren!

Außenpolitisch werden sich die Linken einzustellen haben auf Subversionen gegen die Länder des sozialistischen Lagers, besonders der DDR, und auf die militärische Aggression gegen die Staaten der Dritten Welt, die nicht länger gewillt sind, der schrankenlosen Ausbeutung ihrer Rohstoffe durch USA- und BRD Konzerne tatenlos zuzusehen!

Vorbereitet wird diese Politik seit langem, im Inneren durch Notstandsgesetze, Polizeiterror, Berufsverbote und politische Justiz, nach außen durch die längst wiedererstarkte Kalte-Kriegs-Politik gegen die DDR und faschistische Hetze gegen die Dritte Welt. Die greuelhafte Unterdrückung in Teilen der Dritten Welt, in Chile, Süd-Afrika, Rhodesien, Iran, Brasilien etc., an der der BRD-Imperialismus seinen nicht unwichtigen Anteil hat, zeigt klar, wozu das Monopolkapital, die herrschende Klasse und ihre politischen Agenten fähig sind.

Sich darüber irgendwelche Illusionen zu machen, kann für Linke tödlich sein!

Zweimal hat der deutsche Imperialismus namenloses Elend über die Völker gebracht, nie hat die SPD ihm etwas entgegenzusetzen gehabt.

Gewiß ist dies alles nicht gesetzmäßig, und gewiß können die Pläne der Bourgeoisie und ihrer Marionetten in den bürgerlichen Parteien, zu denen auch die SPD gehört, verhindert werden!

Dies setzt jedoch eine korrekte Analyse der politischen Situation und vor allem die Einheit der Arbeiterklasse voraus!

Dies herzustellen erscheint mir heute in der SPD mehr denn je unmöglich!

Deshalb verlasse ich diese Partei.

Den aufrechten Linken in der SPD, die diesen Schritt theoretisch und praktisch noch nicht nachvollziehen können, gehört meine uneingeschränkte Solidarität!

Der Kampf geht weiter!

Parteiausschluß gegen Juso-Vorstand

Waltrop. In Waltrop bei Castrop/Rauxel wurde jetzt von der SPD-Führung ein Ausschlußverfahren gegen den gesamten Juso-Vorstand eingeleitet.

Die beabsichtigten Ausschlüsse werden damit begründet, daß der Juso-Vorstand ein Papier erstellt hat, in dem er die ersatzlose Streichung des § 218 fordert. Des weiteren hatte der Juso-Vorstand gegen die Entlassung eines Sozialarbeiters protestiert. Dieser Sozialarbeiter hatte von dem Plan des Jugendamts erfahren, einen „Mütterarbeitskreis" einzurichten. Dieser Kreis war für junge schwangere Frauen gedacht, die die Kinder nicht austragen wollen. In diesem Kreis sollten sie dann überredet werden, das Kind doch auszutragen – das Jugendamt hätte dann schon geeignete Adoptionseltern an der Hand. In der Ortsbeilage Münster der „KVZ" enthüllte der Sozialarbeiter diesen schweinischen Plan, was ihm die fristlose Kündigung brachte.

KB / Gruppe Bochum

demokratischen Kampfes geleistet werden kann!
Arbeitslose in der BRD zu verantworten haben, die offen terroristische Unterdrük-
brachte.
KB / Gruppe Bochum

Sie haben sich wieder;

Zwei Tage vor dem Zusammentreten des neugewählten Bundestages haben CDU und CSU die Wiederherstellung ihrer Fraktionsgemeinschaft beschlossen und die Bedingungen ihrer weiteren Zusammenarbeit in einem Papier festgelegt. Bemerkenswert an dem Zeitpunkt der „Einigung" ist, daß der Beschluß nur wenige Stunden nach der Zustimmung der FDP Niedersachsen zu der Koalition mit der CDU bekanntgeben wurde.

Diese Zustimmung war mit 164:162 Stimmen auf dem FDP-Landesparteitag äußerst knapp ausgefallen.

Das nun zwischen CDU und CSU verabschiedete Koalitionspapier enthält im wesentlichen keine neuen Positionen:

– So wurde gegen den Widerstand der CSU die gemeinsame und von Strauß kritisierte Wahlplattform zur Grundlage der Oppositionspolitik gemacht. Die CSU mußte auf ihre Forderung nach neuerlichen Grundsatzverhandlungen verzichten.
– Es wird ausdrücklich festgestellt, daß eine „Veränderung der Parteienlandschaft" nur in gegenseitigem Einvernehmen beider Parteien erfolgen solle.
– Wie schon im Sommer 1975, als das Thema der „4. Partei" von Strauß anläßlich der Wahl Kohls zum Kanzlerkandidaten auf die Tagesordnung gesetzt worden war (und in der Gestalt der AVP sichtbar wurde), so wird auch diesmal diese Frage einer Kommission übergeben, die im Sommer 1977 erste Diskussionsergebnisse vorlegen soll.
– Selbst das jetzt vereinbarte Recht der CSU, bei Fragen von grundsätzlicher Bedeutung ihre Minderheitsmeinung nun auch im Parlament (und nicht nur im „Bayernkurier") propagieren zu dürfen, stellt angesichts der bisherigen Praxis nur wenig Neues dar.

Am wenigsten ramponiert ist wohl Kohl aus der ganzen Geschichte herausgekommen, der nicht nur die Trennung rückgängig machen konnte, sondern mit der Niedersachsen-Koalition in einem Hauptauseinandersetzungspunkt einen Sieg davontrug.

Als Manager der Wiederherstellung der gemeinsamen Fraktion schoben sich die StrauSS-Freunde von der Südschiene, Dregger und Filbinger, als „integrierende Kraft" hinter Kohl auf die Warteliste und machten damit deutlich, daß auch ohne die CSU von diesem Verein nur schwärzeste Reaktion zu erwarten ist.

Nach dem Rückpfiff jetzt „Schonung" für StrauSS

Wesentlich zur Wiederherstellung der Fraktionsgemeinschaft beigetragen hat die Drohung der CDU-Spitze um Kohl und Biedenkopf, umgehend einen Landesverband Bayern der CDU zu gründen und somit StrauSS' Hausmacht anzugreifen. Nach Umfragen hätte ein solcher Landesverband durchaus die Chance gehabt, die Hälfte der bisherigen CSU-Stimmen zu erhalten (ca. 30 %).

Innerhalb der CSU hatten sowohl führende Politiker (Heubl, Jaumann, Dollinger, Merk, Jaeger u.a.) wie auch breitere Teile der Basis zu erkennen gegeben, daß sie „Kreuth" nicht hinnehmen würden. Zum ersten Mal in der CSU-Parteigeschichte war ein Sonderparteitag schon nach wenigen Tagen erzwungen worden.

Dieser angekratzten Stellung von StrauSS in Bayern stand gegenüber, daß auch im übrigen Bundesgebiet der Trennungsbeschluß keinen prominenten Fürsprecher gefunden hatte, wie es sonst bei jeder Äußerung von StrauSS, die auch nur annähernd in Richtung „4. Partei" verstanden werden konnte, üblich gewesen ist. So brachte z.B. die stets CSU-freundliche „Quick" nach ersten Jubelberichten in der ersten Ausgabe nach „Kreuth" in der darauffolgenden Nummer – wohl aus verspäteter Erkenntnis der Sachlage – überhaupt nichts mehr zu dem gesamten Thema „Fraktionstrennung" und dem „Deutschland-Magazin", das als direktes Sprachrohr von StrauSS anzusehen ist, dämmerte schon in der Dezember-Ausgabe, daß sich der Putsch zu einem Rohrkrepierer entwickeln würde: *„An der emotialen Hektik, in die das Verhältnis CDU/CSU durch den Kreuther Beschluß hineingerissen wurde, trägt die CSU jedoch auch ein gerüttelt Maß an Schuld. In der Politik wie in der Kunst ist die Form ein Teil des Inhalts. Und die Form, wie CDU-Chef Kohl, aber auch die CSU-Basis über die Entscheidung informiert wurden, ließ zumindest zu wünschen übrig. Sie war zumindest der erklärten Absicht abträglich, mit der CDU gemeinsam um den nächsten Wahlsieg zu kämpfen".* Unter „Freunden" eine herbe Kritik.

Seit der Wiederherstellung der Fraktionsgemeinschaft genießt StrauSS offensichtliche Schonung von Seiten seiner „Parteifreunde". Begünstigt durch den Rentenskandal der Bundesregierung und das Schauspiel der Kanzlerwahl soll der ganze Dreck nun ohne weitere Diskussion unter den Teppich gekehrt werden. Schon Mitte Dezember zog der CSU-Bezirk Nürnberg-Fürth seine Forderung nach einem Sonderparteitag zurück, und mit der allergrößten Wahrscheinlichkeit wird nun der CSU-Vorstand alles daran setzen, erst mal „Gras wachsen zu lassen".

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

***

Zu dem Artikel „StrauSS läuft Amok" (AK 94), sind eine Reihe von Kritiken eingegangen, mit denen wir uns ursprünglich in diesem AK befassen wollten. Dies hat wegen mehrerer Krankheitsfälle und anderer Probleme diesmal noch nicht geklappt und soll im nächsten AK nachgeholt werden.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg